

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1969 · TEIL III

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (Tschechoslowakci), E. Ragionieri (Italien),
S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

Redaktion

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Roswitha Czollek (Stellv. Chefredakteur),
Hans Czihak, Renate Günther (Bibliographie), Parvis Khalatbari (Wirtschaftsgeschichte der
Entwicklungsländer), Heinz Kreißig (Wirtschaftsgeschichte des Altertums), Fedor Kretschmar,
Hans-Heinrich Müller (Agrargeschichte), Wolfgang Neef, Helga Nussbaum (Literaturkritik),
Jan Peters, Hermann Roth, Siegfried Schönherr (Militärökonomie), Alfred Schröter, Rolf
Sonnemann

1969 · TEIL III

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

Jürgen Kuczynski zum 65. Geburtstag

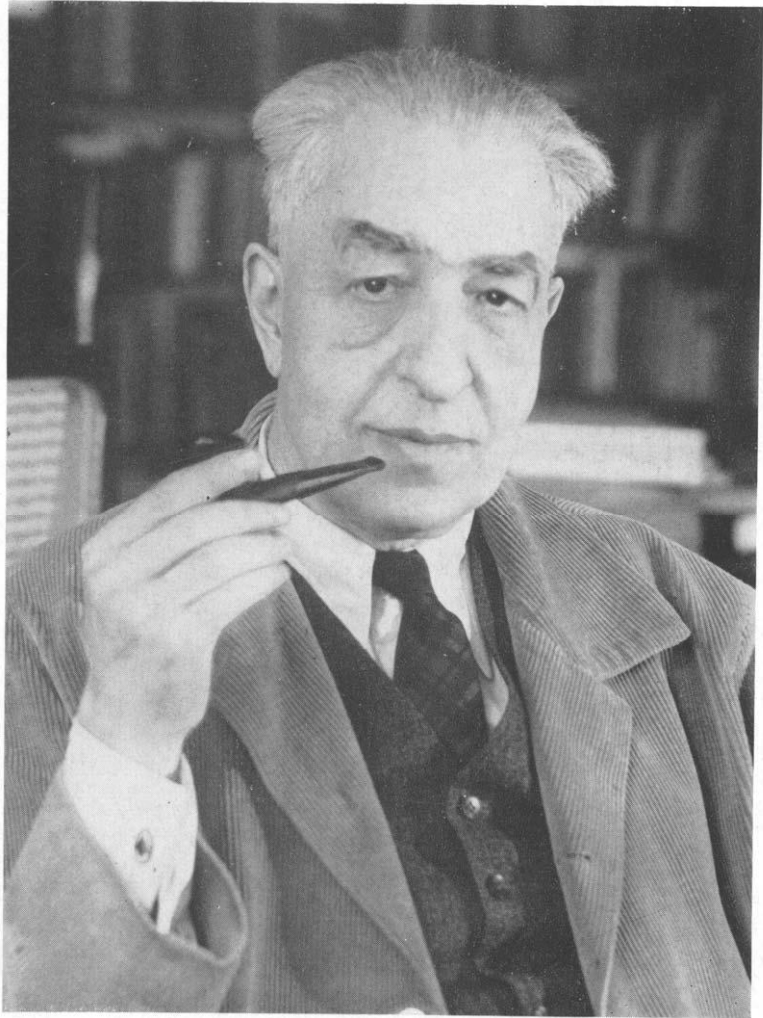


AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1969

ZUR INFORMATION DES LESERS

Die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte bemüht sich ständig, auch das äußere Bild der Bände zu verbessern. Durch die Umstellung auf eine moderne Maschine, beginnend mit diesem Teil, konnte das Satzbild angenehmer und schöner gestaltet werden. Die neuen Schrifttypen führen zu einem gedrängteren Satz und reduzieren damit die Seitenzahl der einzelnen Bände. Der inhaltliche Gesamtumfang bleibt indessen unverändert.

Die Redaktion



Lieber Genosse Jürgen Kuczynski,

als Ihre Schüler überreichen wir Ihnen, unserem verehrten Lehrer, diesen Band. Er enthält Studien von Fachkollegen und Freunden aus aller Welt - ein Band, der besonders zum Ausdruck bringt, wie sehr Sie von fortschrittlichen Wissenschaftlern, von Kämpfern für Frieden und Sozialismus in allen Teilen unserer Erde geschätzt werden.

Wir nehmen diesen Gruß auch zum Anlaß, Sie zu der Fertigstellung Ihrer in der Welt einzigartigen vierzigbändigen Darstellung der Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus zu beglückwünschen, deren letzte Bände in diesem Jahr erscheinen.

Wir wünschen Ihnen noch viele Jahre erfolgreichen Schaffens und danken Ihnen für das, was Sie uns als Genosse, Lehrer und Wissenschaftler gaben.

Die Mitarbeiter
des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der
Deutschen Akademie der Wissenschaften
zu Berlin

Im Dienste der Arbeiterklasse

von Hanna Wolf

Ein eigenartiges Gefühl überkommt mich beim Schreiben dieser Zeilen, die dem 65. Geburtstag von Jürgen Kuczynski gewidmet sein sollen. Dieser Name ist mir seit meiner frühesten Jugend, seit meiner Zugehörigkeit zum KJV, zur Partei, vertraut. In der "Roten Fahne", in Zeitschriften, in der Inprekorr, in illegalen Schriften und später in der sowjetischen Literatur las ich als junge, ältere und alte Genossin kluge Analysen, marxistische Statistiken, geistreiche Einschätzungen, die mehr oder weniger offen mit dem Namen Kuczynski gezeichnet waren. Diese Schriften, Artikel enthielten leicht einprägsame Tatsachen über den Ausbeutungsgrad der Arbeiter und die Profitrate der Monopole. Sie waren eine Hilfe beim Verteilen von Flugblättern vor den Toren der Konzernbetriebe in Berlin, in der Diskussion bei der Haus- und Hofpropaganda am Sonntagvormittag, als wir Broschüren der KPD, die AIZ u. a. den Arbeiterfrauen zum Kauf anboten.

Sie waren aber auch gutes wissenschaftliches Material für mein Studium an der Universität, wo ich Nationalökonomie - so hieß es damals - als Nebenfach hatte, und auch für meine spätere wissenschaftliche Arbeit in der Sowjetunion, als ich in einem Autorenkollektiv an der Geschichte der KI mitarbeitete. Immer gehörten die Bücher und Schriften von Kuczynski zu den wichtigsten Arbeitsquellen. (Nebenbei gesagt, wurden sie fast sämtlich in der Sowjetunion übersetzt und herausgegeben. Ein sowjetischer Wissenschaftler sagte mir einmal im Scherz: "Unter unseren Verlagen ist der 'Kuczisdat' einer der größten."¹)

Vor dem Krieg kannte ich Kuczynski nicht persönlich. Aber infolge des oben Geschilderten war er in meiner Vorstellung ein alter weiser Mann (der mindestens dreißig bis vierzig Jahre älter sein mußte als ich).

Es ist auch durchaus möglich, daß manche Schrift, die mir in Erinnerung ist, nicht von dem jungen Kuczynski stammt, sondern der Feder seines Vaters gehört (ich weiß, daß Jürgen mir eine eventuelle Verwechslung nicht übelnimmt!).

Die Enttäuschung darüber, daß ich im Jahre 1969 - nachdem wir uns nun auch persönlich schon so lange kennen - nur vier Jahre jünger bin als er, ist also groß!

Um so größer ist meine Freude (oder soll ich Schadenfreude sagen?), ihm zum Fünfundsechzigsten gratulieren zu dürfen, zumal er sich nun meiner damaligen Vorstellung von einem weisen Mann tatsächlich nähert...

Persönlich lernte ich ihn nach dem Krieg in der damaligen Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin kennen. Na, dachte ich, wie ist er denn, der Mann, der die Kriegszeit in England verlebte, was denkt er über die Zukunft Deutschlands, über unsere Partei, was

¹ Isdat - Abkürzung des russischen Isdatel'swo (Verlag).

weiß er von dem Leiden des Sowjetvolkes in diesem, eben von der Sowjetarmee siegreich beendeten Krieg?

Gleich im ersten Gespräch spürte ich, der Mann ist klug, sehr klug! Er ist ein Marxist, ein Kommunist mit klaren Vorstellungen über die Gegenwart und Zukunft der deutschen Arbeiterklasse, über unsere Partei.

Wie unter Kommunisten nicht anders möglich, kamen wir sofort auf die Sowjetunion zu sprechen, und ich spürte gleich, wie tief und echt er mit der Sowjetunion und dem Leninismus verbunden ist, wie groß sein Wissen über die Sowjetunion, über die Probleme des sozialistischen Aufbaus ist. Auch die Schwierigkeiten eines solchen Aufbaus unter den Bedingungen einer feindlichen kapitalistischen Umgebung waren ihm nicht unbekannt! Obwohl wir uns gleich im ersten Gespräch heftig stritten (ich weiß gar nicht mehr, worüber), hatte ich gleich das Gefühl, einem alten Freund begegnet zu sein, einem Gleichgesinnten, einem bedeutenden Wissenschaftler, der an alle Fragen vom Standpunkt der Arbeiterklasse herantging!

Als gerade er zum ersten Präsidenten der im Juni 1947 gegründeten Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion berufen wurde und auch später, als diese in eine Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft umgewandelt wurde, er ihr viele Jahre als Präsident vorstand, war mir klar, er ist der richtige Mann am richtigen Platz.

Die Gründung dieser Gesellschaft und ihre Tätigkeit waren in der damaligen Zeit ein Teil, ein wichtiger Teil der antifaschistisch-demokratischen Revolution und trugen entscheidend zur Beschleunigung des Umdenkungsprozesses aller Menschen in unserem Teil Deutschlands bei. Die Wahrheit über die Sowjetunion zu sagen, den Menschen näherzubringen - das war besonders damals nach dem Krieg ein wahrhaftiges Gebot der Geschichte, das unsere Partei und mit ihr Jürgen Kuczynski zutiefst erkannte!

Natürlich sprachen wir viel und oft über den Sozialismus. Was mich von Anfang an beeindruckte, war die Tatsache, daß er (im Gegensatz zu Brecht) den Sozialismus nicht als "das Einfache, was schwer zu machen ist" betrachtete, sondern als eine sehr interessante, gerechte, aber komplizierte Aufgabe, die nur von allen Menschen unter Führung der Arbeiterklasse und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu machen ist.

Kuczynski abstrahierte den sozialistischen Aufbau in der DDR, den Sozialismus überhaupt, nie von der Tatsache, daß er sich unter den Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus vollzieht. Deshalb hielt und hält er, wie die ganze Partei, eine ständige wissenschaftliche Analyse der im Imperialismus sich vollziehenden Prozesse für die theoretische und praktische Arbeit der Partei als äußerst wichtig.

Als im Klassenkampf geprüfter und gebildeter Marxist weiß Kuczynski, daß diese Analyse nur auf der Grundlage und mit Hilfe der marxistischen Methodologie und der Leninschen Lehre vom Imperialismus möglich ist.

Mit all seinem Selbstbewußtsein und Temperament trat und tritt Kuczynski im Sinne und Geiste unserer Partei gegen alle offenen und verbrämten Versuche, die Lehre und Methode Lenins zu verfälschen, zu verwässern und zu "erneuern", auf. Seine tieferschürfenden Analysen der Widersprüche, Krisen und Krisenerscheinungen des Imperialismus in unserer Zeit beruhen auf der festen Erkenntnis, daß Lenins Lehre vom Imperialismus der sichere Schlüssel zur Analyse aller neuen Erscheinungen des gegenwärtigen Imperialismus ist.

"Der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen", nannte Engels die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus. Ist hier nicht zugleich Kriterium und Aufgabe der Gesellschaftswissenschaftler gerade in unserer Zeit, des komplizierten Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus, formuliert?

Aktiver Mitgestalter oder nur "objektiver Analytiker" des revolutionären gesellschaftlichen Prozesses, abstrakte, sich selbst genügende und damit sich selbst in Gänsefüßchen stellende Wissenschaft oder eng mit der revolutionären Praxis der Arbeiterklasse verbündete und verbundene Theorie, für oder gegen die revolutionäre Entwicklung, das ist die Entscheidung, die besonders die Gesellschaftswissenschaftler heute treffen müssen. Diese Entscheidung rechtzeitig und endgültig getroffen, sein ganzes Wissen und Können der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, dem weltweiten revolutionären Prozeß zur Verfügung gestellt zu haben, ist für das Leben und Werk Jürgen Kuczynskis bezeichnend und bestimmend.

Ein weiter Bogen spannt sich von den 1927 in den USA veröffentlichten Arbeiten über die Lohnentwicklung in der amerikanischen Industrie bis zu dem großen, vielbändigen Werk der letzten Jahrzehnte über die Geschichte der Lage der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse, ihre Lage, ihr Wachstum und ihre Rolle - also das Wichtigste im Marxismus -, war und ist Gegenstand und Inhalt seiner wissenschaftlichen Arbeit und somit seines Lebens.

Gerade das ist es, was mir persönlich bei Jürgen Kuczynski soviel Achtung und Sympathie abverlangt.

Im Jahre 1966 schrieb Jürgen Kuczynski: "Wir sollen nicht aus irgendwelchen Gefühlen heraus oder aus Gründen, die sich wandeln können, für unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik und gegen den Kapitalismus sein, sondern deshalb, weil wir aus tiefster Überzeugung und mit entscheidenden Argumenten gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus eintreten." Mit diesen Worten charakterisierte er gleichsam den eigentlichen Sinn seiner Forschung und Lehre. Stets ging und geht es ihm um die Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie das größte Unglück für das Volk darstellt und daß sie zum Untergang verurteilt ist. Stets ging es ihm um den wissenschaftlich begründeten Nachweis, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit ihrem Kampf gegen Imperialismus und für den Sozialismus für die gerechteste Sache der Welt kämpfen. Dazu bedient er sich eines riesigen Zahlen- und Tatsachenmaterials, durch dessen marxistische Analyse er das jeweilige Wirken der ökonomischen Gesetze, damit die grundsätzlichen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und die sich daraus zwangsläufig ergebenden Widersprüche des Kapitalismus nachweist.

"Man muß versuchen", sagte Lenin, "aus exakten und unbestreitbaren Tatsachen ein Fundament zu errichten, auf das man sich stützen kann und mit dem man jede der 'allgemeinen' oder 'auf Beispielen fußenden' Betrachtungen konfrontieren kann, mit denen heutzutage in einigen Ländern so maßlos Mißbrauch getrieben wird."²

Keiner der 'bürgerlichen Soziologen, Politologen und anderen, die von "wachsendem Wohlstand" der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern, von ihrer "Entproletarisierung" faseln und das angebliche Verschwinden der Klassegegensätze nachweisen möchten, hat sich je der Mühe unterzogen, seine Behauptungen auf einem derartigen Fundament zu begründen. Wo sie sich schon einmal genötigt sahen, über allgemeine Behauptungen hinauszugehen, beschränkten sie sich auf die Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeit ausgewählter Gruppen der Arbeiterklasse.

Jürgen Kuczynski dagegen dehnt seine Untersuchungen über die Löhne und ihre Kaufkraft, auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Produktivität und Intensität der Arbeit, Unfälle und Gesundheitszustand, Wohnverhältnisse, Sozialgesetzgebung und anderes mehr aus. Aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der Profite überhaupt, Investitionen, Außen-

² Lenin, W. I., Statistik und Soziologie, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 286.

handel, Steuern und die Entwicklung der Bourgeoisie untersucht Kuczynski, und aus der Analyse der Gesamtheit des kapitalistischen Ausbeutersystems legt Kuczynski die gräßliche Fratze des Imperialismus bloß.

Das entspricht der Forderung Lenins, "den Gesamtkomplex der auf die betreffende Frage bezüglichen Tatsachen zu betrachten, ohne eine einzige Ausnahme, denn sonst taucht unvermeidlich der Verdacht, und zwar der völlig berechtigte Verdacht auf, daß die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder zusammengestellt sind ..."³

Diese von Lenin geforderte komplexe Erfassung der Tatsachen schließt ein, daß sie als Resultat einer Entwicklung gesehen werden müssen.

Die in letzter Konsequenz die Entwicklung des Kapitalismus und seiner Widersprüche bestimmenden ökonomischen Gesetze sind nur als langwirkende Tendenzen zu verstehen, deren allseitige Auswirkungen auf ökonomischem, politischem und sozialem Gebiet durchaus nicht immer zu jedem gegebenen Zeitpunkt an der Oberfläche erkennbar sind. Beschränkt man sich auf eine solche "Augenblicksaufnahme", dann kann es zu falschen Schlußfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse führen. Die Arbeiten Jürgen Kuczynskis beweisen, daß die Untersuchungen der Entwicklungsbedingungen in langen Zeiträumen - sehr oft auf mehrere Jahrzehnte bezogen - derartige falsche Schlußfolgerungen nicht nur weitgehend ausschließen, sondern es darüber hinaus ermöglichen, sich der Erfahrungen des Klassenkampfes vergangener Jahre für die Gegenwart zu bedienen.

Die Vermittlung der geschichtlichen Erfahrungen einschließlich der Kenntnisse der ökonomischen und sozialen Bedingungen in der Vergangenheit ist aber für die Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins außerordentlich wichtig. Sie ist es um so mehr, da die imperialistischen Ideologen und vor allem auch die westdeutschen Sozialdemokraten sich bemühen, der jungen Generation ein völlig falsches, desorientierendes Bild vergangener Zeiten zu vermitteln und so auch den Blick für die Dynamik der Gegenwart zu trüben.

Schon allein in der Tatsache, durch seine Forschungen und Veröffentlichungen einen wesentlichen Beitrag zu einer richtigen Einschätzung der ökonomischen und sozialen Entwicklung zurückliegender Perioden gegeben zu haben, liegt bereits ein großes Verdienst Jürgen Kuczynskis. Tatsachen sind ein "hartnäckig Ding", und nimmt man sie in ihrem Zusammenhang, so sind sie auch unbedingt beweiskräftig und bilden das Fundament für den überzeugenden Nachweis der Verlogenheit bürgerlicher und revisionistischer "Theorien" und Auffassungen.

So gesehen, ist Jürgen Kuczynski nicht einfach Wirtschaftswissenschaftler, sondern Historiker im besten, im Marxschen Sinne des Wortes, zumal er sich nicht nur mit der Historie, nicht nur mit der Lage der Arbeiterklasse in der Vergangenheit, sondern mit ihrer gegenwärtigen Lage in den wichtigsten imperialistischen Staaten einschließlich in den von ihnen abhängigen Ländern beschäftigt. Seine Werke dienen somit dem gerechten Kampf der internationalen Arbeiterklasse in den USA, England, Japan, von Westdeutschland ganz zu schweigen!

Ein Kennzeichen des marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlers, der bewußt und aktiv am revolutionären Klassenkampf der Arbeiterklasse teilnimmt, ist seine offene politische Stellungnahme zu allen wichtigen Fragen, die mit seinem Wissensbereich verbunden sind, ist das kompromißlose Eintreten für die Linie der Partei der Arbeiterklasse. Daß sich hieraus auch bestimmte Konsequenzen für die wissenschaftliche Arbeit und ihre Publikation ergeben, die durchaus nicht immer bequem sind und manchmal zu Korrekturen des eigenen Standpunktes in der Einschätzung einzelner Entwicklungstendenzen führen müssen,

3 Ebenda.

das hat Jürgen Kuczynski wiederholt in Artikeln und Arbeiten geschildert. Er hat dabei aber auch nachgewiesen, wie wichtig solche durch die Kritik der Partei hervorgerufene Korrekturen für die wissenschaftliche Arbeit selbst waren und sind. Für ihn ist die Wissenschaft nicht von der Politik zu trennen, und es ist nicht zufällig, daß er besonders scharf gegen alle diejenigen polemisiert, die eine säuberliche Trennung von Wissenschaft und Politik fordern. In einer Polemik gegen Max Weber und andere, die für eine sogenannte "wertneutrale", objektivistische Wissenschaft eintraten, schrieb er: "Der Wissenschaftler, der sich des Werturteils enthält, der keine politische Aktion unternimmt, nimmt doch am Klassenkampf direkt teil, denn er hilft durch seine Passivität der Reaktion und hemmt die Entwicklung des Fortschritts." Damit nimmt Kuczynski Stellung gegen die Forderung nach "Entideologisierung" der Ökonomie, nach "Entpolitisierung" der Wissenschaft, gegen die Negierung der Rolle der Partei der Arbeiterklasse in der Entwicklung der Wissenschaften, mit einem Wort, gegen all die bürgerlichen, sozialdemokratischen und revisionistischen "Theorien", mit deren Hilfe eine harte antikommunistische Politik im Interesse der Weltreaktion gemacht wird.

Stellung nehmen, Partei ergreifen für die Arbeiterklasse, für die Deutsche Demokratische Republik, für die Sowjetunion, für den Sozialismus - mit Mut, mit scharfer und geistreicher Polemik - das ist typisch, das charakterisiert den kommunistischen Wissenschaftler Jürgen Kuczynski.

Wie ist er als Mensch, als Persönlichkeit? - könnte man fragen. Genau so! - würde ich antworten. Geistreich, spritzig, interessant und zum Widerspruch reizend (und ich meine da gar nicht sein ABC im "Magazin"). Ein Genosse, mit dem man nicht müde wird zu diskutieren, zu streiten, der Dir und mir seine Erfahrungen und sein Wissen unbemerkt übermitteln!

Ein Genosse, der in unserer Deutschen Demokratischen Republik lebt und arbeitet, der erst fünfundsechzig, also noch jung ist, und uns allen, der Arbeiterklasse, ihrer marxistisch-leninistischen Partei noch viele wissenschaftliche Arbeit im Leninschen Geiste leisten wird.

Zu neuen Erscheinungen in der Monopolstruktur

von E. L. Chmel'nickaja †

Die historische Entwicklung der Monopole bildet eines der Gebiete in der langjährigen, fruchtbaren Arbeit von Jürgen Kuczynski. Seinem Ehrentag gewidmet ist der vorliegende Versuch, in ganz allgemeiner, schematischer Form einige Strukturveränderungen der Zusammenschlüsse des Monopolkapitals, wie sie für unsere Zeit charakteristisch sind, nachzuzeichnen.

1. Die Kartelle früher und jetzt

Die marxistische Dialektik lehrt, daß sich im Entwicklungsprozeß der Erscheinungen Ursachen in Folgen verwandeln und umgekehrt. Dieser Zug tritt ausnehmend markant in der Evolution der Organisationsformen der kapitalistischen Monopole und insbesondere bei der Veränderung von Inhalt und Bedeutung der Kartellvereinbarungen zutage.

Die Kartelle - als Vereinbarungen über Preise und Märkte - fungierten früher als Vorstufe für die Bildung monopolistischer Vereinigungen höheren Typus. Heute werden Kartellvereinbarungen vorwiegend zwischen Konzernen und Trusts abgeschlossen, wobei sie nicht mehr die Voraussetzung, sondern das Resultat ihrer Herrschaft bilden. Die Aufdeckung dieser Entwicklungsdialektik der Kartellvereinbarungen, welche die tiefgehenden Prozesse der monopolistischen Ökonomie widerspiegelt, ermöglicht lediglich die marxistisch-leninistische Methodologie, die eine Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise nicht in ihrer Statik, sondern in der Dynamik, im Ablauf des ununterbrochenen Wechsels der ihr eigenen Organisationsformen der Produktion im Zusammenhang mit der Veränderung der gesellschaftlich-ökonomischen Beziehungen von Produktion und Zirkulation fordert.

War früher, auf den vorangegangenen Entwicklungsstufen des Imperialismus, für Kartellvereinbarungen das Streben nach einer möglichst vollständigen Erfassung ihrer Branche charakteristisch, so verwandelten sie sich jetzt in Abmachungen zwischen wenigen Monopolen, die sich bemühen, die durch die vernichtende Kraft der monopolistischen Konkurrenz bedingten Kosten zu senken. Dies veränderte weitgehend Inhalt und Formen der Kartellvereinbarungen.

Die heutigen Konzerne weisen eine derart umfangreiche Nomenklatur der zu erzeugenden Produktion auf, ihre Tätigkeit hat einen derart vielseitigen Charakter angenommen, daß sie nicht in der Lage sind, den Markt auf dem Wege allgemeiner Kartellvereinbarungen aufzuteilen. Daher ist für sie das Bestreben charakteristisch, mit Konkurrenten Abmachungen über einzelne Arten oder Gruppen von Waren zu erzielen. Unter diesen Bedingungen ist das Kartell, das sich auf wenige, oft nur zwei bis drei Partner beschränkt, nicht mehr eine vereinzelte, sondern für die gegenwärtige Monopolisierungsstufe der kapitalistischen Ökonomie eher typische Erscheinung.

Ein Resultat dieser Entwicklung ist die Unmenge von Kartellvereinbarungen, die als dichtes Netz die herrschenden Konzerne und Trusts verknüpfen. Es ist schwer, praktisch unmöglich, diese Vielzahl quantitativ wiederzugeben. Bürgerliche Nationalökonomien, die versuchen, die faktisch wirksamen "Beschränkungen der Konkurrenzen" in diesem oder jenem Lande (oder im Maßstab Westeuropas, wo in einer Reihe von Ländern bestimmte Richtlinien für die Registrierung von Kartellen in Kraft sind) irgendwie zu berechnen, sehen sich direkt oder indirekt gezwungen, die Unlösbarkeit dieser Aufgabe zuzugeben, wenn sie auch eine solche Klassifikation "kollektiver Aktionen von Unternehmern" zu geben versuchen, die es ihnen erlaubt, die Schafe von den Böcken zu sondern, wobei sie die einen Vereinbarungen den schädlichen, die "Freiheit der Konkurrenz" beeinträchtigenden Arten zurechnen, hingegen die anderen als zulässig und sogar für den Fortschritt in der Produktion sowie für das "Gemeinwohl" als wünschenswert anerkennen.

In den USA sind formal Kartelle gesetzlich verboten, aber dieses Verbot verhindert bekanntlich keineswegs, daß sie existieren und funktionieren. Einmal ganz abgesehen von den "Gentleman's Agreements", die man unter Ausschluß der Öffentlichkeit abschließt, werden Funktionen von Kartellen auch erfolgreich ausgeübt von verschiedenartigen Organisationen, die sich mit dem Aushängeschild von Handels- oder Industrieassoziationen, -instituten und dergleichen tarnen. In den Ländern Westeuropas zählt man Hunderte offiziell registrierte Kartellvereinbarungen, nicht gerechnet natürlich jene, die ohne Registrierung auskommen.¹

In Westdeutschland teilte die im Jahre 1957 errichtete Kartellbehörde anlässlich ihres zehnjährigen Jubiläums mit, im Lande seien zusammengenommen 174 Kartell- und Syndikatvereinbarungen registriert. Verglichen mit den zwanziger Jahren, wo man in Deutschland rund 2100 Kartellvereinbarungen zählte, mag diese Zahl recht bescheiden anmuten. Man muß jedoch berücksichtigen, daß Kartellfunktionen häufig von Unternehmerverbänden ausgeübt werden, die ausnahmslos alle Industriezweige Westdeutschlands umfassen. Hinsichtlich der Weite ihres Herrschaftsbereichs hat diese Organisationsform des Monopolkapitals in keinem einzigen der industriell entwickelten Länder der kapitalistischen Welt ihresgleichen.

Die Verbände jeder Branche enthalten Unterabteilungen für die einzelnen Produktionsarten, die an der Regulierung der Preise beteiligt sind, Daten über Absatz, Produktionsausmaße, den Stand der Produktionskapazitäten der dem Verband angehörenden Betriebe sammeln sowie "geheime Empfehlungen" geben.

Die Industriezweigverbände der Unternehmer üben in diesem oder jenem Maße auch in anderen Ländern Westeuropas Kartellfunktionen aus. Dies bezieht sich insbesondere auf Großbritannien. Bereits in den dreißiger Jahren entstand unter dem Firmenschild einer "British Iron and Steel Federation" ein mächtiges Kartell der Schwarzmetallurgie. Die sich im Lauf der Jahrzehnte, insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg entwickelnden Industriezweigkartelle, die in Gestalt von Handels- und Industrieassoziationen hervortraten, umfaßten einen

¹ Aufschlußreich ist eine Untersuchung der Kartellisierung in Westeuropa, die im Auftrage des Auswärtigen Amtes der Vereinigten Staaten (State Department) von Corwin D. Edwards, einem bekannten amerikanischen Spezialisten auf diesem Gebiet, angestellt wurde. Auf Grund offizieller Angaben von Ländern, in denen es eine spezielle Gesetzgebung über die Registrierung von Kartellen gibt (in Frankreich, Belgien, Italien, in der Schweiz kennt man eine derartige Registrierung nicht), nennt Edwards folgende Zahlen von Kartellvereinbarungen, die im Jahre 1963 in Kraft waren: in England 288, in Westdeutschland 130, in Schweden 255, in den Niederlanden 496, in Norwegen 118 und in Dänemark 109. (Vgl. Edwards, Corwin D., Cartelization in Western Europe, Washington 1964, S. 7.)

großen Teil von Branchen der bearbeitenden Industrie Großbritanniens. Gegen Ende der fünfziger Jahre wurde ihre Zahl mit etwa 2500 berechnet.²

In Frankreich brachte das in der Nachkriegszeit herausgebildete System für staatliche Programmierung der Ökonomie eine neue Organisationsform hervor, die gleichfalls den Zwecken einer Aufteilung der Märkte unter den führenden Gesellschaften, insbesondere in Branchen mit einer hohen Produktionskonzentration, diene. Als eine solche Organisationsform fungieren die Kommissionen für Modernisierung beim Kommissariat für Planung, in denen "repräsentative", das heißt, die mächtigsten Firmen die Programmaufgaben für die betreffende Branche formulieren und die erforderlichen Angaben über Stand und Ausrüstung der Produktion liefern, ausnehmend günstige Möglichkeiten für "koordinierte Aktionen" haben, die praktisch auf eine Teilung der Märkte hinauslaufen. In der langjährigen Arbeitspraxis dieser Kommissionen bildeten sich bestimmte geschriebene und ungeschriebene Richtlinien für die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses heraus.

In Frankreich funktioniert die Mehrzahl der Syndikate, die es bis 1939 gab, bis auf den heutigen Tag. Dies betrifft beispielsweise das Aluminiumsyndikat, die Gesellschaft für den Vertrieb von Kalisalzen, das Stickstoffsyndikat und das Syndikat für Schwarzmetallurgie. Die Tendenz zur Syndizierung ist auch in der bearbeitenden Industrie (zum Beispiel in der elektrotechnischen und Glasindustrie) zu beobachten.³

Zugleich muß man berücksichtigen, daß die zunehmende Monopolisierung der kapitalistischen Ökonomie neue Momente für das Bestehen und Funktionieren der Kartelle mit sich gebracht hat. Angesichts der vorhandenen Möglichkeiten der Preisregulierung, die auf die Konzentration ganzer Industriezweige in den Händen von drei bis vier mächtigen Monopolfirmen zurückgehen, verlor ein so überaus wichtiger Kartelltyp wie der zur Vereinbarung über für alle Beteiligten verbindliche Preise seine frühere Bedeutung. Auf vielen Märkten für Massengüter bürgerte sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Praxis der sogenannten Preisführerschaft ein. "Dies kann in der Form geschehen, daß die Unternehmen eines Marktes unter sich den Preisführer 'ausmachen' und das Versprechen abgeben, dieser Preisveränderung allgemein zu folgen", bezeugt beispielsweise ein westdeutscher Nationalökonom.⁴

In derselben Veröffentlichung finden wir die Beschreibung einer der Kartellvarianten, die für unsere Tage charakteristisch ist - des Abkommens über gegenseitige Information. "Der Vertrag ... enthält die Verpflichtung zum Austausch von bestimmten Informationen... Die Informationsverpflichtung wird regelmäßig mit einem Schiedsvertrag gekoppelt. Dabei wird die Unterlassung einer an sich zu gebenden Information unter Strafe gestellt."⁵

Um was für eine Information geht es hier? Was für spezielle Mitteilungen werden so sorgsam den Augen von Außenseitern entzogen? Es handelt sich um so wesentliche Fragen wie den realen Umfang der laufenden Verkäufe der Teilnehmer des Abkommens, des Absatztrends, das Volumen der eingehenden Aufträge, die von den Bestellern hinsichtlich Sortiment, Lieferungsbedingungen (Rabatte auf die Listenpreise, Kreditierungsbedingungen) usw. angemeldeten Forderungen.

2 Ekonomika i politika Anglii posle vtoroj mirovoj vojny (Englands Ökonomie und Politik nach dem zweiten Weltkrieg), Moskau 1959, S. 139.

3 Claude, Henri, La Concentration capitaliste, Paris 1965, S. 185 - 188.

4 Menze, Hubert, Möglichkeiten unternehmerischer Zusammenarbeit ohne wettbewerbsbeschränkende Bindung, unter Mitarb. v. Rolf Ley, Berlin 1960, S. 104 = Betriebswirtschaftliche Schriften, H. 6.

5 Ebenda, S. 36.

Gegenstand der Abmachung kann auch wechselseitige Information über den Stand der Produktionskapazitäten, zu verwirklichende und bereits eingeplante Maßnahmen zur Rationalisierung der Produktion sowie über Veränderung des Sortiments sein. So wird jene Informativität über den Stand von Nachfrage und Angebot erzielt, die bis zu einem bestimmten Grade das Risiko der Arbeit für einen ungewissen Markt verringert. Es leuchtet ein, welche Bedeutung ein solcher Austausch von Informationen unter den Bedingungen der kolossalen Mobilität der Märkte und des Konkurrenzkampfes der Monopolgiganten besitzt.

Auf diesem Boden erwächst auch eine weiterentwickelte Variante von Kartellvereinbarungen zwischen Konzernen. Es handelt sich um Kartelle, in denen die Partner nicht nur Informationen austauschen, sondern auch gemeinsame Marktstudien organisieren, indem sie Spezialinstitute errichten, die mit moderner Rechentechnik ausgestattet sind.

Eine andere, neuartige Kartellform stellen Vereinbarungen über "offene Preise" dar. F. G. Heath, Professor an der Universität Manchester, zufolge sieht die Praxis solcher Vereinbarungen folgendermaßen aus: "In der Regel errichten die an einer Vereinbarung Beteiligten eine zentrale Agentur (ein Büro) für Preise und Informationen über Konkurrenten, der sie ihre Preislisten mit allen zusätzlichen Angaben über Preise und Verkaufsbedingungen (zur Verbreitung ausschließlich unter den Beteiligten) zuleiten. Die Mitglieder der Assoziation können unter Beteiligung des Büros ihre Preise mit diesen Informationen abstimmen. Formale Verpflichtungen in dieser Hinsicht sind nicht vorgesehen, aber die obligatorische Information gibt die Möglichkeit, unverzüglich Maßnahmen gegen solche zu ergreifen, die die Preise senken." Daher ergibt sich, wie der Verfasser schlußfolgert, als wichtigste Konsequenz eines breiten Informationsaustauschs über Preise die "Erweiterung der oligopolistischen Verhaltenssphäre", eine Verbesserung der "Spielregeln" für einige Superfirmen, die den Markt monopolisieren. Der Verfasser teilt mit, in Großbritannien sei es in kurzer Zeit zum Abschluß von mindestens 150 derartigen Vereinbarungen gekommen, größtenteils in der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Industrie.⁶

Den Kartellen der "offenen Preise" schließt sich eine weitere Variante von Vereinbarungen unter Monopolisten an, die im Austausch von Informationen nicht nur über Preise, sondern auch über die Kalkulation von Produktionskosten besteht. Vermittels Austauschs von Kalkulationen wird eine einheitliche Linie der Preispolitik erzielt, die es gestattet, einen unerwünschten Absatz zu Schleuderpreisen zu verhindern.⁷

Die Konkurrenz der Monopole unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verlieh einer anderen Kartellvariante eine besonders große Bedeutung: den Patentpools und Lizenzvereinbarungen. Bekanntlich sind in den USA Konzernverbände, die auf Monopolisierung technischer Errungenschaften basieren, als beliebte Form für die legale Umgehung der Antitrust-Gesetzgebung üblich.

Gegenwärtig wurden Patent- und Lizenzvereinbarungen zu einer der wichtigsten Grundlagen für Kartellvereinbarungen und Konzerne, sowohl im Rahmen einzelner kapitalistischer Länder als auch im Maßstab des gesamten imperialistischen Systems. Obwohl das Tempo des modernen technischen Fortschritts die "Lebensdauer" von Patenten verkürzt, dienen Vereinbarungen über Patente als überaus wichtiges Instrument zur Aufteilung der Märkte. Diese Möglichkeit gewährleisten die Patentpools, welche die Partner gegen Konkurrenz von außen abschirmen, indem sie gegen das Vordringen von Außenseitern Barrieren errichten. Um eine solche Barriere zu überwinden, sind für die Entwicklung einer neuen Technologie,

6 Referat, gehalten auf der Konferenz der britischen Association of University Teachers, veranstaltet im März 1960 in Leeds.

7 Vgl. Mayer, Leopold, Kartelle, Kartellorganisation und Kartellpolitik, Wiesbaden 1959.

die die im Rahmen des Pools gesammelten Patente umgehen soll, nicht unerhebliche Mittel erforderlich. Und wenn die eine Branche beherrschenden Monopole im Pool vereinigt sind, ist es für einen Außenseiter, der über eine geringere finanzielle Kapazität verfügt, praktisch unmöglich, in die vom Pool abgeschirmte Branche einzudringen.

In den letzten Jahrzehnten mit ihren stürmischen technischen Umwälzungen hat sich die Praxis der "kollektiven Monopolisierung" von Patenten, des Austauschs von Lizenzen und der erforderlichen technischen Informationen derart erweitert und einen so regulären Charakter angenommen, daß sich auf diesem Boden eine neue Form von Monopolverbindungen - die sogenannte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit - entwickeln konnte. Es ist praktisch schwierig, diese neue Form der Monopolabmachung von den Patent- und Lizenzkartellen abzugrenzen. Die letzteren liegen ihr oft zugrunde. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist ihrerseits Teil anderer, engerer zwischenmonopolistischer Verbindungen neuer Art, die sich in der Struktur des modernen Monopolkapitalismus entwickeln. Die Entwicklung dieser Verbindungen ist eines der Anzeichen des objektiv herangereiften Bedürfnisses einer Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion unter den Bedingungen des heutigen Niveaus der Produktivkräfte, während die spezifischen Bedingungen des privatkapitalistischen Systems ein unüberwindliches Hindernis auf dem Wege der Realisierung dieser herangereiften Aufgabe bilden.

2. Neue Formen der Produktionsbeziehungen

Eine bemerkenswerte neue Erscheinung bei der Entwicklung von Beziehungen und Vereinbarungen unter Monopolen stellt der Übergang dieser Beziehungen zur technischen Produktionsbasis dar.

Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution erweisen sich nicht nur die alten, für die Monopole seit der Zeit der Etablierung ihrer Herrschaft charakteristischen Methoden der Vereinbarungen über die Aufteilung von Märkten und die Festigung der Monopolprivilegien als bereits unzureichend, sondern auch die neuen, verfeinerten Formen, von denen oben die Rede war. Auf Grund einer einfachen - offenen oder geheimen - Vereinbarung über den Absatz ist es schwer und häufig sogar unmöglich, eine einigermaßen dauerhafte Monopolisierung von Ergebnissen der neuen Technik und Technologie zu gewährleisten. Die letztere verändert sich heutzutage sprunghaft und nicht im Ablauf einer mehr oder weniger lange anhaltenden Evolution, wie dies früher der Fall war.

Die neue Technik, welche einst voneinander isolierte Branchen vereinigt, die Grenzen zwischen ihnen verwischt, erfordert gleichzeitig eine vertiefte Spezialisierung der Produktion. Eine effektive Ausnutzung der Kapazitäten gigantischer Aggregate und Maschinensysteme ist unmöglich ohne Gewährleistung einer mehr oder weniger gleichmäßigen Auslastung.

Das Kapital, welches für die Gründung eines Unternehmens vorgeschossen werden muß, das den heutigen Maßstäben und Bedürfnissen des technischen Fortschritts entspricht, nimmt immer größere Ausmaße an. Bei den gegenwärtigen Entwicklungstempi der Technik müssen die Monopole für wissenschaftliche und Forschungsarbeiten, für den Ankauf neuester Errungenschaften von Wissenschaft und Technik und deren Übernahme in die Produktion bedeutende Summen ausgeben. Ohne derartige Aufwendungen ist es heute unmöglich, eroberte Positionen auszubauen und den Konkurrenten neue Positionen abzurufen.

Alle diese Bedingungen, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte diktiert werden, rufen Veränderungen in den Formen der Beziehungen und Verbindungen zwischen den Monopolen hervor. Die Vereinbarungen unter ihnen gehen über den Rahmen der Zirkulationssphäre hinaus; die Kartellvereinbarungen der modernen Trusts und Konzerne beschränken sich nicht

auf den Bereich der Produktionsrealisierung, sondern umfassen die Sphäre ihrer Produktionstätigkeit.

"Die selektiven Kartelle (Zusammenschlüsse weniger Unternehmen) greifen ... zwangsläufig tief in die Betriebsstruktur ein."⁸ Man kann sagen, daß die heutige Evolution der Vereinbarungen zwischen Monopolen gleichsam jene Aufwärtsentwicklung von niedrigeren zu höheren Formen (von der Vereinigung der Handels- zur Vereinigung der Produktionsfunktionen) reproduziert, die sich auf der frühen Entwicklungsstufe des Monopolkapitalismus vollzog. Das Rad der Geschichte der Monopole hat sich gewissermaßen weitergedreht.

Die verschiedenen Formen von Monopolbeziehungen des neuen, vorwiegend produktionsbestimmten Typus weisen auf den einzelnen Sektoren des kapitalistischen Weltsystems einen unterschiedlichen Verbreitungsgrad auf. In den Ländern Westeuropas sind mit einer vertieften Spezialisierung der Produktion verbundene Vereinbarungen zwischen Großfirmen verbreiteter als in den USA. In jenen westeuropäischen Ländern, wo Gesetze über die Kontrolle der Kartelle Gültigkeit besitzen, herrschen unter den legalisierten, offiziell registrierten Vereinbarungen zwischen Unternehmen solche über Spezialisierung vor. Beispielsweise werden in Westdeutschland 16 von 25 in den letzten Jahren neu registrierten Vereinbarungen unter der Rubrik der Spezialisierungskartelle geführt.

Bürgerliche Nationalökonomien behaupten nicht selten, Vereinbarungen solcher Art trügen zur technischen Vervollkommnung der Produktion bei, dienten dem Nutzen des Verbrauchers und brächten nicht die Gefahr einer Unterdrückung des edlen Wettbewerbs konkurrierender "freier Unternehmer" mit sich. Derartige Behauptungen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Faktisch bezwecken alle Monopolabmachungen, welche Betätigungssphäre von Trusts und Konzernen sie auch umfassen mögen, die Beherrschung und Unterjochung der Bevölkerungsmasse durch die Monopole, die Herrschaftsrolle der Monopole im wirtschaftlichen und politischen Leben der Gesellschaft zu verstärken. Dies bezieht sich natürlich in vollem Maße auch auf Vereinbarungen über Spezialisierung. Was aber den Mythos vom "freien Unternehmertum" betrifft, so ist dieser schon längst durch das ganze praktische Geschäftsgebaren der Monopolisten zerstört worden.

Spezialisierungskartelle pflegen selten vielgliedrig zu sein, das heißt die Zahl ihrer Teilnehmer beschränkt sich meistens auf zwei bis vier, dafür aber recht solide Firmen. In der Regel übernimmt jeder der Partner die Verpflichtung, in den Grenzen seines Sortiments nur bestimmte Arten oder Varianten von Erzeugnissen zu produzieren, wodurch man eine typengleiche Produktion ausschließen und somit die Konkurrenz des einen gegen den anderen beschränken will.

Unter der Unmenge von Abmachungen über Spezialisierung und entsprechende Koordinierung von Produktionsprogrammen, die in der Fachpresse der westeuropäischen Länder registriert werden, begegnen uns verschiedene Varianten von Vereinbarungen, die durch den jeweiligen Charakter der Spezialisierung (gegenstandsbezogene, teilstückbezogene, technologische) bedingt sind. Mitunter erfolgt die Spezialisierung vertikal, wobei eine Aufteilung unter Partnern unterschiedlicher Produktions- oder Aufbaustufen vorgesehen ist. Uns begegnen auch Vereinbarungen, denen zufolge jeder der Partner Aufträge, darunter auch produktionsbezogene, entgegennimmt, die außerhalb seiner Spezialisierung liegen, und dann einen solchen Auftrag an einen Partner zur Ausführung weiterleitet, der über die entsprechende Spezialisierung verfügt. (Eine derartige Vereinbarung über Produktion von Walzerzeugnissen, die in der westdeutschen Presse unter der Bezeichnung "Karussell" bekannt ist, wurde im Jahre 1964 zwischen vier metallurgischen Konzernen Westdeutschlands abgeschlossen.)

8 Kartelle in der Wirklichkeit, Köln/Berlin/Bonn 1963, S. 211.

Vereinbarungen über Spezialisierung enthalten in der Regel unter ihren Bedingungen auch eine in dieser oder jener Form vorgesehene Koordinierung der Produktionsprogramme der Partner. Die wechselseitige Abhängigkeit dieser Bedingungen ist evident, da Spezialisierung der Produktion nur einen ökonomischen Effekt erbringen kann, wenn die Produktionskapazitäten die erforderliche Auslastung aufweisen; dies setzt seinerseits eine "Bereinigung" des Produktionsprogramms sowie verstärkte Serienherstellung der zu produzierenden Erzeugnisse voraus.

Das Streben nach einer möglichst vollständigen Auslastung der Produktionskapazitäten dient auch an und für sich schon - unabhängig von der Spezialisierung der Produktion - als wichtige Grundlage für Vereinbarungen zwischen großen Industriefirmen. Dies bezieht sich insbesondere auf so starke Anlagen wie moderne Walzstraßen, Aufbereitungsanlagen für Erze, Pressen, große Karussellwerkzeugmaschinen usw. Die Kapazität einer solchen Ausrüstung übersteigt häufig die Möglichkeiten des Absatzes auch bei sehr großen Monopolgesellschaften.

Die erhöhte Auslastung vorhandener Kapazitäten wird durch verschiedenartige Methoden erzielt: auf dem Wege der Überlassung eigener, nicht ausgelasteter Kapazitäten an einen Partner nach spezieller Vereinbarung; vermittels des sogenannten "Kapazitätenaustauschs", wobei die Partner bestimmte Operationen oder Stadien der Produktion füreinander ausführen oder Ausrüstungen austauschen, die infolge einer Beschränkung des Produktionsprogramms unausgelastet blieben usw.

Abmachungen unter Monopolen, die die Produktionssphäre umfassen, stellen in einem noch größeren Maße als Kartellvereinbarungen, welche die Zirkulationssphäre betreffen, Versuche dar, jene Hindernisse auf dem Entwicklungswege der Produktivkräfte zu umgehen, die durch die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln errichtet sind. Neue Formen von Produktionsbeziehungen zwischen Monopolen lösen bis zu einem gewissen Grade diese Widersprüche; solche Teillösungen entsprechen den objektiven Entwicklungsbedürfnissen der Produktivkräfte. Gleichzeitig rufen sie unvermeidlich neue Antagonismen hervor, indem sie die Konkurrenz und den Kampf zwischen den Monopolen verschärfen und jene Konflikte unter ihnen noch mehr zuspitzen, die sich unausweichlich auf dem Boden des Konkurrenzkampfes um Absatzmärkte und um die Erweiterung der Produktion bei einer hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit begrenzten Nachfrage der Volksmassen entwickeln.

3. Gemeinsame Errichtung und Inbesitznahme von Unternehmen

Eine weitere Stufe der Produktionsbeziehungen zwischen Monopolen bildet die sich in letzter Zeit entwickelnde Praxis der gemeinsamen Errichtung von Unternehmen, speziell solcher, die eine komplizierte und kostspielige Ausrüstung und große Kapitalinvestitionen erfordern, welche sich nur bei einer Produktion in großen Maßstäben amortisieren lassen. Sonst entstände leicht eine Überkapazität, das heißt, eine Unterbelastung derartiger Einrichtungen. Freilich werden die betreffenden Unternehmen "sich bemühen, eine Überdimensionierung durch langfristige Planung möglichst zu vermeiden. Und doch ist die Gefahr von Kapitalfehlleitungen nicht zu unterschätzen, zumal sich die künftige Marktentwicklung nur in begrenztem Umfang berechnen läßt. Die Unternehmen sehen sich daher zu Überlegungen veranlaßt, wie sie diese Risiken einschränken können."⁹

⁹ Wolff, Jürgen, Die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit von Verträgen über die gemeinsame Errichtung von Produktionsanlagen durch mehrere Unternehmen, jur. Diss. Münster 1965, S. 14.

Der Bau von Gemeinschaftsunternehmen wird besonders ausgiebig praktiziert auf dem Gebiet des Abbaus von Rohstoffvorkommen, bei Transportanlagen und Rohrleitungssystemen. Gemeinschaftsbetriebe sind typisch für neue Branchen, die sich an Schnittpunkten von Industriezweigen herausbilden, zum Beispiel für Petrolchemie, Buntmetallurgie und die Produktion neuartiger Verpackungsmaterialien. Oft werden Gemeinschaftsbetriebe geschaffen für die Entwicklung der Produktion neuer Erzeugnisarten, was mit einem gewissen Risiko und hohen Ausgaben für die Erarbeitung neuer technologischer Methoden verbunden ist. Gemeinschaftsunternehmen, die den Rohstoff fördern und die erste Verarbeitungsstufe produzieren, treten als Lieferanten für die gemeinsamen Inhaber auf. Mitunter wird in derartigen Betrieben aber auch umgekehrt die Endbearbeitung des Produkts der Partner durchgeführt, wobei dann auch der Absatz der Fertigprodukte in gemeinsamer Zuständigkeit erfolgt.

Wie aus dem Obengesagten hervorgeht, ist die Schaffung neuer oder die Überführung vorhandener Betriebe in Gemeinschaftsbesitz oft mit Verträgen über Spezialisierung und anderen Arten von Produktionsabsprachen unter Konzernen verbunden.

Daß Kapitalisten Ressourcen zum Gemeinschaftsbesitz vereinigen, stellt natürlich an sich keine neue Erscheinung dar: Sie ist uns aus der Geschichte des vormonopolistischen und besonders des monopolistischen Kapitalismus bekannt. Nicht selten gab es Vereinbarungen von Konzernen und Trusts in Form ihrer Beteiligung an Bankenpools zwecks gemeinsamer Finanzierung großer Objekte und Ausübung einer Finanzkontrolle. Neu und für die jetzige Etappe charakteristisch ist hingegen der Umstand, daß die Konzentration von Kapitalien durch Monopole nicht nur auf die Errichtung einer Finanzkontrolle abzielt, sondern sich auch auf die Produktionstätigkeit von Unternehmen erstreckt.

Für die gegenwärtige Entwicklungsstufe der Monopole ist auch der Umstand charakteristisch, daß gemeinsames Unternehmertum eng mit technischer Zusammenarbeit verbunden ist, die sich ihrerseits auf dem Boden von Patent- und Lizenzkartellen herausbildet. Bei der technischen Zusammenarbeit nimmt der Austausch von Resultaten der Forschung, experimentellen Arbeiten und dergleichen einen regulären Charakter an. Dem Austausch technischer Informationen folgt die gemeinsame Organisierung von Forschungsinstituten, Laboren, Konstruktionsbüros, Versuchsbetrieben und -anlagen. Die letzteren sind besonders wichtig für die Erprobung und Weiterentwicklung von Erfindungen, deren industrielle Nutzung mit Risiko und großen Kosten verbunden ist. Die Ausweitung gemeinsamer Forschungen unifiziert faktisch die technischen Grundlagen der Unternehmen und umfaßt mitunter ganze Industriezweige.

Wie wir sehen, unterscheiden sich die neuen Formen der Monopolvereinbarungen von den Kartellen im eigentlichen Sinne dieses Wortes, die sich auf die Regulierung von Preisen und die Aufteilung von Märkten beschränken. Die Vereinbarungen neuen Typus sind ausgerichtet auf die Realisierung eines ganzen Aufgabenkomplexes - von Abstimmung der Produktionsprogramme nach dem Prinzip der Arbeitsteilung unter den Beteiligten, Koordinierung von Kapitalinvestitionen, verbesserter Ausnutzung der Produktionskapazitäten und Austausch technischer Informationen bis hin zu gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit und Vereinigung der Forschungs-, Projektierungs- und experimentellen Arbeiten.

4. Zusammenarbeit und Kampf der Monopole

Die Apologeten des Monopolkapitalismus stellen die neuen Verbindungsformen der Monopole - insbesondere jene, die sich auf die Sphäre ihrer gemeinsamen Produktionstätigkeit beziehen - als Beweis einer "Harmonie der Interessen" hin. Das Leben spricht eine ganz andere Sprache. Die Fakten bestätigen immer wieder die Schlussfolgerung, zu der Lenin im

Ergebnis seiner Untersuchung des monopolistischen Stadiums des Kapitalismus vor einem halben Jahrhundert gelangte: Jede beliebige Abmachung unter Monopolen ist nur eine Episode in ihrem gegenseitigen Kampf, der sich unvermeidlich aus den ständigen Veränderungen im Kräfteverhältnis der Monopole ergibt; man darf daher die Frage des Inhalts des Kampfes und der Vereinbarungen unter Monopolen nicht mit der Frage der Form dieses Kampfes und dieser Vereinbarungen verwechseln, die heute friedlich und morgen unfriedlich sein kann.¹⁰

Unter den gegenwärtigen Bedingungen untergräbt der stürmische Verlauf der Veränderungen in Technik und Organisation der Produktion, die auf ein extremes Maß ausgedehnte Ungleichheit in Situation und Perspektiven der einzelnen Branchen und Arten der Produktion ständig die Kräfteverhältnisse, wie sie sich unter den an Kartellen beteiligten Firmen herausgebildet haben. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Abstimmung der Monopolaktionen neu zu organisieren, neue Methoden bei der Aufteilung der Märkte und der Aufrechterhaltung der Monopolpreise anzuwenden. Diesem Ziel dienen die Varianten der Monopolvereinbarungen neuen Typus. Sie stellen nichts anderes dar als neue, durch die Situation der wissenschaftlich-technischen Revolution bedingte Monopolisierungsformen.

Vereinbarungen über Spezialisierung, Austausch von Produktionskapazitäten und insbesondere die gemeinsame Errichtung von Produktionsunternehmen, wissenschaftlichen und Forschungsorganisationen, Laboratorien, Büros und dergleichen sind häufig mit Aktienaustausch, Kapitalbeteiligung und anderen Formen finanzieller Verflechtung der Monopole verbunden. Die speziell zwecks Koordinierung der Produktion und der Investitionen, für die Verwaltung von als Gemeinschaftsunternehmen gegründeten Gesellschaften werden jedoch vorwiegend auf paritätischen Grundlagen errichtet, aber nicht proportional zu dem von den einzelnen Teilhabern eingebrachten Kapital, wie dies bei einer gewöhnlichen Konzentration von Kapitalien üblich ist. Die Partner behalten ihre juristische und finanzielle Selbständigkeit. Dies erklärt sich offensichtlich dadurch, daß es sich um Vereinbarungen unter führenden Firmen handelt, die auch nicht entfernt dazu bereit sind, auf ihre Positionen zu verzichten und einfach in einer neuen monopolistischen Gruppierung aufzugehen.

Überhaupt ist die relative Macht der Monopole von wesentlicher Bedeutung für ihre Bereitschaft, Vereinbarungen einzugehen. Dies ist ganz natürlich, da namentlich der Kampf um die Herrschaft auf diesem oder jenem Gebiet der Produktion und auf dem Markt die Konzerne zur Suche nach Verbündeten und Partnern, zur Vereinigung der Bemühungen und Kapitalien drängt. Es leuchtet daher ein, daß die westeuropäischen - und auch japanischen - Konzerne eine stärkere Neigung zu gemeinsamen Aktionen zeigen als die großen amerikanischen Korporationen, die über erheblich größere finanzielle und andere Reserven verfügen.¹¹

Offensichtlich spielen hierbei die strukturellen Besonderheiten des Finanzkapitals in den USA eine gewisse Rolle, wo sich mächtige Finanzgruppen mit mehr oder weniger abgegrenzten Einflusssphären herausgebildet haben. Wie in einer Spezialuntersuchung von S. M. Menšikov eingehend nachgewiesen wurde, verfügen diese Finanzgruppen über Möglichkeiten, die erforderlichen Verbindungen unter den von ihnen erfaßten Konzernen zu gewährleisten, und machen auf ihre Art von diesen Verbindungen effektiv Gebrauch. Die Aufteilung des Marktes wird unter ihnen auf diesem höheren Niveau "erzielt durch die systematische Koordinierung

10 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 257 f.

11 In den USA zählte man im Jahre 1965 nach offiziellen Angaben 170 große in einigen Korporationen organisierte Gesellschaften.

ihrer Aktionen, die in der Regel keine speziellen Vereinbarungen erfordert¹². In den Ländern Westeuropas erreichten die Finanzgruppen nicht eine solche Entwicklungsstufe wie in den USA. Sie haben einen mehr amorphen Charakter und entziehen sich oft einer genauen Definition.

Die Tendenz zur Produktionszusammenarbeit der Konzerne bahnt sich jedoch auch in den USA an, insbesondere auf solchen in technischer Hinsicht besonders progressiven Gebieten wie die Anwendung der Atomenergie, Erforschung des Kosmos und dergleichen. Auf diesen Gebieten ist eine solche umfassende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Wissenschaftszweigen der Industrie unerlässlich, die sich nicht einmal in den Rahmen selbst der innerhalb der kapitalistischen Welt mächtigsten Monopolgiganten der USA einfügt. Die gemeinsame Tätigkeit der größten Korporationen wird auch in der Erforschung und organisierten Auswertung neuer Rohstoffquellen, bei der Errichtung besonders großer Transportanlagen usw. realisiert.

Die Produktions- und technischen Verbindungen zwischen den Monopolen bezeugen bei all ihrer Vielgestaltigkeit anschaulich, wie weit die Vergesellschaftung der Produktion fortgeschritten ist, wie sich die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht mehr in den die Monopole voneinander trennenden Rahmen des Privateigentums einfügt, sondern diesen Rahmen sprengt und selbst die Grenzen derart mächtiger Industrie- und Finanzkomplexe überschreitet, als die heute die führenden Konzerne auftreten.

Indem sie untereinander Verbindungen eingehen und auf dem Boden der Nutzung und Einführung der neuen Technik Vereinbarungen treffen, sind die Konzerne bestrebt, Mittel für die Beherrschung der Entwicklung der Produktivkräfte zu erlangen, die über den begrenzten Rahmen ihrer Macht hinausgehen. Hierin besteht die neue Qualität der modernen Verbindungen zwischen den Monopolen.

Folgt nun hieraus, daß der Wettbewerb unter Monopolen der Vergangenheit angehört, daß er der Zusammenarbeit und Kooperation Platz machte? Eine solche Schlußfolgerung ziehen gewöhnlich die Theoretiker der "Transformation" des modernen Kapitalismus. Hierbei wird die Kooperation großer Firmen als etwas prinzipiell Andersartiges den "altmodischen" Kartellen mit ihrer verwerflichen Praxis der im Interesse von Mehrprofitem hochgetriebenen Preise und Produktionsbegrenzungen gegenübergestellt.

So wehrt sich zum Beispiel der bekannte englische Nationalökonom Shonfield dagegen, diese Vereinbarungen als altmodisches Kartell anzusehen, das die Aufrechterhaltung der Preise über dem Marktniveau mittels Absatzkontrolle jedes Beteiligten bezweckt.¹³ Die Aufgabenstellung derartiger Vereinbarungen - behauptet Shonfield - bestehe in der Verbesserung der Produktion, ihrer auf völlige Auslastung ausgerichteten Planung und keineswegs in der Jagd nach Mehrprofitem. Indem er den Monopolen lediglich das altruistische Ziel der Produktionsverbesserung zuschreibt, verschweigt der Autor jedoch vorsorglich, daß sich jede beliebige Zusammenarbeit der Konzerne unausbleiblich gegen Konkurrenten richtet, die sich auf demselben ökonomischen Gebiet im Inland oder außerhalb seiner Grenzen auf dem Weltmarkt betätigen.

Die neuen Formen der Verflechtung von Monopolen stellen somit eine neue Form des untereinander geführten Kampfes dar, wie er sich aus den heutigen Bedingungen ergibt. In-

12 Mensikov, S. M., *Millionery i menezery* (Millionäre und Manager), Moskau 1965, S. 294.

13 Vgl. Shonfield, Andrew, *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*, London 1965.

dem sie als Teillösung, in den Grenzen einer kooperierenden Gruppe, den Konflikt zwischen Produktivkräften, die einer Vereinigung bedürfen, und gegenteiligen, durch das Privateigentum bedingten und die Monopolisten trennenden Interessen überbrückt, reproduziert die Zusammenarbeit den monopolistischen Wettbewerb und Kampf auf einer höheren Ebene.

(Übersetzt von Dietrich Lokys)

von Herbert Auhagen

Der vierte Präsident der Vereinigten Staaten und der größte Vater ihrer Verfassung, James Madison, warnte in den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts davor, daß die hierige Gesellschaftsbedeutung in etwa hundert Jahren in eine heftige und - soweit er sehen konnte - unheilbare Krise geraten würde. Madison gründete seine Voraussage auf schmerzlichen Erfahrungen: Die Gesellschaft wurde von jenen beherrscht, die ihre Interessen und Produktionsmittel besitzen, aber politisch hatte die Volksschicht das Übergewicht; wie lange würde es dauern, bis sich die Konzentration der Massen in einer gesellschaftlichen Organisation niederschlägt und dem Privateigentum an Produktionsmitteln und Ressourcen ein Ziel setzt?

Wenige Amerikanische Konservativen waren so unerbauend wie Madison; bei solchen Tiefen analysierte er das heranreifende Dilemma. Aber es wäre unrichtig anzunehmen, daß der Grundgedanke und Schlüssel zum Verständnis des beginnenden 19. Jahrhunderts eine Virgilia Immense gegeben wäre, jene Lösung zu erkennen, die die Idee für das 20. Jahrhundert abzeichnete.

Daß Madison hatte Mühe mit einer schmerzhaften Erkenntnis dieses heftigen und - wie er sich gesprochen - bevorstehenden Kampfes, er erkannte auch, daß sich unbefriedigende Antworten auf ähnliche Angriffe erfinden würden. In diesem Sinne dachte er seine Überlegungen aus und zeigte, daß das Problem nur durch außerordentliche Anstrengungen und Klugheit gelöst werden könnte.

Frederic von Star - in der USA - die Krise ab, ganz besonders in der Lage der Wirtschaft Jahre - genau nach Madisons Voraussagen, wie John Dewey. In Weiter Hinsicht wurde die Krise zunächst indirekt, mit einer Art "Einkaufs", wie sie nur durch den Verkauf von Wertpapieren und some Nachströmen möglich war. Aber natürlich war kein Einkaufs Mittel (beide auf), und letzt sind es bei allen Verkäufen von amerikanischen Fabrikanlagen, von Volkshausbanken und vom Ende der Ideologie etc. nicht nur die hauswirtschaftlichen "Bewertungen", die von einer Gesellschaftsform, von einer grundständlichen Positionen abhängen und von einer weitgehenden strukturellen Kräfte hervorgehen. Nein, beide sind die Wirtschaftliche und Antagonismus so stark - wie sie bei dem gemeinsamen, kapitalistischen und selbst für andere Wirtschaft und den Behaltens der Armut in den Märkten aus Licht treten - daß James Beaton, "Managing Editor der "New York Times", stolz derartige Ausdrücke bedient, und der Vorsitzende des Senate Foreign Relations Committee, S. W. Bulwight, in einer Rede am 8. August 1947 vor der American Bar Association sagte: "Die Große Gesellschaft wurde zur kranken Gesellschaft."

Hier hat doch der Kapitalismus seine ruhmvollste, glückseligste Welt, seine größte Beherrschung, er beherrscht einen Kontinent mit der (ersten) Welt als Beute, vom Krieg in der Beherrschung überlebt und durch den Krieg im Ausland gerettet, und er - er - in "Krank" im Eingeständnis seiner Schwächen und trotz dieser!

„Wen die Götter verderben wollen . . .“

von Herbert Aptheker

Der vierte Präsident der Vereinigten Staaten und der geistige Vater ihrer Verfassung, James Madison, warnte in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts davor, daß die hiesige Gesellschaftsordnung in etwa hundert Jahren in eine heftige und - soweit er sehen konnte - unlösbare Krise geraten würde. Madison gründete seine Voraussage auf folgendem Widerspruch: Die Gesellschaft wurde von jenen beherrscht, die ihre Ressourcen und Produktionsmittel besaßen, aber politisch hatte die Volkssouveränität das Übergewicht; wie lange würde es dauern, bis sich die Souveränität der Massen in einer gesellschaftlichen Umgestaltung niederschlägt und dem Privateigentum an Produktionsmitteln und Ressourcen ein Ende setzt?

Wenige amerikanische Staatsmänner waren so scharfsinnig wie Madison; mit seinem Tiefblick erkannte er das heranreifende Dilemma. Aber es wäre natürlich ein Ding der Unmöglichkeit gewesen zu erwarten, daß der Grundeigentümer und Sklavenhalter des beginnenden 19. Jahrhunderts aus Virginia imstande gewesen wäre, jene Lösung zu erfassen, wie sie sich für das 20. Jahrhundert abzeichnete.

Doch Madison hatte nicht nur eine scharfsinnige Zukunftsvision dieses heftigen und - historischen gesprochen - bevorstehenden Kampfes; er erkannte auch, daß sich außergewöhnliche moralische und ethische Angriffe einstellen würden. In diesem Sinne drückte er seine Befürchtungen aus und meinte, daß das Problem nur durch außerordentliche Anstrengungen und Klugheit gelöst werden könnte.

Früher war hier - in den USA - die Krise akut, ganz besonders in der Depression der dreißiger Jahre - genau nach Madisons vorausgesagten zehn Dekaden. In vieler Hinsicht wurde die Krise gleichsam endemisch, mit einer Art "Erleichterung", wie sie nur durch den zweiten Weltkrieg und seine Nachwirkungen möglich war. Aber natürlich war jene Erleichterung höchst fieberhaft; und jetzt sind es bei allen Verheißungen vom amerikanischen Jahrhundert, vom Volkskapitalismus und vom Ende der Ideologie etc. nicht nur die kommunistischen "Bösewichte", die von einer Gesellschaftskrise, von einer grundsätzlichen Funktionsuntüchtigkeit und von einer tiefgründigen strukturellen Krankheit sprechen. Nein, heute sind die Widersprüche und Antagonismen so stark - wie sie bei dem grausamen, kostspieligen und scheinbar endlosen Vietnamkrieg und den Rebellionen der Armen in den Städten ans Licht treten -, daß James Reston, Managing Editor der "New York Times", sich derartiger Ausdrücke bedient, und der Vorsitzende des Senate Foreign Relations Committee, J. W. Fulbright, in einer Rede am 8. August 1967 vor der American Bar Association sagte: "Die Große Gesellschaft wurde zur kranken Gesellschaft."

Hier hat doch der Kapitalismus seine ruhmvollste, glücklichste Welt, seine jüngste Heimstatt, er bewohnt einen Kontinent mit der (freien) Welt als Beute, vom Krieg in der Heimat unberührt und durch den Krieg im Ausland gerüstet, und er - er - ist "krank" im Eingeständnis seiner scharfsinnigsten und loyalen Diener!

Er ist natürlich stärker kriminell als krank; und wo es sich um Krankheit handelt, ist es mehr eine geistige als eine physische Erkrankung, mehr ethische Fäulnis als materieller Verfall (obgleich letzterer nicht fehlt, etwa durch Luftverschmutzung und Wasserverunreinigung!), und vor allem kann man sie nicht einfach als Erkrankung der Gesellschaft schlechthin bezeichnen, da sie zweifellos klassenbedingt ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß sich die Infektion im gesamten Staatskörper stark ausgebreitet hat, und ebensowenig ist auch der Infektionsherd zu leugnen. Er liegt nicht im Volk, das unseren wunderbaren Boden fruchtbar macht und durch seine Arbeit und Geschicklichkeit unseren großartigen Produktionsapparat bereichert; er liegt nicht in den farbigen Menschen, die um ihre Würde kämpfen, auch nicht in unserer kämpferischen Jugend, die schöpferische Betätigung und Brüderlichkeit verlangt. Nein, er liegt in den derben, brutalen, arroganten, rassistischen und provinziellen Industriegiganten, genauer gesagt, den Schlotbaronen.

Die Beweise der Fäulnis sind überall zu finden; wir wollen hier einige wenige Beispiele aufzeigen und uns dabei auf die jüngste Gegenwart beschränken.¹ Erwin D. Canham, Herausgeber der einflußreichen und höchst konservativen Tageszeitung "Christian Science Monitor", schrieb am 25. März 1967: "Jeder weiß, daß im größten Teil der sogenannten freien Welt die Unterhaltungskunst in Zügellosigkeit ausartet. Viele Filme, Schauspiele, Romane sind auf das Niveau ausgesprochener Sinnlichkeit gesunken, wie niemals zuvor in einer reichen menschlichen Gesellschaft."

Russel Baker, der "Observer" der "New York Times", bemerkte am 3. August 1967, es gibt selten einen Fernsehabend, bei dem man nicht in einem Teil der "Unterhaltung" "ein ganzes Bataillon mit Knüppeln verprügelter, unter Maschinengewehrfeuer genommener, mit dem Bajonett erstochener, mit vorgehaltener Pistole bedrohter, niedergeschossener, unter Panzerwagen zerquetschter, bis zur Bewußtlosigkeit mit Fäusten geschlagener und anderweitig mißhandelter Opfer" erlebt. Folgendermaßen beschrieb Bosley Crowther, Filmkritiker derselben namhaften Zeitung, am 4. Juli 1967 ein kürzlich gezeigtes Filmepos: "... gewaltige Explosionen, Gewehrgeknatter, das Pfeifen von Geschossen und die taumelnden Körper tödlich getroffener Menschen bieten für Ohren und Augen die Reize krankhafter Sucht."

Joseph Wood Krutch - Senior der Literaturkritiker der Vereinigten Staaten und zuweilen noch "altmodisch" in seinem Geschmack - schrieb am 6. Mai 1967 in "The Saturday Review", er denke, daß der "Nachdruck, der auf Gewalttätigkeit, Perversität und Nihilismus" gelegt werde und die augenblickliche amerikanische Roman- und Bühnendichtung charakterisiere, in "Weltverachtung ihre Wurzeln zu haben scheine". Er vertritt diese Ansicht: Selten, wenn überhaupt jemals zuvor, wurden die Künste derart von einem allumfassenden Haß beherrscht. Einmal haßte der Schriftsteller die einzelnen "bösen Menschen". Dann begann er an deren Stelle die Gesellschaft zu hassen, der die Verantwortlichkeit für die Entstehung böser Menschen zugeschrieben wurde. Jetzt richtet sich sein Haß nicht gegen den einzelnen oder die Gesellschaft, der er angehört, sondern gegen das Universum, in dem böse Menschen und eine böse Gesellschaft nur Ausdruck des Grundübels des Universums selbst sind.

Im folgenden einige Zeilen eines Romaninserats, das am 3. Mai 1967 in der "New York Times" erschien: "... ein Labyrinth von Grausamkeit, Schmerz, Blut, Striemen, gellenden Schreien, Gestöhn, Folter, Knechtschaft und - Ergötzen ... Prügel, Fausthiebe, die Ekstase der Berührung ..."

1 Zu den Beweisen für etwas weiter zurückliegende Jahre vgl. Aptheker, Herbert, Alienation and the American Social Order, in: Marxism and Alienation, hg. v. Herbert Aptheker, New York 1965, S. 15 - 25, und darin zitierte Hinweise.

In dem von Alfred A. Knopf in New York herausgegebenen "A New Dictionary of Quotations" sagt ein verständlicherweise anonym bleibender New Yorker Zeitschriftenverleger: "Es gibt keine unabhängige Presse. Sie und ich wissen es. Ich verdiene wöchentlich \$ 350, weil ich ehrliche Meinungen nicht drucke. Unsere Zeit und unsere Talente sind das Eigentum anderer Leute. Wir sind intellektuelle Prostituierte." Ein führender Magnat dieses delikaten Geschäfts ist Clarence W. Barron, Herausgeber des "Wall Street Journal". Als Leitartikler seines eigenen Blattes sagt er: "Eine Zeitung ist ein Privatunternehmen, das nichts der Öffentlichkeit schuldet, die ihr kein Existenzrecht gewährt. Sie gehört ausdrücklich ihrem Eigentümer, und er verkauft das Herstellungserzeugnis auf eigene Gefahr. Sie ist deshalb mit keinem öffentlichen Interesse behaftet."

In dem Maße, wie diese Entwürdigung in den Vereinigten Staaten sich sehr entwickelt, durchdringt sie die "freie" Welt, was einige der oben angeführten Gewährsleute nicht verschweigen. Einer der eindringlichsten und aufrüttelndsten Hilferufe kam von der britischen Roman-schriftstellerin Pamela Hansford Johnson (der Gattin C. P. Snow's). Sie brandmarkt in ihrer Broschüre "On Iniquity" (New York 1967) "die Flut sadistischer Pornographie, die die westliche Welt in einem so entsetzlichen (und dabei so absurden) Licht erscheinen läßt". Wo diese Art des Schreibens im Namen der "Freiheit" oder des "Mutes, sich den Tatsachen zu stellen", verteidigt werde, so bemerkte Frau Johnson, bestehe ein bemerkenswerter Mangel an Begeisterung für die künstlerische Wiedergabe "der schmutzigen und schrecklichen Tatsachen des Hungers und Elends in weiten Gebieten der Welt." Scharf betont sie: "Wir unterstützen die grobe Sinnlichkeit; und dies, erinnern wir uns, war nicht der Weg ins Erdenparadies, sondern der Weg nach Auschwitz."

Dies alles ist mehr als Nachsicht und mehr als "Toleranz"; es wird aktiv betrieben und subventioniert. Es wird mit Ämtern und Reichtum belohnt, und jene, die opponieren, werden mit dem Entzug ihrer Ämter, durch ein Komplott des Schweigens, durch den Versuch der Auferlegung einer Art erzwungener innerer Emigration bestraft. Und all das geschieht angeblich im Namen von "Freiheit" und "Toleranz", aber wie Herbert Marcuse in einem kürzlich erschienenen Aufsatz² schrieb, "schließt die Logik der Toleranz die rationale Entwicklung des Sinnes ein und verbietet dessen Abriegelung", während in den Vereinigten Staaten und in vielen Ländern der "freien Welt" im Namen der Toleranz Irrationalismus und Brutalität verherrlicht werden und Widerstand dagegen wenn nicht als Verrat, so doch wenigstens als Verdachtsmoment gilt.

James Baldwin verweist in seinen "Notes of a Native Son" (1955) auf die "Wut der Verachteten", und Ausbrüche dieser Wut ergießen sich jetzt brodelnd über die Straßen des "Goldenen Amerikas". Vielleicht gehört zu den Vereinigten Staaten heute sogar noch mehr ein Gefühl der Unmenschlichkeit oder besser Nichtmenschlichkeit. Dieses schändliche System des Kapitalismus, unter dem alles zur Ware wird, will auch die Menschen zur Ware degradieren. Aber selbst dieses System braucht Menschen, wenn es lebensfähig sein will. So erhebt sich immer stärker die Frage: Ist es als ein System für Menschen lebensfähig?

Präsident Johnson gab seine Antwort zu den Aufständen in den Ghettos und Slums: Vervollkommenet die Maschinerie der Unterdrückung, erhöht die Steuern und ernennt noch ein weiteres "Untersuchungskomitee"; seine Reaktion auf das blutige Dilemma in Vietnam: mehr Nachschub, zusätzliches Kanonenfutter und verstärkte Bombenangriffe. Diese Antworten genügen nicht - ganz abgesehen von ihrer Verderbtheit, die jeder Beschreibung spottet; sie sind nicht zweckmäßig, und pragmatisch denkende Amerikaner nehmen so etwas sehr ernst.

2 Marcuse, Herbert, Repressive Toleranz, in: Wolff, Robert Paul/Moore, Barrington/
Marcuse, Herbert, Kritik der reinen Toleranz, 4. Aufl. Frankfurt (Main) 1968, S. 107f.

Seit 1946 haben die Vereinigten Staaten über 900 Milliarden Dollar für das Militär und 96 Milliarden Dollar für das gesamte Sozialprogramm ausgegeben, das heißt, sie haben während der letzten zwanzig Jahre mehr als 57 Prozent des Staatshaushalts für Krieg und Kriegsvorbereitung und 6 Prozent für soziale Zwecke verwendet! Diese Priorität ist ein genauer Maßstab für die absolute Unmenschlichkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in den USA, und selbst hier, der reichsten Nation der Erde, erwuchs aus dieser Politik und diesem Kurs eine echte Krise.

Der vor einigen Jahren verstorbene britische Sozialist und Historiker R. H. Tawney schrieb treffend³: "Der Ursprung der Auflehnung gegen den Kapitalismus liegt nicht nur in der materiellen Not, sondern in der Empörung gegen eine Wirtschaftsordnung, in der der Mensch aufhört, Mensch zu sein, weil sie die Menschen in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht als eigenständige Partner bei der Bezwingung der Natur zum Nutzen der Menschheit, sondern als Ausbeutungsobjekte einer vermögenden Minorität behandelt, die ihrerseits in dem Maße, wie sie ihre Absichten erreicht, nur zu häufig verkommt, wenn sie am Ziel angelangt ist."

Die Revolte, obwohl sich ihrer noch kaum so recht bewußt, ist im Gange. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß gerade die bewußte Komponente in den letzten fünf bis zehn Jahren merklich gewachsen ist. Das Interesse am Marxismus ist jetzt in den Vereinigten Staaten verbreiteter und echter als vor dreißig Jahren. Der Sozialismus als Alternative wird besonders unter der Jugend, der Intelligenz und vor allem innerhalb der Freiheitsbewegung der Neger ernster diskutiert als je zuvor seit den dreißiger Jahren.

Im Grunde ist es jedoch noch keine völlig bewußte Revolte, aber nichtsdestoweniger ist es eine Revolte. Denn materielle Misere gibt es reichlich in dieser Gesellschaft, in der 20 Prozent der Bevölkerung in schrecklicher Armut und weitere 20 Prozent unter keineswegs zumutbaren Verhältnissen leben. Zahlreiche Anzeichen der Rebellion gibt es nicht nur bei den 22 Millionen Negern - die etwa 11 Prozent der Gesamtbevölkerung und etwa 21 Prozent der Arbeiterklasse ausmachen -, sondern auch bei den Spanischsprechenden (puertorikanischer, kubanischer und mexikanischer Abkunft), die zusammen etwa 6 bis 7 Millionen zählen.

Die Studentenunruhen sind allgemein bekannt; nicht genügend beachtet werden in dieser Hinsicht jedoch folgende Tatsachen: Es gibt jetzt an den Hochschulen der USA etwa 6 Millionen Lernende und Lehrende. Ein beachtlicher Prozentsatz - schätzungsweise ein Viertel - der Hochschuljugend kommt aus der Arbeiterklasse, und eine beträchtliche Zahl sind Neger, insgesamt etwa 300 000. Der Reifegrad dieser Hochschulangehörigen ist bedeutend höher als der bei den Generationen vor dem zweiten Weltkrieg. Dadurch gehen die Forderungen der Studenten mehr in die Tiefe; sie sind politisch bedeutsamer und eine stärkere und ideologisch bedeutendere Bedrohung für die herrschende Klasse.

Es mehren sich auch die Anzeichen der Unruhe unter den Frauen in den Vereinigten Staaten. Daß dies besonders für die Frauen jener Kreise gilt, die rassistischer und nationaler Diskriminierung ausgesetzt sind, liegt auf der Hand. Die Unruhe ist dort zwar am eindringlichsten, aber beschränkt sich nicht nur auf diese Frauen. Die sagenhaft pornographische Art der dominierenden Kultur ist für die Frauen eine Beleidigung. Die Massenmedien und das Reklamewesen schaffen von der Amerikanerin bewußt ein Bild, das sie als eine Art Inkarnation der Hure erscheinen läßt. Mit welcher Würdelosigkeit die Frauen als eine Art Maschine oder Gebrauchsgegenstand dargestellt werden, erregt immer mehr die Mißbilligung der Hälfte der amerikanischen Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß in den USA - auf Grund der hohen Preise und Steuern - ein höherer Prozentsatz Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen muß als

3 Tawney, Richard Henry, The Radical Tradition, hg. v. Rita Hinden, London 1964, S.139.

in irgendeinem anderen kapitalistischen Land; gegenwärtig sind es mehr als ein Drittel der gesamten Arbeiterklasse. Durchschnittlich verdienen sie etwa die Hälfte des Lohnes der Männer und schwarze Frauen die Hälfte des Lohnes der weißen Frauen! Der allgemeine Mangel an Sozialleistungen in den USA ist ja bekannt (es ist ein Hauptpunkt in dem Buch "Gesellschaft im Überfluß" von J. K. Galbraith); davon sind besonders Frauen und hier wieder vor allem die weiblichen Arbeitskräfte betroffen. So sind zum Beispiel die USA auf dem Gebiet der Kinderfürsorge, wo sich Erleichterungen für die berufstätige Frau schaffen ließen, der rückständigste aller kapitalistischen Staaten. Im allgemeinen gibt es in den Vereinigten Staaten überhaupt keine derartige Fürsorge!

Auch in der organisierten Arbeiterbewegung mehren sich die Zeichen der Kampfbereitschaft. Es gibt bedeutsame Massenbewegungen in der Auto-, Fleischkonserven- und Stahlindustrie, im Verkehrswesen, den Werftindustrien und im Transportwesen. Die Unzufriedenheit mit den regierungsfreundlichen, bürokratischen und untätigen Führungskreisen um Meany und Lovestone nimmt zu. Neue Wellen der Gewerkschaftsbewegung zeigen sich vor allem bei den Landarbeitern im Westen und Südwesten sowie bei den geistigen und den Facharbeitern der gesamten Nation.

Besonders hervorzuheben ist die große Bedeutung des zunehmenden Gewichts der Negerkomponente für die amerikanische Arbeiterklasse. Sie verstärkt die Kampfbereitschaft jener Klasse und vertieft ihre soziale und politische Einsicht. Ebenso bedeutet der Eintritt von Millionen Frauen in die Reihen der Arbeiterklasse, daß die Realität der Ausbeutung in Fabrik und Geschäft die gesamte Familie erfaßt. Die Frauen lenken in den Fabriken und Gewerkschaften die Aufmerksamkeit stärker auf Probleme des Verbrauchers und des Gemeinwesens, das heißt, auf solche Probleme wie Nahrungsmittelpreise, Miete, Mangel an geeignetem Wohnraum, Verschlechterungen im Schulwesen, unhaltbare Gesundheitsbedingungen usw.

Für die white-collar workers gibt es zweifellos keine "Kriegsgewinne"; wie alle anderen sind sie den steigenden Preisen und Steuern ausgesetzt. In den letzten zehn Jahren wurden sich immer mehr Lehrer, Krankenschwestern, Krankenpfleger, Sozialfürsorger, Beamte etc. ihrer Stellung als Arbeiter bewußt. Sie haben Gewerkschaften gebildet oder sind ihnen beigetreten und beteiligten sich in vielen Fällen an zum Teil heftigen und andauernden Streiks.

Widerstand gegen den Krieg ist eine tiefgreifende Massenerscheinung in den USA. Auch greift man in zunehmendem Maße den Eingriff des Krieges in die Volkswirtschaft und die Politik schlechthin, und die Unruhe breitet sich weiter aus. Alle Bevölkerungsschichten sind von ihr erfaßt, das gilt besonders für die Negerbewegung, die Jugend und die Frauen. Es gab bereits mit der Politik in den USA Auseinandersetzungen, die ohne Zweifel noch nicht beendet sind.

Die Polarisierung der politischen Anschauungen nimmt in den Vereinigten Staaten ihren Lauf. Die Notwendigkeit, dem Zwei-Parteien-System ein Ende zu setzen, war noch nie so groß und die Möglichkeit, das auszuführen, noch nie günstiger. Gleichzeitig muß die Gefahr des Rechtsextremismus in den USA sorgsam beachtet werden. In jüngster Vergangenheit wurde vor einem kommenden amerikanischen Faschismus gewarnt bzw. in einigen Fällen damit gedroht. Natürlich ist er keineswegs unvermeidlich, aber in Anbetracht des ausgeprägten staatsmonopolistischen Kapitalismus, der das Wesen der Gesellschaft sowie den Rassismus und die Aggressivität der herrschenden Klasse bestimmt, gibt es keinen Grund, sich im Kampf gegen die faschistische Seuche nur auf die "demokratischen Traditionen" oder die "Freiheitsliebe" des amerikanischen Volkes zu verlassen.

Zweifellos sind wir an einem Scheideweg angelangt, einem historischen Wendepunkt in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Niemand kann kurzfristig mit Gewißheit sagen, wohin diese Bewegung führt. Eines ist sicher: Der intensive Kampf an allen Fronten und auf jede

Art und Weise ist in vollem Gange, und er steht der amerikanischen Bevölkerung auch weiterhin bevor. Diese Bevölkerung und ihr Herzstück, die Arbeiterklasse, haben eine gute Tradition: Es ist ein kampfbereites Volk und eine kampfbereite Klasse. Die Aufgabe liegt in der Erziehung und der Organisierung. Die leninistische Linie der Massenaktivierung und -mobilisierung ist ihr Wegweiser. Manchmal kann der Druck der Reaktion zu Verzweiflung und Abenteuertum oder Individualismus führen. Aber solche Stimmungen sind in Wahrheit Stimmungen der Niederlage - wie "kühn" auch die Sprache sein mag, mit der sie sich tarnen. Nichts kann an die Stelle der Massenorganisierung, des Kampfes und der Aktivität treten. Dieses leninistische Prinzip ist unverletzlich, und nur dadurch kann die Reaktion geschlagen und sozialer Fortschritt erreicht werden.

Das Leben des Wissenschaftlers, zu dessen 65. Geburtstag diese Festschrift herausgegeben wird, ist ein echtes Beispiel für das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus. Durch solche Hingabe - solche Parteinahme - wurden wissenschaftliche Arbeiten von Weltgeltung geschaffen. Sie sind nicht nur unentbehrliche Bausteine für die Erziehung vernünftiger Menschen des 20. Jahrhunderts, sondern darüber hinaus eine geistige Befruchtung für alle Wissenschaftler in dem Sinne, daß ohne Hingabe an die Vervollkommnung des Menschen die Wissenschaft niemals zustandegekommen wäre und weder Sinn noch Substanz hätte.

(Übersetzt von Felicitas Rüniger)

Die statistische Erfassung der Bodennutzung im Spätfeudalismus

von Rudolf Berthold

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR erfaßt die Bodennutzung nach folgenden Gesichtspunkten¹:

Wirtschaftsfläche

Landwirt- schaftliche Nutzfläche	Korb- weiden- anlagen	Forsten und Hol- zungen	Ödland (kultivier- bar)	Abbau- land	Un- land	Gewäs- ser	Sonsti- ge Flä- chen	= Wirtschafts- flächenver- hältnis
--	-----------------------------	-------------------------------	-------------------------------	----------------	-------------	---------------	----------------------------	--

Landwirtschaftliche Nutzfläche

Acker- land	Wechsel- nutzung	Haus- und Klein- gärten	Obst- anlagen	Wein- gärten	Baum- schulen	Wiesen Weiden	= Nutzflächen- verhältnis
----------------	---------------------	-------------------------------	------------------	-----------------	------------------	------------------	------------------------------

Anbaufläche

Getreide	Hülsen- früchte	Faser- pflan- zen	Öl- früch- te	Ge- müse	Zucker- rüben	Kar- tof- feln	Futter- hack- früchte	Feld- futter- pflanzen	= Anbauflächen- verhältnis
----------	--------------------	-------------------------	---------------------	-------------	------------------	----------------------	-----------------------------	------------------------------	-------------------------------

Das Wirtschaftsflächenverhältnis, das Nutzflächenverhältnis und das Anbauflächenverhältnis sind für eine exakte Einschätzung der Bodennutzung noch nicht ausreichend. Deshalb erfaßt die Statistik außerdem die Ernteflächen nach Fruchtarten in Hektar, die Hektarerträge nach Fruchtarten in Dezitonnen und die Ernteerträge nach Fruchtarten in Tonnen.

Beide Aspekte der statistischen Erfassung der gegenwärtigen Bodennutzung haben ihren speziellen Aussagebereich. Das Wirtschafts-, Nutz- und Anbauflächenverhältnis gibt Auskunft über die Arten der Bodennutzung. Da die Erhebung dieser Kennziffern Ende Mai bis Mitte Juni erfolgt, wird auch von frühjahrsproduktiver Fläche gesprochen.² Durch Totalschäden an der bestellten Fläche ist die Erntefläche meist kleiner als die Anbaufläche. Deshalb wird diese gesondert berechnet. Die Kennziffern der Hektarerträge und der Ernteerträge vermitteln einen Überblick über die Leistung der Ernteflächen.

1 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1968, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 13. Jg. 1968, S. 271 - 276.

2 Vgl. Agrarstatistik, v. e. Autorenkollektiv, Berlin 1965, S. 23 ff.

Das westdeutsche Statistische Bundesamt erfaßt die Bodennutzung nach den gleichen Prinzipien. In der Auswertung gibt es geringe Abweichungen. So wird zum Beispiel die Erntefläche nicht angegeben, jedoch das Ausmaß der Auswinterungsschäden auf der Anbaufläche.³ Durch Abzug der Auswinterungsschäden läßt sich die Erntefläche errechnen.

Das gegenwärtige statistische Kennziffernsystem für die Bodennutzung ist das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit. Es hat sich in der Praxis bewährt und gibt uns einen Maßstab für die Einschätzung der Bodennutzung in früheren Jahrhunderten. Als Agrarhistoriker wird man deshalb versuchen, auch die Bodennutzung im Spätféudalismus nach ähnlichen Gesichtspunkten zu erfassen. Das ist nicht Ausdruck einer schematischen Betrachtungsweise. Es geht einfach darum, den langfristigen Trend in der Bodennutzung zu erkennen. Der langfristige Trend läßt sich nur mit Hilfe eines einheitlichen Kennziffernsystems berechnen.

Für den Spätféudalismus bemerkt Wilhelm Abel sehr richtig: "Eine Gliederung der Bodennutzung ist nur nach den Merkmalen möglich, die in den Quellen überliefert sind ..." Er fährt fort - und hier kann ihm nicht zugestimmt werden: "... und das sind wenige. Sie erlauben in aller Regel nicht, den Anteil der angebauten Pflanzen und Früchte an den Gesamtflächen oder den Anteil einzelner Ernten am Gesamtprodukt der Betriebe zu bestimmen ..." Als Begründung dafür, daß eine statistische Erfassung der Bodennutzung nicht möglich ist, wird angeführt: "... weil - von geringeren Auslassungen abgesehen - die Weiden und Hutungen in Gemeinschaft genutzt und nur, wenn überhaupt, nach Maßgabe des erlaubten Auftriebs auf den einzelnen Betrieb bezogen" werden können.⁴ Faktisch macht Abel die unterschiedlichen Eigentumsformen, die eine unterschiedliche Nutzung der Produktionsmittel bedingen, für die Mängel in der statistischen Erfassung der spätféudalen Bodennutzung verantwortlich. Das ist eine vereinfachte Darstellung eines echten wissenschaftlichen Problems, die auf Widerspruch stoßen muß.⁵ Weiterhin setzt Abel Dinge zueinander in Beziehung, die die heutige Statistik in anderen Relationen erfaßt. So will er "den Anteil der angebauten Pflanzen und Früchte" an den Gesamtflächen bestimmt wissen. Da wir als Gesamtfläche die Wirtschaftsfläche verstehen - auf den Betrieb bezogen, ist es die Betriebsfläche -, werden die Kulturarten auch mit den Forstungen und Holzungen, dem Öd- und Abbauland und den Gewässern verglichen. Es bleibt unklar, welche neuen Erkenntnisse über die spätféudale Landwirtschaft ein derartiger Vergleich bringen soll. Die bisherigen Ebenen des Vergleichens - Wirtschafts-, Nutz- und Anbauflächenverhältnis - sind so aussagekräftig, daß sie gar nicht das Bedürfnis nach neuen Gliederungsmerkmalen aufkommen lassen.

Das eigentliche Problem in der statistischen Erfassung der spätféudalen Bodennutzung besteht darin, aus nach anderen Merkmalen gegliederten Aufzeichnungen Auskunft zu erhalten, die unseren gegenwärtigen Anschauungen entspricht. Unsere Fragestellung ist deshalb vom Wirtschafts-, Nutz- und Anbauflächenverhältnis bestimmt. Auf der Grundlage dieser Fragestellung werden Wirtschaftsaufzeichnungen, Protokolle, Erhebungen usw. ausgewertet und in entsprechenden Tabellen erfaßt. Die Grenze unserer Erkenntnis wird damit nicht durch die angewandten Methoden bestimmt, sondern durch die schriftliche Überlieferung. Wie unterschiedlich die Überlieferung ist, wird aus den folgenden Ausführungen ersichtlich.

3 Vgl. Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1966/67, hg. v. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, S. 66 f.

4 Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 216 = Deutsche Agrargeschichte, Bd. 2.

5 Berthold, Rudolf, Agrargeschichte oder Landwirtschaftsgeschichte? in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 256 f.

Das Wirtschaftsflächenverhältnis

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und die damals übliche Art der Bodennutzung erschweren es, die einzelnen Bestandteile der Wirtschaftsfläche exakt zu erfassen. Eine scharfe Trennung zwischen Land- und Forstwirtschaft gab es noch nicht. Beide Formen der Bodennutzung griffen ineinander über, wie Flurkarten aus dieser Zeit zeigen.⁶

Der Wald diente dem Vieh als Weide und lieferte für die Stallhaltung Streu und Futter. Außerdem befanden sich Teile des Waldes in zeitweiliger ackerbaulicher oder Wiesenutzung. Die Einstreuung von Acker- und Wiesenland war durch die Rodungen entstanden. Wie es damals in den Bauernwäldern aussah, schildert ein Bericht vom 14. Februar 1764 für das Amt Norburg auf Alsen in Schleswig. Die Waldanteile der Bauernwirtschaften und der Kirche "liegen alternative bei-, durch- und nebeneinander, dergestalt und also daß bald ein Kornacker, der besät wird, bald ein Brachacker zur Weide, bald ein mit Holz und Busch bewachsener Holzstrang oder Acker, sodann eine Wiese, alsdann wiederum 2, 3, 4 und auch mehrere und weniger Kornäcker und darauf ebenermaßen 2, 3, 4 und mehrere Holzteile nebeneinander uneingezäunt gemeinschaftlich zu finden sind. Wovon dann dieser oder jener Teil gepflügt, der andere Teil, es sei Acker oder Holzgegend, mit Kühen, Pferden, Schafen pp., ... beweidet wird."⁷

Die Felder waren mit einzelnen Bäumen und ganzen Baumgruppen durchsetzt. Stärker war der Baum- und Strauchbestand auf dem Dauergrünland. Oft war es schwer zu sagen, ob ein Flurstück Wald oder Weide war. Entweder hatte das Vieh die jungen Triebe so verbissen, daß bei gleichzeitigem Holzeinschlag eine Umwandlung von Wald in Weide stattfand, oder Weideflächen hatten sich auf natürliche Weise bestockt. Auf dem Ödland, das meist den Schafen als Weide diente, waren die Übergänge zwischen Gras-, Wald- und Buschwerksbestand fließend. Auch entlang der Feldwege und Raine standen Bäume und Buschwerk. Nach einer Gutsbeschreibung aus dem ostschleswigischen Hügelland vom 21. Oktober 1767 standen auf fünfzehn Schlägen allein 2 305 Eichen und 971 Buchen.⁸

Die Durchsetzung des Ackerlandes und der Wiesen und Weiden mit Bäumen und Sträuchern war auch im 17. und 18. Jahrhundert einem ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Betrieb hinderlich. Deshalb bahnte sich in dieser Zeit eine schärfere Trennung zwischen Land- und Forstwirtschaft an, worauf ebenfalls die Flurkarten verweisen.⁹ In Hessen wurde 1735

⁶ Vgl. Mager, Friedrich, Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, Bd. 1, Breslau 1930, S. 430, 436 u. 442 = Veröffentlichungen der schleswig-holsteinischen Universitäts-gesellschaft, Nr. 25; Krenzlin, Anneliese, Dorf, Feld und Wirtschaft im Gebiet der großen Täler und Platten östlich der Elbe (im folgenden: Dorf, Feld und Wirtschaft), Remagen 1952, Abb. 9, 10, 19, 23 u. 54 = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 70; dieselbe, Historische und wirtschaftliche Züge im Siedlungsformenbild des westlichen Ostdeutschland unter besonderer Berücksichtigung von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (im folgenden: Historische und wirtschaftliche Züge), Frankfurt 1955, S. 18, Abb. 2 = Frankfurter geographische Hefte, 27. - 29. Jg. 1955; Kötzschke, Rudolf, Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, Remagen 1953, Abb. 14, 25, 27, 29, 30 u. 33 = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 77; Scharlau, Kurt, Landeskulturgesetzgebung und Landeskulturentwicklung im ehemaligen Kurhessen seit dem 16. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 1. Jg. 1953, S. 128.

⁷ Zit. nach Mager, Friedrich, a. a. O., S. 163; vgl. auch Krenzlin, Anneliese, Historische und wirtschaftliche Züge, a. a. O., S. 18.

⁸ Vgl. Mager, Friedrich, a. a. O., S. 414 f.

⁹ Vgl. Schmidt, Gustav Heinrich, Zur Agrargeschichte Lübecks und Ostholsteins, Zürich 1887, S. 56; Krenzlin, Anneliese, Dorf, Feld und Wirtschaft, a. a. O., Abb. 1 - 6, 40

durch landesherrliche Verordnung das Roden der Büsche und kleinerer Gehölze auf dem Ackerland untersagt, weil dadurch das Wild gestört würde.¹⁰

Die exakte Erfassung der Wirtschaftsfläche und ihrer Bestandteile wird auch durch die Quellenlage erschwert. Nicht immer ist die gesamte Bodenfläche eines Dorfes, einer Herrschaft oder eines Territoriums bekannt. Oftmals wird nur die land- und forstwirtschaftlich genutzte Bodenfläche ohne die Plätze für die Gehöfte, Straßen und Gewässer und auch ohne das Ödland, die Moore und sonstigen ungenutzten Flächen genannt. Weiterhin ist für eine Reihe von Dörfern zwar die Größe der Dorfflur, das heißt die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Dorfsiedlung, der Gewässer und sonstiger Flächen, bekannt, aber zahlenmäßig kann der Anteil der zwischendörflich genutzten Allmende nicht erfaßt werden. Vielfach begnügt sich die Überlieferung mit dem Hinweis "... hat Hude (Weide) mit ...". Ähnlich liegen die Verhältnisse für die Dörfer, für die der Anteil der zur eigenen Flur gehörenden Allmende nicht angegeben ist. Der Mangel in der Erfassung der Allmende einzelner Dörfer oder Dorfgruppen gleicht sich jedoch in den Vermessungen ganzer Territorien wieder aus.

Wenn man die Grenzen in der Aussagefähigkeit des statistischen Materials aus dem 17. und 18. Jahrhundert kennt, läßt sich auch mit Einschränkungen ein instruktives Bild über das Wirtschaftsflächenverhältnis gewinnen. Das wird durch folgende Beispiele bestätigt.

Aus dem Herzogtum Braunschweig liegen für das 18. Jahrhundert interessante Zahlen vor. Für die Zeit um 1760 hat Saalfeld die Wirtschaftsfläche einiger Dörfer und Güter berechnet. Die Tabelle 1 enthält die prozentuale Aufteilung der Wirtschaftsfläche.

Tabelle 1

Wirtschaftsflächenverhältnis einiger Dörfer und Güter im Herzogtum Braunschweig um 1760⁺

Gebiet (Dorfzahl)	Haus und Garten Hof in %	Acker	Wiesen	Weiden	Sonstige	Größe einer Feldmark in ha	
Gericht Evesen (9)	0,8	1,7	81,2	6,8	8,8	0,7	425
Leinebörde, Amt Gandersheim (8)	0,6	2,7	66,2	12,1	14,5	3,9	280
Oberbörde, Amt Wickensen (13)	0,6	1,8	46,8	16,7	27,6	6,5	438
Amt Bahrdorf (7)	0,2	0,7	21,5	4,9	72,0	0,7	1 308
Gut Lucklum	0,6	0,9	45,3	6,9	45,2	1,1	809
Gut Süplingenburg	-	1,0	63,6	12,8	22,6	-	354

+ Saalfeld, Dietrich, Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit, Stuttgart 1960, S. 103 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 6.

u. 41; Kötzschke, Rudolf, a. a. O., Abb. 9, 17, 21, 24 u. 40. - Nach Ansicht von Endres, M., Die Waldnutzung vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts, Tübingen 1888, S. 129, bildeten sich erst im 16. Jahrhundert feste Waldgrenzen heraus.

10 Vgl. Scharlau, Kurt, a. a. O., S. 138 f.

Gebiet (Dorfzahl)	Haus und Hof in %	Garten	Acker	Wiesen	Weiden	Sonstige	Größe einer Feldmark in ha
Stadtflur Braunschweig	-	17,4	35,1	2,4	45,1	-	2 279
Stadtflur Stadtoldendorf	0,1	0,2	37,9	29,8	32,0	-	1 867

Obwohl die Tabelle einen exakten Eindruck hinterläßt, ist ihre Aussagekraft begrenzt. Unter der Rubrik "Weiden" ist neben dem Dauergrünland auch die Waldweide erfaßt. In den Dörfern des Amtes Bahrdorf bedeckte der Wald mehr als die Hälfte der Wirtschaftsfläche, weshalb in der Tabelle ein Weideanteil von 72 Prozent erscheint. Die landwirtschaftliche und die forstwirtschaftliche Nutzung erschwert die statistische Einordnung der Waldflächen und damit eine exakte Analyse der Wirtschaftsfläche. Ohne Zweifel ist der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Wirtschaftsfläche zu hoch angegeben. Er beträgt in jedem der genannten Orte mehr als 95 Prozent und in zwei Fällen sogar 100 Prozent.

Aufschlußreicher ist das Wirtschaftsflächenverhältnis für das Herzogtum Braunschweig für die Zeit um 1800. Die gesamte Bodenfläche betrug 395 360 Hektar.¹¹ Davon waren:

landwirtschaftliche Nutzfläche	62,3 %
Wald	32,0 %
Gewässer	0,2 %
sonstige Flächen	5,5 %

Die Standesherrschaft Muskau in der Oberlausitz besaß im 18. Jahrhundert eine Gesamtfläche von 180 000 Morgen. Der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist nicht genau feststellbar, weil zum Ackerland auch die Straßen und Wohnplätze und zum Dauergrünland die Ödflächen gezählt wurden. Da jedoch der Wald mit 120 000 Morgen gesondert erfaßt wurde, beträgt die Restfläche 60 000 Morgen. Der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt damit unter 33 Prozent.¹² Im Kreis Hoyerswerda betrug Anfang des 19. Jahrhunderts die Wirtschaftsfläche 128 897 Morgen. Davon wurden 32 930 Morgen = 25,5 Prozent landwirtschaftlich und 88 519 Morgen = 68,7 Prozent forstwirtschaftlich genutzt. 7 448 Morgen = 5,8 Prozent waren Teiche.¹³

11 Saalfeld, Dietrich, Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit, Stuttgart 1960, S. 103 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 6.

12 Boelcke, Willi, Bauer und Gutsherr in der Oberlausitz. Ein Beitrag zur Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsgeschichte der ostelbischen Gutsherrschaft, Bautzen 1957, S. 22 = Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung, Bd. 5.

13 Ebenda, S. 138 Anm. 491.

Ein großer Bauernhof in der Gegend von Altenburg, der über ausgezeichneten Boden verfügte, nutzte seine Betriebsfläche von 61,4 Hektar im Jahre 1796 folgendermaßen¹⁴:

Ackerland	83,5 Acker = 53,57 ha = 87,2 %
Wiesen	7,9 " = 5,07 ha = 8,3 %
Buschränder	1,4 " = 0,90 ha = 1,5 %
Teiche und Schlammflöcher	0,4 " = 0,26 ha = 0,4 %
Gärten und Wirtschaftshof	2,5 " = 1,60 ha = 2,6 %
<hr/>	
Betriebsfläche	95,7 Acker = 61,40 ha = 100,0 %

Obwohl sich die Größe der Gärten nicht genau bestimmen läßt, war der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit mindestens 95 Prozent sehr hoch.

Für eine Reihe von Dörfern in Schleswig sind ausführliche Angaben über die Wirtschaftsfläche und ihre Nutzung überliefert. Hier wurden, ähnlich wie in einigen braunschweigischen Dörfern des 18. Jahrhunderts, Heide und Weide zusammengezählt, weil auf die Heide das Vieh zur Weide getrieben wurde. Die gemeinsame Erfassung der sehr extensiv genutzten Heide mit der Weide führte zwangsläufig zu einem hohen Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Wirtschaftsfläche. (Vgl. Tabelle 2 auf der nächsten Seite.)

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts ließ die schwedische Regierung in dem von ihr verwalteten Vorpommern eine Landvermessung durchführen. Im Gebiet der Universitätsgüter Greifswald wurden 29 Gemarkungen vermessen, die 1697 15 389,68 Hektar Wirtschaftsfläche umfaßten. Diese Fläche wurde in folgender Art genutzt:

landwirtschaftliche Nutzfläche	95,9 %
Gärten und Hofräume	2,1 %
Gewässer	2,0 %

Die landwirtschaftliche Nutzfläche war zu hoch angegeben. Durch die Kriegsauswirkungen und die Einführung der zweiten Leibeigenschaft wurde von den 35,9 Prozent Ackerland kaum die Hälfte ständig bebaut.¹⁵

Mitte des 18. Jahrhunderts war das Dorf Plibischken im ostpreußischen Amt Taplack 499,17 Hektar groß.¹⁶ Davon fielen auf:

14 Einige Nachrichten über den Bezirk des Kreisamtes Altenburg im Herzogthum Sachsen-Altenburg, Altenburg 1843, S. 84 u. 93. - Die Betriebsfläche ist nicht nach der geschätzten Angabe von 1796, die auf einer ungenauen Vermessung basierte, sondern nach der exakteren Vermessung von 1840/42 berechnet worden, und zwar der Altenburger Acker zu 0,6416 ha.

15 Vgl. Priebe, Hermann, Die Entwicklung der Betriebsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in 30 Ortschaften des Kreises Greifswald vom Mittelalter bis zur Gegenwart, landwirtschaftl. Diss. Berlin 1936, S. 61 f.

16 Mortensen, Hans, Zur Entstehung der Gewannflur, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 3. Jg. 1955, S. 35.

Tabelle 2

Wirtschaftsflächenverhältnis einiger Dörfer in Schleswig Mitte des 17. bis Beginn des 19. Jahrhunderts⁺

Dorf/Kirchspiel	Jahr	Wirtschafts-	Landwirtschaftliche		Forsten und Holzungen		Sonstige Flächen	
		fläche in ha	Nutzfläche in ha	in %	in ha	in %	in ha	in %
Bodum	1641	389,6	389,6	100,0	-	-	-	-
Gjenner	1641	1 552,3	1 321,4	85,1	230,9	14,9	-	-
Norderhostrup	1641	574,0	574,0	100,0	-	-	-	-
Aggerschau	1755/56	8 810,7	8 053,5	91,4	81,7	0,9	675,5	7,7
Holt	1798	964,6	941,6	97,6	-	-	23,0	2,4
Janneby	1806	1 202,7	1 101,9	91,6	-	-	100,8	8,4
Jels	1787	2 667,5	1 246,5	46,7	1 398,0	52,4	23,0	0,9
Jerishoe	1808/09	1 617,7	1 617,7	100,0	-	-	-	-
Joldelund	1795/96	1 515,7	1 466,8	96,8	-	-	48,9	3,2
Moltrup	1793	2 015,7	1 238,5	61,4	722,3	35,8	54,9	2,8
Norderhoptrup	1794	2 144,6	1 808,1	84,3	255,7	11,9	80,8	3,8
Norderlügum	1802	1 310,4	1 239,1	94,6	-	-	71,3	5,4
Nordhackstedt	1797/99	1 246,3	1 206,2	96,8	6,5	0,5	33,6	2,7
Rangtrup	1795	1 741,4	1 522,3	87,4	-	-	219,1	12,6
Sillerup	1806	1 102,6	1 102,6	100,0	-	-	-	-

+ Mager, Friedrich, Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, Bd. 1, Breslau 1930, S. 425 f., 429, 431, 435 f., 441, 448 - 450, 456 f., 459 u. 462.

landwirtschaftliche Nutzfläche	474,50 ha = 97,0 %
Ödland	2,44 ha = 0,5 %
Gewässer	9,22 ha = 1,9 %
Dorf mit Gärten	3,01 ha = 0,6 %
<hr/>	
Wirtschaftsfläche	489,17 ha = 100,0 %

Unter den größeren deutschen Staaten besaß Brandenburg-Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die beste Wirtschaftsstatistik. Die Kammertabellen, die als Berichte an das Generaldirektorium die gesamte Aussaat erfaßten, wurden mit anderen Materialien zur Grundlage der Berechnungen Goldschmidts über die Wirtschaftsfläche der Kurmark Brandenburg um 1800¹⁷:

landwirtschaftliche Nutzfläche	1 794 760 ha = 70,8 %
Forsten	580 297 ha = 22,9 %
Siedlungen, Wege	56 167 ha = 2,2 %
Gewässer, Unland	104 673 ha = 4,1 %
<hr/>	
Wirtschaftsfläche	2 535 897 ha = 100,0 %

Für das Gesamtgebiet des preußischen Staates sah nach Hassel im Jahre 1817 die Zusammensetzung der Wirtschaftsfläche folgendermaßen aus¹⁸.

landwirtschaftliche Nutzfläche	16 260 057 ha = 59,1 %
sonstige Bodenfläche	11 253 037 ha = 40,9 %
<hr/>	
Wirtschaftsfläche	27 513 094 ha = 100,0 %

Auf der Grundlage territorialer Statistiken berechnete Bittermann das Wirtschaftsflächenverhältnis für ganz Deutschland um 1800. Nach seinen Berechnungen gliederte sich die Gesamtfläche wie folgt auf¹⁹:

17 Goldschmidt, Hans, Die Grundbesitzverteilung in der Kurmark Brandenburg um das Jahr 1800, staatswiss. Diss. Tübingen 1909, S. 66 - 75; derselbe, Die Grundbesitzverteilung in der Mark Brandenburg und in Hinterpommern vom Beginn des 30jährigen Krieges bis zur Gegenwart, Berlin 1910, S. 7. - Goldschmidt gibt die Wirtschaftsfläche der Kurmark um rund 75 ha kleiner an. Die Umrechnung erfolgte nach dem Magdeburger Morgen zu 0,2553 ha. Vgl. auch Müller, Hans-Heinrich, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Potsdam 1967, S. 39 - 43 = Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, H. 13.

18 Zit. nach Conrad, Johannes, Agrarstatistische Untersuchungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 18, 1872, S. 34. - Umgerechnet nach dem Magdeburger Morgen zu 0,2553 ha.

19 Bittermann, Eberhard, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800 - 1950, in: Kühn-Archiv, Bd. 70, 1956, H. 1, S. 18 u. 21.

landwirtschaftliche Nutzfläche	30 000 000 ha = 55,5 %
Waldungen	13 500 000 ha = 25,0 %
sonstige Flächen	10 574 000 ha = 19,5 %
<hr/>	
Wirtschaftsfläche	54 074 000 ha = 100,0 %

Es ist sehr schwierig, den Aussagewert der Berechnung von Bittermann einzuschätzen. Die territorialen Angaben liegen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzfläche, dem meist größten Teil der Wirtschaftsfläche, über oder unter Bittermanns Zahlen. Ein wichtiger Anhalt für die Einschätzung ist das Wirtschaftsflächenverhältnis Preußens. Die 59,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegen sehr nahe den 55,5 Prozent bei Bittermann. Da Preußen rund die Hälfte der Gesamtfläche Deutschlands einnahm und die gebirgsreichen mittel- und süddeutschen Landschaften den hohen Anteil der ausgesprochenen Agrargebiete des Ostens und Nordens drückte, haben Bittermanns Zahlen trotz aller Einschränkungen einen ausreichenden Aussagewert.

In groben Umrissen werden Bittermanns Berechnungen durch die erste gesamtstaatliche Bodennutzungserhebung nach einheitlichen Gesichtspunkten von 1883 bestätigt²⁰:

landwirtschaftliche Nutzfläche	35 640 000 ha = 66,0 %
Waldungen	13 908 000 ha = 25,7 %
sonstige Flächen	4 476 000 ha = 8,3 %
<hr/>	
Wirtschaftsfläche	54 024 000 ha = 100,0 %

Im 19. Jahrhundert waren durch verbesserte Bodenbearbeitungsmethoden und steigende Agrarpreise viele Ödflächen in Bewirtschaftung genommen worden, so daß die landwirtschaftliche Nutzfläche ihre bislang größte Ausdehnung erhielt.

Das Nutzflächenverhältnis

Der Vergleich zwischen der ersten gesamtstaatlichen Bodenerhebung von 1883 und den Angaben über das Wirtschaftsflächenverhältnis im 17. und 18. Jahrhundert machte deutlich, daß sich bereits im Spätfudalismus die für das industrielle Zeitalter typische Relation der Hauptrichtungen der Bodennutzung herausgebildet hatte. Die landwirtschaftliche Nutzung war die wichtigste Art der ökonomischen Verwertung des Bodens.

Die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens erfolgte im 17. und 18. Jahrhundert auf unterschiedliche Art und Weise. Die größte Verbreitung hatte der Ackerbau. Der Ackerbau lieferte damals die hauptsächlichsten pflanzlichen Nahrungsmittel, die die Grundlage der menschlichen Ernährung bildeten. Gleichzeitig wurde auf dem Acker eine Reihe von Rohstoffen für das Gewerbe angebaut, teilweise auch Viehfutter. An zweiter Stelle stand das Grünland, das damals als weniger wichtig als das Ackerland angesehen wurde.²¹

20 Nach ebenda, S. 21. (Bittermann gibt fälschlicherweise 54 074 000 ha an.)

21 Vgl. Riemann, Friedrich-Karl, Ackerbau und Viehhaltung im vorindustriellen Deutschland, Kitzingen (Main) 1953, S. 164 ff. = Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., H. 3.

Ackerland und Grünland waren die beiden Hauptkulturarten. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestimmt, ob wir es mit Ackerbau- oder Grünlandgebieten zu tun haben. Bei einem Anteil von über 50 Prozent sprechen wir von Grünlandgebieten. Zu den Grünlandgebieten gehörten vor allem die feuchten Niederungen, die Flußtäler und die Ränder der Ost- und Nordsee sowie die niederschlagsreichen Höhenlagen.

Die Grünlandgebiete wurden schon damals nach ihrer geographischen Lage unterschieden. Für die Ackerbaugebiete war die Bodenqualität das wichtigste Unterscheidungsmerkmal. Sie bestimmte maßgeblich den Anbau der einzelnen Feldfrüchte.

Zwischen den Grünland- und Getreidebaugebieten gab es Übergangsbereiche, wie zum Beispiel den Ostteil von Schleswig-Holstein. Hier begünstigte der kühle und feuchte Sommer die Viehhaltung, gleichzeitig spielte der Haferanbau eine wichtige Rolle.²²

Hinter dem Acker- und Grünland traten die Kulturarten, die zum Wein- und Gartenbau gehörten, in ihrer land- und volkswirtschaftlichen Bedeutung zurück. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche war gering. Nur in besonders begünstigten Gegenden (Weinbau) oder in Stadtnähe (Gartenbau) war ihre Anbaufläche beachtlich.²³

Die statistische Erfassung des Nutzflächenverhältnisses stößt vor allem in den kleineren wirtschaftlichen Einheiten der Betriebe und Dörfer auf die von Abel bereits geltend gemachten Grenzen des gesamten oder teilweise gemeinschaftlich genutzten Grünlandes. Wahrscheinlich haben die Grundherren in den Urbarien und anderen Wirtschaftsaufzeichnungen die Weide deshalb nicht aufgenommen, weil sie von den Bauern gemeinschaftlich genutzt wurde und nicht direkt einer grundherrlichen Belastung unterworfen war. Deshalb geben die grundherrschaftlichen Akten nur unzureichend Auskunft über betriebliche Vorgänge in den Bauernwirtschaften.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche eines Betriebes, der sein Vieh auf die Gemeindefeldweide treibt, kann nur ohne das Dauergrünland erfaßt werden. Ähnlich sieht die Sachlage bei einem Dorf aus, das mit einem Nachbardorf oder mehreren Nachbardörfern zusätzlich gemeinsames Weideland nutzt.

Die Einschränkungen in der statistischen Erfassung der landwirtschaftlichen Nutzfläche kleinerer wirtschaftlicher Einheiten heben sich meist bei der Untersuchung der nächstgrößeren Einheit auf. So läßt sich oft das Nutzflächenverhältnis einer Bauernwirtschaft nicht exakt bestimmen, aber für das Dorf ist es bereits möglich, weil die Gemeindefeldweide zum Grünland gezählt wird.

Einige Beispiele sollen die Problematik der statistischen Erfassung des Nutzflächenverhältnisses deutlich machen.

In den niederschlagsreichen Höhenlagen zeichneten sich die Dorffeldmarken durch einen hohen Wiesenanteil aus. So besaßen die sieben Orte der Herrschaft Marienfels am Kocher in Württemberg im 17. Jahrhundert insgesamt 259 Morgen Acker = 43,7 Prozent, 322 Morgen Wiese = 54,4 Prozent, 5 Morgen Gärten = 0,9 Prozent und 6 Morgen Weinberge = 1 Pro-

22 Vgl. Sering, M. u. a., Deutsche Agrarpolitik auf landesgeschichtlicher Grundlage, Leipzig 1934, S. 12.

23 Vgl. hierzu Maurizio, A., Die Geschichte unserer Pflanzennahrung, o. O. 1927, S. 70, 78 - 81 u. 219; Hintze, K., Geographie und Geschichte der Ernährung, Leipzig 1934, S. 87; Langenthal, Christian Eduard, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Bd. 3, Jena 1854, S. 143, 228 u. 266; Hanssen, Georg, Agrarhistorische Abhandlungen, Bd. 1, Leipzig 1880, S. 160; Gradmann, Robert, Süddeutschland, Stuttgart 1931, Bd. 1, S. 147, Bd. 2, S. 201 f., 242 f. u. 279.

zent.²⁴ In den Küstengebieten von Ost- und Nordsee war der Grünlandanteil ebenfalls hoch, wie die Beispiele aus Schleswig (Tabelle 3 auf der nächsten Seite) bestätigen.

Die Zusammensetzung des Grünlandes in den aufgeführten schleswigschen Dörfern und Kirchspielen weist einen hohen Weideanteil aus. Die Weide bestand aus Grasflächen, die vielfach mit Bäumen und Büschen bestanden waren und teilweise reines Heidefeld waren. In einigen dieser Dörfer wurde das Weideland gemeinschaftlich genutzt, so daß die landwirtschaftliche Nutzfläche der Bauernwirtschaften nicht genau zu bestimmen war. Bei der statistischen Erfassung des Nutzflächenverhältnisses in Grünlandgebieten, aber nicht nur dort, muß gleichzeitig nach dem Bodennutzungssystem gefragt werden, weil sonst leicht ein falsches Bild entstehen kann, wie folgende Beispiele zeigen²⁵:

Kirchspiel	Jahr	Landwirt- schaftliche Nutzfläche in ha	Ackerland		Wiese		Weide		Acker - Grün- landverhältnis
			in ha	in %	in ha	in %	in ha	in %	
Moltrup	1793	1 238,5	1 120,2	90,4	118,3	9,6	-	-	9,7 : 1
Norder- hoptrup	1794	1 808,1	1 446,5	80,0	319,5	17,7	42,1	2,3	4 : 1

Der hohe Ackeranteil fällt aus dem Rahmen der gebrachten Beispiele. Das Bild verändert sich sofort, wenn man bedenkt, daß die Bauern beider Dörfer Acker und Teile des Grünlandes zusammengetan hatten, die Dorfflur in Schläge einteilten und dieselben feldgraswirtschaftlich nutzten. Der Grünlandanteil war höher als das Nutzflächenverhältnis ausweist, ist aber nur sehr schwer statistisch zu erfassen.

In Brandenburg gab es viele Brüche und Niederungen, die ausgesprochene Grünlandgebiete waren. In dem Gutsdorf Wustrau im Rhinluch war das Grünland doppelt so groß wie das Ackerland. 1712 kamen auf 398,27 Hektar Ackerland 725 Hektar Wiesen außer den Kirchwiesen. Die Vollbauernstelle besaß Anfang des 19. Jahrhunderts 85 Morgen = 21,7 Hektar Acker, 95 Morgen = 24,25 Hektar Wiese und Nutzungsrechte auf der Gemeindeweide von 670 Morgen = 171,05 Hektar.²⁶

Die Getreidebaugebiete zeichneten sich durch den über 50 Prozent betragenden Ackerlandanteil aus. Unterschiede gab es vor allem im Grünlandanteil. Es gab hier zwei Extreme. Ein Teil der Wirtschaften verfügte über ausreichend Grünland, während in anderen Gegenden das Grünland viel zu gering war, um den notwendigen Viehbestand zu ernähren. Während die Wiesen meist auf guten Böden angelegt wurden, nutzte man den schlechtesten Boden als Weideland.

24 Mone, Franz Joseph, Landwirtschaft am Kocher im 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 12, 1861, S. 260.

25 Mager, Friedrich, a. a. O., S. 456 f.

26 Brinkmann, Carl, Wustrau. Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Rittergutes, Leipzig 1911, S. 10 u. 129 = Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, H. 155. - Der preußische Morgen wurde umgerechnet zu 0,2553 ha, die Hufe zu 30 Morgen. Vgl. auch Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 213 Anm. 4.

Nutzflächenverhältnis einiger Schleswiger Dörfer
zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts⁺

Dorf/Kirchspiel	Jahr	Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha	Ackerland		Wiesenland		Weideland		Acker - Grünland- verhältnis
			in ha	in %	in ha	in %	in ha	in %	
Aggerschau	1755/56	8 053,5	2 193,5	27,2	1 376,0	17,1	4 484,0	55,7	0,4 : 1
Holt	1798	941,6	357,7	38,0	202,2	21,5	381,7	40,5	0,6 : 1
Janneby	1806	1 101,9	150,5	13,7	94,1	8,5	857,3	77,8	0,2 : 1
Jeels	1787	1 246,5	580,0	46,5	255,5	20,5	411,0	33,0	0,9 : 1
Jerishoe	1808/09	1 617,7	551,4	34,1	125,9	7,8	940,4	58,1	0,5 : 1
Joldelund	1795/96	1 466,8	150,9	10,3	157,1	10,7	1 158,8	79,0	0,1 : 1
Norderlügum	1802	1 239,1	359,7	29,0	258,0	20,8	621,4	50,2	0,4 : 1
Nordhackstedt	1797/99	1 306,2	297,6	22,8	183,7	14,1	824,9	63,1	0,3 : 1
Rangstrup	1795	1 522,3	349,8	23,0	146,8	9,6	1 025,7	67,4	0,3 : 1
Sillerup	1806	1 102,6	238,7	21,6	122,3	11,1	741,6	67,3	0,3 : 1

⁺ Mager, Friedrich, Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, Bd. 1, Breslau 1930, S. 425, 429, 431, 435, 441 u. 448 f.

In dem halbwegs zwischen Nürnberg und Ansbach liegenden fränkischen Amt Heilsbronn betrug nach den Akten die sich von 1642 bis 1681 in bäuerlicher Hand befindliche landwirtschaftliche Nutzfläche 16 377,8 Morgen, davon waren rund ein Sechstel Wiese (2 694,4 Morgen). Das war zuwenig Grünland. In dem Heilsbronn benachbarten Amt Mergendorf im Tal der Regat waren wiederum ausreichend Wiesen vorhanden. Der Vollbauer besaß bei durchschnittlich 31,5 Morgen Acker 9,1 Morgen Wiese. Der größte Hof hatte 55 Morgen Acker und 16 Morgen Wiese.²⁷

Wie schwierig es ist, eine zahlenmäßige Übersicht über das Nutzflächenverhältnis der Dörfer eines Kreises zu erhalten, zeigen die Angaben für den Kreis Wolmirstedt bei Magdeburg, die für 1785 besonders ausführlich überliefert sind. Die Größe des Ackerlandes und der Wiesen war für alle Dörfer aufgezeichnet worden. So kamen zum Beispiel in Eichenbarleben auf 377,84 Hektar Ackerland 1,02 Hektar Wiese, während es in Bertingen 262,82 Hektar Ackerland und 66,38 Hektar Wiese waren. In vielen Dörfern des Kreises sah das Verhältnis zwischen Acker und Wiese ähnlich wie in Eichenbarleben aus. Von einer so geringen Wiesenfläche bei Dreifelderwirtschaft konnte noch nicht einmal das notwendige Zugvieh ernährt werden. Das Grünland mußte größer als die angegebenen Wiesen gewesen sein. Aus den Angaben anderer Dörfer mit geringem Weideanteil ging hervor, daß sie Hutungsgemeinschaft mit benachbarten Dörfern oder Gütern besaßen. Wahrscheinlich war bei den erstgenannten Dörfern eine entsprechende Eintragung in den Akten unterblieben. Natürlich spielte in der Dreifelderwirtschaft das Brachland für die Viehhaltung keine geringe Rolle. Die Begrünung des dritten Teiles des Ackerlandes lieferte dem Vieh eine gewisse Futtergrundlage, obwohl sie keinesfalls bei der extensiven Bewirtschaftung ausreichend war.

Nur für einige Dörfer waren die Angaben über das Grünland vollständig. Deren Nutzflächenverhältnis weist Tabelle 4 aus.

Für 32 untersuchte Dörfer im schauburg-lippischen Kreis Stadthagen und für 30 im Kreis Bückeburg ließ sich für den gesamten Spätfudalismus ein guter Überblick über die Entwicklung des Nutzflächenverhältnisses gewinnen. (Vgl. Tabelle 5 auf der übernächsten Seite.)

In beiden Kreisen fand eine Ausdehnung des Ackerlandes und der Wiesen auf Kosten der extensiv genutzten Weiden statt. Über diesen Intensivierungsvorgang wird aus vielen Gebieten berichtet, aber nur in sehr wenigen ist er zahlenmäßig so gut faßbar wie in den beiden aufgeführten Kreisen.

In den Getreidebaugebieten Mecklenburgs verfügten die Bauern im 18. Jahrhundert in der Regel über zuwenig Wiesen. Nach einer Anweisung der Kammer für das Land Stargard von 1720 sollte bei einer Neuvermessung der Bauernwirtschaften der Vollbauer 39,02 Hektar Ackerland und 4,34 Hektar Wiese erhalten.²⁸ Auch die Weide war kein ausrei-

²⁷ Bog, I., Die bäuerliche Wirtschaft im Zeitalter des dreißigjährigen Krieges, Coburg 1952, S. 17 f. = Schriften des Instituts für fränkische Landesforschung an der Universität Erlangen, Historische Reihe, H. 4.

²⁸ Vgl. Jans, R., Die Domäneneinkünfte des Landes Stargard vor der Entstehung des Herzogtums Mecklenburg-Strelitz bis zum landesgrundgesetzlichen Erbvergleich (1701 - 1755), in: Mecklenburg-Strelitzer Geschichtsblätter, 4. Jg. 1928, S. 58. - Der Schefel Aussaat wurde gerechnet zu 0,26 ha nach Bartholdi, C.-A., Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse des mecklenburgischen Domänenbauerntums im Jahrhundert vor dem 30jährigen Krieg. Eine Spezialuntersuchung für das Amt Bukow, rechts- und wirtschaftswiss. Diss. Rostock 1936, S. 36. - Das Fuder Heu wurde berechnet zu 0,2168 ha nach Klüver, H.-H., Beschreibung des Herzogthums Mecklenburg und dazu gehöriger Länder und Örter, T. 1, Hamburg 1737, S. 789.

Nutzflächenverhältnis einiger magdeburgischer Dörfer um 1785⁺

Dorf	Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha	Ackerland in ha	in %	Wiese in ha	in %	Weide in ha	in %	Acker - Grünland- verhältnis
Barleben	1 452,14	842,49	58,0	33,44	2,3	576,21	39,7	1,4 : 1
Colbitz	698,25	540,73	77,4	142,20	20,4	15,32	2,2	3,4 : 1
Elbey	376,83	243,05	64,5	11,49	3,0	122,29	32,5	1,8 : 1
Barzleben	544,56	357,68	65,7	73,27	13,4	113,61	20,9	1,9 : 1
Gersdorf	267,55	254,53	95,1	1,53	0,6	11,49	4,3	19,5 : 1
Clindenberg	232,33	82,97	35,7	60,00	25,8	89,36	38,5	0,6 : 1
Heinrichsberg	331,00	2,43	0,7	37,53	11,4	291,04	87,9	-
Lindhorst	685,48	437,33	63,8	39,83	5,8	208,32	30,4	1,8 : 1
Mose	283,42	150,41	53,1	19,15	6,7	113,86	40,2	1,1 : 1
Summe	4 871,56	2 911,62	59,8	418,44	8,6	1 541,50	31,6	1,5 : 1

+ Danneil, Friedrich, Beitrag zur Geschichte des magdeburgischen Bauernstandes, Bd. 1, Halle 1896, S. 68, 88, 132, 178, 243, 257, 276, 286, 291, 345, 424 f. u. 472. - Der magdeburgische Morgen wurde mit 0,2553 ha der Umrechnung zugrunde gelegt.

Tabelle 5

Nutzflächenverhältnis schaumburg-lippischer Dörfer 16. bis 18. Jahrhundert⁺

Jahr	Acker		Wiese		Weide		Rottland	
	in ha	in %	in ha	in %	in ha	in %	in ha	in %
Kreis Bückeburg (30 Dörfer)								
1559/61	1 696,31	26,3	198,15	3,1	4 567,90	70,6	-	-
1616/20	1 536,22	24,0	-	-	4 860,92	76,0	-	-
1685/93	2 780,42	42,0	598,03	9,0	3 251,75	49,0	-	-
1742/45	2 951,45	41,6	608,58	8,6	3 490,82	49,0	51,47	0,8
Kreis Stadthagen (32 Dörfer)								
1559/61	2 925,44	31,3	216,67	2,3	6 208,25	66,4	-	-
1616/20	2 603,91	33,6	341,88	4,4	4 760,80	61,4	36,65	0,6
1685/93	3 618,35	40,5	403,58	4,5	4 222,34	47,2	692,59	7,8
1742/45	3 759,80	40,9	481,58	5,2	4 246,05	46,2	700,11	7,7

+ Garben, Irmhild, Die landwirtschaftlichen Faktoren in der Entwicklung der schaumburg-lippischen Kulturlandschaft, Diss. Hannover 1951, berechnet nach den Tabellen 5 - 8. - Der schaumburgische Morgen wurde zu 0,2685 ha gerechnet.

chender Ersatz für die fehlenden Wiesen, wie das Beispiel des Dorfes Büschow bei Warin beweist²⁹:

Ackerland	216,80 ha = 88,5 %
Wiese	6,50 ha = 2,7 %
Weide	21,68 ha = 8,8 %
<hr/>	
landwirtschaftliche Nutzfläche	244,98 ha = 100,0 %

Auf der Grundlage älterer Autoren errechnete Goldschmidt das Nutzflächenverhältnis in der Kurmark des preußischen Staates für die Zeit um 1800³⁰:

Ackerland	901 209 ha = 50,2 %
Wiesen	402 098 ha = 22,4 %
Weiden	482 517 ha = 26,9 %
Gartenland	8 936 ha = 0,5 %
<hr/>	
landwirtschaftliche Nutzfläche	1 794 760 ha = 100,0 %

Der hohe Wiesenanteil von 22,4 Prozent ist erstaunlich.³¹ Eine Erklärung findet er in dem Vorkommen vieler Niederungen und Luchgebiete, die über ausreichend Grünland verfügten. Der hohe Anteil von 26,9 Prozent Weide verweist auf die extensive Nutzung großer Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Allerdings muß hier bemerkt werden, daß fast alle Berechnungen der Nutzfläche von der Dreifelderwirtschaft ausgingen. Aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzten sich verschiedene neuere und produktivere Bodennutzungssysteme durch, die zweifellos auf das Verhältnis von Acker- und Grünland Einfluß nahmen, jedoch in den Berechnungen nicht zum Ausdruck kamen.

Das Nutzflächenverhältnis für den gesamten preußischen Staat berechnete am besten Hassel in seiner "Erdbeschreibung" von 1819. Danach betrug das Nutzflächenverhältnis im Jahre 1817³²:

²⁹ Schildt, F. C. J., Geschichte des Dorfes Büschow im mecklenburgischen Dominialamte Warin, Schwerin 1884, S. 15 u. 44 f. - Die Umrechnung erfolgte, wie in Anm. 28 der vorliegenden Arbeit angegeben.

³⁰ Goldschmidt, Hans, Die Grundbesitzverteilung in der Kurmark Brandenburg um das Jahr 1800, a. a. O., S. 73 - 75.

³¹ Im Anhang zur churbrandenburgischen Flecken-, Dorf- und Ackerordnung v. 16. 12. 1702 wird empfohlen, auf dünnen Heiden Wiesen anzulegen, damit mehr Vieh gehalten werden kann, dessen Dünger den in vielen Gegenden schlechten Boden verbessern würde. (Siehe Corpus Constitutionum Marchicarum, hg. v. Christian Otto Mylius, T. 5, Berlin/Halle 1740, Abschnitt 3, Sp. 246.)

³² Zit. nach Conrad, Johannes, a. a. O., S. 34.

Ackerland	10 918 645 ha = 67,2 %
Grünland	5 217 311 ha = 32,1 %
Gärten	110 315 ha = 0,6 %
Weingärten	13 786 ha = 0,1 %
<hr/>	
landwirtschaftliche Nutzfläche	16 260 057 ha = 100,0 %

Der Grünlandanteil des preußischen Staates war wesentlich geringer als in Brandenburg. Für ganz Deutschland erhöhte er sich wieder, wie die Berechnungen von Bittermann zeigen³³:

Ackerland	18 000 000 ha = 60,0 %
Wiesen	5 950 000 ha = 19,8 %
Weiden	5 510 000 ha = 18,4 %
Gärten	325 000 ha = 1,1 %
Weingärten	215 000 ha = 0,7 %
<hr/>	
landwirtschaftliche Nutzfläche	30 000 000 ha = 100,0 %

Das Nutzflächenverhältnis für die Zeit um 1800 ist das Ergebnis einer Entwicklung, die sich unter feudalen Verhältnissen vollzog. Sie führte zu einem Anwachsen des Ackerlandes und zu einem Rückgang der Grünflächen, der in den Getreideanbaugebieten bedeutsam war. Die Zahlen aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts machen deutlich, wie sehr die beschränkte Intensivierung die Futtergrundlage der Nutztiere schmälerte. Während in den Jahrhunderten vorher dem Grünlandproblem wenig Interesse entgegengebracht wurde, beschäftigten sich jetzt viele Menschen damit. Der als ein guter Kenner der Landwirtschaft bekannte Pfarrer Mayer aus Kupferzell schrieb bereits 1769: "Die Wiese kann ohne den Acker, der Acker aber nicht ohne die Wiese bestehen und nutzen!"³⁴

Das Anbauflächenverhältnis

Im Rahmen der statistischen Erfassung der Bodennutzung des 17. und 18. Jahrhunderts ist das Anbauflächenverhältnis besonders kompliziert. Die Ursachen dafür liegen in den Besonderheiten der Bodennutzungssysteme, der damaligen statistischen Erfassung der angebauten Feldfrüchte und dem Maßsystem.

Die heutige Agrarstatistik erfaßt die angebauten Flächen nach den einzelnen Kulturarten. Durch die Kultur von Zwischenfrüchten wird innerhalb eines Erhebungszeitraumes eine gewisse Ackerfläche zweimal bebaut. Die zweifache Nutzung gleicher Flächen führt dazu, daß

33 Bittermann, Eberhard, a. a. O., S. 18 u. 28.

34 Mayer, Johann Friedrich, Beiträge und Abhandlungen zur Aufnahme der Land- und Hauswirtschaft, nach Grundsätzen der Naturlehre und Erfahrung entworfen, Frankfurt 1769, S. 151 f.; vgl. auch Abel, Wilhelm, Wandlungen des Fleischverbrauchs und der Fleischversorgung in Deutschland seit dem ausgehenden Mittelalter, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. 22, 1938, S. 425 f.; Saalfeld, Dietrich, a. a. O., S. 66.

die heutige Agrarstatistik eine größere Anbaufläche ausweist als Ackerfläche vorhanden ist. Das ist eine Folge des heutigen Bodennutzungssystems, der Fruchtwechselwirtschaft bzw. des Fruchtwechselprinzips. Die Bodennutzungssysteme des Spätfeudalismus bewirkten das Gegenteil. Die Anbaufläche war in der Regel kleiner als die Ackerfläche, das heißt die zur Bebauung vorhandene Fläche.

Die Unterschiede zwischen Anbaufläche und Ackerfläche werfen einige Fragen auf, die nur im Zusammenhang mit den Bodennutzungssystemen zu klären sind. Die Bodennutzungssysteme des 17. und 18. Jahrhunderts lassen sich in zwei Hauptgruppen teilen, die Felderwirtschaften und die Feldgras- oder Wechselwirtschaften. Das gemeinsame Merkmal der Felderwirtschaften war die Trennung zwischen Ackerland und Grünland, die nicht absolut war, da ein Teil des Ackerlandes, die Brache, zeitweilig als Viehweide diente. Die Brache ist das Problem in der statistischen Erfassung des Anbauflächenverhältnisses. Bei der Dreifelderwirtschaft wurde während eines Wirtschaftsjahres ein Drittel, bei der Vierfelderwirtschaft ein Viertel, bei der Fünffelderwirtschaft ein Fünftel usw. des Ackerlandes nicht mit Feldfrüchten bestellt. Nach unseren modernen Vorstellungen würde die Brache nicht unmittelbar zur Anbaufläche gehören, da dieses Land zeitweilig nicht bebaut wird. Trotzdem ist es richtig, für die Felderwirtschaften die Brache mit zur Ackerfläche zu zählen. Es handelt sich in diesem Falle um die reine Brache. Wo bereits Brachebesömmern üblich war, das heißt, im Brachfeld Sommerkulturen angebaut wurden, sind dieselben im Rahmen der Anbaufläche erfaßt. Die Erfassung der reinen Brache mit der Anbaufläche gibt wesentliche Aufschlüsse über den Intensitätsgrad einer extensiven Landwirtschaft.

Die Feldgras- oder Wechselwirtschaft wirft noch weitere Probleme auf. Bei diesem Bodennutzungssystem war die Trennung in permanentes Acker- und Grünland nicht üblich. Die Betriebsfläche oder Dorfflur wurde in neun oder zwölf Schläge eingeteilt. Andere Schlageinteilungen waren möglich, aber seltener.³⁵ Die Rotation bei neun Schlägen ging folgendermaßen vor sich:

Auf vier Jahre Grünland folgten Brache und anschließend vier Baujahre. Bei zwölf Schlägen folgten auf sechs Grasjahre die Brache, zwei Baujahre und noch einmal Brache und zwei Baujahre. Im 18. Jahrhundert säte man unter das letzte Sommergetreide Klee oder ein Gemisch von Grassamen, um im ersten Grasjahr ausreichend Heu zu haben.³⁶ Zur Brache kamen bei der Wechselwirtschaft noch die Grasjahre, in denen der Boden als Weide oder Wiese genutzt wurde. Die Hälfte des Bodens wurde faktisch nicht bebaut. Aber auch hier ist es zweckmäßig, Brache und Grünlandschläge zur Anbaufläche zu rechnen, weil dadurch der Intensitätsgrad deutlicher wird.

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß die Einbeziehung von Brache und Grünlandschlägen in die Anbaufläche Nachteile hat. Hinsichtlich des Intensitätsgrades der Bodennutzung sind zwischen den beiden Hauptgruppen keine Vergleiche möglich. Das soll an zwei gleich großen Dörfern illustriert werden. In einem Dorf mit Dreifelderwirtschaft nimmt die Anbaufläche 50 Prozent der Dorfflur ein, die Grünlandfläche ebenfalls 50 Prozent. Mit Ge-

35 Saalfeld, Dietrich, a. a. O., S. 55; Berthold, Rudolf, Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaus vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 100 ff.

36 Vgl. Hanssen, Georg, a. a. O., S. 132 ff., 262 f. u. 350 f.; Goltz, Theodor Freiherr von der, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Bd. 1, Stuttgart/Berlin 1902, S. 474; Mager, Friedrich, a. a. O., S. 416 f.; Knapp, Theodor, Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte vornehmlich des deutschen Bauernstandes, Tübingen 1919, Bd. 1, S. 89, Bd. 2, S. 92.

treide sind demnach 66 Prozent der Anbaufläche bestellt. In einem Dorf mit Wechselwirtschaft in neun Schlägen sind 44 Prozent der Anbaufläche mit Getreide bestellt. Obwohl der Getreideanbau in beiden Dörfern auf gleich großen Flächen erfolgt, führen die beiden unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen zu nicht vergleichbaren Ergebnissen.

Es wäre durchaus möglich, Brache und Grasschläge bei der statistischen Erfassung der Anbaufläche wegzulassen. Das hätte jedoch den Nachteil, daß Intensitätsvergleiche innerhalb der beiden Hauptgruppen kaum noch möglich wären. Außerdem bildet die Anbaufläche in großräumigen Berechnungen die Grundlage für die Ermittlung der Nutz- und Wirtschaftsfläche.

Im Zusammenhang mit den Bodennutzungssystemen ist noch die Problematik der Binnen- und Außenfelder zu nennen. Aus vielerlei Gründen wurden in verschiedenen Gegenden die Binnenfelder feldwirtschaftlich und die Außenfelder feldgraswirtschaftlich genutzt. Die Feldgraswirtschaft konnte nach festen Regeln erfolgen. Die am weitesten vom Dorf entfernten Ländereien und die schlechtesten Böden wurden nur noch sehr unregelmäßig bebaut. Die Grasjahre waren meist erheblich länger als die Baujahre.³⁷ Im letzteren Fall kann nicht mehr von einer Anbaufläche gesprochen werden. Das sind Weiden mit gelegentlicher Bebauung. In der Kurmark Brandenburg, und nicht nur dort, waren diese Flächen beträchtlich.³⁸

Die im 17. und 18. Jahrhundert üblichen Methoden der statistischen Erfassung von Aussaat und Ernte bereiten einige Schwierigkeiten bei der Berechnung des Anbauflächenverhältnisses. Da diese Kennziffern nur nach dem Gesichtspunkt der Volksernährung aufgestellt wurden, fragte man nicht nach der Fläche, sondern nach der Menge. Es macht sich deshalb erforderlich, derartige Kennziffern mit Hilfe der durchschnittlichen Aussaatmenge pro Morgen auf die Landfläche umzurechnen und die Brache hinzuzuschlagen. Sicherlich haben solche Verfahren Mängel, aber bei Kenntnis derselben sind die gewonnenen Zahlen aufschlußreich. Ähnlich sieht es mit den Aussaatangaben für Bauernwirtschaften aus. Im Rahmen der Hofwehr wurde den Bauern eine bestimmte Aussaatmenge übergeben, die unter Berücksichtigung der Bodenbonität der Saatfläche entsprach, die wiederum durch die Brache zu ergänzen ist.

Bei der Ermittlung des Anbauflächenverhältnisses haben wir es mit Flächen und Mengen (Aussaat) zu tun. Dem damaligen Maßsystem hafteten einige Mängel an. In jeder Gegend gab es andere Maße, manchmal in einem Amt verschiedene Maßsysteme, die nicht den naturwissenschaftlich-exakten Charakter der heutigen besaßen. Selbst für die Zeitgenossen war es schwer, den Maßwirrwarr zu überschauen. Außerdem wurden die meisten landwirtschaftlichen Früchte nicht gewogen, sondern in Hohlmaßen gemessen, was keine sehr genaue Methode ist. Um die früheren Maße vergleichbar zu machen, müssen sie in moderne Maße umgerechnet werden. Dadurch werden sie aber keinesfalls genauer.

Trotz der erheblichen Schwierigkeiten in der statistischen Erfassung liefern die damaligen Zahlen uns doch sehr aufschlußreiche Tabellen über die Anbauverhältnisse. Das soll durch einige Beispiele belegt werden.

37 Vgl. Hanssen, Georg, a. a. O., S. 132 f. u. 223; Haun, Friedrich Johannes, Bauer und Gutsherr in Kursachsen, Schilderung der ländlichen Wirtschaft und Verfassung im 16., 17. und 18. Jahrhundert, Straßburg 1892, S. 51 = Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg, H. 9.

38 Vgl. Berthold, Rudolf, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil.-Schr. Berlin 1963, S. 184 f.

Eine größere Bauernwirtschaft in Veltheim im nördlichen Harzvorland bebaute nach einer Angabe von 1764 ihre 30,34 Hektar Ackerland in folgender Art³⁹:

1. Winterfeld	8,86 ha = 29 %
davon 5,37 ha Weizen	= 18 %
3,49 ha Roggen	= 11 %
2. Sommerfeld	10,47 ha = 35 %
davon 8,59 ha Gerste	= 28 %
1,88 ha Hafer	= 7 %
3. Brachfeld	11,01 ha = 36 %

Dieser wirtschaftsstarke Bauernhof verfügte über ausreichend Dünger. Dadurch war es möglich, 18 Prozent der Anbaufläche mit Weizen und 28 Prozent mit Gerste zu bestellen.

Das übliche Anbauflächenverhältnis eines westelbischen Bauernhofes zeigt ein Beispiel von 1774 aus Peetze in der Landdrostei Hildesheim. Die Bauern in diesem Dorf besaßen 80 Morgen Ackerland, die sie folgendermaßen bestellten⁴⁰:

1. Winterfeld mit Roggen	7,25 ha = 33,5 %
2. Sommerfeld	6,98 ha = 33,0 %
davon 2,15 ha Gerste	= 10,0 %
4,83 ha Hafer	= 23,0 %
3. Brachfeld	7,25 ha = 33,5 %

Nach einem zeitgenössischen Vorschlag vom Jahre 1767 sollte auf der bremenschen und verdenschen Geest bei Feldgraswirtschaft die Rotation folgendermaßen eingerichtet werden⁴¹:

39 Nach Riechelmann, B., Vom Ackerhof zum Großgut. Zwei Jahrhunderte wirtschaftlicher Entwicklung des Rittergutes Veltheim im Kreise Halberstadt, Leipzig 1926, S. 97 f. = Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, Bd. 72. - Die Umrechnung der 113 Morgen Ackerland erfolgte nach dem Kalenberger Morgen zu 0,2685 ha. Vgl. Beckmann, Johann, Beiträge zur Oekonomie, Technologie, Polizey- und Cameralwissenschaft, T. 4, Göttingen 1781, S. 84.

40 Nach Görtz-Wrisberg, Werner Graf v., Die Entwicklung der Landwirtschaft auf den Görtz-Wrisbergschen Gütern in der Provinz Hannover, Jena 1880, S. 90 ff., Anlage III = Sammlung national-ökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle, Bd. 2, H. 4. - Die Umrechnung erfolgte nach dem Kalenberger Morgen zu 0,2685 ha.

41 Vgl. Beckmann, Johann, a. a. O., T. 2, Göttingen 1779, S. 248 ff. - Die Umrechnung erfolgte nach dem Kalenberger Morgen zu 0,2685 ha.

15 Morgen Winterroggen	= 8,06 ha = 50,0 %
5 " Sommergerste oder Weißhafer	= 1,34 ha = 8,3 %
5 " Rauchhafer	= 1,34 ha = 8,3 %
5 " Buchweizen	= 1,34 ha = 8,3 %
15 " Dreesch (Grünland)	= 4,03 ha = 25,0 %

Der Geestboden war von minderer Qualität, worauf der starke Roggen- und Haferanbau Rücksicht nahm. Wahrscheinlich gab es außerdem noch gemeine Weide, denn die Graskoppel mit 25 Prozent der Anbaufläche war nicht groß.

Im Amtsdorf Büschow bei Warin in Mecklenburg säten die Vollbauern im 17. Jahrhundert durchschnittlich 85 Scheffel Getreide und etwas Lein aus.⁴² Davon waren:

30 Scheffel Winterroggen	= 35,3 %
24 " Gerste	= 28,2 %
15 " Erbsen	= 17,6 %
12 " Hafer	= 14,2 %
4 " Buchweizen	= 4,7 %

An den Aussaatmengen ist zu erkennen, daß die Feldflur von Büschow in vier Felder geteilt war, was auch in den Akten bestätigt wurde. Nach dem Umfang der Roggenaussaat ist anzunehmen, daß das Winterfeld für eine Aussaat von 30 Scheffel = 7,8 Dezitonnen ausreichte.⁴³ Die beiden Sommerfelder und die Brache werden die gleiche Größe gehabt haben. Die Aussaatfläche betrug dann bei Roggen 25 Prozent, bei Gerste 20 Prozent, bei Hafer 10 Prozent, bei Erbsen 12,5 Prozent und bei Buchweizen 3,3 Prozent.

Für feudale landwirtschaftliche Großbetriebe sind Angaben über die Anbauverhältnisse des 17. und 18. Jahrhunderts vorhanden. Sie lassen vor allem die Tendenz im Anbau einzelner Feldfrüchte erkennen und geben dadurch Auskunft über den bereits genannten Intensivierungsprozeß, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits beachtlichen Umfang einnahm. (Vgl. Tabelle 6.)

42 Vgl. Schildt, F. C. J., a. a. O., S. 19.

43 Der Rostocker Scheffel faßte 38,88 l und wog mit Roggen ca. 28 kg. (Westphal, K. -H., Die Entwicklung der bäuerlichen Belastungen im mecklenburgischen Domanium vom 16. Jahrhundert bis zur Bauernbefreiung, jur. Diss. Rostock 1935, S. 4; Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, Hamburg/Berlin 1966, S. 274.)

Tabelle 6

Anbauverhältnis auf der Stollberg-Wernigerödischen Domäne Schmatzfeld⁺

Jahr	Ackerfläche in ha	Davon wurden bebaut in Prozenten der Ackerfläche mit							Reine Brache
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Leguminosen	Sonstiges ⁺⁺		
1592	349,05	4	19	15	24	-	-	38	
1656	345,83	11	21	23	45	-	-	-	
1666	335,89	7	12	25	27	-	-	29	
1676	306,63	9	16	24	23	-	3	25	
1686	361,54	12	17	15	27	-	-	29	
1690	346,63	12	17	17	26	-	3	25	
1702	351,47	11	11	20	24	5	-	29	
1713	218,16	11	21	18	19	2	1	28	
1740	331,52	1	16	25	23	4	10	21	
1753	335,89	15	15	21	19	4	7	19	
1760	322,47	9	21	14	17	6	12	21	
1770	338,58	15	15	19	15	7	7	22	
1780	337,50	15	15	18	18	6	12	16	
1790	339,65	15	18	18	16	8	11	14	
1800	344,70	17	17	20	13	12	13	8	

⁺ Backhaus, Alexander, Entwicklung der Landwirtschaft auf den gräflich Stollberg-Wernigerödischen Domänen, Jena 1888, S. 186 f. = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle (Saale), Bd. 5, H. 6.

⁺⁺ Enthält Hackfrüchte, Ölf Früchte, Feldfutter und Feldgemüse. Den größten Anteil hatten Feldfutter und Feldgemüse.

Die Aussaat Tabellen der märkischen Kammer bestätigen ebenfalls den Intensivierungsprozeß.

Tabelle 7

Aussaat Tabellen für Kurmark und Neumark⁺

(in Wispel)

Jahr	Weizen	Index	Roggen	Index	Gerste	Index	Hafer	Index
Kurmark								
1778	3 991	100,0	29 729	100,0	16 696	100,0	15 151	100,0
1794	4 234	106,1	34 444	115,8	18 849	112,9	16 803	110,9
1800	5 946	148,9	34 146	114,8	18 359	110,2	19 140	126,4
1805	5 499	140,6	34 833	117,2	16 917	101,4	20 813	137,4

⁺ Nach Müller, Hans-Heinrich, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Potsdam 1967, S. 39 - 43 = Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, H. 13.

Jahr	Weizen	Index	Roggen	Index	Gerste	Index	Hafer	Index
Neumark								
1784	770	100,0	17 014	100,0	6 317	100,0	6 212	100,0
1798	1 307	169,7	17 777	104,5	6 092	96,4	8 040	129,4
1804	1 268	164,7	17 746	104,4	11 433	180,9	7 958	138,1

Auf der Grundlage der Aussaattabellen berechnete Goldschmidt das Anbauflächenverhältnis der Kurmark⁴⁴, das Bittermann für die Berechnung des Anbauflächenverhältnisses für ganz Deutschland um 1800 berücksichtigte⁴⁵.

Tabelle 8

Anbauflächenverhältnis der Kurmark um 1800⁺

Fruchtart	Anbaufläche	Getreidefläche	
	in %	in %	in ha
Getreide insgesamt	61,1	100,0	11 000 000
Weizen	4,6	7,5	825 000
Roggen	25,1	41,0	4 510 000
Gerste	11,6	19,0	2 090 000
Hafer	15,6	25,5	2 805 000
Spelt	2,4	4,0	440 000
Buchweizen, Hirse	1,8	3,0	330 000
Hülsenfrüchte	3,9		708 000
Handelsgewächse	3,8		685 000
Hackfrüchte	2,3		415 000
darunter Kartoffeln	1,5		270 000
Futterpflanzen, Ackerweide, Brache	28,9		5 200 000

+ Goldschmidt, Hans, Die Grundbesitzverteilung in der Kurmark Brandenburg um das Jahr 1800, staatswiss. Diss. Tübingen 1909, S. 71 ff. u. 106 f.

Die von Bittermann gebrachten Zahlen, die stark von der preußischen Statistik beeinflusst sind, bestätigen noch einmal, daß der Getreidebau damals die dominierende Rolle im Ackerbau einnahm. Im Rahmen des Getreidebaus spielten Roggen und Hafer die entscheidende Rolle. Der Weizenanbau war noch bescheiden. Obwohl um das Jahr 1800 die feudale Landwirtschaft ihren höchsten Stand erreicht hatte, vermittelt das Anbauverhältnis das Bild einer extensiven Bodennutzung unter europäischen Bedingungen.⁴⁶

44 Goldschmidt, Hans, Die Grundbesitzverteilung in der Kurmark Brandenburg um das Jahr 1800, a. a. O., S. 71 ff. u. 106 f.

45 Bittermann, Eberhard, a. a. O., S. 19 u. 24.

46 Die Dreifelderwirtschaft, wie überhaupt die feudale Landwirtschaft, war im wesentlichen Getreidewirtschaft. Getreide war daher der wichtigste Faktor für die Einschätzung

Abschließend kann man sagen, daß man Abels Warnung hinsichtlich der Quellensituation bei der statistischen Erfassung der Bodennutzung im 17. und 18. Jahrhundert beachten muß, um nicht zu Fehleinschätzungen zu kommen. Wir verfügen aber bereits über ein reichhaltiges Zahlenmaterial, das einen befriedigenden Einblick in die damalige Bodennutzung erlaubt. Ein Bruchteil davon wurde mitgeteilt, um zu zeigen, daß wir heute schon mehr wissen, als in Abels Standardwerk zur Geschichte der Landwirtschaft zu lesen ist.

Tabelle 1

Anbauverhältnisse der Körner im 1800er

Körnerart	1700	1750	1800
Getreide insgesamt	11.000.000	11.000.000	11.000.000
Weizen	4.200.000	4.200.000	4.200.000
Roggen	4.200.000	4.200.000	4.200.000
Gerste	2.600.000	2.600.000	2.600.000
Hafer	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wicken	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Erbsen	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Bohnen	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Linse	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Knoblauch	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wassermelone	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Äpfel	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Obst	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wald	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wasser	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wiese	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Grünland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wald	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wasser	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wiese	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Grünland	1.000.000	1.000.000	1.000.000

der Wirtschaften, zum Beispiel in Protokollen, Taxansschlägen usw., die häufig die einzigen Unterlagen für die Berechnung der Nutzfläche bildeten. Brachfrüchte galten vielfach nicht als wertbildend und wurden daher nicht veranschlagt, so daß eine genauere Untersuchung zweifellos das Anbauverhältnis etwas verändern würde. Thaer hatte diese Art der Veranschlagung stark kritisiert. (Vgl. Karbe, August, Die in der Mark Brandenburg und anderen deutschen Provinzen mögliche und nützliche Einführung der englischen Wechselwirtschaft, Prenzlau 1802, S. 93.)

Über den „westlichen“ Marx heute

Bemerkungen zur bürgerlichen Marx-Kritik

von Kurt Braunreuther

Als in den zwanziger Jahren Ideologen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) einen revisionistischen Angriff gegen die Marxsche Mehrwerttheorie führten - sie sei "nicht nur unnötig, sondern auch schädlich" -, bemerkte Duncker: "Nun - unabsehbar ist der Friedhof der Marx-Vernichter! Marx aber lebt, denn sein Werk steht unerschüttert. Und wenn in den sechzig Jahren seit 1867 auch der Kapitalismus noch sein besonderes imperialistisches Gesicht erhalten hat, was Marx im 'Kapital' analysierte, ist so grundlegend für das ganze System, daß es für alle Phasen des Systems gilt."¹

Die bürgerliche Marxkritik erfordert heute schon wegen ihres Umfanges eine spezielle Darstellung, und die vorliegende Studie kann sich nur auf die Skizze einiger zu berücksichtigender Aspekte beschränken. Wie Oetzel - meines Erachtens völlig richtig - bemerkt, "ist die Feststellung berechtigt, daß die Marxkritik recht eigentlich erst im Sog des wissenschaftlichen Hauptwerkes von Marx entstand."²

Bürgerliche Marxkritik wurde dann im Verlauf von Jahrzehnten zu einem spezialisierten Handwerk entwickelt. Verschiedene methodische Varianten sind feststellbar. Häufig war es im Grunde nicht Marx' Werk, das kritisiert wurde, sondern es wurde eine eigene deformierte Darstellung Marxscher Aussagen kritisiert. Mitunter überließ man es auch dem quellenunkundigen Leser, sich mit einer solchen entstellenden Darstellung auseinanderzusetzen oder von ihr leiten zu lassen. Mitunter scheint es, als ob Verständnis und Denkweise eines bürgerlichen Marxschilderers einfach nicht zureichten für eine adäquate, dem Werk Marx' einigermaßen gerecht werdende Darstellung. Vielleicht hatte auch dieser oder jener Interpret die Originale nicht sorgfältig eingesehen und sich auf überlieferte fehlerhafte Sekundärdarstellungen gestützt. Tatsache ist, daß es auch heute noch Darstellungen gibt, die einen solchen Eindruck hinterlassen. Geradezu altmodisch ist zum Beispiel eine amerikanische Darstellung aus dem Jahre 1963. Der dort und in anderen kapitalistischen Ländern bekannte Soziologe Smelser referiert über Marx in seinem Buch über die Soziologie des ökonomischen Lebens - im Abschnitt über Karl Marx³, zwar mit sichtlicher Achtung vor dem Gegenstand, jedoch zugleich so, daß das Begriffssystem Marx' entstellt wird.

Smelser läßt den Arbeiter - bei Marx - nicht seine Arbeitskraft, sondern seine Arbeit verkaufen. Bei der Charakterisierung von Marx' literarischen Quellen identifiziert er die bri-

1 Duncker, Hermann, 60 Jahre "Kapital" (1927), in: Einführungen in den Marxismus, 2, Berlin 1959, S. 151.

2 Oetzel, Egon, Zum Erscheinen des "Kapital" und zu den Anfängen der katholischen Marx-Kritik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 1/1966, S. 159.

3 Smelser, Neil J., The sociology of economic life, New Jersey 1963, S. 7 f.

tische Ökonomie mit der klassischen bürgerlichen Ökonomie, obwohl einmal nicht die gesamte britische Ökonomie bis Mitte des 19. Jahrhunderts klassisch war und zum andern auch Elemente der klassischen bürgerlichen Ökonomie zum Beispiel in Frankreich entwickelt wurden. Unter Produktivkräften scheint Smelser nur technologische Apparaturen und Anordnungen zu verstehen, also ohne so oder so organisierte Menschen verschiedener Qualifikationsstufen einzubeziehen. Die ökonomische Struktur identifiziert er mit dem umfassenderen Begriff Produktionsweise. Die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft sind - nach Smelser - bei Marx eine "mächtige reiche Klasse" und eine "schwache arme Klasse", wobei dann allerdings später die Bourgeoisie als Eigentümerin der Produktionsmittel wenigstens gekennzeichnet wird. Freilich bekommt dann - nach Smelser - der Arbeiter bei Marx nicht das volle Entgelt für seine Arbeit.

Wenn also bei Smelser auch insgesamt gesehen Marx als eine bedeutende Gestalt in der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften herausgestellt wird, wenn zum Beispiel Marx' komplexe Sicht der Beziehungen von ökonomischen und politischen Kräften richtig betont wird, so wird doch insgesamt dem Leser eine teils simplifizierte, teils fehlerhafte Darstellung des kategorialen Systems dargeboten. Es ist schwer zu sagen, ob von einem Verfasser wie Smelser hier nur eine Stufe auf dem Wege zu der eigenen Selbstverständigung geboten wird oder ob eine solche Darstellung auch dadurch beeinflusst wird, daß mit einem dialektisch ungeschulten Leser gerechnet wird.

Stufen der Selbstverständigung und des Bemühens um positive Bewältigung des Marx'schen Systems finden sich in der gegenwärtigen bürgerlichen Literatur nicht wenige. Dies charakterisiert sogar einen zunehmenden Teil der gegenwärtigen bürgerlichen Literatur, und man muß solche Autoren deshalb nicht durchgehend des Fälschungsmotivs bezichtigen. Die Marxbegräbnisse alten Stils werden jedenfalls heute im allgemeinen nicht mehr als "modern" angesehen und gelten in der westlichen Literatur vielfach nicht mehr als seriös.

Nun gab es auch schon früher neben den Tendenzen der Negierung und des unmittelbaren Angriffs durch Verfälschung noch eine andere Tendenz in der bürgerlichen Literatur, nämlich die Tendenz der Marx "liberalisierung". Lenin hat wiederholt darauf hingewiesen. In diesem Fall handelt es sich nicht um die Fälschung von Textstellen, sondern um das Herauslösen von Einzelheiten, Teilzusammenhängen oder auch von Textstellen aus den Werken von Marx, die brauchbar erschienen, bei gleichzeitiger Ignorierung des Marx'schen Systems als Ganzes, das wegen seines revolutionären Kerns suspekt blieb.

Eine "Liberalisierung" des revolutionären Marx gibt es heute freilich auch, aber es steckt mitunter auch das Bemühen des partiellen Aneignens darin - im Zusammenhang mit dem untauglichen Versuch, das partiell Angeeignete und auf diese Art Entstellte einem Marx weSENSfremden Denksystem anzupassen und einzuverleiben. Das bürgerliche Bemühen um partielles Aneignen entspricht der partiellen Zunahme des Unglaubens an die Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Systems und seiner Denkgewohnheiten.

"Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretischer Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände"⁴, schrieb Marx im Jahre 1868 an Kugelmann.

Unter "Einsicht" ist jedoch kaum eine plötzliche Eingebung zu verstehen. Es handelt sich vielmehr um einen Prozeß, und dabei ist das allmähliche Aufgeben des Glaubens an das kapitalistische System ein Prozeß, der durchaus widersprüchlich verläuft, wobei bürgerliche Autoren subjektiv kaum geneigt sind, ihren inneren Widerstand gegen das Gesamtsystem des Marxismus-Leninismus aufzugeben. Auch bei partiellen Marxrezeptionen bleibt bürgerliche Selbstzensur der marxistischen Analyse durchgehend zugänglich.

4 Marx an Ludwig Kugelmann in Hannover v. 11. 7. 1868, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 553 f.

Dennoch kann folgendes gesagt werden:

Stand früher eine - wie immer auch geartete - direkte bürgerliche Marxkritik in der entsprechenden bürgerlichen Literatur im Vordergrund, so ist es heute eher jener skizzierte Zug der mit indirekter Kritik verflochtenen Rezeption, der auffällt, und viele direkte Polemiken richten sich häufig weniger gegen Marx als vielmehr gegen moderne Marxisten, denen gegenüber mitunter sogar der Anspruch des besseren Verständnisses für Marx' Werk geltend gemacht wird. Ein Alleinvertretungsanspruch wurde auf diesem Gebiet freilich noch nicht geltend gemacht. Es muß bei all dem immer wieder betont werden, daß entsprechende Prozeduren in der bürgerlichen Literatur auch heute mit einer gezielten "Entschärfung" der Marxschen Gedanken einhergehen, einer Entleerung vor allem des revolutionären Gehalts, mit dem Marx angeblich seiner eigenen Lehre geschadet habe. Diese methodologische Verfälschung Marxscher Gedankengänge begleiten häufig Versuche bürgerlicher Anpassung, so in einem weit verbreiteten postumen Werke Schumpeters:

"Da wir uns mit Marx nur in seiner Eigenschaft als Sozial- und Wirtschafts-'wissenschaftler' beschäftigen, brauchen wir uns nicht mit irgendwelchen Aspekten seiner Laufbahn, seiner Tätigkeit oder seines persönlichen Charakters zu befassen, die für sein 'wissenschaftliches' Werk nicht relevant sind", behauptet er und fügt hinzu: "... wir kennen ihn einfach als soziologischen und ökonomischen Analytiker an, dessen Lehrsätze (Theorien) methodologisch die gleiche Bedeutung und den gleichen Rang haben und nach den gleichen Kriterien interpretiert werden müssen wie die Behauptungen jedes anderen soziologischen und ökonomischen Analytikers."⁵ Schumpeter gibt darüber hinaus dem Marxleser geradezu Anleitungen, Marx etwas weniger oberflächlich zu studieren, als dies bislang in der Regel der Fall war, wenn er zum Beispiel darauf hinweist, "daß sich (1) die Terminologie von Marx von der anderer Wirtschaftswissenschaftler unterscheidet (das Wort 'Wert' bedeutet bei Marx einfach etwas ganz anderes als bei J. S. Mill) und daß sich (2) sein Denken in verschiedenen Teilen seines Werkes auf sehr verschiedenen Abstraktionsniveaus vollzieht."⁶

Die gesamte Interpretation durch Schumpeter ist jedoch zugleich mit Vorbehalten durchsetzt, wie zum Beispiel Marx hätte "eine umfassende ökonomische Theorie ... aufstellen können, ohne der Logik Gewalt anzutun - den Tatsachen hätte er immer Gewalt antun müssen."⁷

Zusammen mit solchen Vorbehalten, die den Marxleser offenbar vor einer Identifikation mit dem Marxismus schützen sollen, und fehlerhaften Darstellungen gibt Schumpeter dann immer wieder Hinweise, wie zum Beispiel, daß die Marxsche ökonomische Theorie versuche, "den Mechanismus herauszuarbeiten, der durch seinen bloßen Ablauf und ohne Mitwirkung äußerer Faktoren eine beliebige Gesellschaftsform in eine andere verwandelt."⁸ Wie Schumpeter bemerkt, hat es auch "keinen Wert, ausgewählte Stücke aus den Schriften von Marx oder ausschließlich den ersten Band des Werkes Das Kapital zu lesen. Jeder Wirtschaftswissenschaftler, der sich überhaupt mit Marx befassen will, muß sich damit abfinden, alle drei Bände des Kapitals und die drei Bände der Theorien über den Mehrwert sorgfältig durchlesen zu müssen. Ferner ist es sinnlos, Marx unvorbereitet in Angriff zu nehmen. Er ist nicht nur ein schwieriger Autor, sondern man kann ihn wegen seines wissenschaftlichen Apparates ohne eine brauchbare Kenntnis der Wirtschaftswissenschaft seiner Zeit, besonders Ricardos, und der ökonomischen Theorie im allgemeinen nicht verstehen ... Außerdem muß sich der Leser davor hüten, sich von Spuren Hegelscher Terminologie irreführen zu lassen..."⁹

5 Schumpeter, Joseph Alois, Geschichte der ökonomischen Analyse, Göttingen 1965, S. 483.

6 Ebenda Anm. 11.

7 Ebenda, S. 487.

8 Ebenda, S. 489.

9 Ebenda, S. 491.

Wir können hier in dieser Studie nicht auf die Schumpetersche Analyse insgesamt und seine damit verbundene Marxkritik und schon gar nicht auf eine eingehende Kritik an Schumpeter selbst eingehen.¹⁰ Es soll hier nur auf die zunehmende Wirkung des Marxschen Werkes auf die bürgerliche Wissenschaft hingewiesen werden und damit auf den inneren Zwang der bürgerlichen Wissenschaft, sich zunehmend und mit neuen Methoden der Marxkritik seiner annehmen. Schumpeter kam - ungeachtet aller seiner polemischen Einschränkungen - unter anderem zu dem Resultat, daß Marx für die Periode von 1790 bis 1870 (auch hier wieder die bremsende Eingrenzung) auch der bedeutendste politische Soziologe war.

"... die größte Leistung dieser Periode auf dem Gebiet der politischen Soziologie ist mit dem Namen Karl Marx verknüpft"¹¹, heißt es bei Schumpeter, wonach die Bedeutung von Marx nach 1870, also für heute, rundheraus - ohne wissenschaftlichen Beweis - gelehnet wird.

Wie bei Schumpeter vorgegeben, so zeichnet sich bei anderen Autoren in den letzten Jahrzehnten ebenfalls ein Prozeß einer relativierten Umbewertung von Marx' Werk ab, eine Zunahme an formaler Achtung vor dieser enormen wissenschaftlichen Leistung, ohne die ein Hochschullehrer vor seinen Studenten in den kapitalistischen Ländern nicht bestehen kann. Elemente von Marx' Werk werden in bürgerliche Systeme eingebaut, als wäre das schon immer so gewesen, und dieser Einbau kennzeichnet - neben anderen Momenten - die Wandlung in einem Teil der Literatur. Der Ökonom Schneider hält sich zum Beispiel auch an Marx'sche Deutungen ökonomischen Denkens früherer Epochen, wenn er bemerkt: "Marx charakterisiert ... zutreffend das Tableau économique als ein makroökonomisches Bild eines stationären Produktionsprozesses"¹² oder "Marx demonstriert den Fehler des Raisonnements von Adam Smith (die Auflösung des gesamtgesellschaftlichen Produktenwerts in Revenue - K. B.) klar und einfach ..."¹³ Schneider bedauert geradezu Eugen v. Böhm-Bawerk, daß er "die von Quesnay und Marx gelegten Grundlagen ... nicht aufgegriffen und weiterentwickelt" hat.¹⁴

Stärker und auch schon früher - als in der bürgerlichen politischen Ökonomie - wurde gegenüber Marx in der bürgerlichen Soziologie begonnen, das eingefleischte alte Vorurteil gegen Marx sozusagen durch "moderne" Vorurteile zu ersetzen. Für Tönnies wurde dies erst jüngst durch Rudolph erneut nachgewiesen.¹⁵

Weber bezeichnete bereits 1904 Marx' Gedankengänge als den "für uns weitaus wichtigsten Fall idealtypischer Konstruktionen"¹⁶, doch populär war damals in den Kreisen der offiziellen bürgerlichen Gelehrsamkeit auch die von Weber geübte indirekte Kritik an Marx noch keineswegs. Weber rieb sich an Marx' Werk - und das wird im Weberschen Werk auf Schritt und Tritt sichtbar - allerdings nur geringfügig im Sinne des Zitats. Als Weber dem Zusammenhang von religiös fundierter Ethik und dem Grad - wie der Richtung - ökonomischer Aktivitäten nachging, ließ er weitgehend die Frage nach dem Primat offen und stellte, im Grunde genommen, nur sichtlich korrelierende Tatsachenreihen von ökonomischen Aktivitäten und religiösen Einstellungen vorsichtig interpretierend zusammen. Den Beweis gegen das, was

10 Vgl. dazu auch Braunreuther, Kurt, Der moderne Bourgeoisozialismus des Joseph Alois Schumpeter, in: Wirtschaftswissenschaft, H. 3/1957, S. 418 - 437.

11 Schumpeter, Joseph Alois, a. a. O., S. 539.

12 Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Tübingen 1962, S. 23.

13 Ebenda, S. 41.

14 Ebenda, S. 63.

15 Rudolph, Günther, Die Grundpositionen von Ferdinand Tönnies, Diss. bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1967 (Ms.).

16 Weber, Max, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: Weber, Max, Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik, Stuttgart 1956, S. 250.

Marx über Basis und Überbau schon 1859 behauptete, den Beweis gegen den historischen Materialismus, konnte er nicht liefern; die bürgerlichen Interpretationen Weberscher Darlegung wiederum sind in dieser Hinsicht unterschiedlich, weil Weber dazu genügend offenen Raum ließ.¹⁷

Er schrieb zum Beispiel im Jahre 1905: "Und halten wir nun noch jene Einschnürung der Konsumtion mit dieser Entfesselung des Erwerbsstrebens zusammen, so ist das äußere Ergebnis naheliegend: Kapitalbildung durch asketischen Sparzwang. Die Hemmungen, welche dem konsumtiven Verbrauch des Erworbenen entgegenstanden, mußten ja seiner produktiven Verwendung: als Anlagekapital, zugute kommen."¹⁸

Nach dem Studium des fast vierzig Jahre älteren "Kapital" - von den noch älteren Vorstudien Marx' abgesehen - können wir nicht umhin, hier auch die wichtigste Anregung, ja den Anlaß selbst für Webers - in der bürgerlichen Welt aufsehenerregende - Studie zu suchen. Das Verdienst damals neuer und andersgearteter Quellenstudien - "solche theoretischen Schriften ... , die sich als aus der seelsorgerischen Praxis herausgewachsen erkennen lassen"¹⁹ - bleibt Weber dabei unbenommen.

Wir können hier mangels Raum nicht die ganze Kette der historischen Belege bei Marx - etwa aus dem 24. Kapitel des ersten Bandes des "Kapital" über "Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation" - in ihrem Zusammenhang in Form von Zitaten darstellen, in denen Marx zeigt, wie "die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ... hervorgegangen (ist) aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft", wobei "die Auflösung dieser ... die Elemente jener freigesetzt"²⁰ hat. Wir illustrieren stattdessen hier den Sachverhalt aus einem anderen Kapitel dieses Werkes, dem dritten über "Das Geld oder die Warenzirkulation", nur mit wenigen Sätzen aus dem Abschnitt "Schatzbildung": "Der Schatzbildner opfert daher dem Goldfisch seine Fleischeslust. Er macht Ernst mit dem Evangelium der Entsagung. Andererseits kann er der Zirkulation nur in Geld entziehen, was er ihr in Ware gibt. Je mehr er produziert, desto mehr kann er verkaufen. Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Geiz bilden daher seine Kardinaltugenden, viel verkaufen, wenig kaufen, die Summe seiner politischen Ökonomie".²¹

Sehen wir davon ab, daß Marx hier und im Kontext des Zitats das Geld als partielles Produktionsverhältnis im Rahmen der Gesamtheit der auf kapitalistischer Warenproduktion beruhenden Produktionsverhältnisse interpretiert, daß bei Marx das partielle gesellschaftliche Verhalten nicht nur durch die ihm unmittelbar zugehörigen partiellen ökonomischen Momente bedingt ist, sondern beides durch "die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft"²², die zugleich Struktur des Verhaltens des gesellschaftlichen Gesamtsystems mit seinen Teilsystemen ist, so bleibt selbst im hier wiedergegebenen Ausschnitt noch sichtbar, daß die materiell stimulierten Mechanismen gesellschaftlicher Waren- und Geldbewegungen das Verhalten des Trägers spezieller Funktionen bestimmen, und Marx hält es lediglich noch der Mühe wert, die subjektive und gruppenspezielle Ideologisierung dieses Verhaltens zu ironisieren. Dabei ist es für Marx völlig klar, daß eben diese Ideologisierung, ob sie nun in theologischer oder einer anderen Hülle auftritt, den Mechanismus außerordent-

17 Vgl. Braunreuther, Kurt, Max Weber (1864 - 1920), in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 7, Berlin 1964, S. 337 - 369.

18 Weber, Max, Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist, in: Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik a. a. O., S S.*371 f.

19 Ebenda, S. 357.

20 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 743.

21 Ebenda, S. 147.

22 Ebenda, S. 743.

lich stimulieren kann, wenn das betreffende ökonomische Gesamtsystem so funktionsfähig ist oder zumindest sich dahin bewegt, daß es von den - mit der Masse der in diesem Mechanismus handelnden Menschen kommunizierenden - Ideologen als ein als selbstverständlich hinzunehmendes Naturgeschehen bloß reflektiert - nicht analysiert - wird, als ein Naturgeschehen also, das die Menschen als normale Verhaltensbedingung schlechthin zu akzeptieren haben. Nur die Funktionsfähigkeit eines objektiven gesellschaftlichen Systems selbst bestimmt die funktionale Wirkung (im anderen Falle die disfunktionale Wirkung) einer damit im historischen Zusammenhang stehenden Weltanschauung. So tief drang Weber eben analytisch nicht ein, er ließ lediglich durchaus zusammengehörige Erscheinungen in ihrer offensichtlich sichtbaren Korrelation bestehen. Sein Agnostizismus - klassenbedingt, wie er war - behinderte ihn. Der Rest war dann bloß Stil der Darstellung, eine im Grunde pessimistische Darstellung, soweit sie auf kausale Erkenntnis zielt, und ein sehr eindrucksvoller Stil freilich, um das für den Leser zu relativieren oder in Zweifel zu ziehen, was bei Marx entschieden geklärt war.

Heute haben wir weiterhin mit entsprechenden Relativierungen Marx'scher Erkenntnisse von bürgerlicher Seite zu rechnen, aber das wird in der Regel schon anders praktiziert.

Die moderne bürgerliche Interpretation sozialen Verhaltens bei Reduzierung dieses Verhaltens auf strukturelle und funktionale Determination mit auffallender Ausklammerung der durchgehenden historischen Prozesse (die neue Strukturen und funktionale Zusammenhänge hervorbringen und von ihnen wiederum modifiziert werden, wobei die Menschen, die ihre Geschichte zwar häufig unbewußt, aber doch immerhin selbst aktiv gestalten, eben durch diese Ignorierung der Geschichte weitgehend passiv erscheinen) stellt zweifellos eine Variante, "eine neue Ideologie" dar, "die letzte Barriere, die das Bürgertum noch gegen Marx errichten kann" - so Sartre, der andererseits von seiner subjektivistischen Position her behauptet, daß der Marxismus "kein festes System"²³ sei.

Indessen liegt auf diesem Gebiet bereits ein Versuch vor, eine "Synthese" zwischen diesen Ideen, die einer ausführlicheren Behandlung bedürfen, als sie hier vorgenommen werden kann, und dem Marx'schen System zu konstruieren. Der französische Philosoph Althusser äußert sich über diese Fragen unter anderem so:

"Das erkenntnistheoretische Problem, das sich aus Marx' radikaler Modifizierung des Gegenstandes der Politischen Ökonomie ergab, läßt sich in folgende Frage zusammenfassen: Mit welchem Begriff läßt sich dieser Typus von Determination denken, den wir als Determination von Phänomenen eines bestimmten Bereichs durch dessen eigene Struktur gefaßt haben? Allgemeiner ausgedrückt: Mit welchem Begriff oder welchem Begriffssystem lassen sich die Elemente einer Struktur, ferner die strukturellen Beziehungen zwischen diesen Elementen sowie sämtliche Wirkungen (l'effet) dieser Beziehungen als durch das Wirken (l'efficace) dieser Struktur determiniert denken? Und schließlich: Mit welchem Begriff oder welchem Begriffssystem läßt sich die Determination einer untergeordneten Struktur durch eine übergeordnete denken? D. h.: Wie ist der Begriff einer strukturellen Kausalität zu definieren?"

Diese einfache theoretische Frage ist schon von Marx' außergewöhnlich folgenreicher wissenschaftlicher Entdeckung vorweggenommen worden: von seiner Theorie der Geschichte und der Politischen Ökonomie, vom 'Kapital'²⁴.

23 [Sartre, Jean Paul, Interview, in:] Alternative. Zeitschrift für Literatur und Diskussion, H. 54/1967, S. 129 u. 133.

24 Althusser, Louis, Lineare und strukturelle Kausalität, in: Alternative, a. a. O., S. 121 f.

Althusser bemerkt weiter, daß sich heute eine Reihe von Disziplinen - so Psychoanalyse, Linguistik, Biologie - vor das neue Problem gestellt sehen, nämlich "die Determination der Teile eines Ganzen durch dessen Struktur denken zu wollen"²⁵, "ohne jedoch zu ahnen, daß Marx sie schon lange vorher im wörtlichen Sinn 'produziert' hatte".²⁶

Die von Althusser vertretene Variante des Rückgriffs auf Marx bot ihrerseits neuen Stoff für die Diskussion auch unter Nichtmarxisten. Sartre zum Beispiel rechnet Althusser nicht schlechthin zu den Strukturalisten - die die Geschichte völlig aus ihrem System herauswerfen, weil die Berücksichtigung der Geschichte in der Theorie heute nichts anderes bedeuten könne als die Berücksichtigung des Marxismus -, aber er meint besorgt, daß die anderen "Strukturalisten Althusser benutzen können", "weil bei ihm der Wille vorhanden ist, den Strukturen gegenüber der Geschichte den Vorzug zu geben."²⁷

Indessen ist die Situation noch etwas komplizierter. Althusser mit seinem "Begriff einer strukturellen Kausalität"²⁸ möchte als Vollstrecker Marx' verstanden werden. Er meint, daß Marx "diese Frage in seinem Werk 'praktiziert'" habe, "ohne jedoch eigens in einer philosophischen Arbeit gleicher Prägnanz deren Begriff zu entwickeln".²⁹ Offenbar hat jedoch Althusser die logisch-historische Problematik bei Marx nicht verstanden, genauer - wie von marxistischer Seite betont wird - den Menschen als "das handelnde Subjekt aus dem Geschichtsprozeß eliminiert und an seine Stelle objektivierte, 'a-humane' Strukturen"³⁰ gesetzt. Bei gleichzeitiger Berufung auf den Marxismus wird dieser von Althusser schließlich wieder enthistorisiert. Das ist festzustellen, ohne daß die Relevanz einiger von Althusser aufgeworfener Probleme verkannt werden soll.

Wir betrachten dies alles vorläufig nur als Material, um einige Tendenzen darzulegen, die sich in der Marxausinandersetzung der westlichen Intelligenz anzeigen. Sowohl bloße Ignoranz als auch vulgärwissenschaftlicher Frontalangriff als auch "Liberalisierung" alten Stils sind gegenüber Marx unmöglich geworden. Jung bemerkt mit Recht: "Ein positiver Rekurs auf Karl Marx scheint selbst bei jenen in Mode zu kommen, die einst ausgezogen waren, seine Lehren zu widerlegen."³¹

Diese Tendenz zeigte sich bereits in der Mitte der fünfziger Jahre an. So bemerkte ein bürgerlicher Historiograph der Soziologie, daß man heute nicht "den einen Marxschen Grundsatz, daß unser gesellschaftliches Sein die geistigen Gebilde, also unser Denken und die von ihm geformten Ausdruckssysteme, produziere, in seiner tatsächlichen Wirkung auf die Soziologiegeschichte unterschätzen"³² kann.

Einen Schritt weiter ging schon Stavenhagen: "Er (Marx) war wohl der erste Forscher, der den Kapitalismus als gesellschaftliche Erscheinung klar gesehen hat. Diese Entdeckung der kapitalistischen Wirtschaft als gesellschaftliche Erscheinung hatte zur Folge, daß sich in seinem System die soziologischen und ökonomischen Bestandteile in mannigfacher Weise verschlingen und gegenseitig bedingen und seine ökonomischen

25 Ebenda, S. 122 f.

26 Ebenda, S. 123.

27 [Sartre, Jean Paul,] a. a. O., S. 133.

28 Althusser, Louis, a. a. O., S. 127.

29 Ebenda.

30 Müller, Thomas, Sozialistischer Humanismus - Ideologie oder wissenschaftliche Theorie, in: Marxistische Blätter, H. 1/1968, S. 80.

31 Jung, Heinz, 100 Jahre Kapital, in: Marxistische Blätter, H. 6/1967, S. 66.

32 Schoeck, Helmut, Soziologie. Geschichte ihrer Probleme, Freiburg/München 1952, S. 165.

mischen Erkenntnisse in der gesamten Wirtschaftstheorie eine Sonderstellung einnehmen."³³

Mills - mit seiner "Konzeption der Soziologie als einer historischen Disziplin"³⁴ - ging noch weiter (1959): "Auch der klassische Marxismus ist ein Kernstück moderner Soziologie geworden, und Max Weber verdankt, ebenso wie andere Soziologen, vieles der Auseinandersetzung mit Karl Marx. Was die amerikanischen Forscher anlangt, so müssen wir immer wieder ihren Gedächtnisschwund in Rechnung stellen."³⁵

Mills war ein scharfer Beobachter des zeitgenössischen gesellschaftlichen Lebens und damit auch der ideologischen Strömungen, und es ist sicher nützlich angesichts bestimmter neuester Versuche der "Entideologisierung" der Gesellschaftswissenschaften sich an manche der Einsichten des zu früh verstorbenen amerikanischen Soziologen zu erinnern, so auch an diese: "Geschichtlich gesehen hat die Sozialwissenschaft mehr ideologische als bürokratische Anwendung gefunden, sogar heute ist das wahrscheinlich so, obwohl es vielfach anders zu sein scheint. Zu einem gewissen Teil muß heute der stark ideologische Akzent der Tatsache zugeschrieben werden, daß sich die Sozialforschung weitgehend und häufig auch unbewußt mit Marx auseinandersetzt und auch die Aktivität der sozialistischen Bewegungen und der kommunistischen Parteien reflektiert."³⁶

Wie nun auch immer die bürgerlichen Sozialwissenschaftler zur Zeit zu Marx stehen - und dies bedarf noch sehr gründlicher Analyse -, er wird so oder so, zugestandenerweise oder nicht, immer mehr zum Maß gesellschaftswissenschaftlicher Produktion. Dies kommt nach meinem Dafürhalten in der bürgerlichen Soziologie stärker zum Ausdruck als in der parallelen bürgerlichen politischen Ökonomie, aber auch dort ist es, wie zum Beispiel bei Stavenhagen und anderen, sichtbar geworden.

Die Herausgeber der Neuauflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften, des "Handwörterbuches der Sozialwissenschaften", halten es berechtigterweise immer noch für angemessen, die Marxbiographie von Friedrich Engels, die dieser für die Erstauflage im Jahre 1892 verfaßt hatte, abzudrucken. In einem der folgenden Artikel - "Marx, ökonomisch-soziologisches System" -, den der bürgerliche Ökonom Hans Peter verfaßte, wird ungeachtet der betonten Distanzierung in der bezüglich Marx theoriegeschichtlichen Darstellung immerhin festgehalten: "Die ökonomische Komponente alles historischen Geschehens wird kaum mehr bestritten ..."³⁷

Indessen gibt es auch heute noch weit unzulänglichere Darstellungen der Marxschen politischen Ökonomie, so bei Wendt, der der älteren bürgerlichen Tradition nationalökonomischer Dogmengeschichte noch stark ergeben ist. Das zeigt sich allerdings nicht nur bei der Darstellung von Marx' ökonomischer Lehre, sondern auch bezüglich der Theorien von Ricardo und Keynes, die ebenfalls stark die Bezüge zur Wirtschaftsgeschichte und zur Geschichte der Wirtschaftspolitik vermissen lassen.³⁸

33 Stavenhagen, Gerhard, Geschichte der Wirtschaftstheorie, 2. Aufl. Göttingen 1957, S. 140

34 Birnbaum, Norman, Einleitung zu Mills, Charles Wright, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied (Rhein) 1963, S. 32.

35 Mills, Charles Wright, a. a. O., S. 92.

36 Ebenda, S. 128.

37 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1961, S. 205.

38 Vgl. Wendt, Siegfried, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, (West-)Berlin 1961 = Sammlung Göschen, 1194.

Hofmann hingegen mißt in seiner Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts Marx weitaus größere Bedeutung bei. Er räumt nicht nur den Marxschen Ideen etwa 30 Prozent des gesamten Textes ein, sondern er beschäftigt sich auch umfassender mit der ökonomischen Lehre und widmet Marx und Engels eine Biographie. Obwohl auch er die Lehren von Marx kritisiert, weist er im Abschnitt über "Die ökonomisch-sozialen Lehren" eine Reihe von bürgerlichen landläufigen Kritiken an der "Arbeitswertlehre" als unbegründet zurück: "Nicht alles, was bisher gegen die Arbeitswertlehre von Marx hervorgebracht worden ist, vermag zu überzeugen."³⁹

Hofmann fordert nachdrücklich - und bemüht sich auch, dem gerecht zu werden: "Zu einer Zeit, da am Werke von Marx die Geister in aller Welt sich geschieden haben, ist das Verhältnis zu diesem Denker zu einer Probe theoretischer Höhe und Unbefangenheit von Wissenschaft schlechthin geworden. Und als eine erste Aufgabe kritischer Prüfung eines so sehr der Mißdeutung durch die Parteien ausgesetzten Werkes erscheint heute das Zurückgehen auf den Text, die Wiederherstellung des Gegenstandes der Kritik überhaupt."⁴⁰

"Wiederherstellung des Gegenstandes der Kritik überhaupt" muß für die bürgerliche Sozialwissenschaft als ein wesentliches Anliegen betrachtet werden; denn Marxkritik der Vergangenheit war allzuhäufig nur "Kritik" eines entstellten Marxbildes gewesen. Die Texte sind es auch, für die Hofmann eine Art Anleitung in meist referierender Weise und durchaus noch mit einer Distanz, die eine Identifikation mit dem Gegenstand - nämlich mit Marx - nicht vermuten läßt, gab. Das gilt übrigens auch für alle anderen der in seinem Buche behandelten Theorien. Wenn aber von einem Autor in der Hauptsache auf die Quellen selbst orientiert wird, so kann dem nur zugestimmt werden. Marxkritiker alten Stils ließen gerade dies vermissen.

Wenn auch die verschiedenen komplexen sozialen Ursachen des zur Zeit zu verzeichnenden Wandels der Marxbehandlung in wachsenden Schichten der bürgerlichen, sehr differenzierten Intelligenz noch gründlich zu untersuchen sind, soviel steht fest, daß die Existenz konkreter, lebensfähiger und sich entwickelnder stabiler sozialistischer Gesellschaften als die erste Ursache für den sich in der bürgerlichen Intelligenz vollziehenden Wandel anzusehen ist. Marxistische Beobachtung und kritische Analyse stellen indessen nur die eine Seite des für uns damit aufgeworfenen Problems dar, die andere - wesentlichere und grundlegendere - besteht in unserer Verpflichtung gegenüber der Kontinuität des Marxismus, in der Verpflichtung zur Weiterentwicklung bei der Lösung der Probleme unserer Zeit.

³⁹ Hofmann, Werner, Ideengeschichte der sozialen Bewegung, (West-)Berlin 1962, S. 110
= Sammlung Götschen 1205, 1205a

⁴⁰ Ebenda, S. 91.

Einige Bemerkungen über Ricardo und sein Denken

von Maurice H. Dobb

Wenn man die Geschichte einer Ideologie untersucht, ist es nicht immer leicht, zu unterscheiden, inwieweit sie die Wirklichkeit getreu und richtig abbildet und inwieweit dieses Abbild wegen des besonderen historischen Blickwinkels, von dem aus die Dinge betrachtet werden, falsch und verzerrt ist - kürzer gesagt: inwieweit sie "apologetische Elemente" enthält. Allerdings ist dies in bezug auf das ökonomische Denken im allgemeinen seit der Zeit von Marx kaum auch nur versucht worden¹; und es ist vielleicht nicht unfair, festzustellen, daß es die marxistische Ideologiekritik im 20. Jahrhundert gewöhnlich sogar unterlassen hat, die verschiedenen möglichen Bedeutungen des Begriffs "bürgerliche Apologetik" auseinanderzuhalten.² In allen Zweigen der Sozialtheorie existiert heute eine Neigung zu größerem Formalismus - eine Tendenz, die der Analyse und Unterscheidung zwischen den formalen Bestandteilen einer Theorie und ihrem ökonomischen Inhalt eine zusätzliche Bedeutung verleiht. Es könnte zum Beispiel den Anschein haben: Je formaler eine Theorie ist (denken wir etwa an das stark mathematisierte System von Walras), desto weniger kann sie mit Kausalbegriffen operieren, desto weniger kann sie leisten in der Erfassung qualitativer Merkmale oder all dessen, was über die Wiedergabe quantitativer Wechselbeziehungen hinausgeht - eine desto geringere ideologische Rolle könnte ihr folglich zuzuschreiben sein. Aber so einfach ist die Sache nicht. Überraschenderweise waren einige der formalsten Systeme in der Geschichte des ökonomischen Denkens diejenigen, die - oder zumindest deren

1 Schumpeter erörterte in seiner monumentalen *History of Economic Analysis* diese Frage und erklärte es für möglich, eine Geschichte der Analyse von der Geschichte der politökonomischen Systeme und der Geschichte des ökonomischen Denkens zu unterscheiden und zu trennen. (Schumpeter, Joseph Alois, *History of Economic Analysis*, New York 1954, S. 34 ff.) Der Erfolg einer solchen Trennung wird von Meek bezweifelt. (Meek, R. L., *Economics and Ideology and other Essays*, London 1967, S. 196 ff.)

2 "Bürgerliche Apologetik" kann z. B. bedeuten, daß eine Theorie, indem sie das ökonomische System als harmonisches, sich selbst regulierendes und im Gleichgewicht haltendes System darstellt, dahingehend wirkt, das System mit populären, allgemein akzeptierten Begriffen zu rechtfertigen und seine Widersprüche zu verschleiern. Manchmal bedeutet "bürgerliche Apologetik", daß die Theorie, im Endeffekt oder der Absicht nach, für bestimmte Praktiken oder politische Konzeptionen, die für das System als Ganzes oder für seine herrschende Klasse vorteilhaft sind, die Begründung geliefert hat. Die erste dieser Bedeutungen ist vielleicht die gebräuchlichere; und Theorien über den optimierenden Charakter des Freihandels und der vollkommenen Konkurrenz gehören offensichtlich zu diesem Typ - vielleicht auch die Entwicklungstheorie Schumpeters. Keynesianische Geld- und Beschäftigungstheorien gehören eher zum zweiten Typ. Ferner kann jede dieser Bedeutungen sich entweder auf die subjektive Absicht oder auf die objektive Rolle beziehen, die eine Theorie unabhängig von den Motiven und Absichten ihres Schöpfers in einer gegebenen Situation und im Rahmen der Diskussion spielt.

Folgesätze - auf das engste mit praktischen Fragen verbunden waren; und schon die Verwendung eines bestimmten Formalismus (zum Beispiel einer besonderen Form und Struktur eines mathematischen Modells) hat selektiven Charakter, schließt die Wahl eines besonderen Blickwinkels ein und kann daher bedeuten, daß die Sicht, aus der das reale Problem betrachtet wird, "verzerrt" ist. In einem Modell, das der Theoretiker entwickelt hat, ist zwangsläufig die Aussage enthalten, daß die Wirklichkeit in ihren wesentlichen Zügen in etwa so geformt ist wie eben dieses Modell - vorausgesetzt, es handelt sich um ein Modell, das überhaupt irgendeine Beziehung zur Wirklichkeit aufweisen soll. Kürzlich brachte ein Autor in "Voprosy ékonomiki" die interessante Anregung, daß man zuweilen zwischen eigentlicher politischer Ökonomie (im klassischen und Marxschen Sinne) und verallgemeinerter angewandter Ökonomie unterscheiden könne; letztere sei, indem sie die sozialinstitutionelle Basis der Gesellschaft als gegeben betrachte, imstande, theoretische Modelle vom Funktionsmechanismus dieser Wirtschaft zu produzieren, die eine gewisse objektive Gültigkeit besitzen (er meint, daß die moderne makroökonomische bürgerliche Theorie zu diesem Typ gehöre).³ Fragen wie diese bedürfen offensichtlich größerer Aufmerksamkeit und Diskussion, als ihnen bisher zuteil wurden.

Es ist nicht die Absicht dieses Artikels, sich auf solche großen und methodologischen Fragen wie diese einzulassen. Sein viel bescheideneres Anliegen besteht darin, lediglich anzudeuten, wie man an einige dieser Fragen herangehen kann, und zwar anhand des Werkes von David Ricardo, einem Ökonomen, über den wir seit dem Erscheinen der von Sraffa besorgten zehnbändigen Ausgabe seiner Werke und Briefe viel mehr wissen als früher.⁴

Marx sprach in den "Grundrissen" von Ricardo als: "Ökonom der Produktion par excellence"⁵; und in seinem Nachwort zur zweiten Auflage des "Kapital" schrieb er, Ricardo sei der "letzte große Repräsentant" der klassischen politischen Ökonomie⁶, also der politischen Ökonomie in ihrem wissenschaftlichen Stadium, das mit der "Periode des unentwickelten Klassenkampfes" zusammenfällt⁷. Marx machte natürlich klar, daß er von bürgerlicher politischer Ökonomie sprach, von einem theoretischen System, das als solches beschränkt war (und eben wegen dieser Schranken seiner Kritik unterzogen wurde). Nichtsdestoweniger sah er, daß es einen Aspekt der Wahrheit in einem Grade offenbarte, den kein früherer Autor erreicht hatte; und es war die Reaktion gegen Ricardo vor allem nach 1830, der Marx im Gegensatz zu diesem "das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik"⁸ bescheinigte und von der er schrieb, daß sie "sich nur innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herumtreibt"⁹.

Wenn aber Ricardo der "Ökonom der Produktion par excellence" war, so nicht aufgrund enger persönlicher Verbundenheit mit der Industrie. Weder war er aktiver Unternehmer, noch auch nur als Aktionär an der Industrie beteiligt; vielmehr betätigte er sich als Börsenmakler (oder "Jobber") und loan-contractor, das heißt als Zwischenhändler auf dem Anleihemarkt. In den meisten Jahren zwischen 1806 und 1819 gehörte er zu denen, die um den Erwerb der jährlichen Staatsanleihen konkurrierten, wobei er 1811 und 1815 erfolgreich bot

3 Afanašev, V., "Kapital" K. Marksa i krizis buržuažnoj političeskoj ékonomii ("Das Kapital" von Karl Marx und die Krise der bürgerlichen politischen Ökonomie), in: Voprosy ékonomiki, H. 7/1967, S. 14 ff.

4 The Works and Correspondence of David Ricardo, hg. v. Piero Sraffa in Zusammenarbeit mit Maurice H. Dobb, 10 Bde., Cambridge 1951 - 1955.

5 Marx, Karl, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 18.

6 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 20.

7 Ebenda.

8 Ebenda, S. 21.

9 Ebenda, S. 95.

und daher als Hauptkontraktor für die Staatsanleihe fungierte. So erwarb er sein Geld (zur Zeit seines Todes ein ziemlich bedeutendes Vermögen) hauptsächlich durch den Handel mit Staatspapieren (zum Beispiel legte er einmal etwa drei Millionen Francs in französischer Staatsanleihe an). Obgleich das kleine Landhaus in Gloucestershire, das er 1814 gekauft hatte und von da an jährlich einige Monate lang bewohnte, am Rande des Stroud-Tales lag, eines im Aufschwung begriffenen Bezirks kleiner Industrie in der Wasserkraftphase der industriellen Revolution, gibt es kein Zeugnis dafür, daß er irgendwelche speziellen Untersuchungen oder Beobachtungen industrieller Prozesse angestellt hätte, wie es Adam Smith gehen zu haben scheint.

Als Mitglied des Parlaments - er vertrat dort einen Miniaturwahlkreis in Irland, der ihm als Gegenleistung für eine Anleihe von 25 000 Pfund an den Grafen von Portarlington überlassen worden war - sprach er hauptsächlich über Handels- und Finanzfragen, und zwar als Unabhängiger ("weder Whig noch Tory") mit liberalen und sogar radikalen Neigungen. Er nahm zum Beispiel Stellung für das allgemeine Wahlrecht, obgleich er meinte, daß die Eigentumsrechte nicht angetastet werden sollten; und hätte er noch etwas länger gelebt, würde er die Aufhebung der damaligen Anti-Gewerkschaftsgesetze, der Combination Acts, unterstützt haben.

Seine Theorien sind - in weit höherem Grade als diejenigen von Adam Smith oder Malthus - in ihren Hauptzügen durch Abstraktheit und Schärfe gekennzeichnet. Doch gleichzeitig waren seine Theorien auf das engste mit Fragen praktischer Politik verknüpft, was sich sowohl aus ihren Folgerungen ergab, als auch bewußt und absichtlich von Ricardo angestrebt worden war. Seine ersten gedruckten Arbeiten - Artikel in "The Morning Chronicle" - kritisierten die Politik der Bank von England im Krieg zur Zeit der Auseinandersetzungen um die Frage der Gold- oder Silberwährung 1809/10; und eben zu dieser Zeit formulierte er seine Geldtheorie, die später als Quantitätstheorie des Geldes bekannt werden sollte und von der Marx schrieb, sie sei "ungemein gelegen" gekommen, "da sie einer Tautologie den Schein eines Kausalverhältnisses" gegeben habe¹⁰. Seine nächste Veröffentlichung war eine Streitschrift, eine von mehreren, die im Februar 1815 von verschiedenen Autoren in Erwartung der bevorstehenden Parlamentsdebatten über die Korn-Gesetze geschrieben wurden.¹¹ Sie stellt ein überzeugendes Plädoyer für den Freihandel dar.

Obgleich es sich nur um eine Streitschrift handelte, betitelt "An Essay on The Influence of a low Price of Corn on the Profits of Stock"¹², enthielt sie im Keim die Grundzüge seiner Renten-, Profit- und Preistheorie, wie er sie zwei Jahre später in seinem Werk "On the Principles of Political Economy and Taxation" dargelegt hat - also in dem Werk, auf dem sein späteres Ansehen und sein Einfluß beruhte. Im "Essay" entwickelte er seine Theorie von der Rente als Überschuß und vom Antagonismus zwischen Rente und Profit: "Die Rente ist daher in allen Fällen ein Teil der zuvor vom Boden gewonnenen Profite. Sie stellt niemals eine Neuschöpfung von Einkommen dar, sondern ist immer Teil eines bereits geschaffenen Einkommens."¹³ Anschließend formulierte er die Essenz seiner Theorie in zwei Leit-

10 Derselbe, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 156.

11 So z. B. von Malthus, West und Torrens. Die Debatte im Unterhaus begann am 17. Februar; Ricardos Broschüre erschien am 24. Februar.

12 Der volle Titel lautet: An Essay on the Influence of a low Price of Corn on the Profits of Stock; shewing the Inexpediency of Restrictions on Importation; with Remarks on Mr. Malthus' two last Publications: "An Inquiry into the Nature and Progress of Rent" and "The Grounds of an Opinion on the Policy of restricting the Importation of Foreign Corn". (Siehe The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 4: Pamphlets and Papers 1815 - 1823, S. 1 - 41.)

13 Ebenda, S. 18.

sätzen: "Die Kapitalprofite sinken nur, weil kein für die Nahrungsmittelerzeugung ebenso gut geeignetes Land beschafft werden kann; und in welchem Maße die Kapitalprofite sinken und die Renten steigen, hängt ausschließlich von der Produktionskostensteigerung ab. Wenn daher bei steigendem Reichtum und wachsender Bevölkerung der Länder diesen bei jedem Kapitalzuwachs neue Stücke fruchtbaren Bodens zugefügt werden könnten, so würden die Profite niemals sinken noch die Renten steigen."¹⁴

Nachdem er so in allgemeinen Begriffen den Interessengegensatz zwischen Grundeigentum und industriellem Kapital begründet hatte ("Das Interesse des Grundeigentümers ist immer dem Interesse jeder anderen Gesellschaftsklasse entgegengesetzt"¹⁵), belegte er dies durch detaillierte Kritik an den bestehenden Importzöllen für Getreide. Diese Zölle steigerten zwangsläufig die Renten, indem sie die Nachfrage nach inländischem Getreide und seine Kosten und Preise erhöhten; gleichzeitig ergab sich als weitere Konsequenz zwangsläufig eine Senkung der Profite (bei einem gegebenen Niveau der in Getreide ausgedrückten Löhne). Umgekehrt würde eine Aufhebung dieser Zölle, die die Einfuhr billigen ausländischen Getreides ermöglichte, die Profite erhöhen und so die Kapitalakkumulation und damit den Fortschritt fördern. Das Hindernis, das dem im Wege stand, war das Interesse der Grundeigentümer an der Aufrechterhaltung der Renten. Die Streitschrift endet mit einem Punkt, um den sich die Auseinandersetzung vor allem drehte. Nicht nur die Getreideimporte, sondern auch Verbesserungen der landwirtschaftlichen Produktion verringern die Kosten des Getreideanbaus und bewirken damit eine Senkung der Getreidepreise und der Renten. Diejenigen, die gegen Getreideimporte sind, müßten logischerweise auch Produktionsverbesserungen in der Landwirtschaft verbieten. "Wenn die Interessen der Grundeigentümer so wichtig sind, daß sie uns bestimmen, uns keinen der Vorteile zunutze zu machen, die aus der Einfuhr von billigem Getreide folgen, dann sollten sie uns auch bestimmen, jede Vervollkommnung der Agrikultur und der Ackerbaugeräte abzulehnen; denn das ist sicher: Durch derartige Verbesserungen wird der Getreidepreis genauso fallen, die Renten werden genauso sinken, und die Fähigkeit der Grundeigentümer, Steuern zu zahlen, wird - zumindest eine Zeit lang - genauso beeinträchtigt sein wie durch die Einfuhr von Getreide. Um also konsequent zu sein, laßt uns durch ein und dasselbe Gesetz den Fortschritt aufhalten und die Einfuhr verbieten."¹⁶

Seine Profittheorie hatte er ursprünglich als Überschußtheorie konstruiert, wobei Getreide als physische Maßeinheit diente: Bei gegebenen, in Getreideeinheiten ausgedrückten, von den Existenzbedürfnissen bestimmten Löhnen ist der Profit definiert als Differenz zwischen diesen für eine bestimmte Menge Arbeit gezahlten Löhnen und der Getreidemenge, die unter den ungünstigsten Anbaubedingungen, also an der Anbaugrenze, durch diese Arbeit produziert wird. In einem frühen Entwurf seiner Theorie (der Entwurf existiert nicht mehr, aber in einem Brief an Hutches Trower vom 8. März 1814 ist auf ihn Bezug genommen) scheint er ausgeführt zu haben, daß die Profitrate "abhängig sein muß von dem Größenverhältnis zwischen Produktion und dazu notwendiger Konsumtion" (wie er in einem Brief an Malthus vom 26. Juni 1814 feststellt). Da die Anbaugrenze mit wachsender Nachfrage nach Getreide immer mehr erweitert wird, zeigt die Produktivität der Arbeit unter Grenzbedingungen und damit auch der Profit als Überschuß über die Löhne eine fallende Tendenz, während gleichzeitig die Rente, die andere Form des Überschusses, steigt.

Es war zwischen dem "Essay" und der zwei Jahre später folgenden Niederschrift der "Principles", daß Ricardo ernsthaft begann, eine Werttheorie als Grundlage oder Rahmen für seine Profittheorie zu entwickeln. Sraffa hat darauf hingewiesen¹⁷, daß die Profittheorie in ih-

14 Ebenda.

15 Ebenda, S. 21.

16 Ebenda, S. 41.

17 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1: On the Principles of political Economy and Taxation, S. XXXI.

rer ursprünglichen Form im wesentlichen in Produktbegriffen abgefaßt war; Als Maßeinheit fungierte das homogene Produkt Getreide, das als die Lohnware par excellence sowohl die Rolle des input als auch des output spielte. Als Folgerung ergab sich, daß die allgemeine Profitrate (zum Beispiel in der Fabrikindustrie) durch das Lohn-Profit-Verhältnis in der Landwirtschaft bestimmt war. Dies wäre, in marxistischer Terminologie ausgedrückt, etwa gleichbedeutend damit, daß der Profit im allgemeinen durch die Mehrwertrate im Lohngüter produzierenden Sektor der Produktion bestimmt wird.¹⁸ Womit er im "Essay" einer allgemeinen Werttheorie am nächsten kommen sollte, ist in der Bemerkung enthalten, daß sich "der Tauschwert aller Waren" mit der "Schwierigkeit ihrer Herstellung" ändert¹⁹; dies schloß, wenn auch nicht ganz explizite, eine Identifizierung der "Schwierigkeiten ihrer Herstellung" mit der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsmenge ein. (In einer Fußnote benutzt er diesen Gedanken, um die Auffassung von Smith zu widerlegen, daß "der Getreidepreis die Preise aller anderen Dinge reguliert"²⁰.) Die Notwendigkeit, eine Theorie des Wertes genauer zu formulieren, hat er wahrscheinlich erkannt, als er seinen Standpunkt in der Diskussion mit Malthus verteidigen mußte. Malthus hatte nicht nur ins Feld geführt, daß gesteigerte Nachfrage (zum Beispiel Exportnachfrage) den Preis von Industriewaren und somit die Profite erhöhen konnte, sondern auch darauf hingewiesen, daß die Arbeitslöhne nicht ausschließlich in Getreide bestanden, sondern auch einige Fabrikwaren mit einschlossen. So finden wir denn das erste Kapitel der "Principles" dem Wert gewidmet. Gleich zu Beginn wird hier die These aufgestellt, daß der "natürliche Preis" oder der Wert einer Ware "von der verhältnismäßigen Menge an Arbeit, die zu ihrer Produktion notwendig ist", abhängt²¹ - ein Lehrsatz, von dem er sagt, er sei "von größter Bedeutung in der politischen Ökonomie."²²

Adam Smith hatte, wie man sich erinnern wird, zuvor eine Arbeitswerttheorie, die Theorie vom "natürlichen Wert", entwickelt, und Ricardos Theorie folgte insoweit der Tradition des "Wealth of Nations". Aber Smith hatte diesen Grundsatz auf "jenen frühen und rohen Zustand der Gesellschaft, der sowohl der Akkumulation von Kapital als auch der Aneignung von Bo-

18 Um Analogien anzuführen: Man wird sich erinnern, daß in Bortkiewicz' Dreisektorenlösung des Transformationsproblems die Preise (und die Profitrate) ausschließlich durch die Produktionsbedingungen in denjenigen Abteilungen oder Sektoren der Industrie bestimmt werden, die Lohngüter und Produktionsmittel erzeugen (und wenn - im Sonderfall - kein fixes Kapital vorhanden ist, dann ausschließlich durch die Produktionsbedingungen in der Lohngüterindustrie). Ähnlich ist Sraffas Modell angelegt. (Siehe Sraffa, Piero, Production of Commodities by Means of Commodities, Cambridge 1960; deutsche Ausgabe: derselbe, Warenproduktion mittels Waren, Berlin 1968.) Hiernach hängen die Preise von den Bedingungen in der Produktion von "Grund"-Produkten ab; "Grund"-Produkte sind solche, die in die Produktion anderer Waren (einschließlich der Arbeitskraft) als Produktionsmittel oder input eingehen.

19 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 4, S. 19.

20 Ebenda, S. 21.

21 Ebenda, Bd. 1, S. 11; deutsche Ausgabe: Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung (im folgenden: Grundsätze), übers. u. mit einer Einl. versehen v. Gerhard Bondi, Berlin 1959, S. 9 = Ökonomische Studententexte, Bd. 1. - Anmerkung der Übersetzer: Im Bd. 1 der englischen Werkausgabe ist der Text der dritten Ausgabe der "Principles" abgedruckt, die früheren Fassungen der ersten und zweiten Ausgabe werden zusätzlich angeführt. Überall da, wo Dobb im vorliegenden Artikel den Text der dritten Ausgabe zitiert, wird hier die Bondische Übersetzung wiedergegeben, der ebenfalls die dritte Ausgabe der "Principles" zugrunde liegt.

22 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 11 (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. 13.)

den vorausgeht"²³, beschränkt, mit anderen Worten, auf ein System der einfachen Warenproduktion. Auf die Gesellschaft seiner Zeit, eine Gesellschaft, in der schon Kapitalakkumulation stattgefunden hatte, traf dieser Grundsatz seiner Meinung nach nicht mehr zu. Smith ersetzte seine Arbeitswerttheorie durch eine Theorie von den drei "Bestandteilen des Preises", "den drei ursprünglichen Quellen allen Tauscherts", von Sraffa auch als "Additionstheorie" (Adding-up Theory) bezeichnet, denn in dieser Weise wurde dann gegen Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts die sogenannte Produktionskostentheorie interpretiert. Aus der Lehre von den drei Preisbestandteilen folgte, daß bei jeder Änderung irgendeines dieser Bestandteile oder Elemente (wenn zum Beispiel die Löhne stiegen, weil die Kosten der Getreideversorgung gestiegen waren) alle Warenpreise sich ändern würden; allerdings würden sich die Preise der einzelnen Warenarten in unterschiedlichem Maße ändern, je nach der relativen Bedeutung, die jener sich ändernde Bestandteil im Vergleich zu den beiden anderen Bestandteilen für die Preisbildung der betreffenden Ware habe.²⁴ Gerade diese Schlußfolgerungen anzufechten, ließ sich Ricardo besonders angelegen sein, indem er die Gedanken weiterentwickelte, die er in einer Nebenbemerkung, in jener schon angeführten Fußnote zum "Essay", geäußert hatte. Eine Theorie der Preisdetermination, die derartige Schlußfolgerungen ergab, mußte fehlerhaft sein. Aus diesem Grunde nun lehnte Ricardo die von Smith getroffene Unterscheidung zwischen einer primitiven Austauschgesellschaft und der kapitalistischen Klassengesellschaft ab, maß er dem Grundsatz, daß die Arbeit die Grundlage des Tauscherts sei, solche Bedeutung bei. In der kapitalistischen Gesellschaft werde dieser Grundsatz "nie aufgehoben", sondern höchstens "nur modifiziert".²⁵

Während Ricardo die "Principles" schrieb, fiel ihm etwas auf, was er in einem Brief an James Mill als "merkwürdigen Effekt" bezeichnete; er meinte den "merkwürdigen Effekt, den das Steigen der Löhne auf die Preise derjenigen Waren ausübt, die hauptsächlich mit Hilfe von Maschinerie und fixem Kapital hergestellt werden".²⁶ Diese Waren würden nämlich bei Lohnsteigerungen im Preis fallen, anstatt nach Smith' Theorie zu steigen. Es muß bemerkt werden, daß Ricardo, gerade weil er sich der Lohn-Profit-Antinomie bewußt war (aufgrund seiner Profitkonzeption, nach der die Profite "Überbleibsel der Löhne" sind, wie de Quincey es später ausdrückte) und er damit beschäftigt war, Smith' gegenteilige Auffassung zu bekämpfen, stets mehr auf die Auswirkungen von Lohnsteigerungen auf die Preise achtete als auf die Unterschiede zwischen den relativen Preisen. In gewissem Sinne bedeutete dies eine Einengung seiner Sicht und mag dafür verantwortlich gewesen sein, daß ihm die Trennung von Wert und Preis als zweier unterschiedlicher Kategorien nicht gelang und daß er keine gründlichere Analyse ihres Zusammenhangs und ihrer Divergenz zustande brachte. Trotzdem ist es klar, daß die Problematik, mit der sich Ricardo hier befaßte (und die er zu Recht als seine eigene Entdeckung behandelte) derjenigen glich, die Marx später als Theorie der "Produktionspreise" und ihrer Abweichung vom Wert entwickeln sollte.

23 Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen (Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations), 3 Bde., übers. u. eingel. v. Peter Thal, Bd. 1, Berlin 1963, S. 62 = Ökonomische Studententexte, Bd. 3.

24 Ebenda, Kap. 6, S. 62 - 70.

25 "Modifiziert" z. B. durch unterschiedliche Kapitalzusammensetzungen. In einem Brief an James Mill vom 28. Dezember 1818 spricht Ricardo von "größerer oder geringerer Lebensdauer des Kapitals". (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 7: Letters 1816 - 1818, S. 377.)

26 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. XXXV; Bd. 7, S. 82.

So finden wir denn als Überschrift des Abschnitts vier im ersten Kapitel der "Principles" (in der dritten Ausgabe) folgendes: "Der Grundsatz, daß die auf die Produktion von Waren verwendete Menge Arbeit deren relativen Wert bestimmt, wird durch die Anwendung von Maschinen und anderem fixen und dauerhaften Kapital erheblich modifiziert."²⁷ Und die Überschrift des Abschnitts fünf lautet: "Der Grundsatz, daß der Wert sich nicht mit dem Steigen oder Sinken der Löhne ändert, wird auch durch die verschiedene Lebensdauer des Kapitals und die verschiedene Geschwindigkeit, mit der es zu seinem Besitzer zurückkehrt, modifiziert."²⁸ Dies ist oft von späteren Lesern und Kommentatoren als verwirrend empfunden worden. Aber es ist leicht zu verstehen, wenn wir es im Zusammenhang mit der eingehenden Erörterung und Gegenüberstellung seiner eigenen und der Smithschen Theorie sehen, wovon er voll in Anspruch genommen war; seine eigene Theorie aber ließe sich in dem Aphorismus zusammenfassen: "Wenn die Löhne steigen, sinken die Profite." Diese Verwirrung - es wurde auch außer Acht gelassen, daß eine Theorie "aufheben" und sie "modifizieren" zwei verschiedene Dinge sein können - führte dann zu dem Mißverständnis, das später unter den Kommentatoren Ricardos (zum Beispiel Marshall, Hollander, Cannan) weit verbreitet war: daß Ricardo, ausgehend von einer "primitiven" Arbeitswerttheorie, sich unter dem Druck der Kritik immer mehr von ihr zurückgezogen hätte, und zwar in Richtung auf eine Produktionskostentheorie (das heißt im Grunde genommen auf Adam Smith' Theorie); und daß Marx, indem er an jener Arbeitswerttheorie als Basis für seine Mehrwerttheorie festhielt, Ricardo in grober Weise "mißverstanden" hätte (Marshall). Wie jedoch Sraffa in seiner Einführung zu den "Principles"²⁹ überzeugend nachgewiesen hat, unterstützt ein Vergleich die Änderungen in den verschiedenen Ausgaben des Werkes diese Ansicht in keiner Weise, und auch in der späteren Korrespondenz Ricardos zeigt sich keine Abschwächung seines Grundstandpunktes. Außerdem beweist das früher unbekannte Manuskript mit dem Titel "Absolute and Exchangeable Value"³⁰, an dem er gerade arbeitete, als seine schließlich tödliche - Krankheit einsetzte (und das er unvollendet hinterließ), daß er sich fortwährend und bis zuletzt mit dem Begriff der Arbeit als dem Maß des "absoluten Wertes" beschäftigt hat, wobei er die Arbeit sowohl als Regel, Gesetz oder Ursache des Wertes wie auch als sein Maß ansah. In diesem Manuskript schreibt er: "Man könnte mich fragen, was ich mit dem Wort Wert meine, und mit Hilfe welchen Kriteriums ich beurteilen würde, ob eine Ware ihren Wert geändert hat oder nicht. Ich antworte, ich weiß kein anderes Kriterium dafür, daß ein Ding teuer oder billig ist, als den Aufwand an Arbeit, der geleistet wurde, um es herzustellen."³¹

Freilich befaßte sich dieses Manuskript hauptsächlich mit der Suche nach einem "unveränderlichen Maß des Wertes" und nicht mit der Ursache von Tauschwertänderungen. Der Ausarbeitung im Sommer 1823 war ein ausgedehnter Briefwechsel mit Malthus vorausgegangen, dessen Pamphlet über "A Measure of Value" zuvor veröffentlicht worden war; in diesem Pamphlet war Malthus der Auffassung von Smith gefolgt und hatte die Arbeitslöhne als Wertmaß verteidigt. Das "unveränderliche Maß des Wertes" war tatsächlich für Ricardo von entscheidendem Interesse gewesen; schon in der ersten Ausgabe der "Principles" vom Jahre 1817 wird dieser Begriff in einem bedeutenden Teil der Wertdiskussion im ersten Kapitel verwendet, und in der dritten Ausgabe ist dem Problem dann ein besonderer Abschnitt gewidmet - der Abschnitt sechs: "On an invariable measure of value". Jedoch waren für Ricardo beide Fragen - die nach dem Maß des Wertes und nach der Ur-
sache

27 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 28. (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. 30.)

28 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 37. (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. 38.)

29 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. XIII - LXII.

30 Ebenda, Bd. 4, S. 357 - 412.

31 Ebenda, S. 397.

che von Tauschwertänderungen - trotz ihrer Verschiedenheit eng miteinander verknüpft: Könnte man ein unveränderliches Wertmaß entdecken, würde man auch feststellen können, was die wahre Ursache von Tauschwertänderungen ist oder nach welcher Regel sie sich vollziehen. Denn das unveränderliche Maß würde, "sobald sich Waren in ihrem relativen Wert verändern", die Mittel bieten, "mit denen man feststellen kann, welche von ihnen in ihrem wirklichen Wert gefallen und welche gestiegen sind."³² (Ferner sagt er: "Niemand kann bezweifeln, daß es in der politischen Ökonomie sehr erwünscht wäre, ein solches Maß des absoluten Wertes zu besitzen, um in _____ge zu sein, bei Tauschwertänderungen von Waren zu erkennen, in welcher Ware die Wertänderung stattgefunden hat."³³

Was nun die Frage betrifft, wie ein perfektes Maß beschaffen sein muß und welche Möglichkeiten es gibt, eines zu definieren, so haben sich hier Ricardos Ansichten tatsächlich in der Zeit zwischen der ersten und der dritten Ausgabe der "Principles" gewandelt. Zuerst hatte er es für ausreichend gehalten, als unveränderliches Standardmaß sogenannte "unassisted labour" anzunehmen, "bloße Arbeit" oder "Arbeit ohne Hilfsmittel", also eine Standard- oder Maßware wie etwa Gold, hergestellt einzig und allein durch Arbeit, ohne Mitwirkung fixen Kapitals.³⁴ Nebenbei bemerkt, war das die Ursache dafür, daß er zu dem anscheinend paradoxen Ergebnis kam: Wenn die Löhne steigen, steigen keine Waren im Preis: diejenigen Waren, die mit fixem Kapital produziert wurden, fallen sogar im Preis, gemessen an der Standardware (ein Ergebnis, das er, wie wir gesehen haben, als "merkwürdigen Effekt" bezeichnete). In der dritten Ausgabe läßt er die These von der "unassisted labour" als Wertmaß fallen und ersetzt sie durch etwas, was er als "Mittel zwischen den Extremen" beschreibt: nämlich, eine Geldware, "die mit solchen Anteilen der beiden Arten von Kapital produziert wird, die der durchschnittlichen Menge, wie sie bei der Produktion der meisten Waren angewandt wird, am nächsten kommen."³⁵

Aus dieser Änderung in der Definition eines Standardmaßes ergibt sich folgendes: Gemessen an der Standardware, würden bei Lohnsteigerungen einige Warenpreise steigen und einige fallen, während das Durchschnittspreisniveau der Waren unverändert bliebe.

Im Zusammenhang mit diesem Definitionswechsel - und zweifellos in Erwägung seiner Implikationen - wurde Ricardo skeptisch in bezug auf die theoretische Möglichkeit, einen absolut unveränderlichen Maßstab anzunehmen. Zwar war es recht einfach, ein solches Standardmaß festzulegen, soweit es sich um die Messung von Wertveränderungen in Waren handelte, die unter den gleichen Bedingungen produziert wurden wie die Standardware selbst - das heißt mit der gleichen Kapitalzusammensetzung. "Wir sollten keine Schwierigkeiten haben, ein Wertmaß festzulegen oder mindestens zu bestimmen, wie ein gutes Maß beschaffen ist, wenn alle Waren unter genau den gleichen Umständen produziert wurden - mit anderen Worten: wenn entweder für die Herstellung aller Waren ausschließlich Arbeit und keine Kapitalvorschüsse erforderlich waren oder aber wenn alle Waren, die Arbeit und Kapitalvorschüsse erforderten, in genau der gleichen Zeit produziert und auf den Markt gebracht werden konnten."³⁶ Aber das Verhältnis dieses Standardmaßes zu Waren, die unter ande-

32 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 42. (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1 S. 43.)

33 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 4, S. 399.

34 Sraffa fügt dem in seiner Einführung hinzu: "... mit der stillschweigenden Annahme, daß die Periode, die alle Dinge benötigen, um produziert und abgesetzt zu werden (d. h. die das zirkulierende Kapital benötigt, um zu zirkulieren), ein Jahr betrug." (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. XLII.)

35 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 44. (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. 45.)

36 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 4, S. 368.

ren Bedingungen (das heißt mit unterschiedlichen Kapitalzusammensetzungen oder Umschlagsperioden) als die Standardware selbst produziert wurden, würde durch jede Änderung der Lohn-Profit-Relation beeinflusst werden, und insofern würde das Standardmaß nicht mehr als invariabel gelten können. ("Es würde nämlich, wie ich bereits zu erklären versuchte, relativen Veränderungen durch ein Steigen oder Fallen der Löhne unterworfen sein auf Grund der verschiedenen Anteile von fixem Kapital, das vielleicht zu seiner Produktion und zur Produktion jener anderen Waren notwendig ist, deren Wertveränderungen wir feststellen wollen."³⁷) In seinem letzten Manuskript über "Absolute Value and Exchangeable Value" resümiert er das wie folgt: Wenn die Löhne steigen, während die Produktionsbedingungen überall unverändert bleiben, würde jede gegebene Ware "den gleichen relativen Wert zu Dingen haben, die unter genau den gleichen Umständen produziert wurden, aber jede würde nicht den gleichen relativen Wert zu den anderen Dingen haben, die nicht unter gleichen Umständen produziert wurden."³⁸ Und weiter schreibt er hier: "Es scheint ferner, daß eine Ware, die stets mit der gleichen Menge Arbeit produziert wurde - ob es sich nun um die Arbeit eines Tages, eines Monats, eines Jahres oder einer Reihe von Jahren handelt -, ein vollkommenes Maß des Wertes ist, wenn immer die gleichen Proportionen zwischen den Lohn- und Profitanteilen in den Waren existieren; daß es aber kein vollkommenes Maß derjenigen Wertveränderungen in den Waren geben kann, die von einer Veränderung dieser Proportionen herrühren, weil die Proportionen selbst verschieden sein werden, so wie die Maßware in einer kürzeren oder längeren Zeit produziert worden sein kann."³⁹ So zieht er denn den Schluß, "daß es in der Natur so etwas wie ein vollkommenes Maß des Wertes nicht gibt"⁴⁰: Man muß sich zufriedener geben mit einer so großen "Annäherung an ein festes Wertmaß, wie sie theoretisch nur denkbar ist."⁴¹

Aus dem Dargelegten wird ersichtlich sein, daß Ricardo in gewisser Hinsicht dem Marx-schen Denken viel näher stand als dem anderer englischer Ökonomen der Mitte des 19. Jahrhunderts, inbegriffen John Stuart Mill, der sich selbst als Verteidiger und Fortführer der Ricardianischen Tradition betrachtete. Es wird auch ersichtlich sein, in welcher Weise und bis zu welchem Grade Ricardos Denken durch seinen bourgeois Horizont und durch die Bedingungen seiner Zeit begrenzt war. Die erste Phase der industriellen Revolution - und zwar eher nur die Wasserkraft- als die Dampfkraftphase der Fabrikproduktion - hatte gerade erst begonnen, als er seine Werke schrieb. In seinen Augen war ökonomischer Fortschritt mit Kapitalakkumulation gleichzusetzen; und obgleich sein Blick ungetrübt genug war, das antagonistische Verhältnis zwischen Löhnen und Profit zu erfassen und darzulegen - wofür er später kritisiert werden sollte -, betrachtete er die Profitvermehrung als beste Voraussetzung für Akkumulation und Fortschritt und als Triebkraft für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Was er tatsächlich am meisten fürchtete, war, daß einmal ein "stationärer Zustand" eintreten könnte, in dem die Profitrate so tief gesunken ist, daß jede Akkumulation zum Stillstand kommt. Um dem vorzubeugen, befürwortete er zum Beispiel den freien Getreideimport. Aufgrund dieser Auffassung von der Rolle des Profits hielt er es nicht für nötig, das Lohn-Arbeit-Kapital-Verhältnis tiefer zu analysieren und die ihm innewohnenden Ausbeutungs- und Aneignungsbeziehungen zu enthüllen. Andererseits fühlte er sich im Unterschied zu denen, die nach ihm kamen (Nassau Senior und Mountiford Longfield sind wichtige Beispiele), auch nicht verpflichtet, die Natur dieses Verhältnisses zu verschleiern - lebte er doch noch in der "Periode des unentwickelten Klassenkampfes". Es ist richtig und in der Tat charakteristisch für sein Herangehen, daß er keinerlei Notiz nahm

37 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 43. (The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 1, S. 44.)

38 The Works and Correspondence of David Ricardo, a. a. O., Bd. 4, S. 369 f.

39 Ebenda, S. 404.

40 Ebenda.

41 Ricardo, David, Grundsätze, a. a. O., S. 44.

von den Widersprüchen im Prozeß der Kapitalakkumulation selbst, daß er nicht wahrnahm, daß hier noch andere Widersprüche existierten als die durch Rentensteigerung im Interesse der Grundeigentümer bewirkte Bremsung des Akkumulationsprozesses. Durch sein Eintreten für das Saysche Gesetz leugnete er tatsächlich solche grundlegenden Widersprüche im Akkumulationsprozeß, auf die zum Beispiel Sismondi und sogar Malthus die Aufmerksamkeit gelenkt hatten (indem sie die Möglichkeit allgemeiner Überproduktion wegen zu rascher Akkumulation und die daraus folgende Gefahr von Marktüberschwemmungen und Krisen betonten). Hierin zeigt sich vielleicht mehr als in jeder anderen Hinsicht die wesentliche Begrenztheit seines Blickfeldes; und es ist bezeichnend, daß das - so oder so geartete - Festhalten am Sayschen Gesetz charakteristisch blieb für die bürgerliche politische Ökonomie, daß es ihr Dogma blieb bei allem Wechsel ihrer Schwerpunkte und formalen Strukturen - bis hin zur jüngsten Zeit, nämlich, bis zu den neuen Fragestellungen der 1930er Jahre, deren Hintergrund die Wirtschaftskrise jenes Jahrzehnts bildete.

(Übersetzt von Helga und Manfred Nussbaum)

Die perspektivische Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung für die zentralen Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik

von Arno Donda

Bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und der damit erforderlichen Qualifizierung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit nimmt die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) eine bedeutende Stellung ein. Auf dem 9. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sagte Walter Ulbricht, "daß der Einsatz der neuen Technik in staatlichen Führungsbereichen nicht einfach auf die bisherige Arbeitsweise aufgefropft werden kann. Die Anwendung der neuen Technik bei der 'Kunst des Regierens' erfordert objektiv, ein modernes dynamisches Führungssystem zu konzipieren und zu verwirklichen".¹

In dieses Führungssystem muß Rechnungsführung und Statistik als Teil des volkswirtschaftlichen Informationssystems so integriert und dazu langfristig geplant und gestaltet werden, daß mit geringstmöglichem gesellschaftlichem Aufwand ein höchstmöglicher Nutzen für die Qualifizierung der Führungstätigkeit auf allen Ebenen erreicht wird.

Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die aus den objektiven Bedürfnissen der Führungstätigkeit abzuleitenden Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik entscheidend davon abhängig sind, wie die Gesamtheit der Führungstätigkeit durch die EDV revolutioniert wird, während gleichzeitig die eigene Arbeitsweise von Rechnungsführung und Statistik von dieser künftigen materiell-technischen Basis geprägt wird.

Um die perspektivische Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung für die zentralen Belange von Rechnungsführung und Statistik zu konzipieren, müssen also

die künftigen Grundaufgaben von Rechnungsführung und Statistik bei der Planung und Leitung im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus unter Beachtung der grundlegenden Umgestaltung der Führungstätigkeit durch die EDV abgesteckt,

die Anforderungen von Rechnungsführung und Statistik an die EDV einschließlich ihrer Organisation abgeleitet und

die Möglichkeiten der EDV für die Lösung der Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik eingeschätzt werden.

Diese Arbeiten müssen in wesentlichen Teilen im Rahmen der Vorbereitung des Perspektivplanes 1971 bis 1975 erfolgen, da

den Betrieben, Kombinat, wirtschaftsleitenden und Staatsorganen die langfristige konkrete Entwicklung von Rechnungsführung und Statistik für die Gestaltung ihrer eigenen Informationssysteme bis zur Ausarbeitung der EDV-Programme übergeben werden muß, und zwar

1 Ulbricht, Walter, Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Berlin 1968, S. 82 f.

jeweils für die Periode eines Fünfjahrplanes mindestens ein Jahr vor Beginn des Planungszeitraumes,

wesentliche Investitionen für die Errichtung und Ausstattung von Rechenstationen mit der Anlage R 300 und Nachfolgeanlagen sowie mit Kommunikationsmitteln zwischen den verschiedenen Rechenstationen langfristig geplant werden müssen sowie

durch die Gesamtheit dieser Fragen in erheblichem Maße Aufbau und Entwicklung des volkswirtschaftlichen Informationssystems und darüber hinaus auch des Gesamtsystems der Planung und Leitung im ökonomischen System des Sozialismus beeinflußt werden.

Das setzt wiederum voraus, daß die entscheidenden Grundaufgaben von Rechnungsführung und Statistik nicht nur bis 1975, sondern bis etwa um das Jahr 1980 prognostisch einzuschätzen sind, und zwar unter Beachtung der engen Wechselbeziehung zur EDV.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen hierzu einige Anregungen vermitteln. Sie beschäftigen sich ausschließlich mit der Wechselbeziehung von Rechnungsführung und Statistik und der EDV für die zentrale Führungstätigkeit in der Volkswirtschaft durch Partei und Regierung. Sie sind deshalb nur als ein erster Beitrag eines - wenn auch hauptsächlich - Aspekts der prognostischen Einschätzung von Rechnungsführung und Statistik im ökonomischen System des Sozialismus unter Beachtung der Möglichkeiten und Erfordernisse der EDV zu betrachten.

Die Grundaufgaben von Rechnungsführung und Statistik im Rahmen der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft

Für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch die zentralen Führungsorgane von Partei und Staat sind stets auch Informationen über die vollzogenen und sich vollziehenden gesellschaftlichen - insbesondere ökonomischen - Prozesse erforderlich. Dabei ist aus mannigfaltigen Gründen die Zahl die Hauptform dieser Informationen.²

Entsprechend den konkreten Anforderungen der Führungstätigkeit können die Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik in drei großen Komplexen zusammengefaßt werden:

1. Zahlenmäßige Informationen von Rechnungsführung und Statistik werden für die Erarbeitung von Zielfunktionen (Prognosen, Perspektivpläne, spezielle strukturpolitische Entscheidungen, Jahrespläne) benötigt.

Hierzu gehören vor allem:

- a) die Kennzeichnung des gegenwärtigen Standes (Größe, Struktur) der gesellschaftlichen Erscheinungen. Das ist notwendig, um zu wissen, von welcher Ausgangsgröße ausgehend die Entwicklung zu projektieren und festzulegen ist;
- b) die Darstellung der bisherigen Dynamik der gesellschaftlichen Erscheinungen in ihrer Größe und Struktur. Das ist zum Beispiel erforderlich, um Anhaltspunkte für die Festlegung der weiteren Entwicklungsschritte zu erhalten;
- c) die analytische Untersuchung des Zusammenhangs und der Entwicklung der Erscheinungen und Prozesse in ihrer konkreten, das heißt quantifizierten Größe, weil nur so die ökonomischen Gesetze mittels Bilanzierung und Modellierung mit Hilfe der modernen Verfahren der Operationsforschung für die Optimierung der ökonomischen Entwicklung ausgenutzt werden können.

² Donda, Arno, Zur Entwicklung des volkswirtschaftlichen Informationssystems (I), in: Statistische Praxis H. 6/1967, bes. S. 313 ff.

Darüber hinaus sind diese Untersuchungen auch notwendig, um neue Gesetzmäßigkeiten, die zweifellos im Zuge der sozialistischen Entwicklung entstehen, rechtzeitig erkennen und dann auch ausnutzen zu können.

2. Zahlenmäßige Informationen werden auch zur Gestaltung sowie Präzisierung und Anpassung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums an die neuen Aufgabenstellungen und konkreten Bedingungen benötigt. Hierzu gehören verschiedenartige Untersuchungen, so zum Beispiel:

a) die Darstellung und Analyse der Erfüllung der festgelegten Aufgaben (besonders der Planaufgaben) in den verschiedenen Verantwortungsbereichen und auf den verschiedenen Querschnittsgebieten über eine Reihe von Zeiträumen hinweg. Das erfolgt mit dem Ziel zu erkennen, in welchen Verantwortungsbereichen und auf welchen Gebieten (strukturbestimmende Aufgaben, Investitionen, das Verhältnis Arbeitsproduktivität - Durchschnittslohn, Qualifizierung der Werktätigen usw.) die Prozesse durch Planung und Leitung sicher beherrscht werden und wo das noch nicht in dem Maße der Fall ist, wo also die Kader oder (bzw. und) die Planungs- und Leitungsmethoden vordringlich zu qualifizieren sind;

b) Darstellung und Analyse der Durchsetzung sowie der Wirkungsweise, das heißt des Effekts, der ökonomischen Hebel. Das ist entsprechend den veränderten Bedingungen zur ständigen Vervollkommnung und Weiterentwicklung der ökonomischen Hebel erforderlich, damit sie optimal zur Verwirklichung der getroffenen Zielfunktionen beitragen.

3. Zahlenmäßige Informationen sind jedoch auch für die Verwirklichung der Zielfunktionen unerlässlich. Sie dienen der Kontrolle und Abrechnung der übertragenen und selbstgestellten Aufgaben. Dabei spielt der Soll-Ist-Vergleich die entscheidende Rolle, obwohl zur Leitung des Prozesses der Plandurchführung in der Regel wesentlich mehr Informationen notwendig sind, als durch unmittelbare Planziffern vorgegeben werden. Das Hauptproblem besteht darin, so rechtzeitig Informationen zu erarbeiten, daß Planabweichungen bereits im Prozeß ihrer Entstehung erkannt werden können, um schnellstens notwendige Maßnahmen einzuleiten, die die Erfüllung der geplanten Aufgaben sichern. Die Kontrolle ist darüber hinaus zur Durchsetzung der Staatsdisziplin unerlässlich; sie stimuliert die Realisierung der Aufgaben.

Bei allen drei genannten Aufgabenkomplexen müssen in wachsendem Maße die Erfordernisse der sozialistischen Demokratie beachtet werden, das heißt, den Werktätigen und besonders ihren demokratisch gewählten Vertretern müssen in geeigneter Form die notwendigen Informationen zur Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zur Verfügung gestellt werden.

Die Haupttendenzen der Grundaufgaben von Rechnungsführung und Statistik für die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Parteitages erfolgt eine schnelle Qualifizierung von Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Daraus leiten sich entscheidende Entwicklungstendenzen für die Grundaufgaben von Rechnungsführung und Statistik als Bestandteil der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft ab.

Auf weite Sicht steht dabei die umfassende und tiefgehende quantifizierte Darstellung und analytische Durchdringung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in allen seinen Phasen und Verflechtungen im Vordergrund, damit auf diese Weise entscheidende Grundlagen für fundierte strukturpolitische Entscheidungen und andere Maßnahmen zur Erhöhung

der Effektivität der Volkswirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution geliefert werden.

Das erfordert die exakte Beobachtung und Analyse einer sehr großen Vielzahl von Entwicklungen, Beziehungen, Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Erscheinungen und Prozessen, zwischen den einzelnen Elementen und Verantwortungsbereichen des Reproduktionsprozesses. Dabei kommt es insbesondere auf die schnelle und sichere Erfassung neuer Entwicklungstendenzen und Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen und besonders der ökonomischen Entwicklung an, wobei Rechnungsführung und Statistik vom System her so gestaltet sein müssen, daß mit Notwendigkeit alle bedeutungsvollen Tendenzen und Entwicklungen erkannt werden können.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgaben ist die Ermittlung von Aufwands- und Ergebniskennziffern - und damit der Effektivität - je Erzeugnis bzw. Erzeugnisgruppe.

Auf lange Zeit wird weiterhin der systematischen Qualifizierung der statistischen Analyse des Steuerungs- und Regelmechanismus der Volkswirtschaft erhebliche Aufmerksamkeit zu widmen sein. Hier geht es insbesondere um das rechtzeitige und zuverlässige Erkennen der Auswirkung einzelner ökonomischer Hebel, aber auch vor allem des Systems der ökonomischen Hebel auf das ökonomische Geschehen, auf die Verwirklichung der Zielfunktion, das heißt also um die vollständige Integration von Rechnungsführung und Statistik in den kybernetischen Prozeß der sozialistischen Wirtschaftsführung.

Darüber hinaus muß auch die Kontrolle über die Plandurchführung weiterentwickelt werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der schnelle Ausbau und die wissenschaftliche Fundierung der Vorausberechnung, um rechtzeitig notwendige Maßnahmen zur Erfüllung der Zielfunktionen treffen zu können bzw. erforderliche Korrekturen der Zielfunktionen zur Wahrung einer proportionalen Entwicklung zu veranlassen.

Die Erkenntnisse und Aussagen von Rechnungsführung und Statistik müssen künftig auch in erheblichem Maße in anderer Form für die zentrale Planung und Leitung bereitgestellt werden. Bisher wurden die zahlenmäßigen Ergebnisse von Rechnungsführung und Statistik in Form von Tabellen, Grafiken und kommentierendem Text den Führungsorganen von Partei und Regierung übergeben. Das wird auch weiterhin von großer Bedeutung sein, insbesondere für die unmittelbare Information der führenden Funktionäre. In schnell wachsendem Maße müssen jedoch darüber hinaus die Ergebnisse auch in Gestalt von Formeln, Gleichungssystemen, insbesondere Matrizengleichungen, Koeffizientenmodellen usw., das heißt in der algorithmierten Darstellung an die von Partei und Regierung beauftragten Organe für die Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Zielstellung in Varianten - also insbesondere an die Staatliche Plankommission - übergeben werden.

Die allseitige analytische Untersuchung der Entwicklung, der Zusammenhänge, Verflechtungen und Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen, besonders ökonomischen Erscheinungen erfordert, daß die sozialistischen Warenproduzenten, das heißt die Betriebe und Kombinate, mit allen ihren wesentlichen Merkmalen unmittelbar in die Untersuchungen einbezogen und, davon ausgehend, die notwendigen Gruppierungen, Vergleiche und mathematisch-statistischen Berechnungen vorgenommen werden. Das einfache Aggregieren der Betriebsdaten zu den entsprechenden Summen der Verantwortungsbereiche ist natürlich auch weiterhin notwendig, genügt aber keineswegs, weil auf dieser Grundlage nicht die notwendigen Beziehungen, Verflechtungen und Entwicklungstendenzen, die für die Optimierung unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung unbedingt ermittelt werden müssen, erarbeitet werden können.

Für eine Reihe von Führungsaufgaben müssen darüber hinaus sogar betriebliche Angaben weiter differenziert werden. So sind zum Beispiel Großbetriebe und Kombinate mit Betriebs-

teilen in verschiedenen Gebieten nach örtlichen Einheiten zu untergliedern, um die komplexe Gebietsentwicklung zur Standort- und Verkehrsplanung usw. fundiert zu leiten.³

Die Untersuchungen von Rechnungsführung und Statistik müssen neben der laufenden Kontrolle der Planerfüllung vollständig in den Prozeß der Planausarbeitung eingetaktet werden. Danach müssen auch Erfassung und Verarbeitung der zahlenmäßigen Angaben ausgerichtet werden. Gleichzeitig ist jedoch zu beachten, daß auch auf Grund verschiedener Faktoren (zum Beispiel neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse, entscheidender weltpolitischer Veränderungen, wesentlicher Unter- oder Übererfüllung von Planaufgaben im einzelnen Bereich) zwischenzeitlich so kurzfristig wie möglich wesentliche wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden müssen. Da mit zunehmender Größe und Verflechtung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses die Schnelligkeit fundierter Entscheidungsfindungen von erheblicher Bedeutung für die Effektivität der Volkswirtschaft ist, müssen Rechnungsführung und Statistik sichern, daß die benötigten Fakten und analytischen Erkenntnisse gewonnen und zur Verfügung gestellt werden können.

Daraus folgt: Wenn auch planmäßig eine schwerpunktmäßige Ausrichtung von Rechnungsführung und Statistik auf die verschiedenen Phasen der Planausarbeitung, insbesondere des Perspektivplanes, zu erfolgen hat, müssen jedoch auch sowohl für die laufende Kontrolle der Plandurchführung und die ständige Überwachung der Proportionalität und Effektivität der ökonomischen Entwicklung als auch insbesondere für das kurzfristige Treffen notwendiger strategischer ökonomischer Entscheidungen die wesentlichen ökonomischen Daten ständig zur Verfügung gestellt und analytisch bearbeitet werden können.

Insgesamt ergibt sich also, daß die erforderlichen Daten der Betriebe und Kombinate - und in bestimmtem Maße auch ihrer örtlichen Einheiten - entsprechend ihrer Bedeutung für den Reproduktionsprozeß und ihres Charakters (insbesondere hinsichtlich der Schnelligkeit ihrer Veränderung) zeitlich differenziert für die Belange der zentralen Rechnungsführung und Statistik zu erarbeiten sind. Dabei muß jedoch auch der Aufwand für die Ermittlung dieser Kennziffern beachtet werden. Dementsprechend erfolgt eine zeitliche Differenzierung der Ermittlung und Einbeziehung der verschiedenen Merkmale der sozialistischen Warenproduzenten in die zentralen Arbeiten von Rechnungsführung und Statistik:

jährlicher und mehrjähriger Turnus,

vierteljährlicher und zum Teil halbjährlicher Abstand und

monatliche Periodizität.

Auf eine kürzere Periodizität kann verzichtet werden, wenn neben dem festen System des Berichtswesens entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ein operatives Informationssystem nach dem Prinzip der Fallmeldung aufgebaut ist. Die Ergebnisse dieses operativen Informationssystems müssen bei der Leitung der Plandurchführung vor allem mitbeachtet werden. Bei der schrittweisen Ausbildung eines integrierten Systems der automatischen Informationsverarbeitung bis zur Ebene der Volkswirtschaft sind auch diese Informationen in das einheitliche System der zentralen Informationsverarbeitung für die Bedürfnisse der zentralen Führungsorgane von Partei und Regierung unmittelbar miteinzubeziehen.

³ Eine derartige statistische Ermittlung von wesentlichen Angaben über die örtlichen Einheiten der sozialistischen Warenproduzenten ist auch für die Darstellung der ökonomischen Entwicklung gerade auch unter den Bedingungen der zunehmenden Konzentration und Kooperation sowie der veränderten Zuordnung von Teilbetrieben entsprechend den strukturpolitischen Erfordernissen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution notwendig.

Für die Kontrolle der Planmäßigkeit der ökonomischen Prozesse muß auch stets der Soll-Ist-Vergleich sowohl auf Grund der Staatsplanaufgaben als auch der eigenverantwortlich festgelegten Aufgaben vorgenommen werden. Daraus folgt, daß die Veränderungen der staatlichen und der eigenverantwortlichen Aufgaben bei der Organisation der Informations- erfassung und -verarbeitung mittels EDV beachtet sowie auch selbst zum unmittelbaren Un- tersuchungsgegenstand gemacht werden müssen. Darüber hinaus müssen auch die Perspek- tivplanaufgaben für kommende Zeiträume und die Planinformationen der sozialistischen Wa- renproduzenten in die analytischen Betrachtungen von Rechnungsführung und Statistik, ins- besondere hinsichtlich der Gewinnung von Schlußfolgerungen für die künftige Entwicklung, einbezogen und deshalb auch in das System der Informationsermittlung und -verarbeitung mittels EDV integriert werden.

Die Notwendigkeit der Nutzung der EDV für die Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik im Rahmen der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft

Die Anwendung der EDV für die Lösung der zentralen Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik ist dabei bereits erforderlich, um die umfangreichen und aufwendigen Arbeiten der Informationsverarbeitung zu rationalisieren und die Ergebnisse zu aktualisieren.

Die qualitativ neuen Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik auf Grund der Be- schlüsse des VII. Parteitages erzwingen jedoch von vornherein die Anwendung der moder- nen EDV.

Die Vielzahl der Entwicklungen, Beziehungen, Verflechtungen und Zusammenhänge zwi- schen den einzelnen gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozessen kann ohne EDV weder dargestellt noch daraufhin untersucht werden, ob sich daraus zu bestimmten Zeitpunkten wichtige Schlußfolgerungen für die Plandurchführung oder für strategische wirtschaftspoli- tische Entscheidungen ergeben. Hinzu kommt, daß die Organisation der Arbeiten so erfol- gen muß, daß eine analytische Verarbeitung der Gesamtheit der volkswirtschaftlichen In- formationen nicht nur zu bestimmten Zeitpunkten der Planausarbeitung möglich ist, sondern eine laufende Überwachung der struktur- und effektivitätsbestimmenden Prozesse erfolgen kann und für notwendige Entscheidungen praktisch jederzeit die notwendigen Informationen sowie Berechnungen erarbeitet werden können.

Die Analyse der Phasen des Reproduktionsprozesses und insbesondere die Überwachung der struktur- und effektivitätsbestimmenden Prozesse müssen weitgehend automatisiert werden, in dem Sinne, daß nur wesentliche Ergebnisse, die auf Grund vorgegebener Algorithmen von den elektronischen Datenverarbeitungsanlagen automatisch ermittelt und ausgewiesen wer- den, den Führungsorganen von Partei und Staat zur Verfügung gestellt werden.

Des weiteren sind für die verschiedensten Teilaufgaben von Rechnungsführung und Statistik umfangreiche und arbeitsaufwendige Berechnungen notwendig, die ohne EDV nicht bewältigt werden können. So muß zum Beispiel für die Ermittlung von Teil- und Gesamtverflechtungs- bilanzen mit Matrizen in der Größenordnung von $1\ 000 \cdot 1\ 000$ (und für die Zukunft viel- leicht in noch größerem Maßstab) gerechnet werden. Ähnliches gilt für viele andere Proble- me, zum Beispiel für eine komplexe Faktoranalyse, für weitere Probleme der Zusammen- hangsforschung, der Vorausberechnung sowie überhaupt für die Ermittlung von Modellen der tatsächlichen Verhältnisse und Beziehungen, für die Simulation im Rahmen von Entschei- dungsprozessen usw.

Das Wesentliche der Anforderungen an die EDV auf Grund der zentralen Aufgaben von Rech- nungsführung und Statistik besteht also darin, daß viele der Daten der sozialistischen Wa-

renproduzenten (und teilweise ihrer örtlichen Einheiten) für viele Zeiträume so gespeichert werden, daß sie

kurzfristig zur Verfügung gestellt und entsprechend spezifischen Aufgabenstellungen analytisch weiter verarbeitet werden können;

entsprechend vorgegebenen Algorithmen nach "Besonderheiten", das heißt nach Erscheinungen, die besondere Entscheidungen erforderlich machen, automatisch überprüft werden;

zu den Ergebnissen verarbeitet werden, die die zentrale Planung und Bilanzierung für die Anwendung der Methoden der Operationsforschung und der EDV, das heißt eben die algorithmierte Darstellung der ökonomischen Prozesse und Beziehungen, benötigt.

Insgesamt ergibt sich also, daß durch Rechnungsführung und Statistik systematisch und zielstrebig an der schrittweisen Herausbildung des integrierten Systems der automatisierten Informationsverarbeitung bis zur Ebene der Volkswirtschaft gearbeitet werden muß, und zwar in engster Abstimmung mit den anderen Teilbereichen und Organen der zentralen staatlichen Planung und Leitung, vor allem mit der Staatlichen Plankommission.

Neben der komplexen Informationserarbeitung und -verarbeitung für jeden zentralen Führungsbereich muß für die zentrale Führungstätigkeit von Partei und Staat eine gesamtvolkswirtschaftliche komplexe Informationserarbeitung und -verarbeitung erfolgen. Hauptsächlich Gründe hierfür sind:

Viele Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen können nur dann umfassend erkannt und ergründet werden, wenn sie über den Bereich der gesamten Volkswirtschaft hinweg beobachtet werden. Das gilt zum Beispiel für solche Fragen, wie die Entwicklung von Investitionen einschließlich ihrer Effektivität, die Dynamik von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn, die Veränderung der Qualifikation der Beschäftigten, die Planerfüllung auf bestimmten Gebieten des Reproduktionsprozesses, zum Beispiel die Realisierung des geplanten Bruttobetriebsergebnisses und der Abführung an den Staatshaushalt in Form von Produktionsfondsabgabe und Nettogewinnabführung und die Kreditinanspruchnahme und -tilgung und dergleichen, wobei jeweils diese Prozesse im Zusammenhang mit der Erfüllung der volkswirtschaftlichen Hauptaufgaben und der Effektivitätsentwicklung betrachtet werden müssen.

Für die zentrale Führungstätigkeit von Partei und Regierung kommt es unter anderem auch gerade darauf an, die Beziehungen und Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft zu beachten und zu analysieren, wie das zum Beispiel am deutlichsten durch die verschiedenartigsten Verflechtungsbilanzen, angefangen bei der Verflechtungsbilanz des Materialaufwands bis zu Preis- und Arbeitszeitverflechtungsbilanzen, zum Ausdruck gebracht wird.

Neben diesen inhaltlich-sachlichen Gründen sprechen auch mehrere, im Endeffekt nicht minder wichtige Gründe der rationellen Organisation für eine zentralisierte komplexe Informationserarbeitung und -verarbeitung für die zentrale Führungstätigkeit in der Volkswirtschaft:

Es wird auf lange Zeit (mit Sicherheit über den Prognosezeitraum hinweg) notwendig und zweckmäßig sein, in bestimmten - in der Regel mehrjährigen - Zeitabständen bestimmte gesellschaftliche Massenerscheinungen inventurartig zu erfassen und für die Entscheidungsfindung aufzubereiten und zu analysieren. Hierzu gehören unter anderem:

Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung, Einkommens- und Verbrauchsuntersuchungen der Haushalte;

umfassende Bestandsaufnahmen von Volksvermögen, insbesondere von Grundmitteln im Bereich der materiellen Produktion und der Volksbildung.

Es ist zweckmäßig, derartige Arbeiten straff geleitet und zentralisiert durchzuführen. Die gewonnenen Angaben müssen zu den vorhandenen Grundangaben über die Ökonomik der Volkswirtschaft in Beziehung gebracht werden. Sie bilden einen integrierten Bestandteil der gesamten volkswirtschaftlichen Informationen und müssen in die analytischen Berechnungen und Überprüfungen einbezogen werden. Daraus folgt also, daß im Rahmen der zentralen komplexen Informationserarbeitung und -verarbeitung zumindest auch auf lange Sicht straff geleitete und organisierte inventurartige Erfassungen als Gesamtbestandteil der Informationsverarbeitung durchgeführt werden müssen.

Die Organisation der Informationserarbeitung und -verarbeitung für die zentrale Führungstätigkeit von Partei und Regierung muß dabei so erfolgen, daß sie nicht durch die Veränderung der Struktur zentraler Führungsbereiche entsprechend der wechselnden Notwendigkeit (zum Beispiel Bildung neuer oder Zusammenlegung bestehender Ministerien) beeinträchtigt wird; sie muß vielmehr in der Lage sein, Berechnungen nach der alten und neuen Struktur vorzunehmen. Das ist am zweckmäßigsten durch eine komplexe zentrale Informationserarbeitung und -verarbeitung zu gewährleisten.

Für eine zentralisierte Informationserarbeitung und -verarbeitung für Partei- und Staatsführung spricht ferner, daß diese Arbeiten einschließlich der Sicherung des entsprechenden Vorlaufs einen erheblichen qualitativen und quantitativen Aufwand erfordern und durch ein darauf spezialisiertes Kollektiv am rationellsten zu lösen sind, da sie im wesentlichen auf Grund einheitlicher wissenschaftlich-methodologischer Erkenntnisse und Verfahren und technischer Mittel zu lösen sind.

Ferner ist zu beachten, daß eine komplexe gesamtstaatliche Informationserfassung und -verarbeitung neben der im Vordergrund stehenden unmittelbaren Anforderung durch die zentrale Partei- und Staatsführung auch mannigfaltigen daraus abgeleiteten zentralen Bedürfnissen gerecht werden muß, wie sie zum Beispiel durch solche Organe wie die Staatliche Plankommission, das Ministerium der Finanzen, das Amt für Preise, das Amt für Arbeit und Löhne, die Staatsbank, die Industrie- und Handelsbank, das Vertragsgericht usw. ausgedrückt werden.

Darüber hinaus benötigen auch die einzelnen Führungsbereiche, die für bestimmte Bereiche und Zweige der materiellen Produktion und des gesellschaftlichen Lebens insgesamt zuständig sind, in erheblichem Maße Informationen über die Gesamtheit der Volkswirtschaft sowohl für operative als auch für strategische Entscheidungen, die sie eigenverantwortlich im Rahmen der gesamtvolkswirtschaftlichen Strukturlinien zu treffen haben.

Der Gesamtfonds an Informationen der Volkswirtschaft muß also unter Beachtung einer erheblichen Anzahl von objektiv begründeten Anforderungen organisiert und in gewissem Sinne unter Beachtung des Aufwands für die Informationserarbeitung optimiert werden. Es ist deshalb unerlässlich, daß diese Arbeiten zentralisiert durchgeführt werden, und es ist zweckmäßig, sie einem besonderen, darauf spezialisierten Organ zu übertragen.

Die zentrale Informationserarbeitung und -verarbeitung ist schließlich auch erforderlich, um sie institutionell zu verselbständigen. Das ist wiederum die Voraussetzung dafür, daß eine höchstmögliche systembedingte Gewähr geschaffen wird, daß die zentrale Partei- und Staatsführung alle notwendigen Informationen erhält, also objektiv informiert wird. Das gilt auch unter den Bedingungen der EDV, denn die Weiterleitung wichtiger Informationen an die leitenden Funktionäre von Partei und Staat bleibt in erheblichem Maße stets eine Entscheidungsfrage, und die Modellierung sowie Algorithmierung der informationsverarbeitenden Prozesse entscheidet weitgehend darüber, zu welchen Fragen unter welchen Bedingungen informiert werden kann. Auch hier müssen Partei- und Staatsführung die Gewähr haben, daß neben den zuständigen Bereichen ein unabhängiges, "neutrales" Organ auf entstehende herangereifte Probleme aufmerksam macht.

Die technische Ausstattung und Organisation der zentralen Rechenstationen für die zentralen Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik werden durch die vorgenannten Aufgaben und Anforderungen bestimmt.

Es müssen in großem Umfang eingehende Informationen analytisch verarbeitet und gespeichert werden, und zwar so, daß sie mit kurzer Zugriffszeit wahlfrei zur Verfügung stehen und zu mannigfaltigen Gruppierungen und analytischen Untersuchungen verarbeitet werden können. Die für die zentrale Rechnungsführung und Statistik eingesetzte elektronische Datenverarbeitungsanlage muß also in erheblichem Maße schnell eingehende große Datenmengen verarbeiten und vor allem rationell speichern können. In den letzten Jahren gingen beispielsweise in der Zentralstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik jährlich etwa 800 Millionen Zeichen ein. Dieser Umfang wird sich künftig zweifellos erweitern, denn neben bestimmten Tendenzen zur Verringerung des Informationsumfangs wird insbesondere die Notwendigkeit, ergebnisbezogene Aufwands- und Ergebniskennziffern zur Verfügung zu haben, zu einer Erweiterung des Informationsvolumens führen. Wenn des weiteren davon ausgegangen wird, daß monatliche Angaben zum Beispiel für eine kurz- und mittelfristige Vorausberechnung und die Ermittlung saisonaler Schwankungen durchschnittlich etwa fünf Jahre lang gespeichert werden müssen, während die anderen Angaben in der Regel mindestens zehn Jahre für die analytischen Berechnungen zur Verfügung stehen müssen, ergibt sich ein notwendiges Speichervolumen von mehreren Milliarden Zeichen. Außerdem muß die Einrichtung eines "Personen- und Arbeitskräfteregisters" sorgfältig überprüft und mit dem hier skizzierten Speicher eng koordiniert werden.

Das soll hier nur die Dimension für den im Prognosezeitraum aufzubauenden zentralen Informationsspeicher für die Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik charakterisieren.

Das Gesamtsystem der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen für die zentrale Rechnungsführung und Statistik muß so gestaltet sein, daß auf Grund vorgegebener algorithmierter analytischer Programme in bestimmten Zeitabständen bzw. im Auftrag der Partei- und Staatsführung oder zentraler Organe eine analytische Überprüfung der Planmäßigkeit der ablaufenden Prozesse, ihrer Proportionalität und Effektivität und der Herausbildung von wesentlichen neuen Tendenzen erfolgen kann. Es muß darüber hinaus vorgesehen werden, daß bei wesentlichen Besonderheiten, die Leitungsentscheidungen sofort erforderlich machen, unmittelbar beim Eingehen der Informationen die Sichtbarmachung des Tatbestandes erfolgt, der in der Regel auch erst durch die Verknüpfung mannigfaltiger Informationen und Berechnungen festzustellen ist. Auch dieser Prozeß muß weitgehend automatisiert werden.

Daraus folgt auch, daß die zur Verfügung stehende elektronische Datenverarbeitungsanlage umfangreiche Berechnungen mathematisch-statistischer Art gestatten muß. Über eingangs- und ausgangsseitige Datenfernübertragungsanlagen muß eine möglichst kurzfristige Einspeisung der Informationen aus allen Teilbereichen der Volkswirtschaft bis hinunter zu den sozialistischen Warenproduzenten und andererseits die Zurverfügungstellung der er- und verarbeiteten gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse im festgelegten Umfange für die einzelnen Organe gesichert werden.

Für die Durchführung von inventurartigen Informationserfassungen und -erarbeitungen muß das zur Verfügung stehende System der Datenverarbeitungsanlagen sowohl eine schnelle Aggregation und Gruppierung sowie analytische Verarbeitung des Materials erlauben als auch eine rationelle Informationseingabe auch auf Grund von handschriftlichen und maschinengeschriebenen Primärbelegen gewährleisten.

Die vorstehend grob skizzierte rechentechnische Basis sollte zur vollen Disposition für die zentralen Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik stehen. Dabei ist zu beachten, daß zwar der Hauptteil der entsprechenden Informationserarbeitung und -verarbeitung relativ

langfristig planmäßig festgelegt werden kann, daß aber darüber hinaus genügend große Reserven vorgesehen werden müssen, um nicht vorauszusehende bzw. nicht vorausgesehene analytische Verarbeitungen vorzunehmen bzw. primäre Informationserfassungen und -verarbeitungen durchführen zu können.

Es muß also die Gewähr bestehen, daß durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik auf Grund von Weisungen der Partei- und Staatsführung, aber auch auf Anforderung anderer zentraler Staatsorgane, besonders der Staatlichen Plankommission, wie auch auf Grund eigener analytischer Untersuchungen kurzfristig weitere analytische Berechnungen und andere Informationserarbeitungen und -verarbeitungen durchgeführt werden können.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Arbeiten und die weiter vorn genannte Größenordnung lassen es als zweckmäßig und unerlässlich erscheinen, die benötigte rechentechnische Basis in Gestalt einer speziellen Rechenstation zu organisieren und sie in den Bereich der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik einzuordnen.

Diese Rechenstation muß eng mit der rechentechnischen Basis der Staatlichen Plankommission koordiniert werden. Die Informationen von Rechnungsführung und Statistik bilden eines der wesentlichen Arbeitsmaterialien der Staatlichen Plankommission. Sie müssen in zunehmendem Maße direkt und unmittelbar in den Prozeß der Modellierung, Variantenberechnung und Optimierung, das heißt der wissenschaftlich fundierten, den Beschlüssen der Partei entsprechenden Planung und Bilanzierung eingehen. Das heißt aber auch, daß der Datenoutput der zentralen Rechnungsführung und Statistik in weitgehendem Maße gleichzeitig Dateninput für die Planungs- und Bilanzierungsarbeiten der Staatlichen Plankommission ist, wobei sowohl die Arbeiten der Rechnungsführung und Statistik als auch der Planung und Bilanzierung künftig nur mit Hilfe der EDV durchführbar sind. Daraus ergibt sich aber wiederum zwangsläufig, daß die benötigten Informationen nicht nur inhaltlich, sondern auch hinsichtlich der Form eng abgestimmt und koordiniert sein müssen und daß in der Konsequenz für die Arbeiten der Rechnungsführung und Statistik und der Planung und Bilanzierung derselbe Typ einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage zur Verfügung stehen muß.

Unter gegenwärtigen Bedingungen - und für eine Reihe von weiteren Jahren - ist es zweckmäßig und notwendig, eine institutionelle Trennung zwischen der rechentechnischen Basis der Planung und Bilanzierung und der Rechnungsführung und Statistik vorzunehmen; denn für die zentrale Planung und Bilanzierung muß jederzeit die genügende Kapazität für die Durchführung von Optimierungsrechnungen der verschiedenen Arten zur Verfügung stehen, während andererseits dadurch aber nicht der programmierte Prozeß der Informationserarbeitung und -verarbeitung - angefangen von der Konzentration der Angaben aus den verschiedenen Bereichen und Zweigen bis zu ihrer analytischen Verarbeitung entsprechend den Anforderungen der Partei- und Staatsführung und nach festen algorithmierten Programmen - gestört werden darf.

Wenn jedoch künftig Anlagen zur Verfügung stehen, die im time-sharing-Betrieb gestatten, daß gleichzeitig ohne gegenseitige Störung die langfristig geplanten und auch plötzlich erforderlich werdenden Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik und zentraler Planung und Bilanzierung gelöst werden können, sprechen viele Argumente für eine spätere Vereinigung der rechentechnischen Basis der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und der Staatlichen Plankommission, zumal auch für zentrale Aufgaben schrittweise bestimmte Führungsprozesse teilautomatisiert werden können. Die konkrete Entscheidung muß jedoch in Abhängigkeit von den konkreten Parametern der zur Verfügung stehenden Anlagen abhängig gemacht werden. Auf jeden Fall muß aber die Entwicklung - angefangen von der räumlichen Gestaltung - so vorgenommen werden, daß diese Entwicklungsrichtung offen bleibt, also gegebenenfalls in einigen Jahren auch realisiert werden kann.

Unabhängig von einer mehr oder weniger vollständigen Vereinheitlichung der materiell-technischen Basis von Staatlicher Zentralverwaltung für Statistik und Staatlicher Plankommission muß von vornherein so gearbeitet werden, daß der zentrale elektronische Datenspeicher sowohl für den direkten Zugriff durch die Rechenstation der Staatlichen Plankommission als auch durch die der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zur Verfügung steht.

Hinsichtlich der Koordinierung mit den Rechenstationen anderer zentraler Staatsorgane gilt im Prinzip das vorstehend Gesagte. Es kommt jedoch noch hinzu, daß es auch auf weite Sicht Illusion ist anzunehmen, daß es möglich und wenn möglich, dann zweckmäßig wäre, einen zentralen Informationsspeicher zu organisieren, der sämtlichen Führungsbedürfnissen von vierzig bis fünfzig zentralen Staatsorganen genügt; denn für die Führungsprozesse innerhalb der Staatsorgane werden zweifellos detailliertere und spezifische Angaben benötigt, die im Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Planung und Leitung in der Regel von untergeordnetem Interesse sind. Deshalb wird auf weite Sicht die Hauptlinie darin bestehen, daß eine wechselseitige Kommunikation zwischen dem zentralen Datenspeicher und den Datenspeichern einzelner zentraler Führungsbereiche gesichert wird. Dabei ist zu regeln, zu welchen Datensätzen die Bereichsspeicher Zugriff erhalten und auf welche Informationen in besonderen Fällen durch die zentrale Rechenstation zurückgegriffen werden kann.

Für die Führungsorgane von Partei und Staat in den Bezirken und die Arbeit ihrer Stabs- und Fachorgane müssen in entsprechendem Maße die Planungs- und zum Teil auch die Bilanzierungsarbeiten sowie die Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik mittels der modernen EDV durchgeführt werden. Das gilt auch voll für die Errichtung eines elektronischen Datenspeichers. Auch diese bezirklichen Informationsspeicher müssen in enger Kommunikation mit den zentralen Speichern stehen.

Im Unterschied zu der zentralen Regelung sollte in der Regel für die Bezirke unter Beachtung der überhaupt zur Verfügung stehenden rechentechnischen Basis und ihrer maximalen Auslastung eine institutionell vereinigte Rechenstation für Planung und Rechnungsführung und Statistik geschaffen werden.

Die moderne EDV revolutioniert auch Rechnungsführung und Statistik vollständig, vor allem, indem sie neuartige Arbeitsergebnisse verlangt und ermöglicht. Aus der vollständigen Überführung der zentralen Arbeiten von Rechnungsführung und Statistik auf die EDV ergeben sich unter anderem folgende Rückwirkungen auf die Arbeit von Rechnungsführung und Statistik:

Ausarbeitung, Einführung und verbindliche Durchsetzung von stabilen Systematiken und Kennzifferschlüsseln in allen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft;

einheitliche Definitionen und Bildungsgesetze für die verschiedenen Kennziffern und Begriffe;

verbindliche Festlegung zur Sicherung langfristiger Reihen von wesentlichen Informationen;

Zwang zur rationellen Gestaltung und Vereinheitlichung der Primärdokumente, die in die zentrale Informationserarbeitung und -verarbeitung unmittelbar eingehen (darunter Zurverfügungstellung von in Inhalt und Form gleichartigen Datenträgern aus den verschiedenen Betrieben, Zweigen, Bereichen und Bezirken);

Ermittlung von modellierten und algorithmierten Informationsverarbeitungs- und Auswertungsprogrammen, die alle wesentlichen Möglichkeiten für die Auswertung der Materialien

umfassen, sowie die wissenschaftlich begründete Festlegung von Kriterien, die es erlauben, automatisiert festzustellen, ob eine bestimmte Information für die Führungstätigkeit entscheidend ist und kenntlich gemacht werden muß oder als unwichtig zu übergehen ist. Die Ausarbeitung derartiger modellierter und algorithmierter Analysenprogramme wird ein Hauptzug der weiteren Arbeit von Rechnungsführung und Statistik im Zusammenhang mit der EDV sein.

Im Vordergrund der vor uns liegenden Arbeiten steht in diesem Zusammenhang die perspektivische Einschätzung des Informationsbedarfs für die zentrale Führungstätigkeit. Das kann nur gemeinsam durch die Staatliche Plankommission und die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik erfolgen. Gemeinsame Beschlüsse beider Organe sichern, daß im Jahre 1969 die Entwicklung des Informationsgrundbedarfs bis 1975 erarbeitet wird. Für die weitere Entwicklung gibt es aber noch keinen Vorlauf. Die Sicherung dieses Vorlaufs ist jedoch eine dringende Frage. Staatliche Plankommission und Staatliche Zentralverwaltung für Statistik müssen dafür künftig erhebliche Forschungskapazitäten einsetzen bzw. organisieren.

Neben der prognostischen Ermittlung des Informationsbedarfs, ausgehend von den inhaltlichen Fragen und der Qualifizierung des methodischen Instrumentariums, das heißt der Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft und der EDV, müssen auch schrittweise Erfahrungen gesammelt und Experimente dazu durchgeführt werden. Deshalb ist es auch notwendig, daß bereits auf der gegenwärtig vorhandenen materiell-technischen Basis (R 300, Ural 14) im möglichen Umfang ein elektronischer Datenspeicher für die zentralen Belange aufgebaut sowie modellierte und algorithmierte Analysenprogramme erprobt werden. Diese Arbeiten sind so zu konzipieren, daß sie bereits jetzt, insbesondere jedoch für die Ausarbeitung und Durchführung des Perspektivplanes 1971 bis 1975, in bestimmtem Maße nutzbar werden und zum anderen echte Experimente für die anzustrebenden Lösungen im Prognosezeitraum bilden. Daraus folgt, daß die durchzuführenden Arbeiten - angefangen von der Errichtung eines elektronischen Datenspeichers mit Hilfe von Magnetbändern bis zur Modellierung und Algorithmierung von Analysenprogrammen - so erfolgen müssen, daß sie zu gegebener Zeit kurzfristig auf die den zentralen Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik im ökonomischen System des Sozialismus entsprechenden großen elektronischen Datenverarbeitungsanlagen überführt werden können und so ihre schnelle rationelle Nutzung sichern.

Gedanken zum Verhältnis von Zentralismus und Demokratie in der Wirtschaftsführung der DDR

von Waltraud Falk und Jörg Roesler

Durch die Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus gelangte Marx auch für den Sozialismus zu der Feststellung "Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf".¹ Damit bestimmte er zugleich den Zweck sozialistischen Wirtschaftens: Die Realisierung der Freiheit der assoziierten Produzenten im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Letzteres faßte er in die Worte: "Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen...; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn."²

Indem Marx diesen Zweck sozialistischen Wirtschaftens dem Kapitalismus gegenüberstellte, kam er zu der Auffassung, daß Ökonomie der Zeit im Sozialismus in viel höherem Maße Gesetz wird als im Kapitalismus.³ Die geniale Weitsicht gerade dieses Aspekts der Marxschen Zielvorstellung vom Sozialismus erwies sich in besonderem Maße bei der Bestimmung der Aufgaben für den weiteren Aufbau des Sozialismus sowohl aus den inneren Entwicklungsbedingungen der sozialistischen Länder nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse als auch aus den Erfordernissen des Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab, in dem es darum geht, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen immer deutlicher zu beweisen.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde deutlich, daß allein die Vergesellschaftung der Produktionsmittel noch nicht die Realisierung des Marxschen Sozialismusbildes bedeutet, sondern daß es nunmehr darauf ankommt, die aus der Vergesellschaftung von Produktion und Aneignung entspringenden Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsführung für seine endgültige Realisierung zu nutzen.

Bei der Bestimmung der neuen Aufgaben und der Wege zu ihrer Lösung durch die marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder bewahrheitete sich eine alte Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung: Immer dann, wenn sich qualitative Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung abzeichnen und neue Probleme zu lösen sind, richten die Gegner des Sozialismus ihre Hauptangriffe gegen die wichtigsten Instrumente der Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer historischen Mission: die marxistisch-leninistische Partei und die sozialistische Staatsmacht.

1 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 89.

2 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 828.

3 Siehe derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 89.

So sehr es also notwendig ist, den Aspekt der Ökonomie der Zeit aus dem Sozialismusbild von Marx im Zusammenhang mit den neuen Aufgaben zu betonen, so sehr ist es erforderlich, zu erkennen, daß das nicht ausreicht, um das marxistisch-leninistische Sozialismusbild von den Zerrbildern imperialistischer Politologen und moderner Revisionisten abzugrenzen. Das maßgebliche Kriterium für diese Abgrenzung war und ist die Gesamtheit des sozialistischen Machtmechanismus. Es gibt auch kein anderes Instrument, das so wie der sozialistische Staat geeignet ist, die Gesamtinteressen der Produzenten zu vertreten, Reibungsverluste zu reduzieren und die optimale Entwicklung der Ökonomie zu garantieren. Nachdem die Möglichkeit entstanden ist, die sozialistische Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit auf der Grundlage der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu entwickeln, kann und muß der Staat seine planende und wirtschaftlich-organisatorische Funktion stärker und besser wahrnehmen als in den vorangegangenen Entwicklungsetappen des Sozialismus.

Bekanntlich blieb Marx auch nicht bei der Feststellung stehen, daß im Sozialismus Ökonomie der Zeit in viel höherem Maße Gesetz wird. Marx und Engels wiesen auch Wege zur Lösung dieser gesetzmäßig begründeten Aufgabenstellung. Bereits im Kommunistischen Manifest schrieben sie: "Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, ... alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren."⁴ Marx und Engels sahen ein wesentliches Merkmal der ausbeutungsfreien Gesellschaft gerade in der gemeinschaftlichen Kontrolle, der Planmäßigkeit und Organisiertheit der gesellschaftlichen Arbeit.

Die Konkretisierung dessen konnte allerdings erst im Prozeß der revolutionären Realisierung des marxistischen Sozialismusbildes erfolgen und blieb somit Lenin vorbehalten.

Als Führer des jungen Sowjetstaates bewies er theoretisch und praktisch, daß mit dem sozialistischen Staat als dem wichtigsten Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zugleich die Möglichkeit entsteht, durch bewußte, von den werktätigen Massen getragene Planung, Leitung und Organisation der Produktion eine im Vergleich zum Kapitalismus höhere Arbeitsproduktivität zu schaffen. Das ist nach Lenins bekannter Definition das Wichtigste für den Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung.⁵

Wenn Lenin bereits damals vor Illusionen in bezug auf die Größe der zu lösenden Aufgabe warnte und auf deren Kompliziertheit und Langwierigkeit hinwies, so kompliziert sie sich heute um ein Vielfaches angesichts der Notwendigkeit, durch die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution die Grundfrage "Wer - Wen?" im welthistorischen Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus zugunsten der Völker, des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu entscheiden. Das erfordert umso mehr, die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu nutzen, die unter anderem in ihrer Planmäßigkeit und Organisiertheit liegen.

Wiederholt hat Lenin - die Erkenntnisse von Marx und Engels weiterentwickelnd - darauf hingewiesen und in den einzelnen Etappen der Wirtschaftsentwicklung Sowjetrußlands konkret demonstriert, daß die zur Lösung dieser komplizierten Aufgabe notwendigen Formen und Methoden der Wirtschaftsführung nicht starr und unveränderlich, nicht irgendwelche erdachten Formen und Methoden sind, sondern solche, die durch eine den konkreten Ent-

4 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

5 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 408 f.

wicklungsbedingungen entsprechende und diese Entwicklung vorantreibende dialektische Einheit von Demokratie und Zentralismus gekennzeichnet sein müssen. Es gelang der jungen Sowjetmacht, unter Führung Lenins das Prinzip des demokratischen Zentralismus als objektive Gesetzmäßigkeit der bewußten Organisation der sozialistischen Gesellschaft und besonders ihrer Wirtschaft zu erkennen und zu begründen. Die in der Periode der Wiederherstellung der Wirtschaft nach den Jahren der Intervention und des Bürgerkrieges von der jungen Sowjetmacht gewonnene Erkenntnis vom demokratischen Zentralismus als dialektischer Einheit von Demokratie und Zentralismus erwies sich in der Folgezeit als von grundlegender Bedeutung für die Wirtschaftsführung in allen Ländern des Sozialismus. Sie wurde zum festen Bestandteil der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie.

Die Erfahrung wurde gemacht, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus am besten die notwendige einheitliche Zielstellung für die Entwicklung der ökonomischen Potenzen eines sozialistischen Landes mit einem äußerst breiten Raum für die Masseninitiative kombiniert. Harmonisch verbindet es die zentrale staatliche Planung und Leitung mit der Eigenverantwortung der Grundzellen der Wirtschaft und ermöglicht somit, die zweifelsohne auch im Sozialismus vorhandenen Teilsysteme und Einzelinteressen in das Gesamtsystem und gesellschaftliche Gesamtinteresse zu integrieren.

Kommt der Zentralismus den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte und der durch sie geborenen zunehmenden Arbeitsteilung und Kooperation nach, weil - wie Marx nachwies - alle "unmittelbar gesellschaftliche Arbeit auf größerem Maßstab ... mehr oder minder einer Direktion" bedarf, "welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen"⁶, so ermöglichen die sozialistischen Produktionsverhältnisse ihn nicht nur, sondern machen seinen Charakter zutiefst demokratisch, weil sich in ihm die gesellschaftliche Kraft des Volkes vereint und zur politischen Kraft wird. Zugleich wird damit das Erfordernis der Produktivkräfte nach Mitarbeit aller Werktätigen bei der Beherrschung und Weiterentwicklung der modernen Wirtschaft erfüllt.

Gerade in diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu betonen, daß Lenin - besonders in der Gewerkschaftsdiskussion - energisch dafür kämpfte, daß der demokratische Zentralismus nicht im Sinne eines Konkurrenzverhältnisses von staatlicher und gesellschaftlicher Lenkung zu verstehen ist. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß alle Organe und Organisationsformen - staatliche und nichtstaatliche, kollektive und nach dem Prinzip der Einzelleitung aufgebaute, zentrale und territoriale - Repräsentanten des sozialistischen Demokratismus sind. Sie sind Instrumente zur Freisetzung und bewußten Lenkung der schöpferischen Kräfte der Werktätigen, gerichtet auf die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben, damit die Massen - wie es Lenin einmal sagte - durch ihre eigenen Erfahrungen zum sozialistischen Bewußtsein gelangen. Das ist letztlich die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die notwendige Vermittlung der "Harmonie der individuellen Tätigkeiten" oder - wie es Lenin ausdrückt - die aus der maschinellen Großindustrie notwendig entspringende "unbedingte und strengste Einheit des Willens ... , der die gemeinschaftliche Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet"⁷, "an die milde Leitung eines Dirigenten erinnert."⁸

6 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 350.

7 Lenin, W. I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 259.

8 Ebenda, S. 260.

Als sich die SED Ende der vierziger Jahre im Prozeß ihrer Wandlung zu einer Partei neuen Typus zur sozialistischen Entwicklung der Sowjetunion als dem Grundmodell des Aufbaus des Sozialismus bekannte, schloß das die Anerkennung der Leninschen Lehre von der sozialistischen Wirtschaftsführung ein. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus - auf die Bedingungen der DDR schöpferisch angewandt - wurde deshalb folgerichtig von dem Augenblick an, da die objektiven Voraussetzungen für seine Durchsetzung im volkswirtschaftlichen Rahmen in Gestalt des einheitlichen Volkseigentums und eines kompetenten zentralen Wirtschaftsorgans der Arbeiter-und-Bauern-Macht - der Deutschen Wirtschaftskommission - gegeben waren, zum grundlegenden Prinzip der Organisation und Leitung der Wirtschaft der DDR. Seitdem zog sich die Verwirklichung dieses Prinzips wie ein roter Faden durch alle Maßnahmen zur Entwicklung des Systems der sozialistischen Planwirtschaft. Entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Bewußtheit der Werktätigen, dem Niveau und der Dynamik der Produktivkräfte und den Erfahrungen, die Partei und Regierung in der Führungstätigkeit sammelten, erfolgte eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Hauptprinzips der sozialistischen Wirtschaftsführung. Verfolgen wir diesen Prozeß, so gewinnen wir einen Überblick über die Entwicklung der Formen und Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR.

So waren die Formen und Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus - vor allem in der Zeit des Zweijahrplans und des ersten Fünfjahrplans - durch hochgradige Zentralisation der Entscheidungsbefugnisse und überwiegende Administration bei ihrer Durchsetzung gekennzeichnet. Das erfolgte durch

die Vorgabe einer Vielzahl und sehr detaillierter Kennziffern von seiten der zentralen Planungsorgane, die das Produktionsprogramm und den Absatz der Betriebe weitgehend regelten;

die fast ausschließliche Konzentration der Verfügungsgewalt über die betrieblichen Fonds bei den zentralen Wirtschaftsleitungen;

ein engmaschiges Netz von Verhaltensnormen, mit dessen Hilfe die zentralen Organe den Betrieben die einzelnen Schritte ihrer Wirtschaftstätigkeit vorschrieben und sie kontrollierten, um gegebenenfalls direkt einzugreifen.

Weiterhin war das damalige Planungs- und Leitungssystem durch eine nur beschränkte Anwendung ökonomischer Hebel gekennzeichnet.

Die Ursachen für diese Formen und Methoden der Planung und Leitung sind in den politischen und ökonomischen Bedingungen der ersten Phase des Sozialismus zu suchen. "In dieser Phase der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft mußte der Staat auch mit Hilfe administrativer Maßnahmen aktiv die Bedingungen dafür herausbilden, daß die ökonomischen Gesetze und Kategorien des Sozialismus die ökonomischen Gesetze und Kategorien des Kapitalismus verdrängen konnten."⁹ Sie war - insbesondere in ihrem Anfangsstadium - weiterhin charakterisiert durch einen Rückstand in der Entwicklung der Produktivkräfte infolge der Zerstörungen durch den imperialistischen Krieg und der Spaltungsmaßnahmen des Imperialismus.

Die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse verlangte zum Beispiel den anarchistischen Charakter der kapitalistischen und kleinen Warenproduktion zurückzudrängen und den einheitlichen Charakter des Volkseigentums besonders hervorzuheben. Zunächst wiesen die Betriebe des volkseigenen Sektors in der Zeit des Zweijahrplans fast noch ebenso viele Leitungsstrukturen auf, wie es ehemalige Besitzer gegeben hatte. Die arbeitsteili-

9 Ulbricht, Walter, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968, S. 32.

gen Beziehungen stammten häufig aus der Zeit der kapitalistischen Konzerne und liefen vielfach nach Westdeutschland.

Die zentralen staatlichen Organe mußten die notwendige Einheitlichkeit durch administrative Eingriffe in die Leitungsstrukturen und Kooperationsbeziehungen der Betriebe herstellen, ohne dabei auf die spezifischen Besonderheiten der Betriebe und Industriezweige im einzelnen Rücksicht nehmen zu können. Nur durch eine weitgehende Beseitigung der Selbständigkeit der Betriebe konnten die Voraussetzungen für die Zusammenfassung und zentrale Nutzung aller dem Volkseigentum innewohnenden Potenzen gewährleistet werden, um auch den subjektiven Nachweis der objektiven Überlegenheit des Volkseigentums gegenüber dem in bezug auf die Leitungserfahrungen seiner Kader erheblich besser ausgestatteten, aber zersplitterten privatkapitalistischen Sektor erbringen zu können.

Ähnlich verhielt es sich mit der beschränkten Anwendung ökonomischer Hebel, deren Funktionieren die Ausnutzung des Wertgesetzes zur Voraussetzung hat. Zu einer Zeit, da die Einschränkung des spontanen Wirkens des Wertgesetzes im kapitalistischen Sektor auf der Tagesordnung stand, war es nicht möglich, gleichzeitig die Kategorien der sozialistischen Warenproduktion zu entwickeln und in der Wirtschaftspraxis anzuwenden.

Die Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Betriebe zu beschneiden, war auch wegen der aus der damaligen Mangelwirtschaft geborenen Notwendigkeit, alle Material- und Kapazitätsreserven den zentralen Organen jederzeit verfügbar zu machen, um die häufig auftretenden Engpaßsituationen zu überwinden, erforderlich. Hinzu kam, daß infolge der Abspaltung Westdeutschlands vom deutschen Nationalverband erst die Grundlagen einer eigenständigen nationalen Volkswirtschaft der DDR geschaffen werden mußten. Das erforderte wiederum die Konzentration der Investitions- und eines großen Teils der Amortisationsmittel insbesondere auf die Schwerindustrie.

Desgleichen erforderten die noch ungenügende Qualifikation der Führungskader, besonders in der Planung, sowie die mangelnde politische Zuverlässigkeit vieler bürgerlicher Wirtschaftsfachleute, die ökonomischen Entscheidungen dort zu konzentrieren, wo die größte Gewähr bestand, daß sie im Sinne der von Partei und Regierung gestellten Ziele gefällt wurden, das heißt in den zentralen Organen des Arbeiter- und -Bauern-Staates.

Wie nicht anders zu erwarten, wählte der Revisionismus besonders diese Phase des sozialistischen Aufbaus, in der objektiv die Entscheidungsfreiheit der Betriebe eingeschränkt war und auch aufgrund mangelnder Erfahrungen eine Reihe subjektiver Fehler auftreten konnten, als Ausgangspunkt für seine Kritik des sozialistischen Planungssystems. Indem der Staatsapparat den Werktätigen entgegengesetzt wird, werden die grundlegenden Unterschiede zwischen sozialistischer und imperialistischer Staatsmacht verwischt und die neue Qualität des sozialistischen Staates als Diktatur des Proletariats, Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, als Staat des Volkes gelehnet.

Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse hat bereits in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten demokratische Rechte und Freiheiten gewährleistet, die kein kapitalistischer Staat kennt. In diesem Sinne nennt Lenin den sozialistischen Staat "millionenfach demokratischer" als den kapitalistischen, in diesem Sinne ist der Zentralismus des sozialistischen Staates zutiefst demokratisch, das heißt von vornherein demokratischer Zentralismus. Auch die zweite Seite des Prinzips des demokratischen Zentralismus, die durch die Mitwirkung aller Beteiligten an der Gestaltung des Reproduktionsprozesses gekennzeichnet ist, war bereits in der ersten Phase vorhanden. Die außerordentlich vielfältige und umfangreiche Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, deren mobilisierende Kraft für die Volkswirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, war beredter Ausdruck der Entfaltungsmöglichkeiten der Werktätigen.

Allen revisionistischen Thesen von der absoluten Gegensätzlichkeit von Zentralismus und Demokratie zum Trotz, ließ sich die Initiative der Werktätigen nicht nur mit der straffen zentralen Planung und Leitung vereinbaren, sondern ergänzte sie wesentlich, indem - zwar unter weitgehender Ausklammerung der Planaufstellung - den Betrieben und Werktätigen unter Führung der SED ein umfangreiches Betätigungsfeld auf dem Gebiet der Plandurchführung gegeben wurde, womit ein entscheidender Beitrag von "unten" zu der gleichzeitig zentral mit administrativen Methoden angestrebten Beseitigung der Mangelwirtschaft geleistet wurde.

Während sich das in den Jahren 1948/49 entwickelte und eingeführte Planungs- und Leitungssystem in den fünfziger Jahren immer mehr einspielte, begannen sich - nicht zuletzt mit Hilfe dieses Systems - eine Reihe von Veränderungen im Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse zu vollziehen, die in den sechziger Jahren - nach der Sicherung der Staatsgrenze der DDR - zu der Aufgabenstellung führten, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System, zu schaffen. Das stellte der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in vieler Hinsicht neue Aufgaben, die sich aus der Notwendigkeit ergaben, die sozialistische und wissenschaftlich-technische Revolution zu einem Prozeß zu verbinden.¹⁰

Dabei ergab sich aus der Entwicklungsdynamik der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der wachsenden Rolle der sozialistischen Staatsmacht als Macht des im Staat organisierten Volkes der DDR ebenso die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie, wie die aus der wachsenden Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation sprunghaft gestiegene Anzahl und Vielfalt der ökonomischen Beziehungen der sozialistischen Volkswirtschaft die Verantwortung der Teile und Grundzellen der Volkswirtschaft erhöhte. Der sich jetzt vollziehende Übergang von der vorwiegend extensiv zur überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion stellt sowohl an die zentralen Wirtschaftsorgane als auch an die Betriebe die Forderung, effektiv zu wirtschaften, was generell die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Regelung des betrieblichen Reproduktionsprozesses in Abhängigkeit von den Leistungen erforderlich macht.

Auf der anderen Seite wächst - im dialektischen Widerspruch zu dieser Tendenz der Dezentralisierung - aufgrund der im Gefolge der technischen Revolution zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten der einzelnen Betriebe, Zweige und Bereiche die Notwendigkeit, die Grundbeziehungen des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zentralstaatlich zu lenken und zu organisieren. Das betrifft zum Beispiel die Ausarbeitung einer wissenschaftlich begründeten Prognose der wichtigen wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Prozesse, die Entscheidung über die für das jeweilige Land günstigste Produktionsstruktur sowie die Ausarbeitung gesamtwirtschaftlicher Steuerungssysteme mit dem Ziel, die Übereinstimmung der individuellen betrieblichen und volkswirtschaftlichen Interessen auf der Grundlage eines höchstmöglichen Nationaleinkommenszuwachses herzustellen, wie überhaupt volkswirtschaftliche Faktoren in zunehmendem Maße für die Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität und volkswirtschaftlichen Effektivität ausschlaggebend werden.¹¹

Die Entwicklungstendenzen der modernen Produktivkräfte und die Entwicklungsdynamik der sozialistischen Produktionsverhältnisse stellen damit die Aufgabe, den demokratischen Charakter der Wirtschaftsführung zu vertiefen und gleichzeitig die zentrale Planung und Leitung wirksamer zu gestalten. Die objektiven Voraussetzungen für die Bewältigung des Problems

10 Ulbricht, Walter, a. a. O., S. 20.

11 Siehe Reinhold, Otto, Die Rolle des Staates im ökonomischen System des Sozialismus, in: Einheit, H. 2/1968, S. 153 ff.

sind im Sozialismus - und das ist sein entscheidender Vorzug - dadurch gegeben, daß grundsätzliche Identität der Interessen der Teilsysteme mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen als Grundlage einer richtigen gesellschaftlichen Voraussicht durch die marxistisch-leninistische Partei und ihre führende Rolle im gesellschaftlichen Leben besteht. Trotzdem erfordert die Lösung der Aufgabe, deren Kompliziertheit noch dadurch unterstrichen wird, daß die Einheit von Zentralismus und Demokratie nicht - wie in der ersten Phase - auf einzelne Bereiche, wie zum Beispiel die Produktionsplanung, beschränkt bleiben kann, sondern im ökonomischen System des Sozialismus auf dem abgestimmten Wirken aller wesentlichen Bestandteile der sozialistischen Ökonomik beruhen muß, außerordentliche Anstrengungen.

So groß die Schwierigkeiten aber auch sein mögen, dürfen sie nicht der Vorwand sein, auf die Erarbeitung der Lösungswege zu verzichten. Sie berechtigen auch nicht dazu, in die Konstruktion eines mehr oder minder spontan wirkenden Marktmechanismus auszuweichen. Diejenigen, die durch die Propagierung eines angeblichen dezentral-marktwirtschaftlichen Modells der Wirtschaftsführung im Sozialismus der Entstaatlichung der Wirtschaft das Wort reden, sollten an den Hinweis Lenins erinnert werden, daß die wirtschaftliche Rechnungsführung als alleiniger Regulator nicht geeignet ist, eine Integration der Teilsysteme zu gewährleisten, weil sie einseitige Ressortinteressen und soziale Widersprüche mit sich bringt, deren Überwindung nur durch die organische Verbindung mit Planregulatoren möglich ist.¹² Diese Leninsche Formulierung trifft in besonderem Maße auf die zweite Phase der sozialistischen Gesellschaftsformation zu, in der der weitere Ausbau der ökonomischen Funktion des Staates durch eine Kombination direkter staatlicher Planaufgaben mit den auf die wirtschaftliche Rechnungsführung einwirkenden staatlichen Steuerungsmaßnahmen, das heißt durch die Verbindung von direkter und indirekter Planung unbedingt notwendig ist, um einen möglichst reibungslosen Ablauf des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu sichern.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat mit dem Aufbau des ökonomischen Systems des Sozialismus diese objektiv vor allen sozialistischen Ländern stehende Aufgabe zielstrebig in Angriff genommen und bei der Weiterentwicklung des demokratischen Zentralismus neue, den Erfordernissen der sozialistischen Produktionsverhältnisse und modernen Produktivkräfte entsprechende Lösungen gefunden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den im "Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die weiteren Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus" (April 1968) für die Jahre 1969 und 1970 festgelegten Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Planungs- und Leitungssystems zu. Dort heißt es bezüglich des Verhältnisses von Demokratie und Zentralismus: "Die Rolle und der Wirkungsgrad der zentralen staatlichen Planung und Leitung in den Grundfragen der Strukturentwicklung und der Effektivität der Volkswirtschaft bei gleichzeitiger Sicherung der Proportionalität ist zu verstärken ... In Verbindung mit der Stärkung der Rolle und des Wirkungsgrades der zentralen staatlichen Planung und Leitung ... ist die Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate weiterzuentwickeln."¹³

Die für 1969/70 angestrebte Profilierung des Zentralismus stellt den zentralen Staatsorganen die Aufgabe, sich auf die langfristige Planung der volkswirtschaftlich strukturbe-

12 Siehe Lenin, W. I., Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 170 f.

13 Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, Materialien der 8. Sitzung des Staatsrates der DDR v. 22. 4. 1968, in: Schriftenreihe des Staatsrates, H. 3/1968, S. 9 u. 11.

stimmenden Erzeugnisse, Verfahren und Technologien zu konzentrieren und somit den Perspektivplan zum Hauptsteuerinstrument des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu entwickeln.

Gleichzeitig erhöhen sich die Rechte der Betriebe und Kombinate durch die vorgesehene konsequente Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel und die eigenverantwortliche, komplexe Planung. Die durch diese Maßnahmen erzielte Vertiefung des demokratischen Charakters der Wirtschaftsführung bliebe unvollständig, wenn es nicht gelänge, die größeren Rechte der Betriebe mit einer noch stärkeren Einbeziehung der Werktätigen in die Gestaltung des Reproduktionsprozesses zu verbinden. Dies erfordert zusätzliche Anstrengungen der Wirtschaftsfunktionäre sowie der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Betriebe, da kein Automatismus besteht, der eine höhere Eigenverantwortung der Betriebe sofort in stärkere Mitarbeit der Werktätigen umsetzen würde. Deshalb verlangt der Staatsratsbeschuß, "daß die Wahrnehmung der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten in voller Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Gesamtinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen erfolgt."¹⁴

Die beiden im Staatsratsbeschuß zum Ausdruck kommenden Tendenzen der Realisierung des demokratischen Zentralismus - Stärkung der zentralen Planung auf der einen und Erhöhung der Eigenverantwortung der Betriebe auf der anderen Seite - laufen nicht nebeneinander her, dürfen nicht als Ausbalanzierung einander entgegengesetzt wirkender Kräfte verstanden werden, sondern bedingen einander, sind Ausdruck des Systemcharakters der beschlossenen Maßnahmen.

So würde die in Zusammenhang mit der Vereinfachung der Jahresplanung festgelegte Verringerung der zentral vorzulegenden Kennziffern und der von den Betrieben einzureichenden Planunterlagen zu Widersprüchen zwischen betrieblichen Vorstellungen von der Produktionsstruktur und dem optimalen Beitrag des einzelnen Betriebes zur volkswirtschaftlichen Produktion aus gesamtgesellschaftlicher Sicht führen, wenn nicht durch verbindliche staatliche Normative wie der Produktionsfondsabgabe, der Amortisationsverwendung, der Nettogewinnabführung an den Staat und der Bildung von Betriebsprämienfonds die zentralen Organe Rahmenbedingungen¹⁵ setzen würden, auf deren Grundlage die betrieblichen Zielstellungen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung gebracht werden können.

Andererseits wäre der weitgehende "Rückzug" der zentralen Organe aus der Jahresplanung und ihre Konzentration auf die Ausarbeitung von Strukturentscheidungen mit Hilfe von Prognosen und Perspektivplänen äußerst problematisch, wenn die Betriebe nicht die notwendigen juristischen, finanziellen und materiellen Voraussetzungen für eine eigenverantwortliche komplexe Planung erhalten hätten.

Vergleicht man die durch eigenverantwortliche Planung und Eigenerwirtschaftung der Mittel charakterisierte Stellung der Betriebe, wie sie sich im Staatsratsdokument manifestiert, mit den Verhältnissen Anfang der fünfziger Jahre, als die Betriebe so gut wie keinen Einfluß auf die Verwendung ihrer Fonds und nur ein sehr bescheidenes Mitspracherecht bei der Ausarbeitung der Pläne hatten, und erinnert man sich weiter daran, daß die zentralen wirtschaftsleitenden Organe damals tief in Detailproblemen der Jahresplanung verstrickt waren, während sie sich heute auf die Erarbeitung von Strukturentscheidungen für das nächste Jahr

14 Ebenda, S. 9.

15 "Darüberhinaus werden Rahmenbedingungen für die betriebliche Planung gesetzt durch solche wirtschaftspolitischen Festlegungen des Staates wie die Kreditbedingungen und Zinssätze, die Tarife und Festlegungen des Lohnsystems, die staatliche Verlustwirtschaft, die staatlichen Preisfestlegungen usw. Richtlinien für die Preisbildung und die planmäßige Preisentwicklung." (Ebenda, S. 94.)

zehnt konzentrieren können, dann wird der gewaltige, bei der Realisierung des demokratischen Zentralismus in den letzten anderthalb Jahrzehnten erreichte Fortschritt auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung deutlich sichtbar.

Eine nähere Untersuchung läßt uns erkennen, daß zwischen dem hochgradig zentralisierten und überwiegend administrativen System der Wirtschaftsführung, wie es im ersten Nachkriegsjahrzehnt geschaffen wurde, und dem heutigen Planungs- und Leitungssystem eine sogenannte Übergangsetappe liegt, die etwa 1955 begann und bis zur Einführung des ökonomischen Systems als Ganzes reicht. Sie ist für die Beurteilung des augenblicklich erreichten Standes und der Probleme der Wirtschaftsführung von großem Interesse und verdient deshalb für den Wirtschaftshistoriker die besondere Aufmerksamkeit.

Diese Übergangsetappe darf natürlich nicht vereinfacht als Prozeß des schrittweisen Abgehens von der bisherigen Form der Wirtschaftsführung und der stetigen Zunahme neuer Elemente in der Planungs- und Leitungstätigkeit betrachtet werden. Es lösen sich vielmehr Perioden des raschen Fortschritts der Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaftsführung mit Zeiträumen geringerer Intensität ab, in denen andere Aufgaben im Vordergrund standen, wie zum Beispiel die Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft oder die Beseitigung der Störanfälligkeit der Wirtschaft der DDR vom westdeutschen Imperialismus.

Als wichtige Schritte auf dem Wege zum modernen Planungs- und Leitungssystem können die in Auswertung der 21. Tagung des ZK der SED (November 1954) beschlossenen Maßnahmen zur Vereinfachung der Planung und zur Erhöhung der Verantwortung der Betriebe bei der Verwendung der betrieblichen Fonds, das im Ergebnis besonders des 32. Plenums des ZK der SED (Juli 1957) erlassene Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates, die auf der Grundlage der Beschlüsse des VI. Parteitages der SED (Januar 1963) und der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR (Juni 1963) erfolgte Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, die im Ergebnis der 11. Tagung des ZK der SED (Dezember 1965) beschlossenen Maßnahmen zur Durchführung der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems und die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED (April 1967) hervorgehoben werden. Dabei muß es Aufgabe späterer wirtschaftshistorischer Forschungen sein, die spezifische Bedeutung der aufgeführten Beschlüsse für die Entstehung des ökonomischen Systems des Sozialismus herauszuarbeiten.

Die Übergangsetappe ist hinsichtlich der weiteren Verwirklichung des demokratischen Zentralismus gekennzeichnet durch eine zunächst auf einige, aber wichtige Bereiche beschränkte Durchbrechung des alten Systems der Wirtschaftsleitung und das zeitweilige und keineswegs immer harmonische Nebeneinander "fortschrittlicher" und "traditioneller" Methoden der Wirtschaftsführung. Bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hatte sich immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß es nicht genügt, alte Formen und Methoden der Planung und Leitung durch neue zu ersetzen. Die ungenügende Effektivität aller bis dahin eingeführten Maßnahmen zur Entwicklung des Planungs- und Leitungssystems war vor allem auf eine mangelnde Koordinierung der einzelnen Reorganisationsmaßnahmen zurückzuführen. Besonders deutlich trat das bei der zunehmenden Anwendung ökonomischer Hebel in Erscheinung, die sich in ihrer Wirksamkeit vielfach gegenseitig behinderten und zum Teil sogar aufhoben. In der weiteren Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftsführung wurde daher durch die Parteiführung die komplexe Behandlung der Planungs- und Leitungsprobleme mehr und mehr in den Vordergrund gerückt. Folgerichtig wurden die Maßnahmen zur effektiveren Gestaltung der Planung und Leitung seit 1963 unter dem Begriff neues ökonomisches System der Planung und Leitung zusammengefaßt, wobei die SED die Notwendigkeit des komplexen Herangehens an die Wirtschaftsaufgaben nicht zufällig gerade anhand des "Systems ökonomischer Hebel" besonders eingehend darlegte. Nunmehr waren auch die Voraussetzungen für die Systemwirkung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus vorhanden.

Systematisch wurden seit dieser Zeit durch die Umwandlung der VVB von Verwaltungsorganen zu auf Basis der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden ökonomischen Führungszentren, die Erhöhung der Rechte der VEB bei der Planung und der Verfügung über die betrieblichen Fonds, durch Industriepreisreform und Grundmittelumbewertung sowie durch die Erhöhung der Rolle der Perspektivplanung und der Planung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Voraussetzungen geschaffen, um von der Steuerung sachlich bzw. zeitlich (Jahresfrist) begrenzter Abschnitte des Reproduktionsprozesses zur Steuerung und Regelung des vollständigen Kreislaufes der erweiterten Reproduktion überzugehen. Gemäß dem Staatsratsbeschuß vom April 1968 wird in den Jahren 1969 und 1970 das ökonomische System in wesentlichen Teilbereichen bzw. Teilsystemen der Volkswirtschaft bereits als Ganzes angewendet. In weiteren Bereichen sollen durch Übergangsregelungen Erfahrungen gesammelt werden, so daß mit dem Perspektivplan 1971 bis 1975 endgültig an die Stelle der für die Übergangsetappe üblichen Teilmaßnahmen und Teillösungen die komplexe Anwendung des ökonomischen Systems tritt.¹⁶ Besondere Aufmerksamkeit wird deshalb in Vorbereitung des Perspektivplanes während der Jahre 1969/70 denjenigen Bereichen der Wirtschaftsführung gewidmet, die bisher noch nicht in das ökonomische System integriert werden konnten, wie den Fragen der Neugestaltung des Wirtschaftsrechtes, der Bilanzverantwortlichkeit, der Beteiligung der Betriebe am Außenhandelsgewinn bzw. Außenhandelsverlust auf der Grundlage des einheitlichen Betriebsergebnisses. Dem gleichen Ziel dient die Bildung eines Fonds Technik bei den Betrieben auf der Grundlage selbst erwirtschafteter Mittel sowie die unmittelbare Wirksamkeit von Kostensenkungen und Gewinnerhöhungen auf den Umfang der Fonds für die erweiterte Reproduktion des Betriebes.¹⁷

Es zeigt sich also, daß die praktischen Erfahrungen und deren theoretische Verallgemeinerung seit der Mitte der fünfziger Jahre für die Weiterentwicklung des Planungs- und Leitungssystems eine große Rolle gespielt haben und eine wesentliche Ursache für die erfolgreiche Bewältigung der sich aus dem Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und dem Niveau und der Dynamik der Produktivkräfte ergebenden objektiven Erfordernisse sind.

Allerdings darf die Bedeutung des Erfahrungsschatzes nicht überbewertet werden. Die damaligen positiven Erfahrungen wurden unter ganz bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen gemacht, die sich in vieler Hinsicht von der heutigen Situation unterscheiden, wodurch ihre effektive Anwendbarkeit erheblich eingeschränkt wird.

So ließen sich die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gewonnenen Erkenntnisse von der optimalen Verteilung der auszuarbeitenden Plankennziffern zwischen den wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben in den sechziger Jahren nur noch sehr beschränkt anwenden, da in Anpassung an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution an Stelle der damals üblichen quantitativen Kennziffern in immer stärkerem Maße qualitative Kennziffern getreten waren, die in vieler Hinsicht eine andere Problematik mit sich brachten.

Ein weiteres Beispiel: Je mehr diejenigen Planteile, die die Entwicklung von Wissenschaft und Technik betrafen, den detaillierten Produktionsplan zurückdrängten, desto mehr verloren die bei der Aufstellung der Produktionspläne in den fünfziger Jahren gesammelten positiven Erfahrungen an Bedeutung.

Ähnliches zeigte sich auf dem Gebiet der ökonomischen Hebel. Die mit dem Direktorfonds bzw. Betriebsprämienfonds in den fünfziger Jahren gesammelten Erkenntnisse betrafen die

16 Ebenda, S. 57.

17 Ebenda, S. 53 u. 69.

Stimulierung der Ausführung zentraler Pläne und konnten nur bedingt für die in den sechziger Jahren notwendige Entwicklung ökonomischer Hebel zur Ausarbeitung optimaler Pläne herangezogen werden.

Desgleichen werden mit der für 1969/70 konzipierten Verlagerung des Schwerpunktes der Planungsarbeit von der Jahres- auf die Perspektivplanung und der unmittelbaren Ableitung der Jahrespläne aus dem Perspektivplan die in den letzten fünfzehn Jahren gesammelten Erfahrungen über den Ablauf der Planaufstellung entwertet, da sie auf einer weitgehenden planmethodischen Trennung zwischen Jahres- und Perspektivplan beruhen.

So muß der einmal gewonnene Erfahrungsschatz ständig überprüft werden, soll er zur Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie beitragen.

Aber auch in anderer Hinsicht sind vereinfachende Vorstellungen von den Problemen einer kontinuierlichen, die Erfahrungen der Wirtschaftsleitung vergangener Jahre verarbeitenden Wirtschaftspolitik fehl am Platze. Je umfangreicher und komplizierter die sozialistische Volkswirtschaft wird, je mehr durch die wachsenden Kooperationsbeziehungen die gegenseitige Abhängigkeit der Betriebe, Zweige und Bereiche zunimmt, desto höhere Anforderungen werden an die Wirtschaftsleitung gestellt, deren Aufgabe es ist, die verschiedenen Teilsysteme zu einem harmonischen Ganzen zu verbinden.

War es für die Verwirklichung des demokratischen Zentralismus Anfang der fünfziger Jahre nur notwendig, zentrale staatliche Leitung und Masseninitiative bei der Ausführung der Pläne zu verbinden, so erforderte die Herstellung der Einheit von Demokratie und Zentralismus seit der Mitte der fünfziger Jahre bereits eine genaue Abgrenzung der Rechte und Pflichten der zentralen wirtschaftsleitenden Organe und der Betriebe bei der Aufstellung des Produktionsplanes. Am Ende des Jahrzehnts mußten in die Maßnahmen zur Realisierung des demokratischen Zentralismus bereits weitere Planteile, wie Arbeitskräfte, Investitionen, Neue Technik, einbezogen werden, während in den sechziger Jahren eine Lösung des Problems ohne den Aufbau eines Systems ökonomischer Hebel nicht mehr möglich ist. Und so kann die Reihe fortgesetzt werden bis zu der 1969/70 notwendig werdenden neuerlichen Abgrenzung der Rechte und Pflichten der zentralen Organe und Betriebe auf dem Gebiet der Perspektivplanung als Folge der Entwicklung des Perspektivplanes zum Hauptsteuerungselement.

Der Aufwand zur Verwirklichung des demokratischen Zentralismus stieg aber nicht nur linear, indem immer neue Teilbereiche in den Prozeß der Herstellung der Einheit von Zentralismus und Demokratie einbezogen werden mußten, er wuchs erheblich schneller, weil mit der Einbeziehung neuer Teilsysteme die Zahl der zu berücksichtigenden wechselseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen Faktoren des Planungs- und Leitungssystems progressiv anstieg.

So erwies es sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nicht nur als notwendig, den Betrieben über den Bereich der Produktionsplanung hinaus größere Rechte einzuräumen, sondern die Rechte mußten mit den bereits für den Produktionsplan festgelegten Befugnissen in Übereinstimmung gebracht werden, da sich herausstellte, daß einerseits eine Reihe von Hauptverwaltungen geneigt war, die Entscheidungsbefugnisse der Betriebe insgesamt auf das Niveau ihrer Rechte im Bereich der Planausarbeitung zu drücken, wo der Betrieb die geringsten Befugnisse besaß, während andererseits ein Teil der Betriebe der von ihnen geforderten eigenverantwortlichen Initiative aus dem Weg ging, indem indirekt, über einen weniger dezentralisierten Planteil die Weisungen von oben wie gewohnt angefordert werden konnten. Das Ergebnis war eine Verzerrung des Verhältnisses von Zentralismus und Demokratie, die nur durch die Festlegung der Abgrenzung der Rechte zwischen Betrieben und zentralen Wirtschaftsorganen auf der Grundlage einer komplexen Analyse der Beziehungen und Rückwirkungen zwischen den einzelnen Planteilen behoben werden konnte.

Ähnliche Probleme ergaben sich 1967, als die Betriebe ihre Entscheidungsbefugnisse bei der Gestaltung des Perspektivplanes nur sehr unzureichend wahrnehmen konnten, weil ihnen die durch die Planmethodik vorgeschriebene Art und Weise der Wahrnehmung ihrer Rechte bei der Jahresplanung (Mehrphasenplanung) dazu keine Zeit ließ,¹⁸

Noch auf der Staatsratssitzung vom April 1968 mußte auf eine grobe Verletzung der im Statut der volkseigenen Betriebe festgelegten Eigenverantwortung hingewiesen werden, die dadurch zustande kam, daß die übergeordneten Organe die aus früheren Jahren stammenden Festlegungen über die Bilanzverantwortlichkeit als rechtliche Grundlage für das Hineinregieren in betriebliche Belange nutzten.

Aus diesen Bemerkungen geht hervor, daß eine Lösung der immer komplexer und komplizierter werdenden Aufgaben der Wirtschaftsführung mit den Hilfsmitteln und Instrumentarien der fünfziger Jahre nicht mehr möglich ist, sondern die Anwendung moderner Methoden der Führung und Organisation, wie sie unter anderem in Gestalt der elektronischen Datenverarbeitung, der Netzwerktechnik, ökonomischer Modelle und weiterer aus der Kybernetik und Operationsforschung abgeleiteter Instrumente entwickelt worden sind, erforderlich werden. Darauf wurde auf der 8. Staatsratssitzung noch einmal ganz deutlich Bezug genommen.¹⁹

Schlußfolgernd kann festgestellt werden, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre durch eine Zunahme der Qualifizierung des Zentralismus und die ständige Vertiefung seines demokratischen Charakters eine zielgerichtete Weiterentwicklung entsprechend den Etappen des sozialistischen Aufbaus in der DDR erfahren hat. Im Verlaufe dieses Prozesses hat sich die wechselseitige Durchdringung von Zentralismus und Demokratie verstärkt und im Zusammenhang mit dem zunehmenden Systemcharakter der Planung und Leitung unter ständig komplizierter werdenden Bedingungen immer größere Bereiche der Wirtschaftsführung erfaßt.

18 Ebenda, S. 50.

19 Ebenda, S. 46.

Varianten des preußischen Weges

von Gerhard Heitz

Im wirtschaftsgeschichtlichen Werk Jürgen Kuczynskis nehmen die vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen umfangmäßig einen relativ geringen Raum ein; er beschäftigte sich mit ihnen hauptsächlich in den ersten Jahren seiner Tätigkeit als Hochschullehrer und Forscher in der DDR, als er die großen Linien wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklung herausarbeitete, ehe dann eine ständig größer werdende Zahl von Mitarbeitern und Schülern sich der Lösung vieler Einzelprobleme widmete.

Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus allerdings ist mehrfach und umfassend als eine Problematik behandelt worden, der in den großen Publikationen zur Geschichte der Lage der Arbeiter keineswegs nur die Rolle einführender Abschnitte zugeordnet war; vielmehr wurden sie direkter Bestandteil, so daß die ursprüngliche Akkumulation, die industrielle Revolution, der nationale Markt, die Herausbildung der Arbeiterklasse und andere Fragen in ihrer historischen, allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit deutlich und die nationalen und regionalen Besonderheiten dabei mehr und mehr quellenmäßig erfaßt und sichtbar gemacht werden konnten.

Dazu gehört die Erforschung des Frühkapitalismus, der ökonomischen Grundlagen der frühbürgerlichen Revolution, ehe noch deren politische und ideologische Probleme eines der Hauptanliegen der Geschichtswissenschaft der DDR wurden; dazu gehören die Manufakturperiode und als zentrales Problem des 19. Jahrhunderts der preußische Weg der Entwicklung des Kapitalismus.

Im vorliegenden Beitrag soll versucht werden, auf der Grundlage dreier soeben gedruckter Arbeiten Probleme der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem preußischen Wege vergleichend darzulegen und dazu auch noch andere Literatur heranzuziehen, gleichsam als eine Art Zwischenbilanz. Es handelt sich um die Arbeiten von Georg Moll über Mecklenburg, Hartmut Harnisch über Brandenburg und von Reiner Groß über Sachsen.¹ Befassen wir uns zunächst mit den Arbeiten insgesamt, mit ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden.

1 Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg). Zum preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, in: Veröffentlichungen des Staatsarchivs Schwerin, Bd. 6, Rostock 1968; Groß, Reiner, Die bürgerlichen Agrarreformen in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Untersuchungen zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Landwirtschaft, in: Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden, Bd. 8, Weimar 1968; Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, in: Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 6, Weimar 1968.

Gemeinsam ist den drei Arbeiten, daß sie im Rahmen eines Programms entstanden sind, das der Weiterführung der Forschungen zum Spätféudalismus diene und den unter dem Stichwort der "Bauernbefreiung" seit Jahrzehnten in großer Zahl vorliegenden Untersuchungen bürgerlicher Autoren eine marxistisch-leninistische Analyse entgegenstellen sollte. Diese Arbeiten entstanden unter dem unmittelbaren Eindruck der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, die, 1960 zum Siege gelangt, seitdem in einer auch international viel beachteten Weise zum Teilsystem des Sozialismus gestaltet worden ist.² Der Aspekt, Zeuge der endgültigen Bauernbefreiung in der DDR zu sein, wie auch die Überzeugung, daß die historischen Stufen dieser Entwicklung noch genauer erforscht werden müssen, hat die Autoren zu intensiver Arbeit geführt.

Ein zweiter gemeinsamer Aspekt ist die Quellenbenutzung. Die Arbeiten geben, auf der Grundlage eines umfangreichen primären Quellenmaterials, historische Analysen aus betont wirtschaftsgeschichtlicher Sicht. Ein bisher weitgehend unbekanntes bzw. unbenutztes Aktenmaterial wurde verarbeitet, das durch die planmäßige Arbeit der staatlichen Archive der DDR bereitgestellt werden konnte.³

Ein dritter gemeinsamer Aspekt schließlich ist das methodische Herangehen. Zwar bestehen bezüglich der Anwendung des historischen Materialismus einige Unterschiede - so ist zum Beispiel die Arbeit von Moll eindeutiger auf die Herausarbeitung theoretischer Grundlagen gerichtet und in der Arbeit von Groß könnte an einigen Stellen die historisch-materialistische Fundierung noch deutlicher sein -, aber es war das gemeinsame Anliegen der drei Autoren, in ihren Untersuchungen den Verlauf und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Umgestaltung der Landwirtschaft darzulegen, und zwar als Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte und zur Geschichte des deutschen Volkes.

Diesen Gemeinsamkeiten stehen Unterschiede gegenüber, zunächst bezüglich der Konzeption und der chronologischen Anlage. Harnisch legte einen Längsschnitt der Entwicklung der Herrschaft Boitzenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert vor und fügte dem Dissertationsmanuskript für den Druck ein neues Kapitel über die Auflösung der Gutsherrschaft hinzu. Dagegen bildete für Groß der Spätféudalismus das einleitende Kapitel, während die Agrarreform des 19. Jahrhunderts sein eigentliches Hauptanliegen war. Moll schließlich ging von den Vorarbeiten zur Geschichte der Gutsherrschaft und zweiten Leibeigenschaft in Mecklenburg aus, ohne sie erneut zu referieren, und setzte, inhaltlich allerdings in voller Übereinstimmung mit diesen Ergebnissen, mit einer umfangreichen theoretischen Erörterung ein, ehe er die Untersuchung begann. Schließlich ergeben sich die Unterschiede aus Geschichte und Struktur der behandelten Territorien. Beim Übergang vom Féudalismus zum Kapitalismus war die Mark Brandenburg Kern und Teil des brandenburgisch-preußischen Staates, Sachsen war ein selbständiger, teils ständisch, teils absolutistisch regierter Féudalstaat, Mecklenburg war ein ausgeprägter Ständestaat ohne partikuläre Zentralgewalt. Das Bürgertum der drei Länder war sehr unterschiedlich entwickelt, wobei ein deutlich erkennbares Gefälle des Entwicklungsstandes vom gewerbereichen Sachsen über Brandenburg nach Mecklenburg führte, ein Gefälle, das in spätféudaler Zeit auch durch die natürlichen Produktivkräfte und ihre Ausnutzbarkeit beeinflusst worden ist.⁴

2 Grüneberg, Gerhard, u. a., Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1965.

3 Huth, Heinz, Die Aufgaben des Archivwesens im sozialistischen Staat deutscher Nation, in: Archivmitteilungen, 19. Jg. 1969, H. 1, S. 1 ff.

4 Ein Versuch, die Entwicklung dieser drei Territorien im Spätféudalismus unter speziellen Gesichtspunkten vergleichend zu betrachten, bei Heitz, Gerhard, Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa, in: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Zum XII. Internationalen Hi-

Georg Moll (im folgenden: GM mit Seitenzahl) schuf sich zunächst eine stabile theoretische Ausgangsposition, die es ermöglichte, "eine auf die grundsätzlichen Probleme gerichtete Fragestellung an das für die einzelnen Territorien vorliegende Material" (GM, S. 10) heranzutragen. Wichtigstes Ergebnis dieses Abschnitts war die Herausarbeitung eines gegenüber der bisherigen marxistischen Literatur weiter differenzierten Bildes vom Formenreichtum des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus der Übergangsphase, die wir verallgemeinernd mit Lenin als den preußischen Weg bezeichnen.⁵ War schon vorher in der Diskussion klargestellt worden, daß der preußische Weg keineswegs auf Ostelbien beschränkt werden dürfe, agrargeschichtlich gesprochen, also nicht an die Existenz des feudalherrlichen Eigenbetriebs, bzw. dessen Größe oder Verbreitung gebunden war, sondern vom Klassenverhältnis her gesehen werden muß, so konnte Moll jetzt, ohne die notwendige terminologische Präzisierung zu verletzen, auch vom "ritterschaftlich-mecklenburgischen Weg" (S. 159), von der mecklenburgischen Variante des preußischen Weges oder vom preußischen Weg im engeren Sinne (als dem Entwicklungsprozeß in Brandenburg bzw. in den ostelbischen Provinzen Preußens) sprechen (GM, S. 57).

Es wurde mithin unterstrichen, daß auch die Entwicklung in anderen Territorien Deutschlands, also auch, um vorweg einen Blick auf die Arbeit von Groß zu werfen, in Sachsen, dem Typus des preußischen Weges zuzuordnen sei.

Moll entwickelt diese Gedanken überzeugend in ständiger Orientierung auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus und unter Heranziehung der marxistischen Literatur. Offensiv ist seine Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Literatur älterer und neuerer Erscheinungsjahre und die Herausarbeitung des Begriffs der "kapitalistischen Bauernbefreiung" (GM, S. 15 ff.). Der Abschnitt des Buches, in dem die Grundzüge der kapitalistischen Bauernbefreiung im ritterschaftlichen Mecklenburg (GM, S. 34 ff.) auf knapp dreißig Seiten geschildert werden, ist sehr instruktiv. Er zeigt, daß die Auseinandersetzungen zwischen Landesherren und Landesregierung einerseits und Ständen (das heißt vornehmlich Junkern) andererseits nur eine Fortsetzung der Kämpfe des 17. und 18. Jahrhunderts waren; noch klarer als bei der preußischen Agrargesetzgebung wird hier in Mecklenburg deutlich, daß sich der durch die gescheiterte bürgerlich-demokratische Revolution möglich gewordene jeweilige Rückgriff auf Argumente und gesetzliche Grundlagen des Spätfudalismus bzw. auf tatsächlich in harter Klassenausinandersetzung entstandene Tatsachen (Bauernlegen) stets und ständig und trotz zäher Abwehr der Bauern zugunsten der herrschenden Junker gestaltete. Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde somit eine agrarreformerische Entwicklung gestaltet, die überaus reaktionär und extrem bauernfeindlich war, mehr noch als die Vorgänge in den preußischen Ostprovinzen.

Dieser Abschnitt ist noch aus zwei anderen Gründen hervorzuheben. Moll kommt praktisch auf der Grundlage der gesamten zur Verfügung stehenden Literatur zu einer Zusammenfassung, die einigen Bestand haben wird, da ihr ein gleichzeitiges Studium der Quellen zugrunde liegt. Es war nämlich die ursprüngliche Absicht (um nicht zu sagen der Auftrag) des Verfassers, den Prozeß der kapitalistischen Bauernbefreiung für den gesamten ritterschaftlichen Bereich zu analysieren, weil einerseits das Domanium bereits hinreichend untersucht, andererseits ein nahtloser Anschluß an die Behandlung der ritterschaftlichen Gebiete vor 1800 möglich und wünschenswert schien. Dabei allerdings zeigte sich, daß dies quellenmäßig weder umfassend noch partiell möglich war (daher dann die Konzentration auf das Klosteramt Dobbertin); es zeigten sich doch immerhin so viele Einzelquellen, daß sich die von

5 Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, Berlin 1952. Historikerkongreß in Wien 1965, Berlin 1965, sowie in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG) 1965, Sonderh., S. 71 ff., u. in: Comité International des Sciences Historiques, Bd. 5, Akten, Wien (1968), S. 703 ff.

der bürgerlichen Geschichtsforschung gezeichneten Linien bereits als unvollkommen erwiesen. Anhand der kritischen Behandlung der Standarddarstellung von Gerhard Vogdt⁶, die bisher allgemein als gute Zusammenfassung galt, macht Moll zugleich klar, daß die marxistische Geschichtswissenschaft selbst in solchen zuverlässig erscheinenden Fällen gut beraten ist, nicht nur die methodologischen Unzulänglichkeiten aufzuzeigen (zumal Vogdts bauernfreundliche Grundkonzeption unsere Zustimmung findet), sondern immer auch die tatsächliche Quellenbenutzung mit der archivalisch möglichen zu konfrontieren (das Ergebnis vgl. GM, S. 47 mit Anm. 212). Der Kern der Arbeit von Moll, die Behandlung der Voraussetzungen und des Verlaufs der kapitalistischen Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin sowie die Ergebnisse der Regulierung der Klosterbauern, ist eine hinsichtlich des Materials, der Methode und des Ergebnisses überzeugende Analyse. Sie betrifft einen kleinen Ausschnitt der mecklenburgischen Agrargeschichte, dessen quellenmäßige Überlieferung besonders gut zu fassen ist, weil sich die Interessen von Landesherren und Landesregierung und des Adels genügend scharf gegenüberstanden, um detaillierte Spuren zu hinterlassen, das heißt umfangreiche Akten zu produzieren. Die mecklenburgische Variante (GM, S. 57) konnte deshalb so klar herausgearbeitet werden, weil wir es, im Gegensatz zu den normalen ritterschaftlichen Ämtern, in Dobbertin mit einer Bauernschaft zu tun haben, die den Prozeß der Bauernbefreiung unter härtesten Bedingungen überstanden hat. Unter den dabei behandelten Problemen, wie Regulierung, Landraub, Verlegung, Abgaben und Einnahmen, Pachthöfe, nimmt der Abschnitt über die ökonomische Qualität der Erbpacht eine zentrale Stellung ein (GM, S. 135); dieser Problematik werden wir uns später zuwenden.

Für die vergleichende Analyse bieten sich, was die Reihenfolge angeht, die Ergebnisse sowohl von Groß wie auch von Harnisch an. Wenn wir dabei nicht mit der Arbeit von Harnisch beginnen, obwohl sie regional und bezüglich der klassenmäßigen Problematik unmittelbar benachbart ist, sondern uns den bei Groß behandelten Problemen zuwenden, so geschieht dies, um zunächst am deutlich erkennbaren Gegensatz anzuknüpfen.

Groß (im folgenden: RG mit Seitenzahl) gliedert seine Darstellung in drei große Kapitel. Nach der Einleitung werden behandelt: 1. Die Vorbereitung der bürgerlichen Agrarreformen (sozialökonomische Verhältnisse am Ende des 18. Jahrhunderts; ökonomische Notwendigkeit der Reform; Haltung der Regierung und der Stände sowie der "öffentlichen Meinung" zur Reform); 2. Die Agrarreformgesetzgebung und 3. Die Verwirklichung der Agrarreformmaßnahmen (Grundentlastung; Landrentenbank). Auch Groß bezieht (Einleitung S. 18 ff.) eine theoretische Position, mit der er die Einschätzung seines Gegenstandes als einer bürgerlichen Agrarreform begründet. Man wird dieser Einschätzung im Prinzip zustimmen können, doch ist die Herausarbeitung der theoretischen Position nicht voll überzeugend. Obwohl dabei (RG, S. 21 ff.) der sozialökonomische Inhalt der Reform treffend als Sonderform des preußischen Weges erkannt worden ist, zeigen sich doch auch noch Reste einer Auffassung, die glaubt, in der Existenz und historischen Wirksamkeit eines kräftigen, zahlenmäßig bedeutenden Bauertums Merkmale des amerikanischen Weges erblicken zu können, obwohl die marxistischen Arbeiten des letzten Jahrzehnts, insbesondere sei für die DDR Jan Šolta⁷ genannt, hier eigentlich Klarheit geschaffen haben sollten. Eine der Quellen für diese Einschätzung erkennt man (RG, S. 25), wenn Groß schreibt: "Die Agrarverhältnisse Deutschlands sind in der Zeit vom 16. bis zum beginnenden 19. Jahrhundert durch das Bestehen voneinander abweichender Agrarverfassungstypen gekennzeichnet, in denen die unterschied-

6 Vogdt, Gerhard, Die Bauernbefreiung in Mecklenburg, Würzburg 1937.

7 Šolta, Jan, Die Ertragsentwicklung in der Landwirtschaft des Klosters Marienstern. Zur Entwicklung der Getreideerträge unter den Bedingungen des preußischen Weges der bürgerlichen Agrarrevolution, Bautzen 1958 = Schriftenreihe des Instituts für Sorbische Volksforschung, Bd. 7.

lichen Entwicklungsstufen der feudalen Produktionsverhältnisse zum Ausdruck kamen." Grundherrschaft und Gutsherrschaft - denn diese sind gemeint, wenn von Agrarverfassungstypen die Rede ist - sind aber gerade nicht unterschiedliche Entwicklungsstufen und schon gar nicht wächst, wie man hier folgern könnte, die Gutsherrschaft aus der Grundherrschaft gesetzmäßig heraus. Nach dieser Auffassung, konsequent zu Ende gedacht, müßte die Gutsherrschaft eine höhere Entwicklungsstufe sein, und von einer solchen Auffassung aus müßte die grundherrschaftlich geprägte Agrarverfassung Kursachsens gegenüber Brandenburg und anderen ostelbischen Gebieten als zurückgeblieben bezeichnet werden (was Groß selbstverständlich nicht getan hat). Hier wird offensichtlich der Entwicklungsprozeß feudaler Produktionsverhältnisse nicht nach den entscheidenden Kriterien, den Eigentums- und Besitzformen, nicht nach der Rente eingeschätzt, wird die Rente als Form der Realisierung des Grundeigentums nicht in ihrer grundsätzlichen Bedeutung erkannt, sondern von der Rechtsform ausgegangen; Grundherrschaft oder Gutsherrschaft. Wir kommen den Ursachen dieser Auffassung näher, wenn wir zwei weitere von Groß gegebene Einschätzungen genauer betrachten. Er folgt bezüglich der Differenzierung der Grundherrschaft in mehrere Typen den Gedanken von Friedrich Lütge - ohne zu erkennen, daß es sich bei diesem um den Versuch handelt⁸, durch eine immer weitergehende Differenzierung der regionalen Erscheinungsformen, die sich letztlich nur in untergeordneten Fragen voneinander unterscheiden, während sie in den Grundfragen (Eigentum, Besitz, Rente usw.) übereinstimmen, allgemeine Erscheinungen und Gesetzmäßigkeiten des Spätfeudalismus zu leugnen; demgegenüber erscheint die Gutsherrschaft, die sich in "den Gebieten östlich der Elbe" (RG, S. 26) herausgebildet hat, als einheitlicher Typus. Man muß dem entgegenhalten, daß es im Gebiet der Gutsherrschaft so viele Varianten gibt, daß wir sicher auch hier von einer brandenburgischen, mecklenburgischen oder pommerschen Gutsherrschaft sprechen könnten, ganz abgesehen davon, daß innerhalb der Territorien weitere landschaftliche Besonderheiten erkennbar werden.

Und weiter lesen wir: "Die Abhängigkeitsverhältnisse der zweiten Leibeigenschaft waren für diese Gebiete (gemeint sind die ostelbischen - G. H.) charakteristisch." (RG, S. 25.) Hier wird der agrarische Dualismus von Grundherrschaft und Gutsherrschaft als Dualismus von Gebieten mit bzw. ohne die Erscheinungsformen der zweiten Leibeigenschaft begriffen; das ist nun allerdings nicht richtig. Selbst wenn man davon absieht, daß in Kursachsen die juristische Form der Leibeigenschaft nicht erscheint und daß es westelbische Gebiete mit einer solchen Leibeigenschaft gibt, muß zunächst festgestellt werden, daß Friedrich Engels⁹ die zweite Leibeigenschaft als einen Teil des Gesamtvorgangs analysiert hat, den wir verallgemeinernd als Refeudalisierung bezeichnen. Die formale Leibeigenschaft (die übrigens

8 Lütge, Friedrich, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1963, S. 159 ff. = Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, Bd. 3.

9 Engels, Friedrich, Zur Geschichte der preußischen Bauern, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 238 ff.; vgl. dazu auch Schmidt, Walter, Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunismus, Berlin 1963, S. 309 ff. - Fast gleichzeitig mit der Arbeit von Moll wurde die Untersuchung von Helmut Bleiber, Lage und Kampf der schlesischen Bauern und Landarbeiter, phil. Diss. Berlin 1963, abgeschlossen, die bereits seit längerer Zeit gedruckt vorliegt (Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution, Berlin 1966 = Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 9). Bleibers Buch, stärker auf die politische Geschichte und den Kampf der unterdrückten Bauern und Landarbeiter orientiert, als die hier im Vordergrund stehenden Arbeiten, bringt-einleitend und zusammenfassend auch wesentliche Gedanken zum Verlauf des preußischen Weges. Vgl. die Besprechung durch Walter Schmidt, in: ZfG, 4/1967, S. 721 ff.

zumeist unter der weniger kompromittierenden Bezeichnung Untertänigkeit oder Erbuuntertänigkeit verschleiert erscheint) ist also nur ein Faktor dessen, was wir unter zweiter Leibeigenschaft und Refeudalisierung verstehen. Nehmen wir die Gesindezwangsdienste, so sind sie in Kursachsen eindeutig gegeben; nehmen wir die Freizügigkeit, so ist gegenüber dem 15. und 16. Jahrhundert eine Verschlechterung unverkennbar; nehmen wir die Patrimonialgerichtsbarkeit als Form der unmittelbaren Machtausübung durch die herrschende Klasse, so schälen sich weitere Faktoren heraus, die es erlauben, auch für Kursachsen (und parallel dazu für weitere westelbische Gebiete) von einer Periode der zweiten Leibeigenschaft zu sprechen.

Diese Problematik wurde etwas ausführlicher behandelt, weil sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, daß die Grundprobleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus methodisch nur gemeistert werden können, wenn die Perioden vor und nach den Agrarreformen eingehend und mit vergleichenden Methoden untersucht werden - und das muß systematisch geschehen.

Im Zentrum der Arbeit von Groß stehen die Grundentlastung und die Landrentenbank. Dabei wird die Grundentlastung beispielhaft und konzentriert in der Auswahl der Quellen behandelt, und der Leser spürt, daß materialmäßig noch einiges im Hintergrund steht. Auch die Landrentenbank wird überaus materialreich dargestellt (RG, S. 133 ff.) und damit der ökonomische Vorgang der Agrarreform an einem eindrucksvollen Teilbereich vorgeführt. Es wird Aufgabe der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts sein, diese Ergebnisse zu verarbeiten. Die Tabellen von Groß zeigen (RG, S. 141) und seine Grafik (RG, S. 142) verdeutlicht, daß ein erster Höhepunkt des Ablösungsvorgangs in den Jahren 1839 bis 1844 zu erkennen ist, während der eigentliche Gipfel in die Jahre 1852 bis 1858 fällt. Hier dürfte bereits der Zusammenhang mit der kapitalistischen Industrialisierung Deutschlands zu greifen sein, wenn auch diese Fragestellung nicht mehr vom Agrarhistoriker behandelt werden kann. Der Vollständigkeit halber erwähne ich den Exkurs des Buches, in dem Groß die Grundzüge der weiteren Entwicklung der nunmehr kapitalistischen Landwirtschaft Sachsens behandelt hat. (RG, S. 162.)

Harnisch (im folgenden: HH mit Seitenzahl) behandelt in den vier Kapiteln seines Buches die Besitzgeschichte, die sozialökonomische Struktur und eine Reihe weiterer Fragen der Agrargeschichte des Feudalismus am Beispiel der Herrschaft Boitzenburg, und das fünfte Kapitel heißt "Der Übergang zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen und die Auflösung der Feudalherrschaft" (HH, S. 236 ff.). Darin werden auf etwa dreißig Seiten Voraussetzungen und Etappen des Regulierungsprozesses, die Gutswirtschaften in der Periode der Vollendung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf preußischem Wege, die Auswirkungen der Regulierung auf die Schichten der bäuerlichen Bevölkerung und deren weitere Entwicklung sowie die Dorfarmut in dieser Periode, also alle wesentlichen Probleme dieses Übergangszeitraums, angeschnitten und in kritischer Auswertung der Quellen behandelt. Am Beispiel der Herrschaft Boitzenburg werden diese Fragen nun sehr intensiv und materialreich beantwortet. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß fast alle Bauern des Untersuchungsgebietes "als Zeitpächter auf ihren Stellen wirtschafteten" (HH, S. 238). Nach dem Edikt von 1811 mußten sie demzufolge 50 Prozent ihrer Landanteile abtreten oder eine entsprechende Rente in Natural- bzw. Geldform aufbringen. Die Wahl lag bei der Gutsherrschaft. Da weiterhin alle Stellen als spannfähig galten, auch die der Kossaten, kam die Einschränkung der Deklaration von 1816, deren extrem bauernfeindlichen Charakter Friedrich Engels¹⁰ herausgearbeitet hat, nicht in Frage. Hier wird (Harnisch betont es S. 237 f.) die Bedeutung der spätfudalen Eigentums- und Besitzverhältnisse für den Verlauf und die

10 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 244.

Ergebnisse der Agrarreform deutlich gemacht. Das gilt allerdings nicht im Sinne eines Automatismus. Harnisch schildert nämlich die Etappen der Regulierung und Ablösung, die zum Verlust von etwa 10 Prozent des bäuerlichen Ackerlandes geführt haben, als einen Landraub, der im Vergleich zu anderen Herrschaften und auch im Vergleich zum gesetzlich möglichen durchaus in Grenzen geblieben war. Wichtig ist seine Feststellung, daß gewisse Dienste auch nach dem Regulierungsvorgang geleistet werden mußten, was für die Einschätzung des Tempos beim Ausbau der nunmehr junkerlich-kapitalistischen Betriebe belangreich ist.

Neben dem bereits erwähnten Landraub, der mit 10 Prozent sehr gering blieb, sind die von den Bauern gesetzlich gezahlten Ablösungssummen leider nicht mit gleicher Deutlichkeit zu erkennen. Für das Dorf Haßleben (HH, S. 243), in dem dreizehn Zeitpächter wohnten, die übrigens schon um 1800 (HH, S. 197) keine Ackerdienste mehr leisteten, gibt Harnisch etwas mehr als 41 000 Taler an, die im Zeitraum von 1818 bis 1851 aufgebracht werden mußten und aufgebracht worden sind, während die im Jahre 1847 "einkommenden Ablösungsrenten aus allen Dörfern des Herrschaftsgebietes" 7 910 Taler ausmachten; insgesamt schätzt Harnisch die Gesamtsumme auf mehrere hunderttausend Taler. Diese stattlichen Summen dienen "offenbar der Finanzierung der aufwendigen Lebenshaltung" (HH, S. 244), sie lassen auch den Schluß zu, daß der Aufkauf großbäuerlicher Betriebe, der gleichsam legalisierte Raub von Bauernland also, auf diese Weise ermöglicht worden ist. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür legt Harnisch (S. 249 ff.) vor, wo ein Großbauernhof oberhalb der 100-Hektar-Grenze in den sechziger Jahren von den Arnims aufgekauft und zur Bildung eines neuen Vorwerkes genutzt wurde. Beispiele solcher Art, quellenmäßig aufbereitet und theoretisch verarbeitet, verfeinern unsere Vorstellungen von jener letzten Etappe des preußischen Weges; dabei zeigt sich, daß die von Kuczynski, Mottek und zuletzt speziell von Šol'ta gegebenen Gesamteinschätzungen¹¹ durch solche Einzelarbeiten gestützt werden. Die Differenzierung, das wird hier ganz deutlich, schreitet in dieser Etappe der Entwicklung überaus schnell voran; ihr Tempo und ihr Ausmaß werden von Harnisch (S. 255 f.) eindrucksvoll auch tabellarisch belegt.

Nachdem wir die drei Arbeiten in der gebotenen Kürze referiert haben, bleibt jetzt der Versuch einer systematischen Zusammenfassung wenigstens einiger Ergebnisse. Dies wird für die vergleichende Einschätzung und für weitere Detailarbeiten wichtig sein. Wir fassen zunächst die räumliche Ausdehnung, also die Größenordnung, ins Auge, womit zugleich die Frage nach der Aussagekraft gestellt ist. Moll und Harnisch haben ihre Verallgemeinerungen auf der Grundlage begrenzter Untersuchungsräume und durch methodische Intensität erzielt. Moll behandelt siebzehn Siedlungen mit 167 bzw. 169 Bauern und Harnisch elf Dörfer und sechzehn Güter (nach dem Stand von 1850), während Groß die Probleme für das Gesamtgebiet Sachsens schildert. Moll und Harnisch waren also immer in der Situation, aus einem kleinen Untersuchungsraum heraus verallgemeinern zu müssen, was ihnen im ganzen gelungen ist; Groß stand vor der Frage, ob er für allgemeine Einschätzungen, bei denen er in erster Linie auf die wohlformulierten Akten einer zentralen Behörde angewiesen war, deren Urteil er nicht immer kritisch genug gegenüberstand, auch die zahlreichen Einzelbelege beigegeben oder solche zusätzlich ermitteln sollte. Insgesamt, so scheint mir, ist die Möglichkeit erwiesen, aus regionalgeschichtlicher Sicht zu Verallgemeinerungen zu gelangen, wenn die vorliegende Literatur zu theoretischen Problemen,

11 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1962; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1964; Šol'ta, Jan, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968 = Schriftenreihe des Instituts für Sorbische Volksforschung in Bautzen, Bd. 36.

vor allem die Klassiker des Marxismus-Leninismus, sorgfältig ausgewertet und aus neu erschlossener Materialfülle neue Einschätzungen versucht werden.

Die Frage nach den Rechtsformen des bäuerlichen Eigentums bzw. Besitzes, nach der Art der bäuerlichen Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und -instrumente, haben wir bereits bei der kritischen Referierung angeschnitten. Es gibt in den drei untersuchten Gebieten vor den Reformen kein unbeschränktes bäuerliches Eigentum, sondern, wie im Feudalismus allgemein, ein nur abgeleitetes Besitzrecht, das, sehr unterschiedlich in seinen Formen, immer nur *dominium utile* umfaßt, die Anerkennung des feudalherrlichen (Ober-)Eigentums also einschließt. Unbestritten hatten die Bauern in Sachsen den besten persönlichen Rechtsstatus und die besseren Besitzrechte; beides darf aber auch nicht überschätzt werden, und hier steht eine tiefgehende marxistische Analyse noch aus, denn wir bewegen uns weiterhin noch in den traditionellen Vorstellungen der bürgerlichen sächsischen Landesgeschichtsschreibung, wie sie in den Zusammenfassungen von Kötzschke nachzulesen sind und bei Blaschke nachwirken.¹²

Man darf also die Rechtslage der Bauern keineswegs überschätzen und muß bei der Beurteilung bäuerlicher Besitzrechte immer von der Erkenntnis Engels' ausgehen, daß gutes bäuerliches Besitzrecht als solches noch keinen Schutz gegen feudalherrliche Übergriffe und gegen refeudalisierende Verschlechterung bietet. Gutes bäuerliches Besitzrecht spielt selbstverständlich, je länger es wirken und durch Gewohnheit gewinnen konnte, auch eine bestimmende Rolle im Klassenkampf und schließlich im Prozeß der kapitalistischen Umgestaltung der Agrarverhältnisse. Die Tendenz, unbestrittenes, juristisch formuliertes Erbrecht der Bauern in zeitlich begrenztes und nur partiell gesichertes Besitzrecht zu überführen, ist allgemein, ist geradezu eine Gesetzmäßigkeit des Feudalismus in seiner letzten Phase, als sich Warenproduktion und Marktorientierung immer deutlicher zu entwickeln begannen, ohne schon die Gesellschaft in eine bürgerliche, kapitalistische zu verwandeln. Im Verlaufe des preußischen Weges wird das dann von entscheidender Bedeutung, da sich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen feudalen Besitzrechten, persönlichem Rechtsstatus und den Bedingungen der "Bauernbefreiung" ergibt. Es entsteht also bäuerliches Eigentum kapitalistischer Prägung, indem die im Zeitraum vor der Ablösung und Regulierung gegebenen Besitzverhältnisse zum Kriterium für die Umwandlung nach dem Prinzip gemacht werden, je schlechter die spätf feudale Rechtslage für den Bauern, um so ungünstiger seine Bedingungen für den Eigentumserwerb. Wir haben bei den Ergebnissen von Harnisch gesehen, daß dieser Zusammenhang nicht automatisch verstanden werden darf und müssen wohl bei weiteren Arbeiten unser Augenmerk darauf richten, welche Varianten dieses Zusammenhangs sich ergeben können, wie also eine besonders weit entwickelte feudalherrliche Eigenwirtschaft im Prozeß der Umgestaltung wirkt und anderes mehr; aber daß ein solcher gesetzmäßiger Zusammenhang besteht, ist erneut deutlich geworden, im kleinen wie im großen.

Das interessanteste Ergebnis bezüglich des Übergangs zu freierer bäuerlicher Verfügungsgewalt über den Boden legt Moll in dem Abschnitt über die ökonomische Qualität der Erbpacht vor (GM, S. 135 ff.). Aus der theoretischen Analyse hebe ich hervor, wie er den Übergang zur kapitalistischen Pacht (dabei immer die Grenzen beachtend und aufzeigend) herausarbeitet, indem er die ganze Skala der Verpflichtungen wie Miete, Einliegergeld, (feudale) Geld-

12 Zuletzt bei Blaschke, Karlheinz, Grundzüge und Probleme einer sächsischen Agrarverfassungsgeschichte, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germ. Abt., 82. Jg. 1965, S. 223 ff., sowie derselbe, Das Bauerntum in der sächsischen Geschichte, in: Sächsische Heimatblätter, 6/1968, S. 245 ff.; dies gilt auch für Schmidt, Gerhard, Die Staatsreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Weimar 1966.

rente, Dienstgeld (= Geldwert der Arbeitsrente), Pacht (= feudale Geldrente mit Tendenz zur kapitalistischen Grundrente) quellenmäßig vorführt und einschätzt. Dies ist für die vergleichende Darstellung der Agrarverhältnisse im gutsherrschaftlich strukturierten Bereich um so wichtiger, als die genannten Bezeichnungen bereits vor den agrarreformerischen Maßnahmen, zum Teil sogar schon lange davor, verwendet wurden und aus dem Quellenmaterial des 18. Jahrhunderts (Beispiele bei Moll, doch steht eine systematische Untersuchung aus) isoliert gar nicht verstanden werden können. Es darf festgehalten werden, daß Molls Ergebnisse einerseits den Blick schärfen für weitere Untersuchungen zu den spätf feudalen Besitzverhältnissen der Bauern und Kossaten, für die agrarrechtliche Ausgangsposition also, andererseits aber die stabile Grundlage bilden für die Weiterführung der Problematik bis in das 20. Jahrhundert.¹³ Hat doch die Erbpacht den mecklenburgischen Landtag noch nach 1918 beschäftigt, haben doch zudem die halbfeudalen Reste in den agrarischen Besitzverhältnissen bei der Neubildung bäuerlicher Wirtschaften im Zuge der sogenannten "inneren Kolonisation" eine wichtige Rolle gespielt. Hier wird also eine langfristig wirksame agrarrechtliche und agrarideologische Tendenz deutlich.

Bei diesem Gesamtprozeß spielt die Entscheidung, ob die bäuerliche Freiheit durch Geldabgabe oder Landabtretung erkauft (immer aber erkauft) werden muß, für den Verlauf der Agrarreform eine tragende Rolle. Wir haben bereits deutlich gemacht, daß der Inhalt des preußischen Weges sich nicht nach Existenz oder Nichtexistenz gutsherrlicher Eigenwirtschaften allein entscheiden läßt, sondern nur nach dem wichtigsten Kriterium des Klasseninhalts, der Steuerung des Prozesses durch die geschichtlich überlebte Klasse des Adels bzw. der Junker. Allerdings auch so, daß die junkerliche Variante in jedem Falle für die Bauern und andere Bewohner des platten Landes die ungünstigste ist, daß hier der Prozeß also besonders qualvoll ist, wie Lenin sagte.

Die vorliegenden Arbeiten erlauben angesichts der genau untersuchten und dargestellten Tatbestände die Einschätzung, daß der preußische Weg sehr viele Varianten gestattete. Wir erkennen jetzt solche Varianten für die untersuchten Räume: weitgehende Geldablösung in einem extrem gutsherrlichen Gebiet (Klosteramt Dobbertin) mitten im geradezu klassisch junkerlichen Mecklenburg; geringer Landraub (geringer jedenfalls, als den gesetzlichen Möglichkeiten entsprochen hätte) in einem Territorium klassischen Landraubs (Boitzenburg) und deutlich erkennbare Bestrebungen, im klassischen Land der Geldablösung (Sachsen) eine andere, in ihrem Charakter noch entschiedener bauernfeindliche Variante zu verwirklichen. Dies zeigt sich (RG, S. 87), da im Gesetzentwurf vom 18. Juni 1830 "die Wahl des Ablösungsmittels dem Provokanten" überlassen bleiben sollte. Groß schätzt an dieser Stelle den Landhunger der sächsischen Rittergutsbesitzer völlig richtig ein; er war in der Tat nicht geringer als der der ostelbischen Junker. Aber die bürgerlichen Mitglieder der Ablösungskommission intervenierten, und ihrem lebhaften Widerspruch mußte nachgegeben werden. Hier wird wiederum deutlich, in welchem Maße die bürgerlichen Kräfte den Verlauf der agrarischen Vorgänge beeinflußt haben, bzw. wie sehr sich die Schwäche bürgerlicher Positionen zuungunsten der Bauern auswirken mußte.

Der Umfang der bäuerlichen Geldzahlungen wird selbstverständlich in der Arbeit von Groß am deutlichsten erkennbar. Es sind wahrhaft ungeheure Summen, die die sächsischen Bauern in jahrzehntelanger Abzahlung aufbringen mußten, um sich von feudalen Fesseln und Renten freizukaufen. Sicher können wir Groß darin zustimmen, daß diese Form der Ablösung für die weitere Gestaltung der Agrarverhältnisse günstiger war als die ostelbische Normalvariante des Landraubs. Aber es ergab sich daraus eine sehr große langfristige finan-

13 Burkhardt, Jürgen, Bauern gegen Junker und Pastoren, Berlin 1963 = Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe Landesgeschichte, Bd. 7.

zielle Belastung, die auch indirekt noch behandelt wird. Während Groß nämlich immer wieder die günstigen Bedingungen, die sich aus der Agrargesetzgebung und der Existenz der Rentenbank ergaben, für die Bauern hervorhebt, muß er später (S. 162) den Prozeß der schnellen und beachtlichen Verschuldung kennzeichnen, dem die inzwischen wirklich kapitalistisch gewordene sächsische Landwirtschaft, das heißt in erster Linie die hoch belasteten Bauern, ausgesetzt war.¹⁴

Doch bleiben wir bei den Summen des Freikaufs. In 25 Jahren (1834 bis 1859) übernahm die Rentenbank 454 716 Landrenten. Bei angenommener Frist von 55 Jahren wurden die ersten dieser Renten 1889, die letzten 1914 endgültig getilgt. Der Nennwert betrug fast 3,5 Millionen Mark; dem entsprach ein Kapital von mehr als 85 Millionen Mark! Diese Zahlen wären noch um die bereits bei Harnisch (S. 238 ff.) erwähnten Ablösungssummen zu ergänzen und auch bei Moll (S. 123 ff.) ergeben sich - wenn auch vergleichsweise gering - die hohen Summen von 140000 Talern für den Erwerb der Gebäude, Hofwehren und Einsaaten durch die Erbpächter bzw. von mehr als 200 000 Talern für die Pacht im Zeitraum von 1833 bis 1870.

Sicher erreichen diese Zahlen nicht die gleichzeitigen Größenordnungen von Industrie, Banken und Versicherungen, aber sie bestätigen die Einschätzung von Engels für Preußen¹⁵, und sie geben auch nur einen territorialen Ausschnitt. Bei Vorlage weiterer Untersuchungsergebnisse, vor allem für Gebiete mit überwiegender bzw. ausschließlicher Geldablösung, werden wir zu Gesamtzahlen gelangen, die eine genauere Einschätzung der Bedeutung der Landwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft gestatten würden.

Damit wollen wir abschließen und zugleich einen Blick nach vorn werfen. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus auf preußischem Wege, der um 1870 im wesentlichen vollzogen war, hat alle sozialökonomischen Bereiche nachhaltig bestimmt und langfristig beeinflußt; insbesondere hat die Landwirtschaft die Folgen dieser Entwicklung mit immer sich wiederholenden Agrarkrisen und riesiger Verschuldung tragen müssen.

In den siebziger Jahren schon wurde der Druck der ausländischen Konkurrenz so groß, daß ständig staatliche Eingriffe notwendig wurden, die vorwiegend auf eine Unterstützung bzw. Stärkung der junkerlichen Positionen zielten. Seit den achtziger Jahren setzte zudem eine junkerlich-bourgeoise Agrarpolitik ein, die mit der partiellen Aufsiedlung zumeist verschuldeter Rittergüter versuchte, bäuerliche Unzufriedenheit aufzufangen bzw. zu kanalisieren, um die bauernfeindliche Grundorientierung der Politik des preußisch-deutschen Imperialismus und Militarismus mit chauvinistischen, vorwiegend antipolnischen Siedlungsunternehmungen zu verbinden¹⁶.

14 Zum Problem vgl. Petruschow, A., Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform, Berlin 1948; Šofa, Jan, Die Bauern der Lausitz, a. a. O., S. 175 ff.; bäuerliche Verschuldung für die Periode des Spätfeudalismus bei Baumgarten, Karl/Bentzien, Ulrich, Hof und Wirtschaft der Ribnitzer Bauern, Berlin 1963, S. 230 ff. = Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Volkskunde, Bd. 31, u. Haack, Hanna, Die sozialökonomische Struktur mecklenburgischer Feudalkomplexe im 16. und 17. Jahrhundert, phil. Diss. Rostock 1968.

15 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 245.

16 Allgemein vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 369 ff.; Engelberg, Ernst, Deutschland von 1871 bis 1897 (Deutschland in der Übergangsperiode zum Imperialismus), in: Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Berlin 1965, S. 229 ff., sowie speziell Mai, Joachim, Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885 - 1887, Berlin 1962, S. 123 ff.

Städte und Aufstände

Ein Beitrag zur Diskussion

von Eric J. Hobsbawm

Was immer eine Stadt noch sein mag - sie ist stets auch ein Ort, in dem sich arme Menschen konzentrieren, und in den meisten Fällen der Konzentrationspunkt politischer Macht, die auf ihr Leben einwirkt. Historisch gesehen reagierte die Stadtbevölkerung auf diesen Tatbestand unter anderem mit Demonstrationen, Revolten und Aufständen oder sie übte auf andere Weise direkten Druck auf die Behörden (Behörden im Sinne der staatlichen und kommunalen Instrumente der herrschenden Klasse - d. Red.) in ihrem Bereich aus. Für den gewöhnlichen Stadtbewohner ist es unwichtig, daß die städtische Herrschaft manchmal nur lokal, zu anderen Zeiten auch regional, national oder sogar global sein kann. Es beeinflusst jedoch die Überlegungen sowohl der herrschenden Gewalten als auch der auf ihren Sturz gerichteten politischen Bewegungen, ob es sich um Hauptstädte handelt (oder, was auf das gleiche hinausläuft, um unabhängige Stadtstaaten) oder um Hauptquartiere gigantischer nationaler oder internationaler Körperschaften; denn in diesem Falle können städtische Revolten und Aufstände einleuchtenderweise viel weiterreichende Folgen nach sich ziehen als bei einer rein lokalen Behörde.

Dieser Artikel will untersuchen, wie die Struktur der Städte auf Volksbewegungen dieser Art einwirkte und welche Wirkung wiederum die Furcht vor solchen Bewegungen auf die städtische Struktur hatte. Der erste Punkt ist von viel allgemeinerer Bedeutung als der zweite. Volksaufstand, Revolte oder Demonstration sind ein fast universales städtisches Phänomen und treten, wie wir heute wissen, sogar in der wohlhabenden Megalopolis der industriellen Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts auf. Andererseits ist die Furcht vor solchem Aufruhr nicht beständig. Sie kann als Tatbestand der städtischen Existenz vorausgesetzt werden - wie in den meisten vorindustriellen Städten - oder als die Art Unruhe, die periodisch aufflammt und erlischt, ohne irgendeine größere Wirkung auf die Machtverhältnisse zu haben. Sie kann unterschätzt werden, weil es lange Zeit keine Aufstände oder Revolten gegeben hat oder weil es institutionelle Alternativen zu ihnen gibt, wie zum Beispiel aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Gemeindeverwaltungen. Es gibt letzten Endes nur wenige permanent aufrührerische Städte. Selbst Palermo, das mit 82 Aufständen zwischen 1512 und 1866 wahrscheinlich den europäischen Rekord hält, hatte sehr lange Perioden, in denen seine Bevölkerung sich verhältnismäßig ruhig hielt. Andererseits kann man damit rechnen, daß, wenn die Behörden sich einmal entschieden haben, die städtische Struktur zu ändern, um der politischen Unruhe sich begegnen, die Folgen wahrscheinlich wesentlich und dauerhaft sind, wie bei den Boulevards von Paris.

Die Wirksamkeit der Revolte oder des Aufstands ist unter drei Aspekten von der städtischen Struktur abhängig: wie leicht die Armen mobilisiert werden können, wie angreifbar die Zentren der Macht sind und wie leicht man sie unterdrücken kann. Diese Aspekte werden sowohl von soziologischen als auch von technologischen Faktoren sowie vom Grad der Verstädterung bestimmt, obwohl diese drei nicht immer voneinander getrennt werden können. Die Erfahrung zeigt, daß zum Beispiel unter den städtischen Beförderungsmitteln die Straßenbahnen, sei es in Kalkutta oder in Barcelona, für Aufständische ungewöhnlich geeignet sind,

teils weil die Fahrpreiserhöhung, die alle Armen gleichzeitig zu treffen pfllegt, ein sehr natürliches Mittel ist, um Unruhe auszulösen, teils weils diese großen schienenengebundenen Wagen sehr leicht Straßen blockieren und den Verkehr unterbrechen können, wenn sie verbrannt oder umgestürzt werden. Busse scheinen keine annähernd so wichtige Rolle bei Revolten gespielt zu haben, Untergrundbahnen völlig belanglos für sie zu sein (außer für die Beförderung der Aufständischen), und Personenkraftwagen können höchstens als improvisierte Straßensperren oder Barrikaden benutzt werden und, wenn man die kürzlichen Erfahrungen in Paris beurteilt, als nicht sehr wirksame. Hier ist der Unterschied rein technologischer Natur.

Universitäten im Zentrum der Städte sind offensichtlich gefährlichere Zentren potentieller Revolten als Universitäten in den Außenbezirken oder hinter einem grünen Gürtel - eine Tatsache, die den lateinamerikanischen Regierungen wohlbekannt ist. Eine Konzentration der Armen ist gefährlicher in oder nahe den Stadtzentren, wie zum Beispiel die Negerghettos des 20. Jahrhunderts in vielen nordamerikanischen Städten, als in einer verhältnismäßig abgelegenen Vorstadt wie im Wien des 19. Jahrhunderts. Hier liegt der Unterschied im Grad der Verstädterung, er ist abhängig von der Größe der Stadt und ihrer funktionellen Spezialisierung. Dennoch ist ein Zentrum potentieller Studentenunruhe in den Außenbezirken der Stadt - wie Nanterre in Paris - weit geeigneter, Verwirrung im Innern der Stadt zu stiften als die algerischen Hüttenviertel in derselben Vorstadt, weil Studenten beweglicher sind und ihre soziale Geisteshaltung großstädtischer ist als die eingewanderter Arbeiter. Hier handelt es sich vor allem um einen soziologischen Unterschied.

Nehmen wir also an, wir konstruieren die ideale Stadt für Revolte und Aufstand. Wie soll sie aussehen? Sie müßte dicht bevölkert sein, nicht zu groß an Umfang, im wesentlichen noch zu Fuß durchquerbar, obwohl eine größere Aufruhrerfahrung in vollständig motorisierten Gesellschaften diese Auffassung sehr verändern könnte. Sie sollte vielleicht nicht durch einen großen Fluß geteilt sein und zwar nicht nur, weil Brücken von der Polizei leicht gehalten werden, sondern auch weil es eine bekannte geographische oder sozialpsychologische Tatsache ist, daß die beiden Flußufer voneinander wegschauen, wie jeder feststellen kann, der in Südlondon oder am linken Ufer in Paris lebt.

Die Armen der Stadt müßten sozial oder rassisch relativ homogen sein (wobei wir natürlich bedenken müssen, daß auch die auf den ersten Blick sehr heterogen aussehende Bevölkerung in vorindustriellen Städten oder in den riesigen Sümpfen der Unterbeschäftigung in der heutigen Dritten Welt eine beträchtliche Einheit bildet, wie solche in der Geschichte üblichen Begriffe wie "the labouring poor", "le menu peuple" oder "der Mob" bezeugen). Die Stadt sollte zentripetal, das heißt ihre verschiedenen Teile müßten in natürlicher Weise auf die zentralen Institutionen der Stadt hin orientiert sein, je zentralisierter desto besser. Die mittelalterliche Stadtrepublik bildete ein System von Zu- und Abgängen zum und vom Hauptversammlungsraum, der auch das rituelle Hauptzentrum (Kathedrale), der Hauptmarkt und der Sitz der Regierung sein konnte. Aus diesem Grunde war sie in idealer Weise für Aufstände geeignet. Dazu gehörte, daß sich die Spezialisierung der Funktionen und die Absonderung der Wohnbezirke auf ziemlich engem Raum vollzogen. So zerstörte das vorindustrielle Schema der Vororte, das auf dem Ausschluß verschiedenartiger Unerwünschter - die oft so notwendig für das städtische Leben sind -, wie zum Beispiel Einwanderer ohne Bürgerrecht, verachtete Berufe oder Gruppen usw., aus einer scharfumrissenen City beruhte, nicht wesentlich den Zusammenhang des Stadtkomplexes; Triana war mit Sevilla verzahnt wie Shoreditch mit der City von London. Andererseits hat im 19. Jahrhundert das Schema der Vororte, ein Stadtkern, umgeben von Wohnvierteln des Mittelstandes und Industrievierteln, die sich in der Regel an den einander entgegengesetzten Enden der Stadt entwickelten, den städtischen Zusammenhang ganz wesentlich beeinflußt. "East End" und "West End" sind sowohl räumlich wie auch geistig weit voneinander entfernt. Wer in Paris westlich der Place de la Concorde lebt, gehört zu einer anderen Welt als derjenige der östlich der Place de la

République wohnt. Und geht man etwas weiter hinaus, dann war der berühmte "rote Gürtel" der Arbeitervororte, der Paris umgibt, zwar politisch bedeutsam, aber bei Aufständen hatte er keine erkennbare Bedeutung. Er gehörte einfach nicht mehr zu Paris, noch bildete er tatsächlich ein Ganzes - außer für Geographen.⁺

All diese Überlegungen beziehen sich auf die Mobilisierung der Stadtarmen, jedoch nicht auf ihre politische Wirksamkeit. Diese hängt natürlich ab von der Leichtigkeit, mit der revoltierende und aufständische Elemente zu den Macht ausübenden Instanzen vordringen und wie leicht sie zerstreut werden können. In der für Aufstände idealen Stadt sollten die herrschenden Gewalten - die Reichen, die Aristokratie, die Regierung oder örtliche Verwaltung - deshalb mit dem zentralen Wohngebiet der Armen so vermischt sein wie nur möglich. Der französische König würde im Palais Royal oder im Louvre residieren und nicht in Versailles, der österreichische Kaiser in der Hofburg und nicht in Schönbrunn. Wünschenswert wäre, daß die Behörden angreifbar sind. Herrschende, die von einem isolierten Stützpunkt ihre Macht über eine feindliche Stadt ausüben, wie vom Festungsgefängnis von Montjuich über Barcelona, mögen die Feindseligkeit des Volkes verschärfen, aber sie sind von ihrer Lage her bestimmt, ihr zu widerstehen. Schließlich hätte sich die Bastille fast mit Gewißheit halten können, wenn irgendjemand im Juli 1789 wirklich geglaubt hätte, daß sie angegriffen würde. Städtische Behörden sind natürlich fast schon von ihrer Bestimmung her verwundbar, da ihr politischer Erfolg von der Überzeugung abhängt, daß sie die Stadtbürger repräsentieren und nicht irgendeine entfernte Regierung oder deren Vertreter. Hieraus erklärt sich vielleicht die klassische französische Tradition, nach der die Aufständischen eher zum Rathaus als zum königlichen oder kaiserlichen Palast marschieren und, wie 1848 und 1871, dort die provisorische Regierung proklamieren.

Örtliche Behörden schaffen deshalb - zumindest bis sie mit der Stadtplanung beginnen - wenig Probleme für Aufständische. Natürlich kann die städtische Entwicklung das Rathaus von einem zentralen zu einem unbedeutenderen Ort machen; Es ist heutzutage ein langer Weg von den Brooklyner Außenbezirken zum New Yorker Rathaus.

Allgemein gesprochen, ist in einer bürgerlichen Stadt die Rolle der Einwohner in den öffentlichen Angelegenheiten die von Teilnehmern oder um die Teilnahme Kämpfenden, in fürstlichen oder Regierungsstädten die eines bewundernden und applaudierenden Publikums. Die breiten, geraden Prozessionsstraßen mit ihrem Blick auf Palast, Kathedrale oder Regierungsgebäude, der weite Platz vor der offiziellen Fassade, vorzugsweise mit geeignetem Balkon, von dem aus die Menge gesegnet oder angeredet werden kann, möglicherweise der Paradeplatz oder die Arena; dies alles macht die zeremonielle Ausstattung einer hauptstädtischen Residenz aus. Seit der Renaissance sind die größeren westlichen Hauptstädte und Residenzen entsprechend gebaut oder verändert worden. Je größer der Wunsch des Herrschers zu beeindrucken oder seine folie de grandeur, um so weiter, gerader, symmetrischer ist der von ihm bevorzugte Grundriß. Man kann sich wenig ungeeignete Orte für einen spontanen Aufstand vorstellen als Neu Delhi, Washington, Petersburg oder für diesen Zweck die Pall Mall und Buckingham Palace. Es ist nicht nur die Spaltung in einen vom Volk bewohnten Osten und einen von den Mittelschichten bewohnten offiziellen Westen, die die Champs Elysées zu dem Ort gemacht hat, wo am 14. Juli die offizielle Mili-

+ Wie weit solche Arbeitervororte von dem zentralen Stadtgebiet getrennt sein und noch ein direkter Faktor bei Erhebungen bleiben können, ist eine interessante Frage. In Barcelona spielte Sans, die große Bastion des Anarchismus, bei der Erhebung von 1936 keine entscheidende Rolle, während Floridsdorf in Wien, eine ebenso solide Bastion des Sozialismus, kaum mehr tun konnte, als in der Isolierung auszuharren, nachdem 1934 die übrigen Erhebungen in der Stadt bereits niedergeschlagen waren.

tärparade abgehalten wird, während die inoffizielle Massendemonstration zu dem Dreieck Bastille - Place de la République - Place de la Nation gehört.

Solch zeremonielle Stätten schließen eine bestimmte Trennung zwischen Herrschenden und Untertanen ein, eine Konfrontation zwischen einer entfernten, erhabenen Majestät und Pomp auf der einen und einer Beifall spendenden Öffentlichkeit auf der anderen Seite. Es ist das städtische Äquivalent der Guckkastenbühne oder besser noch der Oper, dieser charakteristischen Erfindung der westlichen absoluten Monarchie. Zum Glück für potentielle Aufrührer ist oder war dies nicht die einzige Verbindung zwischen Herrschern und Untertanen in Hauptstädten. Oft war es tatsächlich die Hauptstadt selbst, die die Größe des Herrschers demonstrierte, während ihre Einwohner, einschließlich der Ärmsten, einen bescheidenen Anteil der Wohltaten seiner und ihrer Majestät genossen. Herrscher und Beherrschte lebten in einer Art Symbiose. Unter solchen Umständen führten die großen für Zeremonien vorgesehenen Straßen mitten durch die Städte wie in Edinburgh oder Prag. Die Paläste brauchten sich nicht selbst von den Armenvierteln abzuschneiden. Die Wiener Hofburg, die der Außenwelt weiten Raum für Zeremonien bietet (einschließlich der Wiener Vororte), hat kaum ein bis zwei Meter Straße und Platz zwischen sich und der alten Innenstadt, zu der sie sichtbar gehört.

Diese Art Straße, die, wie sich zeigte, die Modelle bürgerlicher und fürstlicher Städte vereinigt, wäre eine ständige Aufforderung zu Erhebungen; denn hier wären Paläste, Stadthäuser der Adligen, Märkte, Kathedralen, öffentliche Plätze und Armenviertel miteinander vermischt, die Herrschenden dem "Mob" preisgegeben. In Zeiten der Unruhe könnten sie sich auf ihre Landsitze zurückziehen, aber das wäre alles. Ihr einziger Schutz bestände darin, nach einem erfolgreichen Aufstand die "ehrbaren" Armen gegen die "unehrbaren" Armen zu mobilisieren, zum Beispiel die Handwerkerzünfte gegen den "Mob" oder die Nationalgarde gegen die Besitzlosen. Ihre einzige Beruhigung wäre das Wissen, daß unkontrollierte Revolten oder Aufstände selten lange dauern und noch seltener gegen die Struktur des etablierten Reichtums und der Macht gerichtet sind.

In dieser Frage brachte die Französische Revolution von 1789 bis 1799, durch die die moderne Gleichung zwischen Aufstand und sozialer Revolution aufgestellt wurde, die entscheidende Wende. Jede Regierung zieht es natürlich vor, Revolte und Aufstand zu vermeiden, ebenso wie sie es vorzieht, die Mordrate niedrig zu halten; aber wenn keine echte revolutionäre Gefahr besteht, werden die Behörden wahrscheinlich nicht ihre Ruhe deswegen verlieren. Das England des 18. Jahrhunderts war eine offenkundig aufrührerische Nation mit einem offenkundig unvollständigen System zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Nicht nur kleinere Städte wie Liverpool und Newcastle, sondern auch große Teile von London selbst konnten tagelang in Händen der aufständischen Bevölkerung sein. Da bei solchem Aufruhr nichts auf dem Spiele stand außer einem gewissen Teil des Eigentums, den ein reiches Land wohl ersetzen konnte, war die allgemeine Haltung bei den oberen Klassen phlegmatisch oder sogar zufrieden. Liberale Adlige waren stolz auf einen Stand der Freiheit, der potentielle Tyrannen der Truppen und der Polizei beraubte, mit denen diese ihre Untertanen unterdrücken und beunruhigen konnten. Erst seit der Französischen Revolution entwickelten sich eine Neigung, in Städten mehr Kasernen zu bauen, und erst seit den Radikalen (Vertreter des Bürgertums, die für weitgehende demokratische Reformen eintraten - d. Red.) und Chartisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwog der Wert einer Polizeimacht den der englischen Freiheit. (Da man sich sogar auf die bürgerliche Demokratie nicht immer verlassen konnte, wurde die hauptstädtische Polizei unmittelbar dem Ministerium des Innern unterstellt, wie das noch heute der Fall ist.)

Tatsächlich boten sich drei administrative Methoden an, um Revolte und Aufstand zu begegnen: systematische Vorbereitungen für Truppenaufmärsche, der Aufbau von Polizeikräften (die in der modernen Form vor dem 19. Jahrhundert kaum existierten) und der Aufbau von Städten in einer Weise, daß sie die Chancen von Revolten verringerten. Die beiden ersten

Methoden hatten auf die gegenwärtige Gestalt und Struktur der Städte keinen größeren Einfluß, obgleich eine Untersuchung über den Bau und die Lage von Kasernen in Städten des 19. Jahrhunderts einige interessante Ergebnisse liefern könnte, ebenso wie eine Untersuchung über die Verteilung der Polizeistationen in Vororten. Die dritte Methode berührte die Form der Stadt sehr grundlegend, wie zum Beispiel in Paris und Wien, beides Städte, von denen bekannt ist, daß die notwendigen Maßnahmen, um Revolten niederzuschlagen, nach den Revolutionen von 1848 die Rekonstruktion der Städte beeinflussten. In Paris scheint das militärische Hauptziel dieser Rekonstruktion gewesen zu sein, breite und gerade Boulevards zu erschließen, entlang denen die Artillerie feuern und Truppen vordringen konnten, während sie vermutlich gleichzeitig die hauptsächlichlichen Konzentrationen potentieller Aufständischer in den Massenwohnvierteln aufspalten sollten. In Wien nahm die Neugestaltung im wesentlichen die Form von zwei breiten, konzentrischen Ringstraßen an, dem inneren Ring (durch einen Gürtel offener Plätze, Parks und weiträumiger öffentlicher Gebäude erweitert), der die Altstadt und das Schloß von den (hauptsächlich von Mittelschichten bewohnten) inneren Vororten trennt, und dem Außenring, der beide von den äußeren Vororten (zunehmend von der Arbeiterklasse bewohnt), trennt.

Solche Neugestaltungen der Städte können militärisch sinnvoll gewesen sein oder nicht. Wir wissen es nicht, da die Art Revolutionen, für die sie bestimmt waren, eigentlich nach 1848 in Westeuropa ausstarben (doch es ist eine Tatsache, daß die Hauptzentren des Volkswiderstandes und des Barrikadenkampfes in der Pariser Commune von 1871 - Montmartre, der Pariser Nordosten und das Linke Ufer - voneinander und von der übrigen Stadt abgeschnitten waren). Sie wirkten jedoch sicherlich auf die Pläne potentieller Aufständischer ein. In Diskussionen der Sozialisten in den achtziger Jahren bestand bei den militärischen Experten unter den Revolutionären Einverständnis darüber, daß das alte Muster für Erhebungen jetzt geringe Aussichten habe, obwohl es eine gewisse Auseinandersetzung über den Wert neuer technologischer Erfindungen gab, wie zum Beispiel über die damals schnelle Entwicklung hochexplosiver Stoffe (Dynamit usw.). Bei allen Ereignissen waren jetzt Barrikaden, die in der Taktik der Aufständischen von 1830 bis 1871 dominiert hatten (in der großen Französischen Revolution von 1789 bis 1799 waren sie nicht ernsthaft benutzt worden), weniger beliebt. Dagegen wurden Bomben der einen oder anderen Art das bevorzugte Mittel der Revolutionäre, allerdings nicht der marxistischen und nicht für wahrhaft revolutionäre Zwecke.

Die städtische Neugestaltung hatte jedoch eine andere und wahrscheinlich unbeabsichtigte Wirkung auf potentielle Rebellionen, denn die neuen und breiten Avenuen lieferten einen idealen Ort für die Massendemonstration oder besser Prozession, die zu einem Aspekt von wachsender Bedeutung in den Volksbewegungen wurde. Je systematischer diese Ringe und "Wagenräder" von Boulevards angelegt, je wirksamer diese von dem umliegenden Wohngebiet isoliert waren, um so leichter wurde es, solche Ansammlungen eher in feierliche Märsche als in Präliminarien für Aufruhr zu verwandeln. London, dem sie fehlten, hatte stets Schwierigkeiten, beim Zusammenströmen oder häufiger noch bei der Auflösung von Massenmeetings auf dem Trafalgar Square zufällige Unruhen zu vermeiden. Er liegt zu nah so empfindlicher Stellen wie Downing Street oder solcher Symbole des Reichtums und der Macht wie der Pall-Mall-Klubs, deren Fenster von den arbeitslosen Demonstranten in den 1880er Jahren zerschlagen wurden.

Man kann natürlich die Bedeutung solch primär militärischer Faktoren bei der städtischen Neugestaltung übertreiben. Jedenfalls können sie nicht klar von anderen Veränderungen in der Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts unterschieden werden, die die Möglichkeiten der Erhebung entscheidend verringerten. Drei davon sind besonders wichtig.

Erstens, der absolute Umfang, der die Stadt auf eine abgesonderte Verwaltung und auf ein Konglomerat getrennter Gemeinden oder Bezirke reduziert. Sie wurde einfach zu groß, um sich als einheitliches Ganzes zu erheben. London, dem noch immer solch ein offen-

sichtliches Symbol bürgerlicher Einheit wie die Figur eines Bürgermeisters fehlt (der Lord Mayor der City von London ist eine repräsentative Figur, die ebenso viel Beziehungen zu London als Stadt hat wie der Lord Chancellor), ist dafür ein ausgezeichnetes Beispiel. Es hörte auf, eine revoltierende Stadt zu sein ungefähr in der Zeit, in der es von einer Million auf zwei Millionen Einwohner anwuchs, das heißt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Londoner Chartismus existierte zum Beispiel in voller Wirkung als ein echt hauptstädtisches Phänomen kaum länger als ein oder zwei Tage. Seine wahre Stärke lag in den "Orten", in denen er organisiert wurde, das heißt in Gemeinden und Vororten wie Lambeth, Woolwich oder Marylebone, deren Beziehungen zueinander sehr locker waren. In ähnlicher Weise hatten die Radikalen und Aktivisten des späten 19. Jahrhunderts vor allem eine lokale Basis. Ihre charakteristischste Organisation war die Metropolitan Radical Federation - im wesentlichen eine Vereinigung von Arbeiterklubs rein lokaler Bedeutung - in solchen Vororten, die eine Tradition des Radikalismus hatten wie Chelsea, Hackney, Clerkenwell, Woolwich usw. Die übliche Londoner Tendenz, niedrig zu bauen und sich deshalb weit auszudehnen, schuf zu große Entfernungen zwischen solchen Aufruhrzentren, um spontan Revolten zu propagieren. Wieviel Kontakt hatte Battersea oder Chelsea (damals noch ein Arbeitergebiet, das linke Parlamentsmitglieder wählte) mit dem unruhigen East End des Dockarbeiterstreiks von 1889? Wieviel Kontakt gab es aus diesem Anlaß zwischen Whitechapel und Canning Town? Es liegt in der Natur der Dinge, daß die formlos bebauten Gebiete, die entweder aus der Ausdehnung einer großen Stadt erwachsen oder aus der Verschmelzung größerer und kleinerer wachsender Gemeinden und für die künstliche Namen erfunden werden mußten ("Konurbation", "Groß"-London, -Berlin oder -Tokio), keine Städte im alten Sinne waren, selbst als sie zeitweilig einheitlich verwaltet wurden.

Zweitens nimmt die funktionelle Aufspaltung in der Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts zu, das heißt auf der einen Seite die Entwicklung spezialisierter Industrie-, Geschäfts-, Regierungs- und anderer Zentren oder offener Plätze, auf der anderen Seite die geographische Trennung der Klassen. Hierin war wieder London bahnbrechend, das eine Vereinigung drei getrennter Einheiten ist - des Regierungszentrums von Westminster, der Geschäfts-City von London und des allgemeinen Wohnbezirks Southwark, jenseits des Flusses. Bis zu einem gewissen Grad ermutigte das Anwachsen dieser zusammengesetzten Großstadt potentielle Auführer. Die nördlichen und östlichen Ränder der City von London und Southwarks, wo die Geschäfts-City an die Bezirke der Arbeiter, Handwerker und den Hafen grenzt - die alle auf ihre Weise gleichermaßen zum Aufruhr neigen wie die Spitalfield-Weber oder die Handwerker von Clerkenwell -, bildeten natürliche Brennpunkte. Dies waren die Gebiete, in denen einige der großen Revolten des 18. Jahrhunderts ausbrachen. Westminster hatte seine eigene Bevölkerung von Handwerkern und verschiedenartigsten Armen, welche durch die Nähe des Königs und des Parlaments und den Zufall eines ungewöhnlich demokratischen Wahlrechts in diesem Wahlbezirk für einige Jahrzehnte des späten 18. und des 19. Jahrhunderts zu einem starken Druckmittel wurde. Das Gebiet zwischen der City und Westminster, das von einer ungewöhnlich dichten Anhäufung von Slums angefüllt war, die von Arbeitern, Einwanderern und sozial Entgleisten bewohnt wurden (Drury Lane, Covent Garden, Saint Giles, Holborn), vermehrte die Siedehitze des Großstadtlebens.

Mit der Zeit jedoch vereinfachte sich das Schema. Die City des 19. Jahrhunderts hörte auf, Wohngebiet zu sein, und wurde mehr und mehr ein reiner Geschäftsbezirk, während sich der Hafen stromabwärts verlagerte und die Mittelschichten und unteren Mittelschichten der Stadt in mehr oder weniger entfernte Vororte abwanderten, auf diese Weise das East End als eine immer stärker homogene Zone der Armen zurücklassend. Die Nord- und Westgrenzen von Westminster wurden in wachsendem Maße Wohngebiete der Ober- und Mittelschicht, wozu sie Grundeigentümer und Bauspekulanten weitgehend bestimmten. Sie drückten damit die Zentren der Handwerker, Arbeiter und anderer Schichten, die zu Radikalismus und Aufruhr neigten (Chelsea, Notting Hill, Paddington, Marylebone), in eine Peripherie, die sich vom übrigen radikalen London immer weiter entfernte. Die Slums zwischen den beiden

Städten hielten sich am längsten, doch Anfang des 20. Jahrhunderts wurden auch sie durch die städtische Erneuerung in kleine Flecken aufgespalten. Diese Erneuerung hat London einige seiner düstersten Verkehrsadern gebracht (Shaftesbury Avenue, Rosebery Avenue), aber auch einige seiner prächtigsten (Kingsway, Aldwych) sowie eine eindrucksvolle Ansammlung von Mietskasernen, die das Glück des Proletariats von Drury Lane und Saffron Hill erhöhen sollten. Covent Garden und Soho (die 1945 kommunistische Stadträte wählten) sind vielleicht das letzte Relikt des altmodischen großstädtischen Durcheinanders im Zentrum der Stadt. Im späten 19. Jahrhundert war das potentiell aufrührerische London bereits in periphere Abschnitte verschiedener Größe aufgespalten (von denen das große und unförmige East End das ausgedehnteste war), die eine City, die keine Wohngegend ist, West End sowie einen soliden Block von Bezirken der Mittelschicht umgaben und ihrerseits von noch weiter außerhalb liegenden Vororten der Mittelschicht und der unteren Mittelschicht umgeben wurden.

Solche Modelle der Absonderung entwickelten sich in den meisten großen und wachsenden westlichen Städten seit dem frühen 19. Jahrhundert, obwohl die Teile ihrer historischen Zentren, die nicht in Geschäfts- oder Verwaltungsbezirke umgewandelt wurden, manchmal Spuren ihrer alten Struktur behielten, wie man in Amsterdam in den Vierteln mit den roten Lampen noch beobachten kann. Die Arbeiterklasse des 20. Jahrhunderts, die im Hinblick auf Motorisierung plante und siedelte, löste die Stadt als ein potentielles Aufruhrzentrum weiter auf. (Die Planung im Hinblick auf Eisenbahnverkehr im 19. Jahrhundert hatte eher die entgegengesetzte Wirkung und schuf oft sozial sehr gemischte Viertel rund um die neuen Stationen.) Die gegenwärtige Tendenz, größere städtische Einrichtungen im Dienste der Bevölkerung, wie zum Beispiel zentrale Märkte, aus den Zentren in die Vorstädte zu verlegen, wird die Cities zweifellos weiter auflockern.

Sind städtische Revolte und Aufstand deshalb zum Verschwinden verurteilt? Offensichtlich nicht, denn wir haben in den letzten Jahren eine beachtliche Zunahme dieses Phänomens in einigen der modernsten Städte erlebt, wenn auch ein Abnehmen in einigen der traditionellen Zentren solcher Aktivitäten. Die Gründe hierfür sind hauptsächlich sozialer und politischer Natur, doch es lohnt vielleicht, kurz die Merkmale des modernen Urbanismus zu betrachten, die dieses Phänomen beleben.

Eines dieser Merkmale ist der moderne Massenverkehr. Die Motorisierung hat zur Mobilisierung der Mittelschicht - jener normalerweise nicht aufrührerischen Gruppen - beigetragen durch solche Vorhaben wie die motorisierte Demonstration (Franzosen und Algerier erinnern sich noch der massierten Hupen der Reaktion, die *Al-gé-rie Française* heulten) und jenes natürliche Mittel der Sabotage und des Zorns, das Verkehrschaos. Jedoch Personenkraftwagen sind auch von den aktiven nordamerikanischen Aufrührern benutzt worden, um in Fahrt Polizeiaktionen zu unterbrechen, während sie im Stand zeitweilig Barrikaden bildeten. Darüber hinaus verbreitet der Kraftverkehr die Nachricht vom Aufruhr über das unmittelbar betroffene Gebiet hinaus, da sowohl private Kraftfahrzeuge als auch Busse außerordentlich weit umgeleitet werden müssen.

Der öffentliche Verkehr und besonders Untergrundbahnen, die in verschiedenen großen Städten wieder einmal in großem Umfang gebaut werden, wirken sich noch unmittelbarer aus. Es gibt keine besseren Verkehrsmittel, um große Mengen potentieller Aufständischer schnell über weite Entfernungen zu transportieren, als Züge, die in kurzen Abständen fahren.

Wichtiger als der Verkehr sind zwei weitere Faktoren; das zahlenmäßige Anwachsen der Gebäude, die lohnen, angegriffen oder besetzt zu werden, und in ihrer Nähe die Entwicklung von Zusammenballungen potentieller Aufrührer. Während sich tatsächlich die Hauptquartiere der zentralen Regierungen und Stadtverwaltungen immer mehr von den aufrührerischen Vierteln entfernt haben und die Reichen und Vornehmen selten in Palästen innerhalb der Stadtzentren leben (Appartements sind weniger angreifbar und auch anonym), haben sich die empfindlichen Institutionen anderer Art vervielfacht. Es sind die Kommunika-

tionszentren (Telegraph, Telephon, Rundfunk, Fernsehen). Selbst der unerfahrenste Organisator eines Militärputsches oder einer Erhebung kennt genau deren Bedeutung. Es sind die gigantischen Zeitungsverlage, die glücklicherweise so oft in den älteren Stadtzentren konzentriert sind und die zufällig wunderbares Material für Barrikaden oder Feuerschutz in Form von Lieferwagen, Zeitungen und Papierballen liefern. Sie wurden schon 1919 bei Straßenkämpfen in Berlin verwendet, wenn auch seitdem nicht sehr oft. Es sind, wie wir jetzt alle wissen, die Universitäten. Obwohl die allgemeine Tendenz, sie aus den Stadtzentren zu verlagern, in gewisser Weise ihr aufrührerisches Potential verringert hat, gibt es noch genug akademische Bereiche inmitten der großen Städte, die den aktiven Auführern genügen. Zudem hat die Explosion der Hochschulbildung die Durchschnittsuniversität zu einem Pulverfaß mit Tausenden oder sogar Zehntausenden von Demonstranten oder Kämpfern gemacht. Und vor allem sind es die Banken und großen Konzerne, Symbole und Wirklichkeit der Machtstruktur, die sich immer mehr in jenen Massivbauten aus Spiegelglas und Beton konzentrieren, durch die der Reisende das Zentrum einer Stadt des späten 20. Jahrhunderts erkennt.

Theoretisch könnten diese, jeder für sich, ebenso Angriffsziel für Auführer sein wie die Rathäuser oder Regierungssitze, denn IBM, Shell oder General Motors tragen mindestens ebensoviel Gewicht wie die meisten Regierungen. Banken sind sich seit langem ihrer Angreifbarkeit bewußt, und in einigen romanischen Ländern - Spanien ist ein gutes Beispiel dafür - drängt ihre Kombination von symbolischer architektonischer Opulenz und uneinnehmbarer Festung den engsten Vergleich mit jenen Stadtburgen auf, in denen sich Lehnsherren und Lehnsträger im Mittelalter verschanzten. Sie in Zeiten der Spannung unter schwerem Polizeischutz zu sehen, ist eine aufschlußreiche Erfahrung, obwohl die einzigen "Helden" der direkten Aktion, die immer wieder von ihnen angezogen worden sind, unpolitische Räuber und revolutionäre "Expropriatoren" sind. Doch wenn wir solch politisch und wirtschaftlich unwichtige Symbole der amerikanischen Lebensweise wie die Hilton-Hotels oder das gelegentliche Objekt besonderer Feindseligkeit wie zum Beispiel Dow Chemicals außer acht lassen, waren irgendwelche Gebäude großer Konzerne selten direkt das Ziel von Aufständen. Hinzu kommt, daß sie nicht leicht anzugreifen sind. Es gehören mehr als ein paar zerbrochene Spiegelglasfenster und sogar mehr als die Besetzung von wenigen Quadratmetern Büroraumes dazu, die Operationen einer modernen Erdölgesellschaft zu unterbrechen.

Andererseits löst das kollektive "In-die-Stadt-Strömen" bestimmte Folgeerscheinungen aus; die Unterbrechung des Verkehrs, die Schließung der Banken, das Büropersonal, das nicht zur Arbeit erscheinen kann oder will, die Geschäftsleute, die in Hotels festgehalten sind oder ihren Bestimmungsort nicht erreichen können - dies alles kann das Leben einer Stadt sehr empfindlich stören. Tatsächlich spielte es sich während der Detroitter Aufstände im Jahre 1967 fast so ab. Und mehr noch, es wird sich in Städten, die sich nach dem nordamerikanischen Modell entwickeln, wahrscheinlich früher oder später ebenso vollziehen. Denn es ist allgemein bekannt, daß sich die zentralen Stadtgebiete und ihre unmittelbare Umgebung mit den farbigen Armen füllen, da die wohl-situierten Weißen in die Außenbezirke ziehen. Die Ghettos umgeben die Stadtzentren wie dunkle und unruhige Meere. Diese Konzentration der Unzufriedensten und Unruhigsten in der Nachbarschaft von verhältnismäßig wenig empfindlichen Stadtzentren ist es, die den Streibern einer Minderheit das politische Gewicht gibt, das die Negeraufstände sicher nicht hätten, wenn die 10 oder 15 Prozent Neger der amerikanischen Bevölkerung gleichmäßiger im ganzen Land verteilt wären.

Immerhin ist selbst dieses Wiederaufleben der Auführerbewegung in westlichen Städten vergleichsweise gering. Ein intelligenter und zynischer Polizeichef könnte wahrscheinlich all die Unruhen in westlichen Städten in den letzten Jahren als unbedeutende Störungen betrachten, die durch die Unentslossenheit oder Unfähigkeit der Behörden und die Auswirkung einer übertriebenen Publicity aufgebauscht werden. Mit Ausnahme der Erhebungen im Mai 1968 im Quartier Latin hatte keine von ihnen den Anschein, als ob sie Regierungen erschüt-

tern konnte oder wollte. Jeder, der erfahren möchte, was eine echte Erhebung alten Stils der Stadtarmen oder ein ernsthafter bewaffneter Aufstand ist und erreichen kann, muß seinen Blick jetzt auch auf die Städte der unterentwickelten Welt richten; auf Neapel, das sich 1943 gegen die Deutschen erhob, auf die Kasbah Algiers im Jahre 1956 (über diese beiden Aufstände sind ausgezeichnete Filme gedreht worden), auf Bogotá im Jahre 1948, vielleicht auf Caracas und sicher auf San Domingo im Jahre 1965.

Die Wirksamkeit der jüngsten Aufstände in westlichen Städten ergibt sich vor allem aus ihrem Zusammenhang mit der politischen Gesamtsituation. In den amerikanischen Ghettos haben sie gezeigt, daß die farbige Bevölkerung nicht länger bereit ist, ihr Schicksal passiv hinzunehmen, und sie haben damit zweifellos die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Farbigen und die Furcht der Weißen beschleunigt, doch sie nahmen noch nicht den Charakter einer unmittelbaren ernsthaften Bedrohung selbst der örtlichen Machtstruktur an. In Paris zeigten sie die Labilität eines anscheinend festen und monolithischen Regimes. (Die tatsächliche Kampffähigkeit der Revoltierenden wurde in Wahrheit niemals erprobt, wenn auch ihr Heldenmut nicht in Frage steht: Nur zwei oder drei Menschen wurden tatsächlich, und zwar mit großer Wahrscheinlichkeit zufällig, getötet.) Anderswo sind die Studentemonstrationen und -aufstände, wenn sie auch innerhalb der Universitäten sehr wirksam waren, außerhalb ihrer Mauern wenig mehr gewesen als ein routinemäßiges Polizeiproblem.

Doch dies mag natürlich für alle städtischen Aufstände zutreffen, weshalb die Untersuchung ihrer Beziehung zu verschiedenen Stadttypen verhältnismäßig unwichtig ist. Das Dublin aus der Zeit Georges eignete sich nicht gut für die Aufstände, und seine Bevölkerung hat keine große Neigung gezeigt, Erhebungen zu initiieren oder auch nur an ihnen teilzunehmen. Die Ostererhebung fand dort statt, weil es die Hauptstadt war und man annahm, daß hier die wichtigsten nationalen Entscheidungen gefällt würden. Und obgleich die Erhebung ziemlich schnell zusammenbrach, spielte sie eine bedeutende Rolle bei der Erringung der irischen Unabhängigkeit, weil die Bedingungen der irischen Situation 1917 bis 1921 dem entsprachen. Petrograd, das von Anfang an nach einem gigantischen, geometrischen Plan erbaut wurde, ist besonders ungeeignet für Barrikaden- oder Straßenkampf, aber die Oktoberrevolution begann und siegte dort. Andererseits hat die sprichwörtliche Unruhe Barcelonas, dessen ältere Teile für Aufruhr fast ideal sind, kaum jemals eine Revolution hervorgebracht. Der katalanische Anarchismus war bis 1936 trotz all seiner Bombenwerfer, Pistoleros und seiner Begeisterung für die direkte Aktion niemals mehr als ein normales Problem der öffentlichen Ordnung für die Behörden, und zwar ein so bescheidenes, daß der Historiker erstaunt ist, wie wenige Polizisten tatsächlich benötigt wurden, ihren Schutz (ziemlich unwirksam) zu gewährleisten.

Revolutionen entstehen aus politischen Situationen und nicht, weil einige Städte ihrer Struktur nach für den Aufstand geeignet sind. Dennoch können eine städtische Revolte oder eine spontane Erhebung das Startzeichen sein, das eine Revolution in Gang setzt. Das Startzeichen funktioniert wahrscheinlicher in Städten, die zu einem Aufstand ermutigen oder ihn erleichtern. Ein Freund des Verfassers, der 1944 den Aufstand gegen die Deutschen im Quartier Latin von Paris befehligt hatte, ging durch den Bezirk am Morgen nach der Nacht der Barrikaden von 1968. Er war beeindruckt und bewegt von der Tatsache, daß die jungen Leute, die 1944 noch nicht geboren waren, mehrere ihrer Barrikaden an den gleichen Plätzen wie damals gebaut hatten - oder, könnte der Historiker hinzufügen, an den gleichen Plätzen, die auch 1830, 1848 und 1871 Barrikaden gesehen hatten. Nicht jede Stadt bietet sich so natürlich einem solchen Vergleich an, und nicht jede Generation von Rebellen erinnert sich der Schlachtfelder ihrer Vorgänger oder entdeckt sie neu. So ereignete sich im Mai 1968 der ernsteste Zusammenstoß bei den Barrikaden der Rue Gay Lussac und hinter der Rue Soufflot. Fast ein Jahrhundert früher kommandierte während der Commune von 1871 der tapfere Raoul Rigault die Barrikaden in demselben Bezirk, wo er - im gleichen Monat Mai - von den Versaillern gefangen genommen und getötet wurde. Nicht jede Stadt ist

wie Paris. Seine Besonderheiten mögen nicht mehr genügen, um Frankreich zu revolutionieren. Doch Tradition und Umgebung sind noch stark genug, ein entwickeltes westliches Land in eine revolutionsähnliche Situation zu bringen.

(Übersetzt von Ursula Kreißig)

Einige Aspekte der Wandlung der menschlichen Produktivkraft in der Industriellen Revolution des Kapitalismus

Ein Beitrag zur Diskussion

von Wolfgang Jonas

Revolutionäre Wandlungen auf dem Gebiet der materiellen gesellschaftlichen Produktivkräfte erfordern gleichfalls revolutionäre Umwälzungen der Arbeitsweise und des damit verbundenen Produktionsdenkens der unmittelbaren Produzenten auf allen Ebenen. Diesem dynamischen Prozeß der Veränderung des Produktionsdenkens ist höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist oft ein langwieriger mühseliger Prozeß, der anhaltendes Training und gezielten Einsatz von Hilfsmitteln erfordert. Unterbleibt eine solche aufmerksame Förderung der Wandlung des Produktionsdenkens, hinkt die Entfaltung neuer Denkweisen - und damit auch effektiver Arbeitsweisen - hinter dem Einsatz einer neuen Produktionstechnik hinterher, so erwachsen aus dieser Diskrepanz hartnäckige Hemmnisse für den weiteren produktionstechnischen Fortschritt. Ist eine neue Produktionstechnik entwickelt, so muß die sich daraus ergebende Arbeitsweise in ihren Elementen und Faktoren, in ihrem Wesen und ihren Parametern analysiert, erfaßt und der großen Masse der Produzenten bewußt gemacht werden, damit sich ein neues Produktionsdenken entsprechend der neuen Produktionstechnik entwickelt. Dieser Prozeß des Umdenkens, des sich neu Einstellens ist durch den Einsatz von Hilfsmitteln wie zum Beispiel Meß- und Kontrolleinrichtungen zu unterstützen, so daß der unmittelbare Produzent während des Arbeitsprozesses die Einhaltung der qualitativ neuen Parameter kontrolliert und dadurch optimal in der neuen Arbeits- und Denkweise trainiert wird.

Im Prinzip gilt das natürlich für jeden Prozeß der Einführung einer neuen Technik auch im einzelnen, doch wird es zu einem grundsätzlichen Problem in Perioden der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in ihrer Gesamtheit. In solchen Perioden sind der qualitative Umbruch der Produktionstechnik und dementsprechend auch die Umgestaltung in der Arbeits- und Produktionsdenkweise unvergleichlich tiefgreifender, umfassender und allgemeiner.

Die Geschichte der Produktivkräfte, insbesondere die der Periode der Industriellen Revolution des Kapitalismus, vermittelt interessante Erfahrungen zu dieser Problematik. Betrachten wir aus diesem außerordentlich breiten und vielschichtigen Komplex einige Aspekte zur Verdeutlichung des Wesentlichen.

Hören wir James Nasmyth, den Erfinder des Dampfhammers, über seinen Lehrer, den englischen Ingenieur und Erfinder der ersten modernen Drehmaschine mit verbessertem Support, Henry Maudslay: "Vor seiner Zeit war keinerlei System über das Verhältnis der Zahl der Gänge zum Durchmesser einer Schraube befolgt worden. Jede Schraubenspindel und -mutter war so eine Besonderheit für sich. Sie besaßen und gestatteten auch keinerlei Gemeinsamkeit mit ihren Nachbarn. So weit war diese Praktik geführt worden, daß alle Spindeln und die entsprechenden Muttern als zueinander gehörig besonders bezeichnet werden mußten. Irgendeine Verwechslung, die bei ihnen vorkam, führte zu endlosem Verdruß und

Zeitaufwand sowie zu fruchtloser Verwirrung, besonders wenn Teile zusammengesetzter Maschinen als Reparaturstücke verwandt werden mußten.

Nur jene, die in diesen verhältnismäßig frühen Tagen des Maschinenbaues lebten, können sich einen hinreichenden Begriff von dem Verdruß, der Verzögerung und den Kosten machen, den dieser vollkommene Mangel an System mit sich brachte. Nur jene können auch die umfassenden Dienste würdigen, die der mechanischen Technik von Herrn Maudslay erwiesen wurden, welcher als erster die praktischen Maßverhältnisse einführte, die sich als nötig erwiesen, um Abhilfe von den Schwierigkeiten zu schaffen. In seinem System der Schraubenschneidmaschinen und in seinen Gewindebohrern und Prägestöcken sowie Schraubengeräten im allgemeinen gab er in der Tat ein Beispiel und die Grundlage für alles, was seitdem in diesem wesentlichen Zweig des Maschinenbaues geschaffen worden ist.¹

Die Einführung der Maschinen und besonders dann der Übergang zur maschinellen Herstellung von Maschinen verlangte unerbittlich erste Formen der Standardisierung von einzelnen Konstruktionsteilen wie zum Beispiel Schrauben und Muttern. Das stellte einen radikalen Bruch zur überkommenen Art und Weise der individuellen handwerklichen Produktion dar. Ein Denken in Normen, systematisierten Größen und Maßen mußte sich durchsetzen und zum Gemeingut aller Produzenten werden. Die Austauschbarkeit von Konstruktionsteilen hatte zur Folge, daß qualitativ neue Maßstäbe an die Maßhaltigkeit, die Genauigkeit und Oberflächenqualität gestellt wurden.

Hören wir noch einmal Nasmyth über Maudslay:

"Die angeborene Wahrheitsliebe und Genauigkeit, die Herrn Maudslay auszeichneten, ließen ihn in hohem Maße bei den Handwerkern jene Art technischer Gewandtheit beachten, die sie befähigte, Einzelteile von Maschinen und Mechanismen herzustellen, bei denen vollkommen ebene Oberflächen erforderlich waren. Dies war eine wesentliche Bedingung für die wirksame und dauerhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten. Zuweilen wurde das mit Hilfe von Drehbank und Support bewirkt. Aber in den meisten Fällen kam man zum Ziele durch den geschickten Gebrauch der Feile, so daß das Planfeilen damals, wie noch heute, eine der höchsten Fertigkeiten des gewandten Handwerkers war. Nicht einer von allen, mit denen ich je zusammentraf, konnte Henry Maudslay im geschicktesten Gebrauch der Feile übertreffen. Mit wenigen meisterlichen Strichen konnte er ebene Flächen erzeugen, so sauber, daß sie bei Überprüfung ihrer Genauigkeit mittels einer Standard-Ebene absoluter Richtigkeit niemals für mangelhaft befunden wurden; sie waren weder konvex noch konkav, noch gewunden.

Die Wichtigkeit, solche Standard-Ebenen zur Hand zu haben, veranlaßte ihn, einige auf die Werkbänke in unmittelbarer Nähe des arbeitenden Handwerkers auflegen zu lassen. Sie konnten damit sogleich ihre Arbeit bequem überprüfen.²

Betrachten wir diese Stelle des Berichts etwas näher. Zunächst einmal die qualitativ höhere Anforderung an die Maßgenauigkeit und Oberflächenqualität; weiterhin: Maudslay beobachtete, analysierte die Arbeitsweise der geschicktesten Arbeiter, machte sie sich zu eigen und verbreitete sie wieder, und drittens: er entwickelte Kontrollmaße, wie in diesem Fall die Standard-Ebene, die, neben den Werkbänken aufgestellt, der ständigen Überprüfung der Einhaltung der Parameter dienen. Die gleichen Beweggründe, die Maudslay veranlaßten, die Standard-Ebene zu entwickeln und neben der Werkbank aufzustellen, führten

1 Nasmyth, James, *Autobiography*, Übers. v. F. Klemm, London 1883, zit. nach Klemm, Friedrich, *Technik. Eine Geschichte ihrer Probleme*, Freiburg/München 1954, S. 289 ff.

2 Ebenda.

ihn auch zur Erfindung des Mikrometers, von Maudslay "Lord-Kanzler" genannt und von Nasmyth als der zuverlässige "Genosse der Werkbank" bezeichnet.

Als eine Form der sehr zielstrebigem Verbreitung der Produktionstechnik und Arbeitsweise sei noch das von 1761 bis 1789 erschienene und von Réaumur zusammengestellte Werk der französischen Akademie der Wissenschaften "Descriptions des arts et métiers" erwähnt.

In 121 Teilen mit über 1000 Kupferstichen werden technische Vorrichtungen und Arbeitsprozesse, bis ins kleinste Detail eindringend, in Wort und Bild beschrieben. Musterbeispiele von minutiösen Arbeitsstudien sind darin enthalten. "Der Meßkünstler, der Mechaniker, der Chymiste werden einem verständigen Künstler Einsichten an die Hand geben, um die Hindernisse zu übersteigen, deren zu entledigen er sich nicht getrauet hat. Sie werden ihn auf den Weg bringen, neue, nützliche Sachen zu erfinden. Zu gleicher Zeit aber werden sie von ihm lernen, welches die Teile der Theorie sind, auf welche man sich hauptsächlich befließen muß, um das praktische Verfahren desto mehr aufzuklären und eine große Anzahl von zärtlichen Arbeiten, die von der Richtigkeit des Augenmaßes oder von einem geschickten Handgriff abhängen und deren Gelingen nur öfters allzu ungewiß ist, auf sichere und gewisse Regeln zu bringen.

Dieses war die Absicht der Akademie der Wissenschaften, die ihre Arbeiten beständig auf das Nützliche richtet, als sie denen Mitgliedern, woraus sie besteht, die Begierde einflößte, an der Beschreibung der Künste zu arbeiten."³

Heben wir aus dieser Begründung noch einmal zwei Gesichtspunkte heraus: erstens genaueste textliche und bildliche Beschreibung des Arbeitsprozesses; zweitens Formulierung von "sicheren und gewissen Regeln", die eine zuverlässige Beherrschung der Produktionstechnik gewährleisten.

Und nun sei ein völlig abrupter Sprung gestattet und den oben gegebenen Äußerungen von Zeitgenossen der Industriellen Revolution der Auszug aus einer Rede, die 1964 der damalige Vorsitzende des Forschungsrates unserer Republik P. A. Thießen gehalten hat, gegenübergestellt:

"Wenn Sie sich in den Betrieben umsehen, so entdecken Sie oft, daß verbindlich dokumentierte, mit nachprüfbar Merkmalen ausgestattete Prozeßbeschreibungen und Prozeßanleitungen fehlen. Solange das der Fall ist, kann nicht erwartet werden, daß sich in der Produktion neue Denkweisen, neue Arbeitsmethoden durchsetzen."

Und speziell auf die Halbleiterfertigung eingehend, heißt es weiter:

"Unsere Halbleiter verlangen eine ganz besondere Denk- und Arbeitsweise: das Denken in den Kategorien des fehlgeordneten Zustandes, das Denken in Reinheitsgraden, die weit über das hinausgehen, was wir bisher gewohnt waren. Selbstverständlich können wir von keinem Arbeiter erwarten, daß er diese Zusammenhänge von sich aus erkennt. Unsere Pflicht ist es, diese Zusammenhänge zu erforschen und für das betriebliche Geschehen soweit auszuwerten, daß wir entsprechende Anleitungen in die Betriebe geben können... Wir können nicht warten, bis sich das wissenschaftliche Denken in diesen Kategorien, das Erkennen der theoretischen Zusammenhänge soweit durchgesetzt haben, daß es gewissermaßen zum Stand jeder Allgemeinbildung gehört. Bis dahin bleibt nichts anderes übrig, als verständliche und verbindliche Anleitungen für die Verfahren zu geben, die dokumentiert und mit Kontrollorganen ausgestattet werden müssen, also mit Meßgeräten, die erkennen lassen, ob die vor-aussehbar, genau bestimmbar Bedingungen des Prozesses auch eingehalten werden... Die Folgerung daraus ist, zu beobachten, mit den Arbeitern aller Kategorien eng zusam-

³ Descriptions des arts et métiers, H. 1, Paris 1761, Übers. v. J. H. G. v. Justi, in: Schauplatz der Künste und Handwerke, Bd. 1, Berlin 1762, S. 5.

menzuarbeiten, sie anzuleiten, aber auch aufzunehmen, was sie selbst bei der Durchführung der Prozesse beobachtet haben. Ich möchte gerade auf diese Bedingungen mit aller Deutlichkeit hinweisen... Mir ist einmal entgegengehalten worden: Wenn wir die Mittel der neuen Technik doch bald bekommen, wozu sollen wir dann das durchdenken, womit wir jetzt noch arbeiten? - Ja, wer glaubt denn, daß die Mittel der neuen Technik ein besseres Schicksal erleiden als die Mittel, die den betreffenden Technikern und Arbeitern jetzt zur Verfügung stehen?...

Wir haben eine Stelle, wo dieser Zusammenhang richtig erkannt worden ist. Denken Sie doch an die Methoden, nach denen etwa bei unseren bewaffneten Kräften die Geräte und die Waffen eingesetzt werden. Für jedes Gerät und für jede Waffe gibt es eine Beschreibung über die Zusammensetzung, über die Materialien, über das Zusammenwirken der Teile für ihren Einsatz. Wenn sich unsere bewaffneten Kräfte auch auf den Standpunkt stellten, wozu sollen wir uns bemühen, das Zusammenwirken der Teile eines Gerätes niederzuschreiben und zu erlernen, wenn wir ja doch über Jahr und Tag - und das liegt in der Natur der Sache - neue Waffen und Geräte bekommen, so würde das bedeuten, daß für solche Geräte Beschreibungen und Anleitungen niemals vorhanden wären.⁴

Gewinnt diese Gegenüberstellung von richtungsweisenden Äußerungen aus zwei Epochen beginnender revolutionärer Umwälzungen der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht einen überraschend interessanten Aspekt? Was stellen wir an Gemeinsamem fest?

1. einsetzende revolutionäre Umgestaltung der Produktionstechnik,
2. zielstrebige Orientierung auf die qualitative Wandlung der Arbeitsmethoden und Denkweisen in der Produktion

und in bezug auf die Methoden

3. detaillierte Beschreibung der Produktionstechnik und ihrer Wirkungsweise,
4. Erfassung der Erfahrungen der geschicktesten Arbeiter und Anfertigung von Arbeitsstudien und ihre Verallgemeinerung,
5. Ausarbeitung von Regeln und Prozeßanleitungen,
6. besonderer Einsatz von Meßgeräten und Kontrollorganen.

Im Grunde genommen geht es in beiden Fällen um das Problem, wie in Perioden der revolutionären sprunghaften Entwicklung der Produktionstechnik zu sichern ist, daß die Arbeits Erfahrung und Arbeitsfertigkeit optimal sich entfalten können und ein mögliches Hinterherhinken nicht zum Hemmnis für den weiteren technischen Fortschritt wird. Natürlich ist zu beachten, daß diese beiden gegenübergestellten Prozesse unter diametral entgegengesetzten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen verlaufen und von einem grundsätzlich verschiedenen Niveau der gesellschaftlichen Produktivkräfte ausgehen. Dadurch unterscheiden sich Voraussetzung, Form, Bedingung und Realisierungsmöglichkeit weitestgehend. Es bedarf in diesem Zusammenhang keiner ausführlichen Begründung, daß den sozialistischen Produktionsverhältnissen durch die Freisetzung der schöpferischen Kräfte der Produzenten ganz andere Potenzen innewohnen, die Qualität der Arbeitskraft auf das notwendige, der neuen Technik entsprechende Niveau zu heben, während gerade aus dem Antagonismus der kapitalistischen Ordnung der Realisierung dieser Aufgabe starke Hemmnisse erwachsen.

⁴ Thießen, Peter Adolf, Dynamisch denken und arbeiten, in: Technische Gemeinschaft, H. 1/1964, S. 2.

Sofern es sich um die Akkumulation rein technischer Arbeitserfahrungen und Fertigkeiten handelt, können wir eine interessante Ähnlichkeit der Methoden feststellen. Um so unterschiedlicher, ja diametral entgegengesetzt, sind die Methoden, die Masse der Produzenten an neue Formen der Beziehungen der Menschen untereinander heranzuführen, wie sie sich als Folge revolutionärer Prozesse im Bereich der gesellschaftlichen Produktivkräfte ergeben. Als Beispiel sei nur erwähnt, mit welcher ungeheuren Brutalität das sich entwickelnde Industrieproletariat in die kapitalistische Arbeitsdisziplin gepreßt wurde und wie demgegenüber die kameradschaftliche Hilfe und gegenseitige Erziehung Hauptform der Entfaltung der sozialistischen Arbeitsdisziplin ist.

Diese Ausführungen erheben in keiner Weise den Anspruch, das Problem der Durchsetzung des Gesetzes der Übereinstimmung der Arbeitserfahrungen und -fertigkeiten mit dem jeweiligen Stand der Produktionstechnik auch nur annähernd in seiner ganzen Breite und Vielgestaltigkeit zu behandeln.

Sie sollten jedoch die Aufmerksamkeit der Historiker der Produktivkräfte auf die dringende Erforschung der Entwicklung der menschlichen Produktivkraft in ihrer Bezogenheit auf das Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktivkräfte lenken.

Die Besondere der Entwicklung der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert ist die Tatsache, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur durch die Revolutionen, sondern auch durch die Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, ermöglicht wurde. Diese Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, waren die Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte in den verschiedenen Ländern.

Die Besondere der Entwicklung der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert ist die Tatsache, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur durch die Revolutionen, sondern auch durch die Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, ermöglicht wurde. Diese Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, waren die Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte in den verschiedenen Ländern.

Die Besondere der Entwicklung der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert ist die Tatsache, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur durch die Revolutionen, sondern auch durch die Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, ermöglicht wurde. Diese Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, waren die Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte in den verschiedenen Ländern.

Die Besondere der Entwicklung der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert ist die Tatsache, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur durch die Revolutionen, sondern auch durch die Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, ermöglicht wurde. Diese Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, waren die Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte in den verschiedenen Ländern.

Die Besondere der Entwicklung der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert ist die Tatsache, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur durch die Revolutionen, sondern auch durch die Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, ermöglicht wurde. Diese Reformen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, waren die Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte in den verschiedenen Ländern.

Zur zyklischen Entwicklung in Westdeutschland seit dem Ende des zweiten Weltkrieges

von Siegbert Kahn

In den Einschätzungen der seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Westdeutschland eingetretenen Entwicklung wie auch in den Diskussionen über den Charakter und die Wirkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus spielte die Frage der "langanhaltenden Konjunktur" von 1950 bis 1966 eine wichtige Rolle. Zeitweise wurde sogar die Behauptung aufgestellt, es gelänge dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Produktion noch vor dem Ausbruch einer zyklischen Krise einzuschränken, so daß die "Überproduktion von Waren nicht erst auf dem Markt in Erscheinung tritt". Noch im Jahre 1965 wurde ernsthaft davon gesprochen, daß "kein Zyklus in klassischer Gestalt mehr erwartet werden" kann.

Es ließen sich noch viele ähnliche Behauptungen von bürgerlicher, aber auch von marxistischer Seite bis hin zur angeblichen "Beseitigung des Konjunkturzyklus" anführen, die - allerdings untaugliche - Versuche darstellten, eine "Erklärung" für die langanhaltende Konjunkturperiode der Nachkriegsjahre zu finden, jedoch alle unbewiesen blieben. Sie waren meistens auf eine ungenügende Untersuchung der tatsächlichen Entwicklung zurückzuführen.

Ein besonders schwerwiegender Fehler bestand offensichtlich darin, daß als Vergleichsmaßstab die Periode zwischen den beiden Weltkriegen, und insbesondere die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932, benutzt wurde, die aber als Vergleichsmaßstab völlig ungeeignet ist. In der ganzen Geschichte des Kapitalismus hat es weder vorher noch nachher eine ökonomische Krise von solchen verheerenden Ausmaßen gegeben, so daß sie mit gutem Grund als eine Ausnahme angesehen werden kann, deren Ursachen gesondert untersucht werden müßten, was bisher leider noch nicht geschehen ist.

Dagegen aber gibt es eine ganze Reihe von Beispielen aus der Geschichte der zyklischen Krisen in Deutschland, daß ganze Zyklen ohne jeden oder wenigstens ohne nennenswerten jährlichen Rückgang der gesamten Industrieproduktion verliefen. Allerdings traten größere oder kleinere Rückgänge in den einzelnen Industriezweigen ein. Das trifft zum Beispiel für die Zyklen von 1879 bis 1886, von 1886 bis 1894 und von 1895 bis 1902 zu. Es kann nicht geleugnet werden, daß es sich bei den genannten Perioden um echte ökonomische Zyklen handelte. Doch in den Jahren von 1879 bis 1886 trat lediglich im Jahre 1880 ein geringfügiger Rückgang der gesamten Industrieproduktion um 2 bis 3 Prozent ein. In dem folgenden Zyklus von 1886 bis 1894 trat nur im Jahre 1892 ein ebenfalls geringfügiger Rückgang der industriellen Gesamtproduktion um etwa 3 Prozent ein. In dem Zyklus von 1895 bis 1902 war die gesamte Industrieproduktion in keinem vollen Jahr geringer als im Vorjahr.

Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, auf die eine ganze Reihe besonderer Faktoren einwirkte, und insbesondere die "langandauernde Konjunktur" dieser Periode, ist also im Rahmen der gesamten Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland, wenn man von der Periode zwischen den beiden Weltkriegen absieht, keineswegs außergewöhnlich.

Die Kampfhandlungen des zweiten Weltkrieges, die in den letzten Monaten auf deutschem Boden stattfanden, und die schließliche militärische Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus hatten die deutsche Wirtschaft fast vollkommen zum Erliegen gebracht. Als der Kampflärm verstummte war, hatte auch die industrielle Produktion nahezu völlig aufgehört, das Transportwesen war zum Stillstand gekommen und das Verteilungssystem zusammengebrochen. Es gab innerhalb der Grenzen keinen Warenaustausch mehr, vom Außenhandel ganz zu schweigen. Nur unter unsäglichen Schwierigkeiten und erst unglaublich langsam kam das wirtschaftliche Leben, das ja die Voraussetzung für das Leben überhaupt bildet, wieder in Gang.

Die statistischen Angaben über die Industrieproduktion wie über die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland in den ersten Jahren nach Kriegsende sind naturgemäß äußerst dürftig und überdies nicht sehr zuverlässig. So gibt es zum Beispiel kaum brauchbare statistische Angaben über die Industrieproduktion während der zweiten Hälfte des Jahres 1945. Doch kann angenommen werden, daß sie monatlich nicht höher war als 15 bis 18 Prozent des Monatsdurchschnitts von 1938, des letzten vollständigen Vorkriegsjahres.

Vom Jahre 1946 an gibt es einen Index der Industrieproduktion in der Bizone. Er ist nicht sehr zuverlässig und beruht überdies auf dem Basisjahr 1936. Er gibt daher ein ungenaues und zu günstiges Bild, weil die Industrieproduktion von 1936 bis 1938 noch um etwa 17 Prozent stieg. Basieren wir die Zahlen auf das Jahr 1938 um, so erreichte die Industrieproduktion der Bizone im Gesamtdurchschnitt des Jahres 1946 nur etwa 29 Prozent des Vorkriegsstandes. Je Kopf der von 1939 bis 1946 um mehr als 13 Prozent angewachsenen Bevölkerung erreichte die Industrieproduktion der Bizone im Jahre 1946 nur etwa ein Viertel ihres Standes von 1938.

Bei diesen Gesamtzahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Wirtschaftsstruktur 1946 völlig verzerrt war. Die Grundstoffindustrien hatten einen durch Kriegs- und Nachkriegserfordernisse überdurchschnittlichen Anteil an der industriellen Gesamterzeugung. Allein der Kohlenbergbau erbrachte mehr als 10 Prozent des Bruttoproduktionswertes und beschäftigte mehr als 14 Prozent der Arbeiter und Angestellten der Industrie der Bizone.

Im Durchschnitt des Jahres 1947 stieg die Industrieproduktion auf etwa 34 Prozent ihres Standes von 1938, pro Kopf der Bevölkerung berechnet also auf rund 30 Prozent. Es war ganz offensichtlich, daß sowohl die westlichen Besatzungsmächte als auch die westdeutschen Unternehmer, vor allem die großen Monopole, die Industrieproduktion zurückhielten. Die einen, um die deutsche Konkurrenz auszuschalten, sich ihrer Auslandsmärkte zu bemächtigen und eine umfassende, nahezu koloniale Ausplünderung Westdeutschlands betreiben zu können. Die anderen, die westdeutschen Monopolherren, bremsten die Industrieproduktion, weil die Fragen der künftigen Entwicklung Deutschlands, ihres Besitzes und ihres Schicksals noch ungeklärt und äußerst ungewiß waren.

Doch schon im ersten Halbjahr 1948 war die künftige Entwicklungsrichtung Westdeutschlands für den Eingeweihten ganz klar zu erkennen. Der damalige amerikanische Außenminister Marshall verkündete schon am 19. Dezember 1947 in einer Rundfunkrede in Washington: "Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken."

Anfang 1948 wurde auf Anordnung der englischen und amerikanischen Militärgouverneure der Wirtschaftsrat der Bizone umgebildet und durch eine zweite Kammer, den sogenannten Länderrat, ergänzt. Eine "Bank deutscher Länder", mit allen Rechten und Attributen einer Notenbank ausgerüstet, wurde gegründet und die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan beschlossen. Die separate Währungsreform warf bereits ihre Schatten voraus. In jenen Wochen, Anfang 1948, erklärte Heinrich Dinkelbach, ehemaliger Finanzdirektor des früheren größten deutschen Stahltrusts, der Vereinigten Stahlwerke AG, der von den

westlichen Besatzungsmächten mit der "Entflechtung" der westdeutschen Montanindustrie beauftragt worden war:

"Wenn ich in der glücklichen Lage wäre, Besitzer eines Aktienpaketes, sagen wir der Klöckner-Werke oder der Vereinigten Stahlwerke zu sein, dann brauchte ich mich nicht in meinem Recht gekränkt fühlen, sondern könnte in dieser oder jener Form eine ausreichende Entschädigung oder eine entsprechende Anteilnahme an dem ferneren Verlauf der Dinge erwarten."

Im ersten Halbjahr 1948 erhöhte sich die Industrieproduktion der Bizone im Vergleich zu der entsprechenden Zeit 1947 um rund 40 Prozent und erreichte etwa 42 Prozent ihres Vorkriegsstandes. Im Juni 1948 wurde die separate Währungsreform in Westdeutschland vorgenommen, und die industrielle Erzeugung stieg in einem noch weiter beschleunigten Tempo; denn jetzt war offenbar geworden, daß die Signale für die Monopole auf "freie Fahrt" standen. Die Produktion schnellte im zweiten Halbjahr 1948 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1947 um über 60 Prozent in die Höhe und erreichte im Dezember 1948 rund 67 Prozent ihres Standes von 1938.

Jetzt hatte das begonnen, was später als das "deutsche Wirtschaftswunder" bezeichnet wurde. Unter dem von Erhard und seinen Mitarbeitern erfundenen Schlagwort der "freien Marktwirtschaft" wurde die gesamte "Zwangswirtschaft" aufgehoben, das heißt die Rationierung und der Preisstopp, die zwar für den faschistischen Raubkrieg eingeführt worden waren, aber nach seinem Ende beibehalten werden mußten, um angesichts des Hungers und des Mangels den Werkträgern wenigstens das elementarste Lebensminimum zu sichern.

Die Aufhebung der Rationierung und des Preisstopps gab den Monopolen völlig freie Hand, die Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung zu beschleunigen. Von Mai 1948, also von der Zeit vor der Währungsreform, bis zum Dezember 1948 erhöhten sich nach den Berechnungen des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln die Lebenshaltungskosten in den Westzonen um rund 25 Prozent. Die Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter stiegen jedoch um nicht einmal 8 Prozent. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am Nettoproduktionswert, verringerte sich - ebenfalls nach Berechnungen des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften - von 83 Prozent im Juni auf nur noch 43 Prozent im Dezember 1948. Es trat also eine gewaltige Verschlechterung sowohl der relativen als auch der absoluten Lage der Arbeiterklasse, eine ungeheure Erhöhung ihrer Ausbeutung ein, und vor allem diese erhöhte Ausbeutung, ausgelöst durch die separate Währungsreform, war Ursache und Ausgangspunkt des "deutschen Wirtschaftswunders".

Ein weiterer Anstoß für die schnelle Wirtschaftsentwicklung bestand in der Realisierung der Kriegsgewinne der Monopole mit Hilfe der DM-Umstellung der westdeutschen Aktiengesellschaften auf der Grundlage der separaten Währungsreform. Während sich die Spareinlagen bei den öffentlichen Sparkassen Westdeutschlands durch die Währungsreform um über 95 Prozent verringerten, nahm das Aktienkapital der westdeutschen Aktiengesellschaften rechnerisch nur um knapp 16 Prozent ab. Doch schon nach kurzer Zeit überstieg das westdeutsche Aktienkapital wieder seinen Vorkriegsstand, obgleich die Gesellschaften Kriegsverluste angegeben hatten, die teilweise die Höhe ihres Aktienkapitals übertrafen. Die in Form von stillen Reserven angesammelten Kriegsgewinne glichen jedoch alle Verluste bei weitem aus. Die Konzerne gingen daher in gewisser Weise gestärkt aus dem Kriege hervor und konnten sofort nach der Währungsumstellung ihre erneute Expansion in Angriff nehmen.

Ein zusätzlicher Stimulus für den schnellen Aufstieg der westdeutschen Wirtschaft ging vom Beginn des Marshallplans aus, mit dessen Hilfe nach der Währungsreform eine gewisse Menge an industriellen Rohstoffen und in geringerem Umfang auch an Produktions-

mitteln nach Westdeutschland hineingepumpt wurde. Die Industrieproduktion stieg im Jahresdurchschnitt 1949 gegenüber dem Vorjahr erneut um etwa 42 Prozent. Schon Anfang 1950 aber machte sich eine beträchtliche Verlangsamung des Wachstumstempos bemerkbar. Einmal war die industrielle Erzeugung in die vorhandenen Produktionskapazitäten hineingewachsen. Zum anderen aber begann sich der erheblich verstärkte Widerspruch zwischen der stark angestiegenen Produktion und dem mangels-Kaufkraft in der Entwicklung zurückgebliebenen Markt bemerkbar zu machen.

Da begann im Juni 1950 der amerikanische Überfall auf Nordkorea. Der "Korea-Boom" setzte ein, in den Westdeutschland als zusätzlicher Lieferant schnell hineingezogen wurde. Die Zunahme der Industrieproduktion beschleunigte sich wieder ganz beträchtlich. Sie betrug im ersten Vierteljahr 1950, vor dem amerikanischen Überfall, nur etwa 16 Prozent, im vierten Vierteljahr dagegen, nach dem Beginn des Überfalls, etwa 34 Prozent. Im Gesamtdurchschnitt des Jahres 1950 nahm die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um rund 26 Prozent zu. In diesem Jahr erreichte sie ungefähr den Stand des Jahres 1938 und überschritt ihn gegen Ende des Jahres beträchtlich.

Seit den Jahren 1950/51, als die westdeutsche Industrieproduktion ihren Vorkriegsstand wieder erreichte, kann man von dem Beginn eines normalen kapitalistischen Reproduktionsprozesses in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg sprechen. Stand in den vorhergehenden Jahren im wesentlichen die Aufgabe im Vordergrund, die vorhandenen industriellen Produktionskapazitäten wiederherzustellen und in Gang zu setzen, so begann jetzt erst eigentlich ihre Erweiterung. Obgleich der "Korea-Boom" noch weiter wirkte, schwächte er sich bereits 1951 merklich ab. Die Industrieproduktion wuchs aber immer noch um rund 17 Prozent.

Im Jahre 1952 sank die Zuwachsrate der Industrieproduktion auf etwa 6,5 Prozent. Doch diese allgemeine Zahl sagt nichts über die Entwicklung im einzelnen aus. Die statistischen Details zeigen uns, daß diese Zuwachsrate das Resultat aus zwei sehr unterschiedlichen Tendenzen ist, nämlich einer echten und scharfen Krisensituation in einer Reihe von Industriezweigen und der weiteren schnellen Zunahme der Erzeugung anderer Industrien.

Ein schnelles Wachstum im gesamten Durchschnitt des Jahres wiesen der Stahlbau, der Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau, die elektrotechnische und die feinmechanisch-optische Industrie, also die ausgesprochenen Investitionsgüterindustrien auf, aber auch die Eisen- und Stahlindustrie und alle Zweige des Bergbaus (Kohlen-, Eisen- und Metallerz- sowie Kalibergbau und Erdölgewinnung) nahmen kräftig zu. Doch auch bei fast allen diesen Industrien verlangsamte sich die Zuwachsrate in der zweiten Hälfte oder gegen Ende des Jahres ganz erheblich.

Einen Rückgang ihrer Erzeugung im Jahresdurchschnitt und eine ernste Krise in einer Reihe von Monaten hatten einige vorwiegende Zweige der Verbrauchsgüterindustrien zu verzeichnen. Dazu gehörten Teile der Chemieindustrie, insbesondere die Chemiefasererzeugung, die Textilindustrie, die Glasindustrie, die keramische Industrie, die Holz-, die Papier- und die Zellstoffindustrie. Der Anteil der von der Krise betroffenen Industrien betrug rund 20 Prozent der gesamten westdeutschen Industrieproduktion.

Die "Talsohle" erreichte die Chemiefasererzeugung im April 1952 mit einem Rückgang um 48 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, die Textilindustrie im Juni mit einem Rückgang um 20 Prozent, die Flachglasindustrie im Juli mit 28 Prozent, die Sägewerkproduktion schon im März mit 20 Prozent und die Papier- und Zellstoffindustrie im Juli mit 22 Prozent.

Die Krisensituation setzte sich im Jahre 1953 noch weiter fort. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion erhöhte sich zwar im Gesamtdurchschnitt wieder auf 8,6 Prozent, aber in

diesem Jahr blieben die Investitionsgüterindustrien mit einer Zunahme von nur 3,3 Prozent weit hinter dem Gesamtzuwachs zurück, während die Erzeugung der Verbrauchsgüterindustrien sich um mehr als 15 Prozent erhöhte. Das wurde vor allem durch ein sprunghaftes Ansteigen des "Verbrauchercredits" herbeigeführt.

Dagegen hatten in diesem Jahr die Eisen- und Stahlindustrie und der Maschinenbau eine echte Krise. Den Tiefpunkt erlebte der Maschinenbau im Mai mit einem Rückgang um 9 Prozent, die Eisen- und Stahlindustrie im September mit 14 Prozent gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Auch die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie verzeichnete 1953 einen Produktionsrückgang, der schon im Februar mit rund 9 Prozent zum Vorjahr seinen tiefsten Punkt erreichte. Die im Jahre 1953 von der Krise betroffenen Industriezweige besaßen einen Anteil von 22,5 Prozent an der westdeutschen Industrieproduktion, so daß in den beiden Jahren 1952 und 1953 mehr als 42 Prozent der westdeutschen Industrie von einer Krise erfaßt wurden, die den Vergleich mit den meisten Krisen vor dem ersten Weltkrieg aushält.

Der neue Aufschwung brachte 1954 eine Zuwachsrate der Industrieproduktion von 11,7 Prozent, die sich im Jahre 1955 noch bis auf rund 15 Prozent erhöhte. Diese beiden Jahre waren in Westdeutschland durch einen "Investitionsboom" von bis dahin unerhörtem Ausmaß gekennzeichnet. Die Erzeugung der Investitionsgüterindustrien nahm um 18 und 23 Prozent zu, aber auch die der Verbrauchsgüterindustrien wuchs noch um etwa 9 und 11 Prozent. Das Tempo des Aufschwungs geht am besten aus einigen Einzelangaben hervor. Im Durchschnitt des Jahres 1955 war die Erzeugung des Maschinenbaus um 37 Prozent, des Fahrzeugbaus um 71 Prozent, des Schiffbaus um 49 Prozent und der elektrotechnischen Industrie um 54 Prozent höher als im Jahre 1953. Diese außerordentlichen Ergebnisse wurden selbstverständlich nicht ohne die Hilfe staatsmonopolistischer Maßnahmen wie steuerliche und kreditpolitische Vergünstigungen verschiedener Art erzielt.

Doch schon im Jahre 1956 begann die Zuwachsrate der Industrieproduktion wieder auf 8 Prozent zurückzugehen, jedoch war das Wachstum in den verschiedenen Industriezweigen ausgeglichener. Im Jahre 1957 machten sich erneut erste Krisenanzeichen bemerkbar. Das Gesamtwachstum war auf 4,7 Prozent gefallen, aber der Steinkohlenbergbau stagnierte, und das Baugewerbe verzeichnete bereits einen Rückgang um 5 bis 6 Prozent. In der zweiten Jahreshälfte setzten Rückschläge in der Eisen- und Stahlindustrie, der Glasindustrie, der Holz- und der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie ein.

Im Jahre 1958 schließlich sank die Zuwachsrate der Industrieproduktion auf 2,9 Prozent ab, die Krise kam offen zum Ausbruch. Wiederum jedoch erfaßte sie nicht die gesamte Industrie, sondern nur einzelne Zweige. Sie wirkte vor allem im Steinkohlen- und im Eisen- und Metallergbergbau. Aber auch die Erzeugung der Eisen- und Stahlindustrie sank im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent, die Holzindustrie, der Stahlbau, der Maschinenbau, die feinmechanische und optische Industrie, die Stahlverformung, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, die Leder- und Schuhindustrie und die Textil- und Bekleidungsindustrie bekamen die Krise zu spüren und hatten in einzelnen Monaten oder sogar im Jahresdurchschnitt Produktionsrückgänge. Wieder waren es mehr als 42 Prozent der westdeutschen Industrieproduktion, die von der Krise betroffen wurden. Der Tiefpunkt der Krise lag in fast allen von ihr erfaßten Industriezweigen im Mai des Jahres 1958, die Produktionsrückgänge schwankten zwischen 3 und 13 Prozent.

Spielt bei allen zyklischen Krisen und Schwankungen der technische Fortschritt eine wesentliche Rolle, so gewann er nach dem zweiten Weltkrieg eine besondere Bedeutung. Er äußerte sich in den Jahren bis 1957/58 vor allem in dem überaus schnellen Wachstum der "neuen" Industrien, der Chemieindustrie, der Automobil- und Elektroindustrie, der Mineralölindustrie und des Maschinenbaus, der als Motor des technischen Fortschritts bezeichnet werden kann. Das Wachstum vor allem dieser Industriezweige war es, das Rückgänge zyklischer

Art, die in anderen Industriezweigen auftraten, kompensierte und zum Teil überkompensierte. Ab 1957/58 tritt jedoch eine neue Erscheinung hinzu, nämlich das Absterben anderer Industriezweige, das also, was inzwischen als "Strukturkrise" bezeichnet wird.

Solche "Strukturkrisen", die chronischen Charakter annehmen, beobachten wir in Westdeutschland im Kohlenbergbau, im Eisen- und Metallerzbergbau, in gewissen Teilen der Eisen- und Stahlindustrie, in der Leder- und der Textilindustrie, um nur die wichtigsten zu nennen. Der Kapitalismus "löst" diese Strukturkrisen wie die zyklischen Krisen durch gewaltige Kapitalvernichtung, deren Kosten aber dem Steuerzahler aufgebürdet werden, und indem Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten enturzelt werden. Die Strukturkrisen werden in dieser oder jener Form während der weiteren Existenz des Kapitalismus bis zu seinem Ende bestehen bleiben und seine Manövriertfähigkeit weiter einengen.

Der neue Aufschwung brachte 1959 eine Zuwachsrate der industriellen Erzeugung von 7,7 Prozent, 1960 sogar wieder von 11,6 Prozent. Doch schon 1961 setzte ein Rückgang des Wachstums auf nur noch 5,8 Prozent ein, das sich 1962, als sich erneut erste Anzeichen einer Krise zeigten, weiter auf 4,4 Prozent verminderte. Die chronische Strukturkrise im Kohlen-, Eisen- und Metallerzbergbau wirkte fort. Auch im Schiffbau war die Krise, die bereits 1958 deutlich zutage getreten war, zu einer Dauererscheinung geworden. Die Eisen- und Stahlindustrie, insbesondere die Gießereien, Ziehereien und Kaltwalzwerke, die Nichteisenmetallindustrie, die Uhrenindustrie und die Lederindustrie, erlitt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum Produktionsrückgänge.

Im Jahre 1963 setzten sich der Rückgang der Zuwachsrate der Industrieproduktion auf 3,4 Prozent und die Krise in den schon 1962 betroffenen Industriezweigen fort, zu denen nun noch die Glas-, Holz- und keramische Industrie, der Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie hinzutraten. Rund ein Drittel der westdeutschen Industrieproduktion wurde diesmal in die Krise einbezogen; die Produktionsrückgänge betragen im Jahresdurchschnitt im Maschinenbau 4 Prozent, in der Eisen- und Stahlindustrie 9 Prozent, im Schiffbau 11 Prozent und im Eisenerzbergbau 22 Prozent.

Der neue Aufschwung, der in den letzten Monaten des Jahres 1963 einsetzte, erreichte bereits 1964 mit einem Produktionszuwachs von 9,7 Prozent seinen Höhepunkt. Aber schon 1965 verminderte sich die Zuwachsrate wieder auf 5,7 Prozent. Im Jahre 1966, das eine Zuwachsrate von nur noch 1,4 Prozent aufwies, begann die neue Krise, die sich als die schwerste seit dem Ende des zweiten Weltkrieges erwies.

Im Jahre 1967 trat in der industriellen Erzeugung Westdeutschlands zum ersten Mal im Jahresdurchschnitt ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr ein, und zwar um rund 2,5 Prozent. Wiederum aber spiegelt der Gesamtdurchschnitt nicht das Ausmaß der Krise in den einzelnen Industriezweigen wider.

Am schwersten wütete die Krise diesmal in einigen der ausgesprochenen "Wachstumsindustrien", die dem Bereich der Investitionsgüterindustrien angehören, so vor allem im Maschinen- und im Straßenfahrzeugbau. Im Maschinenbau war die Erzeugung im Jahresdurchschnitt um 7,4 Prozent, im Fahrzeugbau sogar um 15 Prozent niedriger als 1966. Nur ganz wenige Industriezweige, die chemische Industrie, die Mineralölindustrie und die Kunststoffindustrie als die wichtigsten, wurden von der Krise verschont, alle übrigen Industrien wurden mehr oder weniger stark von ihr betroffen.

Eine genauere Betrachtung der Tatsachen, insbesondere aber die Erfahrungen des Jahres 1967, zeigen unwiderlegbar, daß die "Überwindung des ökonomischen Zyklus", von der bürgerliche Ökonomen geschwafelt haben, entweder ein Betrug oder aber eine Illusion ist, die mit der Wirklichkeit nicht das geringste zu tun hat. Die Wirtschaftsentwicklung seit dem En-

de des zweiten Weltkrieges ging auch in Westdeutschland in ganz stark ausgeprägten Zyklen vor sich, die nicht zu übersehen sind.

Aus den auf den vorstehenden Seiten grob skizzierten Tatsachen kann man aber nicht nur ableiten, daß der zyklische Charakter des kapitalistischen Reproduktionsprozesses selbstverständlich bestehen bleibt, sondern auch, daß sich die Dauer der Zyklen verkürzt. Rechnet man den ersten Nachkriegszyklus vom Kriegsende bis 1952, so umfaßt er sieben Jahre. Der zweite Zyklus von 1952 bis 1958 dauerte sechs Jahre, der dritte von 1958 bis 1963 nur noch fünf Jahre, und der vierte von 1963 bis 1967 dehnte sich nur noch über vier Jahre aus.

Es erweist sich weiter, daß die "langanhaltende Konjunktur" von 1950 bis 1966 nur ein äußerer Schein ist, der durch die nivellierende Wirkung der Statistik der industriellen Gesamt-erzeugung im Jahresdurchschnitt hervorgerufen wird. Betrachtet man die Entwicklung jedoch nicht im Gesamtdurchschnitt, sondern in den einzelnen Industriezweigen und in kürzeren Zeiträumen (Monaten), so ergibt sich ein anderes, viel differenzierteres Bild. Zwar trat in dem betrachteten Zeitabschnitt keine allgemeine, alle Industriezweige erfassende Krise ein. Eine solche Krise aber gab es wahrscheinlich auch in anderen Perioden nicht. Es gab zu allen Zeiten Industrien, die noch ein größeres oder geringeres Wachstum aufwiesen, wenn andere Industrien sich bereits in einer Krise befanden. Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Industrien ist eine Folge der unvermeidlichen Disproportionen der kapitalistischen Wirtschaft.

Doch zeigt die Erfahrung auch ganz eindeutig, daß keine Rede davon sein kann, daß die industrielle Erzeugung - durch Maßnahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch "Planung" des Staates oder der Monopole oder auf andere Weise - noch vor dem Ausbruch einer zyklischen Krise eingeschränkt wurde, so daß keine Überproduktion in Erscheinung trat. Es gab in den Jahren seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht nur Kohlen- und Kokshalden, sondern zeitweilig "Stahlhalden", "Textilhalden", "Kühlschrankhalden", "Fernsehgerätekalden", "Automobilhalden" und so weiter, Beweise also für die auch auf dem Markt in Erscheinung getretene Überproduktion auf bestimmten Gebieten. Auch im Lichte der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre in Westdeutschland erweist sich der "krisenfreie Kapitalismus" mit seiner "immerwährenden Prosperität" als eine Märchenfigur aus dem Legendenschatz der kapitalistischen Apologetik.

Schließlich ist bemerkenswert und soll noch einmal hervorgehoben werden, daß die Zyklen nach dem zweiten Weltkrieg - im Unterschied zu den Zyklen zwischen den beiden Weltkriegen - trotz gewaltiger Veränderungen in den allgemeinen Bedingungen, trotz der vollen Entfaltung des monopolistischen Kapitalismus und seines Hinüberwachsens in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ein ganz ähnliches Bild aufweisen wie die Zyklen vor dem ersten Weltkrieg. Hier zeigt sich die Tatsache, daß alle neuen Entwicklungen, so bedeutsam sie im einzelnen sein mögen, an dem grundlegenden Charakter und den wichtigsten Eigenschaften des Kapitalismus nichts zu ändern vermochten.

William Petty

Eine Studie zur Genesis seiner Arbeitswerttheorie⁺

von Shichiro Matsukawa

Vorbemerkung

Der Ansatz der neuzeitlichen Gesellschaftswissenschaften, der von William Petty (1623 bis 1687) in der Mitte des 17. Jahrhunderts während der englischen bürgerlichen Revolution geschaffen worden war und dem er selbst die Bezeichnungen "Political Arithmetick" bzw. "Political Anatomy" gegeben hatte, war seit Mitte des 19. Jahrhunderts verschiedenen Einschätzungen unterworfen, nach denen Petty ein Platz in der Geschichte als einem der Begründer oder Vorläufer der neuzeitlichen Wirtschaftswissenschaft, Statistik, Finanzökonomie, Wirtschaftsgeographie oder Ökonometrie eingeräumt wird. Derartige Einschätzungen wurden bekanntlich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Prozeß des Aufbaus der Gesellschaftswissenschaften und ihrer Differenzierung - aber auch Vulgarisierung - abgegeben. Doch ist unter den genannten sozialwissenschaftlichen Disziplinen die Wirtschaftswissenschaft natürlich die fundamentale.

Es waren Karl Marx und Friedrich Engels, die das entscheidende Urteil über die Stellung Pettys in der Geschichte der Ökonomie ausgesprochen haben. Petty wurde von Engels "der Begründer der modernen politischen Ökonomie"¹ und "der genialste und originellste ökonomische Forscher"² genannt und von Marx als "der Vater der politischen Ökonomie und gewissermaßen der Erfinder der Statistik"³ bezeichnet. Eine solche Wertschätzung ist sicher darauf zurückzuführen, daß Marx und Engels ihn für den Begründer der elementaren wirtschaftstheoretischen Gedanken der Wert- und Mehrwerttheorie hielten und, mit anderen Worten, ihn als den Entdecker des im allgemeinen als Arbeitswerttheorie bekannten Wertgesetzes betrachteten. Die von Petty geschaffene "Political Arithmetick" sollte gerade deshalb, weil sie diese Theorie enthält, als die erste "Form, worin die politische Ökonomie sich als selbständige Wissenschaft abscheidet"⁴, angesehen werden.

+ Die vorliegende Studie stellt eine themengebundene Zusammenfassung meines Buches, William Petty - sono seijisanjutsu = kaibō-no seisei-ni kansuru ichi kenkyū (William Petty - Eine Studie zur Entstehung seiner 'Political Arithmetick' bzw. 'Political Anatomy'), erw. Ausg. Tōkyō 1967, dar. Es sei darauf hingewiesen, daß aus Raumgründen in nicht wenigen Fällen auf detailliertere Ausführungen sowie Quellenangaben verzichtet werden mußte.

1 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 216.

2 Ebenda, S. 218.

3 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 288.

4 Derselbe, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1964, S. 39.

Andererseits ist es auch eine unleugbare Tatsache, daß Petty "in den Vorstellungen des Monetarsystems befangen"⁵ war und daß in seinen wirtschaftstheoretischen Gedanken der in der Periode des jungen Kapitalismus tätige Autor Petty von Petty als einem der "der Feudalzeit näher stehenden Schriftsteller"⁶ nicht zu trennen ist. Trotzdem gilt die folgende Aussage: "Locke und North lieferten uns den Beweis, wie die ersten kühnen Griffe, die Petty fast in allen Sphären der politischen Ökonomie tat, von seinen englischen Nachfolgern einzeln aufgenommen und weiterverarbeitet wurden. Die Spuren dieses Prozesses während der Periode 1691 bis 1752 drängen sich dem oberflächlichsten Beobachter schon dadurch auf, daß alle ihr angehörigen, bedeutenderen ökonomischen Schriften, positiv oder negativ, an Petty anknüpfen. Diese Periode, voll origineller Köpfe, ist daher für die Erforschung der allmählichen Genesis der politischen Ökonomie die bedeutendste."⁷

In der vorliegenden Studie versucht der Verfasser, die Genesis der Arbeitswerttheorie bei Petty in ihrem Umriß darzulegen, was auf das gleiche hinausläuft, wie die Frage zu beantworten, warum im 17. Jahrhundert, das als "Jahrhundert der Genies" bezeichnet wurde und dem eine Zeit folgte, die "voll origineller Köpfe" war, warum also in diesem Jahrhundert ausgerechnet Petty "der genialste und originellste ökonomische Forscher" werden sollte. Es gibt sicher zahlreiche Methoden, dieses Problem anzupacken. Der Verfasser möchte aber diese "Genesis" im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Tätigkeit Pettys während der Periode der englischen bürgerlichen Revolution verfolgen. Denn erstens ist es eine unabänderliche Tatsache, daß seine ökonomische Theorie ein Produkt dieser Revolution darstellt, und zweitens trifft Engels' Charakterisierung Adam Smiths (1723 bis 1790), es handle sich bei ihm um den "Grundleger der politischen Ökonomie, der notwendig tastet, experimentiert, mit einem erst sich gestaltenden Ideenchaos ringt"⁸, im gleichen Maße, wenn nicht viel mehr, auf Petty zu, der genau ein Jahrhundert vor Adam Smith im selben Land seine Tätigkeit entfaltete. Kurzum, der Verfasser will zur Klärung der oben genannten Frage Pettys Weg verfolgen, auf dem er, um von der bürgerlichen Revolution aufgeworfene Probleme zu lösen, "notwendig tastet, experimentiert und ringt".

Erstes Kapitel

Zuerst sei die Arbeitswerttheorie Pettys anhand seiner eigenen Darlegungen in groben Zügen zusammengefaßt und mit einigen Kommentaren versehen.

Seine Arbeitswerttheorie kommt in zahlreichen Schriften und Fragmenten verstreut vor. In der kompaktesten und konsequentesten Form ist sie aber im Kapitel vier über die Grundsteuer und im Kapitel fünf über den Zins des 1662, gleich nach der Restauration von 1660, in London erschienenen "A Treatise of Taxes and Contributions" ausgeführt. In dieser Abhandlung handelt es sich um die materielle Basis der königlichen Souveräne von England, die nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution in den vierziger Jahren in Gestalt der Stuart-Dynastie im Jahre 1660 mit demokratischem Charakter wieder an die Macht kam. Diese materielle Basis ist nichts anderes als das moderne Steuersystem, das während der Revolution erstmalig eingeführt wurde. Das vierte Kapitel behandelt eines der dringlichsten Probleme der damaligen englischen Gesellschaft: die Schaffung einer nationalen, einheitlichen und in Geld zu entrichtenden Grundsteuer. Eine solche Grundsteuer wurde zwar erst dreißig Jahre später unter der Herrschaft Williams III. nach der "Glorious Revolution"

5 Ebenda.

6 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 792.

7 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 221.

8 Ebenda, S. 217.

verwirklicht. Das Problem an sich wurde jedoch bereits im Laufe der Revolution der vierziger Jahre aufgeworfen, als der feudale Grundbesitz mit in der englischen Geschichte einmaligem Ausmaß und nie dagewesener Geschwindigkeit aufgehoben und durch den modernen Grundbesitz ersetzt wurde.

Bei der Behandlung der Grundsteuerfrage stellt Petty einerseits eine verwaltungstechnische Betrachtung an, während er andererseits das Problem im Zusammenhang mit dem Wesen des Reichtums (im vorliegenden Fall: der Pacht) untersucht, der die Quelle der Steuer ausmacht. Derartige zweiseitige Betrachtungsweisen bilden eines der Charakteristika, die seine ganze Abhandlung durchziehen. Sie stützt sich auf die Grundidee: "Labour is the Father and active principle of Wealth, as Lands are the Mother."⁹

Nun aber erscheint Petty die Pacht, die die Steuerquelle bedeutet, als etwas, was mit einer "mysterious nature" behaftet ist. Denn bis dahin erklärte niemand ihr Wesen wissenschaftlich. Daher betrachtet er die Pacht allgemein als Grundrente. In diesem Fall untersucht er sie zuerst in ihrer "intrinsic", das heißt Produktenform, stellt danach eine Betrachtung in bezug auf ihre Geldform (Silberform) an, um schließlich die Grundrente als Überschuß der Produkte (Mehrprodukte als vergegenständlichte Mehrarbeit) zu definieren, die aus einer bestimmten Fläche Bodens durch die Arbeit des Menschen (a man) in einer bestimmten Zeit gewonnen werden. Es ist dies seine Mehrwertdefinition. Danach ändern die Unterschiede zwischen der Getreide- und der Silberproduktion, die in technischer und sonstiger Hinsicht vorliegen, das Wesen der Sache selbst nicht. Der Grund hierfür wird nun folgenderweise erklärt: "... let a hundred men work ten years upon Corn, and the same number of men the same time, upon Silver; I say, that the neat proceed of the Silver is the price of the whole neat proceed of the Corn, and like parts of the one, the price of like parts of the other. ... This, I say, to be the foundation of equallizing and ballancing of the values; yet in the superstructures and practices hereupon, I confess there is much variety, and intricacy."¹⁰

Jedoch ändert sich nach Petty die Geldrente in Abhängigkeit von der Preisschwankung der landwirtschaftlichen Produkte, die auf "extrinſical and accidental" Faktoren beruht. Daher bemühte er sich, von dieser Schwankung unabhängige "natural Measures" des Wertes der Waren festzulegen. Da alle Waren Produkte des Landes und der Arbeit darstellen, sind die Werte der Waren auch durch "Land and Labour" zu messen. Es gilt also zwischen den beiden "a natural Par" zu entdecken. Dabei: "we might express the value by either of them alone as well or better then by both, and reduce one into other as easily and certainly as we reduce pence into pounds."¹¹

Daß der Wert mit "Land and Labour" meßbar ist, bedeutet, daß die Substanz des Wertes in diesen beiden Faktoren besteht, was Petty aus dem oben genannten Grund akzeptiert. An einer anderen Stelle (im Kapitel fünf) schreibt er folgendes: "If a man can bring to London an ounce of Silver out of the Earth in Peru, in the same time that he can produce a Bushel of Corn, then one is the natural price of the other."¹² Hier ist der "natural price" von der menschlichen Arbeit aus definiert, die für die Herstellung der Waren ausgegeben und mit der Zeit gemessen wird. Man kann also sagen, "unter natural price versteht er in der Tat das value."¹³

9 Petty, William, A Treatise of Taxes and Contributions, London 1662, S. 49.

10 Ebenda, S. 25.

11 Ebenda, S. 26.

12 Ebenda, S. 32.

13 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 331.

Seine Wert- und Mehrwerttheorie ist im Kontext der oben angeführten Darlegungen über die Grundrente (Mehrwert) und "natural price" (Wert) zwar äußerst naiv, aber einleuchtend, wenn wir von der sozialen Stellung von "a man" - diese Bezeichnung dürfte auch mit "Produzent" oder "Bauer" zu umschreiben sein - absehen und nicht danach fragen, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen sein "Überschuß" zustande kommt, wem er dann gehört, welche sozialen Eigenschaften seine "menschliche Arbeit" aufweist, worin der "Wert" sich vom "Preis" unterscheidet usw. Nichtsdestoweniger muß man es als schweren Selbstwiderspruch bezeichnen, daß er den Ursprung des Wertes einerseits in "Land and Labour" und andererseits in der "menschlichen Arbeit" sieht. Er selbst war sich dessen bewußt. Deshalb bemühte er sich um die Aufdeckung eines "natural Par" zwischen Land und Arbeit. Dieses Problem wurde im neunten Kapitel seiner anderen, später veröffentlichten Hauptschrift "The Political Anatomy of Ireland" noch einmal behandelt. Hier stellt er "the number of days food" des Menschen als gemeinsamen Nenner hin und betrachtet mit theoretischen Fehlern und gewagten Argumentationen "a Par and Equation between Lands and Labour" endlich als entdeckt, was "the most important Consideration in Political Oeconomies"¹⁴ darstellt. Kurzum, Pettys Arbeitswerttheorie ist die theoretisierte Form des schon zitierten Gedankens, daß Land und Arbeit Vater und Mutter des Reichtums sind. Ein wichtiges Charakteristikum seiner Lehre, in der nicht die Mehrwerttheorie aus der Werttheorie, sondern umgekehrt¹⁵ die Werttheorie aus der Mehrwerttheorie hergeleitet wird, besteht in der Bestrebung, das Problem einheitlich und deduktiv aus einer gesellschaftlich homogenen Grundbeziehung, nämlich aus der den Ursprung des Warenwertes bildenden menschlichen Arbeit zu klären, was in seinem Versuch, selbst den "Wert" des Bodens auf die Arbeit zurückzuführen, deutlich in Erscheinung tritt. In diesem Sinne schrieb Engels bezüglich Pettys theoretischer Arbeit: "Der Irrweg selbst ist genial."¹⁶

In seiner Hauptschrift stellt die von Petty behandelte Grundsteuer beinahe die einzige Einnahmesteuer dar. Dies bezeugt die Tatsache, daß die Grundrente die größte Einnahme in der jungen kapitalistischen Gesellschaft Englands bedeutete. Daß die Grundrente in seiner Theorie "die eigentliche Form des surplus value"¹⁷ und "gleich dem ganzen Mehrwert, Profit included"¹⁸ ist, entspricht ferner dieser Tatsache. Daher leitet er bei seiner Untersuchung des Zinses im Kapitel fünf dessen "natural standards" aus der Grundrente ab, da sie "the Rent of so much Land as the money lent will buy"¹⁹ darstellen. Im Gegensatz dazu kann er bei der Herleitung des Bodenpreises von freiem Land ("Fee simple of Land") im vierten Kapitel den Zinssatz nicht voraussetzen. Also bestimmt er die "years purchase" des freien Landes als Grundlage der Kapitalisierung der Grundrente, um darauf die "natural values" des Bodens, das heißt den Bodenpreis, zu berechnen. Hier soll "years purchase" gleich der Zahl der Jahre sein, in denen drei Generationen, Großvater, Vater und Sohn, gleichzeitig leben (in England beträgt sie 21 Jahre). Daher beläuft sich der gesuchte Preis des Bodens auf das Einundzwanzigfache der jährlichen Bodenrente. Der Begriff "years purchase" selbst war, wie aus Pettys eigener Formulierung: "as we usually say", hervorgeht, damals durchaus nicht neu. Aber er war der erste, der anhand der Fakten aus "the observer (John Graunt, 1620 bis 1674) on the Bills of Mortality" diese Dauer auf 21 Jahre festlegte²⁰, wodurch eine bestimmte Formel der Kapitalisierung angegeben werden konnte.

14 Petty, William, *The Political Anatomy of Ireland*, 1691, S. 63 f.

15 Da bei Petty die Arbeitswerttheorie in einer umgekehrten Form von der Mehrwerttheorie zur Werttheorie entwickelt ist, gilt auch für ihn der Marxsche Hinweis auf die Physiokraten. (Vgl. Marx, Karl, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, a. a. O., S. 42 f.)

16 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 217.

17 Marx, Karl, *Theorien über den Mehrwert*, a. a. O., S. 332.

18 Ebenda, S. 334.

19 Petty, William, *A Treatise of Taxes and Contributions*, a. a. O., S. 29.

20 Ebenda, S. 26 f.

Um die "mysterious nature" der Pacht als Steuerquelle zu klären, bemüht er sich, das Wesen der Grundrente (Mehrwert) zu ergründen und "a natural Par between Land and Labour" zu entdecken, den "natural price" zu bestimmen, die Zinstheorie zu entwickeln und eine allgemeine Methode zur Berechnung des Bodenpreises festzulegen. All das kann aber freilich die im Kapitel vier seiner Schrift gestellte praktische Aufgabe, eine nationale und einheitliche, in Geld zu entrichtende Grundsteuer einzuführen, nicht sogleich lösen. Die in Kapitel vier und fünf entfaltete Darlegung hat zwar einen elementartheoretischen Charakter, sie ist aber von der eigentlichen Zielsetzung der Pettyschen Untersuchung her gesehen, wie er es explizit formuliert, nichts anderes als eine "digression". Das Hauptgewicht liegt nach wie vor in der verwaltungstechnischen Darlegung der konkreten Maßnahmen zur Einführung einer nationalen einheitlichen in Geld zu entrichtenden Grundsteuer. Gerade diesbezüglich wird in der zweiten Hälfte des fünften Kapitels das Problem der Landvermessung behandelt mit dem Hauptaugenmerk darauf, konkrete Normen für die Auferlegung der Grundsteuer festzustellen, mit anderen Worten, die Berechnungsmethode der Geldrente für jedes Grundstück zu bestimmen.

Die dort von Petty vorgeschlagene Landvermessung ist in zwei Etappen eingeteilt und mit einer Volkszählung verbunden; sie sind "otherwise then according to the bargains which a few men make one with another, through ignorance, haste, false suggestion, or else in their passion or drink". Ferner schreibt er: "Although I acknowledge, that the medium or common result of all the bargains made within three years (or other such Cycle of time, as within which all contingencies of Land revolve) may be very sufficient to this purpose, being but the summe synthetically computed by casual opinions, as I would endeavour to cast up analytically by a distinct particularizing of the Causes."²¹ Die "bargains", von denen hier die Rede ist, sollen später abgehandelt werden. Zunächst sei die wissenschaftliche Untersuchungsmethode, "to cast up analytically by a distinct particularizing of the Causes", erläutert.

Die erste Etappe der Vermessung bildet "a Survey of the Figures, Quantities, and Situations of all the Lands both according to the civil bounds of Parishes, Farms, &c. and the natural distinctions thereof by see, Rivers, ridges of Rockes, or Mountains, &c."; das heißt, es handelt sich bei dieser Vermessungsetappe um die Bodenbeschaffenheit, Bodenlage, den Flächeninhalt und die Zugehörigkeit des Grundes. Gleichzeitig ist bei jeder Flächeneinheit die Menge der Produkte zu ermitteln, so daß die Produktivität des Bodens durch Vergleich miteinander gemessen wird. Mit anderen Worten, es ist eine Untersuchung der Bodenfruchtbarkeit durchzuführen. In diesem Fall wird also ausdrücklich gefordert, die Fruchtbarkeit nicht nach dem "common Standard money" zu bestimmen, sondern auf Grund der Menge der Produkte. Diese Vermessungsarbeit nennt Petty zusammenfassend "a Survey or Inquisition into the intrinsick Values of Land".²² Besonders zu beachten ist die Tatsache, daß diese Bestimmung der "intrinsick Values of Land" seiner Betrachtungsweise im vorherstehenden Kapitel entspricht, in dem die Rente zuerst in ihrer "intrinsical" Form, als Produktenrente nämlich, untersucht wird.

Die nächste Etappe der Vermessung ist "a Survey or Inquisition into the extrinsick or accidental Values of Land" und bedeutet eine Bemessung des Geldwertes der Bodenprodukte pro Flächeneinheit, der von der vorhergehenden Etappe her bekannt ist. Diese Untersuchung dient also dem Zweck, auf Grund der Preise der Bodenprodukte die Geldrente festzusetzen. Petty vertritt aber die Ansicht, daß sich der Preis der Bodenprodukte mit "the change of

21 Ebenda, S. 31.

22 Ebenda, S. 31 f.

the store of money" ändert. An derselben Stelle definiert er den oben erwähnten "natural price". Nach dieser prinzipiellen Definition kommt er zum praktischen Problem der Berechnungsmethode der Geldrente zurück und schlägt einerseits die Volkszählung und andererseits die Untersuchung der auf "extrinsic or accidental" Faktoren zurückführenden quantitativen Änderung der Geldmenge als Ausgangspunkte vor. Er errechnete mittels der beiden Methoden die zeitliche Veränderung der Geldmenge pro Kopf der Bevölkerung in den vorhergegangenen zweihundert Jahren und folgerte, daß mit der zunehmenden Geldmenge der Getreidepreis steigt, sich folglich die Geldrente erhöht, und daß zur gleichen Zeit die Grundrente um so teurer wird, je näher das Grundstück einer Großstadt liegt usw.²³

Betrachtet man die zweite Untersuchungsetappe in Verbindung mit der ersten, ist es klar, daß der von Petty im Abschnitt über die Grundrente verwendete Gedankengang, die Grundrente nach der Behandlung in ihrer Produktenform nochmals in ihrer Geldform zu betrachten, hier wiedererscheint. In der Betrachtung über die Landvermessung löst er nämlich erstens nach der Feststellung der Bodenbeschaffenheit und -eintragung das Problem der Bodenproduktivität (Bodenfruchtbarkeit) durch die quantitative Bestimmung der Bodenprodukte. Zweitens berechnet er im Zusammenhang mit der Bevölkerungszahl, bei Berücksichtigung der Kaufkraft des Geldes und der Lage des Grundstücks, die tatsächliche Geldrente, indem er die Produkte mit einem Preis versieht, sie also in ihrer Geldform ausdrückt, um so schließlich eine Kalkulationsgrundlage für den Preis jedes einzelnen Grundstückes zu erhalten. Der Parallelauf der Rententheorie als Elementartheorie und der Landvermessungstheorie als verwaltungstechnischer Ausführung ist aus dem engen Zusammenhang zwischen dem "Par"-Begriff von Land und Arbeit einerseits und der Definition des "natural price" andererseits deutlich zu erkennen. Pettys Landvermessung stellt eine grundlegende Voraussetzung für die Aufstellung eines modernen nationalen und einheitlichen Systems für Grundsteuer dar und ist die "dem später in jedem Land eingeführten Grundsteuersystem vorangehende Erfindung"²⁴.

Seine Landvermessungstheorie findet man aber auch in der gleichen Gestalt, wie sie hier dargelegt ist, in "The Conclusion" der "Natural and Political Observations made upon the Bills of Mortality" wieder, die Pettys Freund auf Lebenszeit, John Graunt, in demselben Jahr herausgab, in dem das Werk Pettys erschien. Pettys Kapitel über die Landvermessung bildet sogar den Hauptteil dieser "Conclusion". Im Anfangsteil der "Conclusion" seines Werkes, welches im allgemeinen als Vorstoß in die moderne Statistik hoch geschätzt ist, fragt sich Graunt, wozu es nutzt, die Regelmäßigkeiten in der Bevölkerungsstatistik und -dynamik zu beobachten und sich Gedanken über ihren "natural and political" Sinn zu machen. Er antwortet darauf, daß es für die Aufstellung von "the true Politiques" mit dem Ziel, "to preserve the Subject in Peace, and Plenty", notwendig ist und daß "the Foundation, or Element of this honest harmless Policy is to understand the Land, and the hands of the Territory to be governed". Um "Land und Hände" zu erkennen, entwickelt Graunt eine Theorie der Landvermessung, die der Theorie Pettys fast völlig gleicht und ebenfalls aus zwei Etappen besteht (seine Darlegung der Volkszählung ist allerdings eingehender als bei Petty).²⁵

23 Ebenda, S. 32 f.

24 Ōuchi, Hyōe, William Petty sozei oyobi kōnoron-no gakusetsushi-teki igi (Die theoretisch-geschichtliche Bedeutung von William Pettys "A Treatise of Taxes and Contributions"), in: Maide kyōju kanreki kinen rombunshū (Festschrift Prof. Maide zum 60. Geburtstag), Tōkyō 1953, S. 62.

25 Graunt, John, Natural and Political Observations made upon the Bills of Mortality, London 1662, S. 71 - 74.

Aus dem ganzen Inhalt dieses Grauntschen Werkes, dessen Grundidee unter anderem "Hands being the Father, as Lands are the Mother, and Womb of Wealth" heißt²⁶, sollte "the true Politiques" (was auch für "Policy" gilt), die zu gründen hier vorgeschlagen wird, nicht für eine Wissenschaft gehalten werden, die die Bevölkerung für sich nur quantitativ untersucht, sondern für eine Sozialwissenschaft, die auf Grund der Begriffe "Lands and Hands", zwei Quellen des Reichtums, aufgebaut wird. Graunt schlägt hier nur die Aufstellung einer "true Politiques" vor, aber zweifellos meint er mit dem Vorschlag die oben dargestellte Wissenschaft.²⁷

Übrigens bildet die "Conclusion" Graunts allmählich einen der wesentlichen Streitpunkte in der seit Mitte des 19. Jahrhunderts andauernden Polemik, wer von den beiden, Graunt oder Petty, der "echte Autor" dieser Schrift ist. Bezüglich der Ansicht des Verfassers der vorliegenden Studie hierüber sei auf eine weitere Schrift des Autors²⁸ hingewiesen. Auf jeden Fall ist sicher, daß die Landvermessung einen wichtigen Punkt in den Darlegungen beider bildet. Daher sei im folgenden nicht Pettys Schrift über die Landvermessung, sondern die Landvermessung und -verteilung selbst untersucht, die unter seiner Leitung zur Zeit der englischen bürgerlichen Revolution in Irland stattfand. Um es vorwegzunehmen, es ist durchaus anzunehmen, daß gerade in dieser seiner Tätigkeit einer der wichtigsten Schlüssel zur Klärung der Genesis der Pettyschen Arbeitswerttheorie liegt.

Drittes Kapitel

Ein Nachkomme Pettys und Herausgeber von "The Petty Papers", Lansdowne, fängt seine Einleitung zu diesem Werk folgendermaßen an: "The story of Sir William Petty - by turns cabin boy, hawker of sham jewellery, seaman, inventor, physician, Fellow and Vice-Principal of Brasenose, Professor of Anatomy at Oxford, and of Music at Gresham College, Surveyor, Member of Parliament, landed proprietor, philosopher, statistician and political economist - has been told by Lord Fitzmaurice."²⁹ Bereits aus dieser knappen Zusammenfassung läßt sich deutlich erkennen, wie stürmisch Pettys Leben verlief, der am Vorabend der bürgerlichen Revolution Englands als Kind eines fast bankrotten "manufacturers" geboren wurde, um als gemachter Mann ein Jahr vor der "Glorious Revolution" zu sterben.

Für unser Thema ist die Tätigkeit Pettys als "Surveyor" namentlich von Interesse.

Die Landvermessung und -verteilung, die in Irland unter der Ägide des Commonwealth durch Petty geleitet wurde, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Cromwellschen Eroberung Irlands und dem Landraub - der sogenannten "Cromwellian Settlement of Ireland". Diese Ansiedlung setzte die seit dem 12. Jahrhundert betriebene Eroberung Irlands durch das feudale England, insbesondere die Kolonialisierungspolitik des absolutistischen Englands in Irland seit der Tudor-Dynastie, mit dem Ziel fort, diese Kolonialisierung durch die längst zur Macht gelangte bürgerliche Regierung zu vollenden. Als der große Aufstand der irischen Katholiken, der seit 1641 im komplexen Zusammenhang mit der Entwicklung der bürger-

26 Ebenda, S. 52.

27 Über die diesbezügliche Ansicht des Verfassers vgl. Matsukawa, Shichiro, The 300th Anniversary of J. Graunt's Observations (1662), An Essay on its Present-Day Significance, in: Hitotsubashi/Journal of Economics, Nr. 1, Oktober 1962.

28 Vgl. Ebenda.

29 Petty, William, The Petty Papers, hg. v. Marquis of Lansdowne, Bd. 1, London 1927, S. xiii.

lichen Revolution Englands stattfand, im Jahre 1652 durch Cromwell, der aus der englischen Revolution als Sieger hervortrat, niedergeschlagen wurde, entwarf die Republik England den Plan, die gesamte irische Insel in ihre neue Kolonie zu verwandeln. Den Hauptinhalt dieses Planes bildeten erstens der in der neuzeitlichen Geschichte beispiellose gründliche Landraub, zweitens die Zwangsumsiedlung ("transplantation") der irischen Bevölkerung aus dem konfiszierten Land und drittens dessen Besiedlung durch die Verteilung des Landes unter die englischen Protestanten.³⁰ Das anfängliche Ziel der Cromwell-Regierung bestand darin, durch diese Maßnahmen bewußt und planmäßig aus den englischen Protestanten eine "yeomanry" herauszubilden.

Was die protestantischen Engländer, die Nutznießer der Verteilung des konfiszierten irischen Landes, betrifft, so waren sie zusammengesetzt aus den nun entstehenden Bürgern Londons und anderer Städte und Gegenden, die der Regierung die Kriegskosten zur Befriedung der Aufständischen vorgestreckt hatten (sogenannte "Adventurers"), und den am Feldzug beteiligten Offizieren und Soldaten, deren ungezahlte Löhne mit dem irischen Boden beglichen werden sollten, und von denen der größte Teil aus radikalen und unzufriedenen Elementen der englischen Revolution bestand. Sie alle bildeten den Hauptteil der Regierungsgläubiger. Ihnen wurde von der Regierung die "Debenture" ausgehändigt, deren Form wie folgt aussah: "Upon Composition and Agreement made with ... for ... Arrears for Service in Ireland from the ... There remains due from the Common-wealth to the ... Executors, Administrators, or Assign's, the sum of ... which is to be satisfied to the said ... Executors, Administrators, or Assign's, out of the Rebels Lands, Houses, Tenements and Hereditaments in Ireland; or other Lands, Houses, Tenements and Hereditaments there, in the dispose of the Common-wealth of England. Signed and Sealed at Dublin the ... day of ... 165 ..."³¹

Diese "Debenture" mag verschiedene Bedeutungen haben; für das vorliegende Problem ist vor allem von Interesse, daß erstens die Geldschuld der republikanischen Regierung den gesamten Immobilien der irischen Rebellen (und "anderen") - also den Immobilien der ganzen irischen Insel - gleichgesetzt wird und die beiden als gegenseitig austauschbar angesehen werden, weshalb zweitens zur Satisfaktion der Regierungsschuld eine nationale Untersuchung und Bewertung dieser Immobilien (der überwiegende Teil davon bestand bekanntlich aus Grund und Boden) unumgänglich war und daß drittens, da die Schuldbegleichung hauptsächlich durch Immobilien erfolgte, ein modernes Eintragungssystem für die Immobilien dringend erforderlich wurde, weil die Schuld nicht nur unmittelbar bei den Gläubigern, sondern auch bei ihren "Executors etc." beglichen werden mußte. Das heißt, daß der vorwiegende Teil des irischen Bodens als von allen feudalen Pflichten befreites, freies, bürgerliches Eigentum in die Hände der englischen Protestanten übergeben werden sollte. Wie Clarendon (E. Hyde, 1609 bis 1674) in seiner Autobiographie es passend ausdrückte, war das damalige Irland "the great Capital, out of which all Debts were paid, all Services rewarded, and all Acts of Bounty performed."³²

"Die republikanische Regierung hatte jetzt drei Aufgaben zu lösen. Sie mußte einmal die Summe der Forderungen feststellen, die die verschiedenen Klassen ihrer Gläubiger gegen

30 Derartige Maßnahmen wurden auf Grund des republikanischen Gesetzes vom Jahre 1652, "An Act for the Settling of Ireland", eingeleitet.

31 Nach der Faksimile-Reproduktion auf der Anfangsseite von Prendergast, John Patrick, The Cromwellian Settlement of Ireland, 2. Aufl. Dublin 1875.

32 Clarendon, Edward Hyde Earl of, The Life of Edward Earl of Clarendon, written by himself, 1790, T. 2, S. 63.

sie hatten; sie mußte, zweitens, ermitteln, wie groß der überhaupt vorhandene Landvorrat war, sie hatte, drittens, die Abtragung dieser Schuld, die Landverteilung vorzunehmen."³³ Petty führte im Auftrag der republikanischen Regierung die zweite und dritte Aufgabe aus.

Im September 1652, gleich nach der Niederwerfung der Rebellion, gab Petty seinen Lehrstuhl für Anatomie an der Oxford-Universität auf und traf als "Physician-General" der Expeditionscorps der englischen Republik in Irland ein. Bald darauf übernahm er die Aufgabe der Landvermessung und -verteilung, was auf den ersten Blick mit Medizin und Anatomie wenig zu tun hatte. Für Petty selbst war das aber nicht der Fall, denn er war sozusagen als "heaven-sent child" (Wunschknabe) der "manufacture" geboren, lernte in seiner Kindheit bereits solche mit der Produktionstechnik eng verbundene Fächer wie praktische Geometrie, Kompaßtechnik, Geographie, Astronomie und technisches Zeichnen, studierte in seinen Jugendjahren in Holland und Frankreich, stand danach während der bürgerlichen Revolution und des Bürgerkrieges in London und Oxford unter starkem Einfluß von Bacon, nahm am Zirkel der Naturforscher ("invisible College" von Boyle) teil, aus dem später The Royal Society hervorgehen sollte. Er erwarb Kenntnisse über Mathematik, Anatomie, Physik, Mechanik, Maschinenbau, Optik - die gesamte "experimental-philosophy" - und machte als "inventor" die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam.³⁴ Darüber hinaus schrieb er unter dem Einfluß von Bacon und Hartlib im Hinblick auf die Herausgabe einer Enzyklopädie der Produktionstechnik die Abhandlung über die Erziehung und Befreiung des Menschen³⁵ sowie die Geschichte des Handels³⁶. Im letzten Titel definierte er bereits von einem vorwiegend physiologisch-produktionstechnischen Standpunkt aus die Arbeit und schrieb: "Labour ist the simple motions of men in order to comodities (for) so many hours as hee is naturally able to endure the same."³⁷

Es ist also nicht unnatürlich, daß Petty die oben genannten beiden Aufgaben auf sich nahm. In der Tat nannte er selber als einen der Gründe, warum er sie übernommen hatte: "I hoped hereby to enlarge my trade of experiments from bodies to minds, from the motion of the one, to the manners of the other, thereby to have understood passions as well as fermentations ..."³⁸

Das heißt, er wollte dem Rat Bacons folgen und die naturwissenschaftlich-experimentelle Methode seines Berufs ("trade") mit Hilfe derartiger Aufgaben bewußt auf den Bereich der

33 Bonn, Moritz Julius, Die englische Kolonisation in Irland, Bd. 2, Stuttgart/Berlin 1906, S. 74.

34 Petty, William, The Petty Papers, a. a. O., S. 205 - 207 u. 210 - 214.

35 Derselbe, The Advice of W. P. to Mr. Samuel Hartlib for the Advancement of some particular Parts of Learning, London 1648.

36 Derselbe, History of Trade. An Explication of Trade and its Increase, 1647.

37 Derselbe, The Petty Papers, a. a. O., S. 211. - Zur Zeit des Bürgerkriegs wurde in England vom puritanischen Standpunkt her der Fleiß sehr gefördert. Die Levellers und Diggers vertraten diese Ansicht. (Hill, Christopher, The Century of Revolution. 1603 - 1714, Edinburgh 1961, S. 84.) In ihrem Namen schrieb P. Chamberlain in seinem 1649 erschienenen Buch: "All riches whatsoever from the labour and industrie of the poor." (Chamberlain, P., The Poore Mans Advocate, or, Englands Samaritan, London 1649, S. 13.)

38 Petty, William, Reflections upon some Persons and Things in Ireland, Dublin 1790, S. 7.

sozialwissenschaftlichen Problematik ausdehnen ("enlarge")³⁹, was im Vergleich zu anderen, ebenfalls von ihm angeführten Gründen recht einleuchtend sein dürfte.

Daher gilt es, den Inhalt dieser seiner Aufgaben und die Bedeutung der dadurch aufgeworfenen Probleme im folgenden zu untersuchen.

Viertes Kapitel

Um die unter Pettys Leitung erfolgte Landvermessung und -verteilung zu verstehen, mußte man hier zumindest die Entwicklung der Landvermessungstechnik und Bodenbewertungsmethode in England seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts⁴⁰ und die seiner Vermessung unmittelbar vorangegangene "Große Survey" bzw. "Civil Survey" erörtern, worauf jedoch aus Rummangel verzichtet werden muß. Petty beschäftigte zirka tausend Soldaten und wandte bei der Herstellung und dem Einsatz der Vermessungsgeräte konsequent das Prinzip der Arbeitsteilung an, so daß schon nach dreizehn Monaten die Vermessung des überwiegenden Teils des Landes beendet war. Seine Vermessung wurde deswegen "Down Survey" genannt, weil dabei das damals noch neuartige Verfahren angewendet wurde, die Ergebnisse nach der praktischen Vermessung sofort in Landkartenform niederzulegen ("lay down"). Auch war die "Down Survey" ihrem Wesen nach sowohl eine "topographical survey" als auch eine "cadastral survey" und bildete darüber hinaus die Grundlage der Landverteilung, weshalb nicht nur die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens, sondern auch seine allseitige Rentabilität einschließlich seiner Lage rationell bewertet werden mußten. Nach der Terminologie seiner Zeit hieß das, ob ein Grundstück "profitable" ist oder "unprofitable".

Jedoch bestand die größte Schwierigkeit der "Down Survey" gerade in diesem letzten Punkt, nämlich in der Frage nach der Qualität des Bodens, was von einem der Vermessungsarbeiter, L. Smith, der in Kerry County eingesetzt war, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht wurde: "As to what wee have done in Kerrey, wee can very well justifie quantities, but as for the quality of land wee had noe rule to walke by, ..." ⁴¹ Wie Petty selbst eingesteht, war gerade das Fehlen einer solchen "generall rule" ⁴² bezüglich der Bodenqualität die größte Ursache für "the infinite difficulty and indeed impossibility of making certain and regular distinctions between profitable and unprofitable lands." ⁴³ In der Praxis wurde diese Schwierigkeit "überwunden", indem die einflussreichen Persönlichkeiten des betreffenden Orts nach ihrer Meinung gefragt oder auch die örtlichen Sitten und Gebräuche berücksichtigt wurden.

Die "Down Survey" war in ihrem quantitativen Aspekt sehr erfolgreich, wie L. Smith berichtete; die Landkarte, welche Petty auf Grund dieser Vermessung herstellte, ist derart exakt, daß sie im Vergleich zu der modernen Karte höchstens zehn bis fünfzehn Prozent Abweichungen aufweist⁴⁴, wodurch sie den wichtigsten Erfolg in der Entwicklungsgeschich-

39 Bacon, Francis, *Novum Organum*, 1. Buch, Aph. 127; vgl. auch Farrington, Benjamin, *Francis Bacon. Philosopher of Industrial Science*, London 1951, S. 113.

40 Vgl. Taylor, Eva Germaine Rimington, *The Mathematical Practitioners of Tudor and Stuart England*, Cambridge 1954, Kap. 2.

41 Petty, William, *The History of the Survey of Ireland, commonly called the Down Survey*, hg. v. T. A. Larcom, Dublin 1851, S. 97.

42 Ebenda, S. 96.

43 Derselbe, *Reflections upon some Persons and Things in Ireland*, a. a. O., S. 104.

44 Goblet, Yann Morvran, *La Transformation de la Géographie Politique de l'Irlande au XVIII^e siècle dans les Cartes et Assais Anthropogéographiques de Sir William Petty*, Paris 1930, Bd. 1, S. 337.

te der Kartographie im 17. Jahrhundert darstellt⁴⁵. In ihrem qualitativen Aspekt aber ließ die "Down Survey", die man als irische Neuauflage des umfangreichen Vermessungswerks Domesdays in England bezeichnen könnte, prinzipielle Fragen ungelöst. Das beeinträchtigte die Verteilung des konfiszierten Landes und führte das "Cromwellian Settlement" in eine chaotische Lage, was anschließend betrachtet werden soll.

Die Verteilung des konfiszierten Landes ist, wie oben erwähnt, nichts anderes als die Begleichung der ungetilgten Schuld der Republik. Im vorliegenden Fall belief sich die Zahl der Gläubiger insgesamt auf zirka 32000. Ihre Zusammensetzung war äußerst mannigfaltig. Der Schuldbetrag war bei jedem sehr verschieden. Außerdem kamen die Soldaten und Offiziere, die den größten Anteil der gesamten Gläubiger bildeten, durch die Entlassung nach der Niederwerfung des irischen Aufstandes bald in eine schwierige finanzielle Lage, so daß sie ihre Debentures verkauften, um Geld zu bekommen. Schließlich wurden die Schuldscheine sogar als eine Art Wertpapiere "freely and openly" verkauft. Ihr Kurs stand im Jahre 1653 bei vier bis fünf Shilling für ein Pfund Nennwert.⁴⁶

Schon vor der Befriedung der Rebellion war im englischen Mutterland der bezirksgebundene Schätzungswert pro Flächeneinheit an Grund und Boden für die vier großen irischen Bezirke, Leinster, Munster, Ulster und Connacht, festgesetzt worden. Es war jedoch kaum möglich, anhand einer derartigen Grobschätzung die tatsächliche Landverteilung vorzunehmen. Da außerdem die Zuweisung eines Grundstücks in einem bestimmten Bezirk an einen Gläubiger durch Los entschieden werden sollte, hieß das Losen für die Gläubiger (namentlich für die Soldaten), sich in "desperate hazards" einzulassen.⁴⁷ Daher ließ die republikanische Regierung die Neueinschätzung des Landes durchführen. Sie wurde in der damaligen Terminologie "equalization" genannt und bedeutete, daß das Land nach seiner Fruchtbarkeit neu geschätzt wurde, um dadurch der effektiv vorhandenen Ungleichheit bei der Verteilung zu steuern. Petty leitete nun vierzig Schreiber und Rechner an, führte "multitude of arithmetical calculations" durch⁴⁸ und nahm so die Neueinschätzung für die gerechtere Verteilung des Grund und Bodens vor. Aber die wirkliche Verteilung hätte nicht stattfinden können, bevor nicht selbst das kleinste Grundstück der Neueinschätzung unterzogen worden wäre. Dazu hatte man jedoch keine Zeit. Daher wurde die Landverteilung als praktisches Problem so gehandhabt, daß die Interessenten durch einen "Handel" unter Zuhilfenahme ihrer "Attendance, Friends, Eloquence, and Vehemence" Einigkeit erzielten, wobei jedoch die "Foundation of Truth" in der "Nature" verlorenging.⁴⁹ Vor allem waren es die "Adventurers", die die "Debentures" von Unteroffizieren, Soldaten und anderen kleineren Gläubigern für einen Spottpreis aufkauften und somit die Grundlage zum Großgrundbesitz der Engländer mit irischen Pächtern legten. Auch Petty kaufte "Debentures" mit den Vermessungs- und anderen Einkünften und erblickte die Restaurationszeit als neu emporkommender Großgrundbesitzer.

Mit dem Sieg der Revolution im Commonwealth wurde Cromwell konservativ, entsandte den linken Flügel der Revolution (Levellers und Diggers) als Expeditionskorps in das Inselland, versprach ihnen die Verteilung des Landes und sie also zu Yeomen zu machen, verriet sie indessen jedoch und verhinderte den weiteren Fortschritt der Revolution im Mutterland:

45 Tooley, Ronald Vere, *Maps and Map-Makers*, 2. Aufl. London 1952, S. 93.

46 Petty, William, *The Political Anatomy of Ireland*, a. a. O., S. 20.

47 Ebenda, S. 60.

48 Derselbe, *The History of the Survey of Ireland*, a. a. O., S. 208; vgl. auch derselbe, *Reflections upon some Persons and Things in Ireland*, a. a. O., S. 121.

49 Derselbe, *The Political Anatomy of Ireland*, a. a. O., S. 61.

"In der Tat, die englische Republik unter Cromwell scheiterte an - Irland."⁵⁰ Im Hinblick auf die englische Eroberung seit dem 12. Jahrhundert und auch im Kontext der geschichtlichen Entwicklung Irlands nach der "Glorious Revolution", insbesondere seit dem 18. Jahrhundert, bildete das unter dem Vorwand religiöser Grundsätze (Cause) betriebene "Cromwellian Settlement" das entscheidende Moment dafür, die gälische Tradition, besonders in bezug auf die gälischen Grundbesitzverhältnisse, völlig zu zerstören und den überwiegenden Teil des Bodens in diesem Inselreich allmählich in rein bürgerliches Eigentum umzuwandeln, was das Schicksal Irlands, als moderne Kolonie zur ursprünglichen Akkumulation des Mutterlandes beizutragen, besiegelte. Zu dieser Zeit führte Petty außer den beiden oben angeführten Vermessungsarbeiten auch eine Volkszählung durch.⁵¹ Daß diese drei Werke unter seiner Leitung für das "Settlement" grundlegende Bedeutung hatten, ist ohne weiteres verständlich. Sie waren letzten Endes die grundlegende Arbeit zur Errichtung der modernen Form des Grundbesitzes. Bei den schon erwähnten Schwierigkeiten, die dabei auftauchten, ging es um die rationelle Methode zur Errechnung der Geldrente und des Bodenpreises in ganz Irland und außerdem um die Begründung der in Geld abzugehenden Grundsteuer und eines modernen Katastersystems.

Nun aber erschienen derartige Probleme auch in England schon während der bürgerlichen Revolution im Prozeß der Aufhebung des feudalen und der Schaffung des modernen Grundbesitzes. Als nämlich auf dem Langen Parlament die Willkürlichkeit von "Monthly Assessment" als direkter Steuer auf den Boden angesprochen und eine nationale einheitliche Steuer ("national rate") gefordert wurde, wandten sich die neuen Großgrundbesitzer dagegen, weil dazu "an elaborate survey of the entire property of the Kingdom" notwendig sei, wofür wiederum "inquisitorial methods" verwendet werden müßten.⁵² Schließlich wurde der Forderung nicht entsprochen, obwohl zur damaligen Zeit in England die Technik der Landvermessung große Fortschritte machte.⁵³ Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß die hier vorgelegten Probleme mit denen identisch waren, die zur gleichen Zeit in Irland zum Vorschein kamen. Dann aber ist es berechtigt zu sagen, daß es sich hierbei um zentrale Probleme sowohl in England als auch in Irland während der bürgerlichen Revolution handelte.

Daher ist es angebracht, die durch Petty geleiteten Unternehmungen in Irland unter der Herrschaft des Commonwealth und die dabei hervorgetretenen Probleme im Zusammenhang mit den Ausführungen, die er in dem bereits genannten Kapitel über die Grundsteuer macht, noch einmal zu betrachten und das Hauptanliegen der vorliegenden Abhandlung weiter zu verfolgen.

50 Marx an Ludwig Kugelman in Hannover, London, 29. 11. 1869, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 638.

51 Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden in Form einer umfangreichen Veröffentlichung (A Census of Ireland, circa 1659, hg. v. S. Pender, Dublin 1939) herausgegeben. Die Untersuchung selbst darf man für einen Vorläufer der modernen Volkszählung halten.

52 Ashley, M. P., Financial and Commercial Policy under the Cromwellian Protectorate, London 1934, S. 75.

53 Taylor, Eva Germaine Rimington, a. a. O., S. 84 - 87. - Dieser Entwicklung lag die gesellschaftliche Forderung zugrunde, estate-maps herzustellen, damit das neu bestimmte Privateigentumsrecht (Grundbesitzrecht) abgegrenzt würde. (Vgl. Clark, George Norman, Science and Social Welfare in the Age of Newton, Oxford 1949, S. 125 f.)

In Anbetracht der außerordentlichen Rückständigkeit in der Mitte des 17. Jahrhunderts könnte das "Cromwellian Settlement of Ireland" an sich eine Art gesellschaftliches Experiment mit dem Inselland genannt werden. Stellt man nun die Arbeit zur Vermessung und Verteilung dieses Landes, die unter Pettys Leitung stattfand, den Darlegungen über die Grundsteuer und Landvermessung in seiner nach der Restauration herausgegebenen Hauptschrift gegenüber, so wird ersichtlich, daß letztere die Zusammenfassung der praktischen Erfahrungen auf der Grundlage der ersteren sind.

Die erste Etappe in dem bereits genannten Abschnitt Pettys über die Landvermessung, nämlich die Ermittlung der "intrinsic Values of Land" entspricht offensichtlich den Erfahrungen der "Down Survey". Das ist deutlich zu erkennen, wenn man die "instructions"⁵⁴ eingehend untersucht, die Petty bei der Ausführung der Vermessung für die Vermessungsarbeiter gab. Das trifft namentlich auf die Bestimmung der Bodenbeschaffenheit, Lage, Größe des Landes etc. zu. Der auffällige Unterschied aber besteht darin, daß in den "instructions" darauf hingewiesen wird, über "profitable or unprofitable" des Grundstückes zu entscheiden, während der Abschnitt über die Landvermessung den Vorschlag enthält, auf Grund der quantitativen Ermittlung der Bodenprodukte die Produktivität zu bestimmen und so einen Vergleich miteinander zu ermöglichen. Wie oben erwähnt, bildet die größte Schwierigkeit bei der "Down Survey" die Einschätzung der Bodenqualität. Was also als erste Etappe im Abschnitt über die Bodenvermessung beschrieben ist, dürfte nichts anderes sein als die von ihm auf Grund seiner Erfahrungen mit Komplikationen während der "Down Survey" entwickelte Bewertungsmethode. Dies stimmt außerdem damit überein, daß er im Kapitel über die Grundsteuer diese zuerst in ihrer Produktenform "intrinsically" behandelt.

Auch die im Abschnitt über die Landvermessung von Petty vorgeschlagene zweite Etappe, das heißt die Bestimmung der "extrinsic or accidentall Values of Land", dürfte zweifellos ihren Ursprung in der Praxis der Verteilung des konfiszierten Landes haben. Denn es erschwerte die Verteilungsarbeit ungemein, daß die Geldrente, infolgedessen auch der Bodenpreis, wegen der Rückständigkeit der irischen Gesellschaft sehr instabil war. Diese Erschwernis, die mit dem Problem der "Bodenqualität" eng verbunden war, wurde in der Wirklichkeit durch verschiedene Händel "überwunden". Im Abschnitt über die Landvermessung aber wird dafür eine wissenschaftliche Methode vorgeschlagen, entsprechend der die Bodenproduktivität bzw. -rentabilität in Geldform ausgedrückt, die Geldrente berechnet und dann der Bodenpreis festgesetzt werden soll. Dies entspricht jenem theoretischen Aufbau seines Kapitels über die Grundsteuer, wonach er die Bodenrente einmal in ihrer Produktenform und zum anderen in ihrer Geldform betrachtet und sich unter Berücksichtigung von "extrinsic or accidentall" Faktoren über die "foundation of equallizing and ballancing of values" Gedanken macht, um endlich "a natural Par between Land and Labour" herauszubekommen.

Wie aber wird der Begriff der menschlichen Arbeit, der den Kern der Pettyschen Renten- und folglich auch der Mehrwerttheorie und die Substanz des Warenwertes darstellt, gebildet? Daß ihm der Gedanke, Arbeit und Land seien Vater und Mutter des Reichtums, und die Hobbessche Vorstellung der Arbeit⁵⁵ zugrundeliegen, wird oft mit Recht erwähnt. Gleichzeitig sei aber noch einmal daran erinnert, daß Petty zur selben Zeit, als solche Gedanken ausgesprochen wurden (während der Periode des Bürgerkriegs also), dem Begriff "Arbeit" seine bereits genannte, im wesentlichen physiologisch-produktionstechnische Definition gab. In den darauffolgenden Jahren der Republik befaßte er sich in Irland mit dem Problem der Schaffung der fundamentalen Produktionsverhältnisse in der (englisch-irischen) jungen kapitalistischen Gesellschaft, das heißt unter wirtschaftswissenschaftlichem Aspekt gesehen,

54 Petty, William, The History of the Survey of Ireland, a. a. O., S. 46 - 53.

55 Vgl. Hobbes, Thomas, Leviathan, London 1651, T. 1, Kap. 10; T. 2, Kap. 24.

mit dem Problem der Grundrente und des Bodenpreises. Daß sich in seiner Hauptschrift nach der Restauration sein Arbeit-Begriff zu einem ökonomischen Begriff entwickelte, wodurch er zum Begründer der Arbeitswerttheorie wurde, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß er sich für diese Probleme als "erweiterte Experimente" interessierte und sich um ihre prinzipielle Ergründung bemühte.

Nun aber hielt Petty die "Political Arithmetic" und "Political Anatomy" für "Political Medicine", welche den "Eternal Laws and Measures of Truth" zu gehorchen hat.⁵⁶ Dies berechtigt, die beiden Disziplinen als Einheit zu betrachten. Diese mit der merkantilistischen Staatspolitik eng verbundene Gesellschaftswissenschaft stellt nichts anderes dar als "the true Politiques", die zu begründen Graunt vorschlug. Sie weist solche charakteristischen Merkmale auf wie die Analogie zwischen "Body Natural" und "Body Politick" nach Bacons Methode, besondere Beachtung der Produktionstechnik, gemischtes Vorhandensein der Arbeitswerttheorie und des merkantilistischen Standpunkts als theoretisches Rüstzeug zur Analyse der "Body Politick" usw. Die fundamentale Charakteristik besteht jedoch in der Quantifikation sozialökonomischer Erscheinungen sowie in der sich hierauf stützenden Argumentation.

Sie beide, sowohl Graunt als auch Petty, waren sich dieser Methode bewußt: Graunt nannte sie "Mathematiques of my Shop-Arithmetique" und Petty bezeichnete sie als "Political Arithmetick", deren Aussage mit Hilfe von "Number, Weight, or Measure" formuliert werde. Petty verdankte sie weniger Bacon als vielmehr Galilei, Hobbes und Descartes.⁵⁷ Der Charakter dieser Methode wird durch die Verwendung von drei Arten von Ziffern gut ausgedrückt: Die ersten Ziffern werden aus der praktischen Beobachtung der sozialökonomischen Erscheinungen empirisch gewonnen; bei den zweiten handelt es sich um Ziffern, die anhand der ersten mittels bestimmter Methoden errechnet werden; zu den dritten gehören solche Ziffern, die man als Werkzeuge für die theoretischen Schlußfolgerungen gebraucht.

Über diese drei Ziffernarten ist viel zu sagen. Hier sei jedoch nur kurz die letzte Art erwähnt. Petty nennt sie "Suppositions to shew the way to that Knowledge I aim at."⁵⁸ Sie werden meistens als Mittel bzw. Hypothese zur Verdeutlichung des theoretischen Argumentationsprozesses im logischen Schließen deduktiv angewandt. Unter Benutzung derartiger Ziffern gelangte er beispielsweise im Abschnitt über die Grundrente im Zusammenhang mit den unterschiedlichen technischen Erschwernissen bei der Getreide- und Silberproduktion faktisch zum Begriff des gesellschaftlichen Mittelwertes; oder er untersuchte auf eine ähnliche Weise im Abschnitt über die Landvermessung das "medium or common result of all bargains". Daß er, wenngleich auf die Gedanken des Naturrechts gestützt, bis zu solchen Begriffen wie "natural price" und "natural Par" vorstieß und sogar über die "foundation of equallizing and ballancing of Values" seine Gedanken entfalten konnte, verdankte er ebenfalls dem ausgiebigen Gebrauch dieser Ziffern.

Aus dem bisher Gesagten folgt, daß die Vorstellung falsch ist, Petty hätte mittels bereits vorhandener elementarer Begriffe und Theorien der Wirtschaftswissenschaft die junge kapitalistische Gesellschaft analysiert bzw. statistische Untersuchungen durchgeführt. Erst durch Beobachtung und Untersuchung der neuen Gesellschaft, deren Umriss durch die bürgerliche Revolution immer deutlicher gestaltet wurden, unter Zuhilfenahme von naturwissenschaftlichen Methoden und unter Anwendung des sozialökonomischen Gedankengutes in ihrer

56 Petty to Lord Anglesea, 17. 12. 1672, zit. nach Fitzmaurice, Edmond, The Life of Sir William Petty, London 1895, S. 157 f.

57 Vgl. Strauss, E., Sir William Petty. Portrait of a Genius, London, T. 3, Kap. 15.

58 Petty, William, Political Arithmetick, London 1690, Preface.

Wirklichkeit, bildeten sich die ökonomischen Begriffe und Theorien heraus. Petty versuchte in seinen späten Jahren, Zeichen anstelle der Ziffern zu setzen, um die Argumente noch freier zu entfalten, was er "Algorithmus of Algebra"⁵⁹ nannte. Hier kann man, worauf Lansdowne hinweist, für "Political Arithmetick" die Bezeichnung "Political Algebra" anwenden. Dies bedeutet aber nicht die spätere abstrakte formelle mathematische Logik, sondern stellt, wie aus der obigen Beschreibung schon begreiflich, eine zwar naive, aber wissenschaftliche Abstraktion dar, welche zur Entstehung der fundamentalen Begriffe und Theorien in einer um die Arbeitswerttheorie weiter entwickelten Wirtschaftswissenschaft beitrug⁶⁰.

Der Name und das Vermögen des englischen fürstlichen Hauses Lansdowne, das seit dem 18. Jahrhundert unter den Whigs ein gewichtiges Wort mitzureden hatte, sollen von der "Down Survey" herrühren. Des Verfassers Ansicht nach trifft auf Pettys Arbeitswerttheorie, die als eine der Grundtheorien der klassischen englischen Ökonomie seit dem 18. Jahrhundert betrachtet wird, zu, daß sie ihren Ursprung in der "Survey", die die Verteilung des konfiszierten Landes mitumfaßte, zu suchen hat, so wie es in der vorliegenden Studie skizzenhaft dargestellt ist.

(Übersetzt von Eichi Yasui)

⁵⁹ Derselbe, *The Petty Papers*, Bd. 2, London 1927, S. 11.

⁶⁰ Smith schreibt: "I have no great faith in political arithmetic." (*Smith, Adam, The Wealth of Nations*, Cannan's ed., Bd. 2, S. 36.) Wogegen hier Adam Smith sein Mißtrauen ausspricht, ist, wie aus dem Kontext ersichtlich, C. Smiths Technik sowie Resultat der Kalkulation bezüglich der Ein- und Ausfuhr des Getreides. Man müßte diese Tatsache im Auge behalten.

Zum Problem Stagnation und Wachstum in der Wirtschaftsgeschichte

Ein Beitrag zur Diskussion

von Hans Mottek

1. Wachstum, Entwicklung und Fortschritt der Produktivkräfte
2. Allgemeine Stagnations- bzw. Niedergangsursachen
3. Stagnations- bzw. Niedergangstendenzen in den Klassengesellschaften
 - a) Die vorkapitalistischen Formationen
 - b) Der Kapitalismus

1. Wachstum, Entwicklung und Fortschritt der Produktivkräfte

Daß der Begriff des ökonomischen Wachstums in der neuesten Geschichte der Wirtschaftswissenschaften im Vordringen ist, kann selbst der oberflächliche Beobachter feststellen. Dieses historische Phänomen ist umso auffälliger, als man gleichzeitig die verwandte Kategorie Entwicklung weiter und sogar häufiger verwendet. Da sich diese Erscheinung in der ökonomischen Theorie und Praxis der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme zeigt, drängt sich die Frage nach ihren historischen Ursachen auf. Sie sind wohl in zwei Richtungen zu sehen: im ökonomischen Wettbewerb der beiden entgegengesetzten Wirtschaftssysteme und in den immer mehr in den Vordergrund tretenden Problemen der ehemaligen Kolonialländer, deren ökonomisches Niveau sehr weit von dem der führenden Industriestaaten entfernt ist.

Der Wachstumsbegriff dient der quantitativen Messung und damit der Vergleichbarkeit wirtschaftlicher Leistungen in verschiedenen Gesellschaftssystemen, Ländergruppen, Ländern oder auch in unterschiedlichen Perioden desselben Landes. Nur so gelangt der Begriff volkswirtschaftliches Wachstum in Verbindung mit dem schon früher üblichen Begriff des Wachstums von Volkswirtschaftsgrößen wie Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitsproduktivität sowie anderen Größen außerhalb der Volkswirtschaft. Nur insofern gibt es überhaupt eine Berechtigung, den Begriff volkswirtschaftliches Wachstum neben die herkömmliche Kategorie der Entwicklung, vor allem neben die der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung zu stellen. Nur so ergibt sich auch eine rationelle Aufgabenteilung zwischen beiden Begriffen. Sie kann, genauer gesagt, nur darin bestehen, daß unter Wachstum die Veränderung einer die gesamte Volkswirtschaft charakterisierenden Größe, etwa des Nationaleinkommens, verstanden wird, das also in jedem Jahr durch eine Zahl darstellbar ist. Demgegenüber kann Entwicklung in wirtschaftlicher Hinsicht nur Veränderung, und zwar gerichtete Veränderung, der Struktur einer Volkswirtschaft ausdrücken. Dabei ist diese Struktur der Volkswirtschaft als System durch eine geordnete Zusammenfassung von Größenelementen, also durch eine Matrix, darstellbar, ihre Veränderung, also die Entwicklung, aber durch eine Transformation dieser Matrix.¹ Allerdings ist jedes Wachstum in höherem oder geringerem Maße mit

¹ Vgl. dazu Lange, Oskar, Ganzheit und Entwicklung in kybernetischer Sicht, Berlin 1966.

einer Strukturveränderung verbunden, wobei die einzelnen Entwicklungselemente sogenannte Wachstumsfaktoren darstellen. Die Veränderung des Nationaleinkommens als eines wichtigen Elements der volkswirtschaftlichen Struktur bedeutet, daß die Struktur, die Strukturmatrix, sich geändert hat und daß die Veränderung dieses Strukturelements auch eine Änderung anderer Elemente entweder zusammenfaßt oder als Folge in der Zukunft mit sich bringt. Dennoch bleibt auch im Rahmen dieses Zusammenhanges der Unterschied zwischen volkswirtschaftlichem Wachstum und volkswirtschaftlicher Entwicklung bestehen. Produktionsverhältnisse, Überbau, Politik können zwar Wachstumsursachen, Wachstumsfaktoren, nicht aber selbst unmittelbar Wachstum sein.

Bedeutet aber ein solches Wachstum auch immer einen Fortschritt der Produktivkräfte? Das ist jedenfalls dann nicht der Fall, wenn - einer früheren Abhandlung folgend² - der Fortschritt der Produktivkräfte an der daraus entstehenden Vergrößerung des Produktionspotentials gemessen wird; denn dann kann das Wachstum auch auf einer besseren Ausnutzung bisher brachliegenden Produktionspotentials, etwa nach einer Krise, beruhen. Ein weiterer Unterschied ergibt sich, wenn die Messung des volkswirtschaftlichen Wachstums zwar eine erhöhte Maschinen-, aber nicht eine erhöhte Erfindungsproduktion einbezieht. Das ist aber üblich, obgleich im Grunde auch Maschinen und nicht nur produktionsverwertbare Erfindungen ihre Berücksichtigung als Bestandteile des Nationaleinkommens, des Netto- bzw. Bruttoprodukts, nur als potentielle Konsumgüterproduktion verdienen. Trotz dieser Unterschiede zwischen volkswirtschaftlichem Wachstum und Fortschritt der Produktivkräfte ist die Problematik bei beiden weitgehend gleichartig. Deshalb ist auch die frühere Diskussion im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte zum Komplex der Entwicklung der Produktivkräfte ein Beitrag zur Erörterung wachstumstheoretischer Fragen im Bereich der Wirtschafts-geschichte. Umgekehrt ergibt sich aber auch aus der Gleichartigkeit beider Problemkreise, daß die wachstumstheoretischen Betrachtungen, insbesondere diejenigen, die sich auf die sogenannten Entwicklungsländer beziehen, bei der ökonomischen Analyse wirtschaftshistorischer Prozesse nützlich sein können. Nützlich wären in diesem Zusammenhang auch solche Gedankengänge, die gerade aus den Erfahrungen dieser Länder die Rolle der dem Fortschritt der Produktivkräfte entgegenstehenden Faktoren betonen. Es genügt dabei nicht nur, von Hemmnissen zu sprechen, sondern man muß, wie bei der Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse, den Kampf zwischen den positiven und negativen Faktoren in den Vordergrund stellen. Tut man aber letzteres, dann erscheint sogar ein rasches Wachstum als ein Ergebnis des Kampfes vorwärtstreibender gegenüber hemmenden bzw. in die entgegengesetzte Richtung treibenden Faktoren. Dann vermögen wir sogar bei einer schnellen Vorwärtsbewegung die Möglichkeit des Niedergangs bzw. der Stagnation zu erkennen. Umsomehr gilt das in der Geschichte für solche Jahrhunderte und Gebiete, in der die immer vorhandene Möglichkeit der Stagnation bzw. des Rückschritts zur aktuellen Wirklichkeit geworden ist. Manche Marxisten mißachteten den wichtigen Hinweis im Spott Engels'³ über den Glauben an den ewigen und immer gleichbleibenden Fortschritt auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte, der dazu führte, die tatsächlich langen Zeiten ihrer Stagnation in vielen Teilen der Welt zu ignorieren. Die wissenschaftliche Erklärung, die Marx für die Stagnation gerade auf solchen Gebieten gab, die für den Fortschritt der Produktivkräfte einmal eine entscheidende Rolle spielten, gewinnt gerade jetzt - wie es sich in der verstärkenden Diskussion über die sogenannte asiatische Produktionsweise zeigt - immer mehr die ver-

2 Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen (im folgenden: Produktivkräfte), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, S. 183 f.

3 Engels spricht in einem Brief an Marx vom "aufgeklärten Vorurteil, es müsse doch seit dem dunklen Mittelalter ein stetiger Fortschritt zum Besseren stattgefunden haben." (Engels an Marx in Ventnor, London 15. 12. 1882, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 128. - Hervorh. im Original.)

diente Beachtung.⁴ Die Tatsache, daß es historisch wirksame Widerstände gegen den Fortschritt der Produktivkräfte gibt, ist zwar nie bestritten worden, aber ihre Bedeutung ist doch bisher im Vergleich mit den Widerständen gegenüber neuen Produktionsverhältnissen, neuer politischer Struktur des Überbaus vernachlässigt worden. Das gilt besonders für jene Zeiten, die man nicht als Niedergangsstadien der betreffenden Gesellschaftsformation bezeichnen kann. Das beginnt sich erst jetzt durch die zunehmende Beschäftigung mit den Wachstumsproblemen zu ändern. Auch in meinem früheren Aufsatz ist - ebenso wie in der erwähnten Diskussion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte - auf die Möglichkeit der Stagnation dann auch explizit und implizit bei der Betrachtung der Bedingungen des Fortschritts eingegangen worden.⁵ Dennoch macht sich die Ergänzung der damaligen Erörterungen auf mancherlei Weise notwendig, was in diesem Beitrag versucht werden soll. Allerdings würde eine umfassende Ergänzung den gestellten Rahmen überschreiten. Sie wird daher Aufgabe eines in Vorbereitung befindlichen Buches sein.

Zunächst sollen einige allgemeine Ursachen der Stagnation bzw. des Niedergangs dargelegt werden, die für die verschiedenen Gesellschaftsordnungen, darunter auch für die Urgemeinschaft, gelten. Danach soll auf die konkreten Stagnations- bzw. Niedergangstendenzen der Produktivkräfte in der Klassengesellschaft bzw. den Klassengesellschaften eingegangen werden.

2. Allgemeine Stagnations- bzw. Niedergangsursachen

Ausgangspunkt der Überlegungen stellt folgende elementare Tatsache dar: Ohne technischen Fortschritt im Sinne einer die Produktion mindestens potentiell steigernden Verbreitung von Neuerungen in bezug auf Produktionsmittel, Produktionsmethoden, Arbeitsgegenstände und Konsumgüter muß es auf die Dauer zu einer Stagnation und dann zu einem Niedergang kommen. Dabei genügt nicht irgendein Ausmaß dieses Fortschritts, vielmehr muß er so stark sein, daß dadurch beispielsweise eine verringerte Ergiebigkeit von Bodenschätzen oder auch von durch die zunehmende Bevölkerung erschlossenen zusätzlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen, nicht zuletzt auch Wäldern, mehr als ausgeglichen wird. Kommt es aber nicht einmal zu einem Ausgleich, so tritt ein Niedergang anstatt eines Wirtschaftswachstums in dem betreffenden Gebiet ein.

Erste Voraussetzung aber für eine solche Ausbreitung von Neuerungen (F 3)⁶ ist natürlich, daß es solche Neuerungen überhaupt gibt bzw. daß sie in hinreichendem Maße entstehen,

4 Vgl. die Beiträge zu Problemen der asiatischen Produktionsweise: Welskopf, Elisabeth Charlotte, Vorbemerkungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 165 ff.; Varga, Eugen, Über die asiatische Produktionsweise, in: ebenda, S. 181 ff.; Lewin, Günter, Von der "asiatischen Produktionsweise" zur "hydraulic society". Der Werdegang eines Renegaten, in: ebenda, S. 205 ff.; Töpfer, Bernhard, Zur Problematik der vorkapitalistischen Klassengesellschaften, in: ebenda, S. 259 ff.; Büttner, Thea, Das präkoloniale Afrika und die Diskussionen zur asiatischen Produktionsweise, in: ebenda, S. 287 ff.; vgl. dazu auch Mottek, Hans, Die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern (im folgenden: Wahl der richtigen Technik), in: ebenda 1968, T. 1, S. 87 f.

5 Vgl. Mottek, Hans, Produktivkräfte, a. a. O., z. B. S. 188 f.

6 Diese und die folgenden Kurzbezeichnungen sind entnommen ebenda, S. 185. Sie werden hier nur jeweils kurz erläutert. Die ausführliche Betrachtung der Bedingungen des Fortschritts siehe ebenda, S. 185 f. - F 3 = quantitative Vermehrung qualitativ neuer Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren.

während die früheren Errungenschaften, eben weil sie sich weitgehend durchgesetzt haben, den Neuerungscharakter verlieren. Wachsen aber die Neuerungen nicht bzw. nicht in hinreichendem Maße nach, ist Stagnation bzw. Niedergang unvermeidbar.

Auf die Frage, ob es zu einer Stagnation wegen Fehlens geeigneter Neuerungen bzw. Erfindungen überhaupt kommen kann, wäre die Reaktion naheliegend, diese Möglichkeit für einen längeren historischen Zeitabschnitt zu leugnen.⁷ Denn ist die Gattung Mensch nicht immer erfinderisch? Akkumuliert sie Wissen nicht schon auf Grundlage einfacher Zufälle, und wird diese Akkumulation nicht mit der Zunahme von Erfahrungen, Beobachtungen im Bereich der Produktion automatisch stärker?

Was die erste Frage betrifft, so ist das Erfindungspotential des Menschen sicherlich in seiner biologischen Struktur, in seiner Gehirnkapazität gegeben. Hierin liegt die Voraussetzung für jeglichen technischen Fortschritt und letztlich auch die Garantie dafür. Das ändert jedoch nichts daran, daß das biologisch gegebene Erfindungspotential zu seiner Verwirklichung gesellschaftlicher Voraussetzungen bedarf. Nicht zuletzt hängt die Produktion geeigneter Erfindungen von ihrem Schwierigkeitsgrad, dem dafür notwendigen Aufwand, ab. Die Tatsache, daß dieser Aufwand im Verlaufe der Geschichte gewöhnlich zunimmt, wirkt sich dabei als ein zusätzliches Hemmnis aus.

Auf der anderen Seite sind Neuerungen bzw. Erfindungen von geringerem Schwierigkeitsgrad zumeist nicht allgemein genug, um häufig wiederholbar zu sein, um vom Erfinder selbst sowie von seinen Nachahmern und Nachkommen weiter angewandt zu werden. Und wiederum hat nur ein sehr kleiner Teil die notwendige Merkbare, um aufbewahrt zu werden in dem Sinne, daß eine Wiederholung der betreffenden Erfindung nicht mehr notwendig ist. Ein Handwerker kann etwa wie ein Violinspieler eine große Anzahl von Verbesserungen in seiner Arbeit machen, ohne daß diese, ganz abgesehen von jeder Geheimhaltung, übertragbar wären. Das gilt ganz besonders für die Zeit vor den modernen Informationsmitteln, wobei es sogar heute schwierig ist, die produktionssteigernden "Tricks" eines einzelnen Arbeiters auf die anderen zu übertragen. Verbesserungen der Produktionstechnik müssen also merkbar im wahrsten Sinne des Wortes, sie müssen übertragbar sein. Nur so können sie miteinander und mit den bisherigen Techniken eine solche Kette bilden, die man als technischen Fortschritt bezeichnen kann.

Zumindest die Merkbare ist bei solchen qualitativen Neuerungen vorhanden, die man gemeinhin Erfindungen nennt und die wir hier als Erfindungen im engeren Sinne bezeichnen wollen. Aber auch bei ihnen ist die notwendige Allgemeinheit, die eine Ausgangsbasis für neue Erfindungen schafft, also kettenbildend ist, deshalb noch keineswegs gegeben. Gerade an Erfindungen mit kettenbildender Kraft hat es in der überwiegenden Zeit der Menschheitsgeschichte einen erheblichen Mangel gegeben. Die bloße Akkumulation von Erfahrungen, die auf vorhandenen Produktionsmitteln sowie auf qualitativ alten Produktionsmethoden beruht, ist zwar sicherlich auch ein wirksamer Prozeß, aber ihre produktionssteigernde Wirkung nimmt nur dann zu, wenn die Grunderfindung des Werkzeugs sowie der Produktionsmethode noch neu ist. Sie nimmt dann aber allmählich ab. Gerade dadurch entsteht die Notwendigkeit einer neuen Erfindung. Diese Wirkung entwickelte sich also etwa nach der Gaußschen Parabel.⁸ In bezug auf unser Thema heißt das aber nichts anderes, als daß die Akkumula-

7 Das könnte man auf Grund der Analyse von Barnett tun, der sich mit Neuerungen im allgemeinen und nicht mit produktionstechnischen Neuerungen auseinandersetzt und nicht beachtet, daß Neuerungen - ganz abgesehen von jedem Widerstand - noch keineswegs zu einem technischen Fortschritt führen müssen. (Vgl. Barnett, H. G., *Innovation*, New York/Toronto/London 1953.)

8 Zur Anwendung der Gaußschen Parabel für die Prognostik und entsprechende Analyse der historischen Entwicklung vgl. z. B. Daeves, Karl, *Die Vorausbestimmungen im Wirt-*

tion von Erfahrungen, soweit sie nicht zu qualitativen Neuerungen führt, sondern sich auf bessere Ausnutzung früherer Neuerungen beschränkt, von einem bestimmten Punkt an eine abnehmende Wirkung hat, also für sich allein nicht ausreicht, um eine Fortdauer des Wirtschaftswachstums zu sichern. Die notwendigen qualitativen Neuerungen brauchen sich allerdings nicht auf Werkzeuge oder Produktionsmethoden zu beschränken. Auch qualitativ neue Informationsmittel oder entscheidende Fortschritte in der Arbeitsteilung machen eine raschere Steigerung der Produktivität selbst bei alten Produktionswerkzeugen und Grundmethoden möglich.

Aber selbst verkettungsfähige Erfindungen brauchen keinen technischen Fortschritt, auch noch nicht in der Form F²⁹, zu bedingen, und zwar dann nicht, wenn die Erfindung an die Stelle einer gleichen, bereits vergessenen Erfindung tritt und damit nur die einfache Reproduktion des technischen Standes gerade gewährleistet. Besonders in der älteren Wirtschaftsgeschichte gibt es sehr bedeutsame Traditionsverluste bei an sich tradierbaren Erfindungen, Verluste von Wissen, von Werkzeugen, also nicht ausreichende Übertragung an sich übertragbarer Errungenschaften von einer Generation zur anderen oder auch nur von einem Produzenten zum anderen.¹⁰ Eine solche Übertragung, eine solche Tradition ist ja die Voraussetzung jeden Fortschritts, da man anderenfalls immer wieder von vorn anfangen müßte. Sie ist eben auch keinesfalls selbstverständlich, sondern erfordert vielmehr starke gesellschaftliche Kräfte, die aber - wie die Zünfte - nicht nur errungenschaftsbewahrend, sondern auch neuerungs- und damit fortschrittshemmend wirken. Offensichtlich hängt jeder Fortschritt - und nicht nur der technische - von dem Ausmaß der für die Tradition, also die Erhaltung der bisherigen Errungenschaften, notwendigen Energie ab. Vervollkommen sich die Traditionsmittel nicht, so ergibt sich daraus ein Hemmnis gegen den technischen Fortschritt, das direkt proportional der Höhe des vorhandenen technischen Niveaus, des technischen Wissens ist. Je zurückgebliebener die Traditionsmittel sind, um so stärker machen sich die fortschrittshemmenden Wirkungen der Tradition bemerkbar. Sie offenbart gerade unter solchen Bedingungen ihre Doppelrolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte.

schaftsleben, Essen 1951, bes. S. 63 - 78. - Hierbei geht es allerdings nicht direkt um eine Produktionssteigerung durch Anwendung einer bestimmten Technik.

9 F² = rein qualitative Form der Vermehrung der Produktivkräfte oder exakter eine solche, bei der der quantitative Zuwachs der Produktionskapazität so klein ist, daß man ihn vernachlässigen kann. Vgl. dazu ausführlich Mottek, Hans, Produktivkräfte, a. a. O., S. 185 f.; siehe auch Anm. 6 der vorliegenden Arbeit.

10 Vgl. dazu Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 54, wo es heißt: "Es hängt lediglich von der Ausdehnung des Verkehrs ab, ob die in einer Lokalität gewonnenen Produktivkräfte, namentlich die Erfindungen, für die spätere Entwicklung verlorengehen oder nicht. Solange noch kein über die unmittelbare Nachbarschaft hinausgehender Verkehr existiert, muß jede Erfindung in jeder Lokalität besonders gemacht werden, und bloße Zufälle, wie Irruptionen barbarischer Völker, selbst gewöhnliche Kriege, reichen hin, ein Land mit entwickelten Produktivkräften und Bedürfnissen dahin zu bringen, daß es wieder von vorne anfangen muß. In der anfänglichen Geschichte muß jede Erfindung täglich neu und in jeder Lokalität unabhängig gemacht werden. Wie wenig ausgebildete Produktivkräfte selbst bei einem verhältnismäßig sehr ausgedehnten Handel vor dem gänzlichen Untergange sicher sind, beweisen die Phönizier, deren Erfindungen zum größten Teil durch die Verdrängung dieser Nation aus dem Handel, die Eroberung Alexanders und den daraus folgenden Verfall auf lange Zeit verlorengehen. Ebenso im Mittelalter die Glasmalerei z. B. Erst wenn der Verkehr zum Weltverkehr geworden ist und die große Industrie zur Basis hat, alle Nationen in den Konkurrenzkampf hineingezogen sind, ist die Dauer der gewonnenen Produktivkräfte gesichert."

Nur so ist erklärbar, warum gerade nach einem raschen Fortschritt der Produktivkräfte, wie bei der Entstehung der ersten Zivilisation, die stagnationsbewirkende Seite so in den Vordergrund tritt, während bei Völkern, die den führenden Zivilisationen folgten, eher die Möglichkeit bestand, bei der Übernahme der Errungenschaften ihrer Vorbilder über diese Errungenschaften hinauszugehen und dabei die früher überlegene Zivilisation zu überflügeln.¹¹ Hier trat das ein, was man als Selbsthemmung des technischen Fortschritts bezeichnet hat.¹² Mangel an Tradition als Übertragungsmechanismus von Errungenschaften einer Generation auf die andere kann also ebenso den technischen Fortschritt wie starke Tradition hemmen.

Die letzten Bemerkungen leiten bereits von der Frage der Erfindungen, ihrer kettenbildenden Eigenschaften und ihrer tatsächlichen Kettenbildung auf ihre Verbreitung über, also auf die Durchsetzung des Neuen in der Praxis¹³ (F 3). Zwischen beiden Prozessen besteht auch insofern eine Wechselwirkung, als jede Hemmung in der Verbreitung von Neuerungen ihr Vergessenwerden erleichtert und damit eine tatsächliche Kettenbildung unmöglich macht, wie auch insofern, als Widerstände gegen die Verbreitung von Erfindungen und Schwierigkeiten dabei auch vor der Produktion neuer Erfindungen abschrecken. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Frage der Tradition und insbesondere an ihren bereits angedeuteten negativen Wirkungen.

Die Möglichkeit dieser negativen Wirkungen der Tradition hängt keineswegs nur mit dem ökonomischen Aufwand der Übertragung von Errungenschaften von einer Generation auf die andere ab, sie hängt vielmehr vor allem mit dem mit der Übertragung eng verbundenen Rückkoppelungsmechanismus zusammen, der von der Tradition als Regler ausgeht. Als Regler sucht die Tradition, oder suchen vielmehr die sie verkörpernden gesellschaftlichen Kräfte, eine Verschlechterung angewandter Techniken zu verhindern, indem sie die unveränderte Ausübung und darüber hinaus die unveränderte Neuaneignung sichert. Insofern dabei solche Verschlechterungen rückgängig gemacht werden, ist die Wirkung positiv und hilft, einen Ausgangspunkt für spätere Fortschritte in dem betreffenden Territorium bzw. auch anderswo zu sichern. Wenn wir jedoch von negativen Wirkungen der Tradition sprechen, dann denken wir natürlich an den umgekehrten Fall, in dem durch das Festhalten an der unveränderten Anwendung der vorhandenen Technik eine mögliche fortschrittliche Änderung verhindert, ja sogar eine vollzogene Änderung rückgängig gemacht wird. Dabei dient diese Reaktion allerdings auch dem Zweck, die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Normen zu sichern und wendet sich aus diesem Grund gegen solche technischen Neuerungen, aus denen sich unmittelbar gesellschaftliche Veränderungen offensichtlich ergeben müssen. Zu einem völligen Zurück führt diese Reaktion aber zumeist nicht, jedenfalls dann nicht, wenn die Durchbrechung des Alten schon eine gewisse Ausdehnung erreicht hat. Das entspricht dem bekannten Faktum, daß ein in der Krise hervorgerufener Rückgang die Pro-

11 Daraus, daß das Nachfolgen bei denjenigen Völkern am leichtesten war, die den Kristallisations- oder Knotenpunkten der Entwicklung räumlich am nächsten standen, erklärt sich die von Welskopf hervorgehobene Rolle solcher Randvölker in der progressiven Entwicklung der Menschheit, wie der Griechen im Vergleich zum alten Orient, der Engländer im Vergleich zum europäischen Kontinent, der Russen im Vergleich zum kapitalistischen West- und Zentraleuropa. (Vgl. Welskopf, Elisabeth Charlotte, a. a. O., S. 171 ff.)

12 So bezeichnet z. B. von Schwarz, Arnold, Wirtschaftliche Hemmnisse des technischen Fortschritts, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft, 97. Jg. 1961, H. 3, September, S. 320 - 324, der sich aber dabei auf eine hiervon ganz verschiedenartige Hemmung im Kapitalismus bezieht.

13 Mottek, Hans, Produktivkräfte, a. a. O., S. 185 ff. u. 196 ff.

duktion nicht wieder auf das alte Niveau, weder quantitativ noch qualitativ, zurückführt.

Ist also ein gewisser Traditionsdurchbruch bereits erfolgt, dann ist die Rückkoppelung von der einen Richtung, der fortschrittlichen, geringer als von der anderen, der rückschrittlichen, ähnlich wie das auch in der politischen Geschichte mit der Reaktion bzw. Restauration zu sein pflegt. Die gegen den technischen Fortschritt gerichtete stabilisierende Wirkung der Tradition - und das hilft den endgültigen Sieg des Fortschritts zu sichern - erweist sich also von einem bestimmten Punkt aus als beschränkt.

Um aber die Bewegung bis zu diesem Punkt zu bringen, müssen nicht nur die Wirkungen der Tradition überwunden werden, sondern zunächst das, was man gewöhnlich Trägheit nennt und ein bemerkenswertes Analogon zur physikalischen Trägheit darstellt¹⁴: die Trägheit im gesellschaftlichen Sinne, also im Sinne des einfachen Festhaltens am Alten unter Abneigung gegen das Neue, und nicht wie bei der Tradition im Sinne des Strebens nach Erhaltung einmal erzielter Errungenschaften.

Ebenso wie in der Physik eine Kraft notwendig ist, um den Zustand der Ruhe zu überwinden, ist das in der Produktionstechnik, bei den Produktionskräften und nicht nur bei den Produktionsverhältnissen der Fall. Gerade dies wird angenommen, wenn man nach einer Antriebskraft für den Fortschritt der Produktivkräfte sucht. Eine solche Antriebskraft sind dabei zweifellos die auf der Grundlage der bisherigen Produktionstechnik nicht zu befriedigenden Bedürfnisse. Solche Bedürfnisse müssen unter den Bedingungen der jeweiligen Gesellschaftsordnung in solchem Maße wirksam werden, daß dadurch Trägheit und Tradition überwunden werden können. Aber selbst in der Urgemeinschaft, selbst ohne Berücksichtigung der Klassendifferenzierung, gibt es Gründe, die Frage zu überprüfen, ob nicht eine Tendenz vorhanden ist, welche zur Abnahme des Antriebs im Verlaufe des Fortschritts der Produktivkräfte führt; denn insoweit dieser Fortschritt eine bessere Befriedigung der materiellen Bedürfnisse bringt, könnte der Antrieb zur Befriedigung der verbleibenden, weniger wichtigen Bedürfnisse abnehmen. Das würde anders sein, wenn die Produktion mit ihrem Fortschritt nicht allein Bedürfnisse befriedigt, sondern auch neue schafft, so daß der Antrieb auf höherer Stufe reproduziert wäre. Der Hinweis auf gerade diese Tatsache ist in der berühmten Analyse des Verhältnisses von Produktion und Konsumtion in der Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie enthalten,¹⁵ Daraus ergibt sich aber noch nicht, daß eine solche Reproduktion auf höherer Stufe unter allen Umständen erfolgen muß. Wie die Beobachtung bestimmter Völkerschaften zeigt, kann ein hoher Grad der Befriedigung bestimmter Elementarbedürfnisse durchaus zu einer Verminderung des Antriebs führen, neue Lösungen in der Produktionstechnik zu suchen bzw. anzunehmen. Dafür spricht auch die Erfahrung, daß in Gebieten, wo die natürlichen Bedingungen für die Befriedigung elementarer Bedürfnisse sehr günstig sind, die Bewegung zum technischen Fortschritt verhältnismäßig schwach war, obwohl es dort infolge des kleineren notwendigen Produkts ein größeres Mehrprodukt bei demselben Niveau der Produktivkräfte und damit auch größere Akkumulationsmöglichkeiten gegeben haben müßte.

Offensichtlich tritt eine Reproduktion des Bedürfnisantriebs auf höherer Stufe nur ein, wenn der Fortschritt der Produktion nicht nur zu einer quantitativen Steigerung alter Konsumgüter, wenn auch durch bessere Produktionswerkzeuge, führt, sondern wenn es dabei zur Herstellung qualitativ neuer Konsumgüter kommt. Eins der frühesten Beispiele dafür ist der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht, der die Ernährung der Menschen auf eine völlig neue

14 Thiel, Rainer, Quantität oder Begriff, Berlin 1967, S. 398 ff., arbeitet die Bedeutung der Analogie des physikalischen und des gesellschaftlichen Trägheitsbegriffes heraus.
15 Marx, Karl, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 622 ff.

Grundlage stellte, dabei aber gleichzeitig ihre Lebensgewohnheiten änderte (ein höheres Ausmaß von Selbstigkeit brachte) und neue Bedürfnisse (bezüglich Wohnung und Zubehör) schuf.

Gerade solch ein Übergang, der nicht nur auf einer einfachen Neuerung, sondern eher auf einer Neuerungskette beruhte, entstand nach verbreiteten Darstellungen, die plausibel, aber nicht ganz exakt beweisbar sind¹⁶, in einer Notlage, bei der die Befriedigung der bisher vorhandenen, ja sogar der elementarsten Bedürfnisse bedroht war. Daß in einer Situation dieser Art, wie sie etwa durch Verschlechterung des Bodens, des Klimas, durch Bevölkerungszuwachs bei Beibehaltung der alten Technik, hervorgerufen sein könnte, der Antrieb zum technischen Fortschritt am stärksten ist, darauf weist auch unser Sprichwort: "Not macht erfinderisch" hin, für das sich analoge Formulierungen in anderen Sprachen finden lassen.

Allerdings ist beim Übergang zur Landwirtschaft eine größere Antriebsstärke deshalb notwendig, als er - weit mehr als etwa der Übergang zu metallenen Werkzeugen - die Gewohnheiten, das ganze Leben der Gesellschaft umwälzt und daher einen größeren Trägheitswiderstand zu überwinden hat. Im Grunde handelt es sich bei diesen und anderen durch Not erzwungenen technischen Änderungen um einen Sieg im Kampf zweier Erhaltungskräfte. Es siegte dabei die Kraft, welche die Existenz der betreffenden Gesellschaft oder zumindest die Befriedigung ihrer bereits bestehenden gewohnheitsmäßig fixierten Bedürfnisse sicherte - und zwar durch neue Techniken -, über die Trägheits- plus Traditionserhaltungskräfte, welche das bestehende technische Niveau vor Veränderungen zu sichern suchten. Wenn aber nun die erfinderische Reaktion auf einen solchen sich durchsetzenden Erhaltungsantrieb nur zu einem Ausmaß des Fortschritts führte, der die Befriedigung der alten Bedürfnisse im alten Umfang gewährleisten würde, dann würde naturgemäß in dieser Situation der Neuantrieb wieder erlöschen, wenn er nicht etwa durch eine weitere Bevölkerungsvermehrung wieder angefacht würde.¹⁷

Anders verhielte es sich nur, wenn die Reaktion auf die Notlage den Fehlbetrag an Produkten nicht nur kompensieren, sondern sogar überkompensieren würde. Eine solche Überkompensation birgt die Möglichkeit struktureller qualitativer Änderungen in sich und das nicht nur in bezug auf die Produktionstechnik, sondern auch in bezug auf die Gesellschaft, indem sie etwa die hinreichende Menge an Mehrprodukt für die Verbreitung von Ausbeutungsverhältnissen schafft. Solche Überkompensationen, die wir in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder beobachten, können vor allem deshalb entstehen, weil sich die in bestimmten Not- und Bedürfnislagen entstandenen Zielsetzungen von ihrem Ursprung in gewissem Maße zu emanzipieren, eine Eigenbewegung anzunehmen vermögen.

16 Vgl. z. B. Childe, V. Gordon, Der Mensch schafft sich selbst, Dresden 1959, S. 81 ff. = Fundus-Bücher, Nr. 2; vgl. auch derselbe, Stufen der Kultur, Stuttgart 1952, S. 60; derselbe, The Most Ancient East, London 1928, S. 49 f. - Auf Childe stützt sich auch Toynbee, Arnold J., Der Gang der Weltgeschichte, Stuttgart 1950, vgl. bes. S. 70 ff. - Toynbees in diesem Buch entwickelte Theorie der Herausforderung als Grundlage menschlichen Fortschritts trifft im Grunde die erörterte Frage der Elementarbedürfnisse und ihre Gefährdung, läßt aber eine Auseinandersetzung mit dieser Frage und überhaupt mit den ökonomischen Problemen vermissen.

17 Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Bevölkerungsvermehrung als Wachstumsfaktor, indem sie die Einführung neuer Techniken begünstigt. In der Wachstumstheorie tritt, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige "Bevölkerungsexplosion", eher der umgekehrte Gesichtspunkt in den Vordergrund, und zwar akkumulations- und damit wachstumsmindernde Wirkungen des Bevölkerungszuwachses. Zwischen diesen beiden Tendenzen besteht offensichtlich ein Widerspruch, dessen Lösung nach der einen oder anderen Richtung für den weiteren Fortschritt der Produktivkräfte wesentlich ist.

Die Verselbständigung technisch-ökonomischer Zwischenziele ist ein Phänomen, das wir bis in die Gegenwart hinein verfolgen können und ohne die, obwohl sie nicht ohne Gefahren ist - sie tendiert dazu, Techniken in einen Selbstzweck zu verwandeln -, doch die Entwicklung der Technik kaum denkbar wäre. In diesem Zusammenhang ist noch zu beachten, daß der Antrieb, ein Ziel zu erreichen, gewöhnlich nicht in dem Maße abnimmt, in dem man sich dem Ziel nähert, sondern daß eher das Gegenteil der Fall ist.¹⁸ Die Möglichkeit der Abnahme des Antriebs zum technischen Fortschritt bei steigender Bedürfnisbefriedigung kann sich deshalb nur beim Übergang von einer Zielsetzung zur anderen bemerkbar machen. Je mehr sich aber die Produktivkräfte entwickeln, desto mehr entsteht Gelegenheit zu langfristigen Zielsetzungen - zum Beispiel bei Bodenerschließung, Bewässerungsbauten, Forstwirtschaft usw. -, desto mehr wächst die Tendenz zur Verkettung der Zielsetzungen und zur Verselbständigung der Zwischenziele. Das verhilft der Fortschrittsbewegung, gegenüber der Tradition eine solche Kraft aufrechtzuerhalten, daß das Bedürfnisniveau auf eine höhere Stufe transformiert wird, woraus neue Antriebe für weitere Fortschritte entstehen. Bei den rein ökonomischen Zielsetzungen in den Klassengesellschaften, insbesondere bei dem Ziel höherer Geldeinnahmen und maximaler Profite, gibt es demgegenüber keine weitgehende Fixierung in der Zeit (Termin) und Größe, und man kann deshalb auch nicht von einer Antriebsverstärkung bei Annäherung an ein bestimmtes Ziel sprechen. Dennoch spielt auch hier die Verselbständigung von den unmittelbaren Bedürfnissen eine besondere Rolle. Die etwaige Verminderung der Antriebsfähigkeit einer zusätzlichen Geldsumme bei hohen Einnahmen (Profiten) wird aber bei der von Marx analysierten Schrankenlosigkeit des Geldes¹⁹ dadurch ausgeglichen, daß sich dann eben das Ziel auf eine entsprechend größere Geldsumme bzw. einen höheren Prozentsatz richtet, die Intensität des Bereicherungsstrebens also gleichbleibend sein, ja sogar ins Maßlose gesteigert werden kann.

Von der Intensität des Antriebs zur Ausbreitung technischer Neuerungen hängt naturgemäß auch der Grad der Akkumulation ab, die Ausnutzung im Augenblick vorhandener Akkumulationsmöglichkeiten. Die Akkumulationsmöglichkeiten ihrerseits werden allerdings wiederum von der Produktion, der Gesellschaftsstruktur, der Produktivität und dem Mehrprodukt in derselben Zeit bestimmt. Insoweit sind bekanntlich der Verwirklichung von Fortschrittsantrieben durch die Akkumulationsmöglichkeiten Grenzen gesetzt. Und darin sehen viele Theoretiker das entscheidende Hemmnis für ein rasches Wachstum in den meisten Entwicklungsländern. Gerade diese Beachtung der Akkumulationsmöglichkeiten berechtigt uns, der Frage des Mehrprodukts und seiner Entstehung in der älteren Wirtschaftsgeschichte eine solche Bedeutung beizumessen.²⁰ Dabei ist allerdings zu beachten, daß in der älteren Wirtschaftsgeschichte, genauso wie in vielen Entwicklungsländern heute, Arbeitsreserven bestehen und unter solchen Voraussetzungen, insbesondere bei ungenügender Auslastung der Produzenten, eine neue Technik schon dann fortschrittlich ist, wenn sie eine bestimmte Mehrarbeit sinnvoll macht, selbst wenn dabei die durchschnittliche Produktivität pro Arbeitsstunde sinkt.²¹

18 "... the strength of an individual's tendency to approach a positive goal is a decreasing function of his distance from the goal." (Dollard, John/Miller, Neal E., *Personality and Psychotherapy*, New York 1950, Kap. 22, hier wiedergegeben nach Stevens, Carl M., in: *The Quarterly Journal of Economics*, Bd. 72, 1958, S. 79 f.

19 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 1, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 23, Berlin 1962, S. 166 f.

20 Vgl. Lärmer, Karl, *Triebkräfte der Produktivkräfte*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1960, T. 1, S. 180; Mottek, Hans, *Produktivkräfte*, a. a. O., S. 189.

21 Dieser Zusammenhang wird von Boserup, Ester, *The Conditions of Agricultural Growth*, London 1965, nicht deutlich genug herausgearbeitet. Sie nimmt dazu im Sinne der klassischen Ökonomie jede Intensivierung der Landwirtschaft als nur rein zusätzlichen Arbeitsaufwand an, ohne zu berücksichtigen, daß - um diesen zusätzlichen Arbeitsaufwand sinnvoll zu machen - eben produktionstechnische Neuerungen notwendig sind, die, wie die Wirtschaftshistoriker wissen, z. B. bei der Einführung der verbesserten Dreifelder-

Im weiteren Verlauf der Geschichte zeigte sich aber, daß der notwendige Umfang der Akkumulation des Mehrprodukts mit dem Fortschritt der Produktivkräfte - jedenfalls im Verhältnis zum Gesamtprodukt - größer wurde. Der Aufwand - nicht nur zur Hervorbringung von Neuerungen, sondern gerade auch zu ihrer Verbreitung - nahm im Verlauf der Geschichte gewöhnlich zu.

Allerdings steht der daraus erwachsenden Bremsungsmöglichkeit auf der anderen Seite die Vergrößerung des Akkumulationspotentials entgegen, das sich während des Fortschritts der Produktionstechnik jedenfalls dann herausbildet, wenn dieser Fortschritt eine natürliche Verschlechterung der Produktionskapazität oder den Bevölkerungszuwachs nicht gerade nur ausgleicht. Hinzu kommt als Selbstverstärkung des technischen Fortschritts (positive Rückkoppelung) die Tatsache, daß mit technischem Fortschritt, mit ökonomischem Wachstum überhaupt, sich die Möglichkeit vergrößert, Erfahrungen zu gewinnen, vorhandene Techniken zu kombinieren²². Neben dem nicht immer durch erhöhte Akkumulation kompensierten steigenden Aufwand bzw. steigenden Schwierigkeitsgrad des technischen Fortschritts sind es, wie wir gesehen haben, die das alte Niveau stabilisierenden Wirkungen der Tradition, ebenso wie die Tendenz zur Abnahme des Bedürfnisantriebs mit steigender Bedürfnisbefriedigung, die in bestimmten bzw. den meisten Zeitabschnitten der Geschichte stärker werden und den Fortschritt zum Stillstand zu bringen in der Lage sind.

Daß trotzdem der Fortschritt der Produktivkräfte in einzelnen Teilen der Welt sich immer wieder durchsetzen konnte, beruht - abgesehen von den entscheidenden Triebkräften neuer Gesellschaftsformationen - besonders in der Zeit vor der entfalteten Klassengesellschaft auf der Unmöglichkeit, in bestimmten Situationen die alten Bedürfnisse mit der alten Technik zu befriedigen, sowie auf der Steigerung der Bedürfnisse als Folge der neuen Technik, beruht auf der Verselbständigung der Zwischenziele. Der Gang der Weltgeschichte brachte es dann aber auch mit sich, daß, selbst wenn diese Faktoren nicht vorhanden bzw. nicht stark genug waren, die Folge lang andauernder Stillstand und nicht immer Niedergang war. Die weltgeschichtliche Entwicklung hatte in der Epoche der Urgemeinschaft zu einer Auslese geführt. Nur Gesellschaften, Stämme, mit negativen Rückkoppelungsfaktoren, die starke, zum Niedergang führende Störungen zu beseitigen imstande waren, blieben bestehen. Erst dadurch wurden Stillstand und Stagnation nicht zu einem seltenen Ereignis, bei dem sich positive und negative Wachstumsfaktoren gerade ausglich, sondern Ausdruck eines durch entsprechende Regler in großem Maße abgesicherten stabilen Systems, das vielfach nur durch intensive äußere Einwirkungen auf den Weg des Fortschritts gestoßen werden konnte.

wirtschaft oder Fruchtwechselwirtschaft auf nicht geringen Widerstand stießen und im letzteren Fall sogar die aktive Unterstützung der jungen Agrarwissenschaft erforderlich machten. (Vgl. Mottek, Hans, Wahl der richtigen Technik, a. a. O., S. 22.)

- 22 Slichter, Sumner, H., The Industry of Discovery, in: Science, Bd. 128, 1958, S.1610f., wo es heißt: "One may think of knowledge as consisting of a body of tested propositions. When two things are known, there is a possibility of seeing significant relationships between them which will yield practical applications. The larger the number of tested propositions, the more numerous are the cases in which the addition of a new tested proposition to old propositions will yield new useful applications and, in addition, will suggest hypotheses useful in adding still more tested propositions to the body of knowledge." Allerdings betont Slichter nur die größeren Möglichkeiten, die mehr Wissen für die Produktion von noch mehr Wissen bringt, aber nicht den erhöhten Aufwand, der sich heute deutlich bei der Entwicklung neuester Technik, Flugzeugbau, Raketen, Raumschiffahrt, Elektronik sowie solchen Grundlagenproblemen wie der Teilchenforschung, zeigt.

Unsere Erwägungen deuten übrigens auch darauf hin, welche Naturbedingungen für den Übergang von der Urgemeinschaft zur Klassengesellschaft besonders günstig gewesen sein müßten. Das sind Bedingungen, die nicht von vornherein ein großes Mehrprodukt ermöglichten, sondern dies erst bei durch Not erzwungene Änderungen der Produktionstechnik taten, und zwar auf solche Weise, daß der ursprüngliche Mangel weitgehend überkompensiert wurde. Gerade diese Situation aber herrschte in den Ursprungsstätten der Zivilisation und Klassengesellschaft am Nil sowie am Euphrat und Tigris; an denselben Plätzen, an denen sich auch die Selbsthemmungen der einmal errungenen Zivilisation deutlich zeigten.

3. Stagnations- bzw. Niedergangstendenzen in den Klassengesellschaften

Die allgemeinen Stagnations- und Niedergangsursachen finden einen ganz unterschiedlichen Ausdruck in der Klassengesellschaft bzw. den einzelnen Klassengesellschaften.

a) Die vorkapitalistischen Formationen

Hierbei gilt es zunächst als unbestreitbar, daß die Überwindung der Urgemeinschaft die Herstellung und Verbreitung des technischen Fortschritts gefördert hat. Aber demgegenüber läßt sich nicht leugnen, daß die Klassengesellschaft bereits in ihren Anfängen, nach einer Periode des dynamischen Übergangs, in verschiedener Hinsicht wachstumshemmend bzw. stagnationsfördernd gewirkt hat. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die bekannten Hemmungen vor allem gegen die Entwicklung der arbeitssparenden Technik durch die Sklaverei schon in ihrer Blütezeit und gerade in ihrer Blütezeit erinnert, an das Fehlen eines unmittelbar fortschrittsfördernden Interesses bei Sklaven und Sklavenhaltern, an die Verdrängung der freien Handwerker und Bauern mit solchen Interessen in der Zeit der antiken Massensklaverei; weiterhin sei erinnert an die Beschränkung des Fortschrittsantriebs sowie auch der Fortschrittsmöglichkeit auf der Grundlage von Akkumulation durch den kostspieligen römischen Staat und noch mehr durch den Staat der orientalischen Despotien und schließlich die Förderung wachstumshemmender Traditionen durch diesen Staat und seine Organisationen. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die großen Fortschritte der Produktivkräfte sich in der Zeit des Übergangs zur Klassengesellschaft, der Vorbereitung seines Übergangs vollzogen, wobei wir nur an die landwirtschaftliche und die städtische Umwälzung im Orient mit der Einführung von Ackerbau, Viehzucht, Handwerk, mit der Einführung der Bewässerungs- und Entwässerungsmethoden und des entsprechend intensiven Pflanzenbaus, der Töpferei, des Rades, der Metalle zu denken brauchen.

Viel wirksamer als im Hervorbringen neuer Techniken waren diese alten Klassengesellschaften bei der Verbreitung ihres höheren technischen Niveaus, was sich sowohl bei den alten asiatisch-orientalischen Großreichen, wie auch im römischen Imperium zeigte. Insgesamt ist jedenfalls folgendes festzustellen: Die Möglichkeit, welche die Klassengesellschaft durch Verwendung des Mehrprodukts für die Entwicklung der Produktion und des produktionstechnischen Wissens bot, wurde nur zu einem geringen Teil ausgenutzt. Die Kosten für die Erhaltung und Erweiterung ihrer Herrschaft ebenso wie das gewaltige Ausmaß der Luxuskonsumtion setzte der Akkumulation ebenso wie der Produktionssteigerung bei den kleinen Warenproduzenten und nicht zuletzt der geistigen Beschäftigung mit Problemen der Produktion wirksame Schranken. Das hemmte die Entwicklung der Produktivkräfte umso mehr, als nach der ersten Entfaltung von Landwirtschaft und Handwerk die Anzahl der mit einfachen Mitteln zu lösenden technischen Probleme sich ebenso vermindert hatte wie die Ergebnisse der Erfahrungsakkumulation.

Auch die Feudalgesellschaft des europäischen Mittelalters war von Anfang an von diesen in der Natur der Klassengesellschaft liegenden Hemmungen, den Wirkungen von Stagnationsfaktoren, nicht frei. Es bestand damals nicht nur die Möglichkeit zu Stagnation und Niedergang - diese Möglichkeit wurde auch in bestimmten Zeitabschnitten bzw. Gebieten zur Wirklichkeit. Immerhin war in Europa der Aufwand zur Erhaltung des Feudalsystems, der gesellschaftlichen Ordnung, infolge Fehlens eines starken kostspieligen Staates überhaupt wesentlich geringer als in Rom, im Orient, die Mittel zur ökonomischen einfachen und erweiterten Reproduktion waren umso größer. Das damit verbundene Risiko der Unterwerfung und schwerer Verwüstung der eigenen Zivilisation durch Eroberung von außen verwirklichte sich im wesentlichen nur im Falle der Kiever Rus' in Osteuropa, wodurch die Entwicklung dort schwere Rückschläge erhielt und einen späteren Rückstand verursachte. Obwohl wir schließlich von einer feudalen Anarchie sprechen, kam es doch trotz eines schwachen Staates und feudaler Zersplitterung im allgemeinen nicht zu einer wirklichen Anarchie, zu gesellschaftsauflösenden bzw. die Verbindungen zwischen den einzelnen Regionen oder Dörfern dauernd zerstörenden Prozessen. Aus demselben Grund konnte den Bauern und anderen Produzenten ein - jedenfalls während der städtischen Umwälzung im 12. und 13. Jahrhundert - zunehmender Teil des Mehrprodukts verbleiben²³ und sich ihre Selbständigkeit verstärken. Aus denselben Gründen konnte es auch zu souveränen Städten und zur Bildung des Bürgertums im Schoße des Feudalismus kommen, konnte eine Klasse entstehen, die starkes Interesse am produktionstechnischen Fortschritt hatte, konnte sich die Bildung der kapitalistischen Produktionsweise vorbereiten.

Ein vergrößertes Bild des Feudalismus soll diese Tatsache verdeutlichen: Große Grundeigentümer eigneten sich das Mehrprodukt der Produzenten völlig an. Die außeragraren Produzenten wurden durch Zünfte zusammengefaßt, die ihr gesamtes Leben, insbesondere ihr ökonomisches Leben, in der Richtung des bekannten Zunftsystems bestimmten (Zunftzwang). Auf dieser "klassischen" Grundlage war keine Entwicklung der Produktivkräfte zu erwarten, dementsprechend auch kein Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der ja nur bei einer starken Entwicklung der Produktivkräfte, nicht aber bei Stagnation oder Niedergang möglich ist. Müßten doch bei einer völligen Aneignung des Mehrprodukts durch Feudalherren, die ohnehin dazu neigten, mehr zu verbrauchen als sie einnahmen, die Akkumulationsmöglichkeiten, die Antriebe für die unmittelbaren Produzenten, für die Verbindung von Denken und Produktion schwach sein. An ein so ausgedehntes Städtewesen, wie es in Zentral- und Westeuropa tatsächlich bestand, wäre dann nicht zu denken gewesen. Es hätte dann die Warenbeziehungen "Handwerker - Bauern", "Kaufleute - Bauern" nicht gegeben; es wäre zu einer in eigener selbständiger feudalfreier Umgebung sich verschmelzenden Schicht von Handwerkern und Bauern nicht gekommen. Und was die Zunftverfassung betrifft, so hätte ihre konsequente Durchsetzung zu einer weitgehenden Stagnation der gewerblichen Produktion geführt.

Es ist kein Zufall, daß überall dort, wo ein solches vergrößertes Bild des Feudalismus angenommen wurde, man den wirklichen Fortschritt der Produktivkräfte, insbesondere in der europäischen Feudalgesellschaft, weitgehend ignorierte. Allerdings bezog sich die angenommene Stagnation natürlich nicht auf die Entstehung eines ausgebildeten Handwerks, sondern auf den Zustand danach. Sie bezog sich auf eine Situation, in der die Ausnutzung der traditionellen Werkzeuge, Handwerkszeuge und Produktionsmethoden des Handwerks, bereits einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte; ein Zeitpunkt also, in dem die historische Funktion der Zünfte in Europa - und nicht nur in Europa - bereits verwirklicht war. Und tatsächlich konnte die spätere Erfahrungsakkumulation eine gewisse Annäherung an die optimale Auslastung der alten Technik bringen, soweit das ohne neue Informations- und Traditionsmittel

23 Hierzu und zum folgenden vgl. auch Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1964, T. 3.

sowie ohne neue Stufen der Arbeitsteilung möglich war. Aber bei einer solchen Annäherung mußte sich nicht nur die Auslastungsintensität und damit die Produktionssteigerung verlangsamen, was in Deutschland spätestens im 14. Jahrhundert der Fall war. Mit zunehmender Handwerkskultur wuchs auch die Möglichkeit des Rückschlages, die Schwierigkeit, diese Kultur zu tradieren. Damit nahm die Rolle der Tradition im wahrsten Sinne des Wortes zu. Sie hatte die Aufgabe, als Regler gewisse Abweichungen von der Norm zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Dabei kann als Norm eine solche Entfernung vom Optimum gelten, die, auf die Dauer und allgemein zu überschreiten, unter den damaligen Bedingungen unmöglich war. Die zünftigen Handwerkertraditionen sollten also sowohl die zeitweilige Unterschreitung der Norm als Sollwert insgesamt als auch durch den einzelnen Handwerker ebenso wie auch einen dauernden allgemeinen Rückfall unter diese Norm (den sooft beklagten Niedergang des Handwerks) verhindern. Eine Überschreitung der Norm wurde von diesen Traditionen, soweit es sich um bessere Ausnutzung der alten Technik durch besonders geschickte Handwerker handelte, nicht behindert. Insoweit mußte eine wirksame Zunft zu einem höheren durchschnittlichen Niveau führen bzw. es auf die Dauer aufrechterhalten, als dies ohne zünftige Organisation möglich gewesen wäre. Auf der anderen Seite aber hemmte die Regelung durch die Zunft und die damit verbundene Tradition das Aufkommen neuer Techniken ebenso wie neuer, sozialökonomischer Strukturen, Verlag und Manufaktur. Die Zunft und die durch sie wirksame Handwerkertradition suchte also auch dann eine Überschreitung der Norm zu verhindern, wenn sie auf der Anwendung qualitativ neuer Techniken beruhte. Diese Wirkung konnte nur deshalb nicht voll eintreten, weil die deutsche und europäische Zunft nicht so konsequent, so allumfassend war, wie es nach dem vergrößerten Bild angenommen werden müßte. Gerade deshalb ging der technische Fortschritt in der gewerblichen Produktion im 14. und 15. Jahrhundert ebenso voran wie die Entwicklung der kapitalistischen Elemente innerhalb der Feudalordnung.

Eine völlig konsequente Zunftordnung hätte ebenso wie eine völlig konsequente Aneignung des Mehrprodukts der Produzenten unter kapitalistischen Bedingungen nur ein starker Staat mit einem starken Apparat sichern können. Dieser fehlte aber im 14. und 15. Jahrhundert noch. Und selbst der spätere Feudalismus, obwohl er einen stärkeren Staat brachte, vermochte eine solche Konsequenz nicht durchzusetzen - oder genauer gesagt -, er suchte das auch nicht zu tun. Das hing mit den Bedingungen zusammen, unter denen sich die Verstärkung des Staates und die Verminderung der feudalen Zersplitterung vollzogen hatte. Sie bestanden im Aufkommen der Bourgeoisie und damit im Gegensatz Bourgeoisie - Feudalherren sowie der Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander, die sich nicht zuletzt auf ökonomischem Gebiet vollzog. Nur auf diese Weise ist auch die merkantilistische Wirtschaftspolitik in Europa zu erklären. Unter diesen Bedingungen konnte für eine bestimmte Zeit vor der bürgerlichen Revolution sogar eine Verstärkung des Staates den Interessen des aufkommenden Kapitalismus, den Interessen des Fortschritts der Produktivkräfte dienen. Eine gewisse Stärke des Staates war zur Effektivität seiner merkantilistischen Bestrebungen notwendig. Das zeigte sich im 19. Jahrhundert nach der Meiji-Reformation sogar in Japan, während im vorrevolutionären China die Schwäche des Staates jede wirksame Industrialisierungsförderung ausschloß.²⁴ Man

²⁴ Feuerwerker, Albert, *China's Early Industrialization*, Cambridge 1958, bes. S. 246 f., arbeitet die zunehmende Ohnmacht der Zentralregierung als entscheidenden Faktor heraus. Dieser Gedanke wird besonders deutlich bei Perkins, Dwight H., *Government as an Obstacle to Industrialization: The Case of Nineteenth-Century China*, in: *The Journal of Economic History*, Bd. 27, 1967, bes. S. 491 f., der aber besonders die finanzielle Schwäche der chinesischen Regierung betont.

kann also sagen, daß in China von diesem Gesichtspunkt aus der Staat zur "unrechten" Zeit stark und zur "unrechten" Zeit schwach war.²⁵

Im Europa des 14. und 15. Jahrhunderts wäre ein starker Feudalstaat ein entscheidendes Hemmnis gewesen, das zur Verwirklichung der Stagnationsmöglichkeiten geführt hätte. Die europäische Feudalgesellschaft bildete eben nicht einen so starken Regler in Form des Staates und damit verbunden auch der Zünfte aus, der das Niveau der Produktivkräfte stationär hielt, der imstande war, auch alle Abweichungen nach oben in der Richtung eines qualitativen Fortschritts auf die Dauer zu verhindern.

Insgesamt gaben also weder die griechisch-römischen, noch die asiatisch-orientalischen, noch die feudalen Produktionsverhältnisse in Gestalt von Leibeigenschaft und Zunft die Garantie für einen dauernden Fortschritt der Produktivkräfte und damit für das Heranreifen bzw. die Verstärkung des Konfliktes zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Sie boten keinen Schutz vor der Gefahr der technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen Stagnation bzw. sogar des Niedergangs. Bildete aber der Kapitalismus hierin eine Ausnahme?

b) Der Kapitalismus

Bei der Beantwortung dieser Frage, die nur in bezug auf einige wenige Aspekte und nur in groben Umrissen erfolgen kann, muß man die einzelnen historischen Stufen, und zwar Kapitalismus der freien Konkurrenz, Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus, unterscheiden. In dem früheren Beitrag wurde betont²⁶, daß es im Kapitalismus von Anfang an - und man muß sogar sagen, bis heute - ein wirksames Interesse der herrschenden Klassen in Richtung des Fortschritts der Produktivkräfte zunächst in der Form $F \rightarrow 2$ gab und daß sich die Arbeit des Erfinders ohne dieses Interesse nicht hätte entfalten können. Im vorliegenden Beitrag soll demgegenüber die andere Seite, das heißt die Grenze der Wirksamkeit dieses Interesses, und zwar nicht nur in den späteren Stadien, im Vordergrund stehen. Ein entscheidender Faktor in dieser Richtung liegt im Gegensatz zwischen den Produzenten des technischen Fortschritts und der sich diesen Fortschritt aneignenden Klasse. Dazu kommt weiterhin die Unsicherheit in bezug auf die Erzielung profitabler Ergebnisse bei diesem Produktionsprozeß in Verbindung mit dem zunehmenden Aufwand, den die Gewinnung des technischen Fortschritts erfordert. Im Zusammenhang mit diesen beiden Faktoren, insbesondere mit dem ersten, steht die steigende Bedeutung der Grundlagen- und angewandten Forschung für die Entstehung von technischen Neuerungen. Hierbei ist zu beobachten, daß die meisten Erfindungen, welche die Basis der technischen Entwicklungen im entfaltetem Kapitalismus der freien Konkurrenz während der industriellen Revolution bildeten, bereits vorher entstanden waren und die diesen Erfindungen zugrundeliegenden Kenntnisse über die Natur noch weit früher erworben worden waren.

Die Gewinnung technischer Neuerungen war in der ersten Etappe des Kapitalismus der freien Konkurrenz - abgesehen vom Fall des Unternehmer-Technikers - nur sehr mittelbar mit dem kapitalistischen Produktionsprozeß, mit dem kapitalistischen Betrieb, verbunden. Die Konstruktionsbüros der Maschinenfabriken stellten hier eine neue Stufe der Verbindung dar. Noch weit loser war sie zur wissenschaftlichen Forschung, die noch keineswegs von dem Ziel

²⁵ Während früher die Schwäche des zentralen Staates unter vorkapitalistischen, insbesondere feudalen Bedingungen immer als negativ eingeschätzt wurde, herrscht heute die entgegengesetzte Meinung vor. Jedoch erscheint eine Kombination der älteren und der jüngeren Ansicht insoweit notwendig, als nach dem Zeitpunkt der Stärke bzw. Schwäche des Staates die Richtung seiner Politik unterschieden werden muß.

²⁶ Mottek, Hans, Produktivkräfte, a. a. O., S. 192 ff.

bestimmt war, hohe Profite oder gar Profitoptimierung zu erreichen. Die außerhalb der Profitsphäre entstandenen Kenntnisse eignete sich der Kapitalist, wie Marx ausführte, noch gratis an²⁷, gerade so wie die Atemluft. Jedoch erwies sich in den führenden kapitalistischen Ländern bald, daß auf dieser Basis der technische Fortschritt und das Wirtschaftswachstum sich weitgehend verlangsamten mußten. In den europäischen Industrieländern bedurfte man seit den siebziger Jahren grundlegender neuer Errungenschaften, und zwar vor allem solcher, die die Herausbildung neuer Zweige, nicht nur die Modernisierung alter ermöglichten, da der Wachstumseffekt der Eisenbahnen in Zentral- und Westeuropa - wenn auch noch nicht in den USA - geringer geworden war. Um zu diesen notwendigen neuen Techniken zu kommen, war ein entscheidender Sprung im Aufwand für die wissenschaftliche Forschung, für die Verbindung zwischen Forschung und Produktionsprozeß sowie auch für die Ausbildung der entsprechenden Kader erforderlich. Zu einer solchen Aufwandssteigerung kam es zunächst in Deutschland, wo die angewandte Forschung im Prozeß der wissenschaftlichen Arbeitsteilung sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch zu entwickeln begann.²⁸ Es entstanden damals die ersten der in der modernen Industrie heute selbstverständlichen Laboratorien und Forschungsinstitute. Dabei hatte die Elektro- und chemische Industrie die Führung. Auf dieser Grundlage entstanden neue Wachstumsfaktoren, welche die zyklische Aufwärtsbewegung seit der Mitte der neunziger Jahre beschleunigten. Der hohe Aufwand dieser Forschungen und ihr hohes Risiko aber machten sie - ebenso wie im modernen Kapitalismus - zum Privileg monopolistischer Großunternehmungen. Die Produktion des technischen Fortschritts auf der neuen Grundlage war mit dem Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht vereinbar. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz war nicht imstande, für einen solchen wissenschaftlichen Fortschritt auf dem Gebiet der angewandten Forschung zu sorgen, der ein weiteres Wirtschaftswachstum in den führenden Industrieländern Europas ermöglicht hätte. Die immanente Struktur der freien Konkurrenz mußte also die Produktivkräfte im Kapitalismus, wenn dieser nicht zu einer anderen Stufe überging, allmählich zur Stagnation und damit im Endergebnis auch zum Niedergang führen, da auf diese Weise nicht der notwendige Vorlauf in der Grundlagen- und angewandten Forschung bei der Gewinnung des technischen Fortschritts garantiert werden konnte. Zum Teil könnte man auch deshalb die sogenannte große Depression, während derer sich die aufschwungfördernden Impulse einer neuen wissenschaftlich bedingten Technik erst in geringem Maße fühlbar machten, als eine allgemeine Krise des Kapitalismus der freien Konkurrenz bezeichnen. Bei alledem ist noch zu beachten, daß auch der bisherige technische Fortschritt auf dem europäischen Kontinent und vor allem in Deutschland nur dadurch möglich war, daß die staatlichen Funktionen umfangreicher waren, als es dem klassischen liberalen Modell entsprach, das den Staat auf die Aufrechterhaltung der Klassenordnung von innen und den Schutz der Klasseninteressen nach außen durch unmittelbare Ausübung seines Zwangsapparates beschränkte. Schon der frühere Forschungsaufwand in der Grundlagenwissenschaft war bereits überwiegend vom Staat bestritten worden, ebenso wie die Heranbildung der für diesen Fortschritt wie für die Industrie notwendigen hochqualifizierten, aber auch der weniger qualifizierten Kader im Zuge der Verstaatlichung des Bildungswesens. Die freie Konkurrenz war auch vorher nicht imstande gewesen, von sich aus für die technisch-wissenschaftlichen Wachstumsbedingungen des wirtschaftlichen Fortschritts zu sorgen. Bekanntlich nahm die Rolle des Staates in der wissenschaftlichen Forschung und in der Ausbildung von Kadem bis in die Gegenwart immer mehr zu, was auch mit der sprunghaften Zunahme des Forschungsaufwands zusammenhängt. So führte also auch die Steigerung des für das Wirtschaftswachstum, für die Profite der Ka-

27 "Die Wissenschaft kostet dem Kapitalisten überhaupt 'nichts', was ihn durchaus nicht hindert, sie zu exploitiieren." (Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 407 f.)

28 Cardwell, D. S. L., The Organization of Science in England, London 1957, bes. S. 11 u. 134 ff.

pitalisten notwendigen Forschungsaufwands neben anderen Faktoren zur Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ohne Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus wäre schon aus diesem Grunde das Wachstum in den führenden kapitalistischen Industrieländern zum Stillstand gekommen, wobei wir hierbei zum Beispiel die Rolle der staatsmonopolistischen Regulierung für den Zyklus zunächst nicht in Betracht ziehen.

Der Kapitalismus der freien Konkurrenz vermochte aber nicht nur die Fortführung von F2, des technischen Fortschritts im engeren Sinne, zu sichern. Dasselbe gilt auch für F3, die Ausbreitung des technischen Fortschritts. Allerdings gibt es eine weitverbreitete Vorstellung, daß die freie Konkurrenz die Ausbreitung einer einmal gemachten progressiven Neuerung erzwingen würde. In Wirklichkeit gilt aber nicht nur für denjenigen kapitalistischen Unternehmer, der eine technische Neuerung zuerst einführt, die Feststellung, daß er dazu nur durch das Interesse am Extraprofit angeregt, aber keineswegs gezwungen wird; das gilt vielmehr auch für eine größere Anzahl seiner Nachfolger, Nachahmer. Erst wenn der Wert bzw. der Produktionspreis der betreffenden Ware durch diese neue Technik bestimmt wird, kann man von einem beginnenden Zwang sprechen, aber vorher nicht, da vorher der normale Gewinn noch nicht durch das Festhalten an der alten Technik gefährdet wird. Ob die Neuererunternehmer ihre Nachahmer finden, wird also nicht durch einen rein ökonomischen Mechanismus - soweit es einen solchen überhaupt gibt - bestimmt, sondern hängt auch von soziologischen Faktoren ab.

Dem kann man auch nicht entgegenhalten, daß die Neuererunternehmungen durch die Akkumulation ihrer bei ungenügender Nachahmung weiterbestehenden Extraprofiten sich so ausweiten würden, daß damit automatisch eine Wertminderung die Folge sein müßte; setzt doch diese Ausdehnung wiederum voraus, daß der Anreiz, den steigenden Gewinn für die erweiterte Reproduktion und nicht für Revenue auszugeben, stark genug ist. Man wird also auch hier wiederum von einem Anreiz und nicht von einem Zwang sprechen müssen. Ein Zwang könnte nur entstehen, wenn die Konkurrenten die neue Technik einführt und nicht an der alten festhielten, was ja gerade unserer Voraussetzung widerspräche. Die Erfahrungen der Entwicklungsländer zeigen aber überdies deutlich, daß Profit keineswegs in einem solchen Ausmaß wie im England der industriellen Revolution zur Kapitalerweiterung verwendet werden muß, ja daß sogar die offiziell als Kapitalerweiterung anzusprechenden Investitionen ein gewisses Ausmaß von Revenue enthalten und deshalb nicht vollständig von der Profitoptimierung als Zielsetzung bestimmt werden (zum Beispiel Prestige-Investitionen, die im Grunde den Charakter einer Prestige-Konsumtion tragen).²⁹

Anders liegt es nur, wenn es bei der ersten Anwendung der Neuerung nicht um den Extraprofit, sondern um die Erzielung eines normalen Profits geht, was mit Preisrückgang in dem betreffenden Zweig, mit Preissteigerungen für die zu verarbeitenden Rohstoffe bzw. aufsteigender Lohnbewegung zusammenhängen könnte.

Trotzdem bleibt die Feststellung gültig, daß es im Kapitalismus der freien Konkurrenz keine systemimmanenten Garantien gegen eine Stagnation gibt, und zwar sowohl in bezug auf F2 wie auch F3. Ein gewisses historisches Beispiel für eine solche Stagnationstendenz im Rahmen des Kapitalismus der freien Konkurrenz ist Großbritannien. In dem Land der industriellen Revolution nahm der Konservatismus und Traditionalismus bei den Unternehmern zu³⁰,

29 Mottek, Hans, Wahl der richtigen Technik, a. a. O., S. 89 f.

30 "The once enterprising manufacturer has grown slack, he has let the business take care of itself, while he is shooting grouse or yachting in the Mediterranean." (Shadwell, A., Industrial Efficiency. A Comparative Study of Industrial Life in England, Germany and America, London 1909, S. 653, zit. nach Levine, A. L., Industrial Retardation in Britain 1880 - 1914, London 1967, S. 3.

was sie nicht nur davor zurückhielt, angewandte Forschungen zu finanzieren, die entsprechenden Kader auszubilden³¹, sondern hemmte auch die Anwendung anderswo entwickelter Techniken. Und wohl nur, weil nicht die ganze kapitalistische Welt ein Teil des englischen Imperiums war und sich deshalb neue kapitalistische Konkurrenz mit geringer traditioneller Belastung, mit neuen Techniken und neuen Zweigen den Weltmarkt zu erobern suchte, wurde auch eine wirkliche dauernde Stagnation in Großbritannien verhindert.

Daß demgegenüber der Monopolkapitalismus der Verbreitung neuer Techniken zusätzliche Hemmnisse entgegengesetzte, während er andererseits die Entwicklung durch Aufbau eigener Erfindungsmanufakturen und später Erfindungsfabriken, durch seine Forschungsinstitute förderte, ist allgemein anerkannt. Ein wesentlicher Antriebsfaktor wurde im Monopolkapitalismus allerdings der Druck der Arbeiterklasse, ihr Kampf um bessere Lebensbedingungen, ebenso wie in den letzten Jahrzehnten des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Einfluß des sozialistischen Lagers.

Diese Tatsachen entsprechen der grundlegenden marxistischen Erkenntnis, daß der monopolistische und noch mehr der staatsmonopolistische Kapitalismus höhere Stufen des Kapitalismus darstellen. Aber gleichzeitig damit gilt die Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß der Staatsmonopolismus nicht nur die "vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus"³², sondern auch sterbender Kapitalismus ist. Diese Eigenschaft hängt einmal damit zusammen, daß sich auf den letzten Stufen des Kapitalismus Privateigentum an Produktionsmitteln und freie Konkurrenz nicht mehr als die die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreibenden Faktoren zeigen und damit die Entbehrlichkeit der Kapitalistenklasse offenkundig wird. Die durch den Klassenkampf mit der aufsteigenden Arbeiterklasse gegebene Schwächung führt wiederum dazu, daß die herrschende Klasse gerade deshalb die Ausdehnung der staatsmonopolistischen Regulierung über eine gewisse Grenze hinaus aufzuhalten bzw. eine Überschreitung dieser Grenze rückgängig zu machen sucht.³³ Dem steht jedoch wiederum die objektive Notwendigkeit gegenüber, um der Aufrechterhaltung des Wachstums, um der Verhinderung politischer und ökonomischer Krisen willen die staatsmonopolistische Regulierung zu verstärken.

Das durch die staatsmonopolistische Regulierung ermöglichte Wachstum führt zur Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Das zeigt sich unter anderem darin, daß einerseits der politische Druck, der potentielle und tatsächliche Klassenkampf sowie die objektive Logik der antizyklischen Maßnahmen zu einer hohen, zu einer vollen Beschäftigung drängt, während andererseits eine solche Vollbeschäftigung, die Beseitigung der proletarischen Reservearmee, nach den Erkenntnissen von Marx die Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft erschüttert. Außerdem gefährdet die Wachstumspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur die Geldstabilität, sondern droht mit der Verstärkung der seit langem begonnenen inflationistischen Prozesse. Diese Verschärfung der Widersprüche schafft neue Möglichkeiten für den Kampf der Arbeiterklasse, die über die Etappe der antimonopolistischen Demokratie den Weg zum Sozialismus beschreiben will.³⁴

31 Vgl. dazu Cardwell, D. S. L., a. a. O.

32 Lenin, W. I., Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 370.

33 Vgl. Mottek, Hans, Die Gründerkrise. Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 126 ff.; derselbe, Zur Verstaatlichung im Kapitalismus - der Fall Hibernia, in: ebenda 1968, T. 4, S. 36 f.

34 Vgl. dazu die wichtige Analyse in: Der Kampf der Werktätigen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, H. 6/1968.

Das ökonomische Wachstum im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Zuge der technisch-wissenschaftlichen Revolution ist aber nicht nur durch die eben genannten Widersprüche gekennzeichnet, durch Widersprüche also, welche zur Umwandlung potentieller Krisen in tatsächliche führen können und auch geführt haben. Es reifen auch - zuerst in den USA - Krisen eines neuen Typus heran, für die Analogien aus der Geschichte der vorkapitalistischen Formationen nicht unbekannt sind. In den vorkapitalistischen Formationen gelang es vielfach nicht - zum Beispiel in der römischen Gesellschaft -, die Techniken zu entwickeln, die einen Niedergang der Produktivkräfte ausschließen konnten.

Bei den gegenwärtigen Entwicklungsländern gibt es Anlaß zu zweifeln, ob die vorhandenen Techniken, die ihnen durch Waren- bzw. Informationsimport zugänglich sein können, ihren Wachstumsbedingungen voll entsprechen, nicht zuletzt insoweit, als es sich um Naturbedingungen handelt.³⁵

Es mag befremdend erscheinen, wenn man dieselbe Frage für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder, vor allem die USA, stellt. Aber haben diese Länder, haben die USA wirklich schon eine Technik entwickelt, die eine Vergiftung von Luft und Wasser, eine Verwüstung von Wald und Boden, von Fauna und Flora verhindert, die auf einem richtigen Verhältnis zur Natur, auf der Wiederverwendung aller nicht mehr genutzten Stoffe aufgebaut ist? Spricht nicht die Krise der amerikanischen Städte, die auch von der Kommunistischen Partei der USA in den Vordergrund gestellt wird, dagegen? Die Krise der Städte, in deren vergifteten Zentren, diesen Festen des Weltkapitalismus, nur die farbigen "Kolonialarbeiter" zu wohnen gezwungen sind? Der gewaltige Aufwand an Forschung und Entwicklung, die Wandlung der Wissenschaft zur Hauptproduktivkraft, wohl das entscheidende Merkmal der technisch-wissenschaftlichen Revolution, hat außer der Vervollkommnung der Zerstörungsmittel auch die Steigerung der individuellen Konsumgüterproduktion, die Chemisierung, die fortschreitende Automatisierung gebracht, aber die Gefährdung des Menschen, die sich in der amerikanischen Städtekrise zeigt, noch nicht einmal vom technischen Standpunkt aus beseitigt.

Bei der Entwicklung der Technik muß aber in naher Zukunft die Aufgabe in den Vordergrund treten, von neuen Beziehungen der Menschen zur Natur auszugehen. Die nicht durch Profitinteressen und extremen Individualismus gehemmte sozialistische Technik könnte dabei im Vordergrund stehen. Allerdings wird sie bei der Bildung ihres Sortiments der Erfindungsproduktion nicht nur von einem neuen Verhältnis der Menschen zur Natur ausgehen, sondern auch den Einfluß der Technik auf die Beziehungen der Menschen untereinander berücksichtigen müssen.³⁶ Nur auf der Grundlage einer solchen neuen, heute erst in den Ansätzen existierenden Technik kann ein weiteres Wachstum auf die Dauer gesichert, können Stagnation und Niedergang vermieden werden.

Stagnation und Niedergang bedrohen aber vor allem das führende kapitalistische Land, die USA, nicht nur in bezug auf das Verhältnis zur Natur, sondern auch auf das Verhältnis der Menschen untereinander. Bei der Beziehung der Menschen untereinander gibt es variable Elemente, die den verschiedenen Gesellschaftsformationen entsprechen. Es gibt aber auch Invarianten. Lenin spricht von den jahrhundertlang bekannten "Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen", an deren Einhaltung sich der Mensch im Kommunismus ohne besonderen Zwangsapparat gewöhnen würde.³⁷ Diese Regeln - sie sollen von jetzt ab als Leninsche Invarianten bezeichnet werden - wurden im Laufe der Jahrhunderte ständig übertreten, aber die Übertretung hat nur einen bestimmten Grad angenommen, der die Gel-

35 Vgl. Mottek, Hans, Wahl der richtigen Technik, a. a. O., S. 13.

36 Derselbe, Produktivkräfte, a. a. O., S. 210 - 214.

37 Lenin, W. I., Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, a. a. O., S. 489.

tung der Leninschen Invarianten nicht ausschloß. Wenn wir uns aber eine solche Situation vorstellen, in der die Durchbrechung dieser Invarianten einen sehr hohen Grad erreicht hat, so müßte das zu einem gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenbruch, zumindest zu einem entschiedenen Rückgang der Produktion führen. In den USA zeichnet sich heute in der zunehmenden Kriminalität und den Fäulniserscheinungen eine solche Tendenz ab.

Diese Invarianten sind schon vor der kapitalistischen Ära entstanden. Sie sind ein Schatz, der vom Kapitalismus mehr ausgeplündert als aufgefüllt wurde. Der vom Kapitalismus erhobene Ruf: "Bereichert Euch", so wachstumsfördernd er einerseits war - insbesondere in den USA -, gefährdet auf der anderen Seite die Grundlagen jeder Gesellschaft und damit auch die des ökonomischen Wachstums. Es war in Europa die Arbeiterbewegung, welche die durch die Degradation des Proletariats entstandene Gefahr für die Geltung der von Lenin genannten Invarianten aufhielt. Der Kampf für eine neue Gesellschaft nahm in ihrer Wirkung die moralischen Kräfte der neuen Gesellschaft zum Teil vorweg.

Es würde eine große Anzahl von Werken erfordern, die einfache, die verminderte und die erweiterte Reproduktion der Leninschen Invarianten als grundlegende Wachstumsvoraussetzungen für das 19. und 20. Jahrhundert zu schildern. Dann würde die Leninsche Charakterisierung des Sozialismus als Alternative zur Barbarei in einer Weise sichtbar werden, die sich nicht auf die Gefahr von Krieg und Faschismus beschränkt. Dabei drohen sich diese Gefahren und die Gefahren der Durchbrechung, der Auflösung der Leninschen Invarianten, bis über den kritischen Punkt hinaus zu verstärken.

Sowohl in bezug auf das Verhältnis zur Natur als auch auf das Verhältnis der Menschen untereinander gibt es Dinge, die sich verändern müssen, wenn sich andere Bestandteile des Systems, insbesondere der Produktivkräfte, verändern. Hier muß eine Veränderung die andere nachschieben, soll der Bestand der Gesellschaft nicht gefährdet werden. Kommt es nicht rechtzeitig zu einer solchen notwendigen Veränderung, so ist zunächst eine schwere Störung, eine Krise, die Folge.³⁸ Der Bestand der Gesellschaft erfordert aber neben der Veränderung auch Nichtveränderung, Aufrechterhaltung bestimmter Elemente, wie es das Beispiel der Leninschen Invarianten zeigt. Dieser Tatbestand, der sich in der Gegenwart immer deutlicher zeigt, liegt der Haltung solcher humanistischer Konservativer wie etwa Thomas Mann zugrunde, die gerade um der Bedrohung bestimmter Invarianten willen die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft für unabwendbar hielten. Hier liegt der Ausgangspunkt für ein Bündnis solcher Menschen und Kräfte mit der revolutionären Arbeiterbewegung; ein Bündnis, bei dem es um die Sicherung der menschlichen Existenz geht.

Ökonomisches Wachstum, Stagnation, Niedergang sind also heute weniger denn je ein rein ökonomisches Problem. Deshalb vermag neben der ökonomischen auch die soziologische Forschung entscheidende Hinweise für die Lösung dieser Grundfragen der Weltgeschichte zu geben.

38 Mottek, Hans, Die Gründerkrise, a. a. O., S. 110 f.

Über Wesenszüge in der antiken griechischen Denkweise und ihr Verhältnis zu der Denkweise in der westlichen Welt des 20. Jahrhunderts

Ein Beitrag zur Diskussion

von Karl H. Niebyl

Von Homers Odyssee bis zu Joyces Ulysses begegnen wir dem scheinbar immer gegenwärtigen Problem der Beziehung zwischen unserem Denken und der objektiven Realität. Eine Lösung dieses Problems ist heute dringender als je, denn eine Diskrepanz zwischen einer auf Vermutungen aufgebauten Vorstellung über die Wirklichkeit und späterer Erfahrung einer davon abweichenden Wirklichkeit - wobei erstere sich als "Illusion" einer auf einer Ideenlogik, also ideologischem Denken, basierenden Denkart erweist - deutet eine Katastrophe an, vor der uns nur eine äußerst kritische Überprüfung der Gültigkeit unseres intellektuellen Werkzeugs retten kann.

Ist es uns möglich, Erkenntnis der Realität zu gewinnen? Oder müssen wir uns dem Argument beugen, daß wir bestenfalls nur ein unsicheres Wissen besitzen können? Ist es unvermeidlich, daß "Ideologien" über die Welt, in der wir leben, gebildet werden?

Die Bestimmung des Verhältnisses zwischen "Illusion und Realität" oder des andersartigen Wesens der Beziehung zwischen "Ideologie und Utopie" liegt traditionsgemäß in der Hand der Intellektuellen, der Philosophen und oder der Theologen, jener "aktiven, schöpferischen Ideologen, die ihr Brot hauptsächlich durch die Vervollkommnung der Illusionen verdienen". Wie ich darlegen möchte, finden wir sie in der griechischen Antike. Sind die Bedingungen, die dazu führten, weiterhin gültig?

Unser Interesse gilt zunächst dem Problem, wie es dazu kam. Die Frage, "wer" die Illusionen erdachte und erdenkt, muß ergänzt werden durch Fragen nach dem "Wie", dem "Wo" und dem "Wann". Wo und in welcher Epoche finden wir den Ursprung; von wem, wie und warum werden heute illusionäre Vorstellungen erdacht? Unsere Untersuchung kann nur von der westlichen Welt Mitte des 20. Jahrhunderts ausgehen, aber die Wurzeln der Erscheinung liegen weit zurück. Es ist unsere Aufgabe, die Quelle und Basis der Illusionen, der Ideologien und insbesondere des idealistischen Wesens des heutigen Denkens in der westlichen Welt als Ergebnis eines historischen Prozesses zu verstehen. Da der Beginn unserer Untersuchung in der Gegenwart liegt und die Gegenwart Folge der Vergangenheit ist, werden wir in der Geschichte zurückgehen, bis wir imstande sind, die Anfänge des Prozesses aufzudecken, dessen gegenwärtige Ergebnisse wir dann mit kritischer, analytischer Genauigkeit definieren können.

Welchen Problemen stehen wir heute gegenüber? Sicherlich zuallererst dem Problem des imperialistischen Kriegs. Wir widmen einen großen Teil unserer Kräfte der Aufgabe, Söhne und Töchter großzuziehen, nur um sie in den Tod gehen zu sehen oder ins Gefängnis, falls sie sich weigern zu sterben. Sodann haben wir das Problem, uns einen angemessenen Lebensunterhalt zu beschaffen. Vor uns liegt die Aufgabe, unsere volle Freiheit zu realisieren. Wir haben sogar das Problem, uns gegenseitig unsere Probleme zu erklären - was die Sozialpsychologen das Kommunikationsproblem nennen, das aber, wie wir sehen werden, gar kein Problem der Kommunikation im engen Sinne des Wortes ist. Am wichtigsten viel-

leicht ist das Problem, zu lernen, unsere Probleme in ihrem tatsächlichen Zusammenhang zu verstehen - und das führt uns wieder zurück zu Griechenland und der zwiespältigen Gabe, die Griechenland auch der westlichen Welt vor zweieinhalbtausend Jahren überreichte: der Fähigkeit zu rationellem, aber zugleich idealistischem Denken. Denn gerade diese Gabe hat, wie wir sehen werden, die Erkenntnis unserer wirklichen Existenzweise erschwert und der genauen Analyse des gesellschaftlichen Prozesses, dem wir alle angehören, wahrhaftige Hindernisse bereitet.

Dem amerikanischen Volk, wie auch den Völkern anderer westlicher Länder, ist es seit über einem Jahrhundert gelungen, zu einem Teil auf Kosten der übrigen Welt zu leben. Sie haben es verstanden, bequeme Erklärungen für diese Praxis zu geben, durch die sie andere und auch sich selbst hindern, die wirkliche Situation zu sehen und zu verstehen. Solange die Profite aus den ausgebeuteten Ländern flossen, brauchten die Nutznießer nicht viel darüber nachzudenken, woher ihr Wohlleben eigentlich stammte oder wie solche Profite erzeugt wurden. Doch heutzutage dringt die Realität durch diese Illusionen ein: in Vietnam, in dem wachsenden Befreiungskampf der Neger, in den neuen Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft. Es stellt sich heraus, daß diese Profite, wie der kapitalistische Wohlstand im allgemeinen, letzten Endes auf Kriegen, Ausbeutung, der Armut anderer Völker, der Dehumanisierung und Brutalisierung vieler Menschen in der ganzen Welt sowie der Amerikaner selbst beruhen. Und diese Verbrechen werden mit Begriffen des "rationalen Denkens" gerechtfertigt.

Aus diesem Grund ist es notwendig, die Ursprünge dieser Denkweise in dem Land, wo sie begann, zu untersuchen und unsere intellektuelle Herkunft zu überprüfen, so daß wir uns mit neuen Erkenntnissen bewaffnen, die es uns ermöglichen, mit den Widersprüchen unseres täglichen Lebens fertigzuwerden - Widersprüchen, die zukünftig noch schlimmer werden, bevor eine Besserung eintritt.

Solche Untersuchung der Vergangenheit, um die Gegenwart zu verstehen, heißt Geschichte. Aber wie sollen wir uns der Geschichte nähern - von der Gegenwart aus in die Vergangenheit oder von der Vergangenheit aus in die Gegenwart? Idealistische Denker haben Geschichte immer, von der Vergangenheit zur Gegenwart schreitend, gelehrt, obgleich sie umgekehrt vorgeführt werden sollte, um Bedeutung zu haben. Die wesentlichen Aspekte der Geschichte sind in der Gegenwart enthalten. Um ihre Bedeutung zu verstehen, müssen wir die Themen zurückverfolgen und ihnen auf diese Weise erlauben, das Wesen der Gegenwart in allen ihren Faktoren auseinanderzufallen, wie ein Film, der - von Ende bis Anfang gezeigt - die Wurzeln und den Entstehungsprozeß der Gegenwart aufdeckt.

Beim Gebrauch dieser Methode müssen wir uns fragen, wie wir die heutige amerikanische Gesellschaft definieren. Was ist charakteristisch an dem kapitalistischen System? Und noch wesentlicher: Was macht die Gesellschaft zu einer Art von Organismus mit Struktur, Bewegung und qualitativer Veränderung? Eine erste Antwort lautet: In allen Perioden der Geschichte ist es die bestimmte Weise, in der sich der Mensch seinen Lebensunterhalt erwirbt. Was die Menschheit letzten Endes vom Tierreich unterscheidet, ist, daß der Mensch, indem er mit anderen zusammenarbeitet, der Natur ein größeres Auskommen abringen kann, als die Natur von selbst einem einzelnen handelnden Individuum zu liefern bereit wäre. Dank gesellschaftlicher Kooperation erzeugt der Mensch einen Überschuß, was Tiere und die urchen-schichtlichen Menschen, die direkt und individualistisch von der Natur lebten, nicht konnten. Um was für eine Art kooperativen Wirkens handelt es sich? Und ist nicht "kooperatives Wirken" ein Euphemismus? Denn wenn wir unsere Gesellschaft näher betrachten, merken wir, daß es wirklich eine ganz besondere Art von Kooperation ist, eine, die durch Klassenunterschiede und Arbeitsteilung gekennzeichnet ist.

Bei Betrachtung der Geschichte entdecken wir, daß sich etwas gebildet hat, für das uns die Griechen einen Namen gaben - eine "Theorie". Das Wort stammt von *theorein*, "Dinge

als Ganzes in unserem Geist zu sehen". Die Griechen waren die ersten, die Phänomene auf diese Weise als Ganzes sahen. Da diese Fähigkeit eine kritische Rolle in unserer Diskussion über das Wesen der griechischen Denkweise und seine Bedeutung für die moderne westliche Gesellschaft spielt, müssen wir noch weiter zurückgehen, um zu erkennen, warum und wann es notwendig und in der Tat unvermeidlich wurde, Theorie - das Vermögen, die Realität abstrakt aufzufassen - zu entwickeln. Auch wird es uns klar werden, wie diese Weise, "das Ganze im Geist zu sehen", die anfangs Bewegung und Veränderung des wirklichen Lebens in dieser "Ganzheit" umfaßte, sich später ins Gegenteil verwandelte: in statisches Denken, das heißt, eine Weise, die Realität abstrakt als eine Annäherung an vorhandene und unveränderliche Ideen aufzufassen.

In der primitiven Urgesellschaft bezog sich jedes Kommunikationssignal auf eine Gesamtsituation. Die Sprache war noch nicht begriffsbezogen. Diese Begriffsbeziehung hängt zusammen und ereignet sich nur mit zunehmender Differenzierung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, der Entfremdung der Menschen von ihrem Produkt und von sich selbst. In der besonderen Form, in der sich die Begriffsbeziehung in der westlichen Gesellschaft vollzog, wurde sie grundlegend durch das Auftreten von Klassenunterschieden beeinflusst, mit denen eine ganz neue Situation entstand.

Das Erscheinen eines gesellschaftlichen Überschusses, die Tatsache, daß der Hausherr sich vom Produktionsprozeß entfernt, womit er sich von einem Hersteller in einen Aneigner des gesellschaftlichen Überschusses verwandelt, diese Tatsache zwingt ihn und andere ihm Gleichgestellte, die lebensschenkende produktive Tätigkeit, jene Tätigkeit, die ursprünglich die geistige Vorstellung der gesellschaftlichen Ganzheit erzeugte und in deren Begriffen Kommunikation möglich wurde, durch eine neue und andere, geistige, also begriffliche, gesellschaftliche Ganzheit zu ersetzen, die nicht der gegenwärtigen Tätigkeit entstammt und infolgedessen nicht mit ihr übereinstimmt. Diese Vorstellung von der gesellschaftlichen Ganzheit wurde in der Vergangenheit erworben, vor der Trennung des Leiters und Herrn vom Produktionsprozeß. Einmal von der Realität entfernt, blieb sie statisch und nicht länger imstande, sich mit den wechselnden gesellschaftlichen Bedingungen zu verändern. Mit der Zeit und der zunehmenden Kluft zwischen dem Abbild einer vergangenen Ganzheit und einer dauernd wechselnden gesellschaftlichen Realität, wurde diese Vorstellung immer mehr abstrakt und verwandelte sich in ein begriffliches System, das mittels mathematischer Beziehungen ausgedrückt wurde. Die Sprache bildete den Träger dieser Entwicklung. Durch die Entfernung zwischen dem entfremdeten Menschen und der Gesellschaft verliert die Sprache als ein bei bestimmten Gelegenheiten gebrauchtes Kommunikationsmittel ihre unmittelbare Beziehung zu Gesamtsituationen. Die Sprache selbst und als Ganzes muß dennoch den Zusammenhang wiederherstellen, der früher von der in den Ausdrücken enthaltenen Fülle der Realität geliefert wurde. Sie macht das, indem sie ein eigenes Leben entwickelt, wobei sie zunächst primitive Ausdrücke in eine Abstraktion, einen Begriff, verwandelt - das ist das Substantiv - und dann das Substantiv mit der Qualität der Tätigkeit, dem Verbum, und das Verbum mit einer Beziehung, dem Prädikat, ausstattet.

So schafft die Sprache unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Entfremdung ihre eigene Wechselabhängigkeit, die Grammatik. Und die Grammatik - die Fähigkeit im Zusammenhang, jedoch abstrakt zu denken - ermöglicht es, ein klassenbedingtes, abstraktes Beziehungssystem für die engere Wechselwirkung zwischen Sprache und lebender Realität einzusetzen.

Wenn der Mensch in Antwort auf die Bedingung der Entfremdung gezwungen ist, sich anstelle der realen gesellschaftlichen Einheit, die er einst direkt erlebte, geistige Bilder der Realität zu machen, muß er auch die physischen und unterschiedslosen Befriedigungen kompensieren, die er in jenem Leben genoß. Der Hordenmensch, der frühe Stammesangehörige, "fühlte" weder, noch "dachte" er, da er sich ja nicht solcher differenzierter Aspekte seiner Existenz bewußt war. Ist die Einheit des Lebens erst einmal zerstört, so treten Gemütsbe-

wegungen sowie Gedanken in Antwort auf die Absonderung der Angehörigen der herrschenden Klasse vom Leben und damit von befriedigender Arbeit hervor. Das menschliche Bedürfnis, gegenseitige Abhängigkeit zu erfahren, findet seine Ersatzbefriedigung durch die nur in der Vorstellung bestehende Einheit der über die Einzelerfahrung hinausgehenden Gemütsbewegungen. Infolgedessen wäre es möglich, von einer "Ideologie" - im Sinne einer unzulänglichen Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität - der Gemütsbewegungen, der von der gesellschaftlichen Realität durch historische Bedingungen getrennten Gefühle, zu sprechen. Später werden wir die Weise untersuchen, in der der Mensch versuchte, diesen nun entfremdeten Bedürfnissen und ihrer Befriedigung Form zu geben.

In der Periode vom 9. bis zum 6. Jahrhundert v. u. Z. wurde die griechische Welt durch die Entwicklung der Arbeitsteilung und der Klassendifferenzierung umgestaltet. Schon zu Solons Zeiten hatte sich eine Handelswirtschaft soweit durchgesetzt, daß sie die Produktions- und Handelsverhältnisse des ganzen östlichen Mittelmeers beherrschte. Besitz sowohl als auch der Mensch waren entfremdet, was ein neues Phänomen mit sich brachte - die Klassengesellschaft.

Die Vernichtung der Stammesorganisation vollendete in Griechenland den langen Prozeß, der im 6. und 5. Jahrhundert zu jener qualitativen Veränderung der Gesellschaftsstruktur führte, die das 19. Jahrhundert als das "klassische" Zeitalter bezeichnete. Eine große und fundamentale Spaltung war in der westlichen Gesellschaft entstanden, eine Trennung derer, die sich das gesellschaftlich erzeugte Produkt aneigneten, von den eigentlichen Produzenten. Abstraktes Denken und individualisierte Gefühle waren die Folge für erstere, eine überwiegend organische, obwohl für lange Zeit stumme Denkweise - auf die wir später zurückkommen werden - für die anderen. Im Gegensatz zu diesen lautlosen, aber doch lebendigen und ununterbrochenen Traditionen und Haltungen des arbeitenden Volkes wurden die idealistischen Äußerungen der herrschenden Klassen offen, absichtlich und bewußt weitergegeben. Die wirkliche Bedeutung des 5. Jahrhunderts als Abschluß dieser Entwicklungsperiode wird auf dramatische Weise durch zwei seiner Hauptinstitutionen dargestellt, Philosophie und Kunst.

Die Formulierung des abstrakten Systems für den Menschen im westlichen Land, das lange Zeit für endgültig gehalten wurde, ist mit Platons Namen eng verbunden. Wir können etwas von dem Wesen des platonischen Idealismus - so benannt nach dem A-priori-Wesen der Ideen in seiner Philosophie - an der Art der Beweisführung einer seiner Lehrer, Pythagoras, erkennen.

Für über tausend Jahre vor Pythagoras' Zeiten war der Nil jeden August über seine Ufer getreten, wodurch auf beiden Seiten ein Landstreifen eine Meile oder mehr breit überschwemmt und mit Schlamm bedeckt wurde. Noch heute kann man sehen, wie die Tempel in Karnak und Luxor unter diesen Ablagerungen fast begraben wurden. Jeden September und Oktober, wenn das Wasser zurücktrat, hatten die Ägypter das Problem, die Grenzen ihrer Felder wiederherzustellen, und für diesen Zweck hatten sie auch eine Technik entwickelt: Triangulation. Jedoch sahen die Ägypter in dieser Technik nie einen Lehrsatz oder ein mathematisches Gesetz.

Wichtig für Pythagoras war aber nicht, daß man mit dieser Technik die Feldgrenzen neu markieren konnte, sondern der inbegriffene Lehrsatz, der angeblich eine Wahrheit ganz abseits und unabhängig von seiner praktischen Anwendung enthält, nämlich, daß das Hypotenusenquadrat gleich der Summe der beiden Kathetenquadrate ist. Infolgedessen behauptete man, daß Wahrheit nicht in der materiellen Realität zu finden sei, sondern jenseits dieser Realität in der Harmonie abstrakter und unveränderlicher Beziehungen.

Als Ergebnis der wachsenden Ausbeutung und der damit verbundenen Entfernung wurde das abstrakte, aber zusammenhängende Abbild der "Wirklichkeit", das sich im Geist dieser Gruppe bildete, in zunehmender Weise allen materiellen Inhalts beraubt und "geometrisiert".

Jetzt wurde behauptet, daß die in den abstrakten Beziehungen enthaltene und im Geist als Ideen wahrgenommene "Wahrheit" die wesentliche Wahrheit sei - ihre Realität die wahre Realität, vor der materiellen Realität, und somit das wirkliche Objekt menschlichen Interesses. Von Platon in ein philosophisches System ausgebaut, bildete der Idealismus tatsächlich ein Mittel, mit dem die objektive Möglichkeit, die Bedingungen der menschlichen Existenz zu verändern, verneint werden konnte. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in all ihren wechselnden Formen wurde nicht länger mit der Hoffnung verbunden, daß sie schließlich, wenngleich in der entfernten Zukunft, zur Rückkehr zu einem gesellschaftlichen Verhältnis der Gleichberechtigung führen würde, wie es in der Vergangenheit vor Beginn der Ausbeutung bestanden hatte, im Gegensatz zum Beispiel zu der Weise, in der Hesiod eine mögliche Wiederkehr der Gerechtigkeit in Aussicht stellte (dike). Gesellschaftliche Verhältnisse als den Ausdruck im voraus gegebener Ideen zu betrachten, hieß, die Möglichkeit der Veränderung dieser Verhältnisse zu verneinen.

Die zweite Institution - Kunst - erfüllte eine ähnliche Funktion. Die Herstellung von Symbolen - Skulpturen aus Holz und Stein, Wandmalereien - begann sehr früh in der Geschichte der Menschheit. Ihr Anfang ist nicht auf irgendeine ästhetische Regung zurückzuführen, sondern auf den Versuch des primitiven Menschen in den frühen Etappen der Arbeitsdifferenzierung und der damit verbundenen Entfremdung des Individuums von der gesellschaftlichen Ganzheit, die geistigen und gefühlsmäßigen Bilder des gesellschaftlichen Lebens, die sich in seinem Kopf gestaltet hatten, als Ganzes sichtbar zu machen, um so die jüngere Generation instand zu setzen, durch "Erlernen" der Bedeutung dieser Symbole in primitiven Zeremonien funktionierende, tätige und wechselwirkende Teile des gesellschaftlichen Ganzen zu werden. Diese Symbole stehen für und anstelle der Ganzheit der gesellschaftlichen Realität, die unter den Bedingungen der zunehmenden Arbeitsdifferenzierung nicht länger vollständig von den einzelnen Mitgliedern erlebt werden kann. Unter Bedingungen eines homogenen und verhältnismäßig undifferenzierten Stammeslebens verrichten sie demzufolge eine zentralisierende, synthetisierende, rationalisierende Funktion, das heißt, sie bilden die Basis für die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins des Individuums.

Genauso wie die sprachlichen Ausdrücke in dieser frühen Etappe der gesellschaftlichen Differenzierung die Ganzheit dessen, was wahrgenommen und in diesen Ausdrücken offenbart wurde, widerspiegelten, drückten auch diese Symbole der gesellschaftlichen Aktivitäten und Interessen die gesellschaftliche und dadurch gleichfalls die emotionelle Gesamtheit ihres Themas aus. Gerade diese Qualität der Ganzheit - ob wirklich oder ideologisch - vermittelt uns bis zum heutigen Tage eine Qualität der Kunst.

In der Entwicklung dieser Kunstformen können wir grundsätzlich vier definierbare Stile unterscheiden: den geometrischen, den archaischen, den klassischen des 5. Jahrhunderts und den hellenistischen. Im geometrischen Stil sehen wir abstrakte Muster, meist auf Töpferwaren, die durch ihre Abstraktheit die gegenseitige Abhängigkeit der Stammesganzheit ausdrücken. Menschliche und Tierfiguren, wie jene in den ganz frühen Höhlenmalereien, weichen vor völligen Abstraktionen, die, auf gesellschaftliche Produkte angewandt, diese als Teile des Ganzen zeigen. Diese Muster reflektieren eine Existenz, in der der Mensch noch nicht seinen Geist mit quasirealistischen Bildern des gesellschaftlichen Lebens bevölkert hat. Statt dessen dominiert noch die gegenseitige Abhängigkeit. Die Abstraktion hier ist nur anscheinend und noch nicht das bewußt hergeleitete Destillat, wie es dem modernen pragmatischen Auge erscheinen möge. Was in diesen geometrischen Formen wahrgenommen wird, ist die Einheit der gelebten Wirklichkeit. Das scheinbar Abstrakte hier ist wahrhaftig konkret.

In der archaischen Kunst sehen wir den einzelnen Menschen hervortreten, gewiß, steif und nur halbrealistisch, doch immer mit dem Lächeln, das sein Selbstvertrauen ausdrückt, mit dem er anfang, sei es auch auf noch so vage Weise, seinen Schöpfer in sich zu entdecken.

In dem scheinbaren Naturalismus des 5. Jahrhunderts reproduzierte der Mensch nicht mehr seine gesellschaftliche Schöpferkraft, wie es in der noch abstrakt wahrgenommenen Figur des archaischen Menschen geschah, sondern sieht sich in seiner nun entfremdeten Phantasie als eine perfekt ausgeglichene geistige Konstruktion der vermutlichen Realität. Alle Teile seines Körpers stehen im richtigen Verhältnis, statisch, untätig, mit einem verglasten Ausdruck - die Idealisierung des sein entnervtes Selbst betrachtenden Menschen. Er ist nicht mehr der erzeugende Mensch, sondern der ausbeutende Mensch, besser, Teil eines Menschen, der das Schaffen der wirklichen Lebensbedingungen anderen überlassen hat. Trotz seines realistischen Auftretens ist er jetzt eine Abstraktion im wahren Sinne des Wortes, die eine geistige, der pulsierenden gesellschaftlichen Realität beraubte Existenz darstellt. Obgleich dies Kunst ist, ist es Klassenkunst, genauso wie philosophischer Idealismus Klassenphilosophie ist. Wie alle Erzeugnisse des Menschen, widerspiegelt Kunst die Verhältnisse des Menschen. Diese Verhältnisse sind nicht statisch. Eine in Klassen gesplattene Gesellschaft hat auch nicht nur eine Kunst. In der historischen Reihenfolge solcher gesellschaftlicher Formen muß man wissen, welche Kunst welches gesellschaftliche Verhältnis darstellt; und ferner, bei der Bewegung und Veränderung der gesellschaftlichen Struktur, ist es notwendig zu wissen, die Kunst welcher Klasse im historischen Strom ihre eigenen Interessen übersteigt und so tatsächlich die Ganzheit des gesellschaftlichen Lebens repräsentiert - oder im Begriff ist zu repräsentieren.

So gipfelte im Griechenland des 5. Jahrhunderts ein historischer Prozeß, der für die nächsten 2 500 Jahre eine fundamentale gesellschaftliche Spaltung errichtete. Diese erzeugte einerseits abstraktes ideologisches Denken, entfremdete Gemütsbewegungen und ästhetische Produkte, andererseits aber auch die zu jener Zeit noch stummen Traditionen des einfachen Volkes. Wir sprachen von diesen, als wir die andere Art des Bewußtseins der Werkstätigen erwähnten. Die Analyse der klassischen Kunst zeigt also, daß das Perikleische Zeitalter mit seiner Akropolis, seinem Theater, seiner Philosophie, seinen Göttern eigentlich die Periode der Auflösung des gesellschaftlichen Lebens der Antike war und nicht sein Höhepunkt. Die verschärften gesellschaftlichen Umwälzungen führten zunächst zu dem selbstzerstörenden Peloponnesischen Krieg und später zum Ruf nach ausländischen Truppen, erst nach den Mazedoniern, dann nach den Römern, um Eigentum zu schützen und "Gesetz und Ordnung" wiederherzustellen, auch wenn das eine immer größere Anzahl von Menschen dem Elend aussetzte. Die Ähnlichkeiten zu der gegenwärtigen Periode desselben historischen Gesamtprozesses sind zu offensichtlich, als daß weitere Ausführungen erforderlich wären. Der Bau des Lincoln Center in New York gibt zwar vor, die Errungenschaften eines Zeitalters zu dokumentieren und seine Kultur zu bezeugen, verdeckt aber in Wirklichkeit einen gesellschaftlichen Zerfall, der sich schon im Gang befindet, auf ganz ähnliche Weise, wie ein Perikles oder Herodes Attikus es zu seiner Zeit zu tun versuchte.

Die offensichtlichen Ähnlichkeiten zwischen Athen im 5. und den USA im 20. Jahrhundert, zwischen dem Ende der ersten Phase eines gesellschaftlichen Prozesses und möglicherweise seiner letzten, sollten jedoch nicht die Unterschiede verdunkeln. Das fundamentale soziale und ökonomische Merkmal des alten Griechenlands bestand darin, daß diese Gesellschaft auf Sklavenarbeit aufgebaut war. Die moderne Gesellschaft ist nicht nur durch wirtschaftlich freie Arbeit gekennzeichnet, sondern auch durch zunehmend selbstbewußte und politisch bewußte Werkstätige. Sklaven könnten revoltieren, aber nicht die grundlegenden politischen Institutionen verändern. In einer betont statischen Gesellschaft wie der griechischen war die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im wesentlichen "tragisch". Tragödie ist im Grunde fatalistisch. Der Mensch, so wurde den Griechen gesagt, kann nicht "die Wege der Götter" erkennen. Das zu versuchen ist *hybris*, der Stolz, der unvermeidlich zum Sündenfall führt. Die Konzeption von dieser Unvermeidlichkeit des menschlichen Zustands, der Stolz und doch die Hoffnungslosigkeit gesellschaftlichen Bestrebens, ihn zu ändern, charakterisierten sowohl Äschylus wie auch Platon. Dies war in der Tat "die Gabe, die Griechenland der Welt überreichte" - die entfremdete Schönheit und die aktionsver-

hütende Tragödie, die seinem Denken und seiner Kunst innewohnten. Diese Gabe heutzutage unkritisch anzunehmen, hieße, sich ideologischem Denken zu unterwerfen.

Wir haben schon die zwei grundsätzlichen Arten des Bewußtseins - das der herrschenden Klasse und das der Werktätigen - erwähnt. Wie wir gesehen haben, sind die Werktätigen seit Anfang der westlichen Zivilisation Gegenstand ideologischer Belehrung. Es ist wert zu bedenken, daß diese Werktätigen seit beinahe dreitausend Jahren mit ewigen Wahrheiten, objektiven Tatsachen und unvergänglichen Gesetzen bombardiert worden sind, von denen ihnen keines geholfen hat, ihre Existenzbedingungen zu verändern, und trotzdem widerstanden sie und hofften unverzagt auf Veränderung. Sie litten durch alle Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung des Westens, ohne sich jemals als Klasse demoralisieren zu lassen. Auch die Quelle dieses Phänomens, vom utopischen Denken der primitiven Bauern bis zum heutigen Klassenbewußtsein, muß in Griechenlands Hügeln studiert werden.

Denn es war homo faber - der arbeitende, erzeugende Mensch -, der buchstäblich Sprache und menschliches Bewußtsein mittels seiner Arbeit schuf. Als diese wirklichen Produzenten und Menschenentwickler teilweise oder ganz ihrer politischen Rechte beraubt wurden, dachten sie weiter im ganzen - im Gegensatz zu den Mitgliedern der raubenden Gruppen -, wenn auch auf behinderte Weise. Für die Sklaven, Leibeigenen, dem Namen nach und tatsächlich freien Bauern blieb die Realität am Leben nicht entfremdet. Wenn die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich änderten, waren sie die eigentliche Änderung, und indem sie die Änderung verkörperten, waren sie dessen gewahr, wenngleich nicht in abstrakten, theoretischen Begriffen. Doch da sie der Tatsache gewahr waren, daß sie das gesellschaftliche Leben und seine Veränderung schufen und schafften, wurden sie dessen auch als Prozeß gewahr. Sie erlebten Ausbeutung und Unterdrückung nicht als unabänderliche historische Ereignisse, sondern als Aspekte eines dialektischen Prozesses, der einen Anfang hatte und dem folglich ein Ende innewohnte und in diesem Ende ein neuer Anfang. Sie haben diese Realität täglich in der selbstschaffenden Realität des Produktionsprozesses gelebt und zeigen diese Realität in ihrem Wesen selbst. Diese historische Rolle erzeugte die unerschütterliche moralische Zuversicht, die es ihnen ermöglichte, durch Jahrtausende des Leidens bis zum heutigen Tag zu leben, eine Zuversicht, die schon in Hesiods "Werke und Tage" gelassen, wenn auch ohne ausdrückliche Begründung zu finden ist.

Wir können nun zu unserem Ausgangspunkt zurückkommen. Indem wir die griechische Antike verstehen, können wir in der Gegenwart die Früchte der Vergangenheit erkennen; einerseits ideologisches Denken, andererseits die Tradition der Hoffnung auf die Wiederkehr von dike, der alten Lebensweise in einer klassenlosen Gesellschaft, in unseren Tagen in die Kenntnis verwandelt, daß der Mensch tatsächlich fähig ist, eine klassenlose Gesellschaft zustande zu bringen. Unter den Bedingungen der Sklaverei und der Leibeigenschaft bildete die durch Arbeit erzeugte Bewußtheit, daß die Gesellschaft ein Prozeß ist und sich mittels Veränderung bewegt, die Grundlage der Hoffnung. Der Industriearbeiter ist nicht nur dessen gewahr, sondern auch der bewußten Kenntnis fähig, daß der Mensch sein eigener Schöpfer ist, und indem er weiß, wie er sich zu machen hat, ist er fähig, die Bedingungen zu schaffen, unter denen er lernen kann, den gesellschaftlichen Prozeß rationell zu leiten.

Nur die richtige Erkenntnis der Geschichte kann der Menschheit in der Gegenwart dienen. Und nur die richtige Erkenntnis der Gegenwart setzt die Menschheit in den Stand, die Zukunft zu schaffen, in der arbeitende Männer und Frauen kooperative Produktion "auf einer höheren Stufe" wiederherstellen können.

(Übersetzt von Gerhard Hagelberg)

Zur Geschichte der internationalen Handelswege und des Handelskapitals vom 15. bis 17. Jahrhundert

von Zs. P. Pach

Die "Verschiebung der internationalen Handelswege" vom 15. bis 17. Jahrhundert bildet ein häufig wiederkehrendes Thema in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung über diese Periode. Sie wird im allgemeinen so dargestellt, als handele es sich um einen bekannten, eindeutig zu fassenden Vorgang. Tatsächlich aber gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen von der Veränderung der internationalen Handelsstraßen, besonders hinsichtlich der unmittelbaren Auswirkung der überseeischen Entdeckungen, ob nämlich die Entdeckung der Neuen Welt und die Ersetzung des traditionellen Weges des asiatischen Spezereihandels durch die "Kaproute" als Ausgangspunkt dieses Vorgangs anzusehen sind.

Darüber hinaus steckt hinter dieser etwas stereotypen Formel ein weiteres Problem, indem die Änderungen der internationalen Handelswege in den Vordergrund geschoben werden, wird bis zu einem gewissen Grade ein tieferer Vorgang verschleiert: die Veränderung des Charakters des internationalen Handels und seiner Warenstruktur. Meiner Meinung nach war aber diese die wichtigere, grundlegendere Verschiebung; denn im 15. und 16. Jahrhundert verlagerte sich der europäische Handel immer mehr von den teuren "levantinischen" Luxusartikeln auf voluminöse Massenbedarfsgüter. In jener Zeit entstand der "moderne" internationale Handel, angeregt durch den Eigenbedarf der europäischen Wirtschaft und auf einen breiteren Abnehmermarkt gestellt. Er stand damit im Gegensatz zum "mittelalterlichen" Fernhandel, der hauptsächlich die Luxusbedürfnisse der Aristokratie und des reichen Bürgertums befriedigte.

Im folgenden wird der Begriff "modern" auf den internationalen Handel angewandt, der auf der Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Warenproduktion basierte, auf einer weite Gebiete umfassenden Arbeitsteilung fußte und seinerseits diese wiederum stimulierte, im Gegensatz zum Fernhandel "mittelalterlichen Typs", der nicht mit der Entwicklung der Warenproduktion und der Arbeitsteilung verbunden war, sondern im wesentlichen die Märkte Europas mit Gewürzen und Luxusartikeln aus dem Orient versorgte.

Im 14. und 15. Jahrhundert, bevor die "Carreira da India" benutzt wurde, kamen orientalische Gewürze und Luxusartikel über eine lange Kette indoarabischer Handelsbeziehungen in die östlichen Mittelmeerbahnen. Von dort wurden sie vorwiegend mit venezianischen und genuesischen Schiffen nach den norditalienischen Städten befördert, in erster Linie nach Venedig, dem Hauptverteilungszentrum für Waren aus der Levante. Auf Land-, Fluß- und Seewegen kamen die Güter von Venedig in andere Teile Europas. Deutsche Kaufleute brachten sie über Alpenpfade nach den süddeutschen Städten, von wo sie teils auf den Donaustrecken nach den Ländern Mitteleuropas - einschließlich Ungarns -, teils auf den Rheinstraßen nach Flandern geschafft wurden. Auf dem Seeweg kamen sie nach Marseille, Barcelona und anderen Häfen des westlichen Mittelmeers; durch die Straße von Gibraltar erreichten sie - wiederum hauptsächlich auf venezianischen und genuesischen Schiffen - England, die Niederlande und Nordeuropa. Der Charakter und mit ihm die Hauptstraßen des mittelalterlichen

Fernhandels wurden durch den überwiegenden Anteil der levantinischen Luxusartikel bestimmt. Der mittelalterliche "Welthandel" konzentrierte sich auf das Mittelmeer, und sein ganzes System von See-, Fluß- und Landrouten war mit den norditalienischen Städten verbunden, die im Mittelmeergebiet eine Schlüsselposition einnahmen.

Neben dem vorwiegenden "Luxusgeschäft" mit Artikeln aus der Levante entstand schon im 13. Jahrhundert ein Handel mit bestimmten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen der europäischen Wirtschaft. Soweit dieser die Grenzen der Lokal- und Regionalmärkte überschritt und fernere Gebiete versorgte, stellte er den Anfang des internationalen Handels im modernen Sinne dar. Solche neuen Handelsverhältnisse zeigten sich auch im Mittelmeergebiet; aber sie förderten vorwiegend die Entwicklung der anderen europäischen Handelszentren an der Ost- und Nordsee. Denn von hier aus wurden Massenbedarfsgüter - Agrarerzeugnisse aus Osteuropa, insbesondere Getreide - über große Entfernungen nach Westen, Südwesten und in die atlantischen Küstenländer exportiert - hauptsächlich nach den Niederlanden -, wo sie sowohl gegen aus dem Mittelmeergebiet stammende Levantewaren als auch gegen westeuropäische gewerbliche Erzeugnisse (vor allen Dingen flämisches Tuch) getauscht wurden. Folge des wachsenden Handels mit massenhaften Agrarprodukten war die zunehmende Benutzung von Wasserstraßen für den Ferntransport. Dadurch steigerte sich wiederum die Nachfrage nach einem anderen sperrigen Gut, das kaum über Land transportiert werden konnte: nach Holz, dem Hauptrohstoff für den Schiffbau, das in großen Mengen ebenfalls im Ostseeraum vorhanden war.

Der Seehandel auf der Ost- und Nordsee im 14. und 15. Jahrhundert lag überwiegend in Händen der deutschen Hansekaufleute. Es wird oft behauptet, daß diese dieselbe Rolle in der Ostsee spielten wie die Venezianer und Genuesen im Mittelmeer. Aber das ist nur zum Teil richtig. Zweifellos ähnelte der Hansehandel dem norditalienischen in Organisation und Arbeitsweise. Seine Warenstruktur war jedoch "moderner", er umfaßte unverhältnismäßig mehr Massengüter als der Mittelmeerhandel, dessen Hauptware - trotz der zunehmenden Aktivität Venedigs, Genuas und Ragusas im Getreide- und Wollhandel - weiterhin aus Levanteartikeln bestand. Das Interesse reicher Senatoren und städtischer Patrizier galt hauptsächlich letzteren, während sich der Getreidehandel auf viele kleinere Agenten verteilte (Aymard).

Mit der Entwicklung der Warenproduktion und der Ausdehnung der Handelsverhältnisse modernen Typs verschob sich die Bedeutung der zwei internationalen Handelszentren - Mittelmeer- und Ostsee- und Nordseegebiet - zugunsten des letzteren. Denn es war der alte "Luxushandel", der das Mittelmeer mit dem restlichen Europa verband, während sein Handel mit Massenbedarfsgütern im wesentlichen auf die Mittelmeerzone begrenzt blieb. Sein Getreidehandel - obwohl schon im 16. Jahrhundert von beträchtlichem Umfang - konnte höchstens den Bedarf des Mittelmeergebietes decken und in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts das sogar nur in abnehmendem Maße (Braudel). Aber es waren gerade solche Massenbedarfsgüter der Primärproduktion, die in immer größeren Mengen aus dem Ostseegebiet nach Westeuropa exportiert wurden: Während des 16. Jahrhunderts beförderte die atlantische Küstenschiffahrt von dort Getreide nicht nur nach den Niederlanden, sondern bis nach Spanien und, Ende des Jahrhunderts, durch die Straße von Gibraltar sogar ins Mittelmeergebiet.¹

So begann die Verlagerung des internationalen Handels vom Mittelmeer zum Atlantischen Ozean in der Weise, daß sich die atlantische Küstenschiffahrt - Hauptspediteur der von der

1 Etwa Mitte des 16. Jh. betrug der Fernhandel mit Getreide im Mittelmeerraum rund 50 000 t jährlich; ungefähr zur selben Zeit jedoch wurden 40 000 bis 60 000 Lasten Korn - mindestens das Doppelte der genannten Menge - über den Sund in Richtung der atlantischen Küsten verschifft (Parry, Rybarski, Faber).

europäischen Wirtschaft erzeugten Massenbedarfsgüter -, dank der Marktverhältnisse neu-
en Typs, immer mehr zur Hauptverkehrsader des internationalen Handels entwickelte.

Folglich begann die "Verschiebung der internationalen Handelswege" nicht nur mit der Ent-
deckung der Neuen Welt oder der direkten Seeroute nach Indien durch die Spanier und Por-
tugiesen. Wesentlicher Faktor dieses Prozesses war die innere Entwicklung der europäi-
schen Wirtschaft, die Entfaltung der Warenproduktion und der Arbeitsteilung. Daraus er-
gab sich der zunehmende Bedarf bestimmter westeuropäischer Küstengebiete an Lebensmit-
teln und Rohstoffen, die aus dem Ostseeraum und den mit ihm durch Wasserwege verbun-
denen Gegenden Osteuropas geliefert und hauptsächlich von der atlantischen Küstenschiff-
fahrt befördert wurden, im Austausch mit Artikeln aus der Levante und industriellen Er-
zeugnissen - vor allem Tuch -, die in nordöstlicher Richtung transportiert wurden.

Mit anderen Worten: Das innere Wachstum der europäischen Wirtschaft führte zu einer Um-
gestaltung der Warenstruktur des internationalen Handels und infolgedessen zu der Verschie-
bung der internationalen Handelswege.

Die Agrarausfuhren der Ostseeländer wurden zunächst größtenteils von Kaufleuten der deut-
schen Hanse getätigt. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts und besonders im 16. Jahrhundert
mußten diese jedoch immer mehr Boden an die Holländer abtreten.

Die steigende Handelsaktivität der Holländer war von Anfang an eng mit der Ausdehnung des
Handels neuen Typs verbunden. So wurden die Holländer Spezialisten des Transports von
Massengütern - Getreide, Holz, Fisch, Salz -, wodurch sie auf diesem Gebiet gegenüber
den Hanseleuten beachtliche technische und wirtschaftliche Vorteile gewannen. Außerdem
benutzten die Holländer hauptsächlich die direkte Seeroute von der Ostsee zur Nordsee durch
den Sund, während sich die Hanseaten gewöhnlich des alten Überlandweges von Lübeck nach
Hamburg bedienten und erst dort - in der Nordsee - ihre Waren für den weiteren Trans-
port nach dem Südwesten, meist nach Brügge im Süden der Niederlande, ihrem wichtigsten
ausländischen Stapelplatz (Vollbehr), auf Schiffe verladen.

Die "Entdeckung" dieser direkten Seeroute für den Massengütertransport war - trotz der
Kürze dieses Wegabschnitts - ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Handelswege-
verschiebungen. Die Veränderung der Ostsee-Nordsee-Route, die auf den Niedergang von
Lübeck und Brügge und den Aufstieg Antwerpens hinwirkte, machte sich schon Ende des
15. Jahrhunderts bemerkbar - ein weiterer Beweis dafür, daß die Wandlung im System der
internationalen Handelswege nicht erst mit den überseeischen Entdeckungen anfang, sondern
schon vor ihnen, und daß sie mit der inneren Entwicklung der europäischen Wirtschaft und
der Wandlung im Wesen des internationalen Handels verbunden war.

Während die Holländer Spezialisten im Transport von Massengütern wurden, blieben die Ve-
nezianer Fachleute im "Luxusgeschäft", dessen Vorherrschaft im internationalen Handel
auf der führenden Rolle des mittelalterlichen Fernhandels mit Gewürzen und Artikeln aus
der Levante beruhte. Daher war die Abnahme des venezianischen Handels nicht in erster
Linie Folge der Eröffnung eines neuen direkten Seeweges für den fernöstlichen Spezereien-
handel über das Kap der Guten Hoffnung - es ist bekannt, daß zu bestimmten Zeiten im
16. Jahrhundert (zum Beispiel zwischen 1550 und 1570) und selbst Anfang des 17. Jahrhun-
derts der traditionelle Rote-Meer-Weg des Gewürzhandels durchaus konkurrenzfähig blieb
und zuweilen sogar aufblühte (Lane). Der Rückgang des venezianischen Handels ist vornehm-
lich auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich die Warenstruktur des internationalen Han-
dels auf Kosten orientalischer Gewürze und Luxusartikel wandelte, zugunsten von Waren,
die dem inneren Wachstum der europäischen Wirtschaft und der Entwicklung einer überre-
gionalen Arbeitsteilung entsprangen.

Die Charakter- und Warenstrukturänderungen im internationalen Handel sowie die daraus resultierende Verschiebung der Haupthandelswege mußten notwendigerweise einen Wechsel der Zwischenhändler mit sich bringen. Die Vormachtstellung im internationalen Handel ging allmählich von den norditalienischen und hanseatischen Kaufleuten auf die Holländer und später auf die Engländer über.

Ende des 16. Jahrhunderts nahmen die Holländer - mit ihnen auch noch die Hanseaten und schon die Engländer - die durch die norditalienische Getreidekrise gebotene Gelegenheit wahr, um durch die Straße von Gibraltar ins Mittelmeergebiet einzudringen und dort Getreide und andere Waren gegen Erzeugnisse dieses Gebietes und orientalische Luxusartikel auszutauschen. Das bedeutete jedoch, daß die Handelsschiffahrt der Mittelmeerstaaten nicht nur zurückgedrängt wurde (Anfang des 16. Jahrhunderts führten fast ausschließlich venezianische und genuesische Schiffe den Seehandel zwischen dem Mittelmeer und den Niederlanden durch), sondern gleichzeitig eine Umkehrung der Hauptrichtung des atlantischen Küstenverkehrs. Während früher die Mittelmeerschiffahrt nordwärts in den Atlantik vorstieß, war es jetzt der atlantische Handel, der sich südwärts in das Mittelmeer ausdehnte.

Die Entfaltung des Handels modernen Typs brachte andererseits eine zunehmende Bedeutung der für breitere Massen bestimmten Manufakturerezeugnisse, vor allem Tuch, für den internationalen Handel des 15. und 16. Jahrhunderts mit sich.

Natürlich war Tuch - neben den levantinischen Luxusartikeln - schon früher ein wichtiger Bestandteil des mittelalterlichen Fernhandels gewesen, erhielten doch die mittelosteuropäischen Länder, einschließlich Ungarns, schon im 13. und 14. Jahrhundert feine Qualitätsstoffe aus Flandern und Norditalien. Aber die Mengen waren verhältnismäßig klein und die Preise hoch, so daß meist nur der Bedarf der Aristokraten und reichen Bürger befriedigt wurde. Jedoch im 15. und 16. Jahrhundert nahm der internationale Tuchhandel erheblich zu und lieferte größere Mengen an breitere Massen. Die in Flandern entwickelte "nouvelle draperie" und die spätere "sayetterie" unterschieden sich von der früheren Textilproduktion nicht nur durch ihren Standort - die erstere war aus den Städten auf das Land verlagert worden -, sondern auch dadurch, daß sie neben feinem, teurem Tuch nun auch einfachere und billigere Sorten, hauptsächlich aus spanischer Wolle, erzeugten (Pirene, Coornaert).

Bis dahin hatte die norditalienische Textilindustrie gleichfalls vornehmlich spanische Wolle verarbeitet, aber diese wurde nun immer mehr von den flämischen Webereien in Anspruch genommen. Bereits Mitte des 16. Jahrhunderts floß etwa die Hälfte der gesamten spanischen Wollausfuhr nach Flandern. Der Rest wurde noch immer auf venezianischen, genuesischen und ragusischen Schiffen nach den norditalienischen Häfen befördert und von dort in die Textilindustriezentren Florenz und Mailand. Im 17. Jahrhundert ging nahezu der ganze spanische Wollexport in die Niederlande, zum größten Teil durch holländische Kaufleute. Auf diese Weise wurde der Mittelmeerverkehr auch im Wollhandel von der atlantischen Küstenschiffahrt in den Hintergrund gedrängt.

Noch immer große, aber doch geringer werdende Mengen Wolle wurden im 15. und bis weit in das 16. Jahrhundert auch aus England nach dem Kontinent exportiert, meistens nach den Niederlanden. Aber während die englische Wollausfuhr abnahm, verdoppelte sich der englische Stoffexport im Laufe des 16. Jahrhunderts², zum Teil dank der Tatsache, daß die "nou-

² Um 1500 exportierte London rund 50 000 Stücke Tuch, ein Vierteljahrhundert später 75 000 Stücke. Im Jahre 1540 überstiegen die Ausfuhr schon 100 000 und 1550 erreichten sie 130 000 Stücke. Allein die Merchant Adventurers exportierten aus London 1606 fast 100 000 "weiße" und appretierte Tuche (Fisher, Friis).

velle draperie" auch in England eingeführt wurde und einfachere und billigere Tuchsorten für den Massenbedarf herstellte. Die Ausfuhr von Tuchen nach Norddeutschland, Skandinavien und den Ostseehäfen, meist schwere, haltbare Stoffe, wurde in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts hauptsächlich von hanseatischen Kaufleuten betrieben, die zu jener Zeit noch Sonderrechte in London genossen. Dagegen wurden die Exporte nach Flandern, die sich größtenteils aus ungefärbten und nicht appretierten Erzeugnissen zusammensetzten, schon meist von englischen Kaufleuten getätigt. Bis Ende der sechziger Jahre des 16. Jahrhunderts war Antwerpen auch der Hauptsitz der englischen Außenhandelsgesellschaft, der Merchant Adventurers (Clapham, Lipson).

Demnach war der Hafen Antwerpens während etwa drei Vierteln des 16. Jahrhunderts Zentrum des internationalen Textilhandels. Von dort wurde flämisches und auch englisches Tuch in verschiedene Richtungen exportiert: Die südliche Linie der atlantischen Küstenschifffahrt brachte es - zusammen mit Kupfer und Eisenwaren - nach Spanien und Portugal, wo es gegen Wolle, orientalische Gewürze und Erzeugnisse der Mittelmeerländer ausgetauscht wurde; über die Nord- und Ostsee ging es nach Skandinavien und in die Ostseeländer, hauptsächlich nach Polen, im Austausch gegen Getreide und Holz; auf dem Rhein und anderen kontinentalen Wasserwegen gelangte es nach Mittel- und Süddeutschland. Die von Pferden gezogenen Rheinkähne kehrten mit Leinenwaren, Barchent, Kupfer und Eisenwaren in die Niederlande zurück. Importierte flämische und englische Textilien wurden teils auf dem deutschen Markt verkauft - dessen sich erweiternde Funktion zur Befriedigung des Massenkonsums auch aus der Tatsache hervorgeht, daß diese Stoffe für die süddeutsche Bauernkleidung verwendet wurden -, teils weiter östlich in Europa, unter anderem auch in Ungarn, wo sich laut Gutsberichten und anderen Quellen gleichfalls eine Tendenz zu größerem Konsum zeigte (van Houtte, Jeannin, Székely).

Kennzeichnend für die Verschiebung der internationalen Handelswege und die zunehmende Bedeutung des atlantischen Küstenverkehrs ist der kommerzielle Aufstieg Antwerpens im 16. Jahrhundert.³ All das war das Resultat der inneren Entwicklung der europäischen Wirtschaft und des Aufkommens des internationalen Handels modernen Typs, der Getreide und andere Agrarprodukte aus dem Ostseeraum nach Westeuropa und Tuche und weitere Manufakturzeugnisse aus den Niederlanden und England in die übrigen Länder Europas lieferte. Diese Vorgänge lösten wiederum eine wesentliche Veränderung der traditionellen Fernhandelsrouten aus.

Die "Verschiebung der internationalen Handelswege" schließt infolgedessen zwei verschiedene Vorgänge in sich ein. Es handelt sich nicht nur um die durch die Entdeckungen verursachten Änderungen der mittelalterlichen Fernhandelswege für den Handel mit orientalischen Gewürzen und Levanteartikeln. In erster Linie geht es darum, daß durch die Entwicklung der europäischen Wirtschaft ein internationaler Handel modernen Typs - überregionaler Austausch von Massenbedarfsgütern - zustande kam, dessen Verkehrsadern sich notwendigerweise von den alten unterscheiden oder, genauer gesagt, nicht immer mit den Wegen des alten Fernhandels übereinstimmen mußten.

Obwohl sich später beide Vorgänge eng verflochten, ist es um so mehr berechtigt, zwischen ihnen zu unterscheiden, als sich doch die Verschiebung der internationalen Handelswege in Richtung der atlantischen Küsten hauptsächlich aus der Entstehung moderner kommerzieller Beziehungen ergab. Hingegen wurden die Entdeckungen und die Eröffnung neuer Seewege nicht von den Bedürfnissen des modernen internationalen Handels angeregt, sondern von

³ Jedoch ist zu bemerken, daß Amsterdam sich schon in den dreißiger Jahren des 16. Jh. zum Zentrum des Getreidehandels zwischen der Ostsee und den Niederlanden entwickelte.

den Zielen des alten Fernhandels, orientalische Gewürze auf direktem Wege zu beziehen und sich außerdem der märchenhaften Schätze des Ostens zu bemächtigen.⁴

Darüber hinaus waren nicht nur Ansporn und Motive der Entdeckungen "alten Stils", sondern auch die neu eröffneten Seewege dienten lange Zeit vor allem dem Transport der Güter des mittelalterlichen Fernhandels. Auf ihnen brachten die Portugiesen und Spanier Gewürze aus dem Fernen Osten und die Schätze Amerikas nach Europa.

Portugal, der "Kolonialwarenkönig", sah die Hauptfunktion seiner Ostasienorganisation, außer im Plündern, in der regelmäßigen Lieferung von Gewürzen aus dem Malaiischen Archipel nach Goa, seinem Hauptsitz in Indien, und von dort wurden die Schiffe auf dem Rückweg über die "Carreira da India" nach Lissabon gebracht. Schon im ersten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts empfangen holländische und englische Häfen Gewürzladungen aus der portugiesischen Hauptstadt, was eine heftige Krise im Gewürzhandel der Mittelmeergebiete auslöste. Während des ganzen Jahrhunderts spielten die Portugiesen eine wichtige, wenn auch nicht stetig wichtige Rolle als Lieferanten orientalischer Spezereien nach Europa. Bis Mitte des Jahrhunderts ging dieser Verkehr über Antwerpen, dem damaligen Hauptverteilungszentrum für portugiesische Gewürzlieferungen. So resultierte der Wohlstand Antwerpens zum Teil auch aus der Eröffnung einer neuen, direkten Seeroute für den orientalischen Gewürzhandel, obgleich der kommerzielle Aufstieg dieser Stadt, wie schon gesagt, auf ihrer Schlüsselposition im internationalen Tuchhandel basierte.

In mancher Hinsicht der portugiesischen Expansion ähnelnd, waren Spaniens Beziehungen zu seinen amerikanischen Kolonien im 16. Jahrhundert von grausamer Unterjochung, Ausplünderung der Schätze und, ab Mitte der vierziger Jahre, von der Entdeckung und Ausbeute der ergiebigsten Silberbergwerke in der Welt maßgeblich bestimmt. Daraus ergab sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein Zustrom von Silber - mit den Schiffen Neuspaniens und der Isthmusflotte nach Sevilla und später nach Cádiz befördert -, in dem die spanische Krone das wesentliche Moment der Kolonialherrschaft sah. Die Einfuhr von Agrarprodukten aus der Neuen Welt und die Anfänge der Plantagenwirtschaft waren unvergleichlich weniger bedeutend⁵, da sie vor Ende des 16. Jahrhunderts weder in dem von Portugal unterworfenen Brasilien noch in dem unter Spaniens Vorherrschaft stehenden karibischen Raum größere Ausmaße erreichten.

Doch fehlte es der spektakulären portugiesischen und spanischen Beherrschung der Meere an technisch-ökonomischen Fundamenten. Portugiesen und Spanier spielten eine untergeordnete Rolle in der atlantischen Küstenschifffahrt, der damaligen Hauptverkehrsader des europäischen Handels, während sie am transatlantischen und indischen Ozeanhandel einen hervorragenden Anteil hatten. Die letztere Handelstätigkeit war nicht ein organischer Zuwachs und

4 Hier muß jedoch erwähnt werden, daß hinter dieser Goldgier, die die Portugiesen schon vor 1492 die westlichen Küsten Afrikas aufzusuchen trieb, letzten Endes die Bedürfnisse des wachsenden europäischen Handels (Engels) - seine Geldknappheit und "Goldkrise" - steckten.

5 1594 bestand die Rückfracht von Spanisch-Indien nach Sevilla zu 95,6 % aus Edelmetallen (vorwiegend Silber), 2,8 % Koschenille, 1,2 % Häute, 0,3 % Indigo usw. 1609 entfielen 84 % auf Edelmetalle, 16 % auf andere Produkte (Hamilton). Was die Frachten aus Europa nach den Kolonien betrifft, ist es klar, daß sich der Bedarf Spanisch-Amerikas und Brasiliens an westeuropäischen Manufakturerezeugnissen, unter anderem an Textilwaren, schon während des 16. Jh. erhöhte (wie Haring, Chaunu und Mauro zeigen). Doch scheint sich die Bildung moderner Verhältnisse im transatlantischen Handel (sowohl in Einfuhr als auch in Ausfuhr) erst nach dem Eindringen der Holländer in den karibischen Raum und nach der Gründung und Entwicklung der französischen und englischen Kolonien in diesem Gebiet beschleunigt zu haben.

Begleitumstand der ersteren - wie später bei den Holländern und Engländern -, sondern sozusagen ein Überspannen gewaltiger Entfernungen ohne die notwendigen Stützen.

Diese widersprüchliche Situation zeigte sich auch in den unzulänglichen technischen Kenntnissen der Iberer auf dem Schiffsfahrtsgebiet, was entscheidend spürbar wurde und schwere Folgen hatte, sobald ein Konkurrent erschien ("História trágico-marítima"). Noch schwerwiegender jedoch war, daß ihre überseeische Expansion einer genügenden wirtschaftlichen Grundlage entbehrte: Sie war nicht eine der Entwicklung ihrer Waren und ihrer Handelstätigkeit innewohnende Notwendigkeit.

Es gibt viele Literaturhinweise (Haring, Goris) dafür, daß die Portugiesen den ihnen auf der Ausreise zur Verfügung stehenden Schiffsraum wegen mangelnder Verkaufsware nicht mit nutzbringender Fracht außer Edelmetallen auslasten konnten; daß es wegen der Rückständigkeit der spanischen Industrie nicht möglich war, Ende des Jahrhunderts die zunehmende Nachfrage der spanischen Siedlungen in Amerika nach Tuchen und anderen industriellen Erzeugnissen aus spanischen Quellen zu befriedigen; daß schon zu Zeiten Philipps II. neun Zehntel der Ausfuhr nach den spanischen Kolonien nichtspanischen Ursprungs waren und daß der Exportanteil der Heimatindustrien weiterhin abnahm usw. All das veranschaulicht, daß die Kolonialexpansion der Portugiesen und Spanier nicht von einem entsprechenden Niveau der Warenproduktion unterstützt wurde. Ich möchte die hierzu in der Literatur gezogenen Schlußfolgerungen mit dem Hinweis auf eine andere Tatsache ergänzen, die unter den erörterten Umständen in diesem Stadium der Entstehung des Weltmarkts im 16. Jahrhundert von noch größerer Bedeutung war. Das ist die Tatsache, daß nicht einmal die Handelstätigkeit der Portugiesen und Spanier genügend hoch entwickelt war, um als dauerhaftes Fundament für die maritime Expansion zu dienen. Diese begann und vollzog sich weder im Einklang mit den neuen Bedürfnissen des internationalen Handels noch infolge des Handels mit Massenbedarfsgütern der europäischen Wirtschaft. Während Spanier und Portugiesen Europa mit Gewürzen und Edelmetallen überfluteten, lag die Lieferung von Massenbedarfsgütern aus und nach ihren Heimatländern nicht in ihren Händen. Schon in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts hingen Spaniens Getreide- und Holzimporte von holländischen Kaufleuten ab und seine Woll- und Weinausfuhr sowie seine Tucheinfuhr waren auf die holländische und englische Schifffahrt angewiesen.

Die Tatsache, daß die portugiesische und spanische Expansion weder in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder noch in ihrer aktiven Beteiligung am internationalen Handel modernen Typs verwurzelt war, wurde auch in anderer Hinsicht ausschlaggebend: Die reichen Gewinne, die das Geschäft mit orientalischen Gewürzen einbrachte, und die Schätze der amerikanischen Silberflotten konnten das ökonomische Wachstum und die kapitalistische Entwicklung der iberischen Länder nicht fördern, sie wurden vergeudet und flossen durch die verschiedensten Kanäle außer Landes. Daher waren diese Länder nicht fähig, den Ozeanhandel tatsächlich zu beherrschen und ihre führende Position ständig zu bewahren, geschweige den aufblühenden Weltmarkt zu dirigieren. Charakteristisch ist es, daß trotz der Eröffnung der "Kaproute" die traditionellen Wege des orientalischen Gewürzhandels nach einiger Zeit wieder benutzt wurden und daß die Venezianer noch bis Ende des 16. Jahrhunderts mit ihren direkte Seeroute fahrenden Rivalen konkurrierten (Lane, Braudel). Es war also nicht das Eindringen der Portugiesen in Ostindien, das dem levantinischen Gewürzhandel der Venezianer einen tödlichen Schlag versetzte, sondern das der Holländer und später der Engländer.

Die aus der Plünderung der Kolonien und dem Seehandel mit Gewürzen und Edelmetallen resultierende Kapitalanhäufung konnte nur da die wirtschaftliche Entwicklung fördern und eine kapitalistische Umwandlung hervorrufen, wo sie zu einer Art Akkumulation führte, die dem auf der Entwicklung der Warenproduktion und der Arbeitsteilung basierenden internationalen Handel modernen Typs entsprang, und wo sie dazu diente, diese Art von Akkumulation zu vermehren und zu vervielfältigen.

Und das ist gerade der Punkt, wo der Hauptunterschied zwischen der iberischen und holländischen maritimen Expansion und Welthandelshegemonie in Erscheinung tritt.

Von der zweiten Hälfte des 15. bis zum Ende des 16. Jahrhunderts befaßten sich die Holländer nur mit dem atlantischen Küstenhandel, der sich vom Sund bis zur Straße von Gibraltar erstreckte. Dieser Handel fand seine Krönung mit dem Eindringen der Holländer in das Mittelmeerbecken Ende des 16. Jahrhunderts. In dieser Handelstätigkeit gewannen sie allmählich die Oberhand über die deutsche Hanse und die norditalienischen Kaufleute und schufen die Vorbedingungen für weiteres Wachstum: eine beachtliche Akkumulation von Kaufmannskapital sowie fachliche Gewandtheit in Schiffbau und Navigation und in allen Kniffen des Frachtwesens.

Die holländischen Seeleute beförderten in erster Linie statt der Erzeugnisse der nördlichen Niederlande die anderer Gebiete und Länder. Aber dieses Transportgeschäft stellte schon einen internationalen Handel modernen Typs dar mit zunehmender Teilnahme an der atlantischen Küstenschifffahrt, der Hauptstraße des damaligen europäischen Handels. Es handelte sich um den Transport von Getreide, Holz und weiteren Primärprodukten aus den mit der Ostsee in Verbindung stehenden osteuropäischen Gebieten, um den Transport von Tuchen und anderen Produkten der an der atlantischen Küste liegenden westeuropäischen Industriegebiete und schließlich um die Beförderung von Agrarprodukten (Wolle, Wein, Öl usw.) aus dem Mittelmeerraum.

Auf der Grundlage dieses europäischen Handels modernen Typs begannen die Holländer außerdem - fast gleichzeitig mit ihrem Eindringen ins Mittelmeer -, sich über die Ozeane auszudehnen und ihren transatlantischen und indischen Handel aufzubauen.

Gegen Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts machten sich die Holländer auf den Weg nach Spanisch-Westindien und nach den portugiesischen Gebieten an der amerikanischen Küste. Ihr Eindringen war von Raub, Eroberung und unbestreitbarer kommerzieller Überlegenheit gekennzeichnet und führte schon im zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts zu einem schnellen Rückgang des Handels zwischen den spanischen Kolonien und Sevilla (Chaunu, Sluiter). Die Holländer fingen an, westeuropäische Manufakturerezeugnisse - hauptsächlich Tuche und Eisenwaren - in diese Gebiete einzuführen und gegen die Spezialprodukte der Kolonialwirtschaft auszutauschen: Zucker aus den aufstrebenden Plantagen Brasiliens und später aus Westindien - zunächst ein Luxus, bald aber ein allgemeinerer Konsumartikel in Europa - Tabak und andere Kolonialwaren. Nach kurzer Zeit besaßen sie auch einen wichtigen Anteil an dem Handel mit westafrikanischen Sklaven für die Zuckerplantagen und an dem Transport von peruanischem Silber und brasilianischem Gold nach Europa. So enthielt die transatlantische Handelstätigkeit der Holländer schon bestimmte Elemente des modernen internationalen Handels, aber bis Mitte des 17. Jahrhunderts waren diese Erscheinungen noch nicht charakteristisch für die Beziehungen der westeuropäischen Wirtschaft zu den amerikanischen Kolonien.

Fast zur selben Zeit als die Holländer in die amerikanischen Küstengebiete eindrangten, vollzogen sie ihren "spektakulären Einbruch" im Indischen Ozean, um die portugiesische Gewürzhandelshegemonie zu stürzen. Binnen zwei oder drei Jahrzehnten nach Gründung ihres Stützpunktes in Batavia hatten sie die Herrschaft über die wichtigsten Gewürzinseln des Malaiischen Archipels gewonnen. Anders als die Portugiesen segelten die Holländer an Indien vorbei und nahmen direkte Verbindung mit den Gewürzquellen auf. Auch gingen sie mit Nutzlast auf die Ausfahrt, indem sie, neben Gold und Edelmetallen, europäische Waren nach Ostindien beförderten (Glamann). Diese waren allerdings für einen Handel mit Exportartikeln der Industrie kaum von Bedeutung. Ihr Volumen war viel geringer als das der nach den amerikanischen Kolonien exportierten Manufakturerezeugnisse. Sie dienten lediglich als Stütze und Ergänzung des kolonialen Importhandels.

Die Ankunft der Holländer im Indischen Ozean versetzte sowohl dem portugiesischen als auch dem venezianisch-levantinischen Gewürzhandel einen Schlag. Im Gegensatz zu den Portugiesen, die den nördlichen Teil des Ozeans befuhren, segelten die Holländer im Süden. Diese Änderung der Seeroute hatte zur Folge, daß der Persische Golf und das Rote Meer von der internationalen Schifffahrt ausgeschlossen wurden. Eine Rückwirkung auf den Gewürzhandel des Mittelmeers, der sich hauptsächlich auf diesem Wege versorgte, war unvermeidlich. Ogleich die Venezianer, die im Mittelalter das Monopol des Fernhandels mit orientalischen Gewürzen besessen hatten, den Handel zwischen der Levante, dem Ägäischen und dem Adriatischen Meer weiterhin für geraume Zeit betrieben, mußten sie ihr akkumuliertes Kapital und ihre Seemacht immer mehr schwinden sehen. Die durch das Vorstoßen des modernen internationalen Handels verursachte Verschiebung der Seewege, das Aufkommen neuer Routen für den alten Gewürzhandel und deren Beherrschung durch die Holländer - all diese Umstände kamen zusammen und setzten das Adriatische Meer zu Anfang der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu einem "schläfrigen Nebengewässer" herab (Parry).

All das beweist, daß die Entwicklung der holländischen Welthandelshegemonie viel besser organisiert und begründet war als die der Portugiesen und Spanier. Es war also kein Zufall, daß in den Niederlanden wirtschaftliche Entwicklung und kommerzielle Expansion die Bedingungen für den Unabhängigkeitskrieg vorbereiteten, der schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Funktion einer bürgerlichen Revolution erfüllte. In Spanien und Portugal dagegen war die maritime Expansion nicht mit der kapitalistischen Umwandlung der Feudalwirtschaft und der mittelalterlichen Gesellschaft verbunden, sondern trug im Gegenteil schließlich zum Überleben des Feudalismus und zur Einschaltung einer langwierigen historischen, dem osteuropäischen Spätfudalismus ähnelnden Periode bei. Nach der Befreiung vom Joch der Feudalordnung und der Fremdherrschaft entwickelten sich die nördlichen Niederlande in der Zeit nach der Revolution zur "vorbildlichen kapitalistischen Nation" des 17. Jahrhunderts (Marx) und dehnten ihre Handelstätigkeit sowohl in Europa als auch auf den Meeren weiter aus.

Das 17. Jahrhundert war größtenteils das Zeitalter der holländischen Vorherrschaft im Welthandel; das Zentrum des internationalen Handels hatte sich schon in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts von Antwerpen nach Amsterdam verlagert.

Amsterdam war in erster Linie der Hauptgetreidemarkt Westeuropas. Die Kornpreisnotierungen an seiner Börse beeinflussten den Stand der Preise in Gdańsk, Hamburg und London wie auch in Lissabon, Madrid und sogar in Venedig. Die Getreidefrachten der Ostseeschifffahrt wurden in Amsterdam ausgeladen und befriedigten in hohem Maße den Bedarf der nördlichen Niederlande, nicht nur den der städtischen Bevölkerung, sondern auch zu einem bedeutenden Grade den der ländlichen. Getreidefrachter aus Amsterdam belieferten die Iberische Halbinsel und den Mittelmeerraum; 400 und 500 holländische Schiffe wurden zum Beispiel 1595 und 1598 in spanischen und portugiesischen Häfen beschlagnahmt. Die meisten Schiffe, die 1593 im Hafen von Livorno anlegten, hatten in Amsterdam geladene Fracht an Bord. Holländische Agenten kauften in guten Erntejahren in Gdańsk und anderen Ostseehäfen große Mengen Getreide zu niedrigen Preisen. Dieses Getreide wurde in Amsterdam angesammelt - wo, nach einem Bericht von 1603, immer rund 700 000 Quarter Korn zusätzlich zu der für die gewöhnlichen jährlichen Ausfuhren vorgesehenen Menge gespeichert wurden -, um es im Falle schlechter Ernten zu hohen Preisen nicht nur in die genannten Gebiete, sondern auch nach Frankreich und England zu exportieren (Slicher van Bath, Małowist, Braudel).

Die Holländer spielten eine ebenso prominente Rolle im Handel mit Holz für Haus- und Schiffbauzwecke wie im Fischhandel. Auch belieferten sie die Fischereien mit Salz, Fässern und Lebensmitteln; sie erforschten neue Fanggründe, entwickelten neue Fischerei- und Verarbeitungsverfahren und verkauften Fertigwaren an die Gebiete entlang der ganzen westeuropäischen Küste.

Die Lieferungen von Getreide aus den mit der Ostsee in Verbindung stehenden osteuropäischen Gebieten und von Fischereiprodukten aus der Nordsee bildeten eine der Grundlagen der kommerziellen Überlegenheit der Holländer. Die andere war der Handel mit westeuropäischem Tuch und anderen Manufakturserzeugnissen. Die Entwicklung einer unabhängigen Tuchindustrie in den nördlichen Niederlanden (Amsterdam, Leyden) festigte im Laufe des 17. Jahrhunderts die holländische Macht im internationalen Textilhandel noch mehr. Trotz zunehmender englischer Konkurrenz brachten holländische Kaufleute nahezu die gesamten niederländischen Stoffexporte auf den Markt; die wachsenden englischen Tuchiausfuhren, die bis dahin in Händen der Hanseaten aus dem Nordsee- und Ostseegebiet gelegen hatten, wurden jetzt von englischen und holländischen Kaufleuten betrieben, wobei letztere jedoch den größeren Anteil hatten. Hamburg wurde in dieser Hinsicht eine bedeutende Rolle zugewiesen und bildete, sich den holländisch-englischen Beziehungen anschließend, ein wichtiges Tor, durch das die englischen Stoffe nach Mitteleuropa strömten (Baasch, Lipson).

Die Hanseaten, die alten Rivalen der Holländer, stellten Ende des 16. Jahrhunderts immer noch eine beachtliche Macht dar, und im Handel mit den Ostsee- und Nordseegebieten und sogar mit den iberischen Gebieten und dem Mittelmeerraum mußte mit ihnen gerechnet werden. Doch standen sie in einem aussichtslosen Kampf gegen die Holländer, die kommerzielle Anpassungsfähigkeit, fachliche Gewandtheit und niedrige Frachtsätze mit Angriffslust und wachsenden Seestreitkräften vereinten. Als dann der Dreißigjährige Krieg dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands einen schweren Schlag versetzte, blieben die Holländer die unbesrittenen Herren des atlantischen Küstenhandels.

So war nach einer flüchtigen Periode im 16. Jahrhundert - ungefähr zur Zeit, da Venedig seine wichtige Position einbüßte - auch die deutsche Hanse fast vollkommen untergegangen. Mitte des 17. Jahrhunderts war die Umwandlung des ganzen Systems des mittelalterlichen internationalen Handels vollzogen: Nicht nur die Warenstruktur hatte sich geändert, auch die Hauptwege und die führenden Zwischenhändler waren andere geworden. Zur Vervollständigung ist noch der Verfall der Überlandwege zwischen Norditalien und Süddeutschland zu erwähnen, die dem im 15. und 16. Jahrhundert blühenden transalpinen Handel den Rhein entlang nach den Niederlanden dienten. Auf diesen Alpenstraßen brachten süddeutsche Kaufleute flämisches Tuch und deutsche Manufakturserzeugnisse (Barchent, Leinenwaren, Eisenwaren, Nürnberger Tand) nach Italien und von dort nahmen sie orientalische Gewürze und Produkte des Mittelmeergebietes mit zurück (Schulte, Brulez).

Die Veränderungen der Straßen und der Bezugsquellen für den Gewürzhandel sowie die Verlagerung der Hauptverkehrsader des internationalen Handels auf die atlantische Küste bewirkten, daß die süddeutschen Kaufleute ihr Interesse an den Beziehungen zu Italien verloren und sich immer mehr den niederländischen Märkten zuwandten, auf denen sie alle Waren kaufen und verkaufen konnten. Außerdem machte das Eindringen der holländischen Schifffahrt ins Mittelmeer den Überlandhandel zwischen den Niederlanden und Italien, früher eine der Hauptdomänen der süddeutschen Kaufleute, größtenteils überflüssig. So hatte Anfang des 17. Jahrhunderts der Verkehr über die Alpen und mit ihm der Überlandhandel zwischen den Niederlanden und Italien weitgehend abgenommen, während zur gleichen Zeit die holländische Vormacht im Welthandel und die führende Rolle Amsterdams aufblühten.

Amsterdam war jetzt der Hauptmarkt nicht nur für das Getreide aus den Ostseegebieten, sondern auch für orientalische Gewürze, amerikanische Kolonialwaren und Edelmetalle (van Dillen, Barbour).

All diese Tatsachen werfen ein helles Licht auf die wirtschaftlichen Grundlagen und den Ursprung des holländischen Aufstiegs. Der holländische Handel paßte sich genau der Haupttendenz des europäischen Wirtschaftswachstums an - der zunehmenden landwirtschaftlichen und industriellen Warenproduktion und der Entwicklung einer weite Gebiete umfassenden Arbeitsteilung - und wurde so zugleich Nutznießer und Förderer dieser Tendenz. Die holländische

Expansion nach Übersee entsproß diesem Handel modernen Typs zwischen verschiedenen europäischen Gebieten, und diesem Akkumulationsprozeß flossen dann die immensen, aus dem ostindischen und amerikanischen Handel stammenden Kapitalien zu.

Damit kommen wir zu dem Wendepunkt in der Geschichte des Kaufmannskapitals. Wir müssen nämlich unterscheiden zwischen dem Kaufmannskapital, das sich dank des Fernhandels mittelalterlicher Art anhäufte, und dem, das aus dem aufblühenden europäischen Handel modernen Typs stammte. Trotz seines vielleicht beachtlichen Umfangs blieb ersteres, genau gesehen, eine rein äußere Erscheinung, eine Art "Dekoration" oder sogar ein Parasit der europäischen Wirtschaft. Und das war gerade das Wesentliche der venezianischen Kapitalakkumulation und im Grunde genommen auch der Akkumulation, die - wenn auch unter neuen Umständen - von den portugiesischen und spanischen Kolonialmächten erzielt wurde. Hingegen wurde das Kaufmannskapital, das anfänglich dem europäischen Handel modernen Typs entstammte und sich später durch "ursprüngliche Akkumulation des Kapitals" aus Kolonialquellen vermehrte, eine Triebkraft für die kapitalistische Umwandlung der europäischen Wirtschaft.

Nur durch das Erscheinen dieser "modernen" Art Kaufmannskapital war es möglich, daß sich das Kaufmannskapital im allgemeinen - das zusammen mit dem Leihkapital die uralte "vorsintflutliche Form des Kapitals" darstellte (Marx) - in industrielles (produktives) Kapital umzuwandeln begann. Denn das Entfalten des internationalen Handels modernen Typs zeigte die Prozesse innerhalb der Produktion an und stimulierte sie - wie zum Beispiel den beachtlichen Fortschritt der landwirtschaftlichen und industriellen Warenproduktion und die Ausbreitung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die die Bedingungen für das Eindringen des Geldkapitals in die Produktion schufen.

(Übersetzt von Gerhard Hagelberg)

Aymard, M., Venise, Raguse et le commerce du blé pendant la seconde moitié du XVI^e siècle, Paris 1966.

Barbour, Violet, Capitalism in Amsterdam in the Seventeenth Century, Baltimore 1950.

Braudel, Fernand, Le méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Phillippe II, Paris 1949.

Braudel, Fernand/Romano, R., Navires et marchandises à l'entrée du port de Livourne. 1547 - 1611, Paris 1951.

Brulez, W., L'exportation des Pays-Bas vers l'Italie par voie de terre au Milieu du XVI^e siècle, in: Annales. Économies, Sociétés, Civilisations, Jg. 1959.

Chaunu, H. u. P., Seville et l'Atlantique (1504 - 1650), Bd. 8: Les structures, 1: Structures géographiques, Paris 1959.

Clapham, John, Sir, A Concise Economic History of Britain. From the Earliest Times to 1750, Cambridge 1949.

Coornaert, E., Un centre industriel d'autrefois. La draperie-sayetterie d'Hondschoote, XIV^e - XVIII^e siècles, Paris 1930.

Dillen, Johannes Gerard van, Amsterdam marché mondial des métaux précieux au XVII^e et XVIII^e siècle, in: Revue Historique, Jg. 1926.

Ember, Gyoezoe, Zur Geschichte des Aussenhandels Ungarns im 16. Jahrhundert, in: Études historiques publiées par la Commission Nationale des Historiens Hongrois, Bd. 1, Budapest 1960.

Engels, Friedrich, Brief an Conrad Schmidt v. 27. 10. 1890, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 488 - 495.

Faber, J. A., Het probleem van de dalende graanaanvoer uit de Oostzeelanden in de tweede helft van de zeventiende eeuw (Das Problem der sinkenden Getreideeinfuhr aus den Ostseeländern in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts), in: A. A. G. Bijdragen, 9, 1963.

Fisher, E. J., Commercial Trends and Policy in Sixteenth Century England, in: The Economic History Review, 1940.

Friis, A., Alderman Cockayne's Project and the Cloth Trade, Kopenhagen 1927.

Glamann, Kristof, Dutch-Asiatic Trade 1620 - 1740, Kopenhagen/Den Haag 1958.

Goris, Johan Albert, Étude sur les colonies marchandes méridionales (portugais, espagnols, italiens) à Anvers de 1488 à 1567. Contribution à l'histoire des débuts du capitalisme moderne, Louvain 1925.

Hamilton, Earl Jefferson, American Treasure and the Price Revolution in Spain. 1501 - 1650, Cambridge (Mass.) 1934.

Haring, Clarence Henry, Trade and Navigation between Spain and the Indies in the time of the Hapsburgs, Cambridge (Mass.) 1918.

Heaton, Herbert, Economic History of Europe, New York/Evanston 1948.

Houtte, J. A. van, Anvers aux XV^e et XVI^e siècles: expansion et apogée, in: Annales. Économies, Sociétés, Civilisations, Jg. 1961.

Jeannin, P., Les relations économiques des villes de la Baltique avec Anvers au XVI^e siècle, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1956.

Lane, F. C., The Mediterranean Spice Trade, in: The American Historical Review, Jg. 1940.

Lipson, Ephraim, The Economic History of England, Bd. 2 u. 3: The Age of Mercantilism, London 1947.

Małowist, Marian, The Economic and Social Development of the Baltic Countries from the 15th to the 17th Centuries, in: The Economic History Review, Jg. 1959.

Małowist, Marian, Z zagadnień popytu na produkty krajów nadbałtyckich w Europie zachodniej w XVI wieku (Zur Nachfrage nach Erzeugnissen der Ostseeländer in Westeuropa im 16. Jh.), in: Przegląd Historyczny, Jg. 1959.

Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, Kap. 4: Verwandlung von Geld in Kapital; Kap. 24: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation; Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, Kap. 20: Geschichtliches über das Kaufmannskapital.

Pach, Zsigmond Pál, Die ungarische Agrarentwicklung im 16. - 17. Jahrhundert. Abbiegung vom westeuropäischen Entwicklungsgang, in: Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, 1964.

Parry, J. H., Transport and Trade Routes, in: The Cambridge Economic History of Europe, Bd. 4, Kap. 3.

Pirenne, Henri, Une crise économique au XVI^e siècle. La draperie urbaine et la nouvelle draperie en Flandre, in: Bulletin de la Classe des Lettres de l'Académie royale de Belgique, Jg. 1905.

Schulte, A., Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien, Leipzig 1900.

Slicher van Bath, B. H., Die europäischen Agrarverhältnisse im 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: A. A. G. Bijdragen, 13. Jg. 1965.

Sluiter, E., Dutch-Spanish Rivalry in the Caribbean Area 1594 - 1609, in: The Hispanic American Historical Review, Jh. 1948.

Meine indische Familie

von R. Palme Dutt

Mein Vater, Upendra Dutt, wurde 1857 in Indien geboren - in dem Jahr, in dem sich das ereignete, was im allgemeinen in britischen Lehrbüchern "die indische Meuterei" und in indischen nationalistischen Lehrbüchern "der erste indische Unabhängigkeitskrieg" genannt wurde. 1876 kam er achtzehnjährig auf Grund eines Gilchrist Ausländerstipendiums nach England. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, gab es für die damalige 200-Millionen-Bevölkerung in Britisch Indien nur ein einziges solches Stipendium zu gewinnen. Er war, wie man heutzutage sagt, ein "farbiger Einwanderer". Zweifellos hätten ihm die Segnungen der modernen Gesetzgebung heute die Einreise verwehrt, doch in jenen weniger aufgeklärten Zeiten konnte er das Land frei betreten, studieren, wissenschaftliche Grade erreichen und sich als Arzt niederlassen.

Die väterliche Familie konnte ich erst mit fünfzig Jahren kennenlernen. Bis dahin trug mein Paß den Stempel "Ungültig für Länder des Britischen Empire". Das gleiche traf auch auf meinen Bruder zu. Keine Berufung auf Familienbande oder -anhänglichkeit konnte die Härte dieses Verbots mildern. Als 1946 die Cripps Mission wegen des Aufstands der indischen Flotte und des unverkennbar drohenden Zusammenbruchs der britischen Herrschaft nach Indien entsandt wurde, vermutete ich, daß die Behörden es für unklug halten würden, das Klima für ihre neue politische Initiative zu stören, indem sie sie einer feindlichen Pressekampagne gegen eine erneute Diskriminierung dieser Art aussetzten. So bat ich also darum, als Korrespondent mit der Mission nach Indien zu reisen, und innerhalb von zwei Tagen befand ich mich im Flugzeug. Das bis dahin für mich bestehende Einreiseverbot war in Indien allgemein bekannt und als ich nun das Vergnügen hatte, in einer ersten Unterhaltung auf indischem Boden Gandhi zu treffen (er hatte im vorhergehenden Jahr meinen Wahlkampf gegen Amery, den damaligen Staatssekretär für Indien, durch eine freundschaftliche Botenschaft unterstützt), begrüßte er mich mit einem Lächeln: "Sie sind also der Mann, vor dem das ganze Britische Empire Angst hatte" - ein Gedanke, bei dessen Ausmalung wir zusammen so viel Grund zum Lachen fanden, daß schon die Eröffnung unserer Gespräche unter glücklichen Auspizien stand, ehe wir zu ernsthafteren Angelegenheiten kamen.

So beruht alles, was ich von meiner indischen Familie berichten kann, nicht auf direkter Kenntnis, sondern auf dem, was mir mein Vater in meiner Kindheit erzählt hat. Während ich seiner schönen musikalischen Stimme lauschte, mit der er Wundergeschichten vortrug, umarmte ich - so erinnere ich mich - einen großen Baumstamm, der mir ein Gefühl der Sicherheit sowohl bei den haarsträubenden Märchen von Schlangen und Drachen als auch bei den Familienerinnerungen gab. Der Baumstamm war meines Vaters Hosenbein. Ich muß also noch ziemlich klein gewesen sein, wahrscheinlich noch nicht drei Jahre alt, als ich diese Geschichten aufnahm. Damals auch hörte ich zum erstenmal vom Christentum. Ein leichtes Stirnrunzeln erschien auf meines Vaters freundlichem Gesicht, wenn er davon sprach, daß ein Zweig der Familie "zum Christentum übergetreten war". Ich hatte nicht die geringste Idee davon, was Christentum hieß, stellte mir aber vor, daß es etwas Schmachvolles war. Natürlich, in der damaligen Situation Indiens, bedeutete der Übertritt zum Christen-

tum, die Religion des Eroberers anzunehmen. Ich will nicht sagen, daß ich seitdem meine Auffassung völlig geändert habe, aber ich habe inzwischen erkannt, daß es viele gute Christen gibt; und natürlich begrüße ich aufs wärmste den gegenwärtigen "Dialog", in dem Christen und Kommunisten einen gemeinsamen Boden für die Sache des menschlichen Fortschritts zu finden suchen. Familiengeschichten und Familienstambäume sind für Fremde wie selbst für die eigenen Familienmitglieder von höchst begrenztem Interesse. Da mir bekannt ist, daß der Name Dutt einer der häufigsten in Indien ist (es gibt jedenfalls nur eine Handvoll Namen für die hunderte von Millionen Familien in Indien), war ich, als ich nach Kalkutta kam, überrascht, wie bekannt meines Vaters Familie war und wie sehr sie die Zuneigung von Freunden und Genossen besaß. Der Grund lag möglicherweise darin, daß ein oder zwei Familienmitglieder in Literatur, Politik oder Wissenschaft Indien gute Dienste geleistet hatten. Meines Vaters Urgroßvater, Nilmoni Dutt, der im 18. Jahrhundert lebte, hatte drei Söhne, von denen der älteste der Großvater von Toru Dutt, der Dichterin, und der jüngste der Vater Romesh Chandra Dutts war, der im Jahre 1900 Präsident des Indischen Nationalkongresses wurde und die klassische Economic History of India schrieb. Doch der zweite Sohn stand nach meines Vaters bildhafter Darstellung in keinem guten Ruf, er war ein leichtsinniger Mann, der auf Rosenblättern schlief und sein eigenes Vermögen und das seiner Ehefrau verschleuderte. Er hinterließ die Eltern meines Vaters so arm, daß sie kaum in der Lage waren, ihre Kinder (es waren neun außer denen, die starben) großzuziehen. Mein Vater war das älteste der Kinder.

In seinen späteren Jahren schrieb mein Vater einige Erinnerungen an sein früheres Leben nieder, die ein faszinierendes Bild einer indischen Kindheit in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts geben. Er wurde in einem Dorf in Bengalen geboren und verbrachte seine ersten Lebensjahre in ländlicher Umgebung. Sein Vater war auf Grund seines Berufes oft auf Reisen, da er mit dem Bau von Eisenbahnen zu tun hatte, bis er eines Tages nach Allahabad zog. Die erste Reise mit dem Zug war für das Kind ein unendlich aufregendes Erlebnis. Doch zunächst wurde der Knabe gemäß den Gebräuchen in dem System der Familienverbände, nach dem eine Anzahl verwandter Familien in einem Haushalt vereint sein konnten, von seiner Mutter im Haushalt seines Großvaters und der Verwandten mütterlicherseits aufgezogen. In diesem alten Familienhaus lebten sieben oder acht Familien zusammen.

Als mein Vater ein Jahr alt war, faßte ein wohlhabender kinderloser Brahmane eine große Zuneigung zu ihm und wünschte, ihn zu adoptieren. Der Brahmane, der mit seiner Lebensgefährtin - oder, wie mein Vater schrieb, "Geliebten" - zusammenlebte, nahm das Kind in sein Heim auf und sorgte für es wie für einen eigenen Sohn. Dies mag meines Vaters Liebe zum Lernen und seine frühen Fortschritte in Sanskrit und Mathematik gefördert haben. Bald wurde der Knabe von seinem Vater zurückgeholt und wohnte mit ihm bei den väterlichen Verwandten. Aber der Brahmane interessierte sich weiterhin lebhaft für ihn, und für eine gewisse Zeit zog die ganze Familie zu ihm - "meine Eltern und Schwestern und alle; das Haus war groß genug für viele Familien". Dann wurde der Knabe "in einer großen Familie der Vettern mütterlicherseits in der Nähe des Hooghly untergebracht, in einem riesigen patriarchalischen Haus, in dem sechs Familien mit ihren Söhnen und Enkeln wohnten." Später lebte er in einem nördlichen Außenbezirk von Kalkutta auf dem Wege nach Dum-Dum, wo "mein Vater ein großes Haus mit drei Höfen gemietet hatte, die von Gebäuden und Veranden in einem sehr verfallenen Zustand umgeben waren."

Die lebensvollen Bilder einer Kindheit in ständig wechselnder Umgebung, einmal in einer absolut ländlichen und dann wieder in der einer großen Stadt wie Allahabad, werden besonders eindrucksvoll durch die Freude an der Farbigkeit und an dem Gepränge der verschiedensten religiösen Feste: das Tazya- oder Shiahfest der Mohammedaner, das tagelang mit Prozessionen, Illuminationen und Fanfaren gefeiert wurde oder die Spielszenen aus Ramayana, mit Prozessionen in prunkvollen Kostümen, mit dem Umzug von Streitwagen und Elefanten und einem Feuerwerk am letzten Tag, mit dem die Tötung des zehnköpfigen Ungeheuers

Ravana gefeiert wurde oder der Marsch der Jains oder die Prozession mit einer Götterstatue, die in den Ganges geworfen wurde.

All die Religionen vermischten sich vollständig in der Vorstellung des Kindes, das sich einfach an der Farbigkeit, an dem Lärm und Prunk erfreute. "All die Riten und Zeremonien der Mohammedaner, Hindus und Buddhisten", schreibt mein Vater über diese Periode (als der Antagonismus in den Gemeinden von den imperialistischen Beherrschern noch nicht entfacht worden war), "sind in ganz Indien vermischt". Zu seiner eigenen religiösen Erziehung schreibt er: "Unsere Religion war ein Mischmasch von indischen Mythen, Legenden und Aberglauben, die unsere Mutter und ihr Vater uns beibrachten und einprägten, von christlichen Dogmen und jüdischen Mythen um die Schöpfungsgeschichte und die ersten Menschen, mit denen uns hauptsächlich mein Vater bekannt machte. Welches zu dieser Zeit wirklich mein Glaube war, kann ich nicht sagen, aber ich glaubte an einen sehr persönlichen Gott und besonders an Kali, der meine Wünsche erfüllt zu haben schien und meine Gebete für ein geringes Opfer von ein paar Münzen erhörte ... Zur großen Empörung meiner Mutter und Tanten, des Großvaters und der Großmutter konnte man mich nicht dazu bringen, mich vor dem Familienpriester zu verbeugen oder seine Füße vom Staub zu reinigen, damit er mir dann seinen Segen gab. Daran war mein Vater schuld, der die Hindu-Religion mehr oder weniger verspottete."

Nicht weniger lebendig ist die Beschreibung der Hochzeitsfeste und all der Probleme, die mit der Verheiratung seiner Schwestern verbunden waren: "Zunächst ist da eine Ghatsk (Heiratsvermittler - d. Red.), gewöhnlich eine Frau, selten ein Mann. Sie wird ins Haus gebeten oder von Freunden geschickt, die wissen, daß ein heiratsfähiges Mädchen da ist. Sie legt den Eltern ihre Liste junger Männer vor, intelligent, reich oder hübsch, und dazu auch einige geeignete Witwer und ihre Preise, in der gleichen Weise, wie ein Makler eine Anzahl geeigneter Häuser zu dem gewünschten Preis anbietet. Der einzige Unterschied ist, daß der Preis nicht feststeht, sondern von der Ghatsk durch Feilschen festgelegt wird. Der Preis besteht aus einer großen Mitgift von Gold, Perlen, Diamanten, Smaragden usw., Schmuck für die Braut im Wert von 200 bis zu einigen Tausend Pfund, den die Braut mitbringen muß. Nachdem ein geeigneter Bräutigam gewählt worden ist, geht die Ghatsk zu dem Vater des Bräutigams und berichtet von der Schönheit der Braut und der Höhe der angebotenen Mitgift. Doch hat sie selbstverständlich nicht nur diese eine Braut anzubieten. Sie hat mehrere Bräute zur Hand, und sie nennt den Preis für jede und preist ihre Schönheiten, und die Eltern des Bräutigams wählen eine aus, die ihren Wünschen entspricht, sei es bezüglich der Höhe des erlangbaren Schmuckwertes, sei es bezüglich des Reichtums oder der Kaste der Familie. Wenn die Sache soweit gediehen ist, arrangiert die Ghatsk einen Tag, an dem die Verwandten des Bräutigams Schönheit und Gestalt der Braut besichtigen müssen, gerade wie man ein Haus nicht nur nach der Beschreibung des Maklers kaufen, sondern es selbst ansehen würde. Und das ist das erstemal, daß ein Mädchen von fremden Männern gesehen wird, mit all dem Geschmeide, den schönsten Hüllen und Kleidern, die ihre Eltern aufbringen können. Nachdem die Braut in Augenschein genommen worden ist, geht das Feilschen weiter. Man wünscht eventuell etwas mehr Schmuck je nachdem für Kopf, Brust, Taille oder Arme; und wenn die Eltern auf den Bräutigam erpicht sind, wegen des Reichtums oder der Bedeutung der Familie, bieten sie nach und nach immer mehr Schmuck, wenn nicht, wenden sie sich anderen Heiratskandidaten zu oder die Eltern des Bräutigams schauen nach anderen Bräuten aus.

Wir waren nicht sehr reich und mußten infolgedessen damit zufrieden sein, daß meine Schwester einen Witwer heiratete - immerhin war er jung - für den Preis einer Mitgift von 1 000 Rupien. Dieser junge Mann hatte nichts gelernt, doch sein Vater, seine Onkel und Vettern schwammen im Reichtum, und das war - so arm wir auch dadurch werden würden - der Grund für die Wahl meiner Eltern, die glaubten, ihr Kind würde später keinen Mangel leiden. Ein großer Irrtum. Der Schwiegervater starb und hinterließ all sein Geld seiner Ge-

lieben und einem angenommenen Kind und ließ seine eigenen Söhne ohne einen Pfennig und ohne Ausbildung zurück. Ich war damals gerade in England, aber ich erfuhr doch, daß mein Vater seine Tochter und ihren Mann unterstützen mußte, bis dieser den Posten eines Gepäckträgers bekam. Er starb bald danach und diese Schwester blieb als Witwe zurück."

Als mein Vater sechzehn Jahre alt war, wurde er als Drittbester von zweitausend Kandidaten an der Universität von Kalkutta immatrikuliert, trat ins Presidency College ein und machte im Dezember 1875 mit Auszeichnung seine Prüfungen in Sanskrit, Anglistik, Geschichte, Chemie, Mathematik und Physik und stand mit diesem Ergebnis an achter Stelle unter den Studenten der gesamten Universität. Unmittelbar danach, im Januar 1876, unterzog er sich der Prüfung für das Gilchrist Ausländerstipendium und errang es als einziger der Kandidaten aus allen Teilen Indiens. Eine Schwierigkeit ergab sich bei der Vorbereitung auf diese Prüfung. Eins der Prüfungsfächer war nämlich Latein, wofür er weder einen Lehrer noch die notwendigen Bücher finden konnte. Ein Professor im Missionary College antwortete, als mein Vater ihn fragte, ob er ihn freundlicher Weise Latein lehren könnte: "Ich lehre nicht Latein, aber ich kann Ihnen die Bibel vorlesen." So lernte er Latein allein mit Hilfe von Textbüchern, die er zufällig in die Hand bekam, und was die für die Prüfung vorgeschriebene Lektüre von Werken Ovids und anderer betraf, die in den Buchhandlungen von Kalkutta nicht erhältlich waren und deren Beschaffung aus England zu lange gedauert hätte, löste er das Problem dadurch, daß er die kostbaren Texte aus der Universitätsbibliothek von Kalkutta auslieh und mit der Hand abschrieb. Er reiste im Jahre 1876 auf einem Dampfer der P.- und O.-Linie nach England. Vierzig Tage verbrachte er auf See und machte dabei die Bekanntschaft mit den schlechten Manieren arroganter schlagflüssiger anglo-indischer (im alten Sinne) Mitreisender. Aber er brachte sie zum Schweigen, als er einen von ihnen fragte: "Warum nennen Sie mich Babu? In meinem Lande nennen mich nur Dienstboten Babu." Der andere wurde rot vor Wut und fragte: "Wie sollten wir Sie dann nennen?" "Upendra Babu", war die ruhige Entgegnung. Danach waren sie still. In Ceylon stiegen alle auf einen anderen aus China kommenden Dampfer derselben Linie um. Hier kam eine Schar Australier an Bord, und ihre freundliche Haltung, mit der sie alle Mitreisenden als Gleichgestellte behandelten, stand in scharfem Kontrast zu den schlechten Manieren der Anglo-Indier.

In London studierte mein Vater am University College, machte 1879 sein erstes B. SC.-Examen mit Auszeichnung, sein zweites B. SC.-Examen bestand er 1880 mit der besten Note und promovierte 1881. Nachdem es ihm gelungen war, ein Stipendium für die Ausbildung im S. Mary's Hospital zu bekommen, machte er 1882 sein erstes MB-Examen mit Auszeichnung, später sein M. R. C. S. und hatte 1884 die Qualifikation erreicht, die ihn berechtigte, als Arzt zu praktizieren. Er hatte also eine elfjährige Universitätsausbildung abgeschlossen. Vielfältige kulturelle und wissenschaftliche Studien hatte er betrieben, bevor er seine Praxis als Arzt übernahm. Sein Studium und sein umfassendes Lesen erklären die Tiefe und den Umfang seiner Kenntnisse auf allen Gebieten, die wir als Kinder kennenlernten. Dabei zeigte er stets eine humorvolle Toleranz gegenüber dem Durchschnittstyp praktischer Ärzte, die im allgemeinen in recht philisterhafter Umgebung und auf ziemlich niedrigem kulturellen Niveau lebten. Dafür besaßen sie einen ausgeprägten Geschäftssinn, der ihm fehlte, wie seine Armut bewies. Er behandelte auch die Ärmsten, die nicht bezahlen konnten, unter Einsatz seines hohen ärztlichen Könnens mit geduldigster Pflege und Aufmerksamkeit.

Während seiner Studentenzeit wandte er sich mit Feuereifer allem zu, was das Leben bot, reiste durch ganz England und Schottland und lernte dadurch das Land kennen. Drei Jahre diente er beiden Volunteers[†], zu denen er sich gemeldet hatte. Wir Kinder waren entzückt, als wir eines Tages in einer Rumpelkammer seine alte Volunteers-Uniform entdeckten, denn wir kannten ihn nur als Anhänger der Ideen Tolstois, zu dem er inzwischen geworden war. Er war ein ausgezeichnete Tänzer und er entdeckte, daß er trinken und dabei einen klaren

+ Freiwillige Hilfsorganisation - d. Red.

Kopf behalten konnte. An allen Auseinandersetzungen, die damals hohe Wogen schlugen, beteiligte er sich. Huxley, Darwin, Spencer, Mill galten ihm als die Propheten der Weisheit, deren Partei er in den späten siebziger Jahren ergriff, und er studierte unter Thorold Rogers. Nachdem er die anfänglich vorhandenen Einflüsse der elterlichen Warnung vor dem Theater überwunden hatte, wurde er ein begeisterter Verehrer jeder Aufführung von Irving und Ellen Terry. Er wurde zum Sekretär der Indian Society in London gewählt und arbeitete im Komitee der National Indian Association. Dort lernte er Emily Hobhouse kennen, bevor sie nach Südafrika ging. Ihr brachte er wärmste Verehrung und Achtung entgegen. Mit Shyamji Krishnavarma, dem Vertreter der indischen national-revolutionären Bewegung, war er eng befreundet. Später wurde er Vizepräsident seiner Indian Home Rule Society. Als ich noch Kind war - so erinnere ich mich -, traf regelmäßig die Zeitung Krishnavarmas ein, die zur Tarnung ihres aufrührerischen Inhalts, den harmlosen Titel The Indian Sociologist trug und in Paris gedruckt und von dort aus versandt wurde.

In dieser Zeit der lebhaften Anteilnahme am kulturellen und politischen Leben, begegnete er meiner Mutter, Anna Palme. Das neunzehnjährige schwedische Mädchen hatte sich, obwohl es bereits in der schwedischen Presse einen gewissen Ruf als Erzählerin genoß, zum erstenmal allein in die Welt außerhalb Schwedens gewagt. In jener Zeit war es für ein Mädchen aus guter Familie ein kühnes Unternehmen, mit begrenzten Sprachkenntnissen allein in eine fremde Hauptstadt zu kommen, Anna repräsentierte den sehr hellen skandinavischen Schönheitstyp. Mein Vater war dunkel und hübsch und zu dieser Zeit voller geselliger Heiterkeit und voller Charme. Beide besaßen sehr lebhaft gemeinsame kulturelle Neigungen, unbändigen Wissensdrang und Wissensdurst und ein reges Interesse am Leben und an ihren Mitmenschen. Die äußerlich so gegensätzlichen Geistesverwandten verliebten sich ineinander. Gleich am ersten Morgen ihrer Ankunft traf er sie, als er - ein Frühaufsteher - ihr die Tür des Fremdenheims öffnete, das von einer schwedischen Dame geleitet wurde und in dem er wohnte. Er half ihr, warnte sie vor den Gefahren Londons und machte mit ihr weite Spaziergänge, um ihr die Sehenswürdigkeiten zu zeigen. "Bei jenen Spaziergängen lernte ich sie näher kennen und entdeckte, wie kühn, unternehmungslustig und dennoch verlässlich und schlicht sie war." Aber da war die überaus angesehene schwedische Familie. Sie war entsetzt, als sie von den Heiratsabsichten hörte. Mein Vater mußte nach Schweden reisen. Sein Charme gewann die Herzen der ganzen Familie und ließ den Widerstand dahinschmelzen.

Aber dann kamen die praktischen Schwierigkeiten. Die beiden konnten nicht in Schweden heiraten, da das schwedische Gesetz nur Heiraten zwischen Christen oder Juden anerkannte. Sie hätte nach England kommen müssen, um zu heiraten. Und dafür mußte er zuvor eine Existenzgrundlage geschaffen haben. Das war nicht leicht. Er hatte nicht das Kapital, um eine Praxis zu kaufen. Nach all seinen Graden, Auszeichnungen und Qualifikationen mußte er die Erfahrung machen, daß jede Bewerbung um eine Anstellung fehlschlug, auch wenn er sich um eine inserierte Assistenzarztstelle bemühte. Fanden seine Qualifikationen und Zeugnisse günstige Aufnahme und er kam in die engere Auswahl, entdeckte man bei der ersten Unterredung plötzlich, daß die Stelle nicht mehr frei sei. "Niemand wollte mich wegen meiner Hautfarbe haben", schreibt er. Kurz zuvor hatte auch ein afghanischer Arzt, der in England voll ausgebildet worden war, vergeblich nach einer Assistentenstelle bei einem Arzt gesucht. Er war schließlich verzweifelt, weil er aus dem gleichen Grund keine bekam, und erschoss sich. Ein Arzt in einem armen Viertel von East Ham, den mein Vater auf ein Inse-rat aufsuchte, sagte ihm, daß es für ihn keine Chance gäbe und er ebenso enden würde wie jener afghanische Doktor. Mein Vater jedoch harrete aus. Ein Jahr lang arbeitete er schließlich als Assistent in Leicester. Dann war er eine Zeitlang Assistent bei einem ziemlich skrupellosen, geschäftstüchtigen Arzt, der um Kundschaft warb, indem er von Tür zu Tür ging und Handzettel verteilte und alle schwere Arbeit meinem Vater überließ. Endlich bekam er eine Stellung als Chirurg im Bury Hospital.

Doch das Problem war, daß Voraussetzung für eine Heirat eine eigene Praxis war. Da er keine kaufen konnte, versprach ein erfahrener Freund, nach einer Möglichkeit für ihn Ausschau zu halten. Kurz darauf empfahl er ein armes Arbeiterviertel in Cambridge, in dem vor allem Eisenbahner wohnten (ein Stadtteil, den die vornehme Universitätsgesellschaft nicht kannte) und wo ein trauriger Mangel an Ärzten herrschte. Tatsächlich entpuppte sich der einzige Arzt der Gegend als der in jener Zeit berüchtigte Typ des "Sixpenny-Doktors". Er pflegte bei einer abendlichen Tasse Kaffee meinen Vater in die Rippen zu stoßen und sich über ihn lustig zu machen, weil er soviel Sorgfalt und Sachkenntnis an seine Patienten verschwende. Nach seiner Ansicht genügte es, den Patienten eine Flasche billige, gefärbte Flüssigkeit als Medizin zu geben, und sie würden glücklich sein. Mein Vater richtete sich in einem kleinen Häuschen ein und begann seinen schweren Kampf; denn natürlich wurde er anfänglich von anderen Ärzten als ein "Squatter" schief angesehen, das heißt als ein "unverschämter" Bursche, der zweifellos Qualifikationen hatte, aber kein Kapital, um auf dem üblichen Weg eine Praxis zu kaufen. Inzwischen erwarb er das Cambridge Diploma of Public Health in der Hoffnung, im öffentlichen Gesundheitswesen angestellt zu werden.

Anna, deren Vater gestorben war, erwartete ungeduldig die Verbindung mit meinem Vater. Er aber war der Meinung, daß eine Heirat in den nächsten Jahren unmöglich sein würde. Er müsse zuvor sichere Grundlagen geschaffen haben; denn noch seien die Lebensbedingungen nicht angemessen für sie. Doch ihrem Wesen entsprach es nicht, sich von Schwierigkeiten abschrecken zu lassen. Sie bestand darauf, den Kampf an seiner Seite aufzunehmen. Sie kam nach England, und sie heirateten im März 1890, um gemeinsam das Leben in dem kleinen Häuschen zu beginnen - er ein Arzt mit wenigen Patienten, ohne Vermögen oder Beziehungen, von einer Hautfarbe und Herkunft, die jenen, unter denen er sich niedergelassen hatte, fremd waren; sie eine junge Ausländerin, der die Gewohnheiten, die Lebensart, die Ernährung, das Klima, das ganze praktische Leben des Volkes völlig ungewohnt waren und die keine Erfahrung in einer geschickten Haushaltsführung oder gar mit harten Plackereien hatte; beide ohne Familie oder Verwandte im Lande, an die sie sich um Hilfe, Trost oder Rat wenden konnten. Doch all ihren Problemen stand ihre Liebe gegenüber und sie waren glücklich miteinander, wenn sie gemeinsam in den ganzen Reichtum der englischen Literatur eindringen, indem sie einander laut vorlasen und die vielen Bücher in ihrem Häuschen aufstellten. Das alles inmitten der aufeinanderfolgenden Babys.

Es war die große Grippeepidemie von 1892, die ihnen zu Hilfe kam und sie auf die Füße stellte. Er arbeitete Tag und Nacht, oft fünf Nächte in einer Woche. Später erhielt er die Stellung des District Medical Officer. Eine Stimme Mehrheit bei der Wahl im Board of Guardians (Fürsorgeausschuß) gab den Ausschlag für ihn. Vom Fürsorgepfleger der Gemeinde wurden Patienten mit ihren Sprößlingen zu ihm geschickt - das war vor der Lloyd George Insurance Act (Versicherungsgesetz) von 1911 mit ihrem Beitrag von sechs Schilling pro Jahr. Die finanzielle Lage blieb trotzdem immer schwierig, aber die ersten Jahre sind doch wohl die schwierigsten gewesen. Kinder nehmen alles um sich herum als gegeben. Wir erfuhren sehr wenig von dem Leben und den Schwierigkeiten unserer Eltern in der Zeit, bevor wir zur Welt kamen. Erst durch jene Aufzeichnungen, die mein Vater in seinen späteren Jahren niederschrieb, begann das Bild aus dem trüben Nebel gelegentlicher Anekdoten Gestalt und Klarheit anzunehmen.

Wohlmeinende Wirrköpfe, deren Gehirne von dem primitiven Aberglauben des frühen mythologischen Stadiums der Psychoanalyse verwirrt worden sind, suchen den Ursprung und die Erklärung jedes politischen Rebellentums und jede Entwicklung zu einem Revolutionär aus einer vorausgesetzten, in der häuslichen Sphäre geborenen Antipathie gegen den Vater zu deuten. Unsinn. Ich mag meiner Mutter allzu wenig Anerkennung dafür gezollt haben, wieviel sie geopfert und für uns getan hatte. Aber ich verehrte meinen Vater. Er war der lebenswerteste, weiseste, närrischste und unpraktischste der Menschen. Bewußt lernte ich ihn erst in einem späteren Stadium seines Lebens kennen. Zu dieser Zeit hatte er bereits eine ganze

Reihe von Stadien durchlaufen und befand sich in dem, das durch die Hingabe an Tolstois Ideen charakterisiert war. Unser Haus war angefüllt mit der ganzen Kollektion der Bücher und Schriften Tolstois, die in Englisch zu haben waren. Die früher vorherrschenden Bücher von Carlyle und Ruskin wurden von ihnen auf die oberen Regale verdrängt. Er korrespondierte mit Tolstoi; später übergab mein Bruder anlässlich seines 50. Geburtstages im Jahre 1961 Tolstois Briefe an das Tolstoi-Museum in Moskau. Dabei stellte er fest, daß sich meines Vaters Briefe an Tolstoi (1896) bereits in diesem Museum befanden, so daß beide Seiten der Korrespondenz jetzt vereint sind.

Mein Vater brachte die Ideen Tolstois mit den Lehren der Vedanta-Philosophie in Einklang, die er ansah als "die höchst entwickelte Spekulation über Theosophie, d. h. über die Philosophie der Religion und der Moral, die der menschliche Geist bisher hervorgebracht hat. Seitdem habe ich den Sufismus, den Taoismus, die griechischen Philosophien, den Platonismus und Neoplatonismus, den Gymnosophismus, die Lehren Zoroasters und andere studiert, und wenn ich auch überzeugt bin, daß die Vedanta-Philosophie die klarste ist, so halte ich doch jede Theosophie, selbst die roheste Form der afrikanischen Theosophie, für interessant. Ich verstehe unter Theosophie nicht den Spiritismus, zu dem sie jetzt herabgesunken ist, wie der Taoismus zu Zauberei verfälscht wurde, sondern ihren wahren Sinn, das Wissen von Theos (Gott)."

Zur gleichen Zeit tritt er mit Tolstoi über dessen Ablehnung Darwins und der Entwicklungstheorien. Tolstois Idealisierung des bäuerlichen Lebens stellte er scharf die Landfrage gegenüber: "Wenn es das beste ist, daß jeder soweit er kann, Land bebauen oder bewirtschaften sollte, wie soll er zu diesem Land kommen, besonders, wenn er kein Geld erhalten hat, um es zu kaufen? ... Wie kann man verhüten, daß jeder dasselbe Stück Land bearbeiten will oder, was auf das gleiche hinausläuft, sich weigert, auf anderen Landstücken zu arbeiten? Wie wiederum können die Instrumente für die Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel in einem ausgedehnten Gemeinwesen oder weitem Land gemeinsam genutzt oder repariert werden?"

Es überrascht durchaus nicht, daß Tolstoi sich um 1897 mit seinem Gesundheitszustand entschuldigte und die Korrespondenz nicht mehr fortsetzte.

Lange Zeit war mein Vater Vegetarier; so wurden wir alle Vegetarier außer meiner Mutter, die das standhaft ablehnte. Von meinem vierten bis achtzehnten Lebensjahr habe ich kein Fleisch genossen; als ich mit achtzehn Jahren von zu Hause fortging, hörte ich auf, Vegetarier zu sein, nicht aus irgendwelchen prinzipiellen Gründen, sondern weil ich es für unzumutbar und unsozial hielt, anderen durch Ernährungsgewohnheiten lästig zu werden, die im Widerspruch zu denen stehen, die in dem Volk, in dessen Mitte man lebt, gebräuchlich sind. In seinen letzten Jahren gab auch mein Vater das Vegetariertum auf, und als er nach einer Erklärung dafür gefragt wurde, antwortete er mit seiner gewohnten funkelnden Schlagfertigkeit: "Nun, Emerson sagte, man solle niemals zu konsequent sein."

Als unsere besorgte Mutter mit dem ganzen üblichen mütterlichen Ehrgeiz, den Erfolg ihrer Nachkommenschaft zu sichern, meinen Bruder und mich drängte, uns um Stipendien für die örtliche Oberschule zu bewerben, pflegte er das Aufheben zu bespötteln und zu sagen: "Warum sollen sie nicht die Schule verlassen und arbeiten gehen wie andere Kinder?" - natürlich trieb er meine Mutter mit solchen Bemerkungen fast zur Raserei.

Eines Tages beschloß er, daß wir alles im Stich lassen und alle nach Patagonien gehen sollten, um dort zu leben. Warum gerade Patagonien weiß ich nicht. Vielleicht war es nur, weil dieses Land ihm damals als das entfernteste erschien, wo er am schwersten zu erreichen war. Auf jeden Fall waren wir völlig einverstanden damit und begannen, alles nur Mögliche über Patagonien zu lesen.

Mein Vater war von schöner Gestalt, hatte ein edles Gesicht, das in seinen mittleren Jahren dem eines Othello glich und sich in seinen späteren Jahren zu dem patriarchalischen Antlitz eines Abraham oder Tagore entwickelte. Als er uns im hohen Alter in Brüssel besuchte, blieben die Leute auf der Straße, in den Straßenbahnen, Geschäften oder Restaurants stehen, kamen zu uns und baten höflich um die Erlaubnis, ihn zu betrachten. Er besaß eine herrliche musikalische Stimme, die besonders wirkungsvoll war, wenn er Shakespeare vorlas. Zweifellos lernten wir dadurch sehr früh Shakespeare kennen und lieben. Denkwürdig waren die Abende, die Eiríkr Magnússon, der isländische Freund von William Morris und selbst ein prächtiger alter Wikinger, als er Direktor der Universitätsbibliothek in Cambridge geworden war, mit meinem Vater zu verbringen pflegte. Eine herzliche Zuneigung verband beide eng miteinander. Die beiden alten Kämpen begannen gewöhnlich, abwechselnd epische Verse zu rezitieren, Eiríkr Magnússon die über König Fjalarr und Upen-dra die über Rama.

Er war ein wunderbarer Arzt. Seine ganze Geschicklichkeit und Geduld, seine hohe wissenschaftliche Ausbildung und sein menschliches Verständnis widmete er uneingeschränkt seinen hart bedrängten und oft sehr armen Patienten, die ihn kaum bezahlen konnten und ihm oft Lebensmittel und Blumen brachten, um so ihre Dankbarkeit auszudrücken. Niemals war er mit Geld reich gesegnet, aber er wurde von seinen Patienten geliebt. Mehr als vierzig Jahre nachdem er sich 1920 in sein Privatleben zurückgezogen hatte, kam ich anlässlich einer Studentengewerkschaftsdebatte nach Cambridge. Als ich mit einem Taxi zum Bahnhof zurückkehrte und feststellte, daß so viele alte vertraute Wahrzeichen verschwunden waren, sagte ich zu dem Fahrer: "Viel hat sich hier verändert." "Sie kennen Cambridge?" "Ich bin hier geboren und aufgewachsen; mein Vater war früher Arzt im Mill Road Bezirk." "Entschuldigen Sie, wenn ich frage, aber wie hieß Ihr Vater?" "Dr. Dutt." "Er war der Arzt unserer Familie - der liebenswürdigste, gütigste und beste Arzt, den Cambridge jemals gehabt hat."

Diese von Herzen kommende Anerkennung, vierzig Jahre nachdem er von dem Schauplatz seines Wirkens verschwunden war, schien mir wertvoller als irgendein Gedenkstein.

(Übersetzt von Ursula Kreißig)

Marxsche Warenzirkulationsschemata zum staatsmonopolistischen Kapitalismus +

Ein Beitrag zur Diskussion

von Victor Perlo

Die von Marx im zweiten Band des "Kapital" aufgestellten Schemata des Zyklus der Warenproduktion und des Geldumlaufs im Kapitalismus haben viel zum allgemeinen Verständnis ökonomischer Gesetze beigetragen. In sozialistischen Ländern sind diese Schemata für die Planung angewandt und ausgearbeitet worden. Bürgerliche Ökonomen hingegen haben diese Art Analyse vermieden, da sie den ausbeuterischen Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft aufdeckt. Statt dessen gebrauchen sie die Kategorien des Bruttonationalproduktes, die die Klassengruppierungen verwischen und die widersprüchlichen Vorgänge der Warenproduktion und -realisierung verdecken. Damit beabsichtigen sie, ein schmeichelndes Bild der kapitalistischen Wirtschaft zu zeichnen, das die tiefer liegenden Konflikte verbirgt und die charakteristischen scharfen Schwankungen verkleinert.

Nützlich für das Studium des heutigen Kapitalismus wäre eine nach Abteilungen gegliederte Analyse der Warenströme, verbunden mit einer gesellschaftlichen Untersuchung der Einkommensströme, auf der Grundlage des historischen Marxschen Beitrags. Zu diesem Zweck ist es notwendig, das Marxsche Schema zu erweitern, um die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die moderne parasitäre Struktur des Finanzkapitals zu berücksichtigen.

Zunächst zeigen wir Schemata der einfachen Reproduktion und der erweiterten Reproduktion mit folgenden vier Abteilungen: Produktionsmittel, Konsumtionsmittel, Kriegsausrüstungen und andere für Regierungsverbrauch erzeugte Güter sowie Regierungstätigkeit. Davon sind die ersten drei Abteilungen der Warenproduktion, während die vierte eine Abteilung nichtproduktiver wirtschaftlicher Tätigkeit ist. Die ersten zwei sind identisch mit den beiden Marxschen Produktionsabteilungen. Innerhalb jeder Abteilung werden die vier Bestandteile des Produktwerts aufgeführt: verzehrtes konstantes Kapital, verzehrtes variables Kapital, Profit nach Abzug von Steuern und Steuern. Die ersten zwei stimmen mit den von Marx gebrauchten Kategorien überein. Die anderen zwei bilden zusammengezählt den Mehrwert, den dritten Marxschen Bestandteil. Steuern werden hier getrennt behandelt, weil sie heute so viel wichtiger als vor einem Jahrhundert sind und weil sie im ganzen Zyklus der Wirtschaftstätigkeit unter Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine besondere Rolle spielen.

+ Eine frühere Arbeit über dieses Thema erschien u. d. T. Anwendung Marxscher Reproduktionsschemata auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Marxistische Blätter, Frankfurt (Main), Sonderh. 2/1967.

Schema A

Schema der einfachen Reproduktion mit vier Abteilungen

I	400 c	+	100 v	+	60 p	+	70 t	=	630 k
II	200 c	+	50 v	+	35 p	+	40 t	=	325 k
III	30 c	+	12 v	+	8 p	+	10 t	=	60 k
IV	60 c	+	50 v	+	10 p	+	20 t	=	140 k
Gesamt	690 c	+	212 v	+	113 p	+	140 t	=	1 155 k

Schlüssel:

- I Produktionsmittel,
- II Konsumtionsmittel,
- III Kriegsausrüstungen und andere für Regierungsverbrauch erzeugte Waren,
- IV Regierungstätigkeit (außerhalb der Warenproduktion),
- c verzehrte Materialien und Verschleiß des fixen Kapitals,
- v Löhne nach Abzug der von den Arbeitern gezahlten direkten Steuern,
- p zurückbehaltener Mehrwert nach Abzug von Steuern. Dieser umfaßt nominale Profite, Zinsen, Renten und alle Arten von verschleierte Profiten wie zum Beispiel Kapitalgewinne, Managergehälter und Prämien sowie Unkostenkonten,
- t Steuern,
- s Mehrwert (nicht im Schema dargestellt) ist gleich $p + t$ für die drei Abteilungen der Warenproduktion,
- k gesamte Produktion oder wirtschaftliche Tätigkeit in der jeweiligen Abteilung,
- IV p Zinszahlungen auf Regierungsschulden,
- IV t von Regierungsausgaben und Empfängern staatlicher Zinsen entrichtete Steuern.

Gleichheiten:

$$I k = \sum_I^{III} c = 630.$$

Sämtliche hergestellten Produktionsmittel werden in den drei Abteilungen der Warenproduktion verzehrt.

II $k = \sum (v + p) = 325$. Die gesamten Löhne und der zurückbehaltene Mehrwert, ob aus der Warenproduktion oder von der Regierung stammend, werden für Konsumgüter verwendet und kaufen alle erzeugten Gebrauchsgüter auf.

III $k = IV c = 60$. Sämtliche Kriegsausrüstungen werden von der Regierung gekauft und "verzehrt". Sie fungieren quasi als konstantes Kapital in der wirtschaftlichen Regierungstätigkeit.

IV $k = \sum t = 140$. Die Regierungsausgaben decken sich genau mit den Steuern.

$$100 s/v = 100 \frac{\sum_I^{III} s}{\sum_I^{III} v} = 22\,300/162 = 138 \%$$

Die Rate des Mehrwerts ist hundertmal die Summe des in den drei Abteilungen der Warenproduktion erzeugten Mehrwerts, geteilt durch die Summe der in diesen drei Abteilungen gezahlten Löhne. Die von der Regierung stammenden Posten sind in der Berechnung nicht einbegriffen, da sie Sekundärverteilungen des erzeugten Mehrwerts darstellen. Die Rate des Mehrwerts ist erheblich höher als die von Marx im "Kapital" benutzte Rate von 100 Prozent. Das entspricht der amerikanischen Wirklichkeit im Zeitalter des militarisierten staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Akkumulation und Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter

Schema B

Schema der Akkumulation mit vier Abteilungen

I	400 c	+	100 v	+	68 p	+	70 t	=	638 k		37 u + 31 m	=	68 p
II	150 c	+	75 v	+	50 p	+	50 t	=	325 k		27 u + 23 m	=	50 p
III	30 c	+	15 v	+	15 p	+	10 t	=	70 k		8 u + 7 m	=	15 p
IV	70 c	+	50 v	+	10 p	+	20 t	=	150 k		5 u + 5 m	=	10 p
<hr/>													
Gesamt	650 c	+	240 v	+	143 p	+	150 t	=	1 183 k		77 u + 66 m	=	143 p

Schlüssel zum rechten Teil des Schemas:

- u Anteil des zurückbehaltenen Mehrwerts, der für Akkumulation oder Investition verwendet wird,
- m Anteil des zurückbehaltenen Mehrwerts, der der Konsumtion dient.

Von den in Abteilung I erzeugten 638 k werden 580 in der laufenden Produktion der drei Abteilungen der Warenproduktion verzehrt und 58 für Investitionen zur Erweiterung der Produktion in der nächsten Runde beansprucht. Von den in Abteilung II erzeugten 325 k werden 240 von den Arbeitern aus den laufend verdienten Löhnen verzehrt, 66 - gleich dem gesamten m - verzehren die Kapitalisten aus ihrem zurückbehaltenen Mehrwert, und die übrigbleibenden 19 werden beiseite gelegt für die Konsumtion der zusätzlichen Arbeiter, die zwecks Erweiterung des Ausstoßes in der nächsten Produktionsrunde eingestellt werden. Von den zur Erweiterung der Produktion investierten 77 u werden 58 für den Kauf zusätzlicher Produktionsmittel benutzt und 19, um die hinzukommenden Arbeiter zu entlohnen.

Die Rate des Mehrwerts in diesem Schema ist $100 \cdot 263/190 = 138\%$. Alles ist bereit für die zweite Produktionsrunde, in der jeder Posten des Schemas um 10 Prozent größer als in der ersten ist.

Marx setzte die Bewegungslosigkeit des Kapitals zwischen Hauptabteilungen voraus. Unter den heutigen Bedingungen gestreuten Wertpapierbesitzes, weit ausgedehnter Finanzgruppen und gemischter Konzerne ist eine solche Annahme nicht länger realistisch. Für die zweite Produktionsrunde, die der in Schema B gezeigten folgt, benötigt Abteilung I 50 zusätzliche Kapitaleinheiten - 40 Einheiten konstantes Kapital und 10 Einheiten variables Kapital -, von denen die Kapitalisten der Abteilung I nur 37 aus ihren 37 u liefern. Die übrigen 13 entstammen den Empfängern staatlicher Zinsen - IV p - und den von den Kapitalisten in Abteilung II und III akkumulierten u, die nicht für erhöhte Investition in diesen Abteilungen benötigt werden.

Wirkung der Arbeitsproduktivitätssteigerung

Technischer Fortschritt und steigende Arbeitsproduktivität standen im Mittelpunkt der Marx'schen Analyse der Dynamik der kapitalistischen Produktion, wurden aber nicht in seinen Schemata berücksichtigt. Diese setzen stillschweigend eine konstante Arbeitsproduktivität voraus.

In den Vereinigten Staaten und anderen kapitalistischen Ländern werden oft ansehnliche Steigerungen der Arbeitsproduktivität bei verhältnismäßig geringer oder gar keiner Erhöhung der Nettoreallöhne erzielt. Das verstärkt die Widersprüche und schafft Vorbedingungen für die Wirtschaftskrisen.

Schema C stellt das zweite Produktionsjahr dar, das dem in Schema B gezeigten folgt, und zwar unter der Voraussetzung einer unveränderten Arbeitsproduktivität.

Schema C

Zweites Produktionsjahr bei unveränderter Arbeitsproduktivität

I	440 c + 110 v + 74,8 p + 77 t = 701,8 k	40,7 u + 34,1 m = 74,8 p
II	165 c + 82,5 v + 55 p + 55 t = 357,5 k	29,7 u + 25,3 m = 55 p
III	33 c + 16,5 v + 16,5 p + 11 t = 77 k	8,8 u + 7,7 m = 16,5 p
IV	77 c + 55 v + 11 p + 22 t = 165 k	5,5 u + 5,5 m = 11 p
Gesamt	715 c + 264 v + 157,3 p + 165 t = 1 301,3 k	84,7 u + 72,6 m = 157,3 p

Jetzt wollen wir annehmen, daß die Arbeitsproduktivität im zweiten Jahr um 5 Prozent anwächst ohne Steigerung der Nettoreallöhne. In Wirklichkeit erzwingen gewerkschaftliche Kämpfe gewöhnlich eine bestimmte Lohnerhöhung, die jedoch größtenteils durch steigende Preise und Steuern aufgehoben wird - gemäß Keynes' Rezept für die Behandlung der Arbeiter in dieser Epoche verschärfter Konflikte. Wir vereinfachen unsere Berechnungen, indem wir die besonderen Folgen dieser ununterbrochenen Inflation weglassen und unsere Kalkulationen in Geldeinheiten konstanter Kaufkraft vorlegen.

Unter den geschilderten Umständen brauchen Beschäftigung und Lohnzahlungen in den drei Abteilungen der Warenproduktion nur um 4,76 Prozent erhöht zu werden, um den Produktionszuwachs von 10 Prozent im zweiten Jahr zu erreichen.¹ Produktivitätsüberlegungen spielen meist keine Rolle im Betrieb des Staatsapparats und der Streitkräfte, deren Vergrößerung von ganz anderen - politischen - Erwägungen diktiert wird, so daß wir für Abteilung IV die zehnpromzentige Lohnerhöhung aufrechterhalten.

Infolgedessen beträgt der gesamte Lohnfonds im zweiten Jahr 254 statt 264 wie in Schema C. Die von den Löhnen abgesetzten 10 Einheiten werden dem Profit zugeführt, wie es in Schema D zum Ausdruck kommt.

Schema D

Zweites Produktionsjahr bei fünfprozentiger Steigerung der Arbeitsproduktivität

I	440 c + 104,7 v + 80,1 p + 77 t = 701,8 k	46,0 u + 34,1 m = 80,1 p
II	165 c + 78,6 v + 58,9 p + 55 t = 357,5 k	33,6 u + 25,3 m = 58,9 p
III	33 c + 15,7 v + 17,3 p + 11 t = 77 k	9,6 u + 7,7 m = 17,3 p
IV	77 c + 55 v + 11 p + 22 t = 165 k	5,5 u + 5,5 m = 11,0 p
Gesamt	715 c + 254,0 v + 167,3 p + 165 t = 1 301,3 k	94,7 u + 72,6 m = 167,3 p

Bei der Berechnung von Schema C wurde angenommen, daß die Kapitalisten sowohl ihre Konsumtion als auch die Akkumulation um 10 Prozent erhöhen. Ihr Gesamtprofit in Schema D steigt jedoch um 24,3 oder 17 Prozent im Vergleich zum ersten Jahr. In der Praxis würden die Kapitalisten ihre Konsumtion nicht in solchem Maße erhöhen. Daher bleiben

¹ Produktion/Arbeitsproduktivität = Beschäftigung oder $1,10/1,05 = 1,0476$.

wir bei der in Schema C angeführten zehnprozentigen Erhöhung und nehmen an, daß sämtliche durch höhere Produktivität erzielten Mehrprofite der Akkumulation zugute kommen. Infolgedessen ist der Gesamtbetrag von u in Schema D um 10 größer als in Schema C.

Außer den 94,7 Einheiten, die für Investitionen zur Verfügung stehen, bleiben 10 Kapitaleinheiten von den zuvor für zusätzliche Lohnzahlungen im zweiten Jahr zurückgelegten, die dank der Produktivitätssteigerung nicht für diesen Zweck benötigt werden. Diese hinzukommenden 10 Einheiten sind für Investitionen im dritten Jahr verfügbar, womit der gesamte Fonds auf 104,7 ansteigt. Das sind 36 Prozent mehr als der im ersten Jahr geschaffene Akkumulationsfonds; es erlaubt eine Erhöhung der Kapitalanlage um 12,5 Prozent statt des zehnprozentigen Zuwachses im zweiten Jahr (wobei zu berücksichtigen ist, daß der Akkumulationsfonds nur zur Erweiterung von c und v in den Abteilungen der Warenproduktion notwendig ist, die im zweiten Jahr 837 betragen, wie aus Schema D hervorgeht).

Im zweiten Jahr werden $254,0 v + 72,6 m = 326,6$ für die Konsumtion verwendet. Das ist 30,9 weniger als die Konsumgüterproduktion. Falls die ganzen zur Verfügung stehenden 104,7 im dritten Jahr investiert werden und die Produktivität wieder um 5 Prozent steigt, würden sich die Löhne in den Warenproduktionsabteilungen um 7,1 Prozent und in der Regierungsabteilung - angenommen, daß der Lohn proportional zur Investition wächst - um 12,5 Prozent erhöhen. Dann wäre der gesamte Zuwachs an Löhnen 21. Damit könnten über zwei Drittel des Saldos an Konsumgütern gekauft werden, wobei immer noch 9,9 übrigbleiben würden, eine ganz beträchtliche Reserve an ungewünschten Beständen. Im nächsten, vierten Jahr erscheint dasselbe Problem in vergrößertem Maße wieder. Der Überschuß des Angebots gegenüber der Nachfrage nach Konsumgütern drückt die Gewinnspannen in einigen Industrien herab. So entsteht eine Tendenz, Kapital aus Abteilung II nach Abteilung I zu verlegen, was das Gleichgewicht noch mehr stört und die Bedingungen für eine Überproduktionskrise schafft.

Anwendung auf amerikanische Verhältnisse

Wir werden nun unser Schema weiterentwickeln, um es den heutigen Verhältnissen anzupassen. Eine neue Abteilung wird hinzugefügt - Finanzwesen und Werbung, die Hauptrepräsentanten parasitärer Tätigkeit innerhalb der Privatwirtschaft. Diese wird jetzt als Abteilung IV und die Regierungstätigkeit als Abteilung V bezeichnet. Wie üblich in der US-Bruttonationalproduktstatistik, schließt das Finanzwesen hier Immobilien ein.

Außerdem zeigen wir den Betrag und die Dynamik des angelegten Kapitals sowie die Zirkulation eines Teils des Kapitals und der Waren. In seinen Schemata setzte Marx einen jährlichen Kapitalumschlag voraus. Für eine genauere Behandlung müssen wir fixes und zirkulierendes Kapital getrennt berücksichtigen. In amerikanischen Verhältnissen beläuft sich die Umschlagszeit für fixes Kapital, einschließlich der Versorgungsbetriebe, auf ungefähr sechzehn Jahre, die des zirkulierenden Kapitals hingegen auf etwa vier Monate.

Dieser Teilung des angelegten Kapitals entsprechend, wird der Verbrauch an konstantem Kapital in der Warenflußsektion des Schemas in verzehrte Materialien (e) und Abschreibungen (d) zerlegt.

Ogleich die angeführten Quantitäten nur als Beispiel dienen sollen, entsprechen sie mehr oder weniger den wirklichen Proportionen der US-Wirtschaft. Liest man die Beträge in Milliarden Dollar, könnten sie annähernd die Durchschnittszahlen der für die letzten Jahre veröffentlichten US-Bruttonationalproduktstatistiken darstellen, für Begriffsunterschiede entsprechend berichtigt.

Diese Struktur wird in Schema E gezeigt. Jede Zahl in der Sektion "Zusammensetzung der Produktion" hat eine doppelte Bedeutung. Einerseits stellt sie den Wert eines Bestandteils

der Produktion oder der wirtschaftlichen Tätigkeit dar, andererseits repräsentiert sie eine Zahlung für diesen Bestandteil. Dem Schema sind deshalb eine Reihe Bilanzen - Tabelle F - angeschlossen. Diese Bilanzen verbinden die Hauptlinien der Einkünfte mit den Zwecken, für die sie verausgabt werden, und die Hauptlinien der Produktion mit ihren Verwendungen.

Schema E

Kapital-, Produktions- und Zahlungsschema mit fünf Abteilungen

Abteilung	Angelegtes Kapital		Zusammensetzung der Produktion ⁺					
	FC	CC	e	d	v	p	t	k
I Produktionsmittel	447	149	323	26	124	75	72	620
II Konsumtionsmittel	230	77	166	14	64	39	37	320
III Kriegsausrüstungen	43	14	31	3	12	7	7	60
IV Finanzwesen und Werbung	50	17	3	3	25	18	13	62
V Regierungstätigkeit	-	-	60	-	59	10	9	138
Gesamt	770	257	583	46	284	149	138	1200

+ Die in diesem Schema und anderen Schemata aufgeführten Posten sind teilweise zwecks Bilanzierung der Gesamtbeträge abgerundet.

Gleichheiten:

- d = 0,06 FC. Berechnet auf Grund eines geraden Amortisationssatzes, der etwas über 16 Jahre beansprucht.
- e + v = 3 CC für die Abteilungen I, II und III. Zusätzliches CC ist für Abteilung IV angesetzt, um als Geldkapitalreserve für Bankgeschäfte zu dienen.
- I k = $\sum_I^{IV} (e + d)$
 plus Materialien, Ausrüstungen und Gebäude, die für zusätzliches FC und CC im zweiten Jahr akkumuliert werden.
- III k = Ve. Die veränderte Schreibweise entspricht der veränderten Bezeichnung des Materialverbrauchbestandteils und der Regierungsabteilung. Auf weitere Gleichheiten wird in den Bilanzen der Tabelle F hingewiesen.

Tabelle F

Balancen der Einkünfte und Ausgaben, Produktion und Verwendungen zu Schema E

Erhaltene Löhne		284	
Verausgabt für:			
Konsumgüter	253		
Finanztribute (Zinsen, Mieten)	<u>31</u>	<u>284</u>	

Erhaltene Profite		149	
Verausgabt für:			
Konsumgüter	63		
Finanztribute und Werbung	31		
Nettoinvestition	55		
davon:			
Fixes Kapital	41		
Zirkulierendes Kapital:			
für Vorräte	10		
für Löhne	4		
			<u>149</u>

Produktionsgüter, Produktion		620	
Verwendet für:			
In der Produktion verzehrte Materialien	523		
Zur erweiterten Produktion akkumulierte Materialien	10		
Ausrüstungen zum Ersatz der Abschreibungen	46		
Ausrüstungen, Gebäude zur Erweiterung	<u>41</u>	<u>620</u>	

Konsumgüter, Produktion		320	
Verwendet für:			
Konsumtion der Arbeiter	253		
Konsumtion der Kapitalisten	63		
Akkumuliert zum Verkauf an zusätzliche Arbeiter	<u>4</u>	<u>320</u>	

Kriegsausrüstungen, Produktion		60	
Von der Regierung gekauft	<u>60</u>	<u>60</u>	

Finanzwesen und Werbung, gesammelte Beträge		62	
Von Arbeitern in Abt. I, II und III gezahlt	22		
Von Arbeitern in Abt. IV und V gezahlt	9		
Von Kapitalisten gezahlt	<u>31</u>	<u>62</u>	

Regierung, Ausgaben		138	
Durch Steuern finanziert	<u>138</u>	<u>138</u>	

Die in Tabelle F angeführte Nettoinvestition beträgt 55, was gegenüber dem Ausgangskapital von 1 027, vom Wert aus betrachtet, eine Erweiterung um 5,35 Prozent ergibt. Die Erweiterung der physischen Produktionskapazität kann diesen Prozentsatz übersteigen, da der Produktionsausstoß der neuen Einrichtungen pro Kosteneinheit (in unveränderlichen Dollar gemessen) wahrscheinlich höher als der der alten ist.

Im Zusammenhang mit Schema B wurde die Rate des Mehrwerts berechnet, indem s , summiert über die drei Produktionsabteilungen, durch v , summiert über dieselben Abteilungen, geteilt wurde. Nun ist eine Verbesserung notwendig, um den Finanzsektor zu berücksichtigen. Alles Geld, das dieser erhält, besteht aus einer sekundären Verteilung von Mehrwert. Davon stammen 9 aus den von Arbeitern in den nichtproduktiven Abteilungen IV und V entrichteten Tributen, und 31 werden von den Kapitalisten gestellt. Diese 40 sind sämtlich eine direkte Mehrwertübertragung. Die übrigen 22 hingegen stellen einen Transfer von Löhnen auf Mehrwert dar. Deshalb müssen die 22 vom Nenner abgezogen und zum Zähler addiert werden, um die tatsächliche Rate des Mehrwerts für die ganze Wirtschaft zu ermitteln.

Daraufhin erhalten wir:

$$100 \frac{s}{v} = \frac{100 \left(\sum_I^{III} p + \sum_I^{III} t \right) + 22}{\sum_I^{III} v - 22} = \frac{25\,900}{178} = 146 \%$$

Diese Rate entspricht völlig den offiziellen Zahlen, wenn wir die Unzulänglichkeiten der Bruttonationalproduktstatistik berücksichtigen. Fast 10 Prozent der von den Konzernen angegebenen Löhne und Gehälter werden zum Beispiel tatsächlich an Spitzenmanager gezahlt und sind in Wirklichkeit ein Teil des Mehrwerts. Ein großer Teil verschiedener Konzernausgaben stellt gleichfalls eine Form versteckter Profite dar. Nicht in den offiziellen Statistiken sind die vielen Milliarden erfaßt, die jährlich in Form von Kapitalgewinnen realisiert werden - Gewinnen, die heutzutage nicht bloß durch Zufallserfolge in der Spekulation erzielt werden, sondern durch einen gut organisierten, mit Steuergründen motivierten Modus der Buchführung für einen bedeutenden Teil des Mehrwerts.

Hier wird kein Versuch gemacht, die ausländischen Tätigkeiten der US-Konzerne, die immer mehr an Bedeutung zunehmen, in Betracht zu ziehen.

Gemäß der Marxschen Definition ist die Profitrate gleich

$$100 \frac{\sum_I^{IV} (p + t)}{\sum_I^{IV} (FC + CC)} = 26\,800/1027 = 26,1 \%$$

Die Rate des zurückbehaltenen Profits nach Abzug von Steuern ist

$$100 \frac{\sum_I^{IV} p}{\sum_I^{IV} (FC + CC)} = 13\,900/1027 = 13,5 \%$$

Die Zahlen in Schema E sind so angeordnet, daß sie die Funktion der Produktionspreise bei der Durchsetzung des Gesetzes der Durchschnittsprofitrate widerspiegeln. Alle drei Abteilungen der Warenproduktion zeigen eine Rate des zurückbehaltenen Profits von 12,6 Prozent (mit Abweichungen infolge von Abrundungen). Jedoch weist Abteilung IV - Finanzwesen und Werbung - eine Rate des zurückbehaltenen Profits von 26,9 Prozent auf. Das reflektiert die Spitzenmonopolstellung der Großbanken und die Fähigkeit der Banken und Großgrundbesitzer, mit anderer Leute Geld zu arbeiten. Die 10 Einheiten Staatszinsen sind mit keinem spezifizierten Kapitalbereich verbunden, da sie größtenteils den Kapitalisten als Besitzern des verallgemeinerten Geldkapitals gezahlt werden und nicht in Zusammenhang mit einem besonderen Gebrauchswert ihres Warenkapitals.²

² Eine andere Möglichkeit wäre, die ganzen 10 als Zahlung der Abteilung IV auszuweisen

Abteilung IV erfaßt nur die parasitären Dienstleistungsbereiche und nicht solche Dienstleistungen für Verbraucher wie Reparaturdienste und Wäschereien. Unter den modernen Bedingungen kommerzialisierter Dienstleistungen sollten ihre Produkte - genauso wie materielle Güter - als Waren angesehen werden. Welche Konfusion entsteht, wenn alles, was keine meßbare Masse aufweist, als Dienstleistung anstatt als Ware betrachtet wird, erweist sich deutlich am Beispiel der Stromversorgung, die die offizielle US-Statistik für eine Dienstleistung hält. Dabei handelt es sich in Wirklichkeit ohne den geringsten Zweifel um eine Ware, und als solche ist sie in unseren Berechnungen aufgefaßt.

Der Handel bildet ein besonderes Problem. Bei dem zunehmenden Übergewicht des Selbstbedienung-Supermarktsystems und der Rationalisierung und Mechanisierung des Einzelhandels in den Vereinigten Staaten heutzutage muß ein immer größerer Teil der Arbeit im Handel als in die Distributionssphäre hinein ausgedehnte Warenproduktion angesehen werden. Das gilt allgemein für die Zweige des Massenwarenvertriebs - Lebensmittelgeschäfte, Tankstellen, Diskontwarenhäuser. Für analytische Zwecke wäre es nützlich, Produktion und Einzelverkauf in bestimmten Industrien, wie zum Beispiel Nahrungsmittel und Erdöl, als Einheiten zu betrachten, wozu sie ja auch durch den Prozeß der vertikalen Integration neigen.

Schema der erweiterten Reproduktion mit fünf Abteilungen

Es sei angenommen, daß 55 Einheiten der Akkumulation tatsächlich investiert werden, so daß sich die gesamte Kapitalanlage um 5,35 Prozent vermehrt. Ferner sei ein entsprechender prozentualer Zuwachs des Produktionswerts oder der wirtschaftlichen Tätigkeit jeder Abteilung angenommen. Außerdem wollen wir voraussetzen, daß die Zunahme der Warenproduktion allein der steigenden Produktivität zu verdanken ist, so daß sich die Beschäftigung und die Reallöhne in den Abteilungen I bis III nicht erhöhen. Ebenso nehmen wir an, daß sich die Nettoreallöhne und -gehälter - abgesehen von denen der Manager - in der Finanz- und Werbeabteilung nicht verändern. In der Regierung jedoch findet eine Gehalts- und Lohnsteigerung entsprechend dem allgemeinen Prozentsatz des wirtschaftlichen Wachstums statt.

Diese Voraussetzungen ergeben das in Schema G vorgeführte Modell der Produktion und der Zahlungen im zweiten Jahr.

und die an Abteilung IV entrichteten Tribute, mit denen die Arbeiter und Kapitalisten belastet worden sind, entsprechend zu verringern.

Kapital, Produktion und Zahlungen im zweiten Jahr

Abteilung	Angelegtes Kapital		Zusammensetzung der Produktion					
	FC	CC	e	d	v	p	t	k
I Produktionsmittel	471	157	340	27	124	86	76	653
II Konsumtionsmittel	242	81	175	15	64	44	39	337
III Kriegsausrüstungen	45	15	33	3	12	8	7	63
IV Finanzwesen und Werbung	53	18	3	3	25	20	14	65
V Regierungstätigkeit	-	-	63	-	62	11	10	146
Gesamt	811	271	614	48	287	169	146	1 264

Nun nehmen wir an, daß die Konsumtion der Kapitalisten in gleichem Maße wächst wie die Produktion, nämlich um 5,35 Prozent. Dann erhalten wir die in Tabelle H aufgezeichneten Bilanzen der Einkünfte und Ausgaben, der Produktion und Zirkulation.

Tabelle H

Hauptbilanzen für das zweite Jahr

Erhaltene Löhne								287
Verausgab für:								
Finanztribute							33	
Konsumgüter							254	287
Erhaltene Profite								169
Verausgab für:								
Finanztribute							32	
Konsumgüter							66	
Investitionen							71	
davon:								
Fixes Kapital					53			
Zirkulierendes Kapital:								
für Vorräte						13		
für Löhne						5		169
Produktionsgüter, Produktion								653
Verwendet für:								
In der Produktion verzehrte Materialien							551	
Materialien für erweiterte Investition							13	
Ausrüstungen zum Ersatz der Abschreibungen							48	
Ausrüstungen für Erweiterung							53	665

Kapitalgüterdefizit		12

Konsumgüter, Produktion		337
Verwendet für:		
Konsumtion der Arbeiter	254	
Konsumtion der Kapitalisten	66	
Akkumuliert zum Verkauf an zusätzliche Arbeiter	<u>5</u>	<u>325</u>
Konsumgüterüberschuß		12

Die für Erweiterung bestimmten Nettoinvestitionen von 71 sind um 29 Prozent größer als die in Schema F angeführten Nettoinvestitionen des vorigen Jahres. Der Kauf von Ausrüstungen für Ersatz und Erweiterung - ein Posten, der der Kategorie "Betriebsausgaben für neue Anlagen und Ausrüstungen" in der Bruttonationalproduktstatistik entspricht - steigt von 87 im ersten Jahr auf 101 im zweiten oder um 16 Prozent. Die nutzbare Produktion wuchs im zweiten Jahr nicht soviel, wodurch ein Angebotsdefizit von 12 entsteht, das die Form einer größeren Menge unerledigter Aufträge für Ausrüstungen und verminderter Rohstoffvorräte in den Kapitalgüterindustrien annimmt.

Gleichzeitig entsteht ein Nachfragedefizit von 12 Einheiten für Konsumgüter, was sich in solchen Zuständen wie zum Beispiel höheren Lagerbeständen an Autos und dauerhaften Konsumwaren sowie einer größeren Anzahl von Leerwohnungen bemerkbar macht. Außerdem kann die Unausgeglichenheit eher 17 als 12 betragen. Auf Grund der Feststellung, daß sie wirklich keine zusätzlichen Arbeiter im zweiten Jahr brauchten, mögen die Kapitalisten es nicht für notwendig halten, zusätzliches variables Kapital für Lohnzahlungen im dritten Jahr bereitzustellen. Die für diesen Zweck reservierten 5 Einheiten für Konsumgüter werden nicht gebraucht und kommen zum Überschuß hinzu. Die Profite vermehren sich entsprechend um 5 Einheiten, die für noch mehr Neuinvestitionen verwendet werden müssen.

Ganz gleich, ob die Unausgeglichenheit 12 oder 17 oder irgend eine Zwischensumme beträgt, wird der Ausstoß von Produktionsgütern, besonders von Kapitalausrüstungen und zugehörigen Rohstoffen, im dritten Jahr sehr schnell ansteigen, da sich die Fabrikanten bemühen, die vergrößerte Menge unerledigter Aufträge zu decken. In den Schwerindustrien kommt eine regelrechte Hochkonjunktur in Gang. Gleichzeitig verlangsamt sich die Wachstumsrate in den Konsumgüterindustrien, was in einigen Zweigen zu Entlassungen führt.

Dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen, erweisen sich die erweiterten Anlagen bald als exzessiv. Die Profitrate fällt, die Investitionen nehmen ab, und eine Krise der Überproduktion tritt ein.

Wir haben hier in konkreter Form die Dynamik der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise illustriert, die Marx so glänzend im "Kapital" schilderte. Folgendes Zitat zum Beispiel könnte fast als Kommentar zu den Schemata und Tabellen E, F, G und H dienen: "Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf

erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs."³

Die Schemata veranschaulichen außerdem die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und somit die Bedingungen, die zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate führen. All diese Widersprüche wirken aufeinander ein und brechen in periodischen Krisen aus - in der Marxschen Analyse wie im wirklichen Leben.

Kontrazyklische Maßnahmen

Unter modernen Bedingungen versuchen die Kapitalisten und die Regierung, dieses Ergebnis zu verhindern oder wenigstens aufzuschieben und zu mildern. Einige dieser Maßnahmen sind in meinen Artikeln in der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", Jahrgang 1965/66, sowie in Beiträgen von S. Menšikov in der Zeitschrift "Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" und anderen Arbeiten analysiert worden. Wir können nun einige der kontrazyklischen Maßnahmen in Hinsicht auf Schema G und Tabelle H untersuchen.

A Verbrauchercredit. Möglicherweise investieren die Kapitalisten 59 anstatt 71 zur Erweiterung der Produktion und leihen den Arbeitern die übrigbleibenden 12, um es ihnen zu gestatten, über ihre Einkünfte hinaus zu konsumieren. Das würde die Produktionsgüter- und Konsumgüterbilanzen vorläufig in Einklang bringen, aber auf Kosten schwererer Widersprüche in späteren Jahren, wenn die Arbeiter ihre Schulden und besonders die damit verbundene drückende Zinslast zurückzahlen müssen.

B Investitionsanreize. Die Regierung kann die Kapitalisten "anreizen", die vollen 71 zu investieren, indem sie die Profitrate auf das zusätzliche Kapital erhöht, mit Hilfe von Steuern und anderen Maßnahmen, die die Rate der Arbeiterausbeutung direkt oder indirekt steigern. Auch das verschlimmert die Widersprüche in späteren Jahren.

C Regierungsausgaben für "Wohlfahrt". Die Kapitalisten können 59 statt 71 investieren und 12 der Regierung leihen, damit sie sie für größere Wohlfahrtsvorhaben, öffentliche Arbeiten usw. verwendet, die sich zu einem großen Teil in erhöhter Massenkonsumtionskraft widerspiegeln und gleichzeitig nützliche öffentliche Dienste schaffen. Das würde die materielle Unausgeglichenheit bedeutend vermindern, aber inflationäre Regierungsschulden schaffen. Politisch waren die Kapitalisten nie geneigt, sich zu dieser Art Aktion in so großem Maßstab zu verpflichten, aber es könnte ein kleiner Teil in einer Reihe von Maßnahmen sein, die weniger dem Wunsch der Kapitalisten als dem Druck der Massen entsprechen.

D Beschleunigung des Rüstungswettlaufs. Es ist auch möglich, daß die Kapitalisten 59 statt 71 investieren und 12 der Regierung zur Beschleunigung des Rüstungswettlaufs leihen. Auf direkte und indirekte Weise würde das dem Gesamtlohn ungefähr 5 zu-fügen und so den Überschuß an Konsumgütern vermindern. Jedoch entfielen ein vergleichbarer zusätzlicher Betrag auf die kapitalistischen Profite, was die Nachfrage nach bestimmten Arten von Produktionsgütern und Ausrüstungen - insbesondere solchen, die zur erweiterten Investition in den Rüstungsindustrien gebraucht werden - steigern würde. Außerdem

3 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 254 f.

hat ein großangelegtes deficit spending inflationäre Folgen, zu denen sich die mit dem Rüstungswettlauf und der Stärkung der Monopole durch große Regierungsaufträge für Kriegsmaterialien verbundenen Spannungen gesellen.

Die so begonnene Rüstungskonjunktur müßte beschleunigt werden oder sie wird die zu einer Überproduktionskrise neigenden Unausgeglichenheiten noch steigern. Gleichzeitig kommt es zu einem besonders raschen Anstieg finanzieller Spannungen infolge der Stimulation des Kredits in der ganzen Kette von Regierungslieferanten und Unterlieferanten. Die Samen einer einheimischen und internationalen Finanzkrise sind gesät.

In der Praxis hat die US-Regierung, wie alle imperialistischen Regierungen, all diese und noch andere Mittel in verschiedenen Proportionen benutzt. Seitens der amerikanischen Regierung und der Großkapitalisten wurde dabei fast immer das Hauptgewicht auf Methode D - Beschleunigung des Rüstungswettlaufs - gelegt. Das entspricht dem aggressiven Expansionsdrang des US-Imperialismus und paßt den spezifischen Profitinteressen der führenden Kreise des Finanzkapitals, die sich immer mehr in den besonders hohe Profitraten bietenden Rüstungsindustrien engagieren.

Die Rüstungskonjunktur hat ihre eigenen politischen Komponenten. Zu diesen zählte in den Vereinigten Staaten seit dem zweiten Weltkrieg gewöhnlich eine kriegerische Aggression oder militärische Intervention. Eine weitere politische Komponente bilden die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen für einen dritten, nuklearen Weltkrieg, der den Kommunismus vernichten soll. Ferner besteht innerhalb der Vereinigten Staaten eine nur zu unverkennbare Rechtstendenz, die zur immer gewaltsameren Unterdrückung aller Oppositionskräfte und unterjochten nationalen Minderheiten innerhalb der USA führt. Schließlich entwickelt der Rüstungssektor der Wirtschaft seine eigene Logik und wächst - unter dem Druck des sogenannten "Militär-Industriekomplexes" - mit wenig oder keiner Rücksicht auf wirtschaftliche Proportionalität und Stabilität.

Zweifellos können sich all diese Tendenzen zu einer für die Menschheit verhängnisvollen Klimax steigern. Doch der zunehmende Kampf breiter Schichten des amerikanischen Volkes und der Völker der Welt gegen den US-Imperialismus sowie die wachsende Macht des sozialistischen Lagers machen es dem US-Imperialismus immer schwieriger, einen Ausweg mittels Militarismus und Krieg zu finden.

So besteht die Möglichkeit eines anderen Ergebnisses, indem die US-Wirtschaft durch Krisen oder anderweitig gezwungen wird, die in fast einem Vierteljahrhundert des kalten Krieges akkumulierten Widersprüche zu lindern. Wie schmerzhaft auch immer solche Anpassungen sein mögen, das politische Milieu, das den Anstoß zu ihnen geben würde, sollte auch dem amerikanischen Volk wenigstens die Gelegenheit bieten, eine vernünftige Lösung zu suchen und anzuwenden.

(Übersetzt von Gerhard Hagelberg)

Klassenjustiz in bürgerlichen Staaten

von Denis N. Pritt

In diesem Beitrag beschreibe ich den Apparat, der von bürgerlichen Staaten zur Handhabung der politischen Justiz geschaffen wurde und benutzt wird. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf Britannien, den Staat, in dem ich die meisten Erfahrungen sammelte, obgleich ich auch die Verteidigung bei politischen Prozessen in einem Dutzend anderer Länder führte. Danach werde ich die Arbeitsweise dieses Apparats an einigen konkreten Fällen in verschiedenen Ländern illustrieren, die ich entweder vertreten oder untersucht habe.

Politische Prozesse, sei es für große oder kleine Vergehen, werfen sowohl in sozialistischen wie in bürgerlichen Staaten immer besondere Probleme für Richter und Anwälte, ja in der Tat für die ganze Gesellschaft auf. Die Probleme sind natürlich in den beiden Welten sowohl ihrem Wesen wie ihren Wirkungen nach sehr unterschiedlich. Dies eine ist ihnen - jedenfalls oberflächlich¹ - weithin gemeinsam, daß die Regierung, die Ankläger und die Richter theoretisch verpflichtet sind, die Fälle objektiv zu verhandeln bzw. zu entscheiden und ihr Denken nicht von Gefühlen verwirren zu lassen. Auch sollten ihre Ansichten von der Schwere der vorgeworfenen Verbrechen und deren Gefährlichkeit für das Gemeinwesen nicht die überragende Notwendigkeit verdunkeln, daß kein Angeklagter verurteilt wird, ehe seine Schuld nicht klar bewiesen ist.

Eine weitere, wiederum oberflächliche Ähnlichkeit besteht darin, daß in den meisten Ländern beider Welten die Fälle vor den gleichen Gerichten und nach den gleichen Verfahrensregeln behandelt werden wie die allgemeinen Fälle und daß die gleiche (augenscheinliche) Pflicht besteht, gewichtige oder dürftige Anklagepunkte durch Zeugenaussagen klar beweisen zu lassen.²

Neben den wirklichen oder scheinbaren Ähnlichkeiten in den beiden Welten sind die Unterschiede größer und zahlreicher. In allen Ländern ist die politische Rechtsprechung eine Waffe der herrschenden Klasse zum Schutz ihrer eigenen Interessen. Aber in der bürgerlichen Welt ist diese Klasse eine Minderheit, deren Macht hauptsächlich auf industrieller

1 Ich sage "jedenfalls oberflächlich", weil man bei Vergleichen zwischen den beiden Weltensystemen immer beachten muß, daß vieles, was auf den ersten Blick identisch zu sein scheint, unter Berücksichtigung von Entstehung und Zweck in Wahrheit grundverschieden ist.

2 Die Gerichte und Verfahrensweisen unterscheiden sich mitunter voneinander. In Westdeutschland zum Beispiel, wo politische Prozesse in die Hunderttausende gehen, gibt es an zahlreichen Gerichten spezielle Politische Kammern, die mit eigenen Strafsenaten besetzt sind. In früheren Zeiten haben viele Staaten, einschließlich England, der Verteidigung in Verratsprozessen lästige Beschränkungen auferlegt. So wurde Anwälten der Zutritt verweigert. Ebenso durften Zeugen nicht vernommen werden. Heute gibt es in allen Staaten so gut wie keine offene Diskriminierung dieser Art.

oder finanzieller Stärke und den von ihr unterhaltenen militärischen und Polizeikräften be-
ruht; sie beherrscht und unterdrückt die Mehrheit der Bevölkerung, die ihr tatsächlich oder
potentiell feindlich ist, oder sucht sie zeitweise zu gewinnen. Sie benutzt ihre Staatsmacht,
um Tätigkeiten zu unterdrücken, die ihren Interessen gefährlich oder unerwünscht sind.

In den sozialistischen Staaten ist die herrschende Klasse die Mehrheit des Volkes; sie be-
herrscht, unterdrückt oder versöhnt zuzeiten kleine feindliche Minderheiten, die oft von
wärtigen Kräften finanziert und angestiftet werden, und sie gebraucht die Staatsmacht, um
subversive Tätigkeiten zu unterdrücken, die für die Interessen der Gesamtheit des Gemein-
wesens gefährlich sind.

Viele der Verschiedenheiten, die aus diesem grundlegenden Unterschied der Struktur er-
wachsen, lassen nicht einmal oberflächliche Gemeinsamkeiten aufkommen, so auf dem Ge-
biet der Philosophie oder der Ideologie. Der bürgerliche Staat gibt vor, daß seine Richter,
obgleich sie Staatsangestellte sind, als unparteiliche Schiedsrichter fungieren, die objek-
tiv die vor sie gebrachten Streitigkeiten beurteilen, gleichgültig, ob es sich um solche zwi-
schen Bürger und Bürger oder zwischen Bürger und Staat handelt. Fälle, die kein direktes
und offensichtliches politisches Element enthalten, wie etwa ein Prozeß zwischen einem ein-
zelnen Bürger und einer Versicherungsgesellschaft darüber, ob ein bestimmter Verlust
durch die Bestimmungen einer Police gedeckt ist oder nicht, oder zwischen zwei Privatfir-
men darüber, ob die von der einen an die andere verkauften Waren den Bestimmungen des
Kaufvertrages entsprechen, werden die Richter normalerweise nicht mit mehr politischen
oder anderen Vorurteilen entscheiden, als sie unbewußt aus ihrer Bildung, Klassenlage
oder ihrem wirtschaftlichen Hintergrund herleiten und durch die sie bis zu einem gewissen
Ausmaß für oder gegen Versicherungsgesellschaften oder Fabrikanten voreingenommen sein
können.³

Mehr noch, in Fällen, wo die Tatsachen durch ein Gericht aus zwölf Laien beurteilt werden
müssen - was bis vor kurzem in allen Zivilprozessen in England der Fall war und noch jetzt
absolute Regel in allen wichtigen Kriminalprozessen ist -, ist man sich völlig klar darüber,
daß diese Laien dazu neigen, sich von allen möglichen Vorurteilen beeinflussen zu lassen.
Daher ist unser Verfahren mit einer Fülle ziemlich komplizierter Vorkehrungen versehen,
um die Wirkung solcher Vorurteile zu mindern.

Soviel über die mögliche Wirkung von Vorurteilen in unpolitischen Fällen - vielleicht wäre
es genauer zu sagen, in Fällen, die politisch neutral zu sein scheinen. Aber wenn dieselben
Gerichte in der gleichen Rolle als "Schiedsrichter" direkte politische Fälle beurteilen sol-
len, hat die Schiedsrichterphilosophie keine Bedeutung mehr. Man wird sich ihrer immer
noch in einer Art Lippenbekenntnis bedienen, aber - wie ich weiterhin in diesem Beitrag an
konkreten Beispielen darlegen werde - Bekenntnis und tatsächliches Verhalten sind so weit
voneinander entfernt, daß sie nur als Übungen in jener Heuchelei begriffen werden können,
die als besonderes Charakteristikum britischen Lebens gilt, aber tatsächlich in der bürger-
lichen Welt allgemein verbreitet (und nirgendwo unbekannt) ist.

Wenn ich nun dazu übergehe, den Apparat der politischen Justiz in der bürgerlichen Welt
und seine Wirkungsweise mehr im einzelnen zu untersuchen, so muß ich mit einer Betrach-
tung der Richter, der Gerichtshöfe, der Schöffen und der tatsächlichen Gesetze beginnen,
auf Grund deren politische Straftaten begangen werden können. Was die Richter betrifft,

3 Ich erinnere mich, daß ich während der ersten Zeit meiner Praxis in England als Anwalt
für Zivilprozesse durch die Tatsache verwirrt wurde, daß die Banken viele Prozesse ge-
wannen, die sie meiner Einschätzung nach hätten verlieren müssen. Die Richter hatten,
wie ich jetzt weiß, ein starkes, wenn auch unbewußtes Gefühl, daß die Banken als wich-
tige Säule des Staates erhalten werden mußten.

werde ich mich hauptsächlich, aber nicht ausschließlich mit der Lage in England befassen.⁴

Hier haben wir drei Gruppen von in der Justiz Beschäftigten zu betrachten: die ungefähr fünfzig hochbezahlten und sorgfältig ausgesuchten Berufsrichter, die alle entscheidenden zivilen und politischen Fälle behandeln, sowohl in erster Instanz wie bei der Berufung. (Der Klarheit wegen werde ich, soweit ich mich auf England beziehe, das Wort "Richter" für die Angehörigen dieser Gruppe reservieren, so wie es gewöhnlich in Gerichtskreisen in England geschieht.) Zweitens gibt es die "Friedensrichter" (Justices of the Peace), die oft "J. Ps." oder "Magistrates" genannt werden. Sie sind unausgebildete und unbezahlte Laien, die nach vielen Tausenden zählen und zahlreiche Funktionen ausüben. Sie betätigen sich in den Einrichtungen, die offiziell "Gerichtshöfe der kleinen Sitzungen" (Courts of petty Sessions) betitelt sind, aber allgemein magistrates courts oder police courts genannt werden. Sie "hören und entscheiden" - um die Formulierung des alten Gerichtsesides zu gebrauchen - alle die zahllosen geringfügigen Kriminalfälle und führen auch die Eröffnungsverfahren - die etwa den Ermittlungsverfahren entsprechen - in wichtigen Fällen durch; aber sie entscheiden nur darüber, ob die vorgelegten Beweise ausreichen, den Fall zur Urteilsfindung an ein höheres Gericht zu überweisen. Dies sind nicht alle ihre Funktionen, da sie auch einer Reihe höherer Kriminalgerichte angehören, den "Gerichtshöfen der Quartalssitzungen" (Courts of Quarter Sessions), um mit einer Jury⁵ viele, aber nicht alle wichtigeren Kriminalfälle "zu hören und zu entscheiden". (Die schwersten dieser Fälle werden von den Richtern, die ich beschrieben habe, an Schwurgerichten oder dem Zentralen Kriminalgerichtshof in London abgeteilt.) Die dritte Gruppe, die lediglich ein Sonderfall der zweiten ist und die gleichen Funktionen hat, nur, daß sie nicht an den Gerichtshöfen der Quartalssitzungen tätig ist, besteht aus vielleicht dreißig oder vierzig Berufsanwälten. Sie werden in London und einigen anderen großen Städten ernannt und bezahlt, um die Tätigkeit auszuüben, die woanders von den gewöhnlichen Friedensrichtern wahrgenommen wird (die ich manchmal "Laienrichter" nennen werde, um sie von der dritten Gruppe, den "besoldeten Richtern", zu unterscheiden).

Um die Charakteristika politischer Prozesse richtig zu verstehen, ist es wichtig, daß man einige Einzelheiten der Methoden der Ernennung und die Hintergründe und Ansichten der Angehörigen dieser drei Gruppen darlegt, die alle Kriminalfälle und damit auch tatsächlich alle politischen Fälle aburteilen. Hierbei werde ich mich nicht auf die Situation in England beschränken, sondern in gewissem Umfang die westlichen bürgerlichen Staaten allgemein betrachten.

Es gibt drei allgemein gebräuchliche Methoden der Ernennung. Die erste besteht in Britannien und den Staaten, die ihr Justizsystem - das oft "angelsächsisches System" genannt wird - von England herleiten, wie den USA und allen jenen Ländern, die zum britischen Empire oder Commonwealth gehören oder früher gehörten. Hier werden die Richter von der Regierung aus den Reihen der praktizierenden Anwälte ernannt. Dies geschieht in Ländern, wo eine ausreichende Anzahl solcher Personen vorhanden ist, wie zum Beispiel in Britannien selbst, in Kanada, Australien, Indien und den USA. In den wenigen noch existierenden britischen Kolonien, wo es zuwenig praktizierende Anwälte gibt, werden die Ernennungen unter geeigneten Anwälten vorgenommen, die in der kolonialen Justizbehörde dienen. Alle diese Richter werden normalerweise auf Lebenszeit oder für die Dauer bis zu einem hohen Pensionsalter ernannt. Praktisch können sie von ihrem Posten nur durch die Beförderung auf einen höheren entfernt werden.

4 Ich benutze hier das Wort "England" und nicht Britannien, da Schottland ein recht andersgeartetes Justizsystem hat, obgleich in bezug auf politische Fälle in beiden Ländern in der Praxis kein großer Unterschied besteht.

5 Jury - Gericht aus Geschworenen - d. Übers.

In den bürgerlichen Ländern außerhalb des angelsächsischen Systems, wie Westdeutschland, Frankreich und den meisten westeuropäischen Ländern, herrscht ein zweites System vor. Die höheren wie die niederen Richter werden von der Regierung nicht aus den Reihen der praktizierenden Anwälte ernannt, sondern aus Personen, die mit Beendigung ihres Studiums die Richterlaufbahn gewählt haben; sie sind Beamte und steigen über die verschiedenen und oft zahlreichen Stufen der Justizhierarchie auf, indem sie wie andere Beamte befördert werden.⁶ Das dritte Ernennungssystem, das in der bürgerlichen Welt selten angewandt wird, ist die Ernennung von Richtern auf dem Wege der Wahl durch die Bevölkerung, wobei sie in ihr Amt für eine begrenzte, im allgemeinen auf wenige Jahre befristete Periode gewählt werden. (Dieses System besteht fast überall in der sozialistischen Welt als Teil der Demokratie, von der ihre Verleumder in der bürgerlichen Welt vorgeben, daß sie nicht existiere; in der Deutschen Demokratischen Republik ist dies System allgemein. Die Artikel 95/2 und 96 der Verfassung der DDR lauten:

"Die demokratische Wahl aller Richter, Schöffen und Mitglieder gesellschaftlicher Gerichte gewährleistet, daß die Rechtsprechung von Frauen und Männern aller Klassen und Schichten des Volkes ausgeübt wird."

"Alle Richter, Schöffen und Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte werden durch die Volksvertretung oder unmittelbar durch die Bürger gewählt. Sie erstatten ihren Wählern Bericht über ihre Arbeit. Sie können von ihren Wählern abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung oder die Gesetze verstoßen oder sonst ihre Pflichten gröblich verletzen."

In einigen Bundesstaaten der USA werden manche Richter in öffentlicher Abstimmung gewählt, was zu solchen grotesken Entwicklungen der herkömmlichen westlichen Wahlkampagnen und amerikanischen Reklametechniken führt, wie ich sie einmal auf einem Plakat in New York City sah, das lautete: "Stimmt für Richter ... und haltet die Kommunisten raus!" (Dies bedeutete vielleicht nicht mehr, als daß dieser spezielle Kandidat für den Posten versuchte, gegen einen anderen Kandidaten politisches Vorurteil zu wecken, indem er behauptete, jener hätte fortschrittliche Ideen!)

Warum scheuen die bürgerlichen Demokraten die öffentliche Wahl der Richter? Ich glaube, es gibt zwei Hauptgründe. Einer ist, daß alle bürgerlichen Politiker, einschließlich der Sozialdemokraten, den Massen grundsätzlich mißtrauen und jeden Gedanken zurückweisen, ihnen irgendeine größere Macht oder Teilnahme an der Regierung zu gewähren, als in bestimmten Abständen über sorgfältig ausgewählte Kandidaten für gesetzgebende Versammlungen abzustimmen. Sie halten die Massen für unfähig zur Wahl von Richtern. Ein anderer, vielleicht wichtigerer Grund ist, daß die bürgerlichen herrschenden Klassen das Recht der Ernennung von Richtern in ihren eigenen Händen behalten wollen, um sicher zu gehen, daß der ganze Justizapparat eine absolut verlässliche Waffe im Klassenkampf ist. Ich möchte an dieser Stelle ein anderes Problem erwähnen, das sowohl sozialistische wie bürgerliche Staaten in verschiedenem Grade berührt, nämlich die von vielen Bürgern empfundene Notwendigkeit, für Möglichkeiten der öffentlichen - das heißt nichtberufsmäßigen - Teilnahme an der Arbeit der Gerichte zu sorgen. In den sozialistischen Staaten wird dies als eine hochwichtige Notwendigkeit angesehen, um zu gewährleisten, daß die Richter mit dem Volk eng verbunden sind und bleiben. Sie sollen dessen Betrachtungsweise nicht nur verstehen, sondern teilen und in echter Weise danach trachten, seinen Interessen zu dienen. Dies wird durch solche Maßnahmen wie die Wahl der Richter und den Einsatz gewählter Schöffen, die mit den Berufsrichtern die Fälle gemeinsam beurteilen, erstrebt und weitgehend erreicht. Während in den bür-

⁶ Ich widerstehe der Versuchung, über meine Thematik hinauszugehen und die relativen Vorteile dieses und des britischen Systems unter dem Gesichtspunkt wirksamer Behandlung von Fällen im allgemeinen zu vergleichen.

gerlichen Staaten viele Bürger die Notwendigkeit spüren, die Richter in enger Berührung mit den Menschen zu halten, sucht die herrschende Klasse im allgemeinen jede solche Schwächung ihrer Kontrolle der Gerichte zu vermeiden, und sie gesteht jeden Schritt in dieser Richtung nur unter dem Zwang der öffentlichen Meinung zu.⁷

An dieser Stelle muß ich einige Einzelheiten des bemerkenswerten angelsächsischen Systems der Einbeziehung von Geschworenen in alle wichtigen Prozesse erörtern, wenn es auch heutzutage nicht so wichtig ist, wie seine Verteidiger erklären. In England sind die Geschworenen zwölf Laien, die getrennt vom Richter in einem abgeteilten Raum sitzen, der die "Box" genannt wird. (Sie sitzen nicht mit dem Richter oder den Richtern auf einer Bank, wie es zum Beispiel in Westdeutschland in den wenigen Fällen üblich ist, wo man sich Geschworener bedient.) Unter der Leitung des Richters, der viel zu ihrer Beeinflussung unternehmen kann, aber ihnen die letzte Entscheidung überlassen muß, sind sie ausschließlich mit der Pflicht betraut, über Schuld oder Unschuld des Angeklagten zu entscheiden. Dies bedeutet sicherlich die Beteiligung eines Laienelements an der Arbeit der Gerichtshöfe und wird oft nicht nur dafür gelobt, sondern auch als wirklicher Schutz der Staatsbürger gegen Unterdrückung gepriesen. Man rühmt ihm auch nach, daß es von der "Magna Charta" hergeleitet sei, die vom Adel des 13. Jahrhunderts dem König Johann abgerungen wurde und - ohne allzuviel historische Genauigkeit - als die Grundlage der "Freiheit des Individuums" in England gepriesen wird. Die Magna Charta sah vor: "Kein Freier soll verhaftet oder eingekerkert oder seines freih Grundbesitzes oder seiner Freiheiten oder seiner freien Gebräuche beraubt oder außerhalb des Gesetzes gestellt oder vertrieben oder auf irgendeine andere Weise vernichtet werden; noch werden wir gegen ihn vorgehen noch ihn verurteilen außer durch das gesetzliche Urteil ihm Ebenbürtiger oder durch das Landesgesetz."

Es gab sicherlich Perioden in der englischen Geschichte, besonders im letzten Teil des 18. Jahrhunderts, wo Regierungen, die nicht nur bei den Massen, sondern auch bei der Bourgeoisie, der die Geschworenen hauptsächlich entstammten, sehr unpopulär waren, in einer Anzahl politischer Prozesse geschlagen wurden. Die Schwurgerichte sprachen die Angeklagten frei. Aber in den meisten Perioden, und ganz gewiß heutzutage, ist die schneidige herrschende Klasse unter Beibehaltung des Geschworenensystems in der Lage, mit ziemlicher Sicherheit Schuldurteile in politischen Prozessen zu erlangen. Dies wird durch die einfache Methode von Eigentumsnachweisen erreicht, die ganz bescheiden aussehen. Doch reichen sie aus, um wirksam zu sichern, daß die Schwurgerichte nicht aus "Ebenbürtigen" des durchschnittlichen Arbeiters zusammengesetzt sind - des Mannes, der am wahrscheinlichsten politischer Vergehen beschuldigt wird -, sondern bereit sind, ihn und jedermann zu verurteilen, der mit den orthodoxen bürgerlichen Ansichten nicht übereinstimmt. Der Rechtsgrundsatz der Magna Charta, daß das Urteil von Ebenbürtigen gefällt wird, bedeutete in seiner Auslegung niemals, ein Arbeiter müsse von Arbeitern abgeurteilt werden oder ein Doktor von Doktoren. Man hat nur eine Geschworenenliste, und die auf ihr verzeichneten Namengellen als die "Ebenbürtigen" jedes Angeschuldigten. In einem halben Jahrhundert Praxis begegnete mir nur ein Fall⁸, wo es mehr als einen oder zwei Arbeiter in einem Schwurgericht gab (in einem Lande, das von allen Ländern den höchsten Anteil der Arbeiterklasse an der

7 Man ist in beiden Weltsystemen auch bestrebt, übertriebenen juristischen Formalismus bei der Arbeit der Gerichte zu vermeiden. Die Beteiligung von Laien hilft, dieses Ziel zu verwirklichen.

8 Dieser Fall war ein politischer Prozeß, in dem ein Schwurgericht einen Kommunisten freisprach, der eine öffentliche, stark regierungsfeindliche Rede gehalten hatte. Dieses ziemlich unerwartete Ergebnis führte zu einem Wutausbruch des Richters, eines tüchtigen Reaktionärs, der alles, was er konnte, getan hatte, um die Geschworenen zu einem Schuldspruch zu veranlassen.

Bevölkerung hat). Normalerweise bestehen die Schwurgerichte zum größten Teil aus Bourgeois und Kleinbürgern, die so beschaffen sind, daß sie alle möglichen Vorurteile akzeptieren, die von der Presse der herrschenden Klasse verbreitet werden. Dies betrifft besonders Voreingenommenheiten gegen die Arbeiter und vor allem Gewerkschafter. So widerspiegeln Schwurgerichte in Wirklichkeit nicht das Urteil von "Ebenbürtigen" der meisten Angeklagten, sondern das der orthodoxen oberen Bourgeoisie; und um die Magna Charta auf den heutigen Stand zu bringen, sollte man hinzusetzen: "außer durch das gesetzliche Urteil von zwölf Bürgern, die vom Gesetz als Ebenbürtige betrachtet werden." Und weil gelegentlich Regierungen aus Furcht, daß in einem speziellen Fall ein Schwurgericht sich weigern könnte, den Angeklagten zu verurteilen, ihn vorsätzlich nur eines kleineren Vergehens anklagen, das von Polizeirichtern ohne Geschworene abgeurteilt werden kann, sollte man zu den Worten der Magna Charta weiterhin zufügen: "ausgenommen in Fällen, in denen wir ihn ohne Geschworene verurteilen können."

Es ist interessant zu betrachten, wie das Problem der Schwurgerichte und ihrer möglichen Feindseligkeit gegenüber der herrschenden Klasse in dem großen Lande Indien (jetzt Indien und Pakistan) während der britischen Herrschaft funktionierte. Die Briten führten das englische Rechtssystem in Indien mit lediglich der Modifizierung ein, wie sie durch die örtlichen Bedingungen erforderlich war, und beschäftigten bis zu einem sehr späten Stadium nur britische Richter und Polizeirichter. Diese wurden teilweise aus in England praktizierenden Anwälten und teilweise aus juristisch qualifizierten Angehörigen der überaus wirksamen indischen Kolonialverwaltung ausgesucht. Das Geschworenen-system wurde in einigen Gebieten und für einige Fälle eingeführt. Aber da die Geschworenen die englische Sprache, in der die Fälle verhandelt wurden, wirklich gut verstehen mußten, war es im größten Teil des Landes nicht anzuwenden, so daß es hauptsächlich auf die großen Städte beschränkt blieb.⁹ Und in Gegenden, in denen es schwierig gewesen sein dürfte, genug geeignete Geschworene zu finden, griff man in der Praxis auf Schöffen zurück.

Die Schwierigkeiten politischer Prozesse, die immer gewichtiger und zahlreicher wurden, je mehr sich die nationale Befreiungsbewegung entwickelte, führten zu einer Gesetzgebung, die vorsah, daß in mehreren "Geschworenen"-Bezirken Anklagen wegen Mordes, bei denen die Regierung natürlich besonders interessiert an Verurteilungen zu sein pflegte, von Richtern ohne Geschworene verhandelt werden sollten. Indessen wurden allgemeine Kriminalfälle vor Schwurgerichte gebracht. Aus den gleichen Motiven war vorgesehen, daß in Schöffenzirken der Richter zur Verurteilung ermächtigt war, auch wenn die Schöffen für Freispruch stimmten. (In dem berühmten Meerut-Hochverratsprozeß, in dem eine Gruppe indischer und einige britische Arbeiter mehrere Monate lang vor allem deshalb angeklagt waren, weil sie indische Arbeiter ermutigt hatten, Gewerkschaften zu bilden oder ihnen beizutreten, veranstaltete die Regierung eine Reihe von Manövern, um den Prozeß in einem Bezirk verhandeln zu lassen, wo man weder auf Schwurgerichte noch auf Schöffen zurückgreifen konnte.)

Ein anderes interessantes Problem ist die "Unabhängigkeit" der Richter. Auf allen historischen Stufen wollte die in der Minderheit befindliche herrschende Klasse nicht nur die Auswahl solcher Richter, von denen sie eine Entscheidung der Fälle zu ihren Gunsten erwarten konnte, in ihrer Hand halten, sondern auch nach Möglichkeit den Gerichten in politischen Fällen Entscheidung nach ihren Wünschen befehlen. In vergangenen Jahrhunderten suchte

⁹ Und selbst hier erinnere ich mich aus meiner Tätigkeit an einen Fall, der zur Berufungsverhandlung nach London verlagert wurde. Ein Volksführer war wegen Verrats von einem Schwurgericht verurteilt worden. Der ganze Prozeß wurde jedoch für ungültig erklärt, weil die Hälfte der Geschworenen gar nicht die englische Sprache beherrschte.

die englische Bourgeoisie, die sich im Konflikt mit der absolutistischen Monarchie befand, deren Absicht, die Entscheidungen der Gerichte zu kontrollieren und zu bestimmen, zu vereiteln, indem sie das Prinzip der "richterlichen Unabhängigkeit" verteidigte. Eine solche Konzeption hat in verschiedenen Ländern unterschiedliche Bedeutung. In Britannien bedeutet sie, daß ein einmal ernannter Richter sein Amt auf Lebenszeit oder bis zu einem hohen Rücktrittsalter innehält und nicht einmal wegen ernststen Fehlverhaltens entlassen werden kann, außer durch ein Verfahren, das so verwickelt und schwierig ist, daß es in England niemals mit Erfolg durchgeführt wurde. Diese Vorkehrungsmaßnahme sollte es, so wurde behauptet, einer Regierung unmöglich oder wenigstens sehr schwer machen, den Richtern vorzuschreiben, bestimmte Entscheidungen zu fällen (oder die Vorteile der Geschworenen nach einer bestimmten Richtung zu beeinflussen). Sie schafft sicherlich ein Maß an Unabhängigkeit, aber die herrschende Bourgeoisie schützt sich in der Praxis vor allen unerwünschten Wirkungen dieser Unabhängigkeit, indem sie die Richter mit größter Vorsicht ernennt. Sie wählt nur jene aus, denen sie in bezug auf ihre allgemeinen Ansichten und Wünsche vertrauen kann. Sie kann mit Hilfe ihrer Macht auch Beförderungen von einer Stufe des Gerichtswesens auf eine andere vornehmen und damit Richter belohnen, die Prozesse in ihrem Sinne entscheiden. Aber dies ist in Britannien weniger wichtig als in einigen anderen Ländern, da es nicht viele Stufen gibt, auf welche ein Richter befördert werden kann, und die niedrigste Stufe ist fast so gut bezahlt und mit fast genausoviel Ansehen verbunden wie die höchste. Dennoch haben solche Beförderungen einige Wirkung erzielt. Es knüpft sich an sie in vielen Ländern und bis zu einem gewissen Grade sogar in Britannien die Möglichkeit, für einen bestimmten Prozeß einen Richter auszuwählen, von dem bekannt ist, daß er besonders dazu neigt, die Regierung zu begünstigen, und ihn mit einer nachfolgenden Beförderung zu belohnen. Dieses Verfahren ist in Britannien eine etwas delikate Angelegenheit, die in der Öffentlichkeit nicht oft diskutiert wird, denn die Auswahl von Richtern für bestimmte Prozesse ist die Aufgabe eines besonders prominenten Richters und nicht die der Regierung. (Und wie man sich vorstellen kann, wird die Regierung besonders vorsichtig bei der Ernennung dieses prominenten Richters gewesen sein.) Wenn politische Prozesse in der Provinz und nicht in London geführt werden, ist die Auswahl eines Richters für einen speziellen Fall nicht so einfach. Denn jeder Fall, über den in einem bestimmten Bezirk verhandelt wird, muß vor einen der zwei, im Höchstfalle drei Richter des Schwurgerichts dieses Bezirks gebracht werden, und es kann sich als unmöglich erweisen, die Auswahl der Richter rechtzeitig so zu beeinflussen, daß die Verhandlung des Falles vor einem willfähigen Schwurgericht gesichert ist. (Ich werde ein bestimmtes Beispiel dieses Verfahrens später behandeln, wenn ich im letzten Teil dieses Beitrages einige konkrete Prozesse erwähne.) In den britischen Kolonien ist (oder war) die Auswahl von Richtern für spezielle Fälle, wie alle anderen Amtshandlungen der Regierungsstellen, gröber und unverblümt als in Britannien selbst, da eine kritische öffentliche Meinung dort kaum oder überhaupt nicht zur Geltung kommen kann. (Ich werde zur Illustration auch dafür mehrere Beispiele anführen.) In Britannien selbst kann man von Zeit zu Zeit Beispiele finden, daß Richter für spezielle, von der Regierung für wichtig gehaltene Prozesse ausgewählt und kurz darauf in höhere Ämter befördert werden.

Einige andere bürgerliche Länder bieten weit treffendere Beispiele sowohl für die Auswahl der Richter als auch für deren direkte Beeinflussung durch die Regierung als Britannien. In Westdeutschland zum Beispiel, wo die Richter Beamte der verschiedensten Altersklassen sind und wo es eine Vielzahl von Rangstufen gibt, die mit sehr unterschiedlichen Gehältern und unterschiedlichem Ansehen verbunden sind, kann die bloße - ausgesprochene oder unausgesprochene - Drohung, die Beförderung zu verzögern, oder das Versprechen, sie zu beschleunigen, große Wirkung auf die Haltung des Richters haben, der über einen von der Regierung für wichtig angesehenen Fall zu verhandeln hat. Ich werde später illustrieren, wie die westdeutsche Regierung eingreift, um eine von ihr gewünschte Entscheidung zu sichern. Dies geschieht nicht immer in aller Stille.

Was die englischen Richter betrifft, so bietet ihr sozialer Hintergrund eine wichtige zusätzliche Sicherheit für die bürgerliche Regierung. Die einzigen als Richter wählbaren Kandidaten sind praktizierende Barrister. Die Barrister sind ein Teil der englischen Anwaltschaft; sie widmen praktisch ihre gesamte Zeit den Gerichtsverhandlungen. Sie haben kaum direkte Berührung mit der Masse der Bevölkerung, ja nicht einmal mit ihren eigenen Klienten. Mit diesen befaßt sich vornehmlich der andere Teil der Anwälte, die Solicitors. Die meisten Barrister entstammen der oberen Bourgeoisie, und selbst diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, verbringen ihr gesamtes Berufsleben in der gleichen Atmosphäre und atmen dieselben Ideen ein. So bringen sie die Voraussetzungen dafür mit, den von der herrschenden Klasse gewünschten Pro-Establishment-Gesichtskreis zu akzeptieren und zu repräsentieren. Sie werden ohne spürbaren Aufwand als perfekte Diener des Establishments "formiert". Wenn man an sie denkt, wird man an den von dem fortschrittlichen Engländer Humbert Wolfe auf die Journalisten gemünzten Reim erinnert:

"Die Zeitung darfst du nicht bestechen! So eine Tat ist nicht gescheit! Was macht das schon, denn zum Verbrechen ist unbezahlt sie auch bereit!"

Und wenn man im selben Geiste die Wahrheit über die Richter sagen will, kann man schreiben:

"In diesem Land der guten Arten darfst du die Richter nicht bestechen. Kannst aber ohne Angst erwarten, daß unbezahlt sie für dich sprechen!"

Soviel über die Ernennung und den Gesichtskreis der Berufsrichter, da es nicht nötig ist, auf jene Gruppe von Berufsrichtern mit geringerer Wirksamkeit einzugehen, die unter dem Namen County Court Judges bekannt sind, was etwa dem alten deutschen Amtsrichter entspricht. Sie haben keine richterliche Gewalt für Kriminalfälle und sind daher für politische Prozesse nicht wichtig. Ich komme nunmehr zu den Polizeirichtern oder Friedensrichtern. Diese Posten werden, obgleich sie unbezahlt sind, von vielen Leuten angestrebt, da sie mit einigem Ansehen verbunden sind und einen Ruf von Macht verleihen. Sie sind unter Berücksichtigung ihrer eingangs beschriebenen ausgedehnten und vielfältigen Funktionen von großer gesellschaftlicher und politischer Bedeutung.

Die Ernennungen werden von der Regierung vorgenommen, aber dies geschieht auf Grund von Kandidatenlisten, die von örtlichen Komitees auf Empfehlung der drei bürgerlichen Hauptparteien vorbereitet werden (unter Verletzung des in Britannien gewöhnlich vertretenen Prinzips, daß alle Gerichtspersonen der Politik so fern stehen sollten wie möglich). Auf Grund dieser Ernennungsmethode gehören zu den Friedensrichtern, die zu Beginn dieses Jahrhunderts fast ganz aus Landbesitzern, pensionierten Heeres- und Marineoffizieren, Rentiers und Geschäftsleuten bestanden, nunmehr in zahlreichen, vor allem Industriebezirken eine bestimmte Anzahl Gewerkschaftsfunktionäre und andere, meist ältere und dem rechten Flügel angehörende, Labour-Vertreter, die von der Labour-Partei benannt werden.

Es verbleibt noch eine dritte Gruppe, die besoldeten Friedensrichter. Diese werden in London von der Regierung und in anderen Städten vom Rat der Stadt bestimmt. Nur Barrister können dazu ernannt werden. Es gibt verschiedene Gründe, ihnen die Arbeit zu übertragen, die normalerweise von Laien-Friedensrichtern verrichtet wird. Erstens ist die Arbeit, die in den großen Städten auf die Friedensrichter entfällt, so umfangreich, daß sie von Laien-Friedensrichtern, die dieser unbezahlten Tätigkeit normalerweise nur ein paar Stunden in der Woche widmen können, nur schwer zu bewältigen ist. Zweitens ist die Tätigkeit in großen Städten teilweise so kompliziert, und sie wirft zu viele Rechtsfragen auf, denen Laien nicht ausreichend gewachsen sind. Dieser letzte Grund wird von Apologeten des Friedensrichtersystems ziemlich zögernd ins Feld gebracht, da er direkt zu dem Argument führt, daß das ganze System geändert werden muß, weil Laien, selbst bei Beratung mit einem ausgebildeten Rechtsanwalt, die Arbeit nicht ordentlich verrichten könnten - was tatsächlich stimmt. (Sei es gut oder schlecht: Vorschläge, besoldete Friedensrichter für alle oder die

meisten Gebiete zu ernennen, sind von der Öffentlichkeit ungünstig aufgenommen worden, weil die schon tätigen besoldeten Friedensrichter keine gute Arbeit leisten.) Unter dem Gesichtspunkt der politischen Fälle verrichten die besoldeten Friedensrichter in London ihre Arbeit entweder außerordentlich gut oder außerordentlich schlecht, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt. Die Regierung scheint bei der Ernennung dieser Richter sogar noch mehr Wert auf solche Personen zu legen, auf deren Unterstützung sie in politischen Fällen mit absoluter Sicherheit rechnen kann, als dies bei der Ernennung höherer Richter der Fall ist. Man muß sich auch vergegenwärtigen, daß die Londoner Friedensrichter von Jahr zu Jahr mehr politische Fälle aburteilen. Das betrifft nicht bloß die Ermittlungsverfahren, sondern auch die Vernehmungen und die Entscheidung kleinerer Fälle. Dies mag sonderbar klingen, denn die meisten von uns stellen sich unter politischen Fällen lange und großangelegte Verfahren vor. Aber es ist eine Tatsache, daß, wann immer es Demonstrationen, Umzüge oder Versammlungen aus populären Gründen gibt, die aber bei der Regierung nicht populär sind, die Polizei Unordnung provoziert, mutmaßliche Demonstranten ziemlich wahllos verhaftet und sie dann vor den besoldeten Friedensrichtern der Friedenstörung, der Behinderung der Polizei und anderer kleiner Vergehen anklagt. So ist eine Friedensrichterschaft, die mit ziemlicher Sicherheit die Beweisführung der Polizei anerkennt, die Beschuldigten verurteilt und sie zu schweren Geldbußen oder sogar kurzen Gefängnisstrafen verurteilt, eine wichtige Waffe im Arsenal der herrschenden Klasse, um Kritik zu unterdrücken anstatt deren Ursachen zu beseitigen. Und ein besoldeter Friedensrichter kann an einem Vormittag mehr politische Urteile fällen als die ganze Richterbank in einem Jahr.

Ich komme nun zu den politischen Gesetzen, das heißt den Gesetzen, die politische Vergehen betreffen. Diese sind ein wichtiger Teil der Waffen der herrschenden Klasse. Die politischen Fälle werden, wie ich erwähnt habe, im allgemeinen von denselben Gerichten nach den gleichen Verfahren behandelt wie die allgemeinen Fälle. Wären nun die betreffenden Gesetze nicht besonders drastisch, dann gäbe es kein stärkeres Mittel, die politischen Angeklagten des von gewöhnlichen Angeklagten genossenen Schutzes gegen ungerechte Verfahren oder Verurteilungen zu berauben - wie groß oder klein dieser Schutz auch immer sein mag -, als verfahrensmäßige Schikanen, wie die pauschale Ablehnung von Beweisanträgen durch die Richter. (Dafür will ich später ein Beispiel anführen.) Die herrschenden Klassen glauben offenbar, selbst wenn sie leicht einen "vertrauenswürdigen" Richter für einen speziellen Fall auswählen können, daß das Risiko, einen Prozeß zu verlieren, zu groß ist, wenn sie keine andere als diese Sicherheit haben. Dementsprechend haben sie in den meisten Ländern dafür gesorgt, daß die für politische Vergehen wie Verrat, Staatsgefährdung, Aufruhr¹⁰ und Verschwörung¹¹ gültigen Gesetze in extrem vager Sprache abgefaßt sind. So haben die

10 Aufruhr ist nach englischem Gesetz ein Vergehen, das nur durch das (ungeschriebene) common law definiert ist. Es findet im Spruchrecht in der denkbar vagesten Weise seinen Niederschlag und besteht aus der Benutzung geschriebener oder gesprochener Worte, die unter anderem "darauf gerichtet sind, eine Klasse gegen eine andere aufzuwiegen" - vielleicht eine ungewöhnliche offene Art, auf den Klassenkampf einzugehen. Das einzige Positive an diesem gefährlichen Gesetz, das so oft zu schrecklichen Eingriffen in die Freiheit der politischen Auseinandersetzung geführt hat, ist, daß in jüngster Zeit Schwurgerichte sowohl in England wie in den Kolonien es als so widerlich empfanden, daß sie die Angeklagten häufig freisprachen.

11 In der angelsächsischen Rechtsprechung, und vielleicht auch anderswo, ist es ein alter Trick, politische Angeklagte der Verschwörung anstatt irgendeines spezifischen Vergehens zu beschuldigen. Er wurde oft von fortschrittlichen Richtern verurteilt. Er befähigt die Regierungen, einen Schuldspruch in Fällen zu erwirken, wo keinerlei Beweise existieren, daß die Opfer irgendwelche wirklich strafbaren Handlungen begangen haben.

Richter in jedem speziellen Fall die Möglichkeit zu verfügen, daß Reden, Schriften oder Aktionen des Beschuldigten in die Reichweite des Gesetzes fallen. In England erleichtert die für das Spruchrecht charakteristische Dehnbarkeit (die in dieser Hinsicht an "Gummiparagraphen" erinnert) eine derartige Entwicklung. So ist im Laufe der Jahrhunderte die Definition des Verrats zu einem fast lächerlichen Umfang angewachsen.

Ich werde nun einige Illustrationen geben, die entweder von Fällen in verschiedenen Ländern stammen, wo ich selbst verteidigt habe, oder von solchen Fällen, die ich genau untersuchen konnte. Ich möchte damit zeigen, wie bürgerliche Staaten und Regierungen in der Praxis politischer Fälle vorgehen und welche Tricks von Regierungen in solchen Fällen angewendet werden.

Zuerst werde ich einen englischen - oder genauer einen walisischen - Fall nehmen, in dem ich im Jahre 1934 für die Verteidigung tätig war. Die Anklage stand nicht nur auf so schwachen Füßen, daß es ein schwerer Mißbrauch war, sie zu erheben, sondern sie war einfach aus unsauberen Motiven erdichtet. In dieser Zeit waren Arbeitslosigkeit und Hunger in Britannien fast so ernst und tragisch wie in Deutschland. Die "Nationale Bewegung der arbeitslosen Arbeiter" (National Unemployed Workers' Movement) - als Gewerkschaft derjenigen, die keine Arbeit hatten -, die die besonderen Interessen der Arbeitslosen vertreten und ihre Klassenmoral aufrechterhalten sollte (eine Aufgabe, die sie bewundernswert erfüllte), organisierte eine Reihe von "Hungermärschen", bei denen Tausende von Arbeitslosen Hunderte von Kilometern entlang der großen Landstraßen Britanniens aus allen großen Industriebezirken nach London marschierten, um am 25. Februar eine große Demonstration zu veranstalten und die Regierung zu Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu zwingen. Die Regierung wollte natürlich diese Demonstration um jeden Preis unterbinden, aber sie hatte keine gesetzliche Befugnis dazu. In der damaligen Atmosphäre wagte sie nicht, das Parlament um eine solche Befugnis zu ersuchen. So suchte sie, wie stets in solchen Fällen, indirekte Hindernisse zu errichten. Sie war besonders darauf bedacht zu verhindern, daß Harry Pollitt, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und Tom Mann, der Schatzmeister der "Nationalen Bewegung der arbeitslosen Arbeiter", ein alter Kommunist, an der Demonstration teilnahmen. Beide waren beliebte Führer der Arbeiterklasse und glänzende Redner. In den letzten vierzehn Tagen vor der Demonstration bereisten beide Südwalles, wo sie auf vielen öffentlichen Versammlungen mit der ihnen eigenen Energie sprachen. Insbesondere hatte jeder auf Versammlungen am Sonntag, dem 18. Februar, gesprochen, eine Woche vor der Demonstration. Am 23. Februar, zwei Tage vor der Demonstration und einen Tag, bevor Pollitt auf einem wichtigen "Aktionskongreß" in London sprechen sollte, wurden sie in ihren Londoner Wohnungen verhaftet und nach Südwalles gebracht. Dort wurden sie vor Friedensrichtern des Aufruhrs angeklagt, dessen sie sich angeblich in ihren Reden am vorhergehenden Sonntag schuldig gemacht hätten. Aufruhr, dessen Wesen ich oben zu beschreiben versucht habe, kann nicht von Friedensrichtern verurteilt werden. Sie können nur - in der von mir oben beschriebenen Weise - entscheiden, ob die Beweise der Anklage ausreichen, den Fall vor die Geschworenen zu bringen. Die Friedensrichter vertagten den Fall um eine Woche und entließen Pollitt und Mann gegen Kautions.

Dieses Manöver brachte der Regierung den völlig ungerechtfertigten Erfolg, daß es die zwei Männer daran hinderte, auf dem Aktionskongreß oder der Demonstration in Erscheinung zu treten. Aber da die Friedensrichter dem Verfahren entsprechend entschieden, den Fall vor

Ein vollständiges Verbrechen im Sinne der Verschwörung liegt bereits vor, wenn zwei oder mehr Personen mittels noch so unklarer Beweise überführt sind, die Ausführung eines bestimmten Verbrechens, wie unverbindlich auch immer, vereinbart zu haben, auch wenn von ihnen keinerlei Schritte zur Verwirklichung der Tat unternommen wurden.

die Geschworenen zu bringen, stand die Regierung vor einem Prozeß mit sehr schwachen Beweisen. Sie mag angesichts der gewöhnlichen Vorurteile gegen Kommunisten mit Schuldprüchen gerechnet haben, die die Kommunistische Partei in einem gewissen Maße in bürgerlichen Kreisen diskreditieren und zwei wertvolle Führer der Arbeiterklasse während einer Zeit großer politischer Spannung durch Inhaftierung außer Gefecht setzen würden. Aber sie hatte doppeltes Mißgeschick. Zunächst wurde der Richter krank, der für jenes Gericht ausgewählt worden war. Er war ein ungewöhnlich einfältiger und bigotter Reaktionär, mit dem ich während des Prozesses bittere Zusammenstöße hatte. Er mußte durch einen anderen Richter ersetzt werden, der sich durch eisigste Unparteilichkeit und Integrität auszeichnete. Zweitens war auch der Ankläger¹² ein ehrenhafter Mann ohne politische Vorurteile, der es für seine Pflicht hielt, alle, auch politische Fälle objektiv darzustellen.

Mit diesen Vorteilen plus der Schwäche der Anklage, bei der es sich zum Beispiel erwies, daß die Polizeioffiziere, die angaben, die Reden niedergeschrieben zu haben, keine Kurzschrift beherrschten, verlief der Prozeß glatt. Mann wurde freigesprochen und die Anklage gegen Pollitt daraufhin fallengelassen.

Was wäre nun, soweit ein solcher Vergleich möglich ist, geschehen, wenn es sich um keine politischen Anklagen gehandelt hätte? Zunächst wären sie überhaupt niemals erhoben worden, da sie beide offensichtlich aus unsauberen Motiven erdichtet waren; außerdem waren sie so schwach, daß die in einem unpolitischen Fall amtierenden Friedensrichter sie wahrscheinlich nicht zur Prozeßaufnahme weitergeleitet hätten. Glücklicherweise läßt sich in diesem Beispiel das Verhalten des Anklägers oder des Richters nicht kritisieren.

Mein nächstes Beispiel stammt von einem Fall, an dem ich nicht beteiligt war, mit dem ich mich aber über lange Zeit intensiv befaßt habe. Es handelt sich um das Verfahren für das Verbot der Kommunistischen Partei Westdeutschlands (der KPD) vor dem westdeutschen Verfassungsgericht. Es ragt als Beispiel einer schwachen Anklage hervor, die niemals hätte erhoben werden und keinen Erfolg hätte haben dürfen und die einfach durch den Druck einer skrupellosen und reaktionären Regierung dem Gericht aufgezungen wurde.

Gemäß dem westdeutschen Grundgesetz können politische Parteien als verfassungswidrig verboten werden, wenn - und nur wenn - sie "nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden" (Artikel 21, Absatz 2).

Die Adenauerregierung veranlaßte 1951 in der Absicht, die KPD, ihren ernsthaftesten und prinzipiellsten Gegner, zu beseitigen, ein Verfahren vor dem Verfassungsgericht und forderte das Verbot dieser Partei. Die Gründe, die sie für diese Forderung angab, stammten hauptsächlich aus dem Arsenal falscher Behauptungen der antikommunistischen Propaganda, aber umfaßten auch Beschuldigungen, wonach diese Partei eine Volksabstimmung über die Wehrpflicht verlangt habe (die Verfassungsmäßigkeit der letzteren war zweifelhaft) und ihre Bundestagsabgeordneten die Regierung der Remilitarisierung anklagten! Eine andere Beschuldigung, die in den Rahmen des Artikels 21, Absatz 2, passen sollte, lief darauf hinaus, daß diese Partei die demokratische verfassungsmäßige Regierungsform zu zerstören suche (welche die Regierung bereits zu schwächen trachtete und inzwischen jahrelang unterhöhlt).

Das Verfahren schleppte sich sehr langsam dahin. Das Gericht stand vor der unbehaglichen Aufgabe, mit einem auf schwachen Füßen stehenden Fall fertigzuwerden, den die Regierung

12 In England wird die Anklage nicht von ernannten Staatsanwälten vertreten, sondern von praktizierenden Anwälten, die für jeden einzelnen Fall oder eine Reihe von Fällen ausgewählt werden.

unbedingt gewinnen wollte. Als 1954 der Prozeß bereits drei Jahre alt war und die Vernehmungen noch immer liefen, bestellte Kanzler Adenauer den Vorsitzenden der Ersten Kammer des Gerichts, die den Fall bearbeitete, zu einem persönlichen Gespräch. Man kann nur erraten, daß es benutzt wurde, um auf eine schnelle und natürlich für die westdeutsche Regierung günstige Entscheidung zu drücken. Doch selbst dann wurden die Vernehmungen erst am 14. Juli 1955 abgeschlossen. Die Regierung rechnete zweifellos mit einer Entscheidung innerhalb von ein oder zwei Monaten, aber tatsächlich mußte sie noch über zwölf Monate warten. Gegen diese Verzögerung unternahm sie den ungewöhnlichen und schimpflichen Schritt, dem Bundestag eine "Vorlage zur Ergänzung des Gesetzes über das Verfassungsgericht" zuzustellen. Danach sollte der Fall, wenn ihn die Erste Kammer des Gerichts nicht innerhalb von sechs Wochen aburteilte, ihr dieser entzogen und der Zweiten Kammer des Gerichts überwiesen werden. Auf diesen Druck hin fällte die Erste Kammer am 17. August 1956 das Urteil, in dem ein Verbot der Partei ausgesprochen wurde. Aber selbst dann ließ das Gericht im Urteilsspruch die Schwierigkeiten erkennen, denen es gegenüberstand. Es stellte fest, daß es keinen Beweis irgendeiner subversiven Tätigkeit oder Gewaltanwendung gab, und es war gezwungen, sich bei seiner Behauptung, daß diese Partei beabsichtige, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, teilweise auf das Kommunistische Manifest von 1848 zu beziehen. Es erklärte erstens, daß ungeachtet des Verbots der Partei jeder Bürger nach wie vor das volle Recht habe, ein Kommunist zu sein und den Marxismus-Leninismus zu verkünden, und zweitens, daß die von der Präambel und durch Artikel 146 des Grundgesetzes allen westdeutschen Bürgern auferlegte Verpflichtung, für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken, Priorität vor der Entscheidung des Parteiverbots habe und das Verbot seine Gültigkeit verlieren werde, wenn sicherweise, daß es der Wiedervereinigung entgegenwirke.

Im Lichte dessen, was darauf folgte, tut man gut, daran zu erinnern, auf wie schwachen Füßen das schicksalhafte Verbot der KPD stand und steht. Die Regierung und die Gerichte verfolgen nicht nur Kommunisten, sondern auch Menschen, die lediglich für eine legale Politik eintreten, wie auch die Kommunisten. Die westdeutsche Regierung, die seit 1966 durch keinerlei wirksame Opposition mehr eingeschränkt ist, hat durch ihre Politik und ihre Taten die Aussicht auf eine Wiedervereinigung noch mehr verschlechtert.

Hätte dieses Verfahren keinen so ausgesprochen politischen Charakter besessen, wäre es gewiß gescheitert. Sicherlich wäre auch niemals ein so starker Druck auf das Gericht ausgeübt worden.

Meine nächste Illustration nehme ich aus den USA. Es ist ein Fall, an dem ich keinen Anteil hatte, den ich aber genau untersuchte und über den ich viele Artikel schrieb.

Julius Rosenberg und seine Frau Ethel wurden im März 1951 in New York wegen Verschwörung verurteilt. (Ich habe im Vorhergehenden kommentiert, wie man Angeklagten Verschwörung zur Last legt, um schwache Anklagen zu stützen.) Sie waren beschuldigt worden, einer ausländischen Regierung, das heißt der UdSSR, Dokumente und Berichte übermittelt zu haben, die die nationale Verteidigung der USA betrafen, "mit der Absicht und in dem Glauben, daß sie zum Vorteil einer fremden Nation, das heißt der UdSSR, benutzt werden würden". Sie wurden für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Zwei Jahre später wurden sie hingerichtet. Der Fall zeigte viele Mängel eines unfairen Verfahrens und beruhte auf sehr schwachen Beweisen. Seine hauptsächlichliche Bedeutung besteht heute darin, daß er illustriert, wie schwierig es ist, in einer Atmosphäre öffentlicher Hysterie einen fairen Prozeß zu gewährleisten.

Beinahe die einzige - und daher unbestätigte - Aussage gegen die Rosenbergs war diejenige eines David Greenglass. Es ist schwierig, sich einen unglaubwürdigeren Zeugen vorzustellen als Greenglass. So hatte er sich in bezug auf die gegen ihn erhobene Anklage, an der oben erwähnten Verschwörung teilgenommen zu haben, bereits für schuldig erklärt, was, so-

lange die Bestätigung dafür ausstand, seine Zulassung als Zeuge unter fast jeder Gerichtsbarkeit in Frage gestellt hätte. Aber er war noch nicht verurteilt worden und hoffte - wie er zugab - durch seine Aussage einigen Vorteil für sich selbst zu erlangen (in Form einer leichten Strafe oder eines Straferlasses). Ein anderer Mangel, der zeigte, was Geistes Kind er war, bestand darin, daß es sich bei ihm um den Bruder von Ethel Rosenberg und so den Schwager von Julius handelte, jener zwei Menschen, die er in den Tod schickte, um einen Vorteil für sich zu erreichen. Ein anderer Charaktermangel kann in der Tatsache gesehen werden, daß er beim Verhör durch das FBI (Federal Bureau of Investigation) seine eigene Frau als Teilnehmerin an der Verschwörung verriet, deren er sich schuldig bekannte - und dies nicht nach der Pein wiederholter Vernehmungen, sondern in der allerersten Befragung.

Aber auch ohne die Mängel von Greenglass als Zeugen war der Fall außerordentlich schwach. Die Information, die Greenglass an Julius Rosenberg zur Weitergabe an die UdSSR vermittelt haben will, war nach Meinung amerikanischer Wissenschaftler, die den Fall untersucht haben, ohne besonderen Wert, und ihre Weitergabe bedeutete keine Gefahr für die USA. Es muß festgehalten werden, daß, was durchaus hätte möglich sein können, selbst in der Anklage nicht die Beschuldigung erhoben wurde, die Angeklagten hätten vorsätzlich den Interessen der USA zuwidergehandelt oder eine entsprechende konspirative Tätigkeit entfaltet.

In dem vierzehn Tage währenden Verhör spielte die Anklagevertretung wiederholt die angeblichen kommunistischen Verbindungen der Rosenbergs hoch, ein Punkt, der irrelevant und daher unzulässig war und sich gleichzeitig verderblich auf jeden Versuch auswirken mußte, in der seinerzeitigen Atmosphäre hysterischen Antikommunismus und Antisowjetismus die Geschworenen zur Objektivität zu veranlassen. Zeitweilig behandelte der Richter die Verteidiger sehr schroff und unhöflich und schikanierte sie in fast allen Stadien des Kreuzverhörs der Zeugen der Anklage fortgesetzt mit Forderungen, das Kreuzverhör abzukürzen. In der angelsächsischen Gerichtsbarkeit ist das Kreuzverhör einer der wichtigsten und wertvollsten Bestandteile der Führung jeder Verteidigung; es ist dies vielleicht noch ausgeprägter in politischen Prozessen, wo so viele der Zeugen Spione, Informanten, berufsmäßige Meineidige und andere unzuverlässige Leute sind. (Das berühmte Kreuzverhör Görings durch Dimitroff in Leipzig 1933 wurde - von einem nichtangelsächsischen Angeklagten an einem nichtangelsächsischen Gericht - in klassisch angelsächsischer Weise durchgeführt.)

Der Richter legte auch in seiner Urteilsbegründung ein sehr schlechtes Verhalten an den Tag. Im angelsächsischen Verfahren darf der Richter nichts erwähnen, geschweige denn erörtern, was nicht in der Beweisaufnahme beigebracht wurde, außer einigen wenigen allgemein bekannten Dingen, die gerichtsnotorisch sind. Dieser Richter jedoch gab - wahrscheinlich, um die Todesurteile zu rechtfertigen, die er zu verhängen beabsichtigte - weit-schweifige Erklärungen über "russischen Terrorismus" und die Justiz der UdSSR (Dinge, die irrelevant und unbewiesen waren und deren wahren Sachverhalt er sicherlich nicht kannte). Noch schlimmer, er behauptete, daß die Information, zu deren Weitergabe an die UdSSR sich die Rosenbergs angeblich verschworen hätten - und die im wesentlichen wertlos war -, außerordentlich wichtig gewesen sei. Er sagte zum Beispiel, daß die von ihm den Rosenbergs zugeschriebenen Handlungen seiner Meinung nach "schon die kommunistische Aggression in Korea verursacht" hätten, wofür es natürlich keinen Beweis gab. Und er behauptete ohne Grundlage des weiteren, daß die Rosenbergs mit ihren lebenswichtigen Informationen die UdSSR befähigt hätten, die Atombombe zu entwickeln, was die Sowjetunion ohne diese Information nicht hätte tun können. So hätten die Rosenbergs, sagte er, zum Schaden der USA "die Geschichte der Welt geändert". Es gab nicht nur keinen Beweis irgendeiner Art, um diese Behauptung zu stützen, sondern es wurde, wie ich oben ausführte, die Schädigung der USA nicht einmal zum Punkt der Anklage erhoben.

Die verschiedenen Gerichtsverfahren in den USA gestatten eine Reihe von Berufungen, aber das im Falle der Rosenbergs angewandte ließ in keiner Berufungsinstanz die Erörterung der

Glaubwürdigkeit von Zeugen, der Hinlänglichkeit der Beweise oder sogar des Urteils zu. So wurden die Rosenbergs nach zwei Jahren internationaler Proteste (denen sich auch der Papst mit einem persönlichen Gnadennapell an Eisenhower anschloß, den das State Department dem Präsidenten jedoch vorenthalten haben soll) in den Tod geschickt.

Gemessen an einem in ruhiger Atmosphäre verhandelten nichtpolitischen Fall, gab es schwerlich auch nur ein einziges Stadium in dem langen Prozeß, in dem die Rosenbergs gerecht behandelt wurden. Ob sich hier die amerikanische Justiz von ihrer schlimmsten Seite gezeigt hat, ist zweifelhaft, da die Geschichte dieses Landes voll von erschreckenden Ungerechtigkeiten in politischen Prozessen ist.

Ich wende mich nun Fällen unter britischer Gerichtsbarkeit zu, in denen ich als Verteidiger fungierte. Es handelt sich um Fälle, die sich in Gibraltar aus dem spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 ergaben. Sie enthüllen nicht nur typische Züge von Mißbrauch, wie sie in vielen politischen Prozessen festgestellt werden können, sondern auch die profaschistischen Handlungen der britischen Regierung selbst in einer sehr gefährlichen Periode der neueren Geschichte.

Die klare, im internationalen Recht verankerte Berechtigung der spanischen republikanischen Regierung, sich zum Kauf von Waffen an jedweden Lieferanten zu wenden und den Waffenlieferungen an die Franco-Rebellen entgegenzutreten, war von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und anderen Ländern völlig mißachtet worden. Diese Länder waren einem sogenannten "Nichteinmischungsabkommen" beigetreten, das sie zu Schritten gegen die Lieferung von Waffen an die rechtmäßige Regierung benutzten. Währenddessen führten die Deutschen und die Italiener nicht nur fort, die Rebellen zu beliefern und zu unterstützen, sondern nahmen - mit Zustimmung der britischen Regierung - mit ihren eigenen Heeres- und Luftstreitkräften aktiven Anteil am Kriege. Gemäß dem Nichteinmischungsabkommen wurden auf allen Schiffen, die Handelsgut nach Spanien beförderten, "Beobachter" postiert, und einige dieser Beobachter waren - mit Verlaub - Deutsche! Die britische Regierung hatte sich in ihre bösertige Politik festgebissen und erließ 1936 eine Handelsschiff-fahrtsverordnung (betreffend den Transport von Gütern nach Spanien), derzufolge "keine Artikel, auf welche diese Verordnung zutrifft, die für irgendeinen Hafen oder Ort auf spanischem Gebiet bestimmt oder adressiert sind, an Bord irgendeines Schiffes genommen oder von ihm befördert werden dürfen, auf das diese Verordnung Anwendung findet ..." (womit im allgemeinen britische Schiffe gemeint waren). Die "Artikel, auf welche diese Verordnung zutrifft", beschränkten sich samt und sonders auf verschiedene Sorten von Munition.

Die Vorgänge, die zu den Prozessen führten, waren folgende: Der Dampfer "Stancroft", ein zeitweilig gechartertes britisches Schiff, hatte 1938 in Barcelona Fracht geladen, die küstenwärts nach Valencia gebracht werden sollte (ein Teil der Küste zwischen Barcelona und Valencia war zu jener Zeit von den Rebellen besetzt). Das Schiff erreichte ungehindert Valencia; aber während es dort in spanischen Territorialgewässern lag, kam, wahrscheinlich illegal, ein britischer Marineoffizier an Bord, der nach einiger Auseinandersetzung mit dem Kapitän das Schiff zwang, nach Gibraltar zu fahren. Dort entluden die Behörden (wahrscheinlich ungesetzlich) die gesamte Fracht in Abwesenheit des Eigentümers, der Auftraggeber und sogar des Kapitäns. Niemand von diesen wurde benachrichtigt. Die Behörden ließen dann 99,7 Prozent der Fracht wieder einladen und hielten 0,3 Prozent unter dem Verdacht zurück, daß die Verordnung verletzt werde, da es sich um Artikel im Sinne der Verordnung handele (immer in der Annahme, daß die Güterbeförderung längs der Küste von einem spanischen Hafen nach einem anderen als Gütertransport nach Spanien angesehen werden könne).

Nach einiger Zeit wurde der Kapitän angeklagt, "von der besagten Verordnung verbotene Artikel auf Schiffen nach einem Hafen oder Ort auf spanischem Territorium beför-

dert" zu haben. Er wurde der "Mitwisserschaft bei der besagten Übertretung" beschuldigt.

Die Vernehmung wurde von zwei Polizeirichtern durchgeführt. Die Schwierigkeiten bestanden für die Anklage darin, daß sie nachzuweisen hatte, a) daß die Verordnung überhaupt auf Güter zutraf, die von einem spanischen Hafen nach einem anderen transportiert wurden, b) daß die von der Anklage betroffenen Güter unter die engere Definition der Verordnung fielen, c) daß die Güter für "einen Hafen auf spanischem Territorium bestimmt oder adressiert" waren und d) daß der Kapitän eingeweiht war (das heißt, daß er davon wußte und zugestimmt hatte), daß die Güter auf dem Schiff befördert wurden. Die Anklage hatte alle diese Punkte zu beweisen und war wahrscheinlich unfähig, Tatsachen dafür beizubringen. Und über einen der zwei Kronzeugen sah sich einer der Polizeirichter zu der Äußerung genötigt: "Dies sind die am wenigsten vertrauenswürdigen Zeugen, die ich jemals gehört habe. Der Beobachter war voreingenommen, voller Vorurteile und systematisch feindlich gegenüber allem, was auf dem Schiff geschah. Die Aussage des zweiten Offiziers hatte einen höchst widersprüchlichen und verlogenen Charakter. Meiner Ansicht nach würde kein aus ernsthaften Leuten bestehendes Gericht das Risiko eingehen, eine solche Aussage zu akzeptieren."

Der Fall wurde nach dem Anhören der Anklage aus dem an sich ausreichenden Grunde niedergeschlagen; daß die Verordnung auf die Beförderung längs der spanischen Küste nicht zutraf.

Doch noch hatten wir uns um die Freigabe jener 0,3 Prozent der Fracht aus Gibraltar zu bemühen, die von den Behörden einbehalten worden waren. Sie bestand aus wertvollen Flugzeugmotoren, Eigentum der spanischen Regierung, die ihre Rückgabe von der Regierung Gibraltors gefordert hatte. Diese bestätigte zwar einige der Schreiben der spanischen Regierung (die damals offiziell in freundlichen Beziehungen zu Britannien stand), aber gab niemals irgendeine Erklärung, warum sie sich weigerte, die Güter herauszugeben. Nach einiger Zeit veranlaßte die Regierung von Gibraltar den zweiten der Prozesse, die ich als Gibraltar-Prozesse bezeichne. In diesem benannte sie den Kronanwalt von Gibraltar als Kläger und als Angeklagte "die Eigentümer und Interessenten gewisser verbotener Artikel, die einen Teil der Fracht des Dampfers 'Stancroft' gebildet hatten". Sie forderte, die Beschlagnahme der Güter zu sanktionieren, da diese gegen die Verordnung verstießen. Die Regierung fügte hinzu, daß die Eigentümer und Interessenten dem "Kläger unbekannt" seien. Die formelle Seite des Vorgehens wäre korrekt gewesen, wenn die Tatsachen es untermauert hätten; aber die Mängel waren, a) daß es falsch war, Güter als "verboten" zu bezeichnen, die das Gericht in Gibraltar als nicht verboten angesehen hatte, weil die Verordnung auf ihre Beförderung nicht zutraf, b) daß es falsch war zu behaupten, die Güter verletzten die Verordnung, und c) daß es eine direkte Lüge war zu behaupten, Eigentümer und Interessenten seien dem Kläger, das heißt dem Kronanwalt, unbekannt, stand dieser doch im Dienste der Regierung, die wiederum von der spanischen Regierung informiert worden war, daß es sich bei den Gütern um deren Eigentum handelte.

Gemäß dem internationalen Recht hatte die spanische Regierung als souveräne Regierung die absolute Berechtigung, auf einer Einstellung des Verfahrens zu bestehen, da kein souveräner Staat in einen ausländischen Rechtsstreit ohne seine Zustimmung verwickelt werden darf. Demgemäß beantragte sie beim Gericht eine entsprechende Verfügung und verlangte, daß die Güter ihrem Generalkonsul übergeben werden sollten. Der Oberrichter, zu dem dieser Antrag gelangte, war sich zwar dessen bewußt, daß er eine Einstellung des Verfahrens nicht vermeiden konnte, aber er stellte in seinem Urteil eine Reihe von voreingenommenen und grundlosen Behauptungen gegen die spanische Regierung auf, die unter anderem völlig irrelevant waren.

Obleich er sich geweigert hatte, die Rückgabe der Güter anzuordnen, wurden sie nach Verhandlungen am Ende tatsächlich zurückerstattet, und dies bringt mich zum ersten Prozeß zurück - der erfolglosen Anklage gegen den Kapitän des Schiffes.

Die Regierung hatte die Unverfrorenheit, gegen die Niederschlagung ihrer Anklage Berufung einzulegen. Es wäre nicht völlig unvernünftig gewesen, gegen die Entscheidung, daß die Verordnung nicht auf den Transport längs der Küste zutraf, Berufung einzulegen, aber im Lichte der schlechten Qualität der einzigen Zeugen, die sie hatte, und der Schwäche der Anklage in allen Punkten war die Berufung wirklich ein ernster Mißbrauch von ihrer Seite. Sie legte jedoch Berufung ein, und das Verfahren mußte wieder eröffnet werden. Wahrscheinlich, um mir und den anderen beteiligten Anwälten soviel Unbequemlichkeiten wie möglich zu bereiten, entschied sie, den Prozeß mitten in den Sommerferien zu führen, zu einem Zeitpunkt, an dem in Gibraltar wie in England wichtige Prozesse normalerweise nicht stattfinden. Daher mußte sie den Fall während des Urlaubs des Oberrichters vor denjenigen bringen, der als stellvertretender Oberrichter benannt wurde; und ihr erstes Mißgeschick bestand darin, daß der ernannte Stellvertreter der Kronanwalt selbst war, der als an der Anklage beteiligt natürlich unmöglich amtieren konnte. Die Regierung mußte daher einen anderen Stellvertreter finden, und sie war entschlossen, jemanden zu finden, von dem sie sich trotz der außerordentlichen Schwäche des Falles eine für sie irgendwie günstige Entscheidung des Falles erhoffen durfte. Nachdem sie es mit verschiedenen Leuten versucht hatte, ernannte sie schließlich einen untergeordneten und ziemlich einfältigen Beamten von schlechtem Charakter, und er beurteilte die Berufung, ohne irgendetwas davon zu verstehen (außer daß sie zu Gunsten der Regierung zu entscheiden war). Wir legten nun unsererseits Berufung gegen dieses Urteil beim Obersten Gericht in London ein und freuten uns darauf, alle Schurkereien der britischen und der Kolonialregierung der öffentlichen Betrachtung in London preiszugeben; aber zu unserem großen Bedauern starb der Kapitän eine Woche vor der Eröffnung des Berufungsverfahrens, und da er der einzige Berufungskläger war, mußte der Fall eingestellt werden.

Wie aber wäre dieser Fall darzustellen, wie hätte sich die Regierung wohl verhalten, wäre kein politisches Element darin gewesen? Ich glaube, daß kein britischer Ankläger jemals den ersten Prozeß eingeleitet hätte, und daraus folgt, daß keiner der von den britischen oder Gibraltar-Behörden unternommenen Schritte von dem Augenblick, als die Angelegenheit aufkam, bis zum Tode des Kapitäns hätte eintreten dürfen und können. Den zweiten Prozeß hätte man natürlich nicht beginnen dürfen, weil der bekannte Eigentümer der Güter ein souveräner Staat war.

Mein nächstes Beispiel ist ein Fall, der in London stattfand, aber von unmittelbarem Interesse für die Deutsche Demokratische Republik ist. Im Jahre 1949 befand sich der verstorbene und tiefbetrauerte Professor Gerhart Eisler in den USA und war bestrebt, in sein Vaterland zurückzukehren. Obgleich der amerikanischen Regierung sein Verbleiben in den USA nicht wirklich erwünscht sein konnte, wollte sie ihn daran hindern, in seine Heimat zurückzukehren, um nützliche Arbeit zu leisten. So beschuldigte sie ihn eines kleineren Vergehens, das er angeblich begangen hatte, indem er in einem Antragsformular für die Ausreiseerlaubnis falsche Angaben gemacht habe. Man ließ ihn geraume Zeit auf das Urteil warten und inzwischen gegen Kautions frei. Des Wartens müde, entwischte er den Behörden und schiffte sich auf dem polnischen Passagierdampfer "Batory" nach Europa ein. Das Schiff sollte auf seiner Fahrt nach Gdynia in Southampton anlegen. Als die amerikanische Regierung davon erfuhr, beidete ein Beamter ihrer Londoner Botschaft die Mitteilung, daß Eisler ein "Flüchtling vor der Rechtsprechung" sei, den in Amerika seine Verurteilung wegen Meineids erwarte. So wurde von den britischen Behörden ein provisorischer Haftbefehl erlangt (der natürlich auf britischem Territorium vollstreckt werden konnte). Der Beamte hätte wissen müssen, daß Eisler keine Verurteilung wegen Meineids erwartete, da dieses Vergehen in einer falschen eidesstattlichen Aussage vor Gericht besteht. Der einzige Vorwurf, der ge-

gen Eisler bestand oder erhoben werden konnte, beschränkte sich aber auf unrichtige Angaben, die er - nicht unter Eid und nicht in einem gerichtlichen Verfahren - gemacht haben sollte. Statt sich die Tatsachen zu vergegenwärtigen und festzustellen, daß es keinen möglichen Grund gab, Eisler zu verhaften, traf die britische Regierung Vorbereitungen, ihn beim Einlaufen der "Batory" in Southampton festzunehmen. Britische Polizei, auf britischem Boden von amerikanischen Beamten begleitet - die sich wahrscheinlich davon überzeugen sollten, daß die Briten den Wünschen der Amerikaner auch nachkamen -, betrat das Schiff und forderte die Auslieferung Eislers. Der Kapitän verweigerte dies zu Recht, sogar als die Amerikaner drohten, daß, falls er nicht Folge leiste, das Schiff selbst bei seiner nächsten Ankunft in New York beschlagnahmt werden würde. Die britische Polizei brachte Eisler dann mit Gewalt vom Schiff, und er wurde vor das Polizeigericht in der Bow Street gestellt, wo alle Auslieferungsfälle behandelt werden.

Mir wurde die Aufgabe - in Wirklichkeit: die Ehre - zuteil, Eisler zu vertreten. Als ich mich zum Gericht begab, wechselte ich in seiner Zelle, wo er sein Verhör erwartete, ein paar Worte mit ihm. Ich sagte: "Schließlich haben wir hier einen politischen Fall, den wir gewinnen können." Er lächelte und antwortete: "Du bist naiv!"

Aber ich hatte Recht; wir hatten einen Fall, den kein Gericht mit einem gewissen Maß an Respekt vor seinen Pflichten ignorieren konnte. Der Polizeirichter sah schnell, daß er den Fall niederschlagen hatte, und tatsächlich war der einzige Meineid in dem Fall von dem Beamten der amerikanischen Botschaft begangen worden, der die Mitteilung beidseitig hatte. Eisler wurde entlassen, als mit mir als freier Mann in einem Restaurant zu Mittag und war ein paar Tage danach in Berlin.

Die amerikanische Presse, die ohne Zweifel die Haltung ihrer groben und arroganten Regierung widerspiegelte, beschuldigte die britische Regierung der "Undankbarkeit", weil das Gericht zugunsten von Eisler entschieden hatte. Die amerikanische Regierung verstieg sich sogar zu der Andeutung, daß solch schlechtes Verhalten künftige Zuteilungen von "Marshall-Hilfe" an Britannien gefährde.

Man kann sich leicht vorstellen, wie dieser Fall behandelt worden wäre, wenn es keinen politischen Bestandteil gegeben hätte. Die Amerikaner hätten niemals irgendeine Maßregel versucht, da ihre Anwälte sie belehrt hätten, daß keine Erfolgsaussichten bestünden. Hätten sie es dennoch versucht, würde die britische Regierung sich geweigert haben, Eisler zu verhaften, in dem Wissen, daß dies nur zu einer demütigenden Niederlage für sie führen könnte. So würde es für ein britisches Gericht keine Gelegenheit gegeben haben zu zeigen, daß es dafür, was mit ihm getan werden kann, Grenzen gibt!

Meine nächste Illustration bringt mich zu den Vereinigten Staaten, zu einem Fall, der allgemein der "Dennis-Case" oder der "First Smith Act Case" genannt wird. Er wurde vor Federal Courts verhandelt und erreichte das Oberste Gericht 1950. Es gab eine reichliche Anzahl von Elementen politischen Drucks in der Anklage dieses Prozesses, der auf der Basis eines vom Kongreß im Jahre 1940 erlassenen Gesetzes stattfand. Angeblich sollte es dazu dienen, während des zweiten Weltkrieges die Hände der Regierung gegen die deutsche "Fünfte Kolonne" zu stärken, aber in der Praxis wurde es fast ausschließlich gegen Kommunisten oder angebliche Kommunisten benutzt. Diesem Gesetz zufolge war es ein Vergehen, "wissentlich oder vorsätzlich die Pflicht, Notwendigkeit, Erwünschtheit oder Richtigkeit des Sturzes irgendeiner Regierung in den Vereinigten Staaten durch Gewaltanwendung zu ... lehren ... oder irgendeine Vereinigung, Gruppenbildung oder Versammlung von Personen zu organisieren oder organisieren zu helfen, die den Sturz irgendeiner Regierung in den Vereinigten Staaten durch Gewaltanwendung lehren, befürworten oder ermutigen." Das Gesetz erklärte auch jede Verschwörung zum Zwecke irgendeiner der im Gesetz erwähnten Handlungen zu einer Straftat.

Das wesentliche Ergebnis des Prozesses war, daß die meisten Führer der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten eigentlich nur deshalb für schuldig erklärt und zu bedeutenden Haftstrafen verurteilt wurden, weil sie den Marxismus verkündet hatten. Die faktisch gegen die Beschuldigten erhobene Anklage lautete auf Verschwörung. Wie diese Beschuldigung gehandhabt oder, besser gesagt, mißbraucht wurde, habe ich schon erklärt. Die angebliche Verschwörung bestand laut Urteil darin, "den Sturz und die Zerstörung der Regierung der Vereinigten Staaten durch Gewaltanwendung zu lehren und zu befürworten", und es hieß, sie sei verwirklicht worden durch a) Organisation der Kommunistischen Partei, b) Maßnahmen zur Veröffentlichung von Büchern usw., die die Prinzipien des Marxismus-Leninismus befürworten, und c) Maßnahmen, "Schulen und Klassen für das Studium der Prinzipien des Marxismus-Leninismus einzurichten oder einrichten zu lassen, in denen die Pflicht und Notwendigkeit des Sturzes und der gewaltsamen Vernichtung der Regierung der Vereinigten Staaten gelehrt und befürwortet wird." Niemals wurde eine Angabe gemacht, daß irgendeiner der Beschuldigten jemals irgendeine Handlung in Verfolgung der angeblichen Verschwörung begangen hatte.

Die Anklage stand der Schwierigkeit gegenüber, daß der berühmte Erste Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten vorsah, daß "der Kongreß kein Gesetz erlassen darf, ... das die Freiheit der Rede oder der Presse beschränkt." Demgemäß hätte das Smith-Gesetz für ungültig erklärt werden müssen. Jedoch entschied der den Prozeß leitende Richter, daß das Gesetz gültig war. Er erlangte Schuldurteile von den Geschworenen, die besonders aus den wohlhabenderen Gesellschaftsschichten ausgewählt worden waren, schickte alle Angeklagten ins Gefängnis und verurteilte schließlich aus eigenem Antrieb alle fünf verteidigenden Rechtsanwälte ohne Prozeß wegen Mißachtung des Gerichts, das heißt seiner Person, zu Gefängnishaft, wofür er als Begründung eine Anzahl von Behauptungen aufstellte, die jeder Substanz entbehrten.

Natürlich wurde beim Obersten Gericht der Vereinigten Staaten Berufung eingelegt. Die Mehrheit der Richter dieses Gerichts hielt das Gesetz für gültig, ebenso die offensichtlich ungerechten Schuldurteile, und entschied entsprechend.

Was muß von diesem Prozeß gesagt werden?

Erstens glaube ich, daß er niemals veranlaßt worden wäre, außer in einer Periode zügelloser antikommunistischer Hysterie oder wenn eine solche Hysterie hochgepeitscht werden sollte. Zweitens verletzte die Anklage - und noch mehr die Verurteilung und Entscheidung, daß das Smith-Gesetz gültig sei - ernsthaft die Prinzipien der bürgerlichen Freiheit, zu denen sich die USA bekennen, denn hierdurch wurden Menschen hauptsächlich wegen nichts anderem als ihrer Überzeugung ins Gefängnis geschickt. Dadurch wurde der Erste Verfassungszusatz illusorisch. Drittens wird sowohl die Bereitschaft einer herrschenden Klasse beleuchtet, mit allen ihren Bekenntnissen und Traditionen zu brechen, wenn sie von ihren Kritikern oder Gegnern erschreckt wird, wie auch das Ausmaß, bis zu welchem sogar einige der fähigsten Richter beeinflusst werden können, um falsche, von den Vorurteilen und Ängsten ihrer Klasse getragene Urteile zu fällen. Einer der Richter widmete ein Viertel der Urteilsbegründung einer Erörterung über den Kommunismus, die bei einem Studenten mit einem Zehntel an geistiger Kapazität lächerlich gewesen wäre. Die Erörterung schloß eine, natürlich unbewiesene, erdichtete Darstellung der Ereignisse in der Tschechoslowakei im Februar 1948 ein, die nicht die geringste Ähnlichkeit mit den Tatsachen aufwies.

Wäre dies kein politischer Prozeß gewesen, hätte kein Richter sich so verhalten oder so geurteilt. Niemand würde auch nur davon geträumt haben, die Anwälte der Verteidigung dafür zu bestrafen, daß sie die Sache ihrer Klienten ehrlich und energisch vertraten.

Ich begeben mich nun nach Westdeutschland. Im Winter 1959/60 wurden sechs bekannte Friedenskämpfer in Düsseldorf wegen dreier Beschuldigungen angeklagt. Die erste - und die einzige, derentwegen sie schließlich verurteilt wurden - war die der Gefährdung des Staates

durch Unterstützung der Bemühungen einer Organisation, deren Ziele oder Tätigkeiten gegen die "verfassungsmäßige Ordnung" gerichtet seien; die zweite war Teilnahme an einer Organisation, deren Ziele oder Tätigkeiten vor der Regierung geheimgehalten würden, und die dritte war Teilnahme an einer Organisation, deren Ziele oder Tätigkeiten auf die Begehung von kriminellen Vergehen gerichtet seien. Alles, was die Angeklagten tatsächlich getan hatten, war, offen und legal der normalen Arbeit in der Friedensbewegung nachzugehen, wie sie praktisch in jedem bürgerlichen Lande der westlichen Welt ausgeübt werden, wobei in dem einen oder anderen der reaktionärsten Staaten im Höchstfall ein gewisses Quantum von Belästigung durch die Regierung erfolgt. Ich war einer der fünf Rechtsanwälte der Verteidigung. Die anderen Verteidiger waren der bekannte Friedrich Karl Kaul und drei tapfere und ehrenhafte westdeutsche Anwälte.

Das Gericht bestand aus drei Berufsrichtern und zwei Schöffen. Bei den ersteren handelte es sich um natürlich von der Regierung in der oben beschriebenen Weise ernannte Beamte, die zu dieser Zeit der "Politischen Kammer" des Gerichtes zugeteilt waren. Ihre Ergebnisse gegenüber der Regierung kann an der Tatsache gemessen werden, daß mir ein nüchterner und gut informierter westdeutscher Anwalt zu Beginn des Prozesses auf meine Frage, ob es irgendeine Aussicht auf Freispruch gebe, die Antwort gab: "Das Ergebnis ist bereits bestellt und festgelegt. Hegen Sie keine Illusionen. Aber der vorsitzende Richter wird wahrscheinlich sein Gewissen beruhigen, indem er auf verhältnismäßig milden Strafen besteht." Zur Illustration der Haltung des Gerichtes möchte ich ergänzen, daß der dienstjüngste der drei Richter einen Brief des damaligen Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik Walter Ulbricht an Kanzler Adenauer zu verlesen hatte (in Westdeutschland muß jedes als Beweismaterial dienende Dokument vollständig, mit jedem Komma usw., von einem der Richter verlesen werden) und dabei die Bezeichnung Walter Ulbrichts von "Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik" in "Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetischen Besatzungszone" änderte. Einer der Angeklagten unterbrach ihn und bestand darauf, daß der Brief korrekt verlesen werde. "Aber ich verlese ihn korrekt", entgegnete der Richter. "O nein! Sie tun es nicht", betonte der Angeklagte, so daß sich der Richter den Text noch einmal ansehen mußte und sich dann tatsächlich mit der Erklärung entschuldigte: "Der Staatsanwalt hat mich zu dieser Lesart beauftragt"! (Dies war zuviel für den vorsitzenden Richter. Er nahm den Brief kommentarlos aus den Händen seines dienstjüngeren Kollegen und las ihn selbst korrekt vor.)

Das Ermittlungsverfahren in diesem Prozeß dauerte acht Jahre und das Hauptverfahren 58 Tage. Das Gericht wies systematisch alle Beweisanträge der Angeklagten zurück. Zum Beispiel entschied es, daß der Verteidigung nicht erlaubt werden könne zu beweisen, daß die Politik der Regierung eine Kriegsgefahr schaffe, indem es als gerichtsnotorisch erklärte, daß Kanzler Adenauer den Frieden liebe!

Die ganze Kette von ungerechten Entscheidungen veranlaßte einen der jüngeren westdeutschen Verteidiger, mit vollem Recht und großem Mut vor dem Gericht wie folgt zu protestieren:

"Sie verhindern eine wirkliche Entscheidung darüber, ob die Angeklagten oder irgendeiner von ihnen tatsächlich das Gesetz verletzt habe, da Sie jeden Beweis ablehnen, der der Sache wirklich auf den Grund geht. Ich erkläre Ihnen offen, daß ich den Eindruck habe, es wäre besser, diese Prozesse nicht auf gerichtlichem Wege durchzuführen, sondern einfach administrativ vorzugehen und unsere Klienten in ein Lager zu sperren. Dies wäre ehrlicher. Aber wir verhandeln hier vor Gericht, und ich wiederhole, daß Sie unsere Anträge aus Gründen zurückweisen, die das Gesetz nicht kennt und die der Praxis und Rechtsprechung unserer Gerichte völlig fremd sind ... Was sollen wir Verteidiger tun? Haben wir hier in unseren Talaren als Teil der Justizkomödie zu sitzen? In anderen Kriminalfällen, die keinen speziellen politischen Hintergrund haben, wären solche Entscheidungen einfach unmög-

lich ... Ich bin überzeugt, daß nicht wir, die so etwas sagen, das Prestige der Bundesrepublik schädigen. Die Schädigung ergibt sich aus der Tatsache, daß Dinge geschehen, die wir bei der Verteidigung der Interessen unserer Klienten und aus Verpflichtung gegenüber unserem Beruf in aller Klarheit zum Ausdruck bringen müssen.

Wenn Sie uns sagen, es genüge, daß vier der Angeklagten Mitglieder der Kommunistischen Partei waren, dann ist die Angelegenheit klar, und wir benötigen keine weiteren Beweisanträge." (Aus dem Englischen rückübersetzt - d. Übers.)

Als Kritik oder zum Zwecke des Vergleichs möchte ich zitieren, was ich im Anschluß an den Prozeß geschrieben hatte:

"Es war ein politischer Prozeß im vollsten und schlimmsten Sinne des Wortes - der erbarungslose Gebrauch der politischen Maschinerie als Waffe im kalten Krieg im allgemeinen und im besonderen in dem langen Kriege einer als reaktionäre Minderheit herrschenden Klasse gegen das Volk und jene, die das Volk zum Frieden, zur Freundschaft mit seinen Nachbarn und zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu führen suchen."

In Verbindung mit der Art, in der die Regierung in diesem Prozeß die Richter anwies, die Angeklagten zu verurteilen, möchte ich einen Fall erwähnen, in dem ich in den fünfziger Jahren in einem großen asiatischen Lande vor Gericht erschien, um über die Verfassungsmäßigkeit eines seiner wichtigsten Gesetze zu diskutieren. In dieser Zeit war das betreffende Land bekanntermaßen und schändlicherweise ein bloßer Satellit der USA, und jedermann wußte nicht nur, daß alle wichtigen Schritte der Regierung auf amerikanisches Geheiß getan wurden, sondern kannte auch den speziellen Beamten der US-Botschaft, der für die Kontrolle der Regierung zuständig war. Als das Urteil in dem Prozeß fällig war - und man wußte, daß die Amerikaner dem Gericht Direktiven für den Urteilspruch gegeben hatten, meinten meine Kollegen in dem Prozeß: "Gut, wir wissen, was dem Gericht befohlen worden ist, und wir glauben die Hauptlinie der Argumentation zu kennen, die die Amerikaner befolgt haben wollen. Aber wir wissen noch nicht, was für ein Theater die Amerikaner anstellen werden, um die Ausführung ihrer Befehle zu kontrollieren." Als die Richter den Gerichtssaal betraten, um ihr Urteil bekanntzugeben, bot sich uns dieses Theater in ergötzlicher Weise dar: Wir sahen, wie alle die in Frage kommenden US-Beamten an auffälliger Stelle saßen, um zu beobachten, wie gut ihre Instruktionen befolgt wurden.

Das nächste Beispiel ist die Anklage gegen Jomo Kenyatta und fünf seiner Kameraden in der Kolonie Kenia in den Jahren 1952 und 1953, die ein ganzes Arsenal der Gebrechen politischer Fälle enthielt. In jener Zeit bestand in der Kolonie eine junge nationale Befreiungsbewegung. Wie es so oft geschieht, hatte das alte und schwierige Problem, ob die Befreiungsbewegung in ihren frühen Stadien mit gesetzlichen Mitteln oder unter Einfluß von Gewalt aufzutreten soll, in Kenia zur Geburt von zwei Bewegungen geführt. Die eine stand auf dem Boden der Legalität und wurde von einer legalen Partei geführt. Sie war durch die Gesetze in ihrer Tätigkeit in gewissem Maße eingeschränkt. Außerdem existierte eine Bewegung der Gewalt. Die erstere, deren Vorsitzender Kenyatta war, trug den Namen Kenya African Union (Kurzfassung KAU). Die zweite war eine typische Untergrund-Guerilla-Bewegung, die Mau-Mau genannt wurde. Sie wurde schließlich sehr stark, führte mehrere Jahre lang in vielen Teilen Kenias offenen Krieg und versetzte die voreingenommene und ziemlich einfältige Regierung der Kolonie ebenso wie die Pflanzer, die diese Regierung größtenteils kontrollierten, in Schrecken. So entschloß man sich zu dem außergewöhnlich unsinnigen Versuch, die legale Bewegung und ihre Partei, die KAU, die sich bei den Massen der Afrikaner großer Wertschätzung erfreute und ihre einzige politische Organisation war, zu vernichten. Man beschuldigte ihren Vorsitzenden und andere ihrer Führer, die kriegerische Mau-Mau-Bewegung zu leiten. Zu diesem Zweck klagte man Kenyatta und fünf seiner Kollegen an, von denen angenommen wurde, daß sie das Exekutivkomitee der KAU bildeten - ein Punkt, der in bezug auf fünf von den sechs wahrscheinlich richtig war. Kenyatta wurde

vorgeworfen, die Mau-Mau, die als eine illegale Organisation beschrieben wurde, zu "magneten". Alle anderen wurden angeklagt, an deren Leitung teilzuhaben. Der Prozeß dauerte vier Monate, und ich stand an der Spitze einer Gruppe von Anwälten der Verteidigung. Die Regierung sah sich von Anfang an vor Schwierigkeiten gestellt und reagierte darauf mit einer Reihe von Manövern, die alle Mängel politischer Prozesse illustrieren. Ihre erste Schwierigkeit ergab sich aus der Wahl des Ortes, an dem der Prozeß stattfinden sollte. Es hätte eigentlich die Hauptstadt Nairobi sein müssen, wo die KAU ihre Büros hatte und in deren Bereich alle Angeklagten lebten und arbeiteten. Im Raum von Nairobi sollten auch alle die Vorgänge, auf die sich die Anschuldigungen bezogen, geschehen sein.

Aber ein öffentlicher Prozeß in Nairobi, wo zu erwarten war, daß Hunderttausende von Afrikanern es sich nicht nehmen lassen würden, bei der Gerichtsverhandlung gegen ihren geliebten Führer zur Stelle zu sein, paßte der Regierung nicht. In der Regel werden Prozesse am mutmaßlichen Ort der Vergehen abgehalten. Aber die Gesetze Kenias gestatteten den Prozeß auch in dem Gebiet, wo der Beschuldigte verhaftet wurde. Also entschied sich die Regierung zunächst für einen Prozeßort nach ihrer Wahl. Sie suchte eine einsame, wüstenähnliche Gegend aus, wohin niemand, ob schwarz oder weiß, ohne Erlaubnis kommen konnte. Nachdem dies entschieden war, verschaffte sie sich die Rechtsgrundlage, indem sie die Beschuldigten, die ohne Anklage oder Prozeß einige Zeit vorher festgenommen worden waren, in das ausgewählte Gebiet brachte, sie dort freiließ und unmittelbar darauf unter der Anklage der Mau-Mau-Tätigkeit verhaftete.

Die Angeklagten mußten natürlich vor den Polizeirichter des Bezirks gebracht werden, und die nächste Schwierigkeit der Regierung war, daß es dort keinen solchen Polizeirichter gab und niemals gegeben hatte. So ernannte sie einen, einen pensionierten Richter, der sich zur Regierung sichtlich unterwürfig verhielt und gegenüber den Afrikanern eine sehr rassistische Haltung einnahm.

Da der Fall gewaltiges Interesse in ganz Afrika und Asien erregt hatte, meldeten sich freiwillig Anwälte aus Indien, Nigeria, Ghana (damals Goldküste genannt) und dem Sudan, um an der Verteidigung mitzuwirken. Einer oder zwei davon trafen ein, bevor die Regierung daran dachte, daß sie die Verteidigung in Verlegenheit bringen konnte - was sie dann auch tat -, indem sie ihren Anwälten die Einreise in die Kolonie verweigerte. Sie hatte noch eine andere glorreiche Idee, nämlich mich der Mißachtung des Gerichts zu bezichtigen, in der Hoffnung, daß sie im Falle meiner Verurteilung einen Vorwand haben würde, mich aus der Kolonie auszuweisen. Damit wurde etwas Zeit vertan, aber es endete mit einer Demütigung für die Regierung; die Anklage, die ganz unbegründet war, wurde vom Gericht in Nairobi verworfen.

Der Verlauf des Prozesses wies eine Reihe von Zügen auf, wie sie aus politischen Anklagen bekannt sind. Hier waren sie bloß noch auffälliger und häufiger als gewöhnlich. Der vielleicht unangenehmste Zug war, daß die Anklage als ihren Hauptzeugen gegen Kenyatta einen Mann ausgesucht hatte, dem fortgesetzt nachgewiesen werden konnte, daß er eine von Anfang bis Ende aus den Fingern gesogene meineidige Geschichte über Kenyattas angebliche Mau-Mau-Tätigkeit erzählte. (Die Geschichte wurde von Kenyatta und neun anderen Zeugen unter Eid dementiert. Diese waren alle von jenem Zeugen in seinen Ausführungen der Polizei benannt worden, und die Anklagevertretung hätte von jedem einzelnen von ihnen erfahren, daß die Geschichte nicht stimmte, wenn sie ein normales Maß an Vorsicht an den Tag gelegt und die einzelnen Aussagen ermittelt hätte. Aber sie ging lieber ohne Ehrgefühl vor.) Der zum Schuldspruch entschlossene Polizeirichter erklärte in seinem Urteil, daß er nicht zögere, die Aussage des einen (meineidigen) Zeugen zu akzeptieren und die der zehn (ehrenwerten) Zeugen zu verwerfen. Die Angelegenheit war damit erledigt, bis einige Jahre später der meineidige Zeuge, der mit der Regierung wegen irgendeines Postens in Streit kam, den man ihm versprochen hatte, vor der Öffentlichkeit in einer beeideten Erklärung aufdeckte, daß die von ihm während des Prozesses erzählte Geschichte jeder Grundlage ent-

behrte und daß die Regierung ihm dafür in Geld und anderen in Geld meßbaren Vorteilen über 2 500 Pfund gezahlt hatte. Im Zuge dieser Enthüllung schien es kurze Zeit möglich, daß man Kenyatta aus der Haft entlassen werde, da seine Verurteilung größtenteils auf einem Meineid beruhte, oder daß man wenigstens den Zeugen für diesen Meineid anklagen werde. Dies hätte fast zwangsläufig schließlich dasselbe für Kenyatta ergeben. Aber nach einigem Hin und Her klagte die bis ins letzte unehrenhafte und gewalttätige Regierung den Zeugen wegen Meineids an, den er, mit Verlaub, angeblich in der beeideten Erklärung begangen hätte, in der er seinen früheren Meineid bekannte. Dies tat sie, obgleich sie wußte, daß sie überhaupt keinen Beweis in der Hand hatte, um die Aussage des Mannes zu widerlegen (das heißt, den Wahrheitsgehalt seiner beeideten Erklärung in Frage zu stellen), da es bei den Zeugenaussagen jetzt nicht mehr eins zu zehn, sondern null zu elf stand. Aber unglücklicherweise hatte der Mann in seiner Erklärung auch beeidet, daß einige andere Zeugen der Anklage in dem Prozeß ebenfalls meineidig geworden waren, und diese Zeugen sagten, daß ihre Aussagen beim ersten Prozeß wahr gewesen seien. So wurde der Mann aus diesem Grunde, nicht aber wegen der wichtigen Kenyatta-Angelegenheit, verurteilt. Die Regierung, die seinen Meineid für 2 500 Pfund erkaufte, mußte nun noch ein wenig Geld ausgeben, um ihn ins Gefängnis zu sperren.

Dies war der dramatischste Zug von Skrupellosigkeit der Regierung beim Prozeß gegen Kenyatta und seine Kollegen, aber es war nicht ihr einziger. Die verschiedenen Verfügungen des Richters raubten dem Fall jeden Anschein eines gerechten Verfahrens, und wenn man sämtliche Aussagen objektiv untersucht, so lieferten sie keinen Beweis, daß Kenyatta oder irgendeiner seiner Kollegen irgendetwas mit der Mau-Mau zu tun gehabt hatte.

Der Fall wurde aus zwei getrennten Anlässen vor den Privy Council gebracht, das sich in London befindet und für Berufungsverfahren aus den Kolonien zuständig ist. Selbst dieses Gericht war nicht immun gegen den Einfluß der Klasse, aus dem seine Richter stammen, und wies die Berufungsanträge trotz ihrer Wichtigkeit zurück. Die einzige Besonderheit, die ich von diesem Stadium des Falles erwähnen will, bezieht sich auf das, was ich schon über die Auswahl von Richtern für politische Prozesse geschrieben habe. Der Privy Council hält seine Sitzungen entweder mit drei oder mit vier Richtern ab, und jeweils, wenn diese zwei Berufungsanträge behandelt wurden, fanden wir immer urplötzlich, daß einer der den Fall behandelnden Richter ein sehr fähiger, sehr reaktionärer Mann war, der seine normale Tätigkeit verlassen hatte, um speziell für diesen Fall zur Stelle zu sein. (Es war übrigens jener von mir bereits erwähnte Richter, der seinen Ärger kundtat, weil ein Geschworenengericht einen Agitator der Arbeiterklasse von der Anklage des Aufruhrs freigesprochen hatte.)

Wie soll man diese Anklage gegen Kenyatta mit einem nichtpolitischen Fall vergleichen? Sicherlich kann man sagen, daß eine nichtpolitische Anklage mit so schwachen Beweisen niemals erhoben worden wäre, daß in keinem gewöhnlichen Fall die Regierung einen Meineid für 2 500 Pfund kaufen würde, daß kein Trick angewandt worden wäre, um den Prozeß in einer einsamen und von der Außenwelt abgesperrten Gegend durchzuführen, daß kein Verteidiger mitten im Prozeß wegen Mißachtung des Gerichts angeklagt worden wäre und daß kein Gericht den Angeklagten mit so schwachen Beweisen verurteilt hätte.

Der Prozeß war natürlich nicht nur bössartig, sondern auch dumm; niemand kann genau wissen, um wieviel Jahre er den Anbruch des Tages beschleunigte, an dem es ein unabhängiges Kenia mit Kenyatta als Präsidenten gab, aber er hat sicherlich viel zur Beschleunigung beigetragen.

Für meine letzte Illustration gehe ich fast vierzig Jahre zurück, in das Hongkong von 1930. Damals schien das britische Kolonialreich noch ziemlich weit von seinem Tode entfernt und sogar das französische schien der meisten seiner Territorien einigermaßen sicher zu sein, obgleich es in dem Gebiet, das es Indo-China nannte, einigen Schwierigkeiten gegenüber-

stand. Nun lebte ein gewisser Nguyen Ai Quoc, ein bekanntes Mitglied der Befreiungsbewegung dieses Landes, seit einiger Zeit illegal in Hongkong. Er wurde von der Polizei dieser Kolonie entdeckt, und die Regierung hatte das Recht, ihn auszuweisen. Aber hier beginnt die Gemeinheit: Die Regierung von Hongkong suchte entweder von sich aus oder auf Anweisung des Kolonialministeriums in London, ihren kolonialistischen Kumpanen in Indo-China, die Nguyen Ai Quoc aufgreifen und töten wollten, mit allen Mitteln zu helfen. Zu diesem Zweck ordnete die Regierung von Hongkong im Ausweisungsbefehl an, ihn auf ein bestimmtes französisches Schiff zu bringen, das gerade dabei war, von Hongkong direkt nach einem Hafen in Indo-China auszulaufen! Freunde von ihm waren glücklicherweise in der Lage, ihm einen guten Anwalt in Hongkong zu beschaffen. Dieser erwirkte beim Obersten Gericht von Hongkong, daß der Befehl aus verschiedenen Verfahrensgründen für ungültig erklärt wurde. Die Regierung hielt jedoch hartnäckig daran fest, den Henkern von Indo-China zu helfen. Sie fertigte einen neuen Befehl anstelle des ungültigen aus, vermied aber die Formfehler, die den ersten durchkreuzt hatten. Der Anwalt des Opfers focht die Angelegenheit wiederum vor dem Obersten Gericht an, hatte aber diesmal keinen Erfolg, und der Befehl wurde aufrechterhalten. So brachten die Anwälte die Angelegenheit zur Berufung vor den Privy Council in London - das Gericht, das ich oben gerade beschrieben habe. Ich vertrat das Opfer. Doch kam es schließlich nicht mehr zur eigentlichen Verhandlung, da die damalige Labour-Regierung erkannte, was für ein schlechter Eindruck entstünde, wenn dieses Exempel ihrer kolonialistischen Machenschaften zur Unterstützung der französischen Kolonialisten beim Mord an einem Gegner in London an die Öffentlichkeit käme. Ihre Anwälte schlugen mir vor, den Berufungsantrag unter der Voraussetzung für gegenstandslos zu erklären, daß Nguyen Ai Quoc Hongkong als freier Mann verlassen durfte, um dorthin zu gehen, wohin er wollte. Da er hierzu nach wie vor bereit war, war alles gut, und er konnte am Leben bleiben. Er blieb in der Tat am Leben und wurde in der ganzen Welt bekannt und geehrt - es ist nämlich Ho Chih Minh.

(Übersetzt von Manfred Nussbaum)

Tendenzen der wechselseitigen Bedingtheit in der Entwicklung von Wirtschaft und Verkehrswesen in den vorkapitalistischen Produktionsweisen und der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz

von Elfriede Rehbein

Das Verkehrswesen gehört zum Bereich der materiellen Produktion, es bildet einen Teil der ökonomischen Basis der Gesellschaft und ist allen ihren Veränderungen sowie der Wechselwirkung mit dem Überbau unterworfen. Die zwangsläufige Folge davon ist ein unmittelbarer und enger Zusammenhang zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen und der besonderen Entwicklung im Verkehrswesen. Diese Feststellung gilt - mit einer geringfügigen Einschränkung - für die gesamte bisherige Menschheitsgeschichte. Marx und Engels formulierten das wie folgt: "Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren ..."

Diese Produktion tritt erst ein mit der Vermehrung der Bevölkerung. Sie setzt selbst wieder einen Verkehr der Individuen untereinander voraus. Die Form dieses Verkehrs ist wieder durch die Produktion bedingt.

Die Beziehungen verschiedener Nationen untereinander hängen davon ab, wie weit jede von ihnen ihre Produktivkräfte, die Teilung der Arbeit und den innern Verkehr entwickelt hat ... Aber nicht nur die Beziehung einer Nation zur anderen, sondern auch die ganze innere Gliederung dieser Nation selbst hängt von der Entwicklungsstufe ihrer Produktion und ihres innern und äußern Verkehrs ab.¹

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Verkehr zeigen sich sowohl im Entwicklungsstand der Produktivkräfte als auch in den Produktionsverhältnissen. Jeder Produktionsweise entsprechen deshalb völlig unterschiedliche Bedingungen im Transport- und Nachrichtenwesen. Nicht weniger wichtig ist der Zusammenhang zwischen dem Verkehrswesen sowie dem staatlichen und politischen Leben. Das Verkehrswesen war und ist stets ein willkommenes Mittel der herrschenden Klasse, nicht nur ihre ökonomischen, sondern auch ihre politischen und militärischen Ziele durchzusetzen. Jede auf Arbeitsteilung beruhende Gesellschaftsordnung kann ohne ein gut funktionierendes Transport- und Nachrichtenwesen nicht existieren; jeder Staat braucht es zur Aufrechterhaltung seiner Macht.

Die Notwendigkeit des Verkehrs ergibt sich aus der Tatsache, daß in den meisten Fällen zwischen dem Ort der Produktion und dem Ort der Konsumtion von Gütern eine räumliche Entfernung liegt. "Das Bringen des Produkts auf den Markt" stellt darum eine notwendige Voraussetzung für seine Zirkulation dar, "außer im Fall Produktionsplatz selbst Markt

1 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 21.

ist.² Mit anderen Worten: Da der Gebrauchswert der Produkte erst durch die Konsumtion verwirklicht wird, müssen die Produkte in der Regel ihr örtliches Dasein verändern und somit transportiert werden. Diese Forderung wird mit der zunehmenden Arbeitsteilung und Ausdehnung der Produktion immer dringlicher. Es müssen "physische Bedingungen des Austauschs" in Gestalt der Transport- und Kommunikationsmittel geschaffen werden, die die "Vernichtung des Raums durch die Zeit" gewährleisten.³ Im Transport fertiger Produkte zum Ort ihres Verbrauchs erschöpft sich jedoch der Transportprozeß noch nicht; ihm obliegt ferner die Aufgabe - eine räumliche Trennung vorausgesetzt -, die benötigten Rohstoffe und Halbfertigfabrikate an den Ort ihrer Verarbeitung zu bringen. Schließlich müssen in zunehmendem Maße die Arbeitskräfte zum Ort der Produktion befördert werden (einen ersten Höhepunkt zeigte auf diesem Gebiet bereits die Sklaverei, wenn es sich auch hier zumeist um eine einmalige Beförderung handelte, die mit dem modernen Berufsverkehr nicht zu vergleichen ist). Die marxistische Verkehrswissenschaft unterscheidet diese Beförderung deutlich von der Personen- und Güterbeförderung in der Konsumtionssphäre, unter der der individuelle Reiseverkehr sowie der zu kulturellen, sportlichen und ähnlichen Zwecken sowie Gütertransporte im Auftrage staatlicher und gesellschaftlicher Organe, sozialer und kultureller Einrichtungen usw. verstanden werden.⁴

Im Bereich des Nachrichtenwesens existieren ähnliche Bedürfnisse. Sie entstanden in primitivsten Formen mit dem Herausbilden der artikulierten Sprache der Menschen und vervollkommneten sich im Zusammenhang mit dem Entstehen der Schriftsprache, vor allem aber mit dem sich ausdehnenden Warenverkehr sowie dem Entstehen von politischen und Verwaltungseinheiten. In zunehmendem Maße trug der Nachrichtenverkehr dazu bei, "die Wechselbeziehungen innerhalb der Gesellschaft herzustellen."⁵ Seine Bedeutung wuchs - analog zum Transportwesen - mit der sich erweiternden Verflechtung der nationalen und internationalen Beziehungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Das Verkehrswesen bildet insgesamt einen selbständigen Wirtschaftszweig. Marx definierte es als "Zweig der materiellen Produktion" und sagte dazu: "Außer der extraktiven Industrie, der Agrikultur und der Manufaktur existiert noch eine vierte Sphäre der materiellen Produktion, die auch die verschiedenen Stufen des Handwerksbetriebs, des Manufakturbetriebs und des mechanischen Betriebs durchläuft; es ist dies die Lokomotionsindustrie, sei es, daß sie Menschen oder Waren (bzw. Nachrichten - E. R.) transportiert."⁶ Spezifische Eigenarten der Produktion des Transportwesens bestehen darin, daß es einmal kein eigenes materielles Produkt erzeugt, sondern den Produktionsprozeß der Industrie bzw. der Landwirtschaft während des Zirkulationsprozesses und für den Zirkulationsprozeß fortsetzt. Das dabei erzeugte Produkt ist nicht gegenständlicher Natur, sondern präsentiert sich in Gestalt der Ortsveränderung von Gütern, Personen und Nachrichten. Zum anderen fallen im Verkehrswesen Produktion und Konsumtion räumlich und zeitlich zusammen.

Marx polemisierte bei der Formulierung dieser Gedanken gegen die bürgerlichen Ökonomen, die den Transport als Teil des Handels deklarierten und ihm damit das Erzeugen eines eigenen Produkts in Abrede stellten. Er wies statt dessen erstmalig das Produkt des Transportprozesses nach und erklärte das Verkehrswesen als immanenten Bestandteil der industriellen bzw. landwirtschaftlichen Produktion. "Das Produkt ist erst wirklich fertig,

2 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), 1857 - 1858, Anhang 1850 - 1859, Berlin 1953, S. 433.

3 Ebenda, S. 423.

4 Rehbein, Gerhard/Wagener, Hermann, Grundlagen der Ökonomik des Transport- und Nachrichtenwesens, 3., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1967, S. 111.

5 Ebenda, S. 113.

6 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1965, S. 387.

sobald es auf dem Markt ist. Die Bewegung, wodurch es dahin kommt, gehört noch mit zu seinen Herstellungskosten."⁷

Die enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Verkehr zeigte sich schon sehr früh. Sie kann im Raum von Zentraleuropa etwa für das Mesolithikum angesetzt werden, also für einen Zeitpunkt, wo durch die beginnenden landwirtschaftlichen Arbeiten und die damit verbundene Möglichkeit, sich ohne ständiges Umherwandern an einem Ort ernähren zu können, die Notwendigkeit für den Transport von Produkten und die Beförderung von Nachrichten entstand. Die allmählich einsetzende Arbeitsteilung förderte diese Tendenz; denn sie führte zwangsläufig zu einem Austausch der Produkte zwischen Ackerbauern und Handwerkern und damit zu mehr oder weniger sporadischen Verkehrsverbindungen. Die Vervollkommnung der Produktionstechnik in der Bronzezeit hatte ihre Auswirkungen auch auf das Verkehrswesen. Die primitiven, durch menschliche Muskelkraft fortbewegten Walzen, mit denen man schwere Lasten transportierte, konnten mit der Bronzeäße zu Scheibenrädern zerschnitten werden, die die Voraussetzung für einen ersten primitiven Karren boten; die ersten Flöße und Einbäume konnten mit besseren Werkzeugen exakter bearbeitet werden. Die vollkommeneren Transportmittel bildeten eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftlichen Grundlagen der Bronzezeit. Nur an wenigen Stellen Europas wurden damals Kupfer und Zinn gewonnen; ein großer Teil davon wurde aber weit entfernt vom Gewinnungs-ort verarbeitet. Das erforderte nicht allein die Vermittlerfunktion des Handels, sondern zugleich auch die Möglichkeit, das Rohmetall und die Fertigerzeugnisse - daneben aber auch noch andere Produkte - über größere Entfernungen zu Wasser und zu Lande zu transportieren.

Zur gleichen Zeit vollzog sich im Zusammenhang mit den entstehenden wirtschaftlichen Beziehungen ein erweiterter Nachrichtenaustausch mit Hilfe von Boten bzw. durch das Benutzen einfacher Systeme einer optischen Verständigung.

Auf diese Weise wuchs das Verkehrswesen mit den Fortschritten, die die Menschen bei der Sicherung ihres Lebensunterhaltes erreichten. Umgekehrt beeinflusste es diese Fortschritte und weckte neue Bedürfnisse, denn es vermittelte auch die Verbindung mit Gebieten, deren Bewohner aus den verschiedensten Gründen bereits einen höheren Stand der Entwicklung erreicht hatten. Nicht zuletzt hatte das Verkehrswesen eine mittelbare und unmittelbare Bedeutung für die Entwicklung der Produktivkräfte. Marx und Engels berührten das interessante Phänomen, daß in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen wiederholt wertvolle Erfahrungen und Fertigkeiten ganzer Generationen von Menschen völlig verloren gingen. Sie schrieben: "Es hängt lediglich von der Ausdehnung des Verkehrs ab, ob die in einer Lokalität gewonnenen Produktivkräfte, namentlich Erfindungen, für die spätere Entwicklung verlorengehen oder nicht. Solange noch kein über die unmittelbare Nachbarschaft hinausgehender Verkehr existiert, muß jede Erfindung in jeder Lokalität besonders gemacht werden, und bloße Zufälle, wie Irruptionen barbarischer Völker, selbst gewöhnliche Kriege, reichen hin, ein Land mit entwickelten Produktivkräften und Bedürfnisse dahin zu bringen, daß es wieder von vorne anfangen muß. In der anfänglichen Geschichte mußte jede Erfindung täglich neu und in jeder Lokalität unabhängig gemacht werden. Wie wenig ausgebildete Produktivkräfte selbst bei einem verhältnismäßig sehr ausgedehnten Handel vor dem gänzlichen Untergange sicher sind, beweisen die Phönizier, deren Erfindungen zum größten Teil durch die Verdrängung dieser Nation aus dem Handel, die Eroberung Alexanders und den daraus folgenden Verfall auf lange Zeit verloren gingen ... Erst wenn der Verkehr zum Weltverkehr geworden ist und die große Industrie zur Basis hat, alle Nationen in den Konkurrenzkampf hereingezogen sind, ist die Dauer der gewonnenen Produktivkräfte gesichert."⁸

⁷ Derselbe, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 432.

⁸ Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 54.

Entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen dominierten in der ersten Periode der Verkehrsentwicklung Gütertransport und Nachrichtenbeförderung; außerdem trugen alle diese Verbindungen einen mehr oder weniger zufälligen Charakter. Das änderte sich erst in der Verfallszeit der Urgemeinschaft und nach dem Übergang zur Sklaverei. Die großen Sklavenhalterstaaten des Altertums verfügten unter der Voraussetzung der weiter entwickelten Produktivkräfte und auf der Basis des massenhaften Einsatzes von riesigen Sklavenheeren über ein für damalige Verhältnisse ausgezeichnetes und weitreichendes Straßennetz, auf dem nicht allein die verschiedenartigsten Fahrzeuge zum Lastentransport verkehrten, sondern auch Reisewagen von der einfachsten bis zur prunkvollsten Ausführung.

Große Fortschritte hatte auch die Binnen- und Seeschifffahrt aufzuweisen, die in den antiken Sklavenhalterstaaten fast ausnahmslos den Landverkehr bei weitem übertraf; denn sie wies den Vorzug geringerer Kosten und größerer Schnelligkeit auf, Faktoren, die besonders beim Transport billiger Massengüter (beispielsweise Getreide) ausschlaggebend waren, ja ihn überhaupt erst ermöglichten. Nicht zuletzt wurden mit den Schiffen die für die Existenz der gesamten Gesellschaftsordnung unentbehrlichen Sklaven zu ihren Arbeitsstätten und die Söldnerheere zu den zahlreichen Kriegsschauplätzen befördert.

Landverkehr und Schifffahrt erhielten somit neben den wirtschaftlichen zugleich politische und militärische Aufgaben, zuweilen überwogen letztere sogar. Aus den gleichen Gründen war das Nachrichtenwesen der antiken Staaten gut durchgebildet. Es umfaßte - mit territorialen Unterschieden - in der Regel sowohl die optische Telegraphie als auch einen straff organisierten Kurierdienst, im Römischen Imperium zusätzlich einen umfangreichen staatlichen Postverkehr mit Wagen der verschiedensten Art, die Nachrichten, Güter und Personen beförderten.

Das Entstehen wirklicher Verkehrsverbindungen und damit eines Verkehrswesens im eigentlichen Sinne, charakterisiert durch eine gewisse Regelmäßigkeit, eine Kontinuität im Bedarf, eine Ausdehnung über den lokalen Rahmen und einen bestimmten Entwicklungsstand der Verkehrsmittel, ist deshalb nach unserer Auffassung erstmalig für die antiken Sklavenhalterstaaten gegeben. Dafür spricht weiterhin die Tatsache, daß der Verkehr in ihrem Rahmen gleichfalls erstmalig seinen für die künftige Entwicklung typischen Aufgabenkomplex auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet übernahm.

In dieser Zeit erreichte das Verkehrswesen hinsichtlich seines Umfanges, seiner Aufgabenbreite sowie seiner technischen Perfektion einen ersten Höhepunkt. Eine Stagnation, ja sogar ein Rückschritt setzte bereits in der sich über mehrere Jahrhunderte erstreckenden und zahlreiche territoriale Besonderheiten aufweisenden Verfallsperiode der Sklaverei ein. Im Ergebnis dieser außerordentlich vielschichtigen Entwicklung "kehrten nicht nur gewisse Wirtschaftszweige zu primitiveren Wirtschaftsformen zurück, sondern einzelne verschwanden in weiten Gebieten ganz und blieben nur noch in einigen Zentren erhalten."⁹ Diese Feststellung gilt auch für das Verkehrswesen. Es ist auffallend, daß dessen weitere technische Vervollkommnung einmal dort nicht stagnierte, wo die Sklaverei keine so intensive Ausbildung wie beispielsweise in den westlichen Teilen des Römischen Imperiums erfahren hatte und demzufolge auch deren krisenhafter Verfall weniger ausgedehnt war sowie sich über einen längeren Zeitraum erstreckte. Diese Erscheinung trifft unter anderem auf die orientalischen Länder zu. Dort bildete das Verkehrswesen nach wie vor eine unentbehrliche Voraussetzung für den ausgedehnten Fernhandel. Zum anderen war auch dort, wo sich der Feudalismus als "neue und höhere Stufe der antagonistischen Klassengesellschaft" rasch durchsetzte und damit "größere Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte"¹⁰ eröff-

⁹ Kuczynski, Jürgen, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. Von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1951, S. 110.

¹⁰ Weltgeschichte in zehn Bänden, hg. v. d. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Bd. 3, Berlin 1963, S. 3 f.

nete, wie in China, Italien und Frankreich, eine annähernd kontinuierliche Entwicklung des Verkehrswesens zu beobachten, die sich in enger Verflechtung mit der ökonomischen Entwicklung vollzog.

Im Gebiet der westgermanischen Stämme war die Situation dagegen völlig anders. Grundsätzlich gab das "Bestehen einer ausgebildeten Klassengesellschaft mit einer überlegenen Zivilisation dem Einfluß der romanischen Gebiete Europas auf die Westgermanen sowohl vor wie nach dem Untergang des Weströmischen Reiches progressive Bedeutung."¹¹ Besonders der Feudalisierungsprozeß in diesem Gebiet wurde davon beeinflußt. Auffallend ist jedoch, daß die Westgermanen, obgleich sie über einen längeren Zeitraum in der politischen Einheit des Frankenreiches zusammengefaßt waren und ökonomische, aber auch andere Beziehungen zur romanischen Bevölkerung des Frankenreiches hatten, die dort noch erhaltenen Reste des hochentwickelten römischen Verkehrswesens nur teilweise übernahmen. Der Hauptgrund liegt unseres Erachtens darin, daß die für die Periode des aufsteigenden Feudalismus typischen Fronhofwirtschaften als abgeschlossene wirtschaftliche Einheiten nicht auf den Handel sowie den damit verbundenen Verkehr angewiesen waren. Auch für die leibeigenen Bauern, die lediglich ihre Naturalabgaben zum Fronherrs zu transportieren hatten, existierten zunächst keine Marktbeziehungen. Schließlich hemmten die fehlende Zentralgewalt in Deutschland und die daraus resultierende politische Zersplitterung den Ausbau der Verkehrsverbindungen. Viele wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Verkehrswesen der vergangenen Jahrhunderte gingen deshalb ebenso wie sein früher komplexes Aufgabengebiet verloren. Statt dessen begann die sich im frühen Mittelalter herausbildende "Schicht von Berufskaufleuten" eine eigenständige Entwicklungsreihe, die wenig Gemeinsamkeiten mit der früheren römischen aufwies.

Die Verkehrsverbindungen der Kaufleute des frühen Mittelalters bildeten die Grundlage für das Entstehen des deutschen Verkehrswesens, das sich aus Keimformen zusammen mit dem Entfalten der Ware-Geld-Beziehungen allmählich herausbildete. Das Nord- und Ostseegebiet stand damals kaum hinter dem Handelszentrum des Levanterraumes zurück; die niederdeutschen Küstenstädte übernahmen die Vermittlerrolle im Verkehr zwischen Deutschland, Polen, Rußland, der skandinavischen Halbinsel, England, den Niederlanden und Belgien.

Die Verbindung zwischen diesen beiden Zentren des mittelalterlichen Handels schufen teils die Schifffahrt, teils der Landverkehr, wobei Deutschland eine wichtige Rolle als Transitland spielte. Besonders profitierte von dem regen Güteraustausch die Binnenschifffahrt, deren Aufgabengebiet damals im Unterschied zu heute viel umfassender war. (Gilt die Binnenschifffahrt heute als der Massenguttransporteur, so war sie früher vorwiegend auf wertvolle Stückgüter spezialisiert.)

Der Land- und Schiffsverkehr innerhalb Deutschlands wurde zusätzlich durch die sich entfaltenden inneren Handelsbeziehungen sowie einen regen lokalen Handel der Bauern und Handwerker ausgedehnt. Er vergrößerte sich weiter durch die verstärkte Städtebildung, wobei die einzelnen Verkehrsträger (Landverkehr, See- und Binnenschifffahrt, Nachrichtenwesen) allmählich auf Teilgebieten, wie zum Beispiel An- und Abfuhr von Waren zu den Binnen- und Seeschiffen, zusammenarbeiteten.

Das Ausdehnen der Ware-Geld-Beziehungen beeinflusste demnach das entstehende Verkehrswesen nachhaltig. Zwischen beiden Erscheinungen besteht eine ursächliche Verbindung; denn die Existenz des einen wäre ohne das andere undenkbar. In einem ähnlichen Zusammenhang präsentieren sich auch die technischen Fortschritte der Verkehrsmittel, die durch die erhöhte Nachfrage nach Transportleistungen, aber auch durch die Vervollkommnung der handwerklichen Produktion nach der Lostrennung von der Landwirtschaft sowie der Konzen-

11 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin 1957, S. 62.

tration des Handwerks in den Städten stimuliert wurde. Die Landfahrzeuge, die See- und Binnenschiffe wurden leistungsfähiger, die Transportkosten sanken. Damit wurden Güter marktfähig, die man bisher nur lokal verbrauchen konnte; aber auch neue Absatzmöglichkeiten eröffneten sich, und die weitere Arbeitsteilung wurde gefördert.¹²

Die Verkehrswege - Landstraßen und Flüsse (aber auch Fluß- und Seehäfen) - hatten an diesem Aufschwung kaum einen Anteil. Im Gegenteil hemmte ihr schlechter Zustand nicht nur bestimmte Verbesserungen an den Verkehrsmitteln, sondern auch die allgemeine Leistungsfähigkeit des Verkehrs. Der Grund dafür liegt vor allem in den widersprüchlichen Interessen der Eigentümer der Verkehrswege und der der Verkehrsmittel. In diesem Punkt hatte sich die Situation gegenüber den antiken Sklavenhalterstaaten grundlegend geändert. Damals war das Interesse an den Verkehrswegen und den Verkehrsmitteln weitestgehend identisch - aus ökonomischen, aber auch aus militärischen und politischen Gründen. Gut ausgebaute Verbindungswege waren für diese Staaten schon ein 'notwendiger Gebrauchswert'¹³ geworden, den man durch den massenhaften Einsatz der Sklavenarbeit geschaffen hatte. In den mittelalterlichen deutschen Feudalstaaten hatten dagegen die Besitzer der Verkehrswege kein Bedürfnis dafür, und da sie außerdem keinen Vorteil von dem Betrieb der Verkehrsmittel hatten, waren ihnen die Verkehrswege so lange gleichgültig, bis sich ihnen ein greifbarer Nutzen anbot. Das war jedoch erst der Fall, als ihre feudale Wirtschaft in die Ware-Geld-Beziehungen eingebunden und der Drang der Feudalherren nach Geldeinnahmen immer stärker wurde. Zu diesem Zeitpunkt realisierten sie für sich in Gestalt ständig zunehmender Zollbelastungen des Verkehrs den Gebrauchswert der Landstraßen und Flüsse, wenn auch im übertragenen Sinne. Denn nach wie vor waren die Grundherren nicht in erster Linie am Verkehr interessiert, sondern nur an den Möglichkeiten, die er ihnen zu ihrer persönlichen Bereicherung bot. Berücksichtigt man dabei noch, daß der mangelnde Entwicklungsstand im damaligen Straßenbau wie in der Sklaverei nur durch den Einsatz riesiger Massen von Arbeitskräften ausgeglichen werden konnte, die dem Feudalherrn mit seinen leibeigenen und hörigen Bauern aber nicht zur Verfügung standen, so wird klar, warum auf diesem Gebiet über Jahrhunderte hinweg kein sichtbarer Fortschritt erfolgte. Eine wirkliche Verbesserung erfolgte erst seit dem 18. Jahrhundert, als regelmäßige Postverbindungen durch die Länderposten eingerichtet wurden, die der Staatskasse hohe Einnahmen sicherten, und als militärische sowie politische Gründe gute Verbindungswege verlangten - mit anderen Worten, als sich die Interessen an den Verkehrswegen und dem Betrieb von Verkehrsmitteln wieder zu decken begannen.

Der Nachrichtenverkehr des Feudalismus unterlag - soweit er vom allgemeinen Verkehr abhängig war - den gleichen, teilweise aber auch anders gearteten Einflüssen. Zunächst organisierten die Städte den Nachrichtenaustausch in eigener Regie. Besonders reiche Kaufleute hielten sich eigene Boten. Erst seit dem Ende des 15. Jahrhunderts entstand daneben ein organisierter Nachrichtenverkehr in der Hand des Staates. Für diesen Zweig des Verkehrswesens ist es typisch, daß er schon sehr früh und beinahe vollständig in die Regie des Staates überging; denn neben der Reichspost der Thurn und Taxis bildeten sich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zunächst aus finanziellen Erwägungen, aber auch aus politischen

12 "Mit dem in einer besonderen Klasse konstituierten Verkehr, mit der Ausdehnung des Handels durch die Kaufleute über die nächste Umgebung der Stadt hinaus, tritt sogleich eine Wechselwirkung zwischen der Produktion und dem Verkehr ein. Die Städte treten miteinander in Verbindung, es werden neue Werkzeuge aus einer Stadt in die andre gebracht, und die Teilung zwischen Produktion und Verkehr ruft bald eine neue Teilung der Produktion zwischen den einzelnen Städten hervor, deren Jede bald einen vorherrschenden Industriezweig exploitiert. Die anfängliche Beschränkung auf die Lokalität fängt an, allmählich aufgelöst zu werden." (Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 53.)

13 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 424 f.

und militärischen Gründen Posteinrichtungen der deutschen Länder. Demgegenüber war das Transportwesen von Anfang an eine Angelegenheit der Städtebürger, in erster Linie der Kaufleute, für die es die unerläßliche Voraussetzung ihrer gesamten Tätigkeit darstellte. Besonders die Schifffahrt wurde ein "entschieden bürgerliches Gewerbe" mit einem ausgeprägt "antifeudalen Charakter".¹⁴

Insgesamt hatte das Verkehrswesen einen entscheidenden Anteil an den Veränderungen der sozialökonomischen Struktur und der Zersetzung der feudalen Produktionsweise. Das zeigte sich besonders in folgenden Erscheinungen; Durch die mögliche Verbindung zwischen den einzelnen Städten bildete sich "sehr allmählich die Bürgerklasse" heraus; die "gemeinsamen Bedingungen" der Bürger formten sich zu "Klassenbedingungen".¹⁵ Außerdem stellte die durch den zunehmenden Verkehr ermöglichte weitere Arbeitsteilung eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen der Manufakturen dar. Aber auch solche Ereignisse von außerordentlicher historischer Tragweite, wie die großen geographischen Entdeckungen, sind den Fortschritten des Verkehrswesens zu verdanken, und nicht zuletzt beruhte die Bildung des für die weitere Entwicklung so bedeutungsvollen Handelskapitals auf ihnen.¹⁶

Summarisch kann festgestellt werden, daß das Verkehrswesen während der Periode des Feudalismus über lange Zeit hinweg den Anforderungen der Wirtschaft weitestgehend entsprechen konnte. Trotzdem blieben seine technischen und technologischen Fortschritte vergleichsweise bescheiden. Das lag vor allem darin begründet, daß keine entscheidende Veränderung in den Antriebsarten gefunden werden konnte. Trotz der verschiedensten Versuche standen nach wie vor nur natürliche Kraftquellen zur Verfügung: die Kraft des Windes, des fließenden Wassers, der Tiere und Menschen. Damit konnte aber - unabhängig von der gegebenen Verbesserung an den Verkehrsmitteln - die Leistungsfähigkeit des Verkehrswesens sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch der Geschwindigkeit nicht eine objektiv gezogene Maximalgrenze übersteigen. Über einen längeren Zeitraum hinweg war das auch nicht erforderlich. Die Anforderungen an das Verkehrswesen gerieten erst in dem Maße in einen Widerspruch zu den gegebenen Möglichkeiten, wie die feudalen Produktionsverhältnisse durch kapitalistische ersetzt wurden. Zu diesem Zeitpunkt verwandelten sich die "von der Manufakturperiode überlieferten Transport- und Kommunikationsmittel ... in unerträgliche Hemmschuhe für die große Industrie."¹⁷ Die anfänglichen Bemühungen, diesen Widerspruch zu lösen, wie zum Beispiel der Bau eines weitverzweigten Kanalnetzes in England oder der Chausseebau in Frankreich und anderen Ländern, blieben durchaus im konventionellen Rahmen; denn auch sie brachten nicht den entscheidenden qualitativen Sprung, sie schufen lediglich bessere Voraussetzungen für die Abwicklung des Verkehrs. Erst die industrielle Revolution schuf die Bedingungen dafür, daß nicht allein in Gestalt der Dampfmaschine die Antriebsquelle gefunden wurde, die Wirtschaft und Verkehr des 19. Jahrhunderts revolutionierte, sie eröffnete außerdem die Wege für einen leistungsfähigen Maschinen- und Anlagenbau, den unerläßlichen Bedingungen für den Bau und Betrieb der neuen Verkehrsmittel. Zugleich konnten dadurch die gegenüber früher schon gewaltigen Potenzen der Dampfkraft in vielfältigster Weise genutzt werden und darüber hinaus in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts neue Kraftquellen für Wirtschaft und Verkehr in Gestalt der Elektroenergie und des Verbrennungsmotors erschlossen werden.

Auf diese Weise entstanden Verkehrsmittel, "die den modernen Produktionsmitteln adäquat" waren.¹⁸ Sie boten zahlreiche direkte und indirekte Vorteile: Vor allem ermöglichten

14 Engels, Friedrich, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 394.

15 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 53.

16 Vgl. ebenda, S. 56 - 58.

17 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 405.

18 Marx an Nikolai Franzewitsch Danielson in Petersburg, London, 10. 4. 1879, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 34, Berlin 1966, S. 373.

ten sie erstmalig einen Massenverkehr und damit eine ständige, zuverlässige und billige An- und Abfuhr der Rohstoffe, Halbfertigfabrikate und Fertigwaren. Das wiederum versprach durch verringerte Transportkosten einen lebhafteren Güteraustausch, durch die größere Geschwindigkeit ein schnelleres Tempo des Warenumsatzes und damit des Kapitalumschlags. Mit der ständig möglichen Rohstoffzufuhr entfiel weiterhin die Notwendigkeit für große Vorratslager und damit die Bindung von Umlaufmitteln. Die modernen Verkehrsmittel bildeten aber auch die unerläßliche Voraussetzung für die Beherrschung des nationalen Marktes und das Vordringen auf internationale Märkte, ja für die Ausweitung des Weltmarktes überhaupt, wie sie ihrerseits vom Wachstum der Industrie und des Marktes stimuliert wurden.¹⁹ Die neuen Verkehrsträger spielten außerdem schon bald - wenn auch mit erheblichen graduellen Unterschieden - eine entscheidende Rolle als Abnehmer industrieller, vor allem schwerindustrieller Erzeugnisse. Sie ermöglichten und förderten das Entstehen von Großbetrieben sowie industrieller Ballungsgebiete, in erster Linie, weil sie für den Transport des damals wichtigsten Betriebsmittels jeder maschinellen Produktion, der Kohle, sorgten. "Die Bedingungen der modernen Industrie, Dampfkraft und Maschinerie, sind überall herstellbar, wo es Brennstoff, namentlich Kohlen gibt"²⁰, schrieb Engels. Der moderne Verkehr erfüllte nicht nur diese Bedingungen, seine Auswirkungen zeigten sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Er trug dazu bei, "die gesellschaftlichen Reichtümer und die gesellschaftliche Macht" in der Hand der Bourgeoisie zu konzentrieren²¹ und die beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft herauszubilden. Er erhöhte den Grad der Ausbeutung, stärkte aber zugleich auch das Zusammengehörigkeitsgefühl des Proletariats und erleichterte seine Organisierung.²²

Eine ganz besondere Bedeutung hatte der moderne Verkehr für die "Konzentration des Kapitals". Marx wies in diesem Zusammenhang in einem Brief an Danielson besonders auf die Eisenbahnen hin, die "(zusammen mit Dampfschiffen für den Ozeanverkehr und Telegraphen) ... die Grundlage für riesige Aktiengesellschaften abgaben und damit gleichzeitig einen neuen Ausgangspunkt für alle anderen Arten von Aktiengesellschaften bildeten, angefangen bei Bankgesellschaften."²³

Ein anderes Charakteristikum des Verkehrswesens im 19. Jahrhundert bestand in dem Herausbilden eines Transport systems, in dessen Rahmen die vorhandenen Verkehrsträger so weit zusammenarbeiteten, wie es die bestehenden Produktionsverhältnisse erlaubten. Hatte zu Beginn des Jahrhunderts ein Transport oder eine Reise noch viel Zeit, Geduld und Kosten verlangt, so stand zehn Jahrzehnte später ein weitverzweigtes, gut funktionierendes Transport- und Nachrichtenwesen zur Verfügung, das den Anforderungen der Wirtschaft und des Staates, aber auch denen von Privatpersonen entsprach. Im binnenländischen Verkehr nahm dabei die Eisenbahn eine überragende Stellung ein. In allen Ländern, in denen sie entstand, beherrschte sie sehr bald den gesamten Landverkehr. Darüber hinaus beeinflusste sie alle anderen Verkehrsmittel. Sie wies dem schienenlosen Landverkehr ein neues Tätigkeitsfeld zu. Der Binnenschiffahrt entzog sie einen Teil ihrer traditionellen Transporte, führte ihr aber zugleich andere zu. Sie erweiterte das Hinterland der Seeschiffahrt und damit deren möglichen Umfang beträchtlich. Sie drang erfolgreich in den städtischen Nahverkehr ein, als der entstehende Berufsverkehr in den Großstädten neue Bedürfnisse schuf, und sogar die Post konnte mit Hilfe der Eisenbahnen die Nachrichtenübermittlung wesentlich verbessern.

19 Vgl. Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 463 f.

20 Engels, Friedrich, Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der "Lage der arbeitenden Klasse in England", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 646.

21 Derselbe, Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 103.

22 Vgl. Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 471.

23 Marx an Nikolai Franzewitsch Danielson in Petersburg, London, 10. 4. 1879, a. a. O.

Trotzdem blieben die anderen Verkehrsmittel keineswegs etwa nur im Schatten dieses raschen Aufschwunges; die kapitalistische Entwicklung konnte auf sie nicht verzichten. Gleichberechtigt stand neben der Eisenbahn die durch die Dampfkraft revolutionierte Seeschiffahrt, die überhaupt erst das zunehmende Volumen und die territoriale Ausdehnung des kapitalistischen Welthandels, aber auch die umfangreichen Importe von Rohstoffen für die Industrie ermöglichte. Die wirtschaftliche Expansion stützte sich deshalb im 19. Jahrhundert vor allem auf die Eisenbahn und die Seeschiffahrt. Ergänzt wurde diese explosive Entwicklung im Transportwesen durch die Einführung von Telegraf und Telefon, die für das Nachrichtenwesen eine gleich wichtige Rolle spielten wie die Nutzung der Dampfkraft für das Transportwesen; denn die weltumspannenden Beziehungen der Bourgeoisie setzten einen zuverlässigen, schnellen und sicheren Nachrichtenverkehr voraus.

Die ökonomische Bedeutung des modernen Verkehrswesens dominierte zweifellos während des gesamten 19. Jahrhunderts. Trotzdem erkannte man von Anfang an auch die außerordentliche militärische und politische Wichtigkeit besonders der Eisenbahn und der Dampfschiffahrt. Fast alle bürgerlichen Verfechter des Eisenbahnbaus berührten in ihren Schriften derartige Gedanken²⁴ und betonten die fördernde Wirkung der Eisenbahnen für die nationale Einigung Deutschlands. Für die Ziele der preußischen Politik waren diese Argumente von großer Wichtigkeit. Darüber hinaus schätzte die preußische Regierung die Möglichkeit der engeren Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Teilen Preußens. Gleiche Überlegungen motivierten den Eisenbahnbau Österreichs. Aber auch die kleineren deutschen Staaten bemühten sich, den Eisenbahnbau im Interesse ihrer Souveränität zu einem Mittel ihrer Politik zu machen. Im engen Zusammenhang damit stand die strategische Bedeutung der Eisenbahnen. In nicht wenigen Fällen wurde von seiten der Länderregierungen die Forderung erhoben, den Bau der Eisenbahnen militärischen Interessen unterzuordnen. Die ersten praktischen Versuche eines Truppentransports auf der Eisenbahn fanden schon 1839 und 1842 statt. Bei der blutigen Niederschlagung der Revolution im Jahre 1849 wurden die Eisenbahnen erstmalig im kriegsmäßigen Einsatz genutzt.

In den folgenden Jahren entstanden in den Armeen der deutschen Staaten eigene Einheiten für den militärischen Eisenbahnbetrieb. Besonders der Chef des preußischen Generalstabes, Moltke, wies den Eisenbahnen eine neue Rolle in künftigen Kriegen zu. Als Bewegungstaktiker vertrat er die Meinung, man solle künftig an Stelle von Festungen nur noch Eisenbahnen bauen.

24 Stellvertretend für die anderen soll Hansemann zitiert werden. Er schrieb: "Die politischen Wirkungen der schnellen und wohlfeilen Transportmittel verdienen die ernsteste Beachtung ... Nicht die Seelenzahl allein bestimmt die politische Kraft der Staaten; der Reichtum des Volkes ist eine wenigstens ebenso mächtige Potenz. Was in dieser Hinsicht durch vervollkommnete Transportmittel gewonnen wird, ist daher zugleich Gewinn an politischer Macht ...

Diese Macht verstärkt sich verhältnismäßig in einem Staate, der durch das Schicksal weite Grenzen erhalten hat, am meisten durch die Konzentration, welche durch schnelle und wohlfeile Transportmittel zu gewinnen ist ...

In Preußen bestehen, abgesehen von den weiten Grenzen, noch eigentümliche Verhältnisse, welche die Einführung des Eisenbahnsystems mehr als in irgend einem anderen Lande gebieterisch erheischen.

Es besteht die politische Notwendigkeit, die neuerworbenen westlichen und östlichen Teile der Monarchie, sowohl in der Gemeinsamkeit der Interessen als der Gesinnung, mit dem Zentralpunkte zu verschmelzen. Es bedarf keiner weitern Ausführung dieser Behauptung, die gewiß von jedem Staatsmann verstanden wird und unbestritten bleibt." (Hansemann, Die Eisenbahnen und deren Aktionäre in ihrem Verhältnis zum Staat, Leipzig/Halle 1837, S. 36 u. 39.

Neben den Eisenbahnen kam dem Dampfschiff eine erhebliche militärische Bedeutung zu. Engels erklärte, wie sich das Schlachtschiff seit dem Krimkrieg durch den Bau moderner Dampfschiffe grundlegend veränderte, nicht nur von seiten des Antriebs her, sondern auch in seiner gesamten Konstruktion, seiner Bewaffnung, seiner Einsatzmöglichkeiten usw.²⁵ Er bewies damit, daß nichts abhängiger ist "von ökonomischen Vorbedingungen als grade Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen."²⁶ Da zu gehörten verständlicherweise auch die Chausseen, wie überhaupt die Verkehrswege. Im 19. Jahrhundert wurde in den deutschen Staaten für ihre Verbesserung - wenn auch mit beträchtlichen Unterschieden - mehr als zuvor getan. Besonders der Chausseebau nahm zu, der in Regie des Staates und mit Mitteln des Staates durchgeführt wurde. Der Bau von Chausseen durch Aktiengesellschaften blieb in Deutschland gering. Der Grund ist für die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in der Tatsache zu suchen, daß damals eine Verwertung des angelegten Kapitals in der erwarteten Form infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit des Landes mehr als unsicher erschien. Man schob deshalb diese Ausgaben "als Landesbedürfnisse dem ganzen Lande" zu.²⁷ Mit der Zunahme des Straßenverkehrs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich die Situation zwar, jedoch boten zu dieser Zeit die Eisenbahnen eine weitaus vorteilhaftere Anlagemöglichkeit für freie Kapitalien, zumal der Eisenbahnverkehr den gesamten Straßenverkehr trotz seiner Erweiterung um ein mehrfaches überstieg. Wegen seiner geringen Profitchancen blieb deshalb der Chausseebau eine Angelegenheit des Staates.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Kanalbau sowie der Flußregulierung, die noch kostenintensiver sind als der Straßenbau. Auch sie blieben dem Staat vorbehalten, der auf diese Weise die Voraussetzungen für ein Ausdehnen des Binnenschiffs- wie des Straßenverkehrs schaffen mußte und auch schuf; denn die Förderung des Verkehrs erfolgte letztlich im allgemeinen Interesse der herrschenden Klasse.

Völlig andere Voraussetzungen bestanden beim Bau der Eisenbahnen. Hier waren im Unterschied zu den Wasser- und Landstraßen die Besitzer der Verkehrswege und der Verkehrsmittel identisch. Zwar gab es anfangs Überlegungen, die Schienenwege für geeignete Fahrzeuge aller Interessierten zu nutzen (in England bauten die ersten Eisenbahngesellschaften tatsächlich auch nur die Schienenwege und vermieteten sie dann gewissermaßen zum Betrieb), jedoch zeigte sich auf Grund der Eigenarten des Eisenbahnbetriebes sehr bald die Unmöglichkeit derartiger Pläne. Die Eisenbahnen nahmen und nehmen damit aber eine Sonderstellung gegenüber den anderen Verkehrsträgern ein. Sie müssen ihren Verkehrsweg selbst bauen und unterhalten und werden damit naturgemäß viel stärker belastet, erfordern doch der Bau sowie die Unterhaltung von Schienenwegen Kapital und eigene Arbeitskräfte in erheblichem Umfange. Für die sich neu bildenden Eisenbahngesellschaften spielten diese Faktoren jedoch noch keine Rolle, bot ihnen doch sowohl der Bau der Eisenbahnen als auch ihr künftiger Betrieb begründete Profitchancen. Da zudem der Eisenbahnbau in Deutschland im Unterschied zu England und anderen Ländern die industrielle Revolution erst eröffnete, machte "der Mangel an anderer gewinnreicher Anlegung des Kapitals ... das Eisenbahnbauen zum dominierenden Industriezweig in Deutschland."²⁸

Beim Eisenbahnbau zeigte sich deutlich die Richtigkeit der Marxschen Feststellung, wonach "ein Weg selbst ... die Produktivkräfte so vermehren kann, daß er einen Verkehr schafft, durch den er sich nun rentiert."²⁹

25 Vgl. Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 159 - 161.

26 Ebenda, S. 155.

27 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 430.

28 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 285.

29 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 430.

Schon Mitte der fünfziger Jahre zeigte sich jedoch, daß der Ausbau des gesamten Eisenbahnnetzes, das neben profitreichen zwangsläufig auch weniger ertragbringende Linien umfassen mußte, die Kräfte der Bourgeoisie überstieg. Sie war auch gar nicht gewillt, die Lasten eines Eisenbahnnetzes zu tragen, zumal sich ihr im Zusammenhang mit dem raschen Aufschwung der deutschen Industrie weitaus profitablere Möglichkeiten zur Kapitalanlage boten als im Eisenbahnwesen. Zugleich zeigte diese Entwicklung, daß bestimmte Verkehrsträger, nämlich die Eisenbahn und das Nachrichtenwesen, sehr bald eine Stufe ihrer Entwicklung erreichen, wo sie über die ursprünglich an sie gestellten Anforderungen hinauswachsen und allgemeingesellschaftliche Aufgaben übernehmen müssen, für die das Privatkapital, auch wenn es sich in Aktiengesellschaften vereinigt hat, nicht die notwendigen Voraussetzungen schaffen kann, so daß im Interesse der herrschenden Klasse "der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, ... ihre Leitung übernehmen" muß.³⁰

Die Verstaatlichung der großen Verkehrsunternehmen wies in den Ländern der Erde große zeitliche Unterschiede auf, zum Teil ist dieser Prozeß bis heute nicht abgeschlossen. In Deutschland erfolgte die Verstaatlichung dagegen auf Grund der Eigenarten seiner ökonomischen und politischen Entwicklung sehr früh. Das Postwesen trat schon als Staatsunternehmen in die Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz ein, das Staatseigentum wurde von vornherein auch auf die neuen Nachrichtenmittel - Telegraf und Telefon - ausgedehnt. Die Eisenbahnen übernahm der Staat, soweit sie nicht schon früher Staatseigentum waren, im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Die See- und Binnenschifffahrt sowie der Straßenverkehr blieben in privater Hand. Die Gründe dafür liegen im wesentlichen im Aufgabengebiet, im Aktionsradius sowie der Betriebsstruktur dieser Verkehrsträger.

Wahrheit hat, so ist ihre wissenschaftliche Bedeutung nicht weniger bedeutend. Vielleicht haben sich wieder die Forscher eine entsprechende Lösung im Zuge der Entwicklung gesucht, die die Auswirkungen eines Kollapses auf die Wirtschaft und andere Faktoren für die allgemeine historische Entwicklung des Landes gerecht wird. Es sei zu sehen, warum wir mit der vorliegenden Übergangsstufe versuchen, die wir den Übergang Wirtschaften zur Arbeiter-Abhängigkeit Professor Jürgen Kautsky, wissen.

Es handelt sich, wie gesagt, um einen Versuch, und wir hoffen, daß wir nicht um einer neuen Forderung ausgehen, sondern die Ergebnisse, die uns heute in der historischen Literatur vorliegen, analysieren. Zunächst ist zu sagen, daß es keine Spezialarbeiten gibt, abgesehen von einer, die wir vor einigen Jahren veröffentlichten. Die allgemeinen Werke über die Revolution von 1848 oder über spezifische Probleme dieser Zeit bieten jedoch wichtige und wertvolle Informationen.

1. Zuerst muß betont werden, daß die Revolution von 1848 ein willkürlicher Anstoß für die Strukturierung der Kapitalwirtschaft ist. Es würde genügen, das Manifest zu lesen, um festzuhalten, daß sich die Parteien dieser Krise schon längst bewegt hatten. Erst 1847 hatte die zyklische Krise, die von den Vereinigten Staaten herging und unmittelbar nach Kuba übertragen wurde, die Schwächen des Systems der Sklavenerzeugung, in dem sich kräftige Handelsbeziehungen und kulturelle Elemente ausgeprägten kapitalistischen Charakters organisiert und entwickelt hatten, ganz offensichtlich gezeigt. Alle seit 1840 zunehmenden Anstren-

¹ Engels, Friedrich, Antiquar y Abolición (Zuck. und Abschaffung der Sklaverei), in Gesammelte historische Werke, Havanna 1980; Querra, Leandro, Querra y el 1848 (Über den zehnmonatigen Krieg), Havanna 1960 - 1962, 2. Aufl.; La Revolución de 1848.

³⁰ Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 259.

Über die ökonomische Bedeutung der Revolution von 1868

von Julio Le Riverend Brusone

1968 beging das kubanische Volk trotz seines riesigen Aufbauwerkes die Jahrhundertfeier des ersten revolutionären Kampfes um seine Unabhängigkeit. Am 10. Oktober 1868 begann eine Gruppe Patrioten unter Führung von Carlos Manuel de Céspedes einen Befreiungskrieg, der mehr als zehn Jahre dauern sollte. In den heroischen Kämpfen standen die Kubaner Hunderttausenden von gut bewaffneten und ausgerüsteten Kolonialsoldaten gegenüber, während sie selbst keinerlei Unterstützung erfuhren, es sei denn durch die Waffen, die sie den Feinden entrissen, und den wenigen, die sie von außen erhielten. Was diese Heldentat für die Herausbildung des Nationalbewußtseins bedeutete, wurde schon gleich nach diesen Jahren offenbar. Die Niederlage der Revolution von 1868 und ihr Beispiel wurden zu einem Appell an die Söhne Kubas, das große Befreiungswerk zu vollenden.

Wenn diese Revolution in politischer Hinsicht einen außerordentlichen und nachdrücklichen Widerhall fand, so ist ihre ökonomische Bedeutung nicht weniger tiefgreifend. Vielleicht haben sich bisher die Historiker nicht entschieden genug um eine Beurteilung bemüht, die den Auswirkungen jenes Krieges auf die Wirtschaft und seiner Bedeutung für die allgemeine historische Entwicklung des Landes gerecht wird. Diese zu geben, wollen wir mit der vorliegenden Übersichtsstudie versuchen, die wir dem führenden Wirtschaftshistoriker, Akademiemitglied Professor Jürgen Kuczynski, widmen.

Es handelt sich, wie gesagt, um einen Versuch, und wir betonen, daß wir nicht von einer neuen Forschung ausgehen, sondern die Ergebnisse, die bis heute in der historischen Literatur vorliegen, analysieren. Zunächst ist zu sagen, daß es keine Spezialarbeiten gibt, abgesehen von einer, die wir vor einigen Jahren veröffentlichten. Die allgemeinen Werke über die Revolution von 1868 oder über spezifische Probleme dieser Zeit bieten jedoch wichtige und wertvolle Informationen.¹

1. Zuerst muß betont werden, daß die Revolution von 1868 ein politischer Ausdruck für die Strukturkrise der Kolonialwirtschaft ist. Es würde genügen, das Manifest zu lesen, mit dem sich Carlos Manuel de Céspedes am 10. Oktober an die Öffentlichkeit wandte, um zu verstehen, daß sich die Patrioten dieser Krise absolut bewußt waren. Seit 1857 hatte die zyklische Krise, die von den Vereinigten Staaten ausging und unmittelbar nach Kuba übertragen wurde, die Schwächen des Systems der Sklavenproduktion, in dem sich kraftvolle finanzielle, technische und kaufmännische Elemente ausgeprägt kapitalistischen Charakters organisiert und entwickelt hatten, ganz offensichtlich gemacht. Alle seit 1840 unternommenen Anstren-

1 Cepero Bonilla, Raul, Azucar y Abolicion (Zucker und Abschaffung der Sklaverei), in: Gesammelte historische Werke, Havanna 1960; Guerra, Ramiro, Guerra delos Diez Años (Der zehnjährige Krieg), Havanna 1950 - 1952, bes. Bd. 1; Le Riverend, Julio, Una Guerra entre dos Crisis (Ein Krieg zwischen zwei Krisen) in: Bohemia, Havanna, H. 41/1960, S. 32 - 34 u. 76 f.

gungen zur Lösung des Problems der niedrigen Produktionskapazität und zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des kubanischen Zuckers gegenüber dem Rübenzucker hatten nur zu einer Erweiterung des industriellen Sektors der Produktion geführt, während die Agrarprobleme durch die Ausdehnung der Saatflächen, die für die Fabriken mit moderner Maschinerie notwendig war, verschlimmert wurden. In Wirklichkeit begünstigten weder eine bessere Technik noch die Reduzierung der Sklavenzahl in der Fabrik in einem Gesellschaftssystem, das im wesentlichen noch auf der Sklavenarbeit beruhte, das normale Anwachsen der Industrie. Seit 1860/70 kam es zur höchst möglichen Kombination von Technik und kapitalistischer Finanzwirtschaft mit der Sklavenarbeit. Mit diesem schweren Problem mußte man sich auseinandersetzen. Als erste diskutierten es die sogenannten Reformisten in ihrer großen Zeitungskampagne in den Jahren 1860 bis 1865. Sie forderten die allmähliche Abschaffung der Sklaverei, wobei die Eigentümer entschädigt werden sollten, und die Förderung der Einwanderung. Selbstverständlich setzten sie sich auch für andere staatliche, verwaltungsmäßige und politische Maßnahmen ein, die sie zur Überwindung der Krise als notwendig erachteten. Die Reformisten vertraten im allgemeinen die Ideen und Interessen der Eigentümer großer Zuckerfabriken und Sklaven im Westen des Landes, wo die technische Revolution weit fortgeschritten war. In diesem Teil des Landes befanden sich die größten Fabriken und das bedeutendste Kapital sowie die festesten Bindungen an die internationale, besonders an die nordamerikanische Wirtschaft. Hier war man reformistisch, wie man vorher annektionistisch war, denn man verfügte über Möglichkeiten, ausländische Kredite zu bekommen, um die Fabriken zu verbessern und Zucker von solcher Qualität zu produzieren, der auf dem nordamerikanischen Markt einen guten Preis brachte. Gleichzeitig wünschte man die Sklaven zu behalten.

In anderen Provinzen jedoch - im Zentrum und im Osten -, wo die Situation viel schwieriger war, hatten weder der Reformismus noch die Idee des Anschlusses an die Vereinigten Staaten einen entscheidenden Einfluß. Die grundbesitzenden Zuckerfabrikanten in Mittel- und Ostkuba besaßen kleine, veraltete und unproduktive Anlagen und wenige Sklaven. Sie produzierten hauptsächlich den sogenannten Miel² und hatten im allgemeinen nur wenig Verbindung zu internationalen Käufern.

Der Reformismus scheiterte. Die spanischen Kolonialisten verspotteten die gemäßigten Wünsche der landbesitzenden Klasse. Logischerweise mußte der Gedanke an den bewaffneten Kampf als Mittel zur Befreiung des Landes auftauchen. Die Plantagenbesitzer und Viehzüchter erwarteten von der Befreiung des Landes die Wiederherstellung ihrer Macht, damit sie die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Erstarkung als Bourgeoisie ergreifen konnten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Revolution von 1868 ein Kampf um die Abschaffung der Sklaverei. Der größte Teil ihrer Führer wollte die Sklaven sofort befreien. So verfahren sie mit ihren eigenen Sklaven. Aus taktischen Gründen verfügte die revolutionäre Regierung, um die Sympathie der Grundbesitzer des Westens zu erlangen, die allmähliche und freiwillige, mit einer Entschädigung verbundene Abschaffung der Sklaverei. Das heißt, sie ging nicht radikal vor. Der Krieg jedoch, dessen Wesen dadurch bestimmt wurde, daß die Sklaven gute Kämpfer für die Sache des Vaterlandes waren, brachte, weil die Grundbesitzer hartnäckig am Kolonialregime festhielten, im Gebiet der militärischen Operationen (den heutigen Provinzen Las Villas, Camagüey und Oriente) die sofortige und bedingungslose Befreiung der Sklaven mit sich.

So trug die Revolution von 1868 grundlegend zur Herausbildung des Kapitalismus in Kuba bei. Kurz nach der Beendigung der militärischen Operation erließ 1880 die Kolonialregierung das Gesetz zur Abschaffung der Sklaverei.

2 Ein Gemisch von nicht kristallisiertem ziemlich unreinem Zucker mit einigen Zuckerkristallen.

2. Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, daß diese Revolution die Liquidierung des radikalen Flügels der Grundbesitzerklasse Kubas hervorrief. Die Eingliederung von Hunderten von Landeigentümern in die revolutionären Streitkräfte einerseits und der Verlust der Güter - sei es durch Konfiskation, sei es durch Zerstörung infolge Kriegseinwirkung - andererseits, bewirkten zusammen, daß diese Klasse ihre Macht und ihre Bedeutung für die Nation verlor und durch eine neue Bourgeoisie, die sich am Krieg bereichert hatte, und durch ausländische Gesellschaften, die seit 1880 in Erscheinung traten und damit das Heraufziehen des Imperialismus in Kuba ankündigten, ersetzt wurde. Das heißt, der Teil der Grundbesitzer, der am ehesten bestimmt war aus eigener Kraft zu wachsen, verschwand. Die Klasse, die mit Hilfe des radikalen Flügels ihren Boden und ihre Zukunft sichern wollte, verlor ihren Charakter. In der Folgezeit sollte sie die Konservativen - ob Reformisten oder Annexionisten - stellen, aber unfähig sein, die Probleme ihrer eigenen Geschicke zu lösen. Dieses Phänomen trat selbstverständlich mit dem Aufkommen des Imperialismus noch stärker in Erscheinung. Durch die Revolution von 1868 wurden die Entwicklungsmöglichkeiten für eine nationale Bourgeoisie gehemmt. Das, was danach geschah, war nur noch die fortschreitende Demonstrierung ihrer gesellschaftlichen Unfähigkeit.

3. Zu dieser definitiven Schwächung der sich formierenden Bourgeoisie trug die Revolution von 1868 auf anderem, in diesem Falle völlig objektivem Wege bei. Seit 1840 hatten die Zuckerindustrie und andere Industrien eine sehr intensive technische Umwälzung erfahren. Jede der Zuckerfabriken oder Anlagen mit moderner Ausrüstung besaß etwa die fünffache Kapazität der Fabriken alten Typs. Es war eine logische Konsequenz, daß sich die industrielle und finanzielle Konzentration durchsetzte und die kleinen und unmodernen Fabriken verschwanden, wenn sich dies auch vor 1868 sehr langsam vollzog. Die militärischen Operationen beschleunigten diesen Prozeß jedoch durch die fast totale Zerstörung der zentralen und östlichen Regionen. Es genügt, daran zu erinnern, daß es in Camagüey 1868 mehr als hundert Zuckerfabriken gegeben hatte, von denen 1878 nur eine einzige übriggeblieben war.

In den Gebieten, wo während des Krieges einige Fabriken wieder aufgebaut werden konnten, waren diese produktiver als die alten, und außerdem waren es wenige, so daß das kapitalistische Wachstum durch die Zerstörungen des Krieges günstigere Bedingungen vorfand. Zerstörend wirkte der Krieg in zweierlei Hinsicht: Die Grundbesitzer verschwanden oder wurden ruiniert, und die alten Industrien wurden vernichtet. Nach dem Kriege wurden die "freien" Ländereien mit großen Fabriken bebaut, einige von ihnen wurden mit Kapital der Yankees errichtet.

4. Von größter Bedeutung war die Wirkung, die der Krieg auf die landwirtschaftliche Organisation hatte. In den durch den Krieg am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten (Las Villas, Camagüey und Oriente) hatte sich die landwirtschaftliche Organisation seit dem 16. Jahrhundert nicht wesentlich verändert. Während die westlichen Regionen bedeutende Veränderungen durch die Entwicklung der kommerziellen Agrarproduktion aufzuweisen hatten, wodurch die Viehzucht verdrängt wurde, behielten die mittleren und östlichen Regionen, besonders durch die Schwäche der Zuckerindustrie und die absolute Notwendigkeit, den Kaffee im Gebirge anzubauen, viel vom primitiven und ursprünglichen Charakter der landwirtschaftlichen Organisation. Wir weisen zunächst auf die ausgedehnte Viehzucht und auch auf die Fortdauer eines Gemeineigentums an großen Landgütern (haciendas comuneras) hin, dann auf die zahlenmäßig geringe, besitzlose und von der Außenwelt abgeschlossene Bevölkerung und die Existenz großer, praktisch unbewohnter und nicht kultivierter Landstrecken. Dazu kamen außerdem noch die schlechten Verkehrsverhältnisse. Es gab nur diese oder jene Eisenbahn, die das Innere mit der Küste verband, aber keine verband die Regionen untereinander. Das Ergebnis dieses Zustandes war, daß die Ländereien wenig wert waren.

Die Verheerungen des Krieges beseitigten alle traditionellen Bindungen und ließen das verlassene Land noch weiter im Preis sinken. Es ist kein Zufall, daß sich auf den Ländereien in Camagiey und Oriente, in den zerstörten und wenig kultivierten Landstrichen, Fabriken oder Zuckerzentralen³ monopolistischen Eigentums ausdehnten und daß dies andererseits ein Anwachsen der Bevölkerungszahl auslöste, das nach 1898 am stärksten war. Solche Bedingungen begünstigten das Einfließen des ausländischen Kapitals, das den Ruin und das Verschwinden des radikalen Flügels der kubanischen Grundbesitzer nutzte, um seine ersten großen Geschäfte mit dem Reichtum Kubas zu machen.

Es liegt auf der Hand, daß diese ganze Umwälzung (Abschaffung der Sklaverei, Konzentration, "Befreiung" des Bodens) vermuten läßt, die strukturelle Krise werde überwunden. In gewisser Weise war dieser Prozeß jedoch bereits beendet. Die durch den Krieg beschleunigte Konzentration verlor sehr an Kraft, weil die Jahre, die nach 1880 folgten, einen fortgesetzten Rückgang mit nur kleinen Aufschwungsmomenten brachten.

Während der Jahre 1882 bis 1885, 1888 bis 1891 und 1893 bis 1895 wurden die starken Schwankungen des Handels und der Preise besonders fühlbar. Selbstverständlich machte es die Depression notwendig, produktivere Fabriken zu schaffen, aber unter ganz anderen Bedingungen als in allen vorangegangenen Situationen. Tatsächlich handelt es sich um das, was einige die "Zerstörungsepoche" genannt haben, es ist die Zeit der Monopolbildung (Stahl, Petroleum, Zucker) in den Vereinigten Staaten. Das bewirkte nicht nur einen permanenten Rückgang des Zuckerpreises, sondern schloß für die kubanische Industrie die Notwendigkeit ein, den Typ Rohzucker zu produzieren, an dem die Monopole interessiert waren. Wir besitzen keine genauen Angaben, aber es ist wahrscheinlich, daß die Gewinnquote dauernd fiel, was, verbunden mit den Krediteinschränkungen, die Fortsetzung der Konzentration erschwerte. Während sich diese Hemmnisse den kubanischen und spanisch-kubanischen Fabrikanten entgegenstellten, konnten die kapitalistischen Syndikate der Yankees in Kuba ihr Geld anlegen, weil sie die starke Unterstützung ihrer Banken hatten, das heißt, die Konzentration konnte sich zugunsten des ausländischen Kapitals realisieren. Sie konnte sich realisieren, aber ein sehr schnelles Tempo konnte sie erst nach 1898 erreichen, nach dem Eingreifen der Yankees in unsere Befreiungskriege, wodurch anstelle der spanischen Kolonialherrschaft die neue ausländische Oberherrschaft trat.

6. Wie wir in dieser kurzen Zusammenfassung zum Ausdruck bringen, war die Revolution von 1868, die zutiefst die Notwendigkeit begründete, daß Kuba sein kapitalistisches Wachstum fortsetzte und erweiterte, in politischer Hinsicht kein Triumph, so daß ihre Niederlage eine langanhaltende historische Resonanz fand. Diese Revolution, die einen Teil einer in die Länge gezogenen Krise bildete, die mit dem Aufkommen des Finanzkapitalismus in der Welt verbunden war, trug jedoch zur Abschaffung der Sklaverei bei und schuf auf diese Weise Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus, die aber von der nationalen Bourgeoisie nicht genutzt werden konnten.

Dieser gelang es nicht, sich richtig zu formieren, weil sie den Krieg verlor. Die aufstrebende einheimische Bourgeoisie kam zu spät, sie konnte dem Imperialismus nicht die Stirn bieten. Die Revolution von 1868 bildet als historisch-soziale Erscheinung den unlösbaren Teil einer Strukturkrise, die erst heute überwunden wird.

3 Die alten Zuckerfabriken, die vor der Einführung moderner Maschinerie existierten und die das Zuckerrohr ihrer eigenen Plantagen verarbeiteten, nannte man in Kuba ingenios. Den modernen Fabriken gab man den Namen centrales; sie verarbeiteten große Mengen Zuckerrohr, das von darauf spezialisierten Pflanzern (den sogenannten Kolonen) produziert wurde.

Zur Geschichte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Sowjetunion

von Modest Rubinštein

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eröffnete, schuf unbegrenzte Möglichkeiten für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und, was noch wichtiger ist, für ihre planmäßige Ausnutzung zum Wohl der Volksmassen, für das Wachstum der Produktivkräfte, für die Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen sowie für den Aufschwung ihrer Kultur.

Auf einem Sechstel der Erde wurde der volksfeindliche Charakter der Ausnutzung von Wissenschaft und Technik beseitigt, wie er unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus unausbleiblich ist - besonders, wenn die Wissenschaft in die Verfügungsgewalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus gerät, die Militäruniform anzieht und zum Instrument der Vorbereitung von Vernichtungskriegen wird.

W. I. Lenin hob bereits zweieinhalb Monate nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution die tiefgehende Veränderung hervor, die im Grundcharakter der Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eingetreten war. Auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets im Januar 1918 sagte Lenin in seinem Schlußwort: "Früher war das ganze menschliche Denken, der menschliche Genius nur darauf gerichtet, den einen alle Güter der Technik und Kultur zu geben und den anderen das Notwendigste vorzuenthalten - Bildung und Entwicklung. Jetzt dagegen werden alle Wunder der Technik, alle Errungenschaften der Kultur zum Gemeingut des Volkes, und von jetzt an wird das menschliche Denken, der menschliche Genius niemals mehr ein Mittel der Gewalt, ein Mittel der Ausbeutung sein. Das wissen wir. Und lohnt es etwa nicht, für diese gewaltige geschichtliche Aufgabe zu arbeiten, dafür alle Kräfte einzusetzen? Die Werktätigen werden dieses titanische geschichtliche Werk vollbringen, denn in ihnen schlummern die großen Kräfte der Revolution, der Wiedergeburt und der Erneuerung."¹

In den Jahren des Aufbaus des Sozialismus vollbrachten die Werktätigen der UdSSR unter der Führung der kommunistischen Partei diese geschichtliche Titanenarbeit. Sie machten das Sowjetland zum Erben und Fortsetzer alles Progressiven, das der menschliche Genius in Jahrhunderten errungen hatte. Die Sowjetwissenschaft wurde zum Vortrupp der Weltwissenschaft und errang eine noch nie dagewesene internationale Anziehungskraft.

Die eigentliche Existenz sowie die gesamte Entwicklung der UdSSR, alle Erfolge des sozialistischen Aufbaus wie auch die historischen Siege des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg basieren auf der größten aller Wissenschaften - der marxistisch-leninistischen Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft.

1. Lenin, W. I., Dritter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten, in: Werke, 26, Berlin 1961, S. 480 f.

Erstmalig in der Geschichte der Menschheit wurde die Wissenschaft zur Grundlage einer bewußten Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen, der planmäßigen Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft sowie einer zielgerichteten Entwicklung und Lenkung des technischen Fortschritts.

Die sowjetischen Staatspläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft, die auf der Grundlage einer sich ständig vervollkommnenden wissenschaftlichen Methodologie ausgearbeitet werden, enthalten als einen der wichtigsten Bestandteile Pläne für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie für die Einführung wissenschaftlich-technischer Errungenschaften in die Volkswirtschaft,

Zugleich wird ohne derartige Programme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Ausarbeitung anderer Planpositionen zunehmend unmöglich.

Somit wird die von Lenin gestellte Aufgabe immer mehr in die Tat umgesetzt, wonach die Wissenschaft wahrhaft in Fleisch und Blut überzugehen, ganz und gar und regelrecht zu einem integrierenden Bestandteil des Lebens zu werden hat.

Fast unmittelbar nach dem Sieg der sozialistischen Revolution legte Lenin in seinem Entwurf für den Plan der wissenschaftlich-technischen Arbeiten das erste Entwicklungsprogramm der sowjetischen Wissenschaft fest. Er rief dazu auf, die Anstrengungen der sowjetischen Gelehrten auf die systematische Erforschung und Untersuchung der natürlichen Produktivkräfte des Landes zu konzentrieren, mit dem Ziel eines möglichst schnellen ökonomischen Aufschwungs, der Reorganisation der Industrie auf der Basis der neuen Technik, einer umfassenden Elektrifizierung von Industrie, Transportwesen und Landwirtschaft sowie einer rationellen Verteilung der Produktivkräfte. Dieses Leninsche Programm für die Entwicklung der Wissenschaft begeisterte die damals noch nicht sehr zahlreichen sowjetischen Gelehrten und lenkte ihre Forschungen auf den neuen Weg einer organischen Einheit von Theorie und Praxis, Wissenschaft und Produktion.

Die Elektrifizierung des ganzen Landes wurde zu einer Hauptrichtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wobei die Aufgabe darin bestand, die Volkswirtschaft des Landes auf eine neue technische Basis zu stellen, die für den Übergang zum Sozialismus unentbehrlich war.

Der GOELRO-Plan war der erste bedeutende Versuch, eine Einheit zwischen der wissenschaftlichen Theorie und der Praxis des sozialistischen Aufbaus, der schöpferischen Zusammenarbeit von Gelehrten, Ingenieuren und Millionen Werktätigen herzustellen, die durch die Partei für die grundlegende Umgestaltung der technischen Basis und der Produktionsbasis des Sowjetlandes begeistert wurden.

Nicht zufällig nannte Lenin den GOELRO-Plan das zweite Parteiprogramm der Bolschewiki. Ungeachtet größter Hindernisse und Schwierigkeiten wurde der GOELRO-Plan zum kürzesten der angesetzten Termine erfüllt.

Die Hauptideen und -prinzipien des GOELRO-Plans behielten bis zum heutigen Tage ihre Bedeutung für die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR. Die Elektrifizierung des ganzen Landes bildet auch gegenwärtig die wichtigste Grundlage für das weitere Wachstum der Produktivkräfte und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die rationelle Verteilung der Produktion sowie die komplexe Mechanisierung und Automation.

Die Ideen des GOELRO-Plans - betreffend die Notwendigkeit einer Unterbietung der Produktionstempi für Elektroenergie, die Methoden ihrer Übertragung und Verteilung, die rationelle Kombinierung von Wärme- und Wasserkraftwerken usw. - bestanden die Prüfung der Zeit, bereicherten sich durch neue Errungenschaften von Wissenschaft und Technik auf allen Gebieten der Produktion, Übertragung und Ausnutzung von Elektroenergie.

Der GOELRO-Plan sah - eine günstige internationale Situation vorausgesetzt - im Lauf von zehn bis fünfzehn Jahren die Errichtung von dreißig Kraftwerken mit einer Gesamtleistung von etwa 1,5 Millionen Kilowatt vor. Obwohl die internationale Situation keineswegs günstig war, wurde der GOELRO-Plan bereits im Jahre 1932 übererfüllt. Wie weit wir seit damals vorangekommen sind, geht aus den folgenden kurzen Angaben hervor. Im Jahre 1967 wurden in Kraftwerken der UdSSR Aggregate mit einer Gesamtleistung von 10 Millionen Kilowatt in Betrieb genommen, die somit den gesamten GOELRO-Plan um fast das Siebenfache übertraf. In einer Reihe von Wärmekraftwerken der UdSSR werden Aggregate (Turbogeneratoren) mit einer Leistung von 500 000 Kilowatt installiert, und im Slawjansker Kraftwerk (Donbass) erfolgt die Montage eines Aggregats mit 800 000 Kilowatt. Das Krasnojarsker Wasserkraftwerk erhält einzigartige Hydroaggregate mit je 500 000 Kilowatt. Viele Kraftwerke der UdSSR erreichten eine Leistung von über 1 Million Kilowatt und einzelne sogar je 3 bis 4 Millionen Kilowatt, das heißt ein Kraftwerk übertrifft die gesamte Leistung der dreißig Kraftwerke des GOELRO-Plans um das Doppelte.

Immer weiter wird die Schaffung eines einheitlichen Elektroenergiesystems im europäischen Teil der UdSSR vorangetrieben. Elektroenergie sowjetischer Kraftwerke geht über das "Mir"-System in die sozialistischen Bruderländer Europas. Gleichzeitig wird auf der Basis gewaltiger, im Weltmaßstab noch nie dagewesener Wasserkraftwerke an Angara und Jenissei das Elektrosystem Sibiriens errichtet und an der Schaffung der Voraussetzungen für die Vereinigung des europäischen und des sibirischen Elektrosystems gearbeitet.

Erfolgreich werden erbaut und funktionieren neue Atomkraftwerke. In großen Maßstäben werden Versuche zur unmittelbaren Umwandlung von Wärme in Elektroenergie mittels der sogenannten magnethydrodynamischen Methode sowie andere Untersuchungen neuer Richtungen der Energetik durchgeführt, die der Entstehung von Kraftwerken der Zukunft den Weg bereiten.

Folgende charakteristische Episode mag als Einzelbeispiel die internationale Bedeutung dieser Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR widerspiegeln. Die Regierung der USA beschloß kürzlich die Erweiterung des amerikanischen Wasserkraftwerks "Grand Cooily Dam" und die Ausschreibung von Bestellungen der Ausrüstungsteile zwecks Vergabe an den niedrigstbietenden Verkäufer. Die sowjetischen Außenhandelsorganisationen erklärten ihre Bereitschaft, sich an den Lieferungen der gewaltigen Hydroaggregate zu beteiligen, welche jenen entsprechen, die das Leningrader Metallwerk "XXII. Parteitag der KPdSU" für das Krasnojarsker Wasserkraftwerk liefert. Wasserturbinen mit einer derartigen Kapazität werden nur in der Sowjetunion hergestellt, während andere Länder nicht über die erforderlichen praktischen Erfahrungen verfügen. Die USA-Presse hob jedoch hervor, die Lieferung derart einmaliger Ausrüstungen aus der UdSSR wäre ein zu harter Schlag für das Prestige der amerikanischen Industrie und Technik.

Erheblich wichtiger ist etwas anderes. Die Ideen des GOELRO-Plans werden gegenwärtig zum Kernpunkt der Pläne für die ökonomische Entwicklung einer Reihe junger Nationalstaaten, die im Ergebnis der Siege der nationalen Befreiungsbewegung entstanden und sich die rasche Entwicklung der Produktivkräfte, der Industrialisierung sowie die Hebung des Lebensstandards ihrer Völker zur Aufgabe stellen.

Analoge Veränderungen auf einigen anderen Gebieten von Wissenschaft und Technik erfolgten in der Sowjetunion während der vergangenen fünfzig Jahre. Die sowjetische Wissenschaft und Technik sah sich vor noch grandiosere Aufgaben gestellt. Die von kapitalistischen Fesseln befreite Sowjetwissenschaft, welche sich auf der Grundlage des dialektischen Materialismus als der einzig wissenschaftlichen Weltanschauung entwickelte, errang immer weitere Siege auf dem Wege der Erkenntnis und Umwandlung der Naturkräfte, die sie dem Menschen untertan machte und im Interesse der Werktätigen ausnutzte.

Das Programm der KPdSU definierte die Aufgaben der Wissenschaft unter den Bedingungen des Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion folgendermaßen:

"Die Partei wird tatkräftig beitragen zur weiteren Verstärkung des Anteils der Wissenschaft am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, zur Förderung von Forschungen, die neue Möglichkeiten bei der Entwicklung der Produktivkräfte eröffnen, zur breiten und schnellen Einführung der neuesten wissenschaftlich-technischen Errungenschaften in die Praxis, zur entschiedenen Intensivierung experimenteller Arbeiten, darunter auch unmittelbar in der Produktion, sowie zur mustergültigen Organisation des wissenschaftlich-technischen Informationswesens, des gesamten Systems der Verarbeitung und Verbreitung bahnbrechender Erfahrungen des In- und Auslandes".²

Diese Aufgaben des Programms werden von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion konsequent erfüllt.

Der XXIII. Parteitag der KPdSU legte in den Direktiven zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1966 bis 1970 die gewaltigen Aufgaben zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf der Grundlage einer breiten Entwicklung wissenschaftlicher Forschungen und der schnellen Auswertung ihrer Ergebnisse in der Produktion fest.

Die Direktiven des Parteitages sehen vor: "Die Entwicklung von Forschungen auf dem Gebiet der theoretischen und angewandten Mathematik, welche die breite Anwendung mathematischer Methoden in verschiedenen Zweigen der Wissenschaft und Technik gewährleisten;

die Entwicklung von Forschungen über Kernphysik und die Physik der Festkörper zwecks breiter Auswertung der Methoden der Kernphysik in verschiedenen Zweigen von Wissenschaft und Technik, zwecks weiterer Bearbeitung des Problems der lenkbaren thermonuklearen Synthese sowie für die Schaffung neuer Geräte der Radioelektronik und Automatik, von Konstruktions- und anderen Materialien;

die weitere Erforschung des kosmischen Raumes und die Auswertung der gewonnenen Resultate für die Vervollkommnung von Radioübertragung, Radionavigation und Fernsehen, des meteorologischen Dienstes sowie für andere praktische Zwecke;

die Erweiterung der wissenschaftlichen Arbeiten zur Erforschung der Erdrinde und der Gesetzmäßigkeiten in der Verteilung der Vorkommen von Bodenschätzen zwecks besserer Ausnutzung der Naturressourcen ;

die Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen zur Verstärkung des Naturschutzes - im Interesse einer effektiveren Ausnutzung von Boden, Wäldern, Wasserreservoirien, Flüssen, jagdbaren Tieren, Fischen sowie anderen natürlichen Reichtümern des Landes;

die Entwicklung von Forschungen auf dem Gebiet der Chemie für die Erarbeitung neuer, ökonomisch vorteilhafter chemischer Prozesse und für die Gewinnung effektiver Stoffe und Materialien;

die weitere Erforschung der in der lebendigen Materie verlaufenden Prozesse, der genetischen Gesetzmäßigkeiten der Selektion von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren zwecks Entwicklung neuer, hochproduktiver Tierrassen und maximal ertragreicher Pflanzensorten sowie die Bearbeitung von Problemen der Genetik bei erblichen Krankheiten;

die Weiterentwicklung wissenschaftlicher Forschungen auf dem Gebiet der Medizin, Untersuchungen zur Physiologie und Pathologie des Menschen zwecks Vorbeugung und Hei-

2 Programm KPSS (Programm der KPdSU), Moskau 1962, S. 74.

lung bösartiger Bildungen sowie von Herz- und Gefäß-, Virus- und anderen Krankheiten;

die Weiterentwicklung der Gesellschaftswissenschaften. Auf dem Gebiet der ökonomischen Wissenschaften ist die Aufmerksamkeit zu konzentrieren auf die weitere Ausarbeitung der Theorie zur planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft auf der Basis einer eingehenden Erforschung und Auswertung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, ferner auf die Definition der Wege und Methoden bei der Effektivitätserhöhung der gesellschaftlichen Produktion sowie bei der Anwendung ökonomischer Stimuli bei der Entwicklung der Produktion;

die wesentliche Erhöhung der Effektivität wissenschaftlicher Untersuchungen und die Beschleunigung der Übernahme ihrer Resultate in die Produktion".³

Mit dieser Zielsetzung schreiben die Direktiven vor, die wissenschaftlichen Kräfte und materiellen Ressourcen auf die Lösung der Grundprobleme von Wissenschaft und Technik, die einen maximalen ökonomischen Effekt erbringen, zu konzentrieren, die experimentelle und Produktionsbasis der wissenschaftlichen und Forschungsinstitutionen, Hochschulen, der Organisationen für Projektierung und Konstruktion sowie der Betriebe zu verstärken und sie mit der modernsten wissenschaftlichen und Laboratoriumsausstattung zu versorgen. Der Anteil der Hochschulen an der wissenschaftlichen und Forschungsarbeit soll verstärkt werden.

Dieses grandiose Programm wissenschaftlicher Forschungen bildet gewissermaßen die Fortsetzung und Weiterentwicklung des vor fast fünfzig Jahren entworfenen Leninschen Plans für wissenschaftlich-technische Arbeiten. Zugleich wird dieses Programm auf einer unvergleichlich angewachsenen materiell-technischen Basis verwirklicht, wobei den 9000 sowjetischen Gelehrten des Jahres 1921 nunmehr - im Jahre 1967 - 740 000 gegenüberstehen. Dies alles zeigt eindeutig, welcher gewaltiger Weg in fünfzig Jahren zurückgelegt wurde, welche grandiosen Perspektiven sich für die Zukunft eröffnen.

Erstmalig in der Welt begann sich in der UdSSR Marx' berühmte Prophezeiung von der Verschmelzung der Wissenschaft mit der Arbeit, von der wahren, "materiell-schöpferischen und gegenständlich Gestalt annehmenden Wissenschaft" zu verwirklichen, die in den Dienst des Volkes gestellt wurde.

Diese Besonderheiten der Sowjetwissenschaft ziehen immer stärker die Aufmerksamkeit breiter Kreise der Wissenschaftler sowie aller fortschrittlichen Intelligenzschichten kapitalistischer Länder auf sich, in denen die Gelehrten sehen müssen, wie die Ergebnisse ihrer Forschungen, die Früchte ihrer Arbeit zum Werkzeug der volksfeindlichen Politik kapitalistischer Monopole gemacht werden.

In seinem Briefwechsel mit dem hervorragenden amerikanischen Elektrotechniker Karl Steinmetz schrieb hierzu Lenin im Jahre 1922: "In allen Ländern der Welt wächst - langsamer, als es zu wünschen ist, aber unaufhaltsam und unentwegt - die Zahl der Vertreter von Wissenschaft, Technik und Kunst, die sich von der Notwendigkeit überzeugen, den Kapitalismus durch eine andere sozialökonomische Ordnung zu ersetzen, und die sich durch die 'schrecklichen Schwierigkeiten' (terrible difficulties), die Sowjetrußland im Kampf gegen die ganze kapitalistische Welt zu überstehen hat, nicht abgestoßen, nicht abgeschreckt fühlen, sondern im Gegenteil sich dadurch bewußt werden, daß der Kampf unvermeidlich ist

3 XXIII s-ezd Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. Stenografičeskij otčet (XXIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Stenographischer Bericht), Bd. 22, S. 327 f.

und daß man sich nach Kräften daran beteiligen muß, um dem Neuen zu helfen, das Alte zu bezwingen".⁴

Seit dem Aufbau des Sozialismus in der UdSSR hat der Einfluß der Sowjetwissenschaft auf die Gelehrten und breite Intelligenzschichten kapitalistischer Länder unvergleichlich zugenommen.

Der kanadische Chemiker und Schriftsteller Dyson Carter charakterisierte in seinem noch während des Krieges erschienenen Buch "Russia's Secret Weapon"⁵, das in allen angelsächsischen Ländern weite Verbreitung fand, die Besonderheiten der Sowjetwissenschaft folgendermaßen:

"Die Sowjetwissenschaft - das ist eine neue Wissenschaft. Das ist eine Wissenschaft, die vom Volk verstanden, vom Volk ausgewertet wird; eine Wissenschaft, die als lebenspendende Kraft wirkt, zusammen mit dem Volk voranschreitet - in der Zeit des Friedens und in der Zeit des Krieges. Das ist eine Wissenschaft, von der die genialen Denker der Vergangenheit nur träumen konnten." In seiner Analyse, worin das Neuartige der Sowjetwissenschaft bestehe, kam Carter zu der Schlußfolgerung: Das Neue ist vor allem darin zu sehen, daß dem Volk in der Sowjetunion die Wissenschaft zurückgegeben wurde. In den kapitalistischen Ländern "mühen sich Millionen von Männern und Frauen an Maschinen ab, die mit Hilfe der Wissenschaft geschaffen wurden. Aber sie besitzen diese Wissenschaft nicht. Die Wissenschaft wurde ihnen entrissen ... In der Sowjetunion wurde die Wissenschaft dem Volk zurückgegeben, von jedem Mann, jeder Frau, jedem Kind ergriffen. Das machte die Wissenschaft zur mächtigsten Waffe, die jemals von der Menschheit geschmiedet wurde." Carter hob hervor: "Seit seinem Bestehen strebte der Sowjetstaat mit voller Kraft seinem wissenschaftlichen Ziel zu und er ist in seiner Wissenschaftspolitik niemals schwankend geworden. Zu der Zeit, da die Wissenschaft in anderen Ländern gekauft, verkauft, ausgenutzt, gegen Barzahlung verschleudert wurde, nahm in Rußland trotz des Elends und der Leiden in den ersten Jahren der Sowjetmacht eine neue Wissenschaft Gestalt an, und Millionen setzten sich ein für die Verwirklichung des phantastischen Plans, der die Sowjetwissenschaft zu einer noch nie dagewesenen Höhe steigerte."

Im Vorwort zur Londoner Ausgabe von Carters Buch wurde betont, daß man in der Sowjetunion "die Wissenschaft wie einen Freund begrüßt, sie mit offenen Armen aufnimmt, ehrt und in jeder Weise unterstützt. Die Lenker des Sowjetstaates achten die Wissenschaft und fördern sie mit allen Mitteln. Der einfache Mensch in der Sowjetunion lernt die Wissenschaft achten. Die Kinder werden im Geiste der Wissenschaft erzogen. Die Wissenschaft regiert in der Sowjetunion im weitesten Sinne des Wortes; sie leitet die Forschungsarbeiten, gibt dem Gesundheitswesen die Richtung an. Von der Wissenschaft läßt sich die Regierung leiten, die Wissenschaft durchdringt den Krieg gegen den Faschismus."

Carter unterstrich die unlösbare Verbundenheit der Sowjetwissenschaft mit der gesamten Entwicklung der sozialistischen Ökonomie und Kultur. Indem er der Meinung zahlreicher Vertreter der wissenschaftlichen Intelligenz kapitalistischer Länder, die die UdSSR besuchten oder anhand von Materialien der wissenschaftlichen Literatur ihre Entwicklung verfolgten, Ausdruck verlieh, formulierte er: "Wir sehen uns einer erstaunlichen neuen Welt gegenüber, die uns wie ein Zaubermärchen anmutet - einer Welt, wo die Menschen keine Arbeitslosigkeit zu befürchten haben, wo jedem Kind der Weg zur Bildung offensteht, wo man an die Studenten Stipendien zahlt, wo die medizinische Hilfe kostenlos ist, wo die Frauen dieselbe Bezahlung erhalten wie die Männer, wo Wissenschaft, Kultur und Kunst in all ihren

4 Lenin, W. I., An Karl Steinmetz, in: Werke, 35, Berlin 1962, S. 530 f.

5 Carter, Dyson, Russia's Secret Weapon, London 1944.

Formen zu einem Bestandteil des Lebens von Millionen, des ganzen Volkes geworden sind."

Die Wirkung der Sowjetwissenschaft auf die öffentliche Meinung der kapitalistischen Länder nahm nach Beendigung des zweiten Weltkrieges noch erheblich zu. Die amerikanischen Imperialisten berauschten sich damals an ihrem vermeintlichen Atomwaffenmonopol. Der Chef von "Manhattan Project", General Groves, versicherte der Kommission des Kongresses, für die Beherrschung der Atomenergie werde die Sowjetunion im besten Falle fünfzehn bis zwanzig Jahre benötigen.

Nach weniger als zwei Jahren, im Jahre 1947, gab die UdSSR bekannt, das "Geheimnis" der Atombombe existiere nicht mehr. Im Jahre 1949 studierten amerikanische Gelehrte Fotoaufnahmen der oberen Schichten der Atmosphäre, die ein amerikanisches Bombenflugzeug geliefert hatte und auf denen Spuren einer sowjetischen Atomexplosion zu erkennen waren. Im August 1953 wurde in der UdSSR die erste thermonukleare Bombe der Welt gezündet. Schließlich wurde auf dem Gebiet der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie im Jahre 1954 unweit von Moskau das erste Atomkraftwerk der Welt mit einer Kapazität von 5000 Kilowatt in Betrieb genommen. Alle diese Tatsachen, die nicht zu verheimlichen waren, verblüfften die öffentliche Meinung in den USA sowie in anderen kapitalistischen Ländern.

Der frühere Vorsitzende der amerikanischen Kommission für innere Kontrolle der Atomenergie D. Lillenthal schrieb im Jahre 1950, ihm graue allein schon bei dem Gedanken, "was auf der ganzen Welt in den Köpfen der Menschen vor sich gehen wird, wenn uns die Russen auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie besiegen sollten."⁶ Die Sowjetunion meisterte in ungewöhnlich kurzer Frist die Produktion von Atomenergie und entwickelte als erste die thermonukleare Bombe. Dies machte die Pläne der amerikanischen Imperialisten zunichte, mit Hilfe der Atomwaffe ihre Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Schließlich begannen sowjetische Gelehrte als erste den Wettbewerb um die friedliche Nutzung der Atomenergie, sowohl auf der Basis der Atomkernspaltung als auch mit den Methoden der thermonuklearen Synthese.

Eine vielleicht noch größere Wirkung auf die Öffentlichkeit und insbesondere die Gelehrten der kapitalistischen Länder übten die Bekanntmachungen über den Start der ersten künstlichen Erdsatelliten in der Sowjetunion aus.

Bald nach dem Aufstieg des ersten sowjetischen Erdsatelliten berief das amerikanische Komitee für ökonomische Entwicklung, das als eine Art "Gehirntrust" des heutigen amerikanischen Kapitalismus fungiert, eine Geheimkonferenz ein, auf der eine Reihe von Gelehrten, Ökonomen und Vertretern der amerikanischen Öffentlichkeit mit Beiträgen zum gemeinsamen Thema "Der sowjetische Fortschritt contra amerikanisches Unternehmertum" auftrat.

Auf dieser Konferenz verlas der bekannte amerikanische Gelehrte Professor Jerome Wiesner (der späterhin wissenschaftlicher Berater von Präsident Kennedy wurde) ein Referat, das betitelt war: "Sind wissenschaftliche Forschungen und Technik die Geheimwaffe der Sowjets?"

Wiesner erklärte: "Die Sowjetunion verfügt über elektronische Rechanlagen, meteorologische Laboratorien, metallurgische, Radio- und Elektroneninstitute, Zentren für die Erforschung des Kosmos und viele andere Institute, denen wir in der westlichen Welt nichts Gleichwertiges gegenüberstellen können"...

Indem er bemerkte, er könnte die Liste noch fortsetzen und noch viele Forschungsgebiete nennen, auf denen die USA hinter der UdSSR zurückgeblieben seien, unterstrich Wiesner, ihn beunruhige nicht so sehr dieses Zurückbleiben an sich als vielmehr Charakter und Rich-

6 Collier's v. 17. Juni 1950.

tung der Veränderungen. "Wenn ich in pessimistischer Verfassung bin", erklärte Wiesner, "dann glaube ich, daß sie (das heißt die Sowjetunion - M. R.) uns offensichtlich auf allen Gebieten der Wissenschaft in 5 Jahren überflügeln werden. Optimistischer gestimmt, meine ich, daß sie 10 Jahre benötigen werden, um diese Position zu erreichen."

Wiesner widersprach jenen amerikanischen Vertretern, die hofften, die Lage auf dem Wege einer stärkeren Unterstützung einer gewissen Anzahl von Gelehrten und einer Erweiterung ihrer Ausbildung verändern zu können, wie dies in der Sowjetunion geschieht. Er hielt es für erheblich wichtiger, daß in der Sowjetunion "die Wissenschaft als integrierender Bestandteil ihrer Gesellschaft angesehen wird. Sie sind Pioniere, und ihre Führer schätzen die perspektivischen Einwirkungen der wissenschaftlichen Entwicklung auf das Wachstum der sowjetischen Gesellschaft. Daher sind sie imstande zu langfristigen Verpflichtungen hinsichtlich der Ausbildung wissenschaftlicher Kader, der Errichtung von Universitäten, Laboratorien und Instituten in gewaltigen Maßstäben."

"Ich bin überzeugt", schloß Wiesner, "daß, falls unsere westliche Gesellschaft keine langfristigen Pläne für wissenschaftliche Forschungen in Ergänzung zu unseren nächsten Zielen für die Entwicklung und Stärkung der Militärmacht zu realisieren vermag, wir nicht imstande sein werden, mit den sowjetischen Errungenschaften der nächsten Jahrzehnte zu konkurrieren."⁷

Der Sonderberater des USA-Präsidenten, K. Randall, welcher auf derselben Konferenz auftrat, wies an einer Reihe von Beispielen nach, daß die Erzeugnisse der sowjetischen Technik - Automobile, Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und viele andere - den Verhältnissen der Entwicklungsländer besser angepaßt seien als die amerikanischen und daß sich die sowjetischen Wissenschaftler und Ingenieure zum Unterschied von den amerikanischen ihren Kollegen in diesen Ländern gegenüber brüderlich verhielten, bemüht seien, ihnen ihre Kenntnisse und Erfahrungen zu vermitteln.

Der damalige Vizepräsident der USA R. Nixon brachte in seinem Beitrag auf der Konferenz die Besorgnis zum Ausdruck, die sowjetische Wissenschaft und Technik könnten dazu beitragen, daß Hunderte Millionen von Menschen in den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern für den Sozialismus und Kommunismus gewonnen werden.

Die Leistungen der Kosmonautik hoben außerordentlich das internationale Prestige der Sowjetwissenschaft.

Im Jahre 1966 schrieb John Turkevich in seinem in der Zeitschrift "Foreign Affairs" veröffentlichten Überblick über die Entwicklung der Sowjetwissenschaft: "Das sowjetische kosmische Programm war überaus erfolgreich. Der erste Erdtrabant, der erste Flug eines Hundes, der erste Mond-Sputnik, die erste kosmische Rakete, die erste harte Landung auf Mond und Venus, der erste Mensch auf der Erdumlaufbahn, der erste Blick auf die Rückseite des Mondes, der erste Spaziergang im Weltall, die erste weiche Landung auf dem Mond - alle diese Erfolge weisen eine gut koordinierte Organisation aus, die eine neue Technologie entwickelt."⁸

Des weiteren unterstrich Turkevich die kolossale Wirkung der Erfolge der Sowjetwissenschaft im Kosmos auf die internationalen Beziehungen: "Zum ersten Male sind die Vereinigten Staaten als Kontinent verwundbar geworden. Die Sowjets nutzten sehr wirkungsvoll ihre Erfolge im Kosmos dafür aus, der ganzen Welt die Stärke des kommunistischen Systems vor Augen zu führen... Die sowjetische Wissenschaft und Technik brachten die Welt zum Erwachen, indem sie die Möglichkeiten des Kosmos nachwies."⁹

7 CED. Soviet Progress versus American Enterprise, New York 1957, S. 77 f.

8 Foreign Affairs, H. 3/1966, S. 491.

9 Ebenda, S. 492.

Der bekannte englische Gelehrte und Friedenskämpfer J. D. Bernal hob hervor, ungeachtet ihrer ungeheuren Verluste des Industrie- und vor allem des Menschenpotentials im Laufe des Krieges hätten sich die Sowjetunion sowie die anderen sozialistischen Länder dank ihrer neuartig organisierten Wissenschaft "imstande gezeigt, das Zerstörte wiederaufzubauen und mit dem industriellen Fortschritt der reichsten kapitalistischen Länder während der Nachkriegsperiode Schritt zu halten."¹⁰

Zugleich gaben in einer Reihe kapitalistischer Länder die wissenschaftlich-technischen Erfolge der Sowjetunion den Anstoß zu einer verstärkten Einmischung des Staates in die Finanzierung und Organisation wissenschaftlicher und Forschungsarbeiten.

Der englische Biologe R. Singh schrieb über Bestrebungen von Gelehrten in England, "den wissenschaftlichen Effekt der russischen Revolution für unsere inländischen Ziele restlos auszunutzen. Besonders den Russen müssen wir dafür danken, daß im heutigen England Gelder und Materialien für Bildung und Forschung zwar widerwillig, aber doch in ganz unvorstellbaren Mengen bewilligt werden, verglichen damit, was man aus unseren Regierungen in den dreißiger Jahren herauspressen konnte."¹¹

Der bedeutende Gelehrte und Friedenskämpfer F. Joliot trat im Jahre 1950 auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs auf und sprach eindringlich von der Sowjetwissenschaft, von dem Land, in dem die Wissenschaft im Dienst des Volkes steht und wo die Arbeitsergebnisse der Gelehrten für die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes und die Verteidigung der von ihm erkämpften Freiheiten nutzbar gemacht werden: "Als Kämpfer gegen den heraufziehenden Angriffskrieg denke ich an die sowjetischen Gelehrten, deren Wissenschaft dem Volke dient, das uns ein so edles Beispiel gibt. Ich denke an alle diese neuen Menschen, die die Menschheit schon einmal retteten und die Hoffnung der ganzen Welt sind. Daher werden Gelehrte des Fortschritts, kommunistische Gelehrte auch nicht einen Bruchteil ihres Wissens für die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion zur Verfügung stellen. Und wir werden darin fest bleiben, in der Erkenntnis, daß wir hierdurch Frankreich und der gesamten Menschheit dienen."

Walter Ulbricht hob in seinem Referat auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1967 die Bedeutung der sowjetischen Wissenschaft in der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution für die Sicherung des Friedens in der ganzen Welt hervor:

"Immer wieder sind wir Zeugen bewundernswürdiger Leistungen der sowjetischen Wissenschaft. Die Sowjetunion nimmt gewaltige Anstrengungen und Lasten auf sich, um die Wissenschaft als Produktivkraft voll wirksam zu machen. Die sowjetischen Wissenschaftler und Forscher haben Leistungen vollbracht, die einen großen Einfluß auf die Sicherung des Friedens in der Welt ausüben."¹²

Bei einer Betrachtung der internationalen Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR ist es unerläßlich, die Entwicklung und die sozialen Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus aufmerksam zu verfolgen. Die Leninsche Theorie über den Imperialismus deckte mit äußerster Klarheit die Dialektik der Entwicklung von Wissenschaft und Technik unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus auf.

10 Nauka o nauke (Die Wissenschaft von der Wissenschaft), Moskau 1966, S. 263.

11 Ebenda, S. 207.

12 Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967, Bd. 1, Berlin 1967, S. 286.

Lenin hob in seiner Arbeit über den Imperialismus hervor, daß sich "die Technik in unseren Tagen mit einer unwahrscheinlichen Schnelligkeit entwickelt" und daß im Ergebnis der Umwandlung der Konkurrenz zum Monopol auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Verbesserungen vergesellschaftet werde. Im ganzen gesehen, wächst in der Epoche des Imperialismus die Technik erheblich schneller als früher. Dieses Wachstum bleibt jedoch immer mehr hinter den gewaltigen Möglichkeiten zurück, welche die moderne Wissenschaft eröffnet. Der Fortschritt der Produktivkräfte wird zunehmend eingeengt durch den Rahmen des bürgerlichen Herrschaftssystems. Der Imperialismus wird zum reaktionären Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung.

Während der vergangenen fünfzig Jahre hat sich die Verschärfung der Widersprüche der wissenschaftlich-technischen Entwicklung unter den Bedingungen des Imperialismus ungewöhnlich verstärkt, einen qualitativ neuen Charakter angenommen. Einerseits ist die von Lenin hervorgehobene Beschleunigung im Wachstum der Technik während der letzten Jahrzehnte in eine Phase revolutionärer Veränderungen, wechselseitig untereinander verbundener und rasch aufeinander folgender wissenschaftlich-technischer Umwälzungen übergegangen.

Gleichzeitig behindert der Imperialismus immer mehr die Ausnutzung der Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik im Interesse des sozialen Fortschritts. Er setzt die Entdeckungen des menschlichen Genius gegen die Menschheit selbst ein, verwandelt sie in schreckliche Mittel eines Vernichtungskrieges. Wie das Programm der KPdSU hervorhebt, "nutzt der Imperialismus den technischen Fortschritt überwiegend für militärische Zwecke aus. Er setzt die Errungenschaften des menschlichen Verstandes gegen die Menschheit selbst ein."

In den Vereinigten Staaten ist auf dem Gebiet wissenschaftlich-technischer Forschungen und Entwicklungen die Konzentration auf militärische Aufgaben etwa um das Fünf- bis Achtfache größer als auf dem gesamten Gebiet von Produktion und Ökonomie. Die weitere Entwicklung dieser Tendenz stellt sowohl für die wirklich schöpferische Wissenschaft als auch für den gesamten Fortschritt der Menschheit eine Bedrohung dar.

Die unerläßliche Bedingung für die Überwindung dieser Bedrohung und die Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Wohle und nicht zum Schaden der Menschheit ist der Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus, für einen dauerhaften Frieden und die Beendigung des Wettrüstens. Jeder Schritt, jeder auch noch so kleine Erfolg in diesem Kampf eröffnet der Wissenschaft neue Perspektiven, besonders auf dem Gebiet der Erweiterung einer fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit.

Wissenschaft und Frieden bilden ein untrennbares Ganzes. In diesem Monolith liegen die größten potentiellen Kräfte von Fortschritt und Humanismus beschlossen. Die sowjetischen Gelehrten, die Wissenschaft des Landes, das auf wahrhaft wissenschaftlichen Grundlagen das herrliche Gebäude des Kommunismus errichtet, treten geschlossen für Frieden und Aufbau und gegen die menschenfeindlichen Pläne der Zerstörung und Vernichtung der Zivilisation in den Flammen eines Atomkrieges ein.

(Übersetzt von Dietrich Lokys)

Das Problem der Herausbildung eines nationalen Reproduktionsmechanismus in den Entwicklungsländern

Ein Beitrag zur Diskussion

von S. I. Tjul'panov

Die meisten Länder Asiens treten in das dritte Jahrzehnt ihrer unabhängigen politischen Entwicklung, für die Länder des afrikanischen Kontinents geht das erste zu Ende. Der Verfall und Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems hatten großen Einfluß auf alle lateinamerikanischen Länder, und so wurden die Nachkriegsjahre auch für sie zu einer neuen Etappe der politischen und ökonomischen Geschichte. Heute, am Ende der sechziger Jahre, lassen sich bestimmte Schlußfolgerungen aus der ökonomischen Entwicklung der unabhängigen Nationalstaaten ziehen.

Wesentliche - und in der Tendenz entscheidende - Veränderungen vollzogen sich im Charakter und in der Richtung des Reproduktionsprozesses dieser Länder. Aber es handelt sich bisher nur um die ersten Schritte der Bildung nationaler Reproduktionsmechanismen, der Überwindung der spezifisch kolonialen Wirtschaftsstruktur. Es lassen sich drei Hauptfaktoren erkennen, die die ökonomische Entwicklung der Länder der "dritten Welt" bestimmen: erstens die intensive und immer rascher vor sich gehende Entwicklung von Waren-Geld-Beziehungen (und in vielen Fällen auch kapitalistischen Beziehungen) - eine spontane und bewußt stimulierte Entwicklung; zweitens der Kampf der Staaten der "dritten Welt" um die Erlangung ökonomischer Unabhängigkeit, der die Unterstützung der sozialistischen Länder hat¹; drittens die Auswirkung der objektiven Beziehungen der kapitalistischen Weltwirtschaft und der neokolonialistischen Politik². Dabei ist zu beachten, daß diese Faktoren nicht nur gegeneinander, sondern auch in gegenseitiger Verflechtung, ja manchmal sogar in ein und derselben Richtung wirken. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre bestätigen, daß der Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit untrennbar mit der weiteren Stärkung der politischen Souveränität und der Konsolidierung der Staatsmacht verbunden ist. Diese Erfahrungen bestätigen ferner den Leitsatz der marxistischen Theorie, daß die Lösung der grundlegenden sozialen Aufgaben nur möglich ist durch eine systematische Wirtschaftstätigkeit der Regierungen der Nationalstaaten, durch die weitere Ausprägung des antimperialistischen Charakters der Revolution, wodurch sich die allgemeinen Bedingungen des Reproduktionsprozesses verändern. Zwar ermöglicht auch die kapitalistische Entwicklung das Wachstum der Produktion, die Hebung der Arbeitsproduktivität und die Erhöhung des Volkseinkommens, aber die entscheidenden sozialökonomischen Probleme dieser Länder bleiben dabei

1 Siehe Fitein, L. A./Ščetinin, V. D., *Problemy pomošči ekonomičeski slaborazvitym stranam (Probleme der Hilfe für wirtschaftlich schwach entwickelte Länder)*, Moskau 1961; Prochorov, G. M., *Dve mirovye sistemy i osvobodivšiesja strany (Zwei Weltsysteme und die Länder, die sich befreit haben)*.

2 Siehe Kuczynski, Jürgen, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 37: *Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter*, Berlin 1967; Rymalov, V. V., *Raspad kolonial'noj sistemy i mirovoe kapitalističeskoe chozjajstvo (Der Zerfall des Kolonialsystems und die kapitalistische Weltwirtschaft)*.

ungelöst, ja selbst die Schaffung der Voraussetzungen für ihre Lösung wird gehemmt. Der Erfolg wird teuer bezahlt mit der Tatsache, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen des alten Typs in neuen Formen sowohl im Innern des Landes als auch in der Weltarena festigen.³

In den ersten Jahren der selbständigen Entwicklung der neuen Staaten stellte sich das Problem der Reproduktion ihrer nationalen Ökonomik in gewisser Weise abstrakt dar. Durch die Erfordernisse der Praxis und auch unter dem Einfluß der Diskussionen von marxistischer und nichtmarxistischer Seite rückte die Frage in den Vordergrund, welche Wirtschaftsmethode vorzuziehen sei und welcher Wirtschaftsmechanismus in seiner Entwicklung stimuliert werden sollte: der Mechanismus spontaner Marktbeziehungen (oder, wie es die bürgerlichen Ökonomen zu nennen belieben, "freier" Marktbeziehungen), der angeblich objektive Wertschöpfungskette schafft, als Voraussetzung einer gesunden und natürlichen Entwicklung der Wirtschaft, oder aber ein Planungsmechanismus, der eine systematische Beteiligung des Staates an der Festlegung der wichtigsten Proportionen des Reproduktionsprozesses erfordert.

In dem Maße, wie sich die Erfahrungen der selbständigen Entwicklung mehrten und Schlüsse aus der vorangegangenen Periode zu ziehen waren (und diese Schlüsse waren schon nicht mehr zu ignorieren, unabhängig von allen Sympathien oder Antipathien für diese oder jene sozialökonomische Doktrin), konkretisierte sich unausweichlich die Frage. Ende der sechziger Jahre ist sie etwa so zu formulieren: Welcher Reproduktionsmechanismus, welcher Typ von Wirtschaftsbeziehungen entspricht der Stärkung der Unabhängigkeit der Volkswirtschaft und stimuliert ihre Wachstumsfaktoren - der Mechanismus der spontanen Marktbeziehungen oder der Planungsmechanismus? Welche Form von Wirtschaftsbeziehungen schafft feste Grundlagen für die Erreichung des Endziels und ermöglicht die Bildung eines Reproduktionsmechanismus der Volkswirtschaft, der das Land mit jedem neuen Reproduktionszyklus dem gesteckten Ziel näher bringt?

Es ist zu beachten, daß es sich hier um ein objektives Entwicklungsziel handelt, das sich aus dem Charakter der nationalen Befreiungsrevolution und ihren Triebkräften herleitet und durch die ganzen Bedingungen der gegenwärtigen Epoche bestimmt wird. Der Suche nach Wegen und Mitteln zur Erreichung dieses Ziels kann sich keiner der Staaten der "dritten Welt" entziehen, wengleich es von einem Teil der Länder als Aufbau einer Gesellschaft sozialistischen Typs und von einem weiteren als Überwindung der Rückständigkeit und der ökonomischen Abhängigkeit auf kapitalistischem Entwicklungsweg formuliert wird, während sich ein dritter auf die Suche nach "besonderen" Wegen konzentriert.

Heute ist die Mehrheit der Politiker der Entwicklungsländer und der fortschrittlichen Wissenschaftler der westlichen Welt zu der Überzeugung gelangt, daß allein auf der Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht nur die entscheidenden Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch die dringendsten aktuellen Fragen nicht gelöst werden können.

"Die sozialistische Ökonomik", sagte Modibo Keita, "muß vor allem folgenden Grunderfordernissen entsprechen: effektive Kontrolle des Staates über Produktion und Handel, Schaffung eines staatlichen Sektors in den lebenswichtigen Wirtschaftszweigen; Entwicklung der Genossenschaftsbewegung; Selbständigkeit bei der Wahl der Objekte für Kapitalanlagen und bei der Bereitstellung der dafür benötigten Kredite."⁴ "Nach unserm Programm", erklärte Ne Vin, "wird sich die im Namen des Volkes handelnde Regierung mit dem Kauf und der

3 Siehe zum Beispiel Kollontai, V. M., *Puti preodolenija ekonomičeskoj otstalosti* (Wege zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit), Moskau 1967.

4 Keita, Modibo, *Reči i vystuplenija* (Reden und Ansprachen), Moskau 1964, S. 34.

Verteilung der Waren beschäftigen. Die erzielten Gewinne werden im Interesse des Landes verwendet werden. Auch der Export und Import gehen in die Hände der Regierung über.⁵

In den Verfassungen der meisten Entwicklungsländer ist eine wirtschaftliche Betätigung des Staates vorgesehen, und zwar unabhängig davon, welche Wirtschaftsordnung die Regierungen dieser Länder zu schaffen beabsichtigen.

"Der Staat betreibt eine Politik, die darauf gerichtet ist, zu gewährleisten, daß das Eigentum an den materiellen Ressourcen der Gesellschaft und die Kontrolle darüber so verteilt sind, wie es dem Gemeinwohl am dienlichsten ist"⁶, lautet Artikel 39 der Verfassung Indiens. Im 22. Artikel der Verfassung Syriens ist von der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft zur "Gewährleistung der effektivsten Ausnutzung des Territoriums und der Herstellung gerechter sozialer Beziehungen" die Rede. An gleicher Stelle wird von staatlicher Förderung der Genossenschaften und ihrer Kontrolle durch den Staat gesprochen.⁷ In Kapitel 10 der Verfassung der VAR heißt es, daß "die Leitung der gesamten Volkswirtschaft im Einklang mit dem ausgearbeiteten staatlichen Entwicklungsplan erfolgt".⁸ Die Ziele der Wirtschaftstätigkeit des Staates sind in den Gesetzen und Verfassungen des Kongo (Brazzaville), Malis, Dahomes, Madagaskar und einer Reihe weiterer Länder festgelegt.

Auch in den programmatischen Dokumenten einer Anzahl nationaler Parteien wird die Notwendigkeit der Wirtschaftstätigkeit des Staates unterstrichen. Im Statut der Regierungspartei von Tansania, der Tanganyika African National Union, heißt es: "Zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit muß der Staat eine wirksame Kontrolle über die grundlegenden Produktionsmittel ausüben. Der Staat muß aktiv in das Wirtschaftsleben der Nation eingreifen, damit das Wohl aller Bürger gewährleistet wird, keine Ausbeutung des einen durch den andern oder der einen Gruppe durch die andere möglich ist und keine Reichtumsanhäufung zugelassen wird, die mit der Existenz einer klassenlosen Gesellschaft unvereinbar ist."⁹

Die Reihe solcher Ansprüche und Formulierungen könnte beliebig fortgesetzt werden. Wichtig ist es festzustellen, daß die Anerkennung der bedeutenden ökonomischen Rolle des Staates heute in den Ländern der "dritten Welt" mehr oder weniger Allgemeinut ist. So stellte zum Beispiel die erste Solidaritätskonferenz der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (vom 3. bis 15. April 1966) ein Programm wirtschaftlicher Umgestaltungen auf, das folgende Punkte enthält: a) nationale Kontrolle über die wichtigsten Naturschätze; b) Nationalisierung der Banken und Betriebe, die von lebenswichtiger Bedeutung für die Volkswirtschaft sind; c) staatliche Kontrolle über den Außenhandel und den Devisenverkehr; d) Erweiterung des staatlichen Sektors in der Ökonomik. Die Konferenz betonte die Notwendigkeit wirtschaftlicher Planung für eine rasche und allseitige Entwicklung.¹⁰

Überdies spricht auch eine große Gruppe westlicher Ökonomen und bürgerlicher Ideologen (insbesondere Vertreter der Harvard-Schule wie M. Millikan, W. Rostow, B. Higgins, P. Rosenstein-Rodan und andere) offen davon, daß viele bedeutende wirtschaftliche Probleme nicht ausschließlich auf der Grundlage des freien Marktmechanismus gelöst werden können. "Heute stimmen alle Experten für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung mehr oder we-

5 Ne Vin, Birma na novom puti (Birma auf neuem Wege), Moskau 1965, S. 40 u. 43.

6 Konstitucija Indii (Die Verfassung Indiens), Moskau 1956, S. 77.

7 Konstitucii gosudarstv Bližnego i Srednego Vostoka (Verfassungen der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens), Moskau 1956, S. 466.

8 Konstitucii gosudarstv Afriki (Verfassungen der Staaten Afrikas), Bd. 3, Moskau 1966, S. 138.

9 Ebenda, Bd. 2, S. 555 f.

10 Probleme des Friedens und des Sozialismus, H. 4/1966, S. 7 f.

niger darin überein (wenn es auch gewisse Unstimmigkeiten gibt), daß die Regierung eine bestimmte Rolle in der Bewegung des Marktes zu selbständiger Entwicklung spielen muß¹¹", stellt M. Millikan fest. "Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen, weshalb die Rolle des Staates zunimmt, vor allem in den ersten Entwicklungsetappen", erklärt eine andere Gruppe von Harvardwissenschaftlern.¹²

Weitblickende Ideologen des Imperialismus beginnen zu erkennen, daß die objektiven Interessen der Entwicklungsländer in den meisten Fällen nicht nur erweiterte Maßstäbe des staatlichen Eingreifens, sondern auch den Übergang zu neuen, wirksameren Formen der staatlichen Teilnahme an der wirtschaftlichen Entwicklung erfordern. Aber wenn die bürgerlichen Gelehrten diese These anerkennen, richten sie ihre Hauptbemühungen darauf, die ökonomischen Funktionen des Staates in einem Rahmen zu halten, der den Interessen der kapitalistischen Entwicklung entspricht. Davon zeugen insbesondere die verschiedenen Untersuchungen über "wünschenswerte", "zulässige" (genauer gesagt, mit der kapitalistischen Entwicklung vereinbare) Maßstäbe und Formen der ökonomischen Tätigkeit des Staates.

Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Motive, über die sich A. Shonfield in seinem Buch "Angriff auf die Armut der Welt" offen äußert. Er legt folgerichtig dar, daß vor dem Westen die Aufgabe stehe, den Entwicklungsländern "eine realisierbare Alternative zu der kommunistischen Methode zu bieten, wie eine rasche Entwicklung erreicht werden kann."¹³ A. Shonfield erkennt die gewaltige Anziehungskraft der Erfahrungen der sozialistischen Staaten an, betont dann aber, es könne dennoch der vernünftige Wunsch entstehen, den schwach entwickelten Ländern durch einzelne Erfolge zu zeigen, daß es eine Alternative zum kommunistischen Weg gebe.¹⁴ Aber auch die bescheidenste Alternative dieser Art erfordert eine umfangreiche Einwirkung des Staates auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Im Grunde genommen wird heute schon nicht mehr darüber diskutiert, ob eine wirtschaftliche Tätigkeit des Staates nötig ist oder nicht, sondern vielmehr über den Umfang und die Richtung dieser Tätigkeit, über das Verhältnis zwischen staatlichem Eigentum, nationalem Privateigentum und ausländischem monopolistischem Eigentum. Nach langjährigem Kampf zwischen der UdSSR und den Entwicklungsländern einerseits und den westlichen imperialistischen Ländern andererseits haben sowohl die regionalen Wirtschaftskommissionen der UN als auch der Wirtschafts- und Sozialrat und schließlich die Vollversammlung die Bedeutung des staatlichen Sektors anerkannt.

Die Erfahrungen zeigen, daß der Mechanismus freier Marktbeziehungen - das heißt das ungehinderte Wirken des nationalen und ausländischen Privatkapitals -, das System also, das die westlichen Berater verfechten, sich unter dem Gesichtspunkt seiner ökonomischen und sozialen Folgen für die meisten Länder der "dritten Welt" wenig vom Mechanismus der imperialistischen Monopolherrschaft in der Epoche des Kolonialismus unterscheidet.

Eine wichtige (wenn oft auch unbewusste) Rolle spielte bei den Bemühungen um die Entwicklung und Verwirklichung einer Alternative zu diesem Weg die Bekanntschaft mit dem Wirtschaftssystem und den Erfahrungen der Sowjetunion und der andern sozialistischen Länder bei der Lösung der komplizierten Probleme des Wirtschaftswachstums, der Industrialisierung, der Lösung der Agrarfrage, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Heranbildung einer eigenen Intelligenz und qualifizierter Arbeiterkader, dem allgemeinen Aufschwung des Bildungswesens usw. Die relative Rückständigkeit, in der sich Rußland, das Land der siegreichen sozialistischen Revolution, seinerzeit im Vergleich mit den entwickelten kapitalisti-

11 Proceedings of the American Academy of Political Science, Januar 1962, S. 119.

12 The Emerging Countries, Boston 1961, S. 63.

13 Shonfield, Andrew, Angriff auf die Armut der Welt, Köln o. J., S. 20.

14 Ebenda, S. 21 ff.

schen Ländern befand, macht diese Erfahrungen besonders anziehend für die jungen unabhängigen Staaten. Einer der überzeugendsten Beweise für den Einfluß der sowjetischen Erfahrungen ist die allgemeine Entwicklung der Planungstätigkeit.

Die ernststen Zweifel an der Tauglichkeit spontaner Marktformen zur Produktivkräfteorganisation für die Lösung konkreter Aufgaben der nationalen Entwicklung haben eine Reihe von Ursachen.

Erstens haben sich die Vorstellungen vom kapitalistischen Reproduktionsprozeß als einem rein spontanen Vorgang unter den gegenwärtigen Bedingungen als illusionär erwiesen; das ist in den Jahren der selbständigen politischen Entwicklung viel klarer geworden als in der Kolonialperiode. Der Prozeß der Preisbildung schließt in der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ganzes und im Rahmen einzelner Länder in der Wirklichkeit schon seit langem den Faktor wirtschaftlicher Einflußnahme des Staates ein. Das Problem der Bildung eines Reproduktionstyps, der den nationalen Bedürfnissen des Landes entspricht, ist nicht durch Ausschaltung des staatlichen Einflusses, sondern umgekehrt durch eine systematische Wirtschaftstätigkeit des Staates zu lösen.

Die Frage lautet im Grunde genommen: Soll das Einwirken weiterhin Sache eines imperialistischen Staates sein, oder soll ein Nationalstaat am Prozeß der Preisbildung, der Veränderung der volkswirtschaftlichen Proportionen, der Lenkung neuer Investitionen usw. teilnehmen - ein Nationalstaat, der in höherem oder geringerem Maße versucht, die schweren Folgen der früheren Tätigkeit des ausländischen Staates und des Diktats der ausländischen Monopole zu überwinden? Gerade sie haben ja durch ihre Tätigkeit während der ganzen vorangegangenen Periode den "spontanen Prozeß der Preisbildung" in ihrem Interesse deformiert, und zwar keineswegs mit spontanen Methoden; sie haben tiefgreifende Veränderungen im bestehenden Preissystem und in andern Marktkategorien herbeigeführt.

Zweitens hat sich der Ausgangspunkt der Anhänger der Marktkonzeption, ihr Argument von der angeblichen positiven Wirkung freier Marktpreise (die ihrer Meinung nach die volkswirtschaftliche Effektivität der Entwicklung des einen oder andern nationalen Produktionszweiges zu bestimmen gestatten) als völlig haltlos erwiesen. Trotz der politischen Unabhängigkeit führte die Befolgung der Empfehlungen, die die Anhänger dieser Konzeption gaben, nicht zur Herausbildung von Waren-Wert-Beziehungen klassischen Typs, sondern zur Stärkung und Entwicklung eines ökonomischen Reproduktionsmechanismus, bei dem die größten Monopole weiter die ausschlaggebende Rolle spielten; sie übten weiter ihr ökonomisches und administratives (außerökonomisches) Diktat aus, während die nationalen Ziele völlig ignoriert wurden.

Drittens spiegeln die tatsächlichen Marktpreise, die angeblich das Resultat des freien Wirkens des Marktmechanismus und der bestehenden Weltpreise sind, aufgrund des oben Dargelegten nicht den objektiven Wert der wichtigsten Produktionsmittel wider, und sie können daher auch nicht als entscheidendes Argument der volkswirtschaftlichen Effektivität des einen oder andern nationalen Produktionszweiges dienen.

Viertens kann der Marktwertmechanismus nicht als Grundlage für die Schaffung neuer Zweige dienen, die eine volkswirtschaftliche Bedeutung haben und die gesamte Ökonomik auf eine höhere Stufe zu heben vermögen; das zeigen die Erfahrungen der Industrialisierung aller entwickelteren kapitalistischen Länder (ganz zu schweigen von den erfolgreichen Erfahrungen der sozialistischen Länder, die auf der Basis einer bewußten Einschränkung des spontanen Wertmechanismus gesammelt wurden). Die Kriterien des Gewinns, der unmittelbaren Konkurrenzfähigkeit mit analogen Unternehmen im Ausland und Unternehmen des ausländischen Kapitals im Inland, Vergleiche mit entwickelten Ländern über die Produktionskosten in neuen Zweigen usw. können in diesem Falle keine entscheidende Bedeutung haben, wenn gleich alle diese ökonomischen Kennziffern der mikroökonomischen Sphäre natürlich ernsthaft beachtet werden müssen.

Fünftens darf man an das Problem der regulierenden Rolle der Wertkennziffern nicht statisch herangehen, sondern nur dynamisch, entsprechend den Zäsuren einiger Reproduktionszyklen (oder einiger Planperioden). Ebenso darf man an diese Frage nicht unter dem Aspekt der Rentabilität allein des betreffenden Betriebes herangehen, sondern man muß auch die "soziale Produktivität" berücksichtigen, wie es ein Autor ausdrückte. Ein solches Herangehen schließt von Anfang an bei der Lösung des betreffenden Problems die Einwirkung des Staates oder jenes subjektiven Faktors ein, dessen Rolle die Monopolisten in diesem Fall entgegen der offenkundigen Praxis bagatellisieren oder sogar negieren möchten.

Sechstens ist der spontane Charakter der Verteilung der grundlegenden Ressourcen und der Arbeitskräfte in den meisten Ländern mit einem hohen spezifischen Gewicht des Privatkapitals von tiefen Widersprüchen begleitet, die die Schaffung einer gesunden Ökonomik behindern. Die Orientierung auf den spontanen Mechanismus gestattet es nicht, die bedeutenden Ressourcen auszunutzen, die die halbfeudalen Grundbesitzer, die Handelskapitalisten und Wucherer in ihren Händen halten (und noch mehr). Diese für die soziale Struktur einer unentwickelten Gesellschaft charakteristischen Gruppen legen ihre Mittel in Zweigen an, für die die nationale Ökonomik wenig Bedarf hat; sie bevorzugen Spekulationsgeschäfte und häufen ganz einfach Schätze an. Die umfangreiche Schatzbildung der Ausbeuterklassen auf Kosten des Volkseinkommens ist eine Folge der rückständigen sozialökonomischen Struktur. Der niedrige Diskontsatz der nationalen staatlichen Banken (eine Folge des außerökonomischen und ökonomischen Drucks großer, vor allem ausländischer Banken und der mit ihnen verbundenen nationalen Privatunternehmen) schließt eine - im Sinne der Ökonomik entwickelter kapitalistischer Länder - normale Bewegung des Leihkapitals aus. Für die Großunternehmer ist der Kapitalpreis eindeutig gesenkt (verglichen mit seinem Stand in den entwickelten Ländern), während die Kreditbeschaffung für die kleinen Eigentümer äußerst erschwert ist, was diese veranlaßt, sich an die Wucherer zu wenden. In Indien zum Beispiel entfallen 70 Prozent des landwirtschaftlichen Kredits auf die Wucherer.¹⁵ Die Verschuldung der indischen Bevölkerung bei den Wucherern war während des 3. Fünfjahrplans höher als die Gesamtsumme der Neuinvestitionen in der Industrie Indiens.¹⁶ Das alles verzerrt den realen Wert der Investitionsausgaben, die ein äußerst wichtiger Faktor der Produktion sind.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß bei einer ausschließlichen Orientierung auf die spontanen Gesetze des Kapitalismus (oder für eine Reihe von Ländern die spontanen Gesetze der entstehenden und sich entwickelnden Warenproduktion und der kapitalistischen Warenproduktion) die wirtschaftliche Rückständigkeit nicht überwunden, der bedrohlich niedrige Lebensstandard der Bevölkerung nicht erhöht und die ökonomische Unabhängigkeit nicht erreicht wird. Bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der menschlichen Gesellschaft, dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte, der in den entwickelten imperialistischen Ländern erreicht wurde, bei der historisch entstandenen internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung usw. ist jede Analogie mit den Resultaten der spontanen Entwicklung des Kapitalismus in den europäischen Ländern vom 16. bis 19. Jahrhundert von Anfang bis Ende unhaltbar. Deshalb ist die Entwicklung der ökonomischen Funktion des Staates in ihrer gegenwärtigen Form eine soziale Gesetzmäßigkeit. Der spontane Marktmechanismus als Mechanismus, auf den die Hoffnung gesetzt wird, die vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt rationelle Nutzung des nationalen und ausländischen Kapitals zu garantieren, kann diese Aufgabe nicht erfüllen.

15 Plany-programmy razvitija stran Azii (Planprogramme der Entwicklung der Länder Asiens), Moskau 1966, S. 148.

16 Narody Azii i Afriki, H. 2/1966, S. 22 f.

Neue, progressivere Entwicklungstendenzen in der Industrie und Landwirtschaft bei der Umgestaltung der ökonomischen Struktur, die in einer Reihe von Ländern zu beobachten oder zu verzeichnen sind (zum Beispiel in der VAR, in Syrien, Mexiko, Indien, Brasilien und anderen), wurden auf dem Wege des staatlichen Aufbaus oder einer breiten (darunter auch finanziellen) staatlichen Unterstützung der privaten nationalen Produktion und der Regulierung ausländischer Kapitalinvestitionen erreicht. Es ist interessant, daß das Privatkapital durchaus nichts gegen die verschiedenen Dotationen des Staates einzuwenden hat und sie nicht als eine Verletzung des "freien Spieles des Marktes" betrachtet.

Die objektive Aufgabe einer jeden nationalen Regierung ist es, die aus der kolonialen Periode als Erbe übernommenen volkswirtschaftlichen Proportionen zu ändern, aber das erfordert eine grundlegende Umgestaltung jenes Reproduktionsmechanismus, der in der Mehrzahl der Länder unverändert blieb und in früherer Richtung weiter funktioniert. Die Planung der ökonomischen Entwicklung wird zur objektiven Notwendigkeit.

Die Vorzüge der Wirkung eines planmäßigen Wirtschaftsmechanismus oder als Minimum des planmäßigen Einflusses und der teilweisen Einschränkung des spontanen Marktmechanismus der Reproduktion (was typischer für den heutigen Stand der Planung in den meisten Ländern ist) erhielten schon praktische Bestätigung. Im Grunde genommen wird die Frage aus dem rein theoretischen Gebiet auf den konkreten Boden der Erforschung der Formen, Methoden und ökonomisch begründeten Grenzen der Planung und der ökonomisch optimalen Verbindung von Plan und Markt übertragen.

Die begründete Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Planung der nationalen Ökonomik, die den Planmechanismus dem spontanen Marktmechanismus entgegengesetzt, kann im allgemeinen durchaus nicht mit dem geplanten Markt verglichen werden. Wir sind der Meinung, daß der Markt eine objektive ökonomische Kategorie ist, die einen bestimmten Kreis ökonomischer Prozesse ausdrückt, deren Bewegung durch das Wertgesetz, aber unter den Bedingungen der erweiterten Reproduktion auch durch das Gesetz der Produktionskosten und durch die Notwendigkeit, Profit zu erhalten, bestimmt wird. Der Markt kann (oder genauer gesagt, konnte in der vergangenen historischen Epoche) spontan wirksam sein, aber in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte wird er in jeder sozialökonomischen Gesellschaftsordnung zum Objekt der Erkenntnis und der Beeinflussung durch den Plan. Der Plan, der die objektiven Bedürfnisse der gesellschaftlichen Entwicklung ausdrückt, ersetzt nicht den Markt, sondern ganz oder teilweise die Spontaneität des Marktes durch ein bestimmtes Programm, das durch die Rangordnung der Ziele und der Mittel zu ihrer Erreichung, durch entsprechende Organisation ausgedrückt wird, das aber gleichzeitig streng die wichtigsten Wertverhältnisse berücksichtigt. Die Effektivität eines solchen Einschreitens wird letzten Endes durch den sozialökonomischen Charakter der Gesellschaft, die die Planung anwendet, festgelegt.

In Verbindung damit ergeben sich Fragen: Wie sind die ersten Resultate der Erfüllung der gegenwärtig in fünfzig Entwicklungsländern laufenden Pläne zu beurteilen? Und welches sind die gemeinsamen Ursachen der gewöhnlich betrieblichen Nichterfüllung der Planaufgaben? Ohne auf eine detaillierte Analyse einzugehen, sei nur überaus kurz zusammengefaßt auf Bedingungen hingewiesen, die einen negativen Einfluß auf die Realisierung der Pläne ausüben. Diese Bedingungen sind in Betracht zu ziehen, insofern sie beeinflußt und wenn notwendig beseitigt werden können.

Erstens schließt die Planung die Ausarbeitung der Pläne (die formale Programmierung) und die reale Gewährleistung der Programme durch Methoden der staatlichen Wirtschaftspolitik ein. Wie sorgfältig auch die Modelle für die Entwicklung der Ökonomik aufgestellt wurden (was man bei weitem nicht immer von den Plänen, die in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas angenommen wurden, sagen kann, obwohl bei ihrer Ausarbeitung bedeutende Spezialisten mitarbeiteten), die Realisierung des Planes hängt von verschiedenen

objektiven und subjektiven Bedingungen ab, die mit der realen ökonomischen Stärke, den verwaltungsorganisatorischen Erfahrungen und der gesellschaftlichen Position des Staates, des Trägers der Plangrundlage, verbunden sind.

In vielen Ländern der "dritten Welt" gibt es nicht die notwendige Koordinierung zwischen den Planungs- und den anderen Wirtschaftsorganen auf Regierungsebene, infolgedessen betrachten sogar einige Staatsorgane die Erfüllung des Planes nicht als ihre Pflicht.

In den meisten Ländern beenden die Planungsorgane ihre Tätigkeit im wesentlichen mit der Ausarbeitung des Planes, aber mit der Aufschlüsselung des Planes bis zu den Ausführenden (den Ministerien, Territorialverwaltungen, Großbetrieben usw.), mit der Organisation der Kontrolle über die Erfüllung des Planes und dergleichen befassen sie sich fast nicht oder nur formal. So charakterisierte D. Gadgil insbesondere die Bedingungen für den zweiten Fünfjahrplan Indiens. Nach der Beurteilung des Sekretariats der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten sind die Pläne, die auf den Philippinen angenommen wurden, eher "als eine Losung, anstatt als Aufgabe" zu charakterisieren. In Äthiopien wurde der erste Fünfjahrplan drei Jahre lang überhaupt nicht publiziert. Eine gewisse Rolle spielt dabei der Mangel an Erfahrungen, aber natürlich kann man darauf nicht die ganze Angelegenheit zurückführen.

Die konkrete Analyse jener Teile des Planes, auf die vor allem die Nichterfüllung entfällt, enthüllt oft hinter dem "Fehlen von Erfahrungen" gesellschaftliche Ursachen. Besonders anschaulich zeigt sich das in jenen Fällen, wo die für die Entwicklung des staatlichen Sektors bestimmten Investitionsfonds (auch aus inneren Ressourcen und aus schon eingegangenen ausländischen Mitteln) vorhanden sind, aber von den entsprechenden Ministerien und Behörden nicht systematisch genutzt werden. Die gleichen Erscheinungen waren sowohl in Ländern mit kapitalistischer als auch mit sozialistischer Orientierung zu beobachten; in Indien, Syrien, Iran, Irak, Bolivien, Chile, auf den Philippinen, in Ghana in der Periode bis zum Umschwung, Mali und anderen. Ihre weite Verbreitung unterstreicht noch die Schärfe des Klassenkampfes um den staatlichen Sektor, sowohl wenn er staatskapitalistischer Natur ist als auch wenn er Übergangscharakter annimmt.

In den Plänen sind gewöhnlich die direktiven Aufgaben nicht von den indikativen abgegrenzt. Diese letzteren Bereiche der Wirtschaft oder die einzelnen Unternehmen, die in den Plan auf der Grundlage indirekten Einflusses einbezogen werden (in der Regel sind das die Unternehmen des privaten Sektors), werden nur durch sorgfältig durchdachte ökonomische und administrative Maßnahmen, die die Entwicklung in geplanter Richtung stimulieren, ange-regt, entsprechend den Planentwürfen wirksam zu werden. Bis zur Ausarbeitung solcher Maßnahmen entstehen gewöhnlich nicht die Pläne, die Berechnung beruht im wesentlichen auf dem "psychologischen Effekt" der Aufgabenstellung. Die Nichterfüllung der Pläne durch viele afrikanische Länder (zum Beispiel der Plan Senegals von 1961 bis 1964), dazu auf dem Gebiet der Perspektivzweige, die die koloniale Struktur der Wirtschaft verändern sollen, ist eben damit verbunden, daß diese Aufgabe dem Privatkapital auferlegt wurde.¹⁷ Außerdem verletzen die Unternehmen des staatlichen Sektors nicht selten in grober Weise den Plan. Auf diese "Undiszipliniertheit" wies auch der bedeutende Planungsspezialist Ch. Bettelheim hin.

Der spontane und bewußte Widerstand, den das Privatkapital gegen die staatliche Regulierung leistet, ist einer der wichtigsten Gründe für die Nichterfüllung der Pläne. Das Privatkapital befolgt die indikativen Planentwürfe nur dann, wenn sie seinen Interessen entsprechen. Häufig gelingt es dem privaten Sektor, die Pläne für die Entwicklung der Unterneh-

¹⁷ Bulletin de l'Afrique noire, Nr. 323, v. 20. 5. 1964, S. 6621.

men des staatlichen Sektors zu seinem Vorteil zu verändern. Darin zeigt sich auch der Kampf der Spontaneität des Marktes gegen die Schaffung des Mechanismus einer planmäßigen Reproduktion.

Zweitens ist ein wesentlicher Grund für die Nichterfüllung des Planes auch die Unfähigkeit der entsprechenden Organe, die inneren Akkumulationsquellen zu mobilisieren. Das ist auch keine technische Frage. Stabilisierung und Erweiterung der inneren Akkumulationsquellen stützen sich vor allem auf die Notwendigkeit, die sozialökonomische Struktur des Landes umzugestalten und die feudalen, halbfeudalen und anderen archaischen Verhältnisse zu überwinden. Außerdem müssen die traditionellen Formen der Akkumulation der Haushaltseinnahmen reformiert werden, aber das ist auch ein Klassenproblem. In den Ländern, die den kapitalistischen Weg gehen, hemmt die nationale Bourgeoisie sogar die Reform der Haushaltseinnahmen, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern schon lange angenommen ist (Erhöhung des Anteils der direkten Steuern, Steigerung der Progressivität der Steuer, steuerliche Beschränkungen der privaten Konsumtion der Gruppen mit hohen Einkommen usw.).

Wie eine Übersicht der UN über die Planung in den Entwicklungsländern betont, richten die Pläne bedeutende Aufmerksamkeit auf Maßnahmen zur Erweiterung der Haushaltseinnahmen. Jedoch sei ganz offensichtlich, daß in den meisten Ländern diese Maßnahmen nicht das Ziel verfolgen, die existierende Steuerstruktur radikal zu ändern.¹⁸

Die überwältigende Mehrheit der Pläne wird aufgestellt, indem von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß die Finanzierung in höherem und geringerem Maße durch Anleihen und Investitionen imperialistischer Länder realisiert wird. Mitunter führen diese Überlegungen zu dem Plan, mit den Regierungen der entsprechenden Staaten und mit der International Bank for Reconstruction and Development usw. Vereinbarungen zu treffen. In einigen Fällen begünstigt der Zufluß von ausländischem Kapital die Planerfüllung. In der Elfenbeinküste ist zum Beispiel gerade damit der hohe Zuwachs des gesellschaftlichen Gesamtprodukts verbunden: um 60 Prozent von 1960 bis 1965.¹⁹ Jedoch sind in den meisten Fällen die tatsächlichen Summen, die von diesen Ländern gewährt werden, bedeutend kleiner als die geforderten und eingeplanten Summen. Außerdem haben der Charakter, die Termine, die Ungleichmäßigkeit und die Verzögerungen bei der Gewährung der Mittel, die immer wieder bei vielen Ländern der "dritten Welt" angewandt werden, und die einseitige Unterbrechung der Finanzierung oder der Kreditgewährung im Verlauf der entsprechenden Planperiode Einfluß auf die Nichterfüllung des Planes (Indien, Pakistan, Thailand, Nigeria, Kamerun, Tansania, die Länder Lateinamerikas und viele andere). Da die Entwicklungsländer, besonders jene, die die sozialistische Orientierung in ihren binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen wählten, diese Erfahrungen in Betracht ziehen und immer deutlicher begreifen, daß solches System der "Hilfe" von seiten der imperialistischen Länder ein nicht wegzudenkender Bestandteil der neokolonialistischen Politik ist, beginnen sie beim Aufstellen der Pläne von vornherein die Unzuverlässigkeit dieser Quelle einzukalkulieren. Ohne auf die Unterstützungen, Kredite und anderen Ressourcen von imperialistischen Mächten zu verzichten, gehen sie zu einer Verteilung der Gesamtplanmittel über, bei der die wichtigen Teile des Volkswirtschaftsplanes in immer größerem Maße aus inneren Quellen oder durch Kredite sozialistischer Länder finanziert werden.

Drittens wird eine progressive materiell-technische Basis in den Entwicklungsländern während eines langen Zeitraums geschaffen und wird einige Etappen umfassen. Unter den bestehenden Bedingungen kann die Entwicklung nur auf unterschiedlichem technischem Niveau

18 World Economic Survey, 1964, T. 1, S. 13.

19 Industries et Travaux d'Ontremier, Nr. 149, 1966, S. 232.

stattfinden, und das gibt dem Problem der Wechselbeziehung zwischen Plan und Markt in der Ökonomik der Länder der "dritten Welt" ein bestimmtes Spezifikum. Fraglos sind vor allem der staatliche Sektor und die anderen Formen der gesellschaftlichen Wirtschaft die Grundlage für die Planung. Die kapitalistische und kleinbäuerliche warenproduzierende Wirtschaft können nur mit Hilfe der indikativen Planung geregelt werden. Der halbfeudale, der Gemeindefaktor und andere Wirtschaftsformen, die sich dem Einfluß der Warenbeziehungen unterwerfen, aber auf der Naturalwirtschaft basieren, werden ökonomisch fast nicht geleitet. Ebendeshalb wurden die Planentwürfe auf dem Gebiet der Landwirtschaft in fast allen Ländern, wo diese rückständigen Formen dominieren, nicht erfüllt. "Jedenfalls läßt sich die Schlußfolgerung nicht umgehen, daß die Verwirklichung der landwirtschaftlichen Pläne insgesamt bis jetzt nicht besonders erfolgreich bei der Erhöhung der Produktion und der Verminderung ihrer jährlichen Schwankungen war"²⁰, betont eine Übersicht des Sekretariats der UN.

Davon ist auch in der im Jahre 1964 vom Sekretariat der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten vorbereiteten Planübersicht die Rede: "Im großen und ganzen ist man sich jetzt darin einig, daß gerade die langsame Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion meistens der Grund für das Mißlingen des Versuchs vieler Länder ist, sich so schnell zu entwickeln, wie es geplant war."²¹

Die langsame Entwicklung der Produktion von Nahrungsmittelkulturen, die innerhalb des Landes gebraucht werden, führt zu einer nicht vorhergesehenen Zunahme des Imports, was eine Mehrausgabe an Devisen oder eine Verwendung jener Fonds hervorruft, die für den Import von Produktionsmitteln oder Rohstoffen bestimmt waren. Aber das untergräbt das Programm für die Entwicklung der Industrie und das Investitionsprogramm, weil in beiden Fällen gewöhnlich dem Import eine große Bedeutung zukommt.

Viertens ist allgemein bekannt, daß die Hauptdeviseneinnahmen der Entwicklungsländer vom Außenhandel abhängen. Jedoch der Außenmarkt wird von ausländischen Monopolen kontrolliert.²² Die Verschlechterung der "terms of trade" der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, die ungünstige Tendenz der relativen Abnahme des Bedarfs vieler Arten landwirtschaftlicher und mineralischer Rohstoffe, die einseitige Orientierung der Handelsverbindungen usw. - alles das ließ die Pläne der Deviseneinnahmen scheitern. Die Gesamtperspektivpläne der meisten Länder berücksichtigten nicht die langfristigen Tendenzen in der Entwicklung des internationalen Handels und die Strukturwandlungen in der Weltproduktion. Es kann auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Versuche der Länder der "dritten Welt", ihren Export zu diversifizieren, auf den Widerstand der imperialistischen Monopole und Staaten stoßen. Das äußerte sich in der Festsetzung äußerst niedriger Quoten und hoher Tarife für den Import von Industriewaren und Halbfabrikaten aus den Entwicklungsländern oder in dem direkten Verbot ihrer Einfuhr.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß der dominierende Teil des nationalen Exports in den Ländern, die sich auf kapitalistischem Weg entwickeln, von privaten, ausländischen und inländischen, Gesellschaften realisiert wird. Die Privatunternehmer lassen sich in ihren Exportoperationen nicht von den Regierungsprogrammen leiten, sondern nur vom Profitstreben. In Ländern, die die sozialistische Orientierung wählten, kontrolliert der Staat die Export- und Importoperationen, und in einigen von ihnen führt er unmittelbar selbst Außenhandelsoperationen aus. Unter diesen Bedingungen haben die Regierungen und staatlichen

²⁰ World Economic Survey, a. a. O., S. 101.

²¹ Economic Bulletin for Asia and the Far East, Dezember 1964, S. 21.

²² Ol' minskij, S. E. E., Torgovaja politika razvivajuščichsja stran (Handelspolitik der Entwicklungsländer), Moskau 1968.

Organisationen natürlich größere Möglichkeiten, die Außenhandelsoperationen im vorgesehenen Umfang und die Verkäufe zu veranschlagten Preisen zu realisieren. Jedoch in der Regel sind sie außerstande, die objektiven Tendenzen des kapitalistischen Weltmarktes zu überwinden. Also wird auch hier die Situation durch sozialökonomische Ursachen bestimmt. Der Klassencharakter des kapitalistischen Weltmarktes und das Nebeneinanderbestehen mehrerer Wirtschaftsformen in den Entwicklungsländern bei unzureichender Entwicklung der ökonomischen Funktion des Staates oder bei dem Verzicht des Staates auf konsequente antiimperialistische Politik wirken in eine Richtung, die den spontanen Marktmechanismus inner- und außerökonomischer Beziehungen aufrechterhält und festigt.

Aus allem Gesagten ist zu schlußfolgern, daß Mißerfolge und Schwierigkeiten bei der Planerfüllung und Unregelmäßigkeiten in der Tätigkeit des planmäßig regulierten Mechanismus nicht von der Überlegenheit der spontanen Marktbeziehungen als Methode der technischen und sozialen Reorganisation zeugen, sondern nur von der Schwäche und Unvollkommenheit der Plan- und überhaupt der ökonomischen Tätigkeit der Nationalstaaten, von den äußerst schwierigen Bedingungen, unter denen die Entstehung eines neuen nationalen Reproduktionsprozesses vor sich geht. Bei dieser Schlußfolgerung handelt es sich natürlich nicht um eine Absage an die Planung, sondern um ihre Festigung, um die Ausarbeitung und konsequente Verwirklichung der wissenschaftlich begründeten ökonomischen und sozialen Strategie, die die Marktkriterien berücksichtigt, sich aber nicht auf ihre spontane Entwicklung verläßt.

Es ist gesetzmäßig, daß die Schaffung eines planmäßigen Reproduktionsmechanismus - nicht selten mit Desorganisation, mit unterschiedlichem Tempo und unterschiedlichem Grad der Effektivität - überall stattfindet. Aber trotzdem zeigt die Analyse der realen ökonomischen Verhältnisse in den Ländern der "dritten Welt", daß die Prinzipien, die als Grundlage für die Organisation des Wirtschaftslebens dienen, reichlich unsicher sind und sich den häufigen Veränderungen unterwerfen. Das betrifft die Prinzipien der Wechselbeziehung zwischen dem staatlichen und privaten Sektor, dem nationalen und ausländischen Kapital, dem Preissystem in staatlichen Unternehmen und der Politik der Preisregulierung, den ökonomisch unbegründeten Verboten der Tätigkeit des kapitalistischen Sektors und des Sektors der kleinen Warenproduktion (Indonesien bis 1965, Algerien, Burma), ebenso auch die ökonomisch gefährliche Liberalisierung des Außenhandels und der ausländischen Investitionstätigkeit (Brasilien, Ghana, Indonesien und andere). Eine solche Labilität ist weit von der dialektischen Anwendung und Entwicklung dieser Prinzipien und der progressiven Elastizität der Wirtschaftsbeziehungen entfernt, die die konkrete Lage und den fortschreitenden Verlauf der Entwicklung berücksichtigen. Die auf diesem Gebiet entstandene Lage spiegelt in bedeutendem Maße die Labilität in der Lage der Klassenkräfte wider.

Zugleich muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß sich die Analyse über die Realisierung der Pläne nicht nur auf die Beurteilung der Erfüllung der Planaufgaben nach Wertkennziffern oder gar nach Naturalkennziffern, auf den Vergleich des Wachstumstempos des Nationaleinkommens laut Plan und der tatsächlichen Erfüllung usw. außerhalb der sozialökonomischen und politischen Charakteristik der gesamten Resultate der Planerfüllung beschränkt.

Die bisherige Entwicklungsperiode zeigte anschaulich die Abhängigkeit des Wachstums der Produktivkräfte vom Charakter der Produktionsverhältnisse. Wenn diese Abhängigkeit nicht immer und nicht in allen Ländern auf der Oberfläche der Erscheinungen sichtbar ist, so deckt die sozialökonomische und politische Analyse die Gesetzmäßigkeit dieses Zusammenhangs auf. Folglich ist es bei der Ausarbeitung der Strategie der Entwicklung die Hauptsache, den Einfluß der Veränderung in den Produktionsverhältnissen auf das Wachstum der nationalen Produktion, auf die Festigung aller Elemente der Produktivkräfte zu bestimmen.

Die Ausarbeitung des Planes, der die breite Gesamtheit der staatlichen ökonomischen und sozialen Maßnahmen während einer bestimmten Periode umfaßt, der Maßnahmen, die orga-

nisch miteinander verbunden und der Erreichung eines bestimmten Zieles untergeordnet sind, fordert als wichtigste Voraussetzung für alle Planarbeit die Bestimmung des Zieles der Entwicklung. Die Bestimmung des Zieles ist die wichtigste politische, ökonomische, soziale und ideologische Aufgabe, die durch den Verlauf der objektiven Entwicklung bestimmt wird.

Die konkreten Planabschnitte, das sind die Etappen, die Stufen der Erreichung des einheitlichen Zieles, Etappen, die in jeder geplanten Periode den nationalen Reproduktionsmechanismus festigen und seine Unabhängigkeit unter den Bedingungen der offenen Wirtschaft stärken sollen. Mit anderen Worten, die wirklich wissenschaftliche Grundlage der Planung ist die Planung auf der Basis der Bestimmung des gesamt nationalen Zieles.

Wo kein einheitliches Ziel vorhanden ist, da wurde keine Auswahl des Entwicklungsweges getroffen, da können die einzelnen Pläne nicht Stufen des konsequenten progressiven Aufbaus der Ökonomik sein. Aber letzteres ist nur möglich, wenn der Staat in den grundlegenden Äußerungen seiner Tätigkeit gesamt nationale Ziele verfolgt, wenn die Planung sich auf das gesellschaftliche Eigentum stützt, wenn die Wirkung der spontanen Gesetze eingeschränkt ist und die privaten Interessen gezwungen sind, sich den allgemeinen Aufgaben, die die Nation löst, "anzupassen". Ohne hier die verschiedenen ökonomischen Kriterien der Planerfüllung zu beleuchten, muß das wichtigste methodologische Prinzip hervorgehoben werden; Die Beurteilung der Planerfüllung muß in erster Linie den Grad der Erreichung des Hauptzieles berücksichtigen, da er besonders tiefgehend die Veränderung des Reproduktionsprozesses charakterisiert.

Die Entwicklung der Sowjetunion, die als erste den neuen Weg beschritt, bereicherte die gesamte Theorie des Sozialismus durch praktische Erfahrungen. Im Prozeß des Aufbaus bildeten sich verschiedene Formen und Methoden der Wirtschaftsführung und der Planung heraus, wurden jene verworfen, die den objektiven Charakter der Gültigkeit der ökonomischen Gesetze, insbesondere des Wertgesetzes, unzureichend berücksichtigten. In den sozialistischen Ländern wurden verschiedene Methoden beim Aufstellen des Planes und seiner Verwirklichung, der Verbindung ökonomischer und administrativer Hebel, des Planes und des Marktes, der Zentralisation und Dezentralisierung verwandt. Es wurde eine Synthese der direktiven und der indikativen Planung ausgearbeitet. In diese Richtung wird die weitere Forschung sowohl in der Politischen Ökonomie als auch in der wirtschaftlichen Praxis der sozialistischen Länder geführt.

Die gegenwärtige ökonomische Konzeption des wissenschaftlichen Sozialismus umfaßt alle reichen Erfahrungen, die von den sozialistischen Ländern gesammelt und überprüft werden. Wie jede wahrhaft wissenschaftliche Leistung ist sie eine Errungenschaft der ganzen Menschheit und für die ganze Menschheit. Deshalb ist es nicht notwendig, daß die Entwicklungsländer den ganzen Weg wiederholen, den die sozialistischen Länder durchliefen. Sie können, mit den Worten von Marx ausgedrückt, die Geburtsqualen einer neuen Gesellschaft abkürzen. Aber wenn sie das jetzige ökonomische Modell der sozialistischen Gesellschaft anwenden, müssen sie den Werdegang des Sozialismus, der Bewegung zum Sozialismus, die in ihren Ländern erreicht wurde, berücksichtigen. Nur eine solche Anwendung der Erfahrungen führt zu einer weiteren Bereicherung der ökonomischen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, zur Festigung und Entwicklung der tatsächlich in diesem oder jenem Land der "dritten Welt" geschaffenen Übergangs- und deshalb auch sozialistischen Produktionsverhältnisse.

(Übersetzt von Roswitha Czollek und Ingrid Edelberg)

Die bergbauliche Tradition als Bestandteil der antikommunistischen Politik des deutschen Imperialismus seit 1933

von Eberhard Wächtler

Der Bergbau hat seit jeher die Menschen tief beeindruckt. Das hatte seine Ursachen in den Besonderheiten des Arbeitsprozesses, in der scheinbaren Ohnmacht der Menschen gegenüber der Größe der einwirkenden Naturgewalt sowie in der Schönheit und dem Wert der geförderten Minerale. Nicht minder wirken bis zum heutigen Tag die alten im Mittelalter wurzelnden montanistischen Lebensformen in zahlreichen Traditionen fort. Von ihnen ist ein großer Teil inzwischen in die Literatur eingegangen und so noch ein zweites Mal in den Besitz des Volkes gelangt. Allein Johann Wolfgang von Goethes Lyrik und Prosa, Heinrich Heines "Harzreise" sowie viele Märchen und Sagen liefern überzeugende Beweise dafür.

Zur Rechtfertigung ihrer eigenen historischen Mission berief sich die herrschende Klasse auf die Macht der Tradition. Aber es gab und gibt keine klassenindifferente Traditionspolitik. Sie kann es nicht geben, weil Geschichte Klassenkampf ist.

Die Tradition wurzelt ihrem Wesen nach in der Erscheinungsform gesellschaftlicher Prozesse. Da sie deshalb letztlich Vergangenheit der Formen repräsentiert, war und ist ihre Kopplung mit historisch völlig unterschiedlichen Prozessen möglich. So regte die bergbauliche Tradition Goethe, Heine, Mozart, Umlauf und andere zu humanistischen Werken an, das deutsche Finanzkapital dagegen nutzte sie zur Verschleierung des Charakters seiner menschenfeindlichen Politik.

Besonders aktiv und intensiv war in dieser Hinsicht die Politik des deutschen Faschismus. In einem nicht als geschichtswissenschaftliche Schrift, aber als faschistische Traditionspropaganda sehr ernst zu nehmenden Pamphlet mit dem Titel "Der deutsche Bergmann im Wandel der Geschichte, seine Stellung in der Gegenwart und die Frage des Berufsnachwuchses" setzte sich im Jahre 1941 ein gewisser Karl Bax umfassend mit der bergbaulichen Tradition auseinander. Dabei ging Bax nicht, wie es vielfach in der bürgerlichen Historiographie üblich ist, von einer isolierten Darstellung der bergbaulichen Entwicklung, sondern von der Geschichte des Deutschen Reiches aus. Diese Verfahrensweise wählte er deshalb, weil er die Notwendigkeit des Faschismus begründen und ihn als historische Erscheinung rechtfertigen wollte. Seiner Meinung nach war Deutschland bis 1933 "von ... Zerfallerscheinungen bedroht gewesen, die als Folgen der liberalistischen Wirtschaftsordnung unerträgliche soziale Mißstände heraufbeschworen" hätten.¹ Bax' faschistische Postulate darf man nicht nur ökonomisch oder wirtschaftspolitisch werten. Für die von ihm als Mißstand deklarierte allgemeine Krise der kapitalistischen Gesellschaft und die ihr immanente Zuspitzung des Klassenkampfes machte Bax, getreu der historischen Fälschung seiner faschistischen Führer, die mehr oder weniger entwickelte bürgerliche Demokratie verantwortlich. Für ihn hatte der Faschismus die "nationalen Übel" beseitigt. *

1 Bax, Karl, Der deutsche Bergmann im Wandel der Geschichte, seine Stellung in der Gegenwart und die Frage des Berufsnachwuchses, Berlin 1941, S. 1.

Er wurde nicht müde, den Abbau des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus immer und immer wieder mit der Orientierung auf alte bergständische Traditionen zu begründen. Das heißt, er suchte primär nach Traditionen des deutschen Faschismus im vorkapitalistischen Zeitalter. Der sich in Deutschland immer stärker als staatsmonopolistischer Kapitalismus etablierende Imperialismus sah in den seit dem Mittelalter gewachsenen Traditionen des montanistischen Direktionsprinzips äußerst nützliche Formen zur Verschleierung seines faschistischen Systems. Bax pries diese Traditionen als Allheilmittel für die gesamte Volkswirtschaft, obgleich er wußte, daß sie in den entscheidenden modernen Bereichen des Bergbaus letztlich ebenfalls fremd und aufgepfropft wirken mußten. Für diese Zweige des Bergbaus, die jüngeren Ursprungs waren, bedauerte Bax bezeichnenderweise das Fehlen einer solchen starken eigenständigen Tradition. Er schrieb: "Bei der schnellen Entwicklung, die der Kohlenbergbau, vor allem nach der Erfindung der Dampfmaschine, nehmen konnte, machte sich das Fehlen jeglicher Traditionen bemerkbar."² Bax meinte das vor allem im Hinblick darauf, daß die Arbeiterklasse im Kohlenbergwerk Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung fand.

Tatsächlich aber hatte auch die Arbeiterklasse im Steinkohlenbergbau ihre Traditionen. Allerdings waren das weniger ständische als vielmehr proletarisch-revolutionäre. Diese zählte Bax natürlich nicht, sondern bekämpfte sie. Er brauchte für seine staatsmonopolistischen faschistischen Interessen bergständische Traditionen und nicht die der Bergarbeiter.

Es erübrigt sich fast, noch hinzuzufügen, daß Bax' Kenntnisse über die historische Entwicklung der Technik im Bergbau gleichfalls mäßig waren. Dampfmaschinen existierten im Bergbau schon einige Jahrzehnte, ehe sich die Großproduktion in der Steinkohle durchsetzte. Der Kohlenbergbau entwickelte sich zu der im 20. Jahrhundert sichtbaren Gestalt, als in Deutschland seit 1807 die feudalen Produktionsverhältnisse liquidiert wurden und sich im Gefolge der industriellen Revolution die Massenproduktion im Bergbau nötig machte. Damals wurden das Direktionsprinzip und die ständische Abgeschlossenheit sowie die geographische Isolierung der Bergleute überwunden. Die sich so vollziehende Eingliederung der Bergleute im nationalen und internationalen Rahmen in das moderne Industrieproletariat zählt zu den größten historischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse - speziell der Bergarbeiter - im 19. Jahrhundert.

Bax suchte demgegenüber das Rad der Geschichte zurückzudrehen und proklamierte in der Zeit des Faschismus als erstrebenswertes Ziel der deutschen Bergarbeiter das "Ideal einer geachteten und fest geschlossenen, vielleicht sogar abgesonderten Lebensgemeinschaft, die auf sozialer Grundlage und echter Kameradschaft aufgebaut ist und Raum gewährt für unabhängiges Leben auf freier Scholle..."³ Aus solchen Gemeinschaften erhoffte er sich eine neue spezifische Knappenideologie. Er meinte: "Dieses Gemeinschaftsgefühl, nicht aber klassenkämpferische Haltung ist es, woraus die viel beobachtete bergmännische Solidarität erklärt werden muß. Eine klassenkämpferische Haltung hat man dem Bergmann nur aufzureden versucht. Empfundener hat er sie nie, selbst nicht dann, wenn er in die Feuerlinie der marxistischen Streikscharen vorgeschoben war..." Schließlich verkündete Bax: "Der Bergmann ist seinem Wesen nach gerade das Gegenteil des Proletariats!"⁴

Sicher war es ein langer Weg vom Knappen zum klassenbewußten Industriearbeiter. Doch er war bewältigt worden, ob es Bax genehm war oder nicht. Die Geschichte pflegt sich nicht nach den Wunschträumen derartiger "Historiker" zu richten.

Bax akzeptierte nur zwei Faktoren als Ursachen eines das Klassenbewußtsein angeblich verdrängenden Gemeinschaftsgefühls: die Naturabhängigkeit des bergmännischen Arbeitsprozesses

2 Ebenda, S. 26.

3 Ebenda, S. 32.

4 Ebenda, S. 33.

ses und das Aufeinanderangewiesensein der Arbeiter in der Produktion. Diese sind seiner Meinung nach die im Traditionellen wurzelnde Basis für das Wiedererstehen von "vom Berufsideal durchdrungene(n) Arbeitsgemeinschaften."⁵

Als Bedenken gegen das Modell von Bax laut wurden, die auf den historischen Unterschied zwischen dem mittelalterlichen und dem modernen Bergbau verwiesen und das in Formulierungen über den "unschöpferischen" Charakter der Bergmannsarbeit zum Ausdruck brachten, wandte sich der Autor scharf dagegen. Die schöpferischen Aufgaben waren nach Bax nach wie vor da, nur hatten sie sich seiner Meinung nach verlagert: "Die schöpferische Arbeit leistet nicht mehr der Bergmann in eigener Person, sondern der Betrieb als Ganzes, als Gemeinschaft, deren Mitglied doch wieder der Bergmann ist."⁶ Betriebsgemeinschaften als Voraussetzungen dafür förderte Bax und "daß an den Gemeinschaftsplanungen des Betriebes und bei der Durchführung der großen Arbeiten durch die Gemeinschaft auch der einzelne Bergmann beteiligt werden muß."⁷ Dabei berief er sich auf Heinrich von Trebra, der über sein unter dem Zeichen des Direktionsprinzips vollzogenes Aufbauwerk in Marienberg zwischen 1767 und 1779 feststellte: "Jede Arbeit wird mehr, als man glaubt, dadurch befördert, wenn der, welcher sie unter den Händen hat, ihre Zweckmäßigkeit erkennt."⁸

In der faschistischen Presse spiegelte sich dieser Gedankengang wie folgt wider: "Am 29. Juli 1933 schlug der Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in einem Rundschreiben vor, Werkzeitungen herauszugeben. Als Begründung wurde geschrieben: 'Die Arbeiter haben oft kein Geld, eine Tageszeitung zu halten.' Infolgedessen sei es nötig, in den Werkzeitungen auch große Fragen wie die richtige Einstellung zum Staat und zur Arbeit zu behandeln. Darüber hinaus setzten sich die 1933 erschienenen Zeitungen das Ziel, 'das Gemeinschaftsleben zwischen Belegschaft und Werksleitung (zu) stärken und insbesondere dazu bei(zu)tragen, den Bergmann über seine Tätigkeit hinaus für das Werk zu interessieren und bei ihm wieder im Sinne des ständischen Aufbaus Berufsstolz und Berufsfreude (zu) wecken.'⁹

Auf keinen Fall wollten Bax und seinesgleichen daraus ein betriebliches "Mitregieren"¹⁰ abgeleitet sehen. Man wollte vielmehr den Kapitalismus durch Verbrämung mit traditionellen und patriarchalischen Zügen stabilisieren. Die Machtverhältnisse gedachte man allerdings gänzlich anders als im 18. Jahrhundert zu gestalten. Das Monopolkapital dachte nicht im entferntesten daran, irgendjemand zu gestatten, den Staatsapparat zur Schmälerung des Profits in einer ähnlichen Weise zu benutzen, wie es die Bourgeoisie bis Mitte des 19. Jahrhunderts zulassen mußte. Das Monopolkapital erstrebte nunmehr im ureigensten Interesse den totalen Einsatz des faschistischen Staates zur Ausbeutung und Unterdrückung der Bergarbeiter.

Das Streben der Bergleute nach Freiheit und Unabhängigkeit wollte Bax durch ein sein geistiges Format offenbarendes Patentrezept befriedigen. Er schwang sich zu der in jeder Hinsicht unerhörten Behauptung auf: "Was der Bergmann von heute unter Freiheit und Unabhängigkeit versteht, ist der Besitz eines eigenen Gartenlandes ...!"¹¹ Das war das Kernstück eines faschistischen Sozialprogramms, das noch durch platonische Appelle nach allgemein verbessertem Betriebsklima, humaneren Lohnformen und anderem ergänzt wurde! Auf einen Nenner gebracht, hieß das nichts anderes als die weitere Vollendung des Abbaus der hi-

5 Ebenda.

6 Ebenda.

7 Ebenda.

8 Ebenda.

9 Winkelmann, Anne, Die bergmännische Werkzeitschrift von 1945 bis zur Gegenwart, phil. Diss. (West-)Berlin 1965, S. 57.

10 Bax, Karl, a. a. O., S. 34.

11 Ebenda.

storischen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Die "Freiheit und Unabhängigkeit" der Arbeiterklasse wurzeln einzig und allein in den der Bourgeoisie im Klassenkampf abgerungenen Erfolgen.

Mit der Zerschlagung des Faschismus erlitt der deutsche Imperialismus im Jahre 1945 seine bis dahin größte und folgenschwerste Niederlage. Auch in den drei Westzonen Deutschlands war die Möglichkeit der Liquidierung seiner Macht real.

Das deutsche Volk und besonders seine Arbeiterklasse errangen auch dort eine Vielzahl bürgerlich-demokratischer Freiheiten. Eine Änderung der Eigentumsverhältnisse wurde jedoch vom internationalen Finanzkapital verhindert. Die Macht der Monopole blieb ungebrochen. Deshalb formierten sie sich sehr bald, um ein neues "roll back" der demokratischen Kräfte durchzusetzen. Wieder wurden der Abbau der demokratischen Freiheiten und die Stabilisierung der monopolistischen Eigentumsverhältnisse für das Finanzkapital zur Lebensnotwendigkeit. Es sah keine Veranlassung, sich prinzipiell der im Faschismus bewährten politischen Mittel zu entledigen. Im Gegenteil, was nur möglich war, wurde beibehalten, zum Beispiel die imperialistische Traditionspolitik im Bereich der Montanindustrie.

Schon im Jahre "1948 entstand in Bochum ... ein neuer kultureller Kreis in der Vereinigung der Freunde von Kunst und Kultur im Bergbau e. V."¹² Vorstand und Beirat dieser Vereinigung, die sich in Wirklichkeit schon 1947 konstituiert hatte, setzten sich von 1947 bis 1963 wie folgt zusammen¹³:

Soziale Position der Mitglieder	1947 - 1953	1963
Museumsdirektoren	1	1
Berghauptleute	4	3
Bergwerksdirektoren	9	11
Oberbürgermeister	1	-
Oberstadtdirektoren	8	2
Minister und Minister a. D.	2	-
Ministerialdirigenten	1	1
Gewerkschaftsvorsitzende	2	1
Bergassessoren	1	1
Generaldirektoren	3	5
Direktoren	1	2
Arbeitsdirektoren	1	-
Oberbergamtsdirektoren	1	-
Landeshauptleute	1	-
Oberberggräte	-	1
Berggräte	1	-
Konsuln	-	1
Senatoren	-	1
lediglich mit Dokortitel ausgewiesene Personen	2	-

Dieses markant profilierte Gremium, zu dessen bekanntesten Mitgliedern Heinrich Kost zählte, betrieb faktisch vor 1945 die imperialistische Traditionspolitik und setzte sie nach 1945 fort. Dabei fand das Monopolkapital bei rechten Gewerkschaftsführern und Sozialde-

12 Gebhardt, Gerhard, Ruhrbergbau, Essen 1957, S. 61.

13 Der Anschnitt, H. 12/1963, S. 359.

mokraten weitgehende Unterstützung. Das honorierte der Rektor der Technischen Universität in Westberlin bei der Verleihung der Würde eines Ehrensensors an den langjährigen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden der IG Bergbau und Energie, August Schmidt, der zugleich Beiratsmitglied der Vereinigung der Freunde von Kunst und Kultur war, mit den Worten der Laudatio: "... , daß wir in Ihnen (gemeint ist Schmidt - E. W.) den Mann gefunden haben, der wohl mit schuld ist am sogenannten deutschen Wirtschaftswunder und daran, daß unser Bergbau und das Hüttenwesen nicht erschüttert wurden von zerstörenden Auseinandersetzungen ... "14

"Die Welt" bezeichnete die Politik der Vereinigung als "sachliche Bemühungen um die Berufsethik des Bergmannes".¹⁵ Abgerundet wird die bourgeoise Zensurenkala für den Verein durch die Tochter des langjährigen Vorsitzenden. Sie schrieb zur Charakterisierung der Zeitschrift der Vereinigung: "Der 'Anschnitt' ist durch seine Finanzierung zwar eng mit der Vereinigung verbunden, er kann aber unabhängig von politischen Tendenzen ebenso wie von jedem - etwa durch große Anzeigenwerbung - anpassend an die Massengeschmacksrichtung gestaltet werden. Der Kreis der Mitglieder der Vereinigung setzt sich nicht aus einer politischen oder weltanschaulichen Gruppe zusammen, sondern ist gleichmäßig von Bergwerksgesellschaften, Zulieferfirmen, von Kommunalverwaltungen oder weiteren Institutionen besetzt. Das bedeutet, daß der 'Anschnitt' ganz unbeeinflusst sich der ihm gesetzten bergmännisch-kulturellen Aufgabe widmen kann."¹⁶

Flugs wird mit diesen Worten Lob für den Klassenverrat von Schmidt und eine rasch gefertigte Bescheinigung demokratischer Gesinnung für die Vertreter der Monopole und des Staatsapparates erteilt. Dabei erscheint es mir nicht einmal sicher, ob die Autorin ihre Schreiberin selbst ernst nimmt. Allzuleicht wird aus ihren Sätzen das Gegenteil von dem sichtbar, was sie zu begründen sucht. Unabhängig waren und sind die Vereinigung und die Zeitschrift "Der Anschnitt" nur in einer einzigen Richtung: Sie haben nichts gemein mit den Interessen der Arbeiterklasse.

Der erste Vorsitzende der Vereinigung, Heinrich Winkelmann, aktualisierte seine unabhängigen "berufs"-ethischen Bemühungen mit den Worten: "Dieses Ethos will die Verbindung zwischen dem Schaffen des Bergmannes und der Tradition, dem bergmännischen Brauchtum erhalten in einer Zeit, in der diese Werte durch die zunehmende Industrialisierung bedroht sind."¹⁷

In der gleichen Tonart schreibt auch seine Tochter, die den Bergmann, der "immer mehr von der Mechanisierung umgeben" ist, "wieder zum alten Berufsstolz zurückführen will."¹⁸

Winkelmanns österreichischer Mitstreiter, Karl Leopold Schubert, sah ebenfalls, daß die völlige Mechanisierung der wichtigsten Teilarbeitsprozesse des Bergbaus unvermeidlich näherrückte. Er wußte, daß sich damit der jahrhundertalte Arbeitsprozeß durchgängig qualitativ ändern mußte und, von dieser Seite aus gesehen, auch das Wesen des Bergmannes. Deshalb beschwor er das alte Brauchtum, um die neuen Produktivkräfte des Bergbaus auszudeuten. Er schrieb: "Der gute Geist des Bergmannes und Bergbaues ist nicht tot, der Berggeist ist nicht tot, er zeigt sich nur seltener und nicht so augenfällig wie in früheren Zeiten. Ja, man darf vielleicht sagen: Der gute Geist des Bergmannes ist eben die Maschi-

14 Der Anschnitt, H. 4/5/1957, S. 49.

15 Steinberg, Theo, Kohle und Bergbau als Motiv, Kinder treffen ins Schwarze, in: Die Welt, v. 31. 10. 1952, S. 6, Ausg. D, zit. nach: Winkelmann, Anne, a. a. O., S. 184.

16 Winkelmann, Anne, a. a. O., S. 211.

17 Winkelmann, Heinrich, Worum geht es? in: Der Anschnitt, H. 3/1952.

18 Winkelmann, Anne, a. a. O., S. 190.

ne geworden, wenn man sie nur rechten Geistes und Willens zu handhaben versteht, mit Vernunft und Liebe behandelt, 'da dient und schafft sie den Bergleuten in einer Stunde mehr, als sie selbst mit ihrem alten Gezäh, mit Schlegel und Eisen, in einer ganzen Woche bei allem Fleiß herausgearbeitet hätten', wie es ganz wörtlich und so schön in der Sage vom Bergmönch heißt.¹⁹

Der technische Fortschritt wird für diese dem Monopolkapital ergebenden Traditionalisten zu einer großen Gefahr. Interessanterweise verfallen sie nicht in irgendeiner Form des Technikpessimismus. Sie sehen lediglich das jahrhundertealte statische Element im Arbeitsprozeß, eine der Hauptgrundlagen ihrer Traditionspolitik, vergehen. Damit schwindet eine entscheidende materielle Voraussetzung für das Akzeptieren einer gesellschaftlichen Sonderstellung der Bergleute durch die Gesellschaft. Deshalb sucht das Monopolkapital nach ideologischen Waffen, um den Auswirkungen der völligen Mechanisierung auf das Denken und Handeln der Arbeiter zu begegnen. Dabei beziehen alle genannten Autoren die gleiche Position. Allerdings geht Winkelmann nicht so weit wie der Österreicher Schubert, dessen in schier wilder Hast gezimmertes Patentrezept ob seiner Dissonanz besonders hilflos wirkt.

Die Auseinandersetzung mit dem Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte ist seit 1945 stärker denn je – auch stärker als im Faschismus – zum Anliegen der Traditionspolitiker des Monopolkapitals geworden. Die Monopole fürchten die unausbleiblichen Folgen des Angleichens des Arbeitsprozesses im Bergbau an den durchschnittlichen industriellen Mechanisierungsgrad. Mit einer breiten Palette historisch-wissenschaftlicher, belletristischer, dramatischer und musealer Darstellungen suchen sie unter Ausnutzung der Tradition weiterhin Zwietracht und Illusion in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Allerdings schrecken sie mehr sich selbst, wenn sie – wie sie es formulieren – den Kampf gegen einen "Nummern-Menschen in einem untermenschlichen Insektenstaat" aufnehmen. "Unser Ziel ist der Mensch, die wieder helle und heilige menschliche Persönlichkeit. Nur sie kann den Fluch der Maschine zum Segen wenden, zu rechtem Schaffen und zu echter Lebensfreude."²⁰ Zur Zeit hat den Bergmann Gott verlassen, denn niemand "lacht und singt heute noch bei der Arbeit."²¹

Die Demagogie dieser Autoren ist frappierend. Sie ernennen die Maschine zum guten Geist der Arbeiter und suchen die Verdaulichkeit dieser These für die Bergleute zu erhöhen, indem sie an traditionelle Vorstellungen vom Eigentum der Hauer am alten Gezäh anknüpfen. Ohne es auszusprechen, sucht man auf diese Weise Illusionen in der Arbeiterklasse zu wecken und die Existenz der Ausbeutung als gesellschaftliche Erscheinung zu negieren.

Das Monopolkapital fürchtet sich vor der organisierten Klasse. Die Auswirkungen kollektiver Produktion auf das Klassenbewußtsein sollen durch ein gezieltes individuelles Denken und Handeln inhibiert werden, sobald der Arbeiter den unmittelbaren Arbeitsprozeß verläßt. Die Ideen, die zur Realisierung dieses Zieles der Monopole entwickelt werden, sind weder neu noch originell. Man glaubt fast den Nationalsozialisten Karl Bax zu hören, wenn man bei Karl Leopold Schubert liest: "Das Einfamilienhaus ist das stärkste Bollwerk gegen die Vermassung und Mechanisierung, gegen Automatisierung und Nullisierung, kurz gegen den Abstieg des Menschen zum 'Maschinen-Menschen', zum entpersönlichsten Roboter. Das Einfamilienhaus mit Garten ... entspricht dem Wesen des deutschen und österreichischen Bergmannes wie ein gut passendes Kleidungsstück."²² Die Differenziertheit und die ständige Abstufung innerhalb der montanistischen Korporation des absolutistischen Zeit-

19 Schubert, Karl Leopold, Vom Wesen des Bergmannes, Wien 1953, S. 24 f.

20 Ebenda, S. 19.

21 Ebenda, S. 14.

22 Schubert, Karl Leopold, a. a. O., S. 27.

alters müssen erneut als traditionelle Vorlage dienen. Geradezu programmatisch trompetet unter der Überschrift "Wenn die Schicht verfahren ist" die Konzernzeitung "Unsere Hibernia" zum Thema Feierabendgestaltung: "Von einer eigenwilligen Freiheitsliebe getrieben, unternimmt er (der Bergmann - E. W.), was ihm gefällt - er ist Individualist. Zwar liebt der Bergmann die Gemeinschaft ..., doch er wehrt sich gegen Vermassung."²³

Noch deutlicher wird die Seelenverwandtschaft eines Konzerns der deutschen Bundesrepublik mit dem braunen Faschisten Bax in der gleichen Zeitung, wenn man weiter liest: "Der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit vollzog sich im Bergbau in langsamen Etappen. Unbeeinflusst von politischen Ereignissen ging der Bergmann seinen Weg. Unbeirrt machte er sich auch technische Fortschritte zunutze, ... Krieg und Umsturz vermochten die lebendigen Traditionen nicht zu erschüttern."²⁴

Im Prinzip wiederholt die Hibernia AG nur die alten faschistischen Thesen. Flott und munter lügt man das Blaue vom Himmel herunter. Was Schubert als zu bewältigendes Problem auftischt, wird im Ruhrgebiet schon wieder traditionell verbrämt. Wie soll man anders die bourgeoise Logik verstehen, nach der sich im Kapitalismus die Arbeiterklasse den technischen Fortschritt zunutze macht. Solange die Bourgeoisie das Eigentumsrecht an Produktionsmitteln hat, gehört primär ihr der Nutzen. Nicht anders hat sich der um 1960 im westdeutschen Steinkohlenbergbau sichtbar gewordene Abschluß der Mechanisierung ausgewirkt. Mit ihrer Hilfe wurden Bergleute aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert. Die moderne Technik in der Hand der Monopole schaffte weder die Ausbeutung ab, noch erhöhte sie die soziale Sicherheit für die Arbeiterklasse.

Weiter wird in der Zeitung "Unsere Hibernia" nachdrücklich darauf verwiesen, daß unter weitgehender Beibehaltung der bergständischen Tradition eine gesellschaftlich exklusive Gemeinschaft der Bergleute der Arbeiterklasse gegenübergestellt werden soll. Daß die dabei konstruierten Behauptungen genauso wenig wahr wie bewiesen sind, wundert bei der bekannten Qualität des Herausgebers der Zeitung nicht sonderlich. Interessanter ist in diesem Zusammenhang, was im bundesdeutschen Sprachgebrauch unter Gemeinschaft verstanden wird.

Rolf Hinder definiert in der Zeitschrift "Gemeinschaft und Politik" die Bonner Meinung wie folgt: "Man muß unterscheiden zwischen Gemeinschaft und Gruppe. Gruppe ist die Körpersumme der Gemeinschaftsmitglieder. Gemeinschaft ist das, um dessentwillen sich Menschen zur Gruppe zusammenschließen. Gruppe ist das Gesamt der Träger von Gemeinschaft. Gemeinschaft ist das Getragene, die "Gruppensubstanz". Gruppe ist der sinnfällige Ausdruck, den Gemeinschaft im Bereich des Menschlichen findet. Gemeinschaft ist auch im Außer menschlichen angelegt. Sie ist wirklich in Kleidung und Fahnen, in Gebäuden und Büchern, in Siedlungsformen und Straßenzügen, in der Platzordnung eines Theaters, im Baustil einer Epoche, in der Gliederung einer Armee."²⁵

Mit diesen Sätzen sucht Hinder eine Art theoretische Begründung für das Wesen und die Funktion der montanistischen Traditionspolitik der Monopole zu geben. Sieht man von seinen letztlich geistlosen Wortspielen ab, so ist für uns vor allem der von ihm skizzierte Bereich des "Außermenschlichen" von Interesse. Zu ihm rechnet der Autor als historische und gesellschaftlich-aktuelle Erscheinung die Tradition, als die äußere Hülle und Form der historischen Entwicklung. Wo zeigt sich die praktische Konsequenz der Auffassungen Hinders deutlicher als in der Politik des Monopolkapitals in der Montanindustrie?

23 Unsere Hibernia, H. 13/1963, S. 63.

24 Ebenda, H. 21/1958, S. 14.

25 Hinder, Rolf, Gemeinschaft und Politik, in: Gemeinschaft und Politik, H. 1/1953, S. 3.

Selbstverständlich forderten die Monopole bald nach 1945 die Wiederbelebung alter Bergmannsfeiern und -bräuche. Allerdings war es leichter, die Form zu rekonstruieren als diesen Veranstaltungen einen dem Interesse der Arbeiterklasse entsprechenden Gehalt zu verleihen. Deutlich wird das am Bemühen der Bochumer Kulturvereinigung um die Gestaltung des sogenannten Barbaratages. Schriftsteller wurden beauftragt, für diesen Zweck "Brauchtumsspiele" (Theaterstücke, Laienspiele) zu schreiben. Doch bald stellte sich heraus, daß sich die Anstrengungen bei weitem nicht im gewünschten Umfange in Erfolgen niederschlugen. "Der diesjährige Barbaratag hat erneut bestätigt", vermerkt 'Der Anschnitt' im Jahre 1955, "daß das Brauchtum um die Schutzpatronin der Bergleute erhebliche Verbreitung gefunden hat. So sehr diese Tatsache im Sinne einer Befestigung bergmännischen Ständebewußtseins zu begrüßen ist, so deuten doch gewisse Anzeichen daraufhin, daß dieser schöne alte Brauch zu verflachen droht, weil den Feiern oft der rechte Inhalt fehlt."²⁶

Die Bergarbeiter waren an sich nicht abgeneigt zu feiern. Aber sie lehnten den vom Monopolkapital gewünschten Inhalt ab. Das Monopolkapital gibt jedoch nicht so schnell klein bei. Wenn allgemeines "klassenversöhnendes" Geschwätz nicht zieht, dann werden Revanchismus und Chauvinismus strapaziert. Und so erscheint die bergmännische bzw. -ständische Tradition wiederum als Form des Antikommunismus, dieses Mal von aggressiv revanchistischer Bonner Prägung. In einem Aufsatz schrieb Heinrich Winkelmann: "Es sind in dieser Richtung besonders von Seiten unserer ostdeutschen schlesischen Neubürger erfreuliche Anfänge gemacht worden. Wenn aber dieses Brauchtum wieder in allen Kreisen gepflegt wird, dann ist darauf zu achten, daß man es nicht nur als willkommenen Anlaß zum Amusement nimmt ..."

Das Brauchtum, das sich um Barbara als die hervorragendste der Bergmannsheiligen gebildet hat, scheint mir im ganz besonderen Maße eine Möglichkeit zu sein, schlesisches Volkstum dadurch zu bewahren, daß es in der Gegenwart lebendig bleibt, indem es selbst belebend wirkt."²⁷

Damit er nicht mißverstanden würde, betonte Winkelmann in dem gleichen Aufsatz: "Gerade nach den Schicksalsjahren des zweiten Weltkrieges erinnern wir uns mit besonderer Ergriffenheit der 600 Goldberger Knappen, die mit dem Liegnitzer Herzog 1241 gegen die Mongolen zogen und bei Wahlstatt aufgerieben wurden. Und wir erinnern uns mit einer geheimen Hoffnung im Herzen, wie das verwüstete Land dann dennoch wieder neu besiedelt wurde, wie auch der Erzbergbau auflebte und sich ausbreitete."²⁸

Bewußt bedient sich Winkelmann der gezielten Geschichtsfälschung. Er "vergaß", daß 1241 der Herzog von Liegnitz polnischer Untertan war und die Knappen ebenso. Der wissende Leser sieht darin den Beweis für die eigenständige polnische Entwicklung im 13. Jahrhundert, der Revanchist Winkelmann verschweigt und leugnet dieselbe.

Solange aber Winkelmanns Wunsch nach Liquidierung der Oder-Neiße-Grenze nicht in Erfüllung gehen kann, preist er seinen Traditionsrevanchismus für die Unterdrückung der Arbeiterklasse in Westdeutschland an: "Der Krieg mit seinen unseligen Folgen könnte, wie es fast scheinen will, auch etwas Positives im Gefolge haben: Die oft beobachtete Tatsache, daß die aus Beruf und Heimat Vertriebenen sich in der Fremde immer fester zusammenscharen und ihr Volkstum mit zähem Willen pflegen, kann sich in unseren Bergbaugebieten günstig auswirken, indem altes Brauchtum aus einem traditionsreichen Gebiet in einen Bezirk übertragen

26 Das St. Barbaraspiel der Bergleute, in: Der Anschnitt, H. 6/1955, S. 22.

27 Winkelmann, Heinrich, Zur Volkskunde schlesischer Bergleute, in: Der Anschnitt, H. 4/1953, S. 9.

28 Ebenda, S. 6.

wird, der zwar jung und ohne sonderliche Tradition ist, aber dafür umso empfänglicher und aufnahmebereiter sein kann."²⁹

An den alten Knappentraditionen hing manche historische Erscheinung, auch manches im zähen Kampf zwischen Knappen und herrschender Klasse von den Bergleuten errungene Zustandnis.

"Der Bergmann empfing manche Vorrechte. Das steigerte sein Selbstbewußtsein und entwickelte seinen Ständesstolz. Vor allem ist es neben dem bevorzugten Gerichtsstand in einigen Landschaften das Recht des Waffentragens, das ihn heraushebt. Doch haben in Tirol alle Bergordnungen die Führung von Waffen verboten, Aufstände legten es nahe."³⁰

Aus dieser Wertung der historischen Vergangenheit durch den westdeutschen klerikalen Historiker und Volkskundler Georg Schreiber geht eindeutig die Zielrichtung der monopolistischen Kritik an der Knappentradition hervor.

Die gleiche prinzipielle Position bezieht der Marburger Volkskundler Gerhard Heilfurth. Er sieht in der alten Knappschaft "das Bild eines differenzierten Sozialkörpers mannschaftlicher Prägung, der im einzelnen von Montangebiet zu Montangebiet im historischen Ablauf bei aller Verwandtschaft zahlreiche Varianten zeigt und sich im allgemeinen bewußt gegen die Umwelt mit ihrem anderen Lebens- und Arbeitsstil abgrenzt."³¹ Doch auch seine Analyse geht weiter: "Lohnkämpfe und Streiks treten in dieser Entwicklung ebenso auf wie der positive Weg solidarischer Selbsthilfe durch den Ausbau der bergmännischen Zusammenschlüsse, der Knappschaften, zu sozialen Fürsorgeeinrichtungen, in denen die Form gewerkschaftlicher Organisation der industriellen Arbeiterschaft und Teile der Sozialversicherung unserer Zeit vorweggenommen sind."³²

Heilfurth offenbart mit dieser Position einmal mehr das Ziel der monopolistischen Traditionspolitik: Pflege der dem Monopolkapital genehmen Traditionen! Ablenkung der Arbeiterklasse vom Klassenkampf! Zersplitterung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse! Umgestaltung der Gewerkschaften zu willenslosen Anhängseln des Staates der Monopole, wie es im 16., 17. und 18. Jahrhundert die Knappschaften für den feudalabsolutistischen Staat waren. Natürlich räumen Heilfurth und seinesgleichen allein dem Monopolkapital das Recht der Entscheidung ein, welche montanistischen Traditionen auf welche Weise gepflegt werden sollen. Sie standen faktisch Pate, als das Ruhrmonopolkapital die Forderung erhob, den 18. Mai zum Feiertag im Bergbau zu erheben. Akkurat an diesem Tage hatte Friedrich II. den Kohlengräbern an der Ruhr jenes Generalprivilegium und damit Rechte verliehen, wie sie im Erzbergbau der deutschen Länder schon Jahrhunderte bekannt bzw. Fakt waren.³³

Als bester Verbündeter der Monopole erweist sich heute bei dem Traditionsgeschäft die Kirche. Sie betreibt es in verschiedenen deutschen Revieren seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit großem Eifer. In den Jahren um 1900 verstärkte sie ihre Anstrengungen. Dennoch blieben und bleiben die Ergebnisse bescheiden.

29 Winkelmann, Heinrich, Kunst und Kultur im Bergbau, Wien 1953, S. 28.

30 Schreiber, Georg, Der Bergbau in Geschichte, Ethos und Sakralkultur, Köln/Opladen 1962, S. 249.

31 Heilfurth, Gerhard, Das Bergmannslied, Kassel/Basel 1954, S. 4.

32 Ebenda.

33 Winkelmann, Heinrich, Vom Kohlengräber zum Bergmann, in: Der Anschnitt, H.5/1955, S. 3 - 7.

Wer die Welt des Ruhrreviers nicht nur von äußeren wirtschaftlichen Erscheinungen aus beurteilt, sondern von innen her erlebt, der macht eine eigenartige Beobachtung: Gerade in den Gegenden, in welchen in den letzten Jahren Zechen stillgelegt wurden, lebt das bergmännische Standesbewußtsein in den Knappenvereinen neu auf. Sie haben im letzten Vierteljahrhundert zwar ein geruhsames und oft auch unbeachtetes Dasein geführt, aber in den letzten Jahren wurden sie selbst öffentlichkeitsbewußter. Gewiß haben viele Nachwuchssorgen; aber das ist eine allgemeine Erscheinung, die sich nicht auf Knappenvereine beschränkt ... Gegründet wurden diese Vereine meistens durch evangelische Geistliche um die Jahrhundertwende, als die Kirchen im Aufbruch waren, die Arbeiterfrage zu lösen oder doch sich dieser anzunehmen."³⁴

Die Kirche konnte als Traditionspolitiker "die Arbeiterfrage" nicht lösen, ebensowenig wie die Monopole selbst. Lösen kann diese "Frage" nur die Arbeiterklasse selbst!

Die Traditionspolitik der Monopole und der Kirche hat bis heute im Bergbau nicht den von beiden erwarteten Erfolg errungen. Im Gegenteil, der Politik der ideologischen Korruption mit Hilfe der alten Ständestradition standen die Entwicklung der Produktivkräfte und die kapitalistische Ökonomik entgegen. Der Bergbau wurde unter Tage völlig mechanisiert. Damit schwand das jahrhundertalte traditionelle Element aus dem Arbeitsprozeß. Es zeigten sich weiter, durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Ökonomik verursacht, Krisenerscheinungen, die viele Bergarbeiter aus dem Arbeitsprozeß freisetzten. Diese verloren nicht nur die ideologische, sondern jede Bindung zur Montanindustrie. Für die im Produktionsprozeß weiterhin beschäftigten Bergleute stieg die soziale Unsicherheit, und damit fiel eine weitere Voraussetzung für den vom Monopolkapital angestrebten "Berufsarbeiterstolz". So ist es nicht verwunderlich, daß, genau betrachtet, der Schwerpunkt der vom Monopolkapital erreichten "Erfolge" weniger im montanindustriellen Bereich als in einer gezielten "Öffentlichkeitsarbeit" liegt. Dort wird weiter die alte Form strapaziert. Mit ihrer Hilfe werden unzähligen "Modellen" der Klassenharmonie neue hinzugefügt, die ebenso wie ihre Vorgänger unreal bleiben. Sie gehören zum Waffenarsenal im antikommunistischen Feldzug gegen die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, und die Konzerne versprechen sich damit mehr und mehr Wirkung auch außerhalb des Bergbaus. Denn nach wie vor strahlt vom bergbaulichen Arbeitsprozeß eine starke Kraft aus, die das deutsche Monopolkapital, solange es noch existiert, stets traditionell verbrämt gegen die deutsche Nation und besonders ihre Arbeiterklasse auszunutzen suchen wird. Auch international soll damit die Arbeiterklasse gelähmt werden. Die Gründung der "Union Europäischer Berg-, Hütten- und Knappenvereine"³⁵ zeigt zwar, wie weit die Traditionspolitik sich in den Industriezentren selbst überlebt hat, aber sie verdeutlicht Bemühungen des internationalen Monopolkapitals, die alte Tradition weiterhin im antikommunistischen Kampf gegen den historischen Fortschritt anzuwenden.

34 Alberts, Karl, Knappenvereine streben nach engerem Zusammenschluß, in: Der Anschnitt, H. 6/1963, S. 32 f.

35 Union Europäischer Berg-, Hütten- und Knappenvereine, in: "Luisenthal gegründet", in: Der Anschnitt, H. 3/1965, S. 36.

Bibliographie

Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski

1964 bis 1968

von Erika Behm

Vorwort

- I. Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus
- II. Einzelveröffentlichungen
- III. Wissenschaftliche Aufsätze, Beiträge und gedruckte Vorträge
 - a) in Einzelveröffentlichungen
 - b) in Periodica
- IV. Rezensionen
- V. Wissenschaftliche Vorträge (nicht gedruckt)
- VI. Populärwissenschaftliche und politische Beiträge (nur gedruckte)
 - a) in Einzelveröffentlichungen
 - b) in Periodica
- VII. Nachtrag
- VIII. Verzeichnis der Periodica

Vorwort

Anläßlich der Festschrift zum 65. Geburtstag von Akademiemitglied Jürgen Kuczynski wird die Zusammenstellung seiner Arbeiten, deren erster Teil in der Festschrift zu seinem 60. Geburtstag erschienen ist⁺, fortgesetzt. Die hier vorliegende Bibliographie schließt historisch an den 1964 erschienenen ersten Teil an und erfaßt den Zeitraum von 1964 bis 1968. Sie ist jedoch wesentlich breiter angelegt. Wir haben versucht, auch die ungedruckten wissenschaftlichen Vorträge, Publikationen in Zeitungen sowie alle populärwissenschaftlichen und politischen Beiträge aufzunehmen und glauben, daß durch eine breitere Erfassung der publizistischen Tätigkeit von Akademiemitglied Jürgen Kuczynski nicht nur ein umfassenderes Bild seines gesamten Schaffens vermittelt wird, sondern den Forschern damit auch viele einzelne Studien erschlossen werden. Es ist jedoch durchaus möglich, daß auch die Bibliographie für den Zeitraum von 1964 bis 1968 Lücken aufweist. So haben zum Beispiel Erfahrungen bei der Zusammenstellung gezeigt, daß mitunter Übersetzungen von Publikationen erfolgt waren, deren Veröffentlichung uns erst wesentlich später bekannt geworden ist.

+ Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, S. 505 - 550.

Wie in dem Vorwort zum ersten Teil der Bibliographie 1964 gesagt wurde, konnte damals die Zusammenstellung für den zurückliegenden Zeitraum von vierzig Jahren nicht in dieser Breite durchgeführt werden. Die bibliographischen Arbeiten werden aber auch rückwirkend fortgesetzt, und wir hoffen, zu einem späteren Zeitpunkt die Erfassung der Publikationen für den Zeitraum bis 1964 ergänzen zu können.

Als Redaktionsschluß für die vorliegende Bibliographie gilt der 31. Dezember 1968.

Unabhängig vom Veröffentlichungszeitraum (1964 bis 1968) wurde die vierzigbändige Ausgabe der "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" vollständig aufgenommen.

Die Namen der Autoren sind den Titeln nur dann vorangestellt, wenn es sich um mehrere Verfasser handelt.

Alle Titel sind durchgehend numeriert; im Abschnitt I gilt die Nummer des Bandes gleichzeitig als Titelnummerierung.

Es erwies sich als zweckmäßig, für die einzelnen Abschnitte eine unterschiedliche Ordnung der Titel vorzunehmen: Die Titel im Abschnitt I sind nach der Bandnummer, die Titel in den Abschnitten II, III a⁺ und VI a⁺ nach dem Erscheinungsjahr und innerhalb eines Erscheinungsjahres alphabetisch nach dem ersten Wort geordnet (ausgenommen Artikel, Konjunktionen und Präpositionen).

Die Veröffentlichungen in Periodica, Abschnitte III b, IV und VI b, sind alphabetisch nach dem Namen des Publikationsorgans und innerhalb des Publikationsorgans chronologisch geordnet (ausgenommen Artikel und Präpositionen).

Der Abschnitt V ist nur chronologisch geordnet. Vorträge sind auch dann als "ungedruckt" in diesen Abschnitt eingegliedert, wenn sie als Manuskript vervielfältigt sind.

Abschnitt VIII beinhaltet ein alphabetisch geordnetes Titelverzeichnis der Periodica und ihres Erscheinungsortes, aus dem auch die in der Bibliographie benutzten Abkürzungen für deutschsprachige Periodica ersichtlich sind.

Übersetzungen von Arbeiten erscheinen in den Abschnitten II und III a eingerückt unmittelbar hinter der ersten Veröffentlichung und sind alphabetisch nach Sprachen geordnet. In Periodica veröffentlichte Übersetzungen der Arbeiten von Akademiemitglied Jürgen Kuczynski, Abschnitte III b, IV und VI b, sind nach dem Namen des Publikationsorgans geordnet; kursiv gesetzte Angaben verweisen auf die Titelnnummer der Übersetzung bzw. des Originals.

Auf Arbeiten bzw. Auszüge aus Arbeiten, die in mehreren Publikationsorganen veröffentlicht worden sind, wird durch eine kursiv gesetzte Angabe verwiesen.

Alle nicht auf dem Titelblatt befindlichen, aber in der Publikation zu ermittelnden Angaben erscheinen in runden Klammern, alle in der Publikation nicht zu ermittelnden, aber auf andere Weise bekannt gewordenen Angaben, notwendigen Erklärungen sowie Titelübersetzungen und Abkürzungserklärungen dagegen in eckigen Klammern.

Weitere Erläuterungen sowie Verweise erscheinen kursiv nach dem Titel.

Margarete Kreipe half freundlicherweise bei der Zusammenstellung der ungedruckten wissenschaftlichen Vorträge.

+ Die alphabetische Ordnung in den Abschnitten III a und VI a wurde nach dem Titel des Kuczynski-Beitrages in der Einzelveröffentlichung vorgenommen.

Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus

Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. 40 Bände. - Berlin: Akademie-Verlag 1960 ff.

Teil I

Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart

Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849. - 1961. 428 S.

Bd. 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870. - 1962. 275 S.

Bd. 3: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900. - 1962. 488 S.

Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18. - 1967. 485 S.

Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. - 1966. 279 S.

Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945. - 1964. 382 S.

Bd. 7 a und 7 b:
Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945. - 1963. 735 S.

Bd. 8: Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter, hg. v. Ruth Hoppe, Jürgen Kuczynski, Heinrich Waldmann, eingeleitet von Jürgen Kuczynski. - 1960. 206 S.
(Dokumente und Studien A zu Band 1.)

Bd. 9: Bürgerliche und halbfeudale Literatur aus den Jahren 1840 bis 1847 zur Lage der Arbeiter. Eine Chrestomathie. - 1960. 305 S.
(Dokumente und Studien B zu Band 1.)

Bd. 10: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien. - 1960. 176 S.
(Dokumente und Studien C zu Band 1.)

Bd. 11: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1825 bis 1866. - 1961. 199 S.
(Dokumente und Studien zu Band 2.)

Bd. 12: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914. - 1961. 210 S.
(Dokumente und Studien A zu Band 3.)

Bd. 13: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien. - 1961. 215 S.
(Dokumente und Studien B zu Band 3.)

Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus. - 1962. 240 S.
(Dokumente und Studien zu Band 4.)

Bd. 15: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945. - Zweite, unveränd. Aufl. 1965. 200 S.
(Dokumente und Studien zu Band 5.)
Erste Aufl. ebenda 1963.

Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945. - Zweite, unveränd. Aufl. 1965. 287 S.
(Dokumente und Studien zu Band 6.)
Erste Aufl. ebenda 1963.

Bd. 17: Zur westdeutschen Historiographie - Schöne Literatur und Gesellschaft im 20. Jahrhundert und andere Studien. - 1966. 224 S.
(Dokumente und Studien zu Band 7.)

Bd. 18: Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. - Zweite, unveränd. Aufl. 1965. 390 S.
(Dokumente und Studien.)
Erste Aufl. ebenda 1963.

Bd. 19: Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. - 1969.⁺ 372 S.
(Dokumente und Studien.)

Bd. 20: Ruth Hoppe:
Dokumente zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. - 1969.⁺ 347 S.
(Dokumente und Studien.)

Bd. 21: Ruth Hoppe:
Register zu den Bänden 1 bis 20.⁺⁺

Teil II

Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich

Bd. 22: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1640 bis 1760. - 1964. 290 S.

Bd. 23: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832. - 1964. 234 S.

Bd. 24: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900. - 1965. 271 S.

Bd. 25: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart. - 1965. 296 S.

Bd. 26: Zur politökonomischen Ideologie in England und andere Studien. - 1965. 338 S.
(Dokumente und Studien.)

Bd. 27 a und 27 b:
Die Geschichte der Lage der Arbeiter im englischen Kolonialreich.
I a: Die englischen Kolonien.
I b: Die alten englischen Dominions. - 1965. 532 S.

Bd. 28: Chung-Ping Yen, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Jonas:
Die Lage der Arbeiter in der Baumwollindustrie Shanghais, insbesondere in den englischen Fabriken. - 1964. 255 S.

Bd. 29: Darstellung der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1775 bis 1897. - 1966. 312 S.

Bd. 30: Darstellung der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1898. - 1966. 384 S.

Bd. 31: Amerikanische Krisen und Monopolbildung in deutschen diplomatischen Berichten. - 1968. 154 S.
(Dokumente und Studien zu den Bänden 29 und 30.)

Bd. 32: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1789 bis 1848. - 1967. 262 S.

Bd. 33: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1848. - 1967. 349 S.

Bd. 34: Zur politökonomischen Ideologie in Frankreich und andere Studien. - 1968. 183 S.

Teil III

Zusammenfassung

Bd. 35: Ruth Hoppe:
Register zu den Bänden 22 bis 34.⁺⁺

Bd. 36: Die Theorie der Lage der Arbeiter. - 1968. 167 S.

Bd. 37: Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter. - 1967. 133 S.

Bd. 38: Ruth Hoppe:
Literaturverzeichnis.⁺⁺

+ Erscheint im I. Quart. 1969.

+ Erscheint bis 1970.

II. Einzelveröffentlichungen

1964

39.
Conversaciones con Jürgen Kuczynski [Interviews mit Jürgen Kuczynski], hg. v. d. Comisión Nacional de la Academia de Ciencias. - Havanna 1964. 18 S.

Sammlung der Interviews, die 1964 in "Hoy" erschienen sind, siehe 210, 211, 212, 213, 214.

40.
Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager. - [Berlin 1964]. 15 S.

Gutachten, vorgelegt im Auschwitzprozeß in Frankfurt (Main) am 19. März 1964, als Ms. gedr.

*Dasselbe siehe auch 81, 92 (jap.).
Auszüge siehe 61, 62 (engl.), 63 (franz.), 99, 106.*

1965

41.
Jürgen Kuczynski, Manfred Unger:
800 [Acht Hundert] Jahre Leipziger Messe. Festschrift des Leipziger Messeamtes zur Jubiläumsmesse 1965. - Leipzig: VEB E. A. Seemann Verlag 1965. 164 S.

42.
- Engl. Übers. u. d. T.: The 800 [Eight-hundred] years of Leipzig Fair. A Commemorative History issued by the Leipziger Messeamt on the occasion of the 800th Anniversary Fair 1965. - Leipzig: VEB E. A. Seemann Verlag 1965. 164 S.

43.
- Franz. Übers. u. d. T.: Les 800 [huit cents] ans de la Foire de Leipzig. Publié par le Messeamt de Leipzig pour la Foire Anniversaire de 1965. - Leipzig: VEB E. A. Seemann Verlag 1965. 165 S.

44.

- Russ. Übers. u. d. T.: 800 [Vosemsot] let Lejpcigskoj Jarmarke. Jubilejnoe izdanie Upravlenija Lejpcigskoj jarmarki 1965 g. - Leipzig: VEB E. A. Seemann Verlag 1965. 165 S.

45.

El Camino Cubano en la construcción del Socialismo [Der kubanische Weg beim Aufbau des Sozialismus], (hg. v. [Instituto] Nacional de la [Reforma] Agraria [Nacionales Institut für die Bodenreform]). - [Havanna 1965]. 45 S.

Auszüge siehe 77.

46.

- Engl. Übers. u. d. T.: The Cuban way of building socialism, (hg. v. [Instituto] Nacional de la [Reforma] Agraria). - [Havanna 1965]. 42 S.

1966

47.

Warum sind wir gegen den Kapitalismus? - Berlin: Dietz Verlag 1966. 48 S. = Deine Frage.

48.

Das Entstehen der Arbeiterklasse (dt. Ausg. hg. v. Hans-Geert Falkenberg, Kurt Fassmann. Internationale Ausg. hg. v. Verlag Weidenfeld & Nicolson, London, Colin Haycraft). - (München: Kindler Verlag GmbH 1967.) 255 S. = Kindlers Universitäts Bibliothek.

49.

- Engl. Übers. u. d. T.: The rise of the Working Class. - London: Weidenfeld and Nicolson (1967). 256 S.

50.

- Engl. Übers. u. d. T.: The rise of the Working Class. - New York/Toronto: McGraw-Hill Book Company (1967). 256 S.

51.

- Franz. Übers. u. d. T.: Les origines de la Classe ouvrière. - Paris: Hachette (1967). 254 S.

52.

- Holländ. Übers. u. d. T.: Het ontstaan van de arbeidersklasse. - O. O.: W. De Haan/ J. M. Meulenhoff (1967). 255 S.

53.

- Ital. Übers. u. d. T.: Nascita della classe operaia. - (Milano): Il Saggiatore (1967). 243 S.

54.

- Schwed. Übers. u. d. T.: Arbetarklassens uppkomst. - O. O.: Bokförlaget Aldus/Bonniers (1967). 253 S.

55.

- Span. Übers. u. d. T.: Evolución de la clase obrera. - (Madrid: Ediciones Guadarrama, S. A. 1967.) 254 S.

56.

Das große Geschäft. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus. - Berlin: Verlag Neues Leben 1967. 210 S.

57.

Grundzüge der vorkapitalistischen Produktionsweisen. (Vorlesung am 18. September 1967 v. einem Lehrgang d. Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, hg. v. d. Par-

teihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED.) - (Berlin) o. J. 63 S. = Vorlesungen und Schriften.

III. Wissenschaftliche Aufsätze, Beiträge und gedruckte Vorträge

a) in Einzelveröffentlichungen

1964

58.

Einige Überlegungen zu einigen modernen Tendenzen der Entwicklung des Nationalprodukts, in: On Political Economy and Econometrics. Essays in honour of Oskar Lange. - Warschau: PWN-Polish Scientific Publishers (1964). S. 319 - 326.

Mit dt. u. engl. Zusammenfassung.

59.

On the Interaction between Technology, Economics and Armament, in: Proceedings of the Thirteenth Pugwash Conference on Science and World Affairs "Disarmament and Peaceful Collaboration among Nations". Karlovy Vary, Czechoslovakia, September 13 - 19, 1964, (Pugwash Continuing Committee). - (London: Taylor & Francis Ltd.) [o. J.] S. 168 - 171.

Vortrag am 14. September 1964.
Auch als Ms. vervielf. engl. u. russ.

60.

Ein neuer Weg für die schwach entwickelten Länder? in: Problems of Economic Dynamics and Planning. Essays in honour of Michał Kalecki. - Warschau: PWN-Polish Scientific Publishers (1964). S. 221 - 232.

Mit dt. u. engl. Zusammenfassung.

61.

Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager. Auszüge aus dem Gutachten von Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, vorgelegt im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt a. M. am 19. März 1964, in: IG-Farben - Auschwitz - Massenmord. Über die Blutschuld der IG-Farben. Dokumentation zum Auschwitz-Prozeß, hg. v. d. Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik. - (Zweite, erw. Aufl. Berlin 1964.) S. 127 - 133.

Den vollständigen Text des Gutachtens siehe 40, 81, 92 (jap.).
Auszüge siehe auch 82 (engl.), 83 (franz.), 99, 106.

62.

- Engl. Übers. u. d. T.: The Interweaving of Economic Interests and Interests of the Security Police in the Erection and Management of the Auschwitz Concentration Camp and its Auxiliary Camp. Extracts from the expert testimony of Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, in: IG-Farben Auschwitz Mass Murder. On the guilt of IG-Farben from the documents on the Auschwitz trial, hg. v. d. Working Group of Former Prisoners of the Auschwitz Concentration Camp of the Committee of Anti-Fascist Resistance Fighters in the German Democratic Republic. - O. O. [1964]. S. 58 - 63.

Den vollständigen Text des Gutachtens siehe 40 (dt.), 81 (dt.), 92 (jap.).
Auszüge siehe auch 81 (dt.), 83 (franz.), 99 (dt.), 106 (dt.).

63.

- Franz. Übers. u. d. T.: L'enchevêtrement des considérations policières et des intérêts économiques qui présidèrent à l'installation du camp de concentration d'Auschwitz et de ses annexes et à leur fonctionnement. Extraits de l'expertise présentée au procès d'Auschwitz, à Francfort-sur-le-Main, le 19 mars 1964, par le professeur Jürgen Kuczynski, in: L'IG-Farben et les massacres d'Auschwitz. Sur la responsabilité de l'IG-Farben pour le sang versé. Extraits de la documentation pour le procès d'Auschwitz, hg. v. d. groupe de travail des anciens internés du camp de concentration d'Auschwitz auprès du Comité des Résistants antifascistes de la République Démocratique Allemande. - O. O. [1964]. S. 58 - 63.

Den vollständigen Text des Gutachtens siehe 40 (dt.), 81 (dt.), 92 (jap.).
Auszüge siehe auch 81 (dt.), 82 (engl.), 99 (dt.), 106 (dt.).

1965

64.

Condition of workers (1880 - 1950), in: Economic History of India: 1857 - 1956, hg. v. V. B. Singh. - Bombay/New Delhi/Calcutta/Madras/London/New York: Allied Publishers Private Limited (1965). S. 609 - 637.

65.

Industrieller Kapitalismus und Arbeiterklasse, in: Deuxième Conférence Internationale d'Histoire Économique, Aix-en-Provence 1962. Bd. 2: Moyen âge et temps modernes. - (Paris: Mouton & Co 1965.) S. 25 - 29 = Congrès et Colloques. Bd. 8.

66.

Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Gesamttrahen der Theorie des Kapitalismus, in: Monopole - Profite - Aggression - Notstand. (Materialien der Konferenz "Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland", 17. und 18. März 1965 in Berlin). - Berlin: Dietz Verlag 1965. S. 184 - 192.

Diskussionsbeitrag am 17. März 1965.

1966

67.

Food Resources and Population Growth, in: Proceedings of the Fifteenth Pugwash Conference on Science and World Affairs "Science in Aid of Developing Countries". Addis Ababa, Ethiopia, December 29, 1965 - January 3, 1966, (Pugwash Continuing Committee). - (London: Taylor & Francis Ltd.) [o. J.] S. 205 - 207.

Auch als Ms. vervielf., 3 S.

1967

68.

Jürgen Kuczynski, Lotte Zumpe: Kinderarbeit, in: Das Kind (hg. v. Irene Uhlmann, Medizinalrat Dr. Günther Liebing). - Leipzig: VEB Bibliographisches Institut 1967. S. 937 - 966 = Kleine Enzyklopädie: Das Kind.

Zweite, unveränd. Aufl. ebenda 1968.

69.

Jürgen Kuczynski, Berthold Puchert: Die Macht einer Tradition. Zur Geschichte von Reclams Universal-Bibliothek 1867 bis 1945, in: 100 [Hundert] Jahre. Reclams Universal-Bibliothek 1867 - 1967. Beiträge zur Verlagsgeschichte (hg. v. Hans Marquardt). - Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. (1967). S. 35 - 79 = Reclams Universal-Bibliothek. Bd. 384.

1968

70.

"Der alte Marx hat doch recht!" Erinnerungen 1935 - 1939, in: Walter Ulbricht. Schriftsteller, Künstler, Architekten, Wissenschaftler und Pädagogen zu seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag (hg. v. Alexander Abusch, Max Burghardt, Werner Hartke, Werner Heynisch, Konrad Wolf). - Berlin/Weimar: Aufbau-Verlag 1968. S. 186 - 212.

Vonabdruck siehe 127.

71.

Sombart, Werner, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, hg. v. David L. Sills, Bd. 15. - [New York]: The Macmillan Company & the Free Press (1968). S. 57-59 = Library of Congress Catalog Number 68-10023.

72.

Stirner, Max, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, hg. v. David L. Sills, Bd. 15. - [New York]: The Macmillan Company & the Free Press (1968). S. 271 - 273 = Library of Congress Catalog Number 68 - 10023.

b) in Periodica .

73.

Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung. Dokumente aus der Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, in: BzG, 9. Jg. 1967: Sonderheft zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, S. 149 - 175.

74.

Kinder, Menschenvermehrung und Nahrungsmittelproduktion, in: Biologie in der Schule, H. 5, 17. Jg. 1968, S. 204 - 208.

75.

Pauperization Theory - 100 [hundred] years after, in: Bulletin [of] Society for the Study of Labour History, Nr. 15 1967, S. 9 - 11.

Vortrag am 20. Mai 1967 auf der Jahreskonferenz der Society for the Study of Labour History, London.

76.

Gunther Kohlmeier, Jürgen Kuczynski: Pareto. Blick auf einige Probleme aus einem sozialistischen Lande, in: Cahiers Vilfredo Pareto, H. 5, 3. Jg. 1965, S. 121 - 132.

77.

Sobre el Camino Cubano en la construcción del Socialismo [Über den kubanischen Weg beim Aufbau des Sozialismus], in: Casa de las Américas, H. 31, 5. Jg. 1965, S. 110 - 117.

Auszüge aus 45.

78.

Investigando los archivos de los monopolios norteamericanos en Cuba [Untersuchung der Archive der nordamerikanischen Monopole in Kuba], in: Cuba Socialista, H. 53, 6. Jg. 1966, S. 92 - 99.

79.

La producción mundial de alimentos y el crecimiento de la población [Die Weltnahrungsmittelproduktion und das Wachstum der Bevölkerung], in: Cuba Socialista, H. 58, 6. Jg. 1966, S. 105 - 113.

80.

A világ népessége és élelmiszer-termelés [Die Weltbevölkerung und die Nahrungsmittelproduktion], in: Demográfia, H. 3/4, 11. Jg. 1968, S. 505 - 510.

Vortrag am 9. Februar 1968 im Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest.

81.

Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager. Gutachten von Jürgen Kuczynski zum Auschwitz-Prozeß (vom 19. März 1964), in: DdZ. Informations-Archiv, H. 308, 16. Jg. 1964, S. 36 - 42.

Dasselbe siehe auch 40, 92 (jap.).
Auszüge siehe 81, 82 (engl.), 83 (franz.), 99, 106.

82.

Karl Marx und kein Ende - Der 7. November 1917, in: facit, H. 10/11: 50 Jahre Roter Oktober, 1967, S. 4.

83.

Künftige Generationen werden Euch beneiden. Auszüge aus der Festrede zum 20. Jahrestag der Befreiung, in: Humboldt-Universität, Nr. 18, v. 12. 5. 1965, S. 3.

Aus der Festrede am 6. Mai 1965 auf dem Akademischen Festakt der Humboldt-Universität zu Berlin.
Den vollständigen Text siehe 131.

84.

Wirtschaftswissenschaften in unserer Zeit. Aus dem Festvortrag zum 20. Jahrestag der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, in: Humboldt-Universität, Nr. 37, v. 5. 12. 1966, S. 7.

Festvortrag am 17. November 1966 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

85.
Ruth Hoppe, Jürgen Kuczynski:
Eine Berufs- bzw. auch Klassen- und Schichtenanalyse der Märzgefallenen 1848 in Berlin, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1964, T. 4, S. 200 - 276.
86.
Francis Bacon. Philosoph und realistischer Utopist der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1966, T. 2, S. 63 - 95.
87.
Zur Soziologie der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1966, T. 2, S. 190 - 215.
88.
Dieter Baudis, Gloria García, Jürgen Kuczynski, J. A. Piñera:
Aus den Geheimarchiven amerikanischer Monopole in Kuba: Die Planung bei Standard Oil (1957 bis 1960), in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1966, T. 3, S. 11 - 32.
Siehe auch 101.
89.
Bemerkungen zum Artikel von S. I. Tjul'panov, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1967, T. 2, S. 43 - 50.
90.
Aus der Frühgeschichte der deutschen Monopole, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1967, T. 3, S. 366 - 369.
91.
Über das Schreiben von 40 Bänden "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1968, T. 4, S. 357 - 395.
92.
Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager, in: Keizai Hyoron, H. 7, Jg. 1964, S. 128 - 147 [jap.].
*Dasselbe siehe auch 40 (dt.), 81 (dt.).
Auszüge siehe 61 (dt.), 82 (engl.), 63 (franz.), 99 (dt.), 108 (dt.).*
93.
Népesedési elméletek és a marxizmus, in: Korunk, 23. Jg. 1964, S. 1235 - 1238.
Übers. a. d. Engl., siehe 94.
94.
Population Theories and Marxism, in: Labour Monthly, 46. Jg. 1964, S. 232 - 236.
Ungar. Übers. siehe 93.
95.
Modern Agriculture under Capitalism, in: Labour Monthly, 47. Jg. 1965, S. 38 - 43.
96.
Modern Agriculture under Socialism, in: Labour Monthly, 47. Jg. 1965, S. 74 - 77.
97.
R. L. P. & Jürgen Kuczynski:
Population Theories (some correspondence on this controversial theme), in: Labour Monthly, 48. Jg. 1966, S. 528 - 529.
98.
Der Parasitismus in der spätkapitalistischen "Dienstleistungsgesellschaft", in: Marx. Bl. f. Probl. d. Gesellsch., Wirtsch. u. Politik, H. 5: Autoritäre Herrschaftsstrukturen. Demokratische Alternativen. Wahlalternative 1969, 6. Jg. 1968, S. 39 - 42.
99.
Die IG-Farben und das KZ Auschwitz. Gutachten von Prof. Dr. Jürgen Kuczynski über die Verflechtung der IG-Farben und des KZ Auschwitz, vorgelegt im Auschwitzprozeß in Frankfurt (Main) (Auszüge aus dem Gutachten), in: ND, Nr. 80, v. 20. 3. 1964, Ausg. B, S. 4.
*Den vollständigen Text des Gutachtens siehe 40, 81, 92 (jap.).
Auszüge siehe auch 81, 82 (engl.), 63 (franz.), 108.*
100.
Messen statt meinen. Gegen Illusionen über die internationale Arbeitsteilung in der kapitalistischen Wirtschaft, in: ND, Nr. 20, v. 20. 1. 1965, Ausg. B, S. 4.
101.
Rockefellers Planirrtümer. Aus den Geheimarchiven der amerikanischen Monopole, in: ND, Nr. 341, v. 12. 12. 1965, Ausg. B, S. 4.
Siehe auch 88.
102.
Bonn und die imperialistische Währungskrise, in: ND, Nr. 324, v. 22. 11. 1968, Ausg. B, S. 6.

103.

Bilanz der Währungskrise, in: ND, Nr. 338, v. 6. 12. 1968, Ausg. B, S. 6.

104.

El consumo es el árbitro supremo del uso social en la producción [Der Verbrauch ist der höchste Maßstab der Produktion], in: nuestra industria, H. 3, 6. Jg. 1966, S. 64 - 71.

Vortrag im November 1965 im Ministerium für Industrie, Havanna.

105.

Die zunehmende Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, in: Probl. d. Fried. u. d. Sozialism., 11. Jg. 1968, S. 1304 - 1312.

106.

Die IG-Farben und das KZ Auschwitz. Gutachten von Prof. Dr. Jürgen Kuczynski über die Verflechtung der IG-Farben und des KZ Auschwitz - vorgelegt im Auschwitzprozeß Frankfurt (Main) (Auszüge aus dem Gutachten), in: Rotfabrikarbeiter (Sonderausgabe), [1964] 7 S.

Den vollständigen Text des Gutachtens siehe 40, 81, 82 (jap.).

Auszüge siehe auch 61, 62 (engl.), 63 (franz.), 89.

107.

Communication, in: Science & Society, 32. Jg. 1968, S. 233.

108.

Ein Index der Weltsachgüterproduktion, 1850 bis 1965, in: Statistische Hefte, 7. Jg. 1966, S. 222 - 237.

Mit dt., engl., franz. u. russ. Zusammenfassung.

109.

Weltbevölkerung und Weltnahrungsmittelproduktion, in: Statistische Hefte, 9. Jg. 1968, S. 51 - 57.

Mit dt., engl., franz. u. russ. Zusammenfassung.

110.

Das Engelsche Gesetz unter den Bedingungen des Sozialismus, in: Statistische Praxis, 21. Jg. 1966, S. 281 - 282.

Ungar. Übers. siehe 111.

111.

Az Engel-törvény a szocializmusban, in: Statisztikai Szemle, H. 4, 45. Jg. 1967, S. 373.

Übers. aus d. Dt., siehe 110.

112.

Mégis második ipari forradalom? (Doch eine zweite industrielle Revolution?) in: Történelmi Szemle, 7. Jg. 1964, S. 466 - 472.

113.

Diltheys Novalisbild und die Wirklichkeit. Einige Überlegungen - leider noch nicht mehr, in: Weimarer Beiträge, 12. Jg. 1966, S. 27 - 56.

114.

Weltbevölkerungsexplosion? in: Weltbühne, 22. Jg. 1967, S. 1294 - 1296.

115.

Nur noch Stehplätze? in: Weltbühne, 22. Jg. 1967, S. 1350 - 1353.

116.

Produktion von Nahrung und von Kindern, in: Weltbühne, 22. Jg. 1967, S. 1430 - 1432.

117.

Revolution gegen Bevölkerungsexplosion, in: Weltbühne, 22. Jg. 1967, S. 1517 - 1519.

118.

Karl Kraus, in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 109 - 111.

119.

Krieg und Technik, in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 260 - 262.

120.

Krieg und Ökonomie, in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 297 - 299.

121.

Marx und die Schöne Literatur, in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 396 - 398, 427 - 431, 459 - 461 u. 495 - 497.

Vortrag am 4. März 1968, anlässlich des Marx-Jubiläums im PEN-Zentrum der DDR, Berlin.

Für die Weltbühne überarbeitet u. erweitert, 3 Forts.

Auszüge aus diesem Vortrag am 5. Mai 1968 in Radio DDR.

Engl. und bengalische Übers. der 1. Forts., S. 427 - 431, siehe 280.

122.
Technik, Ökonomie und Politik in den USA,
in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1034 - 1035.

123.
Biologische Revolution in der Landwirtschaft,
in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1287 - 1289.

124.
Über das Glück der großen Entdeckung, in:
Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1391 - 1394.

125.
Grünes Licht für rote Wissenschaft. Von der
Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften,
in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1413-1416.

126.
Siegbert Kahn, Jürgen Kuczynski:
Weltwirtschaftliche Randbemerkungen, in:
Wirtschaft, Ausg. A, 22. Jg. 1967, Nr. 18,
S. 23; Nr. 21, S. 31; Nr. 25, S. 31; Nr. 29,
S. 27; Nr. 34, S. 23; Nr. 39, S. 23; Nr. 42,
S. 31; Nr. 47, S. 27; Nr. 51/52, S. 37;
23. Jg. 1968, Nr. 5, S. 21; Nr. 9, S. 62;
Nr. 13, S. 23; Nr. 17, S. 27; Nr. 22, S. 31;
Nr. 26, S. 27; Nr. 30, S. 22; Nr. 34, S. 23;
Nr. 37, S. 27; Nr. 42, S. 23; Nr. 47, S. 19;
Nr. 51/52, S. 37.

127.
"Der alte Marx hat doch recht!" Erinnerun-
gen an Walter Ulbricht 1935 - 1939, in:
Wirtschaft, Ausg. A, 23. Jg. 1968, Nr. 11,
S. 8 - 9 u. Nr. 12, S. 8 - 10.
Siehe auch 70.

128.
Zur Auswahl und Förderung wissenschaftli-
cher Begabungen (Diskussion über wissen-
schaftliche Begabungen. Manfred v. Ar-
denne u. Jürgen Kuczynski), in: Wiss. Welt
H. 1, 10. Jg. 1966, S. 37 - 39.

129.
Hemmnisse in der internationalen wissen-
schaftlichen Zusammenarbeit durch Rüstung
und Kriegsgefahr, in: Wiss. Welt, H. 4/5,
12. Jg. 1968, S. 31 - 35.
*Beitrag am 18. April 1968 auf der Konferenz
der Weltföderation der Wissenschaftler
"Über Bedingungen und Möglichkeiten der
wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Euro-
pa", 16. - 19. April 1968 in Wien.
Auch als Ms. vervielf. dt., engl., franz.
u. russ., 9 S.*

130.
Anatole France und die Große Französische Re-
volution. Les dieux ont soif - oder vom fal-
schen Haß gegen Terror und Kapital, in: Wiss.
Ztschr. Berlin, 14. Jg. 1965, S. 281 - 287..
*Mit dt., engl., franz. u. russ. Zusammen-
fassung.*

131.
Festrede zum 8. Mai 1965 (als Ms. gedr.), in:
Wiss. Ztschr. Berlin, 14. Jg. 1965, S. 415 -
420.
*Gehalten am 6. Mai 1965 auf dem Akademischen
Festakt der Humboldt-Universität zu Berlin.
Auszüge siehe 83.*

IV. Rezensionen

132.
R. Page Arnot, The Impact of the Russian
Revolution in Britain. - London 1967. In:
BzG, 10. Jg. 1968, S. 1130 - 1132.

133.
Zs. P. Pach, Die ungarische Agrarentwick-
lung im 16. - 17. Jahrhundert. Abbiegung vom
westeuropäischen Entwicklungsgang. - Buda-
pest 1964. In: DLZ, 86. Jg. 1965, S. 1011 -
1013.

134.
Einige Überlegungen über die Beziehungen
zwischen Wissenschaft und Produktion bei der
Lektüre von Robert E. Schofield, The Lunar
Society of Birmingham. A social history of
provincial science and industry in eigh-
teenth century England. - Oxford 1963. In:
Jb. Wirtschaftsgesch. 1965, T. 3, S. 220 -
228.

135.
Einige Überlegungen zur Struktur der Arbei-
terklasse in der Zeit der Industriellen Re-
volution anlässlich des Erscheinens von E. P.
Thompson, The making of the English work-
ing class. - London 1963. In: Jb. Wirtschafts-
gesch. 1965, T. 4, S. 281 - 286.

Einige Probleme der Industriellen Revolution - besprochen im Zusammenhang mit dem Erscheinen von Eric Hobsbawm: Europäische Revolutionen (The Age of Revolution). (Aus dem Englischen übertragen von Boris Goldenberg). - Zürich 1962 [und] Labouring men: studies in the history of labour. - London 1964. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1966, T. 1, S. 278 - 283.

137.

Einige Überlegungen über Leitungsprobleme bei der Lektüre von Sidney Pollard, The Genesis of Modern Management. A Study of the Industrial Revolution in Great Britain. - London 1965. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1966, T. 4, S. 267 - 270.

138.

Einige Überlegungen über Bürokratie und Personenkult anlässlich der Lektüre von Helen P. Liebel: Enlightened bureaucracy versus enlightened despotism in Baden, 1750 - 1792 = Transactions of the American Philosophical Society, N. S. 55,5. - Philadelphia 1965. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1967, T. 1, S. 343 - 347.

139.

Zur Dokumentation der Lage der Werktätigen am Ende der Industriellen Revolution in England, E. Royston Pike: Human Documents of the Industrial Revolution in Britain. London 1966 und Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. - Leipzig 1845. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1967, T. 1, S. 348 - 351.

Engl. Übers. siehe 146.

140.

"Lange Reihen" für Wirtschaftshistoriker, Besprechung des Buches von Walther G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Unter Mitarbeit v. Dr. Franz Grumbach u. Dr. Helmut Hesse. - Berlin/Heidelberg/New York 1965 = Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft. Abt. Staatswissenschaft. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1967, T. 3, S. 373 - 384.

141.

Das verschwundene Monopol - Kein staatsmonopolistischer Kapitalismus? Hans Mauersberg, Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts. Eine historische Modelluntersuchung zum Entwicklungsprozess deutscher Unternehmen von ihren Anfängen bis zum Stand von 1960. - Stuttgart 1966 [und] Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, Monopoly Capital. An essay on the American economic and social order. - New York und London 1966. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1968, T. 1, S. 369 - 376.

142.

Einschätzung eines "Radical". Überlegungen bei der Lektüre von James J. Sheehan, The career of Lujo Brentano. A study of liberalism and social reform in imperial Germany. - Chicago und London 1966. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1968, T. 2, S. 347 - 356.

143.

Literatursoziologische Studien. Einige Überlegungen bei der Lektüre von Arthur Leslie Morton, The Matter of Britain. Essays in a Living Culture. - London 1966. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1968, T. 2, S. 357 - 370.

144.

The Cambridge Economic History of Europe, Band 4 - auch zum Problem Herausgeberschaft und Gemeinschaftsarbeit in den Gesellschaftswissenschaften. The Cambridge Economic History of Europe, Bd. 4: The economy of expanding Europe in the sixteenth and seventeenth centuries, hg. v. E. E. Rich und C. H. Wilson. - London 1967. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1968, T. 3, S. 395 - 400.

145.

"Lange Reihen" aus Frankreich.

Marczewski, Jean, Le produit physique de l'économie française de 1789 à 1913 (comparaison avec la Grande-Bretagne).

Markovitch, Tihomir J., L'industrie française de 1789 à 1964. - Sources et méthodes, Cahiers de l'Institut de Science Économique Appliquée, série AF, Histoire quantitative de l'économie française, Nr. 4, Paris Juillet 1965, CLIV.

Markovitch, Tihomir J., L'industrie française de 1789 à 1964. - Analyse de faits, Cahiers de l'Institut de Science Économique Appliquée, série AF, Histoire quantitative de l'économie française, Nr. 5, Paris Mai 1966, IV.

Markovitch, Tihomir J., L'industrie française de 1789 à 1964. - Analyse des faits (suite), Cahiers de l'Institut de Science Économique Appliquée, série AF, Histoire quantitative de l'économie française, Nr. 6, Paris Juin 1966, IV.

Markovitch, Tihomir J., L'industrie française de 1789 à 1964. - Conclusions générales, Cahiers de l'Institut de Science Économique Appliquée, série AF, Histoire quantitative de l'économie française, Nr. 7, Paris Novembre 1966, XII. In: Jb. Wirtschaftsgesch. 1968, T. 3, S. 401 - 412.

146.

Engels and Pike on the Industrial Revolution, E. Royston Pike, Human Documents of the Industrial Revolution in Britain. - London 1966 und Friedrich Engels, The Condition of the Working Class in England, - Leipzig 1845. In: Labour Monthly, 50. Jg. 1968, S. 38 - 41.

Übers. a. d. Dt., siehe 139.

147.
Richard Nowak, Der Finanzmarkt New York. Eine ökonomische Analyse des objektivierten Geld- und Kapitalmarktes in den USA. - Köln und Opladen 1967. In: Wirtschaft, Ausg. A, 22. Jg. 1967, Nr. 39, S. 18.

V. Wissenschaftliche Vorträge
(nicht gedruckt)

1964

148.
Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte. Vortrag am 29. September 1964, anlässlich der Ehrenpromotion, Humboldt-Universität zu Berlin.

149.

Die deutsche Wirtschaft zwischen 1750 und 1850 mit einigen Bemerkungen zu ihrem Einfluß auf die Literatur. Vortrag am 10. Dezember 1964 im Zyklus "Das Jahrhundert Goethes", Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar.

1965

150.

Schöne Literatur und ökonomische Verhältnisse. Vortrag am 21. Juni 1965, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Münster.

151.

Neue Herrschaftsformen des Kapitals. Vortrag am 22. Juni 1965, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Köln.

152.

Probleme der internationalen Arbeitsteilung im Kapitalismus. Vortrag am 26. Juni 1965, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, München.

153.

Literatur und Gesellschaft. Vortrag am 28. Juni 1965, Universität Göttingen.

154.

Capital Formation and Economic Growth. Vortrag am 25. August 1965, "III. Internationaler Kongreß für Wirtschaftsgeschichte", 23.-27. August 1965, München.

Als Ms. vervielf.

155.

Ober Probleme der internationalen Vergleichbarkeit von Wirtschaftsstatistiken. Diskussionsbeitrag im September 1965, "35th Session of the International Statistical Institute", 14. - 22. September 1965 in Belgard.

Als Ms. vervielf.

156.

Der Bauernkrieg in Deutschland. Vortrag im November 1965, Institut für Geschichte der Kubanischen Akademie der Wissenschaften, Havanna.

157.

Das Studium der Politischen Ökonomie. Vortrag im November 1965, Ökonomische Fakultät der Universität Havanna.

158.

Probleme des Aufbaus des Sozialismus. 4 Vorträge im November und Dezember 1965 an den Universitäten Kubas und in den Ministerien für Außenhandel, Finanzen und Industrie, Havanna.

159.

Ober Betriebsgeschichtsschreibung und Funde in den Archiven der Monopole. Vortrag am 2. Dezember 1965, Institut für Geschichte der Kubanischen Akademie der Wissenschaften, Havanna.

1966

160.

Geschichte und technische Entwicklung. Vortrag am 4. Januar 1966, Universität Addis Abeba.

161.

Über die technische Revolution. Gastvortrag am 24. März 1966, Ingenieurökonomische Fakultät, Landwirtschaftliche Fakultät und Technische Fakultät der Universität Rostock

162.

Der Wissenschaftler in unserer Zeit. Karl-Marx-Vorlesung am 21. April 1966, Sitzung des Plenums der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

163.

World Population Growth, World Food Production and the Dissemination of the Agricultural Sciences. Vortrag am 25. April 1966, "Symposium on Collaboration between the Countries of Africa and Asia for the Promotion and Utilization of Science and Technology", 25. April - 2. Mai 1966 in New Delhi.

Als Ms. vervielf.

164.

Economic Consequences of the Technical Revolution. Vorlesung am 3. Mai 1966, Ökonomische Fakultät der Universität New Delhi.

165.

Economic Consequences of the Technical Revolution. Vorlesung am 4. Mai 1966, Ökonomische Fakultät der Universität Lucknow.

166.

Economic Consequences of the Technical Revolution. Vortrag am 6. Mai 1966, Indian Statistical Institute, Calcutta.

167.

Economic Consequences of the Technical Revolution. Vortrag am 7. Mai 1966, Institut of Management, Calcutta.

168.

Economic Consequences of the Technical Revolution. Vortrag am 8. Mai 1966, Ökonomische Fakultät der Universität Patna.

169.

Die Weltgüterproduktion seit 1850. 2 Vorträge am 24. Juni 1966, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Institut für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg.

170.

Leistungsprobleme in unserem Institut. Vortrag am 13. Dezember 1966, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

1967

171.

Probleme des Aufbaus des Sozialismus. 6 Vorträge im Januar, Februar und März 1967 an den Universitäten Kubas und in den Ministerien für Außenhandel, Finanzen und Industrie, Havanna.

172.

On International Division - Marx and 100 years after. Vortrag am 18. Mai 1967, All Souls College, Universität Oxford.

173.

Strukturwandlungen der Arbeiterklasse. Vortrag am 6. November 1967, Zweites internationales Kolloquium des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte "Zu Strukturproblemen der Arbeiterklasse", 6. und 7. November 1967 in Berlin.

Als Ms. vervielf., 25 Schreibmaschinenseiten.

1968

174.

Marx und Shakespeare. Vortrag am 9. Februar 1968, Institut für Literaturwissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest.

175.

Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Vortrag am 17. April 1968, Arbeitskreis Benedikt Kautsky, Wien.

176.

Karl Marx et l'analyse scientifique de la condition des travailleurs. Vortrag eingereicht: "Colloque sur le rôle de Karl Marx dans le développement de la pensée scientifique contemporaine", 8. - 10. Mai 1968 in Paris.

Als Ms. vervielf. franz. u. engl., 22 Schreibmaschinenseiten.

177.

Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution. Vortrag am 10. Mai 1968, Institut für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg.

178.
Ober Probleme der Einheitsfront 1930 - 1933.
Vortrag am 17. Juni 1968, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

179.
Streikende Bergarbeiter. Vortrag am 3. Juli 1968, "Berg- und Hüttenmännischer Tag" der Bergakademie Freiberg, Freiberg.
Erscheint vorauss. im April 1969 in Freiburger Forschungshefte, D. 63.

180.
Die sozial-ökonomischen Folgen der technisch-wissenschaftlichen Revolution. Vortrag am 20. November 1968, Deutscher Schriftstellerverband, Berlin.

181.
Ober die Situation in Westdeutschland. Vortrag am 11. Dezember 1968, Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin.

VI. Populärwissenschaftliche und politische Beiträge (nur gedruckte)

a) in Einzelveröffentlichungen

1964
182.
Shakespeare - epoca și societatea, in: Shakespeare și opera lui. - Bukarest: Editura pentru literatură universală 1964, S. 378 - 383.

Übers. aus d. Dt.: Shakespeare - Zeit und Gesellschaft, in: Shakespeare. Ein Lesebuch für unsere Zeit. Von Walther Victor. - Weimar: Thüringer Volksverlag 1963. S. 25-36 = Lesebücher für unsere Zeit.

183.
Shakespeare - Dramatiker des Bürgertums in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Shakespeare. Ein Lesebuch für unsere Zeit. Von Walther Victor. - Achte Aufl. Berlin/Weimar: Aufbau-Verlag 1964. S. 21 - 36 = Lesebücher für unsere Zeit.

1965
184.
[Friedrich Dürrenmatt - Humanist], in: Besuch der alten Dame. Tragische Komödie von Friedrich Dürrenmatt. - (Berlin): Volksbühne, (Premiere April 1965), [Theater-Programm] H. 11, S. 5 u. 14.
Auszüge aus 234.

185.
Schlußwort, in: Betriebsgeschichte 1964, Auszüge der 2. Arbeitstagung zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe vom 4. bis 5. Juni 1964 in Berlin. - Berlin: Verlag Tribüne [1965], S. 104 - 111.
Einleitende Worte siehe 217.

186.
Vorwort zu W. E. B. Bois: Mein Weg, meine Welt. - Berlin: Dietz Verlag 1965, S. 5-9.

1966
187.
[Diskussionsbeiträge zum Referat:] Die "unterentwickelten" hochindustrialisierten Gesellschaften, in: Bergedorfer Protokolle, (Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft). - Hamburg/Berlin: R. v. Decker's Verlag G. Schenck 1966, S. 56 - 58 u. 73 = Die "unterentwickelten" hochindustrialisierten Gesellschaften, Bd. 15, Gesprächskreis der 21. Tagung, Februar 1966.

188.
[Diskussionsbeiträge zum Referat:] Ist der Weltfriede unvermeidlich? in: Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft. - (Hamburg: Körber & Blanck) 1966, S. 16, 22, 31 u. 32 = Ist der Weltfriede unvermeidlich? Protokoll-Nr. 24, 24. Tagung am 21. November 1966 in Hamburg-Bergedorf.
Dasselbe siehe 189.

1967
189.
[Diskussionsbeiträge zum Referat:] Ist der Weltfriede unvermeidlich? in: Bergedorfer Protokolle, (Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft). - Hamburg/Berlin: R. v. Decker's Verlag G. Schenck 1967, S. 35, 51, 72 u. 74 = Ist der Weltfriede unvermeidlich? Bd. 18, Gesprächskreis der 24. Tagung, November 1966.
Dasselbe siehe 188.

190.

Einführungsvortrag Zyklus "Lebendiger Marxismus", in: Wissenschaftliche Weltanschauung. (Manuskriptabdruck Redaktion Wissenschaft/Deutschlandsender), Sendetermin: 1. August 1967. - O. O. o. J., 7 S.

Rundfunkvortrag.

b) in Periodica

191.

Weg zum friedlichen Miteinanderleben, in: BZ, Nr. 161, v. 14. 6. 1966, S. 6.

Kommentar zum Brief des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, an den westdeutschen Philosophen Karl Jaspers. Siehe auch 242.

192.

Die Fürstenabfindung. Prof. Kuczynski: "Eine Lektion über Macht und Recht", in: BZA, Nr. 49, v. 27. 2. 1968, S. 5.

Interview zur Verfassung.

193.

Auch Kochen gehört zur sozialistischen Kultur ... meint Prof. Kuczynski, in: BZA, Nr. 276, v. 22. 11. 1968, S. 6.

Leserbrief zum Problem Kochunterricht.

194.

La agricultura - nueva rama de la industria [Die Landwirtschaft - ein neuer Zweig der Industrie], in: Boletín Informativo, Nr. 7, 1. Jg. 1964, S. 2 - 4.

195.

Erziehung im Taxi, in: DDR Revue, H. 9, 9. Jg. 1964, S. 9.

Entnommen dem ND, Nr. 329, v. 30. 11. 1963, Ausg. B, Beilage Nr. 48, S. 1. Siehe auch 196 (engl.), 215 (engl.), 252 (span.).

196.

Instructive Taxi Rides, in: Democratic German Report, Nr. 2, 13. Jg. 1964, S. 14.

Entnommen dem ND, Nr. 329, v. 30. 11. 1963, Ausg. B, Beilage Nr. 48, S. 1, Erziehung

im Taxi.

Siehe auch: 195 (dt.), 215, 252 (span.).

197.

[Interview über die Abrüstung], in: für dich, Nr. 33, Jg. 1964, S. 23.

198.

Matematika és bázasság [Mathematik und Ehe], in: Egyetemi Lapok, H. 1, 10. Jg. 1968, S. 4. Übers. aus d. Dt., siehe 229.

199.

Gestatten Sie, drei Fragen, Genosse Professor, in: Freie Welt, H. 25, Jg. 1967, S. 2.

Interview zum 20. Jahrestag der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

200.

Conversaciones con Jürgen Kuczynski. Revolución y contrarrevolución en la agricultura [Interview mit Jürgen Kuczynski. Revolution und Konterrevolution in der Landwirtschaft], in: Granma, Nr. 34, v. 6. 11. 1965, S. 2.

201.

Conversaciones con Jürgen Kuczynski. No se deje deslumbrar por simples cifras de producción [Interview mit Jürgen Kuczynski. Man lasse sich nicht täuschen durch einfache Produktionsziffern], in: Granma, Nr. 39, v. 11. 11. 1965, S. 2.

202.

Grupo de investigaciones históricas y económicas, cubano-alemán (RDA). [Dieter Baudis, Jürgen Kuczynski:] Destino del pronóstico monopolista en Cuba [Schicksal der Monopolprognose in Kuba], in: Granma, Nr. 44, v. 16. 11. 1965, S. 1.

203.

Conversaciones con Jürgen Kuczynski. Satisfecho con el estímulo material? [Interview mit Jürgen Kuczynski. Zufrieden mit dem materiellen Anreiz?] in: Granma, Nr. 48, v. 20. 11. 1965, S. 2.

204.

Conversaciones con Jürgen Kuczynski. La división del Trabajo entre los países socialistas [Interview mit Jürgen Kuczynski. Die Teilung der Arbeit zwischen den sozialistischen Ländern], in: Granma, Nr. 59, v. 1. 12. 1965, S. 2.

205.
Conversaciones con Jürgen Kuczynski. El avance de la ciencia en Cuba [Interview mit Jürgen Kuczynski. Der Fortschritt der Wissenschaft in Kuba], in: Gramma, Nr. 64, v. 6. 12. 1965, S. 2.

206.
Die Weltbörsensituation. Tendenzen und Rückschlüsse, in: horizont, Nr. 1, Jg. 1968, S. 24.

207.
Eine Zuschrift. Kuczynski kennt die Börsen, in: horizont, Nr. 2, Jg. 1968, S. 24.

Unter dem Pseudonym Peter Förster.

208.
Westmark-Aufwertung? in: horizont, Nr. 4, Jg. 1968, S. 24.

209.
Die Weltbörsensituation. Die zwei Seelen der Börsianer, in: horizont, Nr. 6, Jg. 1968, S. 24.

210.
Una Conversacion con Jürgen Kuczynski. La Revolución Técnica en la agricultura [Interview mit Jürgen Kuczynski. Die Technische Revolution und die Landwirtschaft], in: Hoy, Nr. 77, v. 1. 4. 1964, S. 2.
Siehe auch in 39.

211.
Conversaciones con Jürgen Kuczynski. La relación entre industria y agricultura [Interview mit Jürgen Kuczynski. Das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft], in: Hoy, Nr. 82, v. 7. 4. 1964, S. 2.

Siehe auch in 39.

212.
Conversaciones con Jürgen Kuczynski. Cuba ejemplo para América Latina [Interview mit Jürgen Kuczynski. Kuba, Beispiel für Lateinamerika], in: Hoy, Nr. 88, v. 14. 4. 1964, S. 2.

Siehe auch in 39.

213.
Conversaciones con Jürgen Kuczynski. La Revolución Técnica y las ciencias sociales [Interview mit Jürgen Kuczynski. Die Technische Revolution und die Gesellschaftswissenschaften], in: Hoy, Nr. 94, v. 21. 4. 1964, S. 2.

Siehe auch in 39.

214.
Conversaciones con Jürgen Kuczynski. Palabras de despedida, deseos de volver [Interview mit Jürgen Kuczynski. Worte der Verabschiedung und Wünsche der Wiederkehr], in: Hoy, Nr. 98, v. 25. 4. 1964, S. 2.

Siehe auch in 39.

215.
Instructive Taxi Rides, in: Information from the Peace-Movement of the German Democratic Republic, Nr. 4, 1964, [S. 4].

Entnommen dem ND, Nr. 329, v. 30. 11. 1963, Ausg. B, Beilage Nr. 48, S. 1, Erziehung im Taxi. Siehe auch 195 (dt.), 196, 252 (span.).

216.
Nachruf auf Eugen Varga. 6. November 1879 - 8. Oktober 1964, in: Jb. der DAW 1964, 1965, S. 258 - 259.

Siehe auch 237.

217.
Einleitende Worte zur [II.] Konferenz [zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe], in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1964, T. 1, S. 13 - 26.

Schlußwort siehe 185.

218.
Gerhard Bondi, 9. März 1911 - 3. Dezember 1966, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1966, T. 4, S. 317 - 318.

Nachruf.

219.
Eugen Varga, in: Jb. Wirtschaftsgesch. 1967, T. 3, S. 93 - 114.

220.
JW-Interview mit Prof. J. Kuczynski. Was bedeutet denn die Abwertung des Pfunds? in: JW, Nr. 277, v. 23. 11. 1967, Ausg. B, S. 1 u. 4.

221.
Treten im Kapitalismus heute noch zyklische Krisen auf? in: JW, Nr. 224, v. 19. 9. 1968, Ausg. B, S. 4.

Interview.

222.
Verhindert nicht hoher Lebensstandard eine Verschärfung der Klassegegensätze? in: JW, Nr. 236, v. 3. 10. 1968, Ausg. B, S. 4.

Interview.

223.

Warum ist der staatsmonopolistische Kapitalismus zum Sterben verurteilt? in: JW, Nr. 260, v. 31. 10. 1968, Ausg. B, S. 4.

Interview.

224.

Welche Konflikte löst in Westdeutschland die wissenschaftlich-technische Revolution aus? in: JW, Nr. 278, v. 21. 11. 1968, Ausg. B, S. 4.

Interview.

225.

Kann die EWG das staatsmonopolistische System in Westdeutschland retten? in: JW, Nr. 296, v. 12. 12. 1968, Ausg. B, S. 4.

Interview.

226.

Greetings. 1. From Friends in Britain, 2. From Friends Overseas, in: Labour Monthly, 48. Jg. 1966, S. 347.

227.

Machen Antibabypillen satt? in: Magazin, H. 6, 13. Jg. 1966, S. 45.

228.

Die Tätigkeitsmerkmale des Bücherjägers, in: Magazin, H. 11, 13. Jg. 1966, S. 2 - 3.

Dasselbe siehe 231.

229.

Mathematik und Ehe, in: Magazin, H. 8, 14. Jg. 1967, S. 20.

Ungar. Übers. siehe 198.

230.

Jürgen Kuczynskis kleines Lexikon, in: Magazin, 15. Jg. 1968: 1. Prognose, H. 4, S. 39; 2. Wissenschaft als Produktivkraft, H. 5, S. 35; 3. Zwerge von Zürich, H. 6, S. 43; 4. Zahlungsbilanz, H. 7, S. 47; 5. Währung, H. 8, S. 22; 6. Fondsbezogener Preistyp, H. 9, S. 35; 7. Fruchtbarkeitsrate, H. 10, S. 61; 8. Industriegesellschaft, H. 11, S. 37; 9. Dienstleistungsgesellschaft, H. 12, S. 35.

231.

Die Tätigkeitsmerkmale des Bücherjägers, in: Marginalien. Blätter der Pirkheimer-Gesellschaft, H. 25, Jg. 1967, S. 67 - 68.

Dasselbe siehe 228.

232.

Für wen spricht Franz Josef Strauß? in: Militärwesen, 12. Jg. 1968, S. 1468 - 1470.

Dasselbe siehe 269.

233.

Dreimal 12 Jahre, in: NBI, H. 34, Jg. 1968, S. 6 - 9.

234.

Friedrich Dürrenmatt - Humanist, in: NDL, 12. Jg. 1964, (I), H. 8, S. 59 - 89; (II), H. 9, S. 35 - 55.

Auszug siehe 184.

235.

Der Lachverständige hat das Wort. Nur unbekannte Witze? in: ND, Nr. 93, v. 4. 4. 1964, Ausg. B, Beilage Nr. 14, S. 6.

Unter dem Pseudonym Peter Forester.

236.

Der Traum des Richters. Eine erzählende Studie, in: ND, Nr. 147, v. 30. 5. 1964, Ausg. B, Beilage Nr. 22, S. 2.

237.

Revolutionär und Wissenschaftler. Zum Tode des bedeutenden marxistischen Ökonomen Eugen Varga, in: ND, Nr. 280, v. 10.10.1964, Ausg. B, S. 4.

Siehe auch 216.

238.

Selbsteinschätzung, in: ND, Nr. 315, v. 14. 11. 1964, Ausg. B, Beilage Nr. 46, S. 2.

239.

Orden der Lauterkeit. Zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Wolfgang Steinitz, in: ND, Nr. 59, v. 28. 2. 1965, Ausg. B, S. 9.

240.

Prometheus, Mephistopheles oder Pinscher, in: ND, Nr. 198, v. 21. 7. 1965, Ausg. B, S. 4.

241.

Das befreite Buch, in: ND-Literatur-Beilage, Nr. 4 1965, S. 2.

242.
Tiefe Sorge um den Frieden. Weitere Geistes-
schaffende der DDR zum Brief Walter Ulbrichts
an Prof. Karl Jaspers, in: ND, Nr. 163, v.
16. 6. 1966, Ausg. B, S. 4.
Siehe auch 191.
243.
Bonn steht hinter dieser Schandtät, in: ND,
Nr. 177, v. 30. 6. 1966, Ausg. B, S. 7.
244.
Destruktivkraft Wissenschaft, in: ND, Nr.
228, v. 20. 8. 1966, Ausg. B, S. 10.
245.
Der weinende Student, in: ND, Nr. 261, v.
22. 9. 1966, Ausg. B, S. 7.
246.
Heimatliebe, in: ND, Nr. 312, v. 12. 11.
1966, Ausg. B, S. 8.
247.
Hinweis für Bibliothekare, in: ND, Nr. 241,
v. 2. 9. 1967, Ausg. B, S. 10.
248.
Strafen für Arbeiter wie in Kriegsjahren.
Prof. Jürgen Kuczynski zur legalisierten
Unternehmerwillkür, in: ND, Nr. 258, v.
19. 9. 1967, Ausg. B, S. 6.
249.
Das geheimnisvolle Zauber mittel, in: ND,
Nr. 93, v. 2. 4. 1968, Ausg. B, S. 4.
250.
Prognose und Liebe, in: ND, Nr. 224, v.
14. 8. 1968, Ausg. B, Beilage Nr. 8, S. 7.
251.
Akademienmitglied Professor Dr. Jürgen Ku-
czynski meint dazu Ende 1968: Schluß mit
Überbelastung des Mundes! in: ND, Nr. 356,
v. 24. 12. 1968, Ausg. B, Beilage S. 13.
252.
En 3 horas y 7 taxis, in: Puente, H. 6
1966, S. 37.
*Entnommen dem ND, Nr. 329, v. 30. 11. 1963,
Ausg. B, Beilage Nr. 48, S. 1, Erziehung im
Taxi.
Siehe auch 195 (dt.), 196 (engl.), 215
(engl.).*
253.
Wirtschaft und Literatur, in: Sonntag, Nr.
27, v. 3. 7. 1966, S. 5. (Nachdruck aus Nr.
28/1947.)
254.
Grußadressen und Briefe an die Deutsche
Staatsbibliothek, in: Stichwort, Nr. 27, v.
15. 10. 1966, S. 9.
Grußadresse.
255.
Warum Volkssolidarität? in: Volkshelfer,
Nr. 7, Jg. 1965, [S. 1].
256.
Englische Eindrücke, in: Weltbühne, 22. Jg.
1967, S. 793 - 795.
257.
Wortkultur, in: Weltbühne, 22. Jg. 1967,
S. 1342.
258.
Philosophisches zur Pfundkrise, in: Weltbüh-
ne, 22. Jg. 1967, S. 1537 - 1539.
259.
Dollar, Gold und Klassenkampf, in: Weltbüh-
ne, 22. Jg. 1967, S. 1577 - 1580.
260.
"Konrad, sprach die Frau Mama ...", in:
Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 68 - 70.
261.
Die britische Ratte, in: Weltbühne, 23. Jg.
1968, S. 179 - 181.
262.
Erinnerungen an Brecht, in: Weltbühne, 23.
Jg. 1968, S. 215 - 216.
263.
Asiatische Friedensdrohung, in: Weltbühne,
23. Jg. 1968, S. 554 - 555.
264.
Vor einer neuen Weltfinanzkrise? in: Welt-
bühne, 23. Jg. 1968, S. 673 - 675.

265.
"Englischer Alltag", in: Weltbühne, 23. Jg.
1968, S. 723 - 725.

266.
Wirtschaftsbilanz des Generalstreiks, in:
Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 785 - 787.

267.
Wer sitzt im Käfig? in: Weltbühne, 23. Jg.
1968, S. 813 - 814.

268.
Eine Literaturgeschichte des Schüttelreims
von Jürgen Kuczynski, in: Weltbühne, 23. Jg.
1968, S. 941 - 943.

269.
Für wen spricht Franz Josef Strauß? in:
Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1061 - 1064.

Dasselbe siehe 232.

270.
In 30 Jahren unterentwickelt, in: Weltbüh-
ne, 23. Jg. 1968, S. 1101 - 1104.

271.
Visa-Verweigerung, in: Weltbühne, 23. Jg.
1968, S. 1190 - 1192.

272.
"Die Konvergenz-Revolution", in: Weltbühne,
23. Jg. 1968, S. 1237 - 1239.

273.
Der Autor, in: Weltbühne, 23. Jg. 1968,
S. 1276.

274.
Zur Philosophie des Huhnes, in: Weltbühne,
23. Jg. 1968, S. 1464 - 1466.

275.
Zwei Städte, in: Weltbühne, 23. Jg. 1968,
S. 1477 - 1479.

276.
Eine Erinnerung an Lasker, in: Weltbühne,
23. Jg. 1968, S. 1532 - 1533.

277.
Ober meinen Umgang mit Kaisern und Königen,
in: Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1561-1563.

278.
Noch lächeln Strauß und Schiller, in: Welt-
bühne, 23. Jg. 1968, S. 1584 - 1586.

279.
Die pressenden Arbeiter von New Delhi, in:
Weltbühne, 23. Jg. 1968, S. 1672 - 1674.

VII. Nachtrag

280.
Marx and Literature, in: Homage to Karl Marx
(anlässlich der Wiederkehr seines 150. Ge-
burtstages), [hg. v.] (Indo-GDR Friendship
Society. - Calcutta: Panchanan Saha 1968.)
S. 33 - 35.
Dasselbe ebenda 1968 in bengalisch.
Übers. a. d. Dt., siehe 121, 1. Forts.,
S. 427 - 431.

VIII. Verzeichnis der Periodica

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin	BzG ⁺
Berliner Zeitung, Berlin	BZ
Berliner Zeitung am Abend, Berlin	BZA
Biologie in der Schule, Berlin	
Boletin Informativo, Havanna	
Bulletin [of] Society for the Study of Labour History, London	
Cahiers Vilfredo Pareto, Genf	
Casa de las Américas, Havanna	
Cuba Socialista, Havanna	
DDR Revue, Dresden	
Democratic German Report, Berlin	
Demográfia, Budapest	
Deutsche Literaturzeitung, Berlin	DLZ
für dich, Berlin	
Dokumentation der Zeit. Informations-Archiv, Berlin	DdZ
Egyetemi Lapok, Budapest	

+ Für einige deutsche Zeitschriften und Zeitungen wurden in der Bibliographie Kurzbezeichnungen benutzt.

facit, Köln

Freie Welt, Berlin

Granma, Havanna

horizont, Berlin

Hoy, Havanna

Humboldt-Universität, Berlin

Information from the Peace-Movement of
the German Democratic Republic, Berlin

Jahrbuch der Deutschen Akademie der
Wissenschaften zu Berlin, Berlin

Jb. der DAW

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin

Jb. Wirtschafts-
gesch.

Junge Welt, Berlin

JW

Keizai Hyōron, Tokio

Korunk, Cluj

Labour Monthly, London

Das Magazin, Berlin

Magazin

Marginalien. Blätter der Pirckheimer-
Gesellschaft, Berlin u. Weimar

Marxistische Blätter für Probleme der
Gesellschaft, Wirtschaft und Politik,
Frankfurt/Main

Marx. Bl. f. Probl.
d. Gesellsch.,
Wirtsch. u. Politik

Militärwesen, Berlin

Neue Berliner Illustrierte, Berlin

NBI

Neue Deutsche Literatur, Berlin

NDL

Neues Deutschland, Berlin

ND

nuestra industria, Havanna

Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin

Probl. d. Fried. u. d. Sozialism.

[Diese Zeitschrift erscheint auch in bulg., engl., franz., griech., holländ., ital., jap., mongol., poln., rumän., russ., singhalesischer, span., tschech., ungar. u. vietnam. Sprache.]

Puente, Berlin

Der Rotfabrikarbeiter, o. O.
[Hg. v. d. Betriebsgruppe der
Kommunistischen Partei Deutschlands]

Rotfabrikarbeiter

Science & Society, New York

Sonntag, Berlin

Statistische Hefte, Köln u. Opladen

Statistische Praxis, Berlin

Statisztikai Szemle, Budapest

Das Stichwort, Berlin

Stichwort

Történelmi Szemle, Budapest

Der Volkshelfer, Berlin

Volkshelfer

Weimarer Beiträge, Berlin

Die Weltbühne, Berlin

Weltbühne

Die Wirtschaft, Berlin

Wirtschaft

Wissenschaftliche Welt, London,
hg. f. d. DDR in Berlin
[Diese Zeitschrift erscheint auch in
engl., franz., russ., span., arab.
u. tschech. Sprache.]

Wiss. Welt

Wissenschaftliche Zeitschrift der
Humboldt-Universität zu Berlin.
Gesellschafts- und Sprachwissen-
schaftliche Reihe, Berlin

Wiss. Ztschr. Berlin

AUTORENVERZEICHNIS

- Aptheker, Herbert, Dr., Direktor des American Institute for Marxist Studies, New York.
- Behm, Erika, Wissenschaftlich-technische Assistentin am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Berthold, Rudolf, Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Thünen-Archivs der Universität Rostock und Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte.
- Braunreuther, Kurt, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Chmel'nickaja, E. L., † Prof., Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Dobb, Maurice H., Ph. D., Dr. rer. oec. h. c., Trinity College, Cambridge.
- Donda, Arno, Prof. Dr. rer. oec. habil., Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, Berlin.
- Falk, Waltraud, Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrauftrag, Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Heitz, Gerhard, Dr. phil. habil., Professor mit Lehrstuhl, Direktor der Sektion Geschichte der Universität Rostock.
- Hobsbawm, Eric J., M. A. Ph. D., Reader in History am Birkbeck College, Universität London.
- Jonas, Wolfgang, Prof. Dr. rer. oec. habil., Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kahn, Siegbert, Prof., Berlin.

Matsukawa, Shichiro, Prof., The Institute of Economic Research, Hitotsubashi University, Kunitachi, Tokio.

Mottek, Hans, Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl für Wirtschaftsge-
schichte, Hochschule für Ökonomie, Berlin.

Niebyl, Karl H., Professor of Economics, School of Business Administration
der Temple University, Philadelphia, Pennsylvania.

Pach, Zs. P., Prof. Dr., Korrespondierendes Mitglied der Ungarischen Akade-
mie der Wissenschaften, Direktor des Instituts für Geschichte der Ungarischen Aka-
demie der Wissenschaften, Budapest.

Palme Dutt, R., Dr. h. c., First class honours degree in litterae humaniores,
Editor of Labour Monthly, London.

Perlo, Victor, Economic Consultant, Bachelor of Arts, Master of Arts, Croton-
on-Hudson, New York.

Pritt, Denis N., Kronanwalt, Dr. h. c., Basingstoke, Hampshire.

Rehbein, Elfriede, Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Leiter der
Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik der Hochschule für Verkehrs-
wesen "Friedrich List", Dresden.

Le Riverend Brusone, Julio, Prof. Dr. jur. et rer. pol., Vizepräsident der
Kubanischen Akademie der Wissenschaften, Havanna.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirt-
schaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität
zu Berlin.

Rubinštein, Modest, Prof. Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Institut für Welt-
wirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der
UdSSR, Moskau.

Tjul'panov, S. I., Prof. Dr. habil., Dr. h. c., Leiter des Lehrstuhls Ökono-
mie des modernen Kapitalismus an der Ökonomischen Fakultät der Staatlichen Uni-
versität Leningrad.

Wächtler, Eberhard, Prof. Dr. phil. habil., Sektion für sozialistische Betriebs-
wirtschaft der Bergakademie Freiberg.

Wolf, Hanna, Prof., Direktor der Parteihochschule "Karl Marx" beim Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

INHALT

H. Wolf	Im Dienste der Arbeiterklasse	BA 132	7
E. L. Chmel'nickaja	Zu neuen Erscheinungen in der Monopolstruktur	A 168	13
H. Aptheker	"Wen die Götter verderben wollen ..."	F 141	25
R. Berthold	Die statistische Erfassung der Bodennutzung im Spätfeudalismus	BA 300	31
K. Braunreuther	Über den "westlichen" Marx heute. Bemerkungen zur bürgerlichen Marx-Kritik	A 142	55
M. H. Dobb	Einige Bemerkungen über Ricardo und sein Denken	A 123	65
A. Donda	Die perspektivische Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung für die zentralen Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik	A 131/1107	75
W. Falk/J. Roesler	Gedanken zum Verhältnis von Zentralismus und Demokratie in der Wirtschaftsführung der DDR	BL 144	87
G. Heitz	Varianten des preußischen Weges	BA 116	99
E. J. Hobsbawm	Städte und Aufstände	A 268/1086	111
W. Jonas	Einige Aspekte der Wandlung der menschlichen Produktivkraft in der Industriellen Revolution des Kapitalismus	A 220	121
S. Kahn	Zur zyklischen Entwicklung in Westdeutschland seit dem Ende des zweiten Weltkrieges	BA 229	127
S. Matsukawa	William Petty. Eine Studie zur Genesis seiner Arbeitswerttheorie	A 123	135
H. Mottek	Zum Problem Stagnation und Wachstum in der Wirtschaftsgeschichte	A 161/1162	151
K. H. Niebyl	Über Wesenszüge in der antiken griechischen Denkweise und ihr Verhältnis zu der Denkweise in der westlichen Welt des 20. Jahrhunderts	A 030	171

Zs. P. Pach	A670/655	Zur Geschichte der internationalen Handelswege und des Handelskapitals vom 15. bis 17. Jahrhundert	179
R. Palme Dutt		Meine indische Familie	193
V. Perlo	A192	Marxsche Warenzirkulationsschemata zum staatsmonopolistischen Kapitalismus	201
D. N. Pritt	A930	Klassenjustiz in bürgerlichen Staaten	215
E. Rehbein	A670	Tendenzen der wechselseitigen Bedingtheit in der Entwicklung von Wirtschaft und Verkehrswesen in den vorkapitalistischen Produktionsweisen und der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz	239
J. Le Riverend Brusone	G 086	Über die ökonomische Bedeutung der Revolution von 1868	251
M. Rubinstein	CC 031	Zur Geschichte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Sowjetunion	255
S. I. Tjul'panov	A288	Das Problem der Herausbildung eines nationalen Reproduktionsmechanismus in den Entwicklungsländern	265
E. Wächtler	BA 480	Die bergbauliche Tradition als Bestandteil der antikommunistischen Politik des deutschen Imperialismus seit 1933	277

BIBLIOGRAPHIE

E. Behm	A102	Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski. 1964 bis 1968	289
---------	------	---	-----

Autorenverzeichnis			313
--------------------	--	--	-----